



Kanton Basel-Stadt

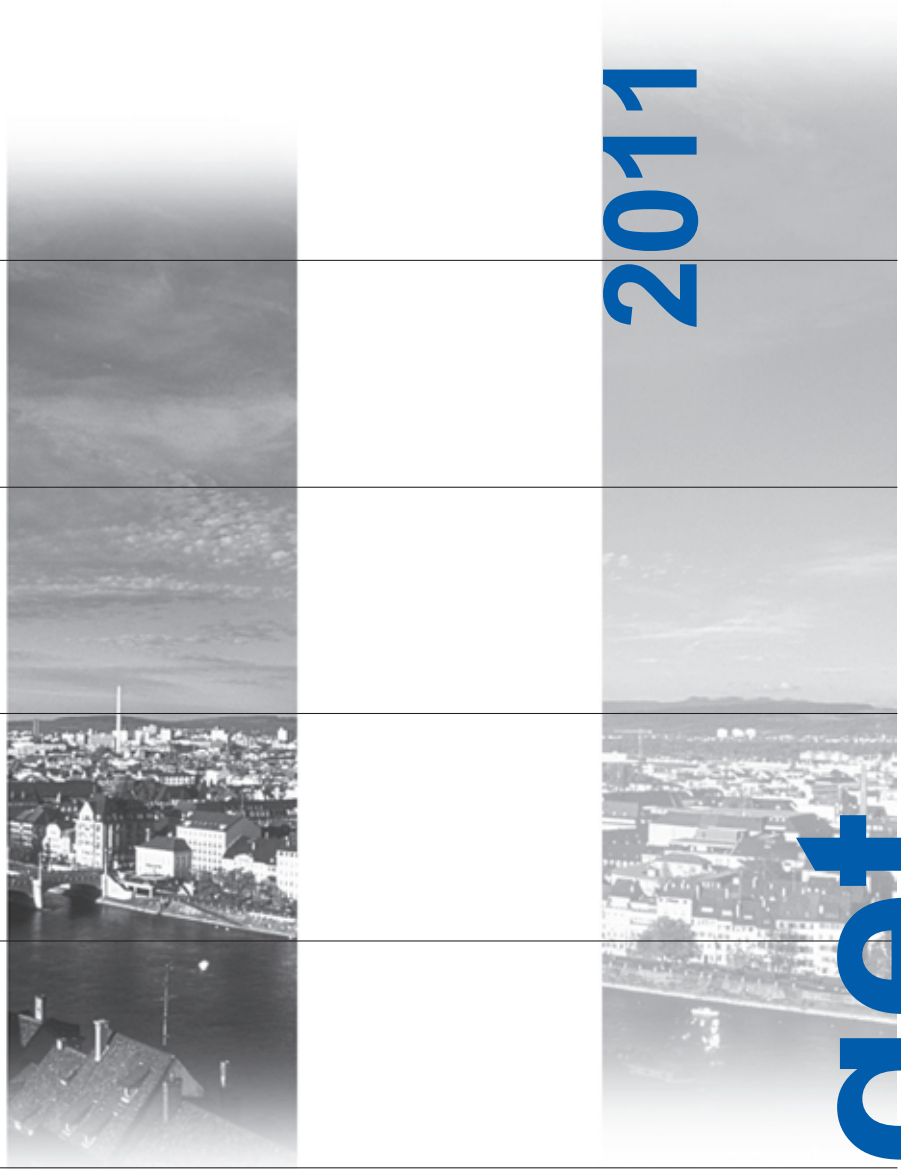
2012

2011

2010

2009

2008



2011

Budget

Kanton Basel-Stadt

Bericht zum Budget 2011

an den Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt

Inhaltsverzeichnis

1 Die Einleitung	5
1.1 Vorwort des Regierungsrates	6
1.2 Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen	8
1.2.1 Weltwirtschaft	8
1.2.2 Schweizer und Basler Wirtschaft	8
2 Die mittelfristige Planung	11
2.1 Schwerpunkte des Regierungsrates	12
2.1.1 Überblick	12
2.1.2 Internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken	13
2.1.3 Als Region zusammenwachsen	15
2.1.4 Basel als urbanes Zentrum festigen	17
2.1.5 Nachhaltig Lebensqualität schaffen	19
2.1.6 Finanzielle Auswirkungen	22
2.2 Finanzplan	23
2.3 Planung der Departemente	26
2.3.1 Präsidialdepartement	26
2.3.2 Bau- und Verkehrsdepartement	31
2.3.3 Erziehungsdepartement	38
2.3.4 Finanzdepartement	44
2.3.5 Gesundheitsdepartement	47
2.3.6 Justiz- und Sicherheitsdepartement	52
2.3.7 Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt	56
2.3.8 Behörden und Parlament	61
2.3.9 Gerichte	62
2.4 Planungsanzüge	64
3 Das Budget	73
3.1 Budget im Überblick	74
3.1.1 Finanzielle Eckwerte	74
3.1.2 Personalentwicklung	77
3.1.3 Budgetierungsgrundlagen	81
3.2 Laufende Rechnung	82
3.2.1 Aufwand	83
3.2.2 Ertrag	88
3.3 Investitionsrechnung	92
4 Die Regierung und die Verwaltung	93
4.1 Die Regierung	95
4.2 Verwaltung	98
4.2.1 Präsidialdepartement	98
4.2.2 Bau- und Verkehrsdepartement	122
4.2.3 Erziehungsdepartement	144
4.2.4 Finanzdepartement	166
4.2.5 Gesundheitsdepartement	182
4.2.6 Justiz- und Sicherheitsdepartement	204
4.2.7 Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt	224
4.3 Globalbudgets	241
4.3.1 Museen	241

4.3.2	Öffentlicher Verkehr	253
4.4	Übriges	262
4.4.1	Dienststellen im ordentlichen Nettoaufwand/Investitionsrechnung	262
4.4.2	Dienststellen im Allgemeinen Nettoertrag	265
5	Die Gerichte	269
6	Das Parlament	279
7	Die Investitionen	289
7.1	Kommentar zu den Investitionsbereichen und den grössten darin enthaltenen Investitionsvorhaben	290
7.1.1	Investitionsplafonds	290
7.1.2	Die grössten Vorhaben	291
7.1.3	Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur	291
7.1.4	Öffentlicher Verkehr	292
7.1.5	Gesundheit	292
7.1.6	Bildung	293
7.1.7	Übrige	293
7.2	Investitionsübersichtsliste	293
7.2.1	Ausschöpfung der Plafonds	293
7.2.2	Investitionsübersichtsliste	294
8	Die Zahlungsströme	311
8.1	Beiträge an eigene Institutionen	312
8.2	Beiträge an andere Gemeinwesen und private Institutionen	313
9	Die funktionale Gliederung	321
9.1	Allgemeines zum Datenmaterial der Funktionalen Gliederung	322
9.2	Ergebnis Budget 2011	322
10	Die Erläuterungen	325
10.1	Glossar der finanziellen Fachbegriffe	326
11	Die weiteren Berichte zum Budget 2011 im Internet	341

1 Die Einleitung

1.1 Vorwort des Regierungsrates

Budget 2011: Schwarze Zahlen dank stabilen Steuererträgen und zurückgebundenem Ausgabenwachstum Bessere Steuererträge als noch vor einem Jahr erwartet und eine Beschränkung des Aufwandwachstums führen beim Saldo der Laufenden Rechnung zu einem Plus von 45.6 Millionen Franken. Die Entwicklung der Aufwandseite im Budget 2011 ist geprägt von exogen verursachten hohen Mehrbelastungen, wie der vom Bund den Kantonen neu auferlegten Pflegefinanzierung oder den mit der Umsetzung der eidgenössischen Justizreform verbundenen Mehrkosten. Dazu kommen die im Rahmen der Schwerpunktsetzung mehrjährig beschlossenen Massnahmen zur Stärkung des Standorts vor allem im Bildungsbereich. Um das Wachstum des Aufwands zu beschränken, musste der Regierungsrat den Departementen in anderen Bereichen Budgetbeschränkungen auferlegen. Die Investitionen in den Standort Basel sollen weiterhin auf einem hohen Niveau gehalten werden, können aber nicht mehr allein aus den betrieblichen Mitteln finanziert werden, sodass der Finanzierungssaldo 2011 ein Minus von 50.1 Millionen Franken aufweist. Die Nettoschulden nehmen entsprechend in gleicher Höhe zu.

Mehreinnahmen führen trotz wachsendem Aufwand zu einem Plus in der Rechnung Der Regierungsrat kann das Ausgabenwachstum 2011 auf die angestrebte Höhe beschränken, obwohl er mit erheblichen Mehrbelastungen konfrontiert ist: Aufgrund der neuen Pflegefinanzierung muss der Kanton ab 2011 einen deutlich grösseren Anteil der Pflegekosten im Heim übernehmen. Für die Umsetzung der Justizreform infolge geänderter Bundesbestimmungen entstehen Basel-Stadt weitere Mehrkosten. Beim nicht durch externe Faktoren verursachten Mehraufwand fallen in erster Linie die Massnahmen zur Umsetzung der Schwerpunkte des Legislaturplans sowie der Teuerungsausgleich für das Personal ins Gewicht.

Entlastend wirken die im Vergleich zum Budget 2010 etwas tiefer erwarteten Kosten für die Sozialhilfe sowie für die Jugendhilfe. Der exogen vorgegebene und deshalb nicht steuerbare Mehraufwand bedingt aber auch vereinzelte Sparmassnahmen bei allen Departementen. Diese Budgetreduktionen waren auch notwendig, weil der Regierungsrat nicht auf den finanziellen Ausbau bei bestimmten Schwerpunkten wie der Hochschul- und Universitätsentwicklung oder der Weiterentwicklung der Tagesbetreuung verzichten wollte. Der erhöhte Globalbeitrag für die Universität, aber auch die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie mittels ausgebauter Tagesstrukturen stärken den Wirtschaftsstandort Basel-Stadt, was sich nach Meinung des Regierungsrates positiv auf die Konjunkturerwicklung auswirken wird.

Dank dem im Vergleich zu den Erwartungen vor einem Jahr weniger starken Konjunkturéinbruch wird für die Steuereinnahmen gegenüber der Rechnung 2009 mit einem leichten Wachstum gerechnet. Dies hat zur Folge, dass der Saldo der Laufenden Rechnung erfreulicherweise kein Defizit aufweisen, sondern mit 45.6 Millionen Franken positiv sein wird.

Hohes Investitionsniveau führt zu neuen Schulden Die Investitionen befinden sich auch im Budget 2011 auf einem hohen Niveau. Grössere Investitionen werden unter anderem in medizinische Apparate, in die Informatik oder in die Sanierung des Universitätsspitals, in den öffentlichen Verkehr, in den Neubau für die Hochschule für Gestaltung oder in das Messezentrum Basel 2012 getätigt. Diese Investitionen tragen zu einer weiteren Stärkung des Wirtschafts- und Lebensstandorts Basel bei. Der Regierungsrat ist überzeugt, dass es langfristig sinnvoll ist, die Investitionen auf ihrem hohen Niveau fortzuführen, auch wenn diese nicht mehr aus eigenen Mitteln finanziert werden können, sondern dafür neue Schulden aufgenommen werden müssen.

Im Budget 2011 entsteht für den Finanzierungssaldo ein Fehlbetrag in Höhe von 50.1 Mio. Franken. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 84.2% und dementsprechend steigen auch die Nettoschulden an. Das im Vergleich zu den Nettoschulden stärker wachsende Bruttoinlandprodukt der Schweiz ist dafür verantwortlich, dass die Nettoschuldenquote trotzdem von 2010 budgetierten 4.9% im Jahre 2011 auf 4.8% fallen wird.

Ausblick: optimistisch, Risiken bleiben bestehen Der Finanzplan 2011-2014 ist gegenüber demjenigen im Budget 2010 vorsichtig optimistischer. Die damals prognostizierten Steuerausfälle

sind nicht im erwarteten Ausmass eingetreten. Die Wirtschaft hat sich rascher erholt als damals vermutet. Nicht nur im laufenden Jahr, sondern auch in den kommenden Jahren schlägt sich der weniger starke Konjunkturunbruch in höheren Steuereinnahmen nieder. Aufgrund der geplanten Senkung der Gewinnsteuer für Juristische Personen ist aber mit einem entsprechend verminderten Wachstum zu rechnen.

Im Gegensatz zu den Steuern, die sich erfreulicher als erwartet entwickeln, wirken sich in den kommenden Jahren die steigenden Beträge für den Ressourcenausgleich im Rahmen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) belastend aus. Die vergangenheitsorientierte Beitragsberechnung führt dazu, dass Basel-Stadt aufgrund der im schweizerischen Vergleich überdurchschnittlichen Wirtschaftsentwicklung während der letzten Jahre auch deutlich stärker belastet wird. Demgegenüber werden Kantone wie Zürich aufgrund der Rezession in den Jahren 2011 bis 2014 entlastet. Der Kanton Basel-Stadt muss deshalb in den kommenden Jahren 2011 bis 2014 zwischen 130 bis 170 Mio. Franken in den Ressourcenausgleich einzahlen. Belastend auf das Ergebnis der Laufenden Rechnung wirken sich auch die Abschreibungen des Verwaltungsvermögens aus. Die ab 2009 steigenden Investitionsausgaben schlagen sich in zukünftig höheren Abschreibungen nieder.

Um im betrieblichen Teil die Ausgabendynamik zu begrenzen und langfristig wieder auf den Zielpfad eines realen Wachstums des Ordentlichen Nettoaufwands vom maximal 1.5% zu kommen, ist aus heutiger Sicht auch für die Jahre 2012 und 2013 der Handlungsspielraum für neue, noch nicht in der Planung befindliche Ausgaben äusserst begrenzt.

Trotz der Begrenzung des Wachstums des Ordentlichen Nettoaufwands wird sich der Überschuss in der Laufenden Rechnung bis zum Ende der Planungsperiode in ein deutliches Defizit von gut 70 Mio. Franken verwandeln. Verantwortlich dafür sind die erwähnten deutlich zunehmenden Abschreibungen des Verwaltungsvermögens, der erhebliche Anstieg der NFA-Beiträge, aber auch die Mindereinnahmen aufgrund der Senkung der Gewinnsteuer juristischer Personen.

Im Planungszeitraum nimmt zudem der Saldo der Investitionsrechnung erheblich zu. Diese Investitionen können nicht mehr aus den erarbeiteten Mitteln finanziert werden, sondern es müssen dafür neue Schulden aufgenommen werden. Der Selbstfinanzierungsgrad sinkt deshalb deutlich unter 100% und beträgt für das Jahr 2014 noch 39%. Primär als Folge des im Planungszeitraum deutlich zunehmenden Investitionsniveaus, aber auch wegen der Verschlechterung der Laufenden Rechnung werden die Finanzierungssaldi ab 2011 immer negativer. Am Ende der Planungsperiode ist mit einer jährlichen Neuverschuldung von über 300 Mio. Franken zu rechnen. Ausgehend vom Budgetwert 2010 werden bis Ende 2014 die Nettoschulden auf über 3.4 Mia. Franken oder auf 5.6% des Bruttoinlandsprodukts der Schweiz ansteigen. Weil für die Rechnung 2010 ein besser als budgetiertes Resultat zu erwarten ist (Aufwertung IWB, voraussichtliche Teil-Auflösung Rückstellung Sanierung Pensionskasse, Konjunktur), werden die Nettoschulden von einem tieferen Wert ausgehend mit dem gleichen Verlauf effektiv etwas tiefer zu liegen kommen.

Der vorliegende Finanzplan ist im Vergleich zum vorjährigen somit optimistischer. Die damals prognostizierten Steuerausfälle sind nicht im erwarteten Ausmass eingetreten. Die Wirtschaft hat sich rascher erholt als vermutet. Der Finanzplan geht von einer optimistischen weiteren Entwicklung der Wirtschaft aus. Dabei bestehen aber erhebliche Abwärtsrisiken. Sollte sich die erwartete Verlangsamung in der zweiten Jahreshälfte 2010 tatsächlich zu einer erneuten Rezession ausweiten, wäre das vorliegende Szenario zu optimistisch.

1.2 Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

1.2.1 Weltwirtschaft

Die Erholung der Weltwirtschaft hat sich im ersten Halbjahr 2010 fortgesetzt. Der Aufschwung der verschiedenen Wirtschaftsräume verläuft sehr unterschiedlich: Während sich die Länder Asiens - insbesondere China - und die USA bisher rascher von der Rezession erholt haben, verläuft der Aufwärtstrend in Europa eher schleppend. Auch innerhalb der Eurozone akzentuieren sich die Unterschiede. Die grossen nördlichen Eurovolkswirtschaften - allen voran Deutschland - wachsen schneller, während die Wirtschaft vieler südeuropäischer Staaten schrumpft oder stagniert.

Das Auslaufen der fiskalpolitischen Impulse wird aber aller Voraussicht nach in der zweiten Jahreshälfte 2010 bis zu Beginn des Jahres 2011 eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums auslösen. Diese Verlangsamung wird durch den Lagerzyklus-Mechanismus noch verstärkt. So sind die in der Rezession geräumten Lagerbestände mittlerweile wieder gefüllt. Die Endnachfrage kann die Nachfrage der Firmen, die ihre Lager aufgefüllt haben, nicht ersetzen. Die Zuspitzung der europäischen Staatsschuldenkrise wirkt sich zusätzlich belastend aus und lässt die Nervosität und Verunsicherung an den Finanzmärkten steigen. Die von Regierungen in Grossbritannien, Deutschland, Italien, Spanien, Portugal und Griechenland aufgrund der hohen Verschuldung angekündigten Sparprogramme könnten die Erholung erheblich gefährden. Demgegenüber wirkt sich der schwache Euro positiv auf die Exportentwicklung des Euroraums aus.

Auch für die stärker wachsenden Weltregionen ist der Ausblick nicht nur rosig. Fachleute befürchten, dass die sehr expansive Geldpolitik zu lange andauert. Die reichlich vorhandene Liquidität könnte neue Blasen bilden und Verwerfungen auslösen. Die vermutete Immobilienblase in China gehört dazu. Um den inflationären Druck zu mildern, hat die chinesische Notenbank zuletzt die Kreditvergabe gedrosselt. Weit verbreitet ist die Furcht vor einer Überhitzung der chinesischen Konjunktur. Durch die gewaltigen Infrastrukturprojekte ist die Investitionsquote auf mehr als 40% des Bruttoninlandprodukts (BIP) geschneit. Auch das Wachstum in den USA ist zu tief, um die Rekord hohe Arbeitslosigkeit zu senken. Das Handelsdefizit der USA ist Mitte Sommer 2010 so hoch wie seit November 2008 nicht mehr. Weil die USA mehr konsumieren als sie produzieren, muss die Lücke durch massive Kapitalzuflüsse aus dem Ausland geschlossen werden. Bleiben diese aus, droht eine Dollar-Abwertung mit entsprechenden Auswirkungen für die Weltwirtschaft.

Trotz der beschriebenen erheblichen Abwärtsrisiken gehen viele Fachleute dennoch nicht davon aus, dass die Abkühlung in einer erneuten Rezession (Double Dip) mündet. Die Fortsetzung der weltwirtschaftlichen Erholung nach einer Phase der Verlangsamung scheint das wahrscheinlichste Szenario. BAKBASEL geht deshalb in ihrer jüngsten Prognose von einem Wachstum des weltweiten BIP von 3.3% für 2010 und 3.6% für 2011 aus.

1.2.2 Schweizer und Basler Wirtschaft

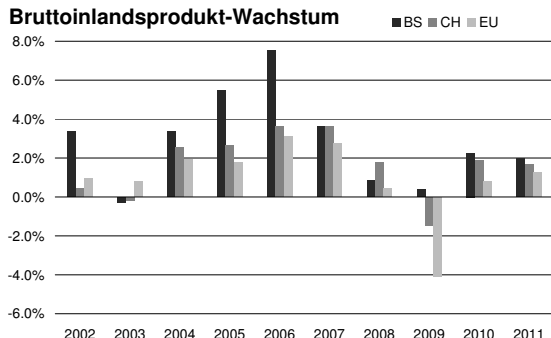
Die **Schweizer Konjunktur** hat sich von der Rezession im letzten Jahr in der ersten Hälfte des Jahres 2010 deutlicher erholt als erwartet. Das ist zum einen auf die erfreuliche Entwicklung der Schweizer Exporte dank der Erholung der globalen Konjunktur zurückzuführen. Die wachsende Auslandnachfrage hat bisher den negativen Effekt auf die Exportaktivität durch die Abschwächung des Euro gegenüber dem Franken kompensiert. Zum anderen ist der Binnensektor erstaunlich kraftvoll: Vor allem der private Konsum erweist sich in der Schweizer Wirtschaft als sehr robust. Die Konsumentenstimmung ist bemerkenswert positiv. Die anhaltende Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland gibt dem privaten Konsum weiter Auftrieb.

Aber auch die Schweizer Wirtschaft wird sich einer Verlangsamung des Wachstums in der zweiten Jahreshälfte 2010 nicht entziehen können. Die Nachfrage nach Produkten aus der Schweiz wird sich verlangsamen, weil die Lager wieder aufgebaut sind und die fiskalpolitischen Impulse im Ausland in den kommenden Monaten nachlassen werden. Zudem wird sich auch der starke Franken negativ auf

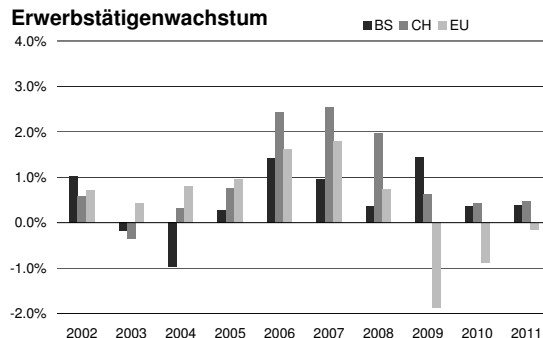
die Schweizer Exporte auswirken. BAKBASEL geht dennoch von einem Wachstum des Schweizer BIP von 1.9% im Jahre 2010 und 1.7% im Jahre 2011 aus.

Auch der **Schweizer Arbeitsmarkt** erweist sich erstaunlich resistent und zeigt seit dem Peak im Januar 2010 mit einer Arbeitslosenquote von 4.5% bereits wieder Erholungstendenzen. So beträgt die Arbeitslosenquote Ende Juli 3.6%. Die vorübergehende Abkühlung wird sich aber auch auf den Arbeitsmarkt niederschlagen. Im Jahresdurchschnitt erwartet BAKBASEL eine Arbeitslosenquote von 3.9%. 2011 rechnet das Prognoseinstitut mit einem leichten Rückgang auf 3.7%. Die Zahl der Erwerbstätigen nimmt in den Jahren 2010 mit 0.4% und 2011 mit 0.5% nur sehr moderat zu, was vor allem auf die Zuwanderung von Arbeitskräften zurückzuführen ist.

Bruttoinlandsprodukt-Wachstum



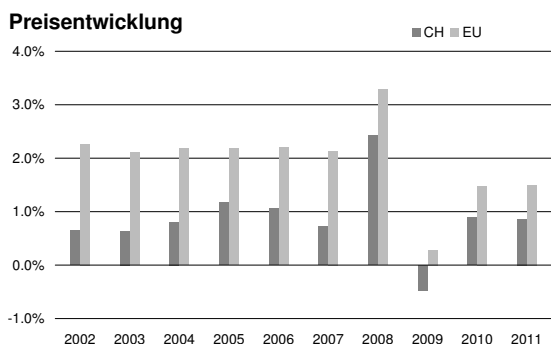
Erwerbstätigenwachstum



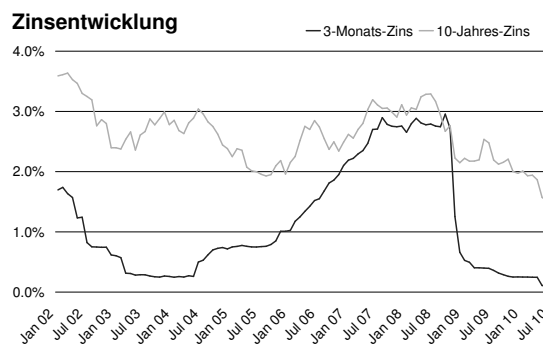
Die **Konsumentenpreise** sind im Quartalsvergleich weiterhin angestiegen. Seit drei Quartalen nahm sowohl der Landesindex der Konsumentenpreise als auch der Basler Index der Konsumentenpreise um 0.4 Prozentpunkte von 103,8 Punkten auf 104.2 Punkte (Basis Dezember 2005 = 100) zu. Auch die Jahresteuern der beiden Indizes war erneut positiv: Sie betrug beim Landesindex Ende Juli 2010 0.4% und beim Basler Konsumentenpreisindex 0.7%. Der Anstieg ist insgesamt primär auf die erhöhten Erdölpreise zurückzuführen. In jüngster Zeit sind die Erdölpreise aber aufgrund der unsicheren zukünftigen Entwicklung gesunken. Die Teuerung für Erdölprodukte und die Teuerung insgesamt könnten sich deshalb in den kommenden Monaten weiter abschwächen, weshalb eher die Gefahr einer Deflation besteht.

BAKBASEL geht von einer durchschnittliche Teuerung von 0.9% sowohl im Jahr 2010 als auch im Jahr 2011 aus. Die Inflationsprognose zeigt, dass kein Inflationsdruck besteht und die Preisstabilität in der kurzen Frist gesichert ist. Mittelfristig geht BAKBASEL von einer Teuerung von 1.2% im 2012 aus. Die Schweizerische Nationalbank demgegenüber rechnet im 2012 mit einer viel höheren Teuerung von 2.2% im Jahre 2012. Sie schliesst aus ihrer Inflationsprognose, dass sie ihre gegenwärtige expansive Geldpolitik nicht über den gesamten Prognosehorizont weiterführen kann, ohne die mittel- und langfristige Preisstabilität zu gefährden.

Preisentwicklung



Zinsentwicklung



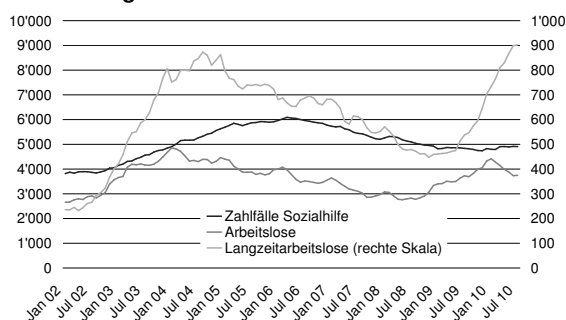
Die geringe Inflationserwartung ermöglicht es der Schweizerischen Nationalbank, das Zielband für den Dreimonats-Libor bei 0%-0.75% mit dem Ziel zu belassen, den Libor im unteren Bereich des Bandes um 0.25% zu halten. Seit Frühjahr 2010 ist der Dreimonats-Libor rasch gesunken und liegt

zurzeit deutlich unter 0.25%. Der **Rückgang der Kurzfristzinse** widerspiegelt, dass das Bankensystem zurzeit über sehr viel Liquidität verfügt.

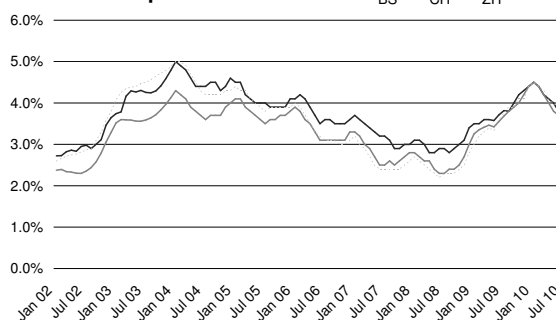
Auch die Zinsen am Kapitalmarkt sind seit Frühjahr 2010 deutlich gesunken. Während noch zu Beginn des zweiten Quartals 2010 der Optimismus unter den Anlegern hoch war, rückte gegen Ende April die Schuldenkrise im Euroraum in den Fokus der Anleger. Viele Investierende haben Zweifel, dass einige Staaten vor allem der Eurozone ihre Schulden bedienen können. Gleichzeitig zum Anstieg der Unsicherheit ist auch die Risikoaversion der Investoren gestiegen. Infolge der erhöhten Risikoaversion ist es zu Kapitalverschiebungen von unsicher erscheinenden Anlagen hin zu sicher erscheinenden gekommen. Diese Entwicklung hat zu einer Flucht in den Schweizer Franken als sicherer Hafen geführt. Gleichzeitig fiel auch die Rendite auf Bundesanleihen mit 10-jähriger Laufzeit, die zurzeit einen historischen Tiefstand verzeichnet. Die erhöhte Nachfrage nach Anleihen der Schweizerischen Eidgenossenschaft ist für diesen Renditerückgang verantwortlich.

Wann und wie rasch eine geldpolitische Normalisierung im In- und Ausland stattfindet, hängt von der konjunkturellen Erholung in den einzelnen Ländern und von der Beruhigung an den Finanzmärkten ab. Zurzeit ist wegen der Entwicklungen der letzten Monate – gestiegene Risiken für Konjunktur und Finanzmärkte – tendenziell eher von einer Verzögerung der Umsetzung in vielen Ländern auszugehen. Deshalb ist mit einer Straffung der Geldpolitik durch die Schweizerische Nationalbank nicht vor Ende 2010 zu rechnen.

Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe



Arbeitslosenquote



Die **Basler Wirtschaft** wird im laufenden Jahr im Vergleich zu anderen Kantonen der Schweiz überdurchschnittlich expandieren. BAKBASEL rechnet mit einem Anstieg des BIP von 2.3% im Jahre 2010. Im nächsten Jahr wird sich das Wachstum leicht abschwächen und 2.0% betragen. Einen markanten Wachstumsbeitrag leistet die chemisch-pharmazeutische Industrie, die trotz Restrukturierungsmassnahmen bei einigen Unternehmen nach wie vor der Motor der Basler Wirtschaft ist. Trotz dieser hohen Wachstumsrate des BIP führt Basel-Stadt im Gegensatz zu vergangenen Jahren nicht mehr das Wachstums-Ranking an. Grossprojekte in anderen Kantonen - wie das Tourismusresort von Sawiris im Kanton Uri oder der Bau eines Kraftwerks im Kanton Glarus - führen dazu, dass Basel-Stadt erst an vierter Stelle (2010) bzw. dritter Stelle (2011) nach Zug rangiert.

Die **Arbeitslosenquote** in Basel-Stadt hat wie im schweizerischen Durchschnitt nach einem Höhepunkt zu Anfang Jahr mit einem Wert von 4.5% abgenommen und liegt im Juli bei 3.7%. Damit hält der Trend an, dass die Arbeitslosenquote des Stadtkantons beinahe dem schweizerischen Durchschnitt entspricht und nicht mehr wie in früheren Perioden um einiges höher liegt. Die **Zahlfälle der Sozialhilfe** werden aufgrund der systembedingten zeitlichen Verzögerung in den kommenden Monaten leicht zunehmen.

2 Die mittelfristige Planung

2.1 Schwerpunkte des Regierungsrates

2.1.1 Überblick

Der Legislaturplan 2009-2013 beinhaltet die mittel- bis langfristige politische Planung des Regierungsrates. Vier Leitsätze bilden die Klammern um die gesamte regierungsrätliche Planung. Aus diesen Leitsätzen wurden Schwerpunkte der Verwaltungstätigkeit abgeleitet, wobei jeder dieser Schwerpunkte konkrete Ziele und Massnahmen beinhaltet.

Übersicht Leitsätze und Schwerpunkte Legislaturplan 2009-2013

Leitsatz	Schwerpunkt
Internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken	<ul style="list-style-type: none"> Wirtschaftsstandort stärken Basel als Wissenszentrum positionieren
Als Region zusammenwachsen	<ul style="list-style-type: none"> Basel ist Zentrum des Metropolitanraums Basel-Stadt als starker und verlässlicher Partner
Basel als urbanes Zentrum festigen	<ul style="list-style-type: none"> Urbane Standortqualität Kulturstadt mit Ausstrahlung
Nachhaltig Lebensqualität schaffen	<ul style="list-style-type: none"> Chancengleichheit Nachhaltiger Umgang mit Ressourcen Lebensqualität und Sicherheit

Auf den nachfolgenden Seiten sind die einzelnen Schwerpunkte mit den zugehörigen Massnahmen beschrieben. Aufgrund der kurzen Zeit seit der Publikation der Schwerpunkte und Massnahmen im Legislaturplan 2009-2013 sind vom Regierungsrat noch keine Änderungen beschlossen worden.

In einem weiteren Kapitel ist am Schluss dargestellt, mit welchen finanziellen Mitteln die Schwerpunkte im Budget und der Planung des Regierungsrates verknüpft sind.

2.1.2 Internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken

Schwerpunkt „Wirtschaftsstandort stärken“- Ziele

- Der Kanton Basel-Stadt ist ein wachstumsstarker und international bekannter Wirtschaftsstandort.
- Die Stadt Basel ist eine wichtige Gastgeberin von internationalen Messen und Kongressen. Sie ist eine wirtschaftlich und gesellschaftlich bedeutende Tourismus- und Begegnungsstadt.
- Der Kanton Basel-Stadt ist eine Drehscheibe für den Personen- und Güterverkehr in Europa.
- Unternehmen der Life Sciences und der anderen Zielbranchen sowie ausgewählter Technologiefelder werden im Kanton Basel-Stadt oft gegründet, entwickeln sich positiv und siedeln sich im Kanton an.

Schwerpunkt „Wirtschaftsstandort stärken“- Massnahmen

- **Bedürfnisse der Unternehmen kennen** Der Kanton ist in regelmässigem Kontakt mit den Wirtschaftsverbänden und den wichtigen Unternehmen und kennt deren Bedürfnisse und Anforderungen an den Standort. Die Abgaben der Unternehmen werden für eine sichtbare, gute Dienstleistung des Staates und eine leistungsfähige Infrastruktur verwendet.
- **Steuerentlastungen bei den juristischen Personen** Der maximale Gewinnsteuersatz wird im Jahr 2011 um ein halbes Prozent auf 21.5 % gesenkt. Weitere Teilsenkungen um jeweils 0.5 Prozentpunkte sollen gestaffelt folgen, sofern die reale Wirtschaftsentwicklung und Nettoschuldenquote dies erlauben. Die Besteuerung der Dividendenerträge soll reduziert werden.
- **Umsetzung einer regional abgestimmten Strategie** Zusammen mit öffentlichen und privaten Partnern wird eine regionale Strategie für die Entwicklung der Life-Sciences-Wirtschaft verfolgt und konsequent umgesetzt.
- **Wirtschaftliche Schwerpunktgebiete schaffen** Um die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern, müssen Schwerpunktgebiete örtlich festgelegt und gegenseitig abgestimmt werden. Die im Richtplan bestimmten Planungsgrundsätze und -anweisungen und die entsprechenden Massnahmen zu den Schwerpunktgebieten werden weiter vorangetrieben.
- **Rekrutierung von Fachpersonal** Unternehmen sollen Arbeitsbewilligungen für das Fachpersonal rasch erhalten. Es soll kein Wachstumshemmnis entstehen, weil Fachpersonen fehlen. Beim Bund setzt sich der Kanton für eine entsprechende Unterstützung ein.
- **Leistungsfähige Standortpromotionsorganisation** Der Kanton beteiligt sich aktiv an der regionalen Standortpromotionsorganisation BaselArea und trägt dazu bei, dass diese leistungsfähig und wirkungsvoll ist.
- **Internationale Grossanlässe als Promotions- und Netzwerkplattformen nutzen** Grossanlässe werden vermehrt als Plattformen genutzt, um den Metropolitanraum Basel im internationalen Umfeld zu präsentieren und Städtepartnerschaften zu etablieren. In diesem Rahmen soll auch die Kooperation mit anderen Metropolitanräumen gefördert werden.
- **Leistungsfähige Verkehrsverbindungen** Der Personen- und Güterverkehr wird multimodal und grenzüberschreitend an die wichtigsten europäischen Zentren angebunden. Die Abstimmung zwischen den Verkehrsträgern und den politischen Körperschaften wird konsolidiert. Die Schienenanbindung des Flughafens EuroAirport wird innerhalb trinationaler Gremien vorangetrieben. Beim Schienenverkehr steht der Infrastrukturausbau im Vordergrund. In der Güterlogistik werden Optimierungs- und Konzentrationspotenziale evaluiert und koordiniert genutzt.
- **Weiterentwicklung der Rheinhäfen** Die von Basel-Stadt und Basel-Landschaft gutgeheissene Hafenarealstrategie der Schweizerischen Rheinhäfen wird umgesetzt. Sie ermöglicht einen nachhaltig effizienten Betrieb der ökologischen Schifffahrt. Dabei werden städtebauliche Ansprüche mitberücksichtigt.
- **Förderung junger Unternehmen** Das Unternehmertum sowie der Aufbau und die Entwicklung junger Unternehmen der Schlüsselbranchen und ausgewählter Technologiefelder

werden gefördert. Dazu werden auch geeignete Flächen auf dem Kantonsgebiet zu attraktiven Bedingungen bereitgehalten und zur Verfügung gestellt.

- **Netzwerkpflege im Rahmen der Städtepartnerschaft** Vor dem Hintergrund der Städtepartnerschaft mit Shanghai werden der Austausch und die Netzwerkpflege gefördert. Es wird geprüft, wie eine Plattform für die Netz-

werkpflege institutionalisiert werden kann.

- **Stärkung des Messe- und Kongressstandorts Basel** Der Kanton beteiligt sich am und unterstützt das Projekt „Messezentrum Basel 2012“, bei dem die Messebauten am Standort Basel erweitert und markant modernisiert werden. Dadurch wird der Messe- und Kongressplatz Basel spürbar aufgewertet.

Schwerpunkt „Basel als Wissenszentrum positionieren“- Ziele

- Der Kanton Basel-Stadt bietet gemeinsam mit den Hochschulen und anderen privaten und öffentlichen Partnern die Rahmenbedingungen für eine hochstehende Forschung und Entwicklung an.
- Sowohl das Bildungsangebot als auch die Forschung und Entwicklung sind hochstehend und innovativ: Sie positionieren den Kanton Basel-Stadt als Wissenszentrum.

Schwerpunkt „Basel als Wissenszentrum positionieren“- Massnahmen

- **Hochstehende Forschung** Gemeinsam mit den Hochschulen und anderen öffentlichen und privaten Partnern werden Rahmenbedingungen für einen herausragenden Forschungsstandort geschaffen.
- **Förderung der Vernetzung im Hochtechnologiebereich** Gemeinsam mit öffentlichen und privaten Partnern wird die Vernetzung von Unternehmen untereinander sowie zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen im Hochtechnologiebereich gefördert. Dadurch werden Forschungserkenntnisse leichter und rascher umgesetzt und verwertet. Die Forschung wird von den Bedürfnissen der Wirtschaft angeregt.
- **Hochschul- und Universitätsentwicklung** Den Hochschulen (Universität, Fachhochschulen und ETH) werden bedarfsgerecht Entwicklungsräume bereitgestellt. Die Trägerschaft der Hochschulen und Universität wird auf weitere Kantone der Nordwestschweiz ausgeweitet.
- **Partnerschaftliche Standortentwicklung für die Hochschulen** Das Raumangebot für die Universität wird entsprechend dem prognostizierten Wachstum der Studierendenzahlen und der Strategie der Universität zusammen mit dem Kanton Basel-Landschaft erhöht und optimiert. Die Universität wird an möglichst wenigen Standorten konzentriert. Standorte im Kanton Basel-Landschaft werden gemeinsam mit dem Partnerkanton evaluiert.
- **Positionierung öffentlicher Spitäler und universitärer Kliniken** Die Wettbewerbsfähigkeit der öffentlichen Spitäler und die Positionierung der universitären Kliniken im nationalen und internationalen Wettbewerb werden gestärkt, wobei eine Erweiterung der Trägerschaften geprüft wird.
- **Förderung von Kindern im Vorschulalter und Bildungswege in der Volksschule** Die Angebote zur Tagesbetreuung und die Förderung im Vorschulbereich werden entsprechend dem Programm «Familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel» ausgebaut. Die Bildungsstruktur und die Bildungsinhalte in der Volksschule werden gemeinsam mit den Partnern (andere Kantone, Wirtschaftsverbände, Verwaltungsabteilungen) aufeinander abgestimmt.

2.1.3 Als Region zusammenwachsen

Schwerpunkt „Basel ist Zentrum des Metropolitanraums“- Ziele

- Der Kanton Basel-Stadt trägt wesentlich zur Identität des Metropolitanraums Basel und zur Identifikation der Menschen mit dem Metropolitanraum Basel bei.
- Ein attraktives Verkehrssystem sichert die Erreichbarkeit des Wirtschaftsstandorts und fördert eine stadtgerechte Mobilität – zur Entlastung von Umwelt und Wohnbevölkerung.

Schwerpunkt „Basel ist Zentrum des Metropolitanraums“- Massnahmen

- **Ausbau des öffentlichen Verkehrs** Der öffentliche Verkehr in der Region wird gezielt gefördert und ausgebaut. Der Ausbau wird auf die Siedlungsentwicklung und auf das Verkehrspotenzial abgestimmt, um den Modal-Split-Anteil zu erhöhen. Prioritär soll der Rückstand bei den grenzüberschreitenden Verbindungen und bei der Regio-S-Bahn (inkl. Projekt Herzstück) aufgeholt werden. Für längerfristige Ausbauten im Tram- und Eisenbahnnetz wird die Trasseesicherung frühzeitig eingeleitet. Gut erschlossene Standorte, insbesondere an S-Bahnstationen, werden in ihrer Rolle als Entwicklungsschwerpunkte gestärkt.
- **Leistungsfähige Strassenverkehrsachsen** Der motorisierte Individualverkehr (inkl. Lastwagenverkehr) wird auf den Hauptachsen kanalisiert. Durch verkehrslenkende und verkehrsberuhigende Projekte werden die Wohngebiete von quartierfremdem Verkehr entlastet. Die Kantonsstrassen werden für den Langsamverkehr sicher gestaltet. Neue Entwicklungsgebiete werden optimal an das Strassennetz angebunden.
- **Basel-Stadt als Kern der grenzüberschreitenden Agglomeration** Die Siedlungsentwicklung auf Kantonsgebiet folgt der Strategie der «Siedlungsentwicklung nach innen». Diese Strategie wird mit den direkt betroffenen Nachbarn sowie in den Organen des Trinationalen Eurodistricts Basel (TEB) mit der räumlichen Entwicklung der Nachbargemeinwesen koordiniert.
- **Abstimmung der Sportpolitik und der Sportanlagenplanung** Sportpolitische Anlässe von regionaler Bedeutung, die Planung und die Schwerpunkte der Sportpolitik werden mit den Nachbarkantonen und in der Region abgestimmt. Besonders bei den Sportanlagen soll Basel im Mittelpunkt einer Region stehen, in welcher die Sportinfrastruktur attraktiv und gut abgestimmt ist und wenn möglich gemeinsam getragen wird.
- **Verlagerung auf den Velo- und Fussgängerverkehr** Um eine Verlagerung vom motorisierten Individualverkehr auf den Velo- und Fussgängerverkehr zu erreichen, wird dem Langsamverkehr ausreichend Raum zugebilligt. In der Innenstadt und in den neuen Siedlungsgebieten werden neue Verbindungen für den Langsamverkehr ausgestaltet.

Schwerpunkt „Basel-Stadt als starker und verlässlicher Partner“- Ziele

- Der Kanton Basel-Stadt ist ein zuverlässiger, zugkräftiger und kooperativer Partner für die anderen Gebietskörperschaften und Organisationen im Metropolitanraum Basel.
- Der Kanton Basel-Stadt gestaltet die Bildungslandschaft in Abstimmung mit den Kantonen der Nordwestschweiz und versteht sie als Teil eines nationalen Bildungsraums.
- Der Kanton Basel-Stadt entwickelt und steuert das Verkehrssystem gemeinsam mit den staatlichen und privaten Partnern des Metropolitanraums Basel.
- Der Kanton Basel-Stadt bildet zusammen mit den Kantonen der Nordwestschweiz einen gemeinsamen Gesundheitsraum.

Schwerpunkt „Basel-Stadt als starker und verlässlicher Partner“- Massnahmen

- **Kooperation in der Nordwestschweiz** Die Zusammenarbeit unter den Nordwestschweizer Kantonen weitet sich aus. Neben der besonders engen Partnerschaft mit dem Kanton Basel-Landschaft wird eine stärkere Einbindung des Kantons Jura vorangetrieben.
 - **Harmonisierung der Schulen** In der Nordwestschweiz werden für alle Bildungsstufen verbindliche Kommunikationsforen und Zusammenarbeitsformen aufgebaut bzw. konsolidiert. Dabei wird die Harmonisierung der Bildungsstrukturen und -inhalte angestrebt.
 - **Gesundheitsraum Nordwestschweiz** Ein Gesundheitsraum Nordwestschweiz mit einem umfassenden Entwicklungs- und Investitionsprogramm wird angestrebt. Er verstärkt und harmonisiert die Zusammenarbeit in allen Gesundheitsbereichen mit dem Kanton Basel-Landschaft, den anderen Kantonen der Nordwestschweiz und dem angrenzenden Ausland.
 - **Institutionalisierung des Lobbyings auf Bundesebene** Durch Allianzen mit anderen Nordwestschweizer Kantonen wird eine wahrnehmbare Grösse für die Beeinflussung politischer Geschäfte auf Bundesebene erreicht.
- Die zielgerichtete Interessensvertretung wird in verschiedenen Gremien und Konferenzen auf regionaler und nationaler Ebene betrieben. Durch flankierende Veranstaltungen wird der Dialog zwischen eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentariern und den Regierungsräten der Nordwestschweizer Kantone gefördert.
- **Fokussierung im Bereich der regionalen Zusammenarbeit** Die verschiedenen Gremien und Organisationen im Bereich der trinationalen bzw. regionalen Zusammenarbeit werden stärker aufeinander abgestimmt und die Inhalte koordiniert. Für die Kommunikation nach aussen soll zudem eine Dachmarke eingeführt werden.
 - **Öffnung in Richtung anderer Metropolitanräume** Der Fokus der regionalen Zusammenarbeit ist auf den trinationalen Metropolitanraum Basel ausgerichtet. Gleichzeitig wird das Verhältnis zu anderen Metropolitanräumen in den nächsten Jahren geklärt. Insbesondere die Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft und Wirtschaft bietet ein hohes Zukunftspotenzial.

2.1.4 Basel als urbanes Zentrum festigen

Schwerpunkt „Urbane Standortqualität“- Ziele

- Der Kanton Basel-Stadt ist ein gefragter Lebensmittelpunkt für Menschen mit vielfältigen Lebensentwürfen aus dem In- und Ausland.
- Die Siedlungsentwicklung im Kanton Basel-Stadt erfolgt weitgehend innerhalb des ausgewiesenen Siedlungsgebietes und richtet sich nach innen.
- Im Kanton Basel-Stadt wird neuer Wohnraum von hoher Qualität für unterschiedliche Ansprüche geschaffen und bestehender Wohnraum aufgewertet.
- Der Kanton Basel-Stadt anerkennt die ökologische und soziale Bedeutung von Frei- und Grünflächen und ermöglicht deren vielfältige funktionale Nutzung.

Schwerpunkt „Urbane Standortqualität“- Massnahmen

- **Vielfältiges, attraktives und ausreichendes Wohnangebot** Der Richtplan sieht vor, in den nächsten zwanzig Jahren zumindest den notwendigen Raum zum Ausgleich des steigenden Flächenbedarfs pro Kopf zu schaffen. Gleichzeitig sind die Freiraumqualitäten zu erhalten oder wenn möglich zu erhöhen. Potenzial für neuen Wohnraum wird geschaffen, indem neue Siedlungsgebiete ausgeschieden und bisher anders genutzte Areale geöffnet werden. Zudem werden Investitionen in den Wohnungsbau und die bessere Nutzung der Reserven im Wohnungsbestand angeregt. Als Beitrag für eine gute Bevölkerungsdurchmischung wird hochwertiger Wohnraum spezifisch gefördert. Die Verdichtung nach innen wird durch die Schaffung von Frei- und Grünräumen ergänzt.
- **Unterstützung der Wohnpolitik durch Einbezug der Immobilien des Finanzvermögens** Das Stadtwohnen ist ein zentrales Element der Immobilienstrategie des Finanzvermögens. Es werden sowohl staatliche Projekte umgesetzt als auch private und gemeinnützige Investitionen einbezogen. Die staatlichen Massnahmen berücksichtigen die wirtschaftliche, ökologische und gesellschaftliche Nachhaltigkeit und setzen dort ein, wo der Immobilienmarkt die wohnpolitischen Interessen des Kantons zu wenig wahrnimmt. Wichtige Projekte sind Liegenschaftssanierungen sowie laufende Arealentwicklungen.
- **Angebote und Räume für Kinder und Jugendliche** In jedem Quartier stehen ausreichend niederschwellige Angebote und Raum für Kinder und Jugendliche zur Verfügung, die es ihnen ermöglichen, soziale Kontakte zu Gleichaltrigen zu knüpfen und sich in ihrer Freizeit sinnvoll zu beschäftigen. Die Kinder und Jugendlichen können ihre Bedürfnisse und Anliegen einbringen und so den Ort mitgestalten.
- **Konzept für den öffentlichen Raum** Es wird ein umfassendes regierungsrätliches Konzept zur Steigerung der Lebensqualität und der Sicherheit im öffentlichen Raum entwickelt und umgesetzt.
- **Lärmschutz und Sauberkeit gewährleisten** Verkehrslenkende Massnahmen und Schallschutzfenster sorgen für Ruhe vor Strassenlärm. Beispielungspläne lenken die Nutzung von stark belebten Plätzen. Illegaler Abfall wird beseitigt und verhindert.
- **Attraktive und belebte Basler Innenstadt** Die langfristige Sicherung sowie die bedarfsgerechte, nachhaltige Weiterentwicklung der Qualitäten der Basler Innenstadt sowie der Riehener und Bettinger Dorfzentren sind wichtig. Gemeinsam mit der Bevölkerung, dem Gewerbe und der Verwaltung werden Perspektiven für die Innenstadt erarbeitet und entlang von Themen vertieft. Daraus wird ein Entwicklungskonzept erarbeitet und umgesetzt. Die direkte Erschliessung der Innenstadt aus der Region wird mit dem Ausbau der Regio-S-Bahn (Herzstück) verbessert.
- **Projekt „Welcome“** Der Ersteindruck, den Gäste und Neuzuzüger von Basel erhalten, soll verbessert werden. Dazu werden mit Partnern innerhalb und ausserhalb der Verwaltung geeignete Massnahmen geplant und umgesetzt.
- **Attraktivitätssteigerung der Innenstadt durch Märkte** Veranstaltungen im öffentlichen Raum wie die Herbstmesse und Märkte

werden so organisiert, dass sie zur Attraktivitätssteigerung der Innenstadt beitragen und vermehrt Besucherinnen und Besucher aus dem In- und Ausland anziehen.

- **Akquisition von Grossveranstaltungen**

Grossveranstaltungen des Sports werden akquiriert. Eine konsequent kundenorientierte Zusammenarbeit von Basel Tourismus, der Abteilung Aussenbeziehungen und Standortmarketing und der Abteilung Sport erhöht dabei die Erfolgchancen.

Schwerpunkt „Kulturstadt mit Ausstrahlung“- Ziele

- Der Kanton Basel-Stadt ist ein wichtiges kulturelles Zentrum mit internationaler Ausstrahlung. Er verfügt über eine lebendige Kulturszene und setzt in den Bereichen bildende Kunst, Musik, Theater wie auch Architektur bedeutende Akzente.
- Der Kanton Basel-Stadt etabliert und sichert starke Partnerschaften mit privaten und öffentlichen Trägern, die das Kulturangebot mitgestalten und die kulturellen Zentrumsleistungen mittragen und mitfinanzieren.
- Die staatlichen und subventionierten Kulturinstitutionen berücksichtigen in ihren Angeboten die kulturelle Vielfalt der Bevölkerung. Der Kulturvermittlung kommt ein hoher Stellenwert zu.

Schwerpunkt „Kulturstadt mit Ausstrahlung“- Massnahmen

- **Kulturpolitik und Kulturleitbild** Die Kulturpolitik umfasst die Förderung des professionellen Kulturschaffens sowie die Unterstützung von Körperschaften und Institutionen mit überregionaler Ausrichtung. Gemäss dem neuen Kulturfördergesetz Basel-Stadt legt der Regierungsrat die Kulturförderpolitik in einem Kulturleitbild periodisch fest. Zudem wird ein Erweiterungsbau für das Kunstmuseum Basel auf der Parzelle des heutigen «Burghofs» erstellt. Weiter wird eine partnerschaftliche Finanzierung des Theater Basel realisiert.
- **Akquisition von neuen Grossanlässen und Betreuung von Grossveranstaltern** Neue kulturelle Grossveranstaltungen mit überregionaler Ausstrahlung werden nach Basel geholt. Daneben werden die bereits hier tätigen Organisatoren gepflegt und in ihren Bemühungen unterstützt, die internationale Ausstrahlung ihrer Veranstaltungen zu verstärken.
- **Förderung der kreativen Aktivitäten** Im Dreispitzareal, im Kasernenareal und in weiteren Stadtteilen werden Räume geschaffen, in denen vielfältige Formen kreativer Aktivität möglich werden.

2.1.5 Nachhaltig Lebensqualität schaffen

Schwerpunkt „Chancengleichheit“- Ziele

- Frauen und Männer sind in ihrer Teilnahme am wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben gleichgestellt.
- Alle Kinder und Jugendlichen erhalten optimale Bildungschancen und können in angemessener Form am gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben teilnehmen. Dabei orientieren sich die Schulen im Kanton Basel-Stadt an den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen und an den Erfordernissen von Gesellschaft und Wirtschaft.
- Migrantinnen und Migranten haben gleichberechtigten Zugang zum Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie zum Bildungs- und Gesundheitssystem und können am öffentlichen Leben teilnehmen.
- Menschen mit einer Behinderung können gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilnehmen.

Schwerpunkt „Chancengleichheit“- Massnahmen

- **Eine kinder- und familienfreundliche Stadt** Eine Standortbestimmung zur «Kinder- und Familienfreundlichkeit» wird durchgeführt. Daraus werden die notwendigen Massnahmen abgeleitet, um eine hohe Attraktivität für Familien mit Kindern zu erreichen.
- **Weiterentwicklung der familienergänzenden Tagesbetreuung** Ein Netz von Angeboten für die familienergänzende Kinderbetreuung wird aufgebaut, das es den Eltern ermöglicht, rasch einen Platz in einem Angebot der Tagesbetreuung zu erhalten. Die Zahl der Tageschulplätze wird erhöht.
- **Programm «Familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel»** Rahmenbedingungen werden gefördert, um Beruf und Familie optimal miteinander zu vereinbaren.
- **Integrative Volksschule** Integration ist zentraler Auftrag des Bildungswesens. Die Integration in Arbeitswelt und Gesellschaft gelingt im Regelfall besser, wenn auch die Förderung der Kinder und Jugendlichen integrativ erfolgt. Es werden die Voraussetzungen für eine integrative Volksschule geschaffen, welche für alle Kinder und Jugendlichen zuständig ist.
- **Ausbau der frühen Förderung und Bildung** Bestehende Angebote im Frühbereich werden bedarfsgerecht so gestaltet, dass sie insbesondere durch benachteiligte Familien in Anspruch genommen werden. Ziel ist es, allen Kindern einen guten Lebensstart zu ermöglichen und gleiche Chancen zu gewährleisten.
- **Öffnung der Berufswahl und Stärkung von vielfältigen Lebensentwürfen** Ein breit angelegtes Aktionsprogramm wird umgesetzt mit dem Ziel, die Berufswahl für Jungen und Mädchen zu öffnen.
- **Nachholbildung, Erwachsenenbildung** Die qualifizierende Nachholbildung zur Erlangung eines Abschlusses auf der Sekundarstufe II sowie die Erwachsenenbildung zur Erhaltung und Entwicklung der individuellen Arbeitsmarktfähigkeit werden gefördert.
- **Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten** Die Integration wird gefördert, indem die Bevölkerung und die Verwaltung sensibilisiert und informiert werden. Strukturelle Hürden werden zur Verhinderung von Diskriminierungen abgebaut und Begegnungsmöglichkeiten geschaffen. Migrantenorganisationen sowie Angebote zur Sprach- und Integrationsförderung werden unterstützt. Im Rahmen staatlicher Dienstleistungen wird die Nutzung dieser Förderangebote unterstützt und gefordert.
- **Förderung der Selbständigkeit und der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit einer Behinderung** Zugangsbarrieren im gesellschaftlichen, beruflichen und baulichen Bereich werden abgebaut. Zugänglichkeit und Benutzbarkeit öffentlicher Bauten und Anlagen sowie des öffentlichen Verkehrs werden verbessert. Weitere Unterstützungsangebote fördern die individuelle Entwicklung von Menschen mit einer Behinderung.

Schwerpunkt „Nachhaltiger Umgang mit Ressourcen“- Ziele

- Gemessen am Bruttoenergieverbrauch weist der Kanton Basel-Stadt einen stark steigenden Anteil an erneuerbaren Energien auf.
- Der Kanton Basel-Stadt nimmt beim Energiekonsum eine Vorbildfunktion ein, insbesondere im Gebäudebereich und bei der Mobilität. Er ist ein starker Innovationsort im Bereich erneuerbarer Energien und setzt mit einer fortschrittlichen Energiepolitik positive Impulse für neue Unternehmen.
- Die Entwicklung des Siedlungsraums im Kanton Basel-Stadt ist koordiniert und inhaltlich kohärent mit derjenigen der angrenzenden Gebietskörperschaften.
- Im Kanton Basel-Stadt sinkt die Belastung der Luft durch Luftschadstoffe unter die Jahresgrenzwerte. Es wird haushälterisch mit Wasser umgegangen. Die Belastung der Gewässer nimmt ab.
- Der Kanton Basel-Stadt investiert in Massnahmen zur Steigerung der Standortattraktivität unter Berücksichtigung eines nachhaltigen Finanzhaushaltes. Er geht mit seinen finanziellen Ressourcen haushälterisch um. Die Nettoschuldenquote bleibt dabei immer unter der gesetzlich vorgegebenen Maximalquote.

Schwerpunkt „Nachhaltiger Umgang mit Ressourcen“- Massnahmen

- **Die «2000-Watt-Gesellschaft» als Leitmotiv** Projekte werden initiiert und unterstützt, um die Energieeffizienz zu verbessern und um den Anteil an erneuerbaren Energien kontinuierlich zu erhöhen. Im Mittelpunkt stehen die Bereiche Bauen (Neubau und Sanierungen) und Mobilität. Dabei wird mit Partnern aus der Wirtschaft und der Wissenschaft zusammengearbeitet. Der Kanton nimmt in diesen Bereichen selber eine Vorbildrolle ein und setzt das Projekt «CO₂-neutrale Verwaltung» kontinuierlich um.
- **Ressourcen schonen mit Abfallbewirtschaftung** Die Abfallbewirtschaftung wird darauf ausgerichtet, dass Ressourcen so gut wie möglich wiederverwendet und umweltgefährdende Stoffe aus dem Kreislauf ausgeschieden werden. Das im Abfall gebundene Energiepotenzial wird optimal ausgeschöpft. Industrie und Gewerbe erhalten Unterstützung bei der Optimierung ihrer betrieblichen Abläufe zur Vermeidung von Abfällen und zur Schonung der Ressourcen.
- **Knapper Raum wird optimal genutzt** Der öffentliche Raum wird weiter aufgewertet und das Nutzungsmanagement optimiert. Mit einer Strategie für die Bespielung des öffentlichen Raums wird festgelegt, welche Räume wie genutzt werden sollen bzw. welche Instrumente im Konfliktfall angemessen sind.
- **Luftbelastung vermindern** Die Luftbelastung wird flächendeckend erfasst. Massnahmen für stark belastete Standorte werden erarbeitet und Vollzugskonzepte optimiert.
- **Nachhaltige Ausgabenpolitik** Der Kanton setzt klare Prioritäten und verfolgt weiterhin eine moderate Ausgabenpolitik. Aufgrund der Rezession müssen die Nettoaussgaben in der zweiten Hälfte der laufenden Legislatur gesenkt werden. Neue und bestehende Aufgaben werden konsequent auf ihre Notwendigkeit überprüft. Die Abläufe in der Verwaltung werden laufend verbessert.

Schwerpunkt „Lebensqualität und Sicherheit“- Ziele

- Menschen mit unterschiedlichen Lebensentwürfen fühlen sich im Kanton Basel-Stadt sicher und leben friedlich zusammen.
- Der Kanton Basel-Stadt verfügt über ein soziales Sicherungssystem, das den Bedürfnissen der Gesellschaft entspricht. Die materielle Existenz ist gesichert, so dass die Handlungsfähigkeit der Einwohnerinnen und Einwohner gewahrt bleibt.
- Der Kanton Basel-Stadt stellt eine bedarfsgerechte und qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung bereit, die insgesamt finanzierbar und für das Individuum erschwinglich ist.

- Der Kanton Basel-Stadt setzt sich für Erhalt und Förderung der Gesundheit ein und unterstützt seine Bevölkerung in einer gesundheitsbewussten Lebensweise.
- Der Kanton Basel-Stadt anerkennt das Engagement von Menschen, die sich ehrenamtlich für das Gemeinwohl einsetzen.
- Die Angebotsplanung im Bereich Wohnen, Mobilität, Sicherheit und Betreuung ist der demografischen Entwicklung angepasst.

Schwerpunkt „Lebensqualität und Sicherheit“- Massnahmen

- **Gefährdungsanalyse** Eine Gefährdungsanalyse des Kantons Basel-Stadt wird erstellt, welche die detaillierten Bedürfnisse für Prävention, Vorsorge und Bewältigung von Katastrophen und Notlagen ausweisen wird.
- **Erdbebenvorsorge** Gemeinsam mit dem Kanton Basel-Landschaft werden die Erdbeben-Vorsorgeaktivitäten umgesetzt. Dabei werden die Grundlagen für die Umsetzung der Baunormen, für die Erdbebenertüchtigung der Lifeline-Gebäude und für die Betriebe unter Störfallverordnung erweitert und für Fachleute verfügbar gemacht.
- **Bekämpfung der Jugendkriminalität** Die polizeiliche Prävention gegen Jugendgewalt wird mit dem Ausbau der Jugend- und Präventionspolizei intensiviert.
- **Planung Senioren- und Alterspflegepolitik** Eine umfangreiche Senioren- und Alterspflegepolitik wird geplant, welche die Leitlinien zur Seniorenpolitik und weiterer altersrelevanten Bereiche berücksichtigt.
- **Modernisierung der Gesundheitsgesetzgebung** Die kantonale Gesundheitsgesetzgebung wird bedarfsgerecht modernisiert und antizipiert die umfangreichen aktuellen und künftigen gesundheitspolitischen Gesetzesreformen auf nationaler Ebene.
- **Konzept Gesundheitsförderung und Prävention** Eine wirksame, an den Zielgruppen ausgerichtete Gesundheitsförderung und Prävention für die gesamte Bevölkerung unter Einbezug des gesamten Suchtbereichs wird konzipiert und sichergestellt.
- **Ambulante Hilfen für Familien in Krisensituationen** Kinder sind von persönlichen und sozialen Krisen ihrer Väter und Mütter besonders betroffen. Kinder und Jugendliche werden mit zeitnah eingeleiteten, ausreichend intensiven und qualifizierten ambulanten Hilfen besser geschützt und gefördert. Ambulante Hilfen werden bis 2012 auf ihre Wirksamkeit überprüft, systematisiert und ausgebaut.
- **Finanzielle Unterstützung von Familien** Zusätzliche Massnahmen zur finanziellen Unterstützung von Familien werden geprüft und wo möglich umgesetzt. Bei bereits bestehenden Leistungen wird die Erreichbarkeit verbessert und die Nichtbezugsquote reduziert. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird durch tragbare Kosten für die Tagesbetreuung gefördert.
- **Zahlbare Krankenversicherungsprämien sicherstellen** Basel-Stadt hat schweizweit die höchste kantonale Durchschnittsprämie bei der Krankenversicherung. Neben der Minderung der anfallenden Prämienbelastung über Prämienverbilligung wird die Stärkung der Anreize für Managed-Care-Modelle geprüft.

2.1.6 Finanzielle Auswirkungen

Finanzielle Mittel für Schwerpunkte und Massnahmen

in 1'000 Franken	Budget 2009	Budget 2010	Budget 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Steuerentlastungen bei den juristischen Personen	0	0	3'000	15'000	27'000	39'000
Wirtschaftsstandort stärken	0	0	3'000	15'000	27'000	39'000
Hochschul- und Universitätsentwicklung	0	8'700	15'900	25'400	29'800	29'800
Positionierung öffentlicher Spitäler und universitärer Kliniken	0	0	200	200	200	200
Basel als Wissenszentrum positionieren	0	8'700	16'100	25'600	30'000	30'000
Ausbau des öffentlichen Verkehrs	3'910	5'060	5'250	7'030	8'680	11'600
Basel ist Zentrum des Metropolitanraums	3'910	5'060	5'250	7'030	8'680	11'600
Harmonisierung der Schulen von Basel-Stadt	830	3'750	7'448	8'674	10'196	11'782
Gesundheitsraum Nordwestschweiz	300	300	200	200	200	200
Fokussierung im Bereich der regionalen Zusammenarbeit	375	545	545	600	600	600
Basel-Stadt als starker und verlässlicher Partner	1'505	4'595	8'193	9'474	10'996	12'582
Vielfältiges, attraktives und ausreichendes Wohnangebot	270	370	1'420	1'420	1'420	1'420
Urbane Standortqualität	270	370	1'420	1'420	1'420	1'420
Weiterentwicklung der familienergänzenden Tagesbetreuung	3'588	5'330	7'540	9'840	12'390	14'790
Programm „Familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel“	100	100	100	100	100	100
Integrative Volksschule	3'236	5'249	5'365	6'584	6'584	6'584
Ausbau der frühen Förderung und Bildung	2'180	2'137	2'918	3'143	4'703	4'705
Chancengleichheit	9'104	12'816	15'923	19'667	23'777	26'179
Die „2000-Watt-Gesellschaft“ als Leitmotiv	265	165	165	165	165	165
Nachhaltiger Umgang mit Ressourcen	265	165	165	165	165	165
Gefährdungsanalyse	12	150	150	100	0	0
Bekämpfung der Jugendkriminalität	600	650	650	650	650	650
Planung Senioren- und Alterspflegepolitik	0	0	200	200	200	200
Modernisierung der Gesundheitsgesetzgebung	0	0	50	0	0	0
Konzept Gesundheitsförderung und Prävention	0	0	300	600	600	600
Finanzielle Unterstützung von Familien	350	100	100	0	0	0
Lebensqualität und Sicherheit	962	900	1'450	1'550	1'450	1'450
Total	16'016	32'606	51'501	79'906	103'488	122'396

Kommentar

- 1 „Steuerentlastungen bei den juristischen Personen“ ist die einzige Massnahme in der Tabelle, die Bestandteil des Allgemeinen Nettoertrags ist. Dabei handelt es sich nicht um Mehrausgaben, sondern um Mindereinnahmen. Alle übrigen Schwerpunkte und Massnahmen sind Bestandteil des Ordentlichen Nettoaufwands.

Investitionsmittel für Schwerpunkte

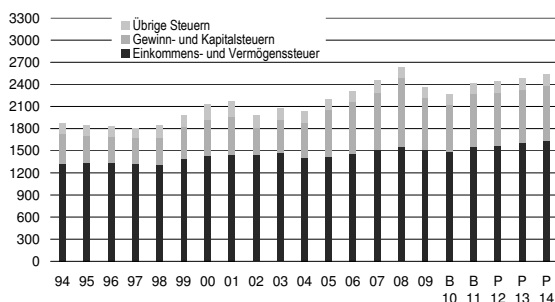
in 1'000 Franken	Budget 2009	Budget 2010	Budget 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Wirtschaftsstandort stärken	11'000	13'920	16'610	3'657	0	1'000
Basel als Wissenszentrum positionieren	6'500	7'500	15'400	20'450	32'000	9'000
Basel ist Zentrum des Metropolitanraums	25'658	19'670	22'730	15'256	1'010	650
Urbane Standortqualität	1'620	3'524	9'263	6'700	11'150	11'685
Kulturstadt mit Ausstrahlung	200	100	209	100	0	0
Chancengleichheit	750	1'750	2'250	7'150	3'732	800
Nachhaltiger Umgang mit Ressourcen	3'523	1'523	1'523	5'523	5'383	5'300
Lebensqualität und Sicherheit	270	70	270	195	195	70
Total	49'521	48'057	68'255	59'031	53'470	28'505

2.2 Finanzplan

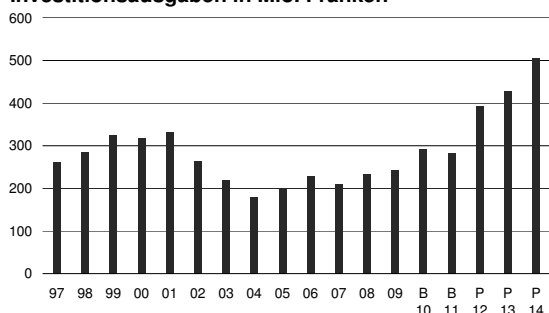
Finanzplan 2011-2014

in Mio. Franken	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Ordentlicher Nettoaufwand	2'179.7	2'291.5	2'342.8	2'380.5	2'427.8	2'498.2
Einkommens- und Vermögenssteuern	1'511.0	1'485.6	1'552.0	1'568.1	1'599.9	1'637.7
Gewinn- und Kapitalsteuern	700.6	637.0	720.0	725.3	730.0	737.7
Übrige Steuern	112.3	108.1	115.0	117.8	120.5	123.7
Kantonale Steuern ANE	2'323.9	2'230.7	2'387.0	2'411.1	2'450.3	2'499.1
Direkte Bundessteuern	171.2	140.0	140.0	143.4	146.7	150.6
Bundessteuern	171.2	140.0	140.0	143.4	146.7	150.6
Nationalbank	41.5	41.5	41.2	41.2	41.2	41.2
Soziodemogr. Lastenausgleich	48.5	46.3	46.8	47.2	47.8	48.4
Übriges	17.6	14.8	16.1	16.1	16.1	16.1
Regalien und Anteile/Beiträge ohne Zweckb.	107.5	102.5	104.1	104.5	105.0	105.7
Passivzinsen und Finanzierungsaufwand (netto)	-79.2	-109.5	-87.3	-84.5	-90.0	-94.6
Ressourcenausgleich/Härteausgleich	-114.7	-112.9	-131.9	-151.7	-168.1	-175.4
Übriges	171.1	144.1	157.2	162.2	162.2	162.2
Übriger allgemeiner Nettoertrag	-22.8	-78.3	-62.1	-74.0	-95.9	-107.8
Allgemeiner Nettoertrag inkl. Zinsen	2'579.9	2'394.9	2'569.0	2'584.9	2'606.1	2'647.7
Elimination interne Zinsen	0.8	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7
Allgemeiner Nettoertrag	2'579.1	2'394.2	2'568.3	2'584.2	2'605.4	2'647.0
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	173.2	172.3	179.9	190.0	200.0	220.0
Saldo Laufende Rechnung	226.2	-69.6	45.6	13.7	-22.4	-71.2
Aufwand	4'365.3	4'392.3	4'533.8	4'562.3	4'658.6	4'779.6
Ertrag	4'591.5	4'322.7	4'579.4	4'576.0	4'636.2	4'708.4
Saldo Laufende Rechnung	226.2	-69.6	45.6	13.7	-22.4	-71.2
+Abschreibungen Verwaltungsvermögen	173.2	172.3	179.9	190.0	200.0	220.0
+/-Veränderung zweckgeb. Eigenkapital	81.3	41.6	42.2	44.6	47.1	49.6
Selbstfinanzierung	480.7	144.3	267.7	248.3	224.6	198.4
Nettoinvestitionen	241.7	293.0	282.8	392.7	428.3	506.3
Veränderungen Darl./Bet. Verw. Verm./Umw.	-0.2	33.0	35.0	64.4	0.0	0.0
Saldo Investitionsrechnung	241.5	326.0	317.8	457.1	428.3	506.3
Finanzierungssaldo	239.2	-181.7	-50.1	-208.8	-203.7	-307.9
Selbstfinanzierungsgrad	199.0%	44.3%	84.2%	54.3%	52.5%	39.2%
Nettoschulden	2'481.6	2'663.3	2'713.4	2'922.2	3'125.8	3'433.8
Nettoschuldenquote in ‰ BIP CH	4.6	4.9	4.8	5.1	5.2	5.6

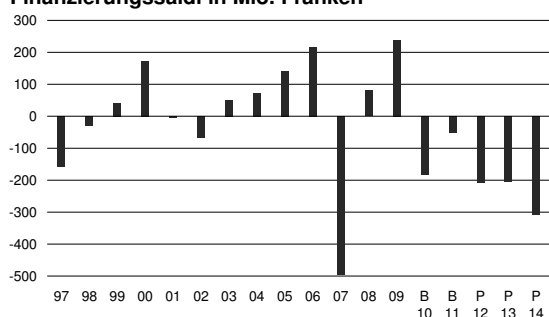
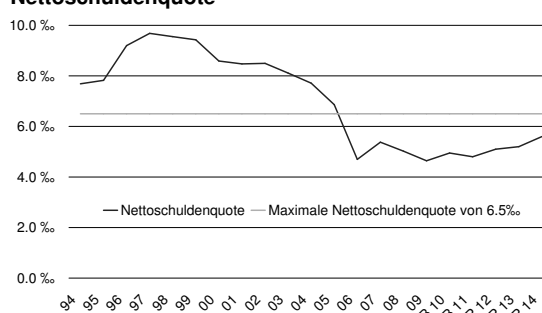
Der vorliegenden Finanzplan 2011 bis 2014 geht im Gegensatz zu demjenigen im Budget 2010 von einer deutlich besseren wirtschaftlichen Entwicklung aus. Im Gegensatz zu der damaligen Prognose werden Defizite in der Staatsrechnung erst am Ende der Planungsperiode in den Jahren 2013 und 2014 zu verzeichnen sein. Für die optimistischere Prognose ist - wie in den folgenden Ausführungen ersichtlich wird - in erster Linie der weniger starke Konjunkturerinbruch und die damit verbundene Entwicklung der Steuereinnahmen verantwortlich. Die Befürchtungen vor einem Jahr, dass die Steuereinnahmen 2010 und 2011 massiv einbrechen werden, haben sich nicht bewahrheitet.

Steuern in Mio. Franken


Im Gegenteil: Die kantonalen Steuereinnahmen werden aller Voraussicht nach 2010 im Vergleich zum 2009 zu- statt abnehmen, aber nach wie vor tiefer liegen als 2008. Für diesen Rückgang gegenüber 2008 ist damit vor allem das Steuerpaket verantwortlich. Das laufende Jahr wird deshalb deutlich besser ausfallen als budgetiert. Nicht nur im laufenden Jahr, sondern auch in den kommenden Jahren schlägt sich der weniger starke Konjunkturerinbruch in höheren Steuereinnahmen nieder.

Investitionsausgaben in Mio. Franken

Selbstfinanzierungsgrad


Im Planungszeitraum nimmt zudem der Saldo der Investitionsrechnung erheblich zu. Das Investitionsniveau liegt ab 2009 deutlich höher als in den Vorjahren. Grosse Projekte vor allem im Hochbau wie die Erweiterung des Kunstmuseums, verschiedene Bauvorhaben beim Universitätsspital (Sanierung der dritten Bauetappe, Sanierung und Erweiterung des Operationstrakts Ost), diverse Werterhaltungsarbeiten bei den Universitären Psychiatrischen Kliniken, der Neubau des Geriatriespitals beider Basel, diverse Schulhaussanierungen und ein Schulhausneubau (Erlenmatt), der Ausbau der Tagesstrukturen an den Schulen sowie der Neubau Life Science Schällemätteli sind unter anderem Grund für den Anstieg der Investitionen. Diese Investitionen können nicht mehr aus den erarbeiteten Mitteln finanziert werden, sondern es müssen dafür neue Schulden aufgenommen werden. Der Selbstfinanzierungsgrad sinkt deshalb deutlich unter 100% und beträgt für das Jahr 2014 noch 39%.

Finanzierungssaldi in Mio. Franken

Nettoschuldenquote


Primär als Folge des im Planungszeitraum deutlich zunehmenden Investitionsniveaus, aber auch wegen der Verschlechterung der Laufenden Rechnung werden die Finanzierungssaldi ab 2011 immer negativer. Der Finanzierungssaldo 2010 wird gemäss Hochrechnung noch positiv sein, weil möglicherweise Rückstellungen für die Sanierung der Pensionskasse in Höhe von maximal 160 Mio. Franken aufgelöst werden können und aufgrund der Verselbständigung der Industriellen Werke Basel ein ausserordentlicher Vermögensertrag in Höhe von 166 Mio. Franken zu verbuchen ist. Am Ende der Planungsperiode ist aber mit einer jährlichen Neuverschuldung von über 300 Mio. Franken zu rechnen. Ausgehend vom Budgetwert 2010 werden bis Ende 2014 die Nettoschulden auf über 3.4 Mia. Franken oder auf 5.6% des Bruttoinlandprodukts der Schweiz ansteigen. Weil für die Rechnung 2010 ein besser als budgetiertes Resultat zu erwarten ist (Aufwertung Industrielle Werke Basel, Teil-Auflösung Rückstellung Pensionskassen-Sanierung, Konjunktur), werden die Nettoschulden von einem tieferen Wert ausgehend mit dem gleichen Verlauf effektiv etwas tiefer zu liegen kommen.

Der vorliegende Finanzplan ist im Vergleich zum vorjährigen somit etwas optimistischer. Die damals prognostizierten Steuerausfälle sind nicht im erwarteten Ausmass eingetreten. Die Wirtschaft hat sich rascher erholt als vermutet. Der Finanzplan geht von einer optimistischen weiteren Entwicklung der Wirtschaft aus. Dabei bestehen aber erhebliche Abwärtsrisiken. Sollte sich die erwartete Verlangsamung in der zweiten Jahreshälfte 2010 tatsächlich zu einer erneuten Rezession ausweiten, wäre das vorliegende Szenario zu optimistisch.

2.3 Planung der Departemente

2.3.1 Präsidialdepartement

Das Präsidialdepartement unterstützt den Regierungspräsidenten bei der Leitung des Departements, bei der Planung und Koordination der Amtstätigkeit des Regierungskollegiums sowie bei seinen Repräsentationsaufgaben. Dieses Tätigkeitsfeld umfasst die Kommunikation, die mittel- und langfristige Planung sowie die Durchführung komplexer Querschnittsprojekte. Die Abteilungen des Präsidialdepartements sind für die fristgerechte und qualitativ hochstehende Umsetzung der Schwerpunktprojekte verantwortlich und pflegen die Zusammenarbeit mit den Departementen und diversen Anspruchsgruppen.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	377.2	378.6	390.7	391.7	391.7	391.7
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	367.1					
Bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	65	25	50	50	50	50
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehen)	Anz	11	11	12	12	13	13

Finanzen Departement

in Mio. Franken	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Aufwand	155.5	156.3	162.4	6.1	162.6	163.9	166.1
Ertrag	-16.0	-14.1	-19.2	-5.1	-19.2	-19.4	-19.6
Ordentlicher Nettoaufwand Departement	139.5	142.2	143.3	1.1	143.5	144.5	146.5
davon Aufgabenfelder, zugehörige Schwerpunkte und Massnahmen:							
1.1 Kulturförderung und -Pflege	114.7	115.8	115.7	-0.1	115.7	117.0	118.7
1.2 Kantonsentwicklung	6.3	7.1	8.1	1.0	8.2	8.3	8.4
<i>Urbane Standortqualität</i>							
Vielfältiges, attraktives und ausreichendes Wohnangebot		0.4	1.4	1.0	1.4	1.4	1.4
1.3 Aussenbeziehungen und Standortmarketing	4.3	5.0	4.6	-0.4	4.6	4.7	4.7
<i>Basel-Stadt als starker und verlässlicher Partner</i>							
Fokussierung im Bereich der regionalen Zusammenarbeit		0.5	0.5	0.0	0.6	0.6	0.6
1.4 Gleichstellung und Integration	3.6	3.4	3.4	0.0	3.4	3.4	3.5
<i>Chancengleichheit</i>							
Programm familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel		0.1	0.1	0.0	0.1	0.1	0.1
9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation	10.6	10.9	11.5	0.6	11.7	11.1	11.3

Kulturförderung und -pflege

PD-1.1

Führen von staatlichen Museen und Fördern von privaten Kulturinstitutionen; Ermöglichen und Fördern von Kulturprojekten; Erfassen und Erhalten des archäologischen Erbes (Archäologische Bodenforschung). Sicherung der dokumentarischen Überlieferung und Zugänglichmachen der Dokumente aus der öffentlichen Verwaltung und den angegliederten Organisationen sowie Vermittlung von statistischen Informationen; Unterstützen von Planungs- und Entscheidungsprozessen in der Verwaltung durch das Aufbereiten und Vermitteln von Informationen (Staatsarchiv).

Politische Ziele

- Die Förderung des Kunst- und Kulturschaffens der Gegenwart schafft das nötige Umfeld für eine lebendige und innovative Kunstszene in Basel.
- Im neuen Kulturleitbild werden gemäss Kulturförderungsgesetz die kulturpolitischen Ziele und Schwerpunkte für die Legislatur in einem breiten Mitwirkungsverfahren definiert, vom Regierungsrat verabschiedet und dem Grossen Rat zur Kenntnis gebracht.
- Die freie Theater- und Tanzszene sowie die Populärmusik werden gezielt gefördert. Diese Bereiche werden von der Kulturförderung der Publikumsnachfrage entsprechend angemessen und unter Berücksichtigung der allgemein gültigen Kulturförderkriterien unterstützt.
- Archäologische Funde werden erfasst, dokumentiert und – im Rahmen der Ansprüche an eine attraktive und lebendige Stadt – geschützt und erhalten.
- Das Staatsarchiv sichert und vermittelt in einem zeitgenössischen Verständnis schriftlich und bildlich relevante Dokumente und fördert das Bewusstsein für diese Unterlagen.
- Die Einwohnerinnen und Einwohner, die Unternehmen und Organisationen können sich einfach und rasch über die Angelegenheiten des Gemeinwesens, deren Entstehung und Entwicklung informieren und so an Identität gewinnen. Politik und Verwaltung stehen die benötigten Planungs- und Entscheidungsgrundlagen zur Verfügung.

Ausblick

- Die Kulturpolitik wird vom Regierungsrat auf der Grundlage des neuen Kulturförderungsgesetzes des Kantons im Kulturleitbild, welches in einem breiten Mitwirkungsverfahren definiert wird, für die laufende und folgende Legislatur festgelegt und dem Parlament zur Kenntnis gebracht.
- Wichtigste Ziele und Bereiche sind die Konsolidierung des Kulturbudgets analog dem Wachstum des gesamtstaatlichen Budgets, eine sinnvolle Aufteilung der Mittel zwischen etablierter und innovativer Kultur, der Erweiterungsbau Kunstmuseum, die gemeinsame Finanzierung des Theater Basel mit dem Kanton Basel-Landschaft, die Optimierung der Strukturen im E-Musik Bereich inklusive des Stadt-Casinos, die Entwicklung des Kasernenareals sowie wichtige bauliche Vorhaben des Naturhistorischen Museums und des Staatsarchivs.

Kantonsentwicklung

PD-1.2

Erarbeiten von Strategien und langfristigen Entwicklungszielen des Standortes Basel; Koordination von Vorhaben mit langfristigem Planungshorizont; Fördern von gelenkten Entwicklungsprozessen in Stadtteilen und für den gesamten Wohnungsmarkt; Grundlagen und Führungsunterstützung im Berichtswesen des Regierungsrates.

Aufbau und Pflege von elektronischen Datenbeständen zur aktuellen und retrospektiven Abbildung der kantonalen Gegebenheiten. Erstellen von Analysen und Visualisierung der Resultate in Form von Grafiken und Karten. Aufbau und Unterhalt von statistischen Informationssystemen als Grundlage für Planung und Entscheidungsfindung. Bedürfnisgerechte Vermittlung von statistischer Information für Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit. Beratung und Unterstützung bei speziellen statistischen Fragestellungen sowie bei Forschungsfragen. Kompetenzzentrum der Verwaltung für Befragungen. Koordination und Erstellung von kantonalen Statistiken im Bundesauftrag.

Politische Ziele

- Leitung und Koordination der strategischen Planungsprozesse des Regierungsrates zur nachhaltigen Entwicklung des Kantons und der Stadt Basel.
- Fördern der Stärken und Vermindern der Schwächen von einzelnen Stadtteilen mit quartierspezifischen Strategien und Herangehensweisen unter Einbezug der Quartierbevölkerung. Förderung des Stadtwohnens.
- Die Einwohnerinnen und Einwohner, die Unternehmen und Organisationen können sich einfach und rasch über die Angelegenheiten des Gemeinwesens, deren Entstehung und Entwicklung informieren und so an Identität gewinnen. Politik und Verwaltung stehen die benötigten Planungs- und Entscheidungsgrundlagen zur Verfügung.

Ausblick

- Erstellung eines geeigneten und effizienten Instrumentariums zur Führung des strategischen Planungs- und Steuerungsprozesses auf der Basis des Legislaturplans (Berichterstattung zum Legislaturplan, Lagebeurteilung, etc.). Organisatorische und inhaltliche Begleitung der Legislaturplankonferenz, die für den Regierungsrat Empfehlungen zu Strategieentscheiden erarbeitet. Erarbeitung konzeptioneller Grundlagen zur Entwicklung von Zielen und Strategien in für die Entwicklung von Stadt und Kanton wichtigen Themenfeldern.
- Wirkungsorientierte Aufbereitung von Informationen aus einer ganzheitlichen Perspektive (Analysen, Konzeptionen, Handlungsempfehlungen). Dafür werden entsprechende Strukturen genutzt: Förderung der Freiwilligenarbeit, Strukturen der Quartierarbeit, Mitwirkung der Quartierbevölkerung (§55 KV), verwaltungsinterne Koordination und Netzwerke ausserhalb der Verwaltung sowie Kommunikation (u.a. aus den Quartieren in die Verwaltung und umgekehrt).
- Förderung des Wohnens durch Koordination der betreffenden kantonalen Instrumente. Information über Investitionsmöglichkeiten in Basel, Finanzierung von Beratungen und Information über weitere Unterstützungsmöglichkeiten.
- Statistische Informationen werden sowohl standardmässig aktiv durch verschiedene Kanäle verbreitet wie auf Nachfrage spezifisch bereitgestellt. Dafür werden Datenquellen nach Bedarf erschlossen und anschliessend regelmässig gepflegt. Die daraus gewonnenen statistischen Informationen werden sorgfältig aufbereitet, in einem Datawarehouse abgelegt und zusammen mit den Metadaten unterhalten. Dieses statistische Basismaterial ist die Grundlage für eine möglichst schnelle und aktuelle statistische Informationsvermittlung, für spezifische Analysen und Reports und die Führung von Monitoring- und Controllingsystemen. Die Aufbereitung für die Vermittlung erfolgt bedürfnisgerecht und umfasst Excel-Tabellen, Grafiken, Karten und erklärende Lesehilfen mit Quellenangaben, methodischen Hinweisen und Begriffserklärungen.

Aussenbeziehungen und Standortmarketing

PD-1.3

Pflege der Aussenbeziehungen innerhalb der Schweiz und Europas durch interkantonale und internationale Kooperationen und Netzwerke sowie Entwicklung und Mitwirkung bei der Umsetzung von grenzüberschreitenden Vorhaben. Optimieren und Vermarkten der Stärken und der Standortbedingungen für die relevanten Zielgruppen (Dachkommunikation und Koordination im Bereich Standort-Marketing), namentlich Unternehmen, Touristinnen und Touristen, Veranstalter sowie Einwohnerinnen und Einwohner. Akquisition und Betreuung von Grossanlässen in Basel und Organisation von stadtrelevanten Messen und Märkten, allen voran die Basler Herbstmesse und der Basler Weihnachtsmarkt.

Politische Ziele

- Die Stellung von Basel in der Region, im Bund und auf europäischer Ebene wird gestärkt und die aktive Interessenwahrnehmung in den entsprechenden Netzwerken sichergestellt.
- Die wichtigsten Stärken von Basel werden erfolgreich kommuniziert, und die Kommunikationsbotschaften der verschiedenen Marketingorganisationen mit staatlicher Beteiligung sind inhaltlich und optisch möglichst aufeinander abgestimmt.
- Basel positioniert sich im internationalen Standortwettbewerb als führender Life Sciences-Standort sowie als Messe-, Kongress und Kulturdestination und erzielt eine hohe touristische Wertschöpfung.
- Basel wird auch von potenziellen Einwohnerinnen und Einwohnern sowie von qualifizierten Arbeitskräften als besonders attraktiver Lebens- und Arbeitsraum wahrgenommen und nachgefragt.
- Basel bietet für bestehende und potenzielle Veranstalter überdurchschnittliche Rahmenbedingungen und nutzt Grossanlässe mit internationaler Ausstrahlung gezielt für die Bekanntheitssteigerung.

Ausblick

- Die interkantonalen und internationalen Aussenbeziehungen werden gezielt für die Aussenwirkung genutzt.
- Durch Bündelung der Kräfte und Straffung der Organisationsformen soll die Interessensvertretung auf nationaler Ebene gestärkt und die Anliegen der Region wahrnehmbar kommuniziert werden.
- Auf internationaler Ebene werden die Kooperationen mit Massachusetts und Shanghai intensiviert und insbesondere die Chinese Community in Basel gestärkt.
- Auslandpräsenzen werden in den Zielmärkten Deutschland, USA und Russland realisiert.
- Durch gezielte Förderung wird bei den traditionsreichen Messen und Märkte in der Innenstadt eine Publikumszunahme angestrebt.
- Die Attraktivität des Veranstaltungsortes Basel wird weiter gefördert.

Gleichstellung und Integration

PD-1.4

Verbesserung der Chancengleichheit und des allgemeinen Zugangs sowie Abbau von Vorurteilen und strukturellen Benachteiligungen in allen Lebensbereichen, unabhängig von Geschlecht, Nationalität sowie auch für Menschen mit einer Behinderung. Verankern einer Optik, welche die unterschiedlichen Eigenschaften und Kompetenzen der Bevölkerung in allen Politikbereichen berücksichtigt. Proaktive und bedarfsorientierte Vermittlung von relevanten Informationen für Politik, Bevölkerung und Verwaltung in Zusammenarbeit mit Gleichstellungs-, Behinderten- und Migrationsorganisationen mit dem Ziel eines auf gegenseitigem Respekt, Verständnis und Interesse beruhenden Zusammenlebens auf der Grundlage der geltenden Ordnung und der gleichberechtigten Teilhabe.

Politische Ziele

- Frauen und Männer sind in ihrer Teilnahme am wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben gleichgestellt.
- Migrantinnen und Migranten haben Zugang zu allen relevanten Lebensbereichen, insbesondere zum Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie zum Bildungs- und Gesundheitssystem.
- Menschen mit und ohne Behinderung können unabhängig von Nationalität, Religion und Geschlecht gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilnehmen.
- Durch die Kooperation mit anderen Departementen sowie mit Organisationen ausserhalb der Verwaltung und privaten Initiativen werden gleichstellungs-, behinderten- und integrationspolitische Anliegen in allen Bereichen weiter verankert und gestärkt.

Ausblick

- Stärkung der Regelstrukturen in allen Departementen durch Bereitstellen von bedarfsorientierten Informationsprodukten zu gleichstellungs-, behinderten- und integrationspolitischen Fragestellungen.
- Beratung und Unterstützung von Regierungsrat, Behörden, Institutionen und Privatpersonen in gleichstellungs- und integrationspolitischen Fragen und Anliegen.
- Förderung der wirtschaftlichen und staatlichen Rahmenbedingungen zur optimalen Vereinbarkeit von Beruf und Familie.
- Öffnung der geschlechtsunabhängigen Berufswahl und Stärkung vielfältiger Lebensentwürfe durch ein breit angelegtes interdisziplinäres Aktionsprogramm.
- Initiierung und Begleitung von Projekten zur allgemeinen Zugänglichkeit von öffentlichen Dienstleistungen und Gebäuden für Menschen mit einer Behinderung in Zusammenarbeit mit den federführenden Departementen.
- Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Anliegen behinderter Menschen.
- Gezielte Integrationsförderung schwer erreichbarer Zielgruppen mittels ergänzender Projekte zu Verständigung, sozialer Integration sowie durch Vermittlung rechtlicher und praxisbezogener Inhalte.
- Begrüssung und alltagsrelevante Information für Neuzugezogene.
- Verbesserung des Dialogs mit verschiedenen Bevölkerungsgruppen (auch zwischen den Religionen) sowie Abbau von Vorurteilen, von jeglicher Art von Diskriminierung und Stereotypisierungen durch niederschwellige und zielgruppenorientierte Angebote.
- Mit gezielten Projekten und Massnahmen wird sowohl die rechtliche als auch die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen gefördert und strukturelle Benachteiligungen abgebaut.

2.3.2 Bau- und Verkehrsdepartement

Das Bau- und Verkehrsdepartement (BVD) ist verantwortlich für die Aufgabenfelder Raumplanung; Öffentlicher Raum; Mobilität; Bausicherheit, Grundbuch und Geoinformation; Stadtbild und Baukultur. Ausserdem liegt das Ressourcenfeld Bau und Unterhalt in seinem Verantwortungsbereich.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	906.9	905.9	915.2	909.2	909.2	909.2	¹
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	876.1						
Bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	132	100	115	115	115	115	
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehen)	Anz	64	60	55	50	51	51	²

Kommentar

- Die Zunahme im Jahr 2011 ist auf die Erhöhung der Planungskapazität im Hochbau- und Planungsamt um 8.5 Vollzeitstellen sowie auf einen Ausbau der Geschäftsstelle Agglomerationsprogramm des Amtes für Mobilität um 0.8 Vollzeitstellen zurückzuführen. Für den Rückgang im Jahr 2012 ist die Schliessung der Bereiche Storen und Schreinerei in den Regiebetrieben des Tiefbauamtes verantwortlich.
- Die Unterhaltsbetriebe der Stadtgärtnerei haben in der Regel nur eine Anlehrstelle. Zurzeit sind es deren drei. Daher nimmt die Anzahl der Lehrstellen in den Planjahren 2012 bis 2013 wieder ab.

Finanzen Departement

in Mio. Franken	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Aufwand	264.1	260.4	258.9	1.5	260.7	265.4	272.0
Ertrag	-114.0	-101.0	-99.9	1.1	-99.9	-101.1	-102.5
Ordentlicher Nettoaufwand Departement	150.1	159.4	159.0	0.4	160.7	164.4	169.6
davon Aufgabenfelder, zugehörige Schwerpunkte und Massnahmen:							
2.1 Raumplanung	2.9	3.4	3.3	-0.1	3.3	3.4	3.4
2.2 Bausicherheit, Grundbuch und Geoinformation	1.0	1.2	1.1	-0.1	1.1	1.1	1.1
2.3 Öffentlicher Raum	42.0	42.2	38.1	-4.1	38.1	38.5	39.1 ¹
2.4 Mobilität	78.0	83.1	84.7	1.6	86.5	89.2	93.4 ²
<i>Basel ist Zentrum des Metropolitanraums</i>							
Ausbau des öffentlichen Verkehrs		5.1	5.3	0.2	7.0	8.7	11.6
2.5 Stadtbild und Baukultur	4.1	4.0	3.9	-0.1	3.9	4.0	4.0
8.2 Rechtssprechung (verwaltungsunabhängige RK)	0.2	0.3	0.0	-0.3	0.0	0.0	0.0
9.4 Bau und Unterhalt	9.3	14.0	15.2	1.2	15.2	15.4	15.6 ³
9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation	12.5	11.2	12.7	1.5	12.7	12.8	13.0 ⁴

Kommentar

- Durch die Verschiebung von Aufgaben im Bereich Lichtsignalanlagen vom Tiefbauamt (Produktgruppe Allmendnutzung) zum Amt für Mobilität (Aufgabenfeld Mobilität, Produktgruppe Mobilität) wurden Budgetmittel vom 2.2 Mio. Franken transferiert. In der Stadtgärtnerei (Produktgruppe Stadtgrün) sind insbesondere in der Gärtnerei und der Baumschule Mehreinnahmen von rund 0.5 Mio. Franken zu erwarten. In der Stadtreinigung und der Abfallsammlung (Produktgruppe Sauberkeit) konnte das Budget 2011 aufgrund des Rechnungsergebnisses 2009 und der Anstrengungen zur Erfüllung des regierungsrätlichen Auftrages zur Kürzung der Mittel des Ordentlichen Nettoaufwands um 1.6 Mio. Franken reduziert werden.
- Durch die Verschiebung von Aufgaben im Bereich Lichtsignalanlagen vom Tiefbauamt (Produktgruppe Allmendnutzung) zum Amt für Mobilität (Produktgruppe Mobilität) wurden Budgetmittel vom 2.2 Mio. Franken transferiert. Die höheren Ausgaben in den Planjahren 2012 bis 2014 sind auf den geplanten Ausbau des öffentlichen Verkehrs zurückzuführen.

- 3 Erhöhung der Personalaufwendungen um 0.9 Mio. Franken im Hochbau- und Planungsamt für Bauherrenleistungen (Produktgruppe Hochbaudienste): Um das deutlich höhere Investitionsvolumen durch die in den nächsten zehn Jahren anstehenden grösseren und komplexen Hochbauvorhaben bewältigen zu können, ist eine Erhöhung der personellen Kapazitäten unumgänglich. Budgetierte Mindereinnahmen im Bereich Bauherrenleistungen des Hochbau- und Planungsamtes (Produktgruppe Hochbaudienste) von 0.7 Mio. Franken: Im Budget 2010 war vorgesehen, Bauherrenleistungen der Investitionsrechnung zu belasten. Dies soll 2011 jedoch noch nicht erfolgen, da die Handhabung betreffend Art und Weise, wie Bauherrenleistungen der Investitionsrechnung belastet werden können, erst im Zusammenhang mit der Umsetzung der neuen Rechnungslegung nach HRM2 geprüft werden soll.
 - 4 Die budgetierten Mehrausgaben von 1.4 Mio. Franken im Generalsekretariat (Produktgruppe Generalsekretariat Ressourcen und Prozesse) sind durch die Neuordnung der internen Leistungen bedingt. Kantonsinterne Monopoleleistungen, welche bis anhin mittels Umlagen den Departementen belastet wurden, werden neu verrechnet.
-

Allgemeines

Das Bau- und Verkehrsdepartement verstärkt im Jahr 2011 und den Folgejahren die Steuerung der Geschäfte über den departementalen Strategieprozess und entsprechende Steuerungsgefässe. Die strategische Ausrichtung des Departements basiert auf dem Legislaturplan und soll dazu beitragen, Schwerpunktthemen zu bündeln und die Zusammenarbeit und Zielorientierung innerhalb des Departements zu intensivieren. Ziel ist es, sowohl die Wirtschaftlichkeit als auch die Wirksamkeit der Aktivitäten des Departements laufend zu erhöhen.

Raumplanung

BVD-2.1

Regionale, kantonale und kommunale Raumplanung in den Bereichen Siedlung, Landschaft und Mobilität; Arealentwicklungsplanung; Erstellen von Bebauungsplänen.

Politische Ziele

- Der knappe Raum im Kanton Basel-Stadt wird haushälterisch genutzt.
- Die Siedlungs- und Verkehrsentwicklung sind aufeinander abgestimmt und werden koordiniert mit den Entwicklungen in den angrenzenden Gebietskörperschaften.
- Natur- und Landschaftsräume werden erhalten und entwickelt.
- Die Siedlungsentwicklung erfolgt weitgehend innerhalb des ausgewiesenen Siedlungsgebiets und richtet sich nach Innen.
- Die Raumplanung schafft die räumlichen Voraussetzungen insbesondere für:
 - eine stabile und ausgewogene Bevölkerung,
 - eine wertschöpfungsintensive und konkurrenzfähige Wirtschaft,
 - hoch stehende Lehre und Forschung,
 - ein optimales Einbinden und Positionieren der Stadt Basel in die trinationale Region, sowie die Schweizerischen und Europäischen Städtetnetze,
 - vielfältige Formen kreativer Aktivität.

Ausblick

- Der kantonale Richtplan wird als Instrument der Raubeobachtung eingesetzt und ermöglicht einen Vergleich der tatsächlichen Situation mit der angestrebten räumlichen Entwicklung im Kanton Basel-Stadt. Im Rahmen der Gesamtrevision des Zonenplans der Stadt Basel werden Folgeratschläge erarbeitet. Es werden räumliche und planungsrechtliche Voraussetzungen für eine Innenverdichtung geschaffen sowie die Initiierung und Begleitung öffentlicher und privater Entwicklungsprojekte in den Bereichen Wirtschaft, Stadtwohnen, Lehre und Forschung sowie Gesundheit fortgeführt.
- Die internationale Bauausstellung Basel 2020 (IBA) wird in die Umsetzungsphase treten und möglichst viele, qualitativ hochstehende Bauprojekte in der Region Basel mit dem IBA-Label auszeichnen, bekannt machen und deren Realisierung vorantreiben.
- Die urbanen Entwicklungsprojekte „Innenstadt - Qualität im Zentrum“ und „Stadtteilentwicklungskonzept Badischer Bahnhof“ werden weiter detailliert und sollen Teil einer behördenverbindlichen Planung werden. Einzelne Bau- und Gestaltungsprojekte sorgen in der Folge für die Umsetzung der in den Konzepten empfohlenen Massnahmen. Der Landschaftspark Wiese wird mit den angrenzenden Gemeinden Riehen und Weil am Rhein als städtisches Naherholungsgebiet schrittweise weiter ausgebaut, die Nutzungen werden optimiert sowie Naturschutzmassnahmen umgesetzt.

Bausicherheit, Grundbuch und Geoinformation

BVD-2.2

Abwickeln von Bau- und Gastgewerbebewilligungsverfahren; Überwachen der Bauausführung; Vollzug in den Bereichen Bauvorschriften und Bausicherheit; Führen des Grundbuchs; Führen der amtlichen Vermessung; Führen des Leitungskatasters; Betreiben der kantonalen Geodateninfrastruktur und des Geoportals; Koordination und Aufbereiten von Geodaten; Bewirtschaften der Basisdaten des offiziellen Stadtplans.

Politische Ziele

- Die Bauten und Anlagen sind sicher.
- Das Gastgewerbe spielt sich in einem geordneten Rahmen ab.
- Die im Baurecht umschriebenen Ansprüche von Grundeigentümern, Bauherrschaften, Nachbarn und der Allgemeinheit sind gesichert.
- Die im Grundbuch eingetragenen Rechte werden gewährleistet.
- Die rechtlichen und tatsächlichen Verhältnisse an Grund und Boden sind in den Informationsebenen der amtlichen Vermessung und in Plänen verbindlich festgehalten.
- Die Geodateninfrastruktur ist mit den Geodateninfrastrukturen von Bund und den benachbarten Gebietskörperschaften vernetzt.

Ausblick

- Die kantonale Gesetzgebung ist an das Bundesgesetz über die Geoinformation anzupassen. Das Geoinformationsgesetz des Bundes bezweckt, dass Geodaten über das Gebiet der ganzen Schweiz für Behörden, Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft nachhaltig, aktuell, einfach und zu angemessenen Kosten zur Verfügung stehen.
- Die per 1. Januar 2012 in Kraft tretenden Änderungen des Immobiliarsachenrechts sind umzusetzen und die notwendigen Anpassungen der Grundbuchverordnung durchzuführen. Im Vordergrund steht dabei die Einführung des Registerschuldbriefs.

- Im Jahre 2012 wird in der amtlichen Vermessung das neue Landeskoordinatensystem LV95 eingeführt. Alle Geodatensätze, die die Daten der amtlichen Vermessung als Grundlage benutzen, müssen in der Folge auf den neuen Bezugsrahmen umgestellt werden. Der Prozess wird sich über mehrere Jahre erstrecken.

Öffentlicher Raum

BVD-2.3

Planen, Gestalten, Unterhalten und Reinigen der öffentlichen Frei- und Grünräume; Koordination und Bewirtschaftung der Allmendnutzung; Pflege und Schutz von Pflanzen und Tieren; Bestattung auf den Friedhöfen.

Politische Ziele

- Eine hohe Aufenthaltsqualität auf Strassen und Plätzen, Grünanlagen und an Flussufern wird erreicht durch:
 - gute Gestaltung,
 - Sauberkeit,
 - vielfältige funktionale Nutzung,
 - ausgewogene kommerzielle Nutzung,
 - günstiges Klima und ökologische Vielfalt.

Ausblick

- Als Ergebnis der departementsinternen Strategieentwicklung zum Thema „Chancen des öffentlichen Raums nutzen“ sollen ab 2011 den politischen Entscheidungsträgern verschiedene Projekte beantragt werden, mit dem Ziel einheitliche Grundlagen zur Entwicklung und Steuerung der verschiedenen Nutzungen im öffentlichen Raum zu schaffen. Einen Beitrag dazu leistet auch die Revision des Allmendgesetzes.
- Mit einer Reihe von Projekten wird in den kommenden Jahren eine gute Gestaltung des öffentlichen Raums sichergestellt. Als Beispiele seien hierfür der Rückbau der Lörracherstrasse in Riehen, die Gestaltung von Stadtplatz und Stadtterminal auf der Erlenmatt sowie das Gestaltungskonzept Innenstadt genannt. In Bezug auf das öffentliche Grün ist im 2011 der Projektbeginn der beiden Projekte Voltamatte und Nachtigallenwäldli sowie der Beginn des Planungsprozesses für den Landhof vorgesehen. Es ist zudem vorgesehen, die Stadtgärtnerei 2012 als Umstellungsbetrieb für Bio-Gartenbau anzumelden und die Umsetzung zu lancieren.
- Um die bedarfsorientierte Reinigung in der Zukunft besser umzusetzen, formuliert die Stadtreinigung laufend die Standards und Qualitätskriterien, welche das immer grössere Abfallaufkommen vor allem auf Plätzen und an Flussufern berücksichtigen. Zur Entsorgung der Kehrriechsäcke für Haushaltsabfälle wird für die Zukunft eine Containerlösung vorgeschlagen, um somit die Verschmutzung auf dem Trottoir durch aufgerissene Kehrriechsäcke zu reduzieren. Im Jahr 2011 wird hierzu ein Pilotprojekt lanciert, bei erfolgreichem Abschluss in der Folge die weitere Projektierung an die Hand genommen.

Mobilität

BVD-2.4

Erarbeiten einer integralen Verkehrsplanung; Erstellen von Verkehrsplan, Öffentlichem Verkehrsprogramm (ÖV-Programm) und Verkehrskonzepten; Planen der Angebots- und Netzentwicklung unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung; Bestellen von Leistungen im öffentlichen

Verkehr; Gestalten der Mobilitätsgebühren; Massnahmen zur Verkehrssteuerung; Definition der Bedingungen und Regeln für Verkehrsteilnehmende.

Politische Ziele

- Die Mobilitätsplanung ist angebotsorientiert und ermöglicht eine stadtgerechte Mobilität.
- Die Quartiere sind verkehrsberuhigt und bieten eine hohe Wohnqualität.
- In der Stadt bewegen sich die Menschen vorwiegend zu Fuss, mit dem Velo und dem Öffentlichen Verkehr.
- Die negativen Auswirkungen des motorisierten Individualverkehrs werden reduziert.
- Die Mobilität unterstützt die Attraktivität des Kantons als Wirtschaftsstandort.
- Die Stadt ist hervorragend durch schienengebundenen öffentlichen Verkehr mit dem Umland sowie national und international verknüpft.
- Der Kanton-Basel Stadt ist eine Drehscheibe für den Personen- und Güterverkehr in Europa, die Agglomeration ist in die nationalen und internationalen Verkehrsnetze eingebunden.

Ausblick

- Auf Basis der überarbeiteten Strassennetzhierarchie, die vom Regierungsrat voraussichtlich 2010 beschlossen wird, werden laufend weitere Strassenzüge in Tempo-30-Zonen integriert. Zur Steigerung der Wohnqualität und Reduktion des unerwünschten Parkplatzsuchverkehrs soll eine Parkraumbewirtschaftung eingeführt werden. Das BVD wird hierzu dem Grossen Rat eine neue Vorlage unterbreiten.
- Die vom BVD entwickelte Strategie zur Förderung des Fuss- und Veloverkehrs wird schrittweise umgesetzt. Diese beinhaltet ein ganzes Portfolio an Massnahmen in den Bereichen Infrastruktur bzw. Routen und Information bzw. Marketing (mit Schwerpunktsetzung bei Kindern und Jugendlichen).
- Das ÖV-Netz wird nach den im ÖV-Programm 2010 bis 2013 festgehaltenen Grundsätzen weiterentwickelt. Die Tramlinie nach Weil am Rhein wird 2013 in Betrieb genommen, mehrere weitere Tramverbindungen sind geplant (Saint-Louis, Erlenmatt, Margarethenstich etc.). Die Planung eines langfristig leistungsfähigen Eisenbahnknotens Basel wird fortgesetzt. 2013 soll die jetzige Planungsphase des Projekts Herzstück Regio-S-Bahn abgeschlossen sein und ein Vorprojektkredit beantragt werden. Der Kanton bringt weiterhin zusammen mit Partnern die Interessen der Regio Basel beim weiteren Ausbau der nationalen Bahninfrastruktur aktiv ein und wirkt darauf hin, dass der Bahnanschluss zum EuroAirport spätestens ab 2015 realisiert wird.

Stadtbild und Baukultur

BVD-2.5

Integrale Stadtbildpflege; Qualitätssicherung; Führen des Denkmalverzeichnisses; baugeschichtliche Forschung; Beraten in denkmalpflegerischen Fragen; Bewahren des historisch bedeutungsvollen baulichen Erbes.

Politische Ziele

- Architektonisch qualitätsvolle und historisch bedeutungsvolle Bauten schaffen ein strahlungskräftiges Stadtbild, dessen Bedeutung weit über die Kantons- und Landesgrenzen hinausreicht, und tragen zur Identifikation mit dem Standort Basel bei.
- Stadtbildpflege und Denkmalschutz erfolgen integral unter Einbezug von Nutzungsansprüchen und anderen, öffentlichen Interessen.
- Durch innovative Lösungen wird ein gelungenes Zusammenwirken von Bewahren und Entwickeln der Bausubstanz im Kanton unterstützt.

Ausblick

- Um das Verständnis für die Erhaltung und Pflege der Basler Baudenkmäler zu fördern, möchte die Denkmalpflege den Bauherren wie auch der Bevölkerung die Geschichte und die Bedeutung der historischen Bauwerke näher bringen. Dazu will die Basler Denkmalpflege mit Führungen, Publikationen, Ausstellungen u.a. beitragen. Insbesondere der Tag des Denkmals soll künftig als Forum genutzt werden, um breitere Einblicke in die Themen der Denkmalpflege geben zu können.
- Als Schwerpunkt wird das Thema „Energieeffizienz und Denkmal“ vertieft. Gute Lösungen sollen in der Öffentlichkeit vorgestellt und bekannt gemacht werden. Ziel ist es, aufzuzeigen, wie sich die Bestrebungen nach höherer Energieeffizienz mit den Anliegen der Erhaltung von Baudenkmälern miteinander vereinen lassen.
- Gemeinsam mit Architekten und Bauherren sucht die Basler Denkmalpflege nach Lösungen, um eine hohe Lebens- und Arbeitsqualität in historischen Bauten zu fördern. Die Basler Denkmalpflege möchte deshalb mittelfristig ihre Kommunikationskompetenzen verbessern, um ihr grosses bautechnisches und bauhistorisches Wissen noch optimaler vermitteln und einbringen zu können.

Bau und Unterhalt

BVD-9.4

Bau, Unterhalt und Ausstattung der öffentlichen Hochbauten und der öffentlichen Infrastruktur; Unterhalten der Fahrzeugflotte.

Politische Ziele

- Die öffentlichen Hochbauten, die öffentlichen Strassen und Plätze und die Entwässerungsanlagen sind in ihrem Wert erhalten, sind kostengünstig und ökologisch gebaut und unterhalten und zeichnen sich schliesslich durch eine hohe Energieeffizienz aus.
- Die Möblierung auf Strassen und Plätzen ist nachhaltig unterhalten.
- Die Fahrzeugflotte ist ökologisch ausgerichtet.

Ausblick

- Der bauliche Unterhalt der öffentlichen Strassen und Plätze wird dank dem künftigen Einsatz des Integralen Management Werkzeugs (IMWZ), welches ab dem Jahr 2011 voll einsatzfähig sein sollte, mit der Erhaltung aller auf Allmend vorhandenen Infrastrukturen - Werkleitungen, Gleisanlagen, Kanalisationen etc. - koordiniert und zum optimalen Zeitpunkt in Bezug auf Kosten und Immissionen ausgeführt.

- Zur Unterhaltung der rund 2'500 Parkbänke wurde die Aufgabenzuteilung optimiert. Die Reinigung der Bänke fällt künftig in das Aufgabengebiet der Stadtreinigung. Reparatur, Ersatz und Neumontagen werden durch die Regiebetriebe sichergestellt. Bei Fahrzeug- und Geräteneuanschaffungen wird grundsätzlich die Notwendigkeit geprüft und bei nachweislichem Ersatzbedarf auf Basis einer betriebswirtschaftlichen Methode der optimale Ersatzzeitpunkt festgelegt. Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren werden nur gemäss den modernsten Abgasnormen angeschafft.
- Der Bedarf der diversen kantonalen Nutzer an räumlicher Infrastruktur sowie erforderliche Erweiterungen, Anpassungen oder Optimierungen werden in der rollenden Zehn-Jahres-Planung erfasst. Die Datenbank zu den rund 1'000 Liegenschaften des Verwaltungsvermögens wird durch Grundlagedaten zur energetischen Situation vervollständigt. Mit der Gesamtsicht auf das Portfolio, d.h. im Wissen um bauliche, energetische, räumliche und funktionale Zustände können Handlungsfelder so künftig systematischer erkannt und verknüpft werden.

2.3.3 Erziehungsdepartement

Das Erziehungsdepartement ist zuständig für das Bildungsangebot – von der Volksschule bis zur Hochschule, von der Berufsschule bis zur Erwachsenen- und Weiterbildung. Das Erziehungsdepartement ist auch zuständig für die Tagesbetreuung sowie Bewegung und Sport und übernimmt Aufgaben zur Förderung von Kindern, Jugendlichen und Familien wie auch im Kinder- und Jugendschutz.

Das Erziehungsdepartement umfasst die Dienststellen Zentrale Dienste, Leitung Bildung, Volksschulen, Allgemeinbildende weiterführende Schulen, Berufsbildende Schulen, Berufs- und Erwachsenenbildung, Hochschulen sowie Jugend, Familie und Sport.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	2'910.7	2'952.9	2'971.0	2'987.0	3'009.0	3'038.0
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	2'870.1					
Bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	63	50	55	55	55	55
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehen)	Anz	61	68	74	74	74	74

Finanzen Departement

in Mio. Franken	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Aufwand	978.8	1'001.4	1'021.5	20.1	1'036.3	1'058.7	1'076.4 ¹
Ertrag	-147.7	-135.5	-152.4	-16.9	-152.2	-154.2	-156.4 ²
Ordentlicher Nettoaufwand Departement	831.1	865.9	869.0	3.2	884.1	904.4	920.0 ³
davon Aufgabenfelder, zugehörige Schwerpunkte und Massnahmen:							
3.1 Volksschulbildung	319.4	330.0	333.4	3.4	338.0	347.8	357.9
<i>Basel-Stadt als starker und verlässlicher Partner</i>							
Harmonisierung der Schulen von Basel-Stadt		3.8	7.5	3.7	8.7	10.2	11.8
<i>Chancengleichheit</i>							
Weiterentwicklung der familienergänzenden Tagesbetreuung		5.3	7.5	2.2	9.8	12.4	14.8
Integrative Volksschule		5.2	5.4	0.2	6.6	6.6	6.6
Ausbau der frühen Förderung und Bildung		0.7	0.7	0.0	0.7	2.1	2.0
3.2 Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung	177.8	179.2	178.3	-0.9	178.6	180.4	182.7
3.3 Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung	217.9	229.2	235.0	5.8	243.7	249.3	250.1
<i>Basel als Wissenszentrum positionieren</i>							
Hochschul- und Universitätsentwicklung		8.7	15.9	7.2	25.4	29.8	29.8 ⁴
3.4 Sport	18.1	15.7	17.1	1.4	17.1	17.3	17.6
3.5 Kinder, Jugendliche und Familie	86.2	97.7	90.7	-7.0	92.1	94.8	96.6
<i>Chancengleichheit</i>							
Ausbau der frühen Förderung und Bildung		1.0	1.7	0.7	1.7	1.8	1.8
9.5 Zentrale Materialdienste	0.3	0.6	0.5	-0.1	0.5	0.5	0.5
9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation	11.5	13.5	14.1	0.6	14.1	14.2	14.4

Kommentar

- Die Abweichungen gegenüber Budget 2010 sind hauptsächlich durch die Schwerpunktmassnahmen (2011: +14 Mio. Fr./ 2012: +28.3 Mio. Fr./ 2013: 38.1 Mio. Fr./ 2014: + 42.0 Mio. Fr.) und die prognostizierte Teuerung begründet. Zudem werden ab Budget 2011 die Spezialangebote neu von der Fachstelle Zusätzliche Unterstützung finanziert (+10 Mio. Fr.) und departementsintern weiterverrechnet. Weitere Informationen über die restliche Abweichung können dem Kommentar zu den Finanzen auf Stufe Departement entnommen werden.
- Die Erhöhung gegenüber Budget 2010 geht v.a. auf die departementsinterne Verrechnung der Spezialangebote (-10 Mio. Fr.) zurück. Der Rest betrifft höhere Entgelte (-3.6 Mio. Fr.) und Beiträge (-3.3 Mio. Fr.).

- 3 Dank der aktiven Bewirtschaftung der Einnahmen und einer rigorosen Kostenkontrolle steigen die Nettoausgaben von Budget 2010 zu Budget 2011 insgesamt unter Ausklammerung der Budgettransfers (-4 Mio. Fr.) zu anderen Departementen nur moderat (+7.1 Mio. Fr.) an.
- 4 Bei der Finanzplanzahl 2014 handelt es sich lediglich um die Fortschreibung des Vorjahreswertes. Sie enthält noch nicht die Mehraufwendungen, die für die dann beginnende neue Leistungsperiode 2014 bis 2017 der Universität vorzusehen sind. Diese Mehrkosten werden festgelegt, sobald der Antrag der Universität an die beiden Trägerkantone vorliegt.

Allgemeines

Die Entwicklung im Departement wird von einer wachsenden Integration der verschiedenen Aufgabenfelder geprägt. Dies entspricht der Intention der Verwaltungsreform, vor allem aber wird es der Realität der Kinder, Jugendlichen und Familien gerecht. Die Reform der Schule und der Ausbau der Tagesbetreuung stehen beispielsweise in einem engen Zusammenhang mit der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Familien erwarten aufeinander abgestimmte Angebote, in denen Kinder und Jugendliche nicht nur betreut, sondern gezielt aktiviert und sozialisiert werden. Hier kann der Sport ebenfalls einen grossen Beitrag leisten, wie der freiwillige Schulsport zeigt.

Der im Mai 2010 getroffene Entscheid des Grossen Rates zugunsten der Harmonisierung der Schulen markiert einen tiefen Einschnitt in der 130-jährigen Geschichte der Volksschule. Zum ersten Mal ist es gelungen, eine die wichtigen Träger der Volksschule umfassende Konsensleistung zu erzielen und den alten Gegensatz zwischen Volksbildung und gymnasialer Bildung aufzulösen. Zum ersten Mal orientiert sich die Volksschule an gesamtschweizerischen Normen und an einem bikantonalen Modell. Mit der Umsetzung der Harmonisierung der Schulen wird nicht nur eine ärgerliche Mobilitätschranke in der Nordwestschweiz fallen, mit ihrer Verwirklichung wird es auch viel besser möglich sein, mit dem Kanton Basel-Landschaft, mit den anderen Partnern in der Nordwestschweiz und mit allen übrigen Kantonen in Bildungsfragen zu kooperieren und die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen der Schulen gemeinsam anzugehen.

Volksschulbildung

ED-3.1

Bilden und Erziehen von Kindern und Jugendlichen vom Kindergarten bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit, Fördern von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Begabungen, Bedürfnissen und Behinderungen.

Politische Ziele

- Die Schülerinnen und Schüler verfügen nach Abschluss der obligatorischen Schulzeit über die nötige Grundlage für eine erfolgreiche Weiterbildung auf der Sekundarstufe II.
- Alle Kinder erhalten optimale Bildungschancen, unabhängig von Geschlecht, sozialer und kultureller Herkunft.
- Alle Kinder erhalten eine ihren individuellen Möglichkeiten entsprechende Förderung. Kinder mit besonderen Begabungen, Bedürfnissen und Behinderungen werden wenn möglich integrativ geschult.
- Bildungsziele, -inhalte und -verfahren sowie die Schulstrukturen werden national und regional harmonisiert.
- Die Leitungsstrukturen und Teilautonomie werden an der ganzen Volksschule eingeführt.
- Die Tagesstrukturen werden im Rahmen des Bedarfs und der finanziellen Möglichkeiten des Kantons ausgebaut.
- Die sprachliche Frühförderung wird im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben aufgebaut.

Ausblick

- Die Volksschulen orientieren sich an den Bedürfnissen der jungen Menschen und an den Erfordernissen von Gesellschaft und Wirtschaft. Als lernende Organisationen stellen sie sich den Herausforderungen der weltweiten Wissensgesellschaft und ihres beschleunigten Wandels.
- Entsprechend dem Auftrag der Bundesverfassung entwickelt Basel-Stadt seine Volksschulen zusammen mit Basel-Landschaft, soweit möglich mit den übrigen Kantonen der Nordwestschweiz und in Übereinstimmung mit der gesamtschweizerischen Harmonisierung und den entsprechenden Konkordaten. Nur durch gemeinsame Anstrengung mit den Partnerkantonen ist es möglich, die Schulleistungen und die Chancengerechtigkeit mit vertretbaren Kosten zu steigern. Das Schulsystem des Kantons darf nicht länger Inselstatus haben, damit die Mobilität der Familien und Arbeitnehmenden und die Kooperation zwischen den Erziehungsdirektionen einfacher wird. Die neue Schullaufbahn wird weniger Schulwechsel und einen gemeinsamen Volksschulabschluss für alle haben, damit die Berufsbildung nicht länger benachteiligt wird.
- Die Harmonisierung der Bildungsinhalte und Leistungsanforderungen soll durch die Beteiligung am Lehrplan 21 der Sprachregion und den Leistungstests des Bildungsraums Nordwestschweiz erreicht werden.
- Die geleiteten Schulen sind zunehmend als Lern- und Lebensräume konzipiert, die teilautonom gestaltet werden. Ihre Lern- und Betreuungsangebote werden auf die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler und ihrer Familien abgestimmt. Die gewachsene Heterogenität in den Klassen erfordert die Individualisierung des Unterrichts, die Flexibilisierung der Schullaufbahn, die Intensivierung der Sprachförderung vor und nach der Einschulung und eine verstärkte Integration der Benachteiligten. Das ist für die Lehrpersonen sehr anspruchsvoll und erfordert genügend Personal- und Raumressourcen.

Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung

ED-3.2

Bilden von Jugendlichen auf Sekundarstufe II in Berufslehren und Berufsfachschulen sowie allgemeinbildenden Schulen; Anbieten der Berufsinformation und Berufsberatung.

Politische Ziele

- Mindestens 95% der Jugendlichen erreichen einen qualifizierenden Abschluss an der Sekundarstufe II.
- Die Jugendlichen verfügen nach Abschluss der weiterführenden Schulen oder der beruflichen Grundbildung über die nötige Grundlage für eine erfolgreiche Berufstätigkeit oder ein erfolgreiches Studium an einer Hochschule oder der höheren Berufsbildung.
- Bildungsziele, -inhalte und -verfahren sowie die Schulstrukturen werden national und regional harmonisiert.
- Alle Jugendlichen erhalten optimale Bildungschancen, unabhängig von Geschlecht und sozialer oder kultureller Herkunft.
- Die Schulabgängerinnen und Schulabgänger treffen auf ein quantitativ und qualitativ ausreichendes Angebot an nachobligatorischen Bildungsmöglichkeiten.
- Die direkte Übertrittsquote nach der Volksschule in einen qualifizierenden Bildungs- oder Ausbildungsgang der Sekundarstufe II steigt. Der Übergang zwischen Volksschule und Sekundarstufe II wird verbessert.
- Die duale berufliche Grundbildung und die Berufsmaturität werden gefördert.

Ausblick

- Der erfolgreiche qualifizierende Abschluss eines Bildungs- oder Ausbildungsgangs der Sekundarstufe II ist nicht nur eine Voraussetzung für ein Studium auf der Tertiärstufe, sondern auch eine notwendige Bedingung für den Aufbau einer wirtschaftlichen Existenz des einzelnen jungen Menschen.
- Mit der bildungspolitischen Zielsetzung, möglichst allen jungen Menschen zu einem Abschluss auf der Sekundarstufe II zu verhelfen, soll aber auch die Entwicklung des Kantons Basel-Stadt als bedeutendes, leistungsstarkes Zentrum von Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft gefördert werden, denn diese Entwicklung ist nur mit Menschen möglich, die nicht nur gut qualifiziert, sondern auch zu lebenslangem Lernen fähig sind und flexibel auf neue berufliche Anforderungen reagieren können.
- Der berufsbildende Weg wird in unserer Bevölkerung zu Unrecht geringer geschätzt als der allgemeinbildende. Die Förderung der beruflichen Grundbildung und der Berufsmaturität ist deshalb ein Schwerpunkt der Bildungspolitik der nächsten Jahre. Davon kann auch die Qualität der gymnasialen Bildung profitieren.

Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung

ED-3.3

Bildung auf Tertiärstufe an Universität, Fachhochschulen und Höheren Fachschulen; Forschung; Dienstleistungen; Ausrichtung von Stipendien und Darlehen; Weiter- und Erwachsenenbildung VHS (Volkshochschule).

Politische Ziele

- Die Studienabgängerinnen und -abgänger verfügen über Wissen und Fähigkeiten zur hochqualifizierten Berufsausübung in Wissenschaft, Kunst, Wirtschaft und Verwaltung.
- Die Forschungstätigkeit der Hochschulen – in einzelnen Disziplinen auf internationalem Spitzenniveau – trägt zur Vermehrung des Wissens bei.
- Mit der Weiterentwicklung und Stärkung der Hochschul- und Forschungsinstitutionen wird die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts für global agierende forschungs- und technologieorientierte und damit wertschöpfungsintensive Unternehmen gesteigert.
- Das Wissenspotenzial in der Bevölkerung wird optimal gefördert. Die Migrationsbevölkerung trifft auf eine bedarfsgerechte Vielfalt an Sprach- und Integrationskursen. Erwachsene mit Berufserfahrung, aber ohne Beruf treffen auf Bildungsmöglichkeiten, um einen Abschluss nachzuholen.

Ausblick

- Nach einer Phase der strukturellen und organisatorischen Konsolidierung der Hochschulen liegt das Schwergewicht der folgenden Jahre auf der infrastrukturellen Erneuerung. Zusammen mit den Partnerkantonen werden attraktive Campusareale für die Fachhochschule einerseits und die Universität andererseits errichtet. Neben der optimalen Unterbringung der Hochschulinstitute wird eine städtebaulich attraktive Ausgestaltung des öffentlichen Raums angestrebt. So erhalten sowohl die Universitätsangehörigen wie die Wohnbevölkerung Stätten der Begegnung und des Austauschs.
- Das private und staatliche Angebot im Bereich der Weiterbildung ist in qualitativer und quantitativer Hinsicht auf sehr hohem Niveau und erfordert wenig staatliche Steuerung. Die bildungspolitischen Anstrengungen setzen deshalb im Bereich der Nachholbildung einen Schwerpunkt.

Sport

ED-3.4

Fördern des Breitensports und der Bewegung; Bereitstellen von Sportinfrastruktur für den obligatorischen Schul- und Berufsschul-, den Hochschul-, Breiten- sowie Spitzensport.

Politische Ziele

- Der Anteil der sich regelmässig aktiv bewegendenden Bevölkerung steigt.
- Die Integrations- und Präventionsmöglichkeiten des Sports werden gezielt genutzt.
- Der Kanton schafft Rahmenbedingungen, die es Jugendlichen und jungen Erwachsenen erlauben, neben ihrer Ausbildung Leistungssport zu betreiben.
- In Basel-Stadt werden regelmässig internationale Sportgrossanlässe durchgeführt.

Ausblick

- Wesentliche Vorhaben im Sport spricht das neue Sportgesetz an, welches die Regierung dem Grossen Rat vorgelegt hat. Eine Planung der Sportanlagen soll Grundlagen für die Entwicklung der Sportinfrastruktur schaffen. Drängende Themen sind dabei der Sanierungsbedarf und die teils mangelhafte Energieeffizienz überalteter Anlagen. Hier sind Verbesserungen nötig, wenn die heutigen Möglichkeiten, Sport zu treiben, erhalten bleiben sollen.
- Mit der Schulreform nimmt der Bedarf an Sporteinrichtungen in der Schule zu. Da dem Kanton räumliche und finanzielle Grenzen gesetzt sind, wachsen die logistischen Anforderungen an die Raumvergabe. In der Logistik der Raumverwaltung besteht noch Potential, das genutzt werden muss. Ebenfalls Potential bietet der freiwillige Schulsport. Je länger Kinder und Jugendliche an den Schulen betreut werden, desto mehr Bedeutung kommt der Bewegungsförderung zu. Der Ausbau des freiwilligen Schulsports trägt dazu bei, dass zunehmende Betreuung nicht zu Passivität führt.
- In der Bewegungsförderung steht das Sportamt im Spannungsfeld zwischen trendigem Freizeitverhalten, Eventkultur und Vereinssport. Das Spannungsfeld kann nur mit einer engen Zusammenarbeit mit Vereinen, Verbänden und Veranstaltern überwunden werden. Diese Zusammenarbeit soll weiter intensiviert werden. Basis dafür bildet das Sportgesetz.

Kinder, Jugendliche und Familien

ED-3.5

Gestaltung optimaler Rahmenbedingungen zur Entfaltung von Kindern und Jugendlichen; Stärken der familiären Strukturen sowie der Erziehungskompetenz der Eltern; Planung, Steuerung und Finanzierung der Angebote Tagesbetreuung, ambulante und stationäre Jugendhilfe sowie offene Kinder- und Jugendarbeit.

Politische Ziele

- Kinder und Jugendliche erhalten Unterstützung für eine sinnvolle Freizeitgestaltung.
- Die Lebensqualität von Familien wird verbessert.
- Das Angebot an Tagesbetreuungsmöglichkeiten wird der Nachfrage so angepasst, dass das verfassungsmässige Recht auf Tagesbetreuung gewährleistet ist.
- Gefährdete Kinder und Jugendliche erhalten eine angemessene Unterstützung entweder als ambulante Jugendhilfemassnahme oder als ausserfamiliäre stationäre Betreuung.

Ausblick

- In der Tagesbetreuung hat Basel-Stadt Angebote auf hohem Niveau geschaffen, die auf nationalem und internationalem Niveau wettbewerbsfähig sind. Die mittelfristigen Ziele fokussieren daher nicht in erster Linie einen Ausbau, sondern den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit bei einer Differenzierung der Angebotsarten. Tagesfamilien, neue Betreuungszeiten und qualitative Aspekte bestimmen die weitere Entwicklung.
- In der offenen Kinder- und Jugendarbeit bestand bisher ein Mangel an Angeboten für Kinder. Dieser Mangel wird durch den Ausbau der Tagesstrukturen an den Schulen behoben. Bei der offenen Jugendarbeit und dem Ausbau der Tagesstrukturen bestehen weniger Berührungspunkte. Die Angebote der offenen Jugendarbeit haben einen emanzipatorischen Charakter, der mit Betreuungsangeboten nicht eingelöst werden kann. Hier gilt es vor allem, mehr Raum für die Entwicklung autonomer Jugendkulturen zu schaffen.
- Die Reform des Vormundschaftsrechts führt in der Jugendhilfe zu einer Unterscheidung von Dienstleistungen, die freiwillig in Anspruch genommen werden können, und angeordneten Massnahmen in der individuellen Kinder- und Jugendhilfe. Kinder, Jugendliche und Familien müssen eigene Zugänge zu nützlichen Unterstützungsangeboten erkennen können, damit Hilfen nicht nur über Massnahmen zugänglich werden. Die Leistungen privater Trägerschaften sind bei diesen Zugängen besonders bedeutsam, allen voran die Mütter- und Väterberatung. So wird auch die Forderung im Schwerpunkt Frühbereich erfüllt, die diskriminierungsfreie Zugänge bereits bei kleinen Kindern verlangt.
- Alle Leistungen und Angebote im Aufgabenfeld Kinder, Jugend und Familie werden in eine Planung aufgenommen. Zu dieser Planung hört die Verwaltung die Leistungserbringenden und die Anspruchsgruppen an. Ziel der Planung ist es, notwendige Entwicklungen frühzeitig sichtbar zu machen, damit die politische Erörterung, die Abstimmung der Angebote und die praktische Umsetzung koordiniert werden können.

Zentrale Materialdienste

ED-9.5

Beschaffen von Büro-, Schul- und Reinigungsmaterial sowie Kopiergeräten für die kantonale Verwaltung; Vergeben der Druckaufträge der kantonalen Verwaltung; Produzieren von Drucksachen und Abrechnungen; Beschaffen und Produzieren von Lehrmitteln; Überwachen des Corporate Design Basel-Stadt bei Drucksachen.

2.3.4 Finanzdepartement

Das Finanzdepartement ist das Querschnitts- oder Ressourcendepartement der Verwaltung. Zu den klassischen verwaltungsinternen Querschnitts-Dienstleistern zählen der Zentrale Personaldienst, die Finanzverwaltung und die Zentralen Informatikdienste. Weiter gehören dem Finanzdepartement die Steuerverwaltung sowie Immobilien Basel-Stadt an.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	472.2	482.5	487.4	487.4	487.4	487.4
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	467.6					
Bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	27	25	27	27	27	27
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehen)	Anz	13	13	16	18	18	18

Kommentar

- 1 Die Zunahme des Plafonds begründet sich durch den Ausbau des Revisorats in der Steuerverwaltung um 2.0 Stellen und die dritte Ausbaustufe vom Come Back (2.9 Stellen).

Finanzen Departement

	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
in Mio. Franken							
Aufwand Betrieb FD	93.8	97.1	100.7	3.6	100.7	101.9	103.3
Ertrag Betrieb FD	-35.0	-34.8	-53.9	-19.1	-54.0	-54.6	-55.3
Ordentlicher Nettoaufwand Betrieb	58.8	62.3	46.7	-15.6	46.7	47.3	47.9
Aufwand übrige Dienststellen	87.4	66.3	91.7	25.4	84.4	86.4	87.4
Ertrag Übrige Dienststellen	-167.5	-155.4	-158.5	-3.1	-148.7	-148.7	-148.7
Ordentlicher Nettoaufwand Übrige Dienststellen	-80.0	-89.0	-66.8	22.2	-64.3	-62.3	-61.3
Ordentlicher Nettoaufwand Total	-21.3	-26.7	-20.1	6.6	-17.6	-15.0	-13.3
davon Aufgabenfelder, zugehörige Schwerpunkte und Massnahmen:							
4.1 Steuererhebung	30.8	31.2	31.4	0.2	31.4	31.8	32.2
8.2 Rechtssprechung (verwaltungsunabhängige RK)	0.2	0.2	0.3	0.1	0.3	0.3	0.3
9.1 Zentrale Finanz- und Raumdienste	-75.9	-84.2	-64.4	19.8	-61.9	-59.8	-58.8
9.2 Zentrale Personaldienste	8.0	9.2	8.4	-0.8	8.4	8.5	8.6
9.3 Zentrale Informatik- und Telefondienste	12.8	13.5	0.9	-12.6	0.9	0.9	0.9
9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation	2.8	3.4	3.4	0.0	3.4	3.4	3.5

Steuererhebung

FD-4.1

Pflege des Steuersystems; Erheben der periodischen und aperiodischen direkten Steuern des Kantons und des Bundes.

Politische Ziele

- Das Steuersubstrat wird nachhaltig gepflegt und entwickelt.
- Das Steuerniveau in Basel-Stadt ist generell nicht viel höher als in den umliegenden Gemeinden.
- Das Steuersystem ist sozial gerecht, ist der individuellen Leistungsfähigkeit angepasst und wirkt nicht prohibitiv.

- Das Steuersystem ist einfach und transparent.

Ausblick

- Mit einer verantwortbaren Senkung der Steuern soll die steuerliche Attraktivität des Kantons gefördert werden, sofern der finanzpolitische Handlungsspielraum dazu gegeben ist. Im Vordergrund steht dabei die Senkung des Maximalsatzes bei den Gewinnsteuern juristischer Personen.
- Im Steuerstreit mit der Europäischen Union könnten Lösungen gefunden werden, die eine Anpassung kantonaler Gesetze bedingen könnten.
- Die technische Unterstützung zugunsten der Einwohnerinnen und Einwohner zur Erfüllung ihrer Mitwirkungspflichten werden mit weiteren e-Government-Angeboten ausgebaut.
- Die Steuer-Informatiklösung NEST, die neben dem Kanton Basel-Stadt von zehn weiteren Kantonen und von unzähligen Gemeinden eingesetzt wird, wird bis ins Jahr 2013 auf eine neue, zukunftssträchtige Plattform umgestellt. Damit werden die Zukunftstauglichkeit und die weitere Ausbaubarkeit gewährleistet.

Zentrale Finanz- und Raumdienste

FD-9.1

Zentrale Organisation, Bewirtschaftung und Führung der kantonalen Finanzen und Liegenschaften im Finanzvermögen; Beratung des Regierungsrates in finanzpolitischen Fragen; Geldverkehr sowie Mittelaufnahme und -anlage; Budgetierung, Rechnungsführung und Controlling, Finanz- und Investitionsplanung, Bereitstellung von Raum für staatliche Aufgaben.

Politische Ziele

- Die Verschuldung entwickelt sich im Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit mittelfristig stabil. Die Nachhaltigkeit der Haushaltsführung ist gewährleistet.
- Es besteht Transparenz über die kantonalen Finanzen. Entscheide werden in Kenntnis der Folgen für Wirkungen, Leistungen und Kosten gefällt.
- Zentrumsleistungen zugunsten der Nachbarn von Basel-Stadt werden fair abgegolten.
- Es wird ein vielfältiges, attraktives und modernes Wohnangebot für Stadtwohnen in Basel geschaffen.

Ausblick

- Die Umsetzung der Empfehlungen der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK) zu einem harmonisierten Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden (HRM2) führt zu Änderungen im Finanzhaushaltgesetz und zu Anpassungen in der Rechnungslegung des Kantons. Die Umstellung auf den neuen Rechnungslegungsstandard ist für 2012 oder 2013 geplant.
- Mit der Einführung neuer Richtlinien für Public Corporate Governance beim Kanton Basel-Stadt sollen die Departemente und der Regierungsrat bei der Steuerung der Beteiligungen unterstützt werden.
- Die Immobilien des Kantons sollen wirtschaftlich, ökologisch und gesellschaftlich nachhaltig entwickelt werden. Diese Zielsetzung wird weiter umgesetzt.

Zentrale Personaldienste

FD-9.2

Weiterentwickeln eines professionellen Personalmanagements für die Gesamtorganisation von Basel-Stadt; Bereitstellen von Konzepten, Systemen und Instrumenten für die Personalarbeit (Rechtsgrundlagen, Personalführungssysteme, Kommunikationsmittel, Personalentwicklungskonzepte u.a.); Personalcontrolling auf gesamtsstaatlicher Ebene; Gewährleistung eines ganzheitlichen betrieblichen Gesundheitsmanagements.

Politische Ziele

- Die Mitarbeitenden des Kantons sind kompetent und arbeiten dienstleistungs- und kundenorientiert. Chancengleichheit ist gewährleistet.
- Der Kanton gilt als attraktiver und zuverlässiger Arbeitgeber, er bietet zeitgemässe Anstellungsbedingungen und verfügt über ein effizientes und wirkungsvolles Personalmanagement.

Ausblick

- Sukzessive Umsetzung der personalstrategischen Leitlinien.
- Anpassung der Systeme, Instrumente und Prozesse zur Steigerung der Qualität und Effizienz bei der Unterstützung der dezentralen Personaldienste und weiteren Anspruchsgruppen bei der Erbringung des Service Public.

Zentrale Informatik- und Telefondienste

FD-9.3

Bereitstellung einer zuverlässigen, anforderungsgerechten und wirtschaftlichen Informatikgrundversorgung, bestehend aus Verwaltungsnetzwerk, Internetzugang und Fernzugriff, Rechenzentrum (RZ-Infrastruktur, Server, Speicher, Backup/Restore, usw.), Telefonie (Infrastruktur und Telefonzentrale), zentralen Verzeichnissen, zentraler Dateiablage-, Mail/Kalender- und Kollaborations-Plattform, kantonalem Datenmarkt und zentraler Geschäftsverwaltung.

Politische Ziele

- Bereitstellung einer bedarfsgerechten und innovativen E-Government-Infrastruktur, damit die Einwohnerinnen und Einwohner, Unternehmen und weitere Kundenkreis des Kantons ihre Verwaltungsgeschäfte sicher und komfortabel über das Internet abwickeln können.
- Förderung der digitalen Nachhaltigkeit durch den gezielten Einsatz von offenen Informatik-Systemen und -Standards sowie Berücksichtigung von Aspekten der sogenannten „Green-IT“.

Ausblick

- Inbetriebnahme und Einführung der neuen kantonalen Dateiablage-, Mail-/Kalender- und Kollaborations-Services,
- Detailplanung zum neuen kantonalen Informatikzentrum (vorbehältlich Genehmigung durch den Grossen Rat),
- Fokussierung der Aktivitäten der Zentralen Informatikdienste auf die Kernaufgaben einer Verwaltungsinformatik gemäss der vom Regierungsrat im Februar 2010 verabschiedeten IT-Sourcingstrategie.

2.3.5 Gesundheitsdepartement

Das Gesundheitsdepartement ist organisiert in den Bereichen Gesundheitsschutz (Laboratorium, Veterinäramt, Institut für Rechtsmedizin, öffentliche Zahnkliniken sowie Betrieb des Schlachthofes), Gesundheitsdienste (Kantonsärztlicher Dienst, Heilmittelwesen, Sucht, Gesundheitsförderung und Prävention) und Gesundheitsversorgung (Bedarfsplanung und Sicherstellung der stationären, teilstationären und ambulanten Versorgung in der Akutmedizin, Geriatrie, Psychiatrie und Rehabilitation sowie Langzeitpflege). Teil des Gesundheitsdepartements sind weiter die kantonalen Leistungserbringer im Gesundheitswesen: das Universitätsspital Basel, das Felix Platter-Spital und die Universitären Psychiatrischen Kliniken.

Internet: www.gd.bs.ch

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	5'027.8	5'135.1	5'186.0	5'190.0	5'190.0	5'190.0	¹
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	4'969.6	5'018.8	5'148.8	5'160.0	5'170.0	5'180.0	
Bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	29.0	32.0	30.0	30.0	30.0	30.0	
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehen)	Anz	179	179	185	187	189	191	²

Kommentar

- Die Zunahme um 51 Vollzeitstellen im Budget 2011 im Vergleich zum Budget 2010 ist auf folgende Änderungen zurückzuführen: Zum einen wird eine Stelle per 2011 an das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt übertragen. Zum anderen wurden 52 neue Stellen bewilligt. Davon entfallen 48 auf das Universitätsspital (Positionierung 25, zusätzliche Ordinarien 7, Verstärkung Anästhesie Notfallbereich 12, leitender Notarzt 4) und 4 auf das Felix Platter-Spital (Betreuung der Lernenden).
- Vorab im Bereich der Pflegeberufe werden in den Spitälern kontinuierlich Lehrstellen geschaffen.

Finanzen Departement

	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
in Mio. Franken							
Aufwand	1'215.7	1'228.4	1'273.9	45.4	1'279.1	1'296.9	1'315.4
Ertrag	-733.0	-736.0	-780.4	-44.4	-780.4	-789.4	-800.4
Ordentlicher Nettoaufwand Departement	482.8	492.5	493.4	0.9	498.6	507.4	515.0
davon Aufgabenfelder, zugehörige Schwerpunkte und Massnahmen:							
5.1 Gesundheitsschutz	10.9	11.3	11.3	0.0	11.3	11.5	11.6
5.2 Gesundheitsdienste	19.0	20.5	21.5	1.0	21.7	22.0	22.3
<i>Lebensqualität und Sicherheit</i>							
Modernisierung der Gesundheitsgesetzgebung		0.0	0.1	0.1	0.0	0.0	0.0
Konzept Gesundheitsförderung und Prävention		0.0	0.3	0.3	0.6	0.6	0.6 ¹
Ausbau der frühen Förderung und Bildung		0.5	0.5	0.0	0.7	0.9	1.0 ²
5.3 Gesundheitsversorgung	388.5	397.3	389.3	-8.0	394.3	401.7	407.9 ³
<i>Basel als Wissenszentrum positionieren</i>							
Positionierung öffentlicher Spitäler und universitärer Kliniken		0.0	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2
<i>Basel-Stadt als starker und verlässlicher Partner</i>							
Gesundheitsraum Nordwestschweiz		0.3	0.2	-0.1	0.2	0.2	0.2
<i>Lebensqualität und Sicherheit</i>							
Planung Senioren- und Alterspflegepolitik		0.0	0.2	0.0	0.2	0.2	0.2
5.4 Klinische Lehre und Forschung	58.4	55.8	64.0	8.2	64.0	64.8	65.7
8.2 Rechtssprechung (verwaltungsunabhängige RK)	0.4	0.5	0.4	-0.1	0.4	0.5	0.5
9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation	5.6	7.2	6.9	-0.3	6.9	7.0	7.1

Kommentar

- 1 Die Gesundheitsförderung und Prävention wird weiter verstärkt.
 - 2 Die frühe Förderung wird mittelfristig kontinuierlich ausgebaut.
 - 3 Neben der allgemeinen Teuerung wird mit einem Mehrbedarf im Bereich der Pflegeheimfinanzierung gerechnet.
-

Allgemeines

Mit der Umsetzung der Revision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) mit Schwerpunkt neue Spitalfinanzierung steht das Gesundheitsdepartement in den nächsten Jahren vor grossen Aufgaben und Veränderungen. Mit einem Gesetz über die öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Stadt ist vorgesehen, die drei Betriebe Universitätsspital Basel, Universitäre Psychiatrische Kliniken und das Felix Platter-Spital rechtlich zu verselbständigen. Damit soll sichergestellt werden, dass diese drei Spitäler auch unter den Rahmenbedingungen der neuen Spitalfinanzierung ihre führende Rolle im Bereich der Gesundheitsversorgung behaupten können.

Gleichzeitig wird die kantonale Gesundheitsgesetzgebung bedarfsgerecht modernisiert. Sie antizipiert die umfangreichen aktuellen und künftigen gesundheitspolitischen Gesetzesreformen auf nationaler Ebene.

Gesundheitsschutz

GD-5.1

Vollzug der Lebensmittel- und der Chemikaliengesetzgebung sowie der Störfallvorsorge; Verbraucherschutz im Bereich Nichtlebensmittel und Chemikalien; Schutz der Bevölkerung und Umwelt vor gefährlichen Stoffen und Organismen durch Vorsorge, Einsätze (Pikettdienst und Krisenorganisation); Überwachen von Anlagen inkl. Transportwegen im Bereich der Chemie- und Biosicherheit und ABC-Schutz; Untersuchung der Schlachttiere, Bestimmung der Genusstauglichkeit des Fleisches sowie Überwachung der Bestimmung des Schlachtgewichts; Tierschutzkontrollen sowie Tierseuchenüberwachung und -bewältigung bei den Versuchs-, Heim-, Zoo-, Wild- und Nutztieren im Kanton; Überwachung der Hundepopulation, Kontrolle und Bewilligung gefährlicher Tiere, Bezug der Hundesteuer, Überwachung der Zoonosen wie Vogelgrippe, Salmonellen und BSE; rechtsmedizinische und forensisch-toxikologische Untersuchungen von lebenden und verstorbenen Personen; forensisch-genetische bzw. forensisch-chemische Untersuchungen von Spuren bzw. Betäubungsmitteln oder sonstigen Materialien; zahnmedizinische Behandlung und Betreuung.

Politische Ziele

- Die Bevölkerung ist auf dem Kantonsgebiet vor dem Bezug von Konsumartikeln geschützt, welche gemäss Lebensmittelrecht die Gesundheit direkt oder indirekt gefährden und deren Zusammensetzung und Aufmachung täuschend sind.
- Die Gesundheit der Bevölkerung und die Umwelt werden vor und bei ausserordentlichen Ereignissen möglichst umfassend geschützt; dies insbesondere bei Störfällen im ABC-Bereich.
- Die Bevölkerung und die Tiere sind vor gefährlichen Tieren und anzeigepflichtigen Tierseuchen geschützt. Tiere werden artgerecht gehalten und transportiert.
- Tierversuche müssen aussagekräftig sein und tierschonend durchgeführt werden.
- Die zeitgerechte, unabhängige Erstellung von rechtsmedizinischen Gutachten und Untersuchungsberichten für die Strafverfolgungsbehörden ist sichergestellt.
- Die zahnärztliche Grundversorgung bei Schulkindern sowie die soziale Zahnpflege bei Erwachsenen ist sichergestellt.

Ausblick

- Die anhaltende Urbanisierung der Region Basel erfordert und begünstigt zugleich eine vermehrte regionale Zusammenarbeit auf den verschiedenen Fachebenen. Der Bereich Gesundheitsschutz ist bestrebt, stets optimale, auf die jeweiligen Strukturen abgestimmte Lösungen für regionale Kooperationen zu erreichen. Sei es auf institutioneller Ebene oder bei konkreten Projekten (etwa Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Neobiota).
- Dem Schutz der Bevölkerung wird durch eine aktive Mitwirkung an einer gesamtkantonalen Gefährdungsanalyse hohe Priorität eingeräumt.

Gesundheitsdienste

GD-5.2

Vorbeugen und Bekämpfen von übertragbaren Krankheiten, Aufsicht über und Bewilligung zur Ausübung von Gesundheitsberufen, Beurteilen der Selbst- und Fremdgefährlichkeit bei psychisch Kranken im Rahmen der fürsorglichen Freiheitsentziehung, vertrauensärztliche Abklärungen und Untersuchungen, ärztliche Betreuung in den Basler Gefängnissen sowie in den Kontakt- und Anlaufstellen; Aufsicht über die Betäubungsmittelabgabe; Überwachen des Heilmittelverkehrs und der Heilmittelabgabestellen, Bewilligung zur Ausübung von und Aufsicht über die pharmazeutischen Berufe; Evaluation, Konzeption und Durchführung von gesundheitsfördernden und präventiven Massnahmen, Vorsorgeuntersuchungen und Gesundheitsförderung in den Basler Kindergärten, Schulen und anderen Institutionen mit Kindern und Jugendlichen, schulärztliche Impfangebote, gesundheitliche Abklärungen bei Lernenden; Sicherstellen eines adäquaten Suchthilfeangebotes, Beratung Suchtmittelabhängiger und -gefährdeter sowie indirekt Betroffener, gegebenenfalls im Rahmen eines Case Managements, Kostengutsprachen für stationäre Suchttherapien, Planen, Steuern und Koordinieren des Suchthilfeangebots im Kanton, Schutz des öffentlichen Raums vor den negativen Auswirkungen der Drogenproblematik; Koordination der kantonalen Seniorenpolitik, Seniorenforum.

Politische Ziele

- Basel-Stadt setzt sich intensiv für den Erhalt und die Förderung der Gesundheit ein.
- Die Bevölkerung wird mit Information und Beratung zu Prävention und Gesundheitsförderung sensibilisiert sowie durch entsprechende Massnahmen in ihrer gesundheitsbewussten Haltung bestärkt und unterstützt.
- Die Bevölkerung wird vor missbräuchlichen, nicht hoheitlich festgelegten Qualitätsstandards insbesondere betreffend medizinische Beratungen und Behandlungen sowie betreffend Heilmittelverkehr geschützt.
- Basel-Stadt betreibt eine zeitgemässe Suchtpolitik, welche die Anliegen der abhängigen Menschen und der gesamten Bevölkerung berücksichtigt.
- Gesundheitliche Probleme bei Kindern wie Übergewicht, Bewegungsarmut und Karies nehmen ab. Kinder mit einer verzögerten Entwicklung werden frühzeitig erkannt und behandelt.
- Alle Mütter und Väter von Kindern im Vorschulalter sind adäquat über das Gesundheitssystem, Präventionsmassnahmen (z. B. Vorsorgeuntersuchungen, Impfungen) und das Beratungsangebot informiert.

Ausblick

- Eine wirksame, an den Zielgruppen ausgerichtete Gesundheitsförderung und Prävention für die gesamte Bevölkerung unter Einbezug des gesamten Suchtbereichs wird konzipiert und kontinuierlich sichergestellt. Eine besondere Aufmerksamkeit wird dabei den Migrantinnen und Migranten, der psychischen Gesundheit, dem gesunden Körpergewicht sowie dem Frühbereich (Kleinkinder) gewidmet.
- In Zusammenarbeit mit möglichst allen Kantonen der Nordwestschweiz (Aargau, Basel-Landschaft, Bern, Luzern, Solothurn) soll auf der Basis des bestehenden Krebsregisters beider Basel ein gemeinsames Krebsregister Nordwestschweiz aufgebaut werden.
- Um einem möglichen Fachkräftemangel im Gesundheitswesen entgegenzuwirken, werden entsprechende Konzepte und die Umsetzung von Massnahmen geplant.
- Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung im Kanton Basel-Stadt ist den Anliegen der älteren Bevölkerung Rechnung zu tragen. Auf der Grundlage der regierungsrätlichen Leitlinien zur Seniorenpolitik und weiterer altersrelevanter Bereiche wird weiter an der Umsetzung der Seniorenpolitik als Teil der Alterspolitik des Kantons gearbeitet.

Gesundheitsversorgung

GD-5.3

Stationäre, tageschirurgische und ambulante Versorgung in der somatischen Akutmedizin, der Geriatrie, Psychiatrie und der Rehabilitation mit entsprechender Bedarfsplanung zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit; 24-Stunden-Notfallstationen (somatische Akutmedizin und Psychiatrie); fachliche Beurteilung von Kostengutsprachen für ausserkantonale Hospitalisationen und stationäre Suchttherapien; Aufsicht über Pflegeheime sowie Spitex-Dienste; Unterstützung der Pflege zu Hause, Bedarfsplanung und subsidiäre Finanzierung von Heimpflegeplätzen für Pflegebedürftige.

Politische Ziele

- Kranken und verunfallten Menschen steht in Basel-Stadt eine quantitativ bedarfsgerechte und qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung zur Verfügung, die insgesamt finanzierbar und für das Individuum erschwinglich bleibt.
- Um insbesondere der Medizinischen Fakultät und den Universitätskliniken eine nationale Positionierung und Weiterentwicklung zu ermöglichen, werden die diesbezüglichen Zentrumsfunktionen von Basel-Stadt für die Region Nordwestschweiz nachhaltig gesichert.
- Der Kanton Basel-Stadt bildet zusammen mit den Kantonen der Nordwestschweiz einen gemeinsamen Gesundheitsraum.

Ausblick

- Basel-Stadt hat aktuell die schweizweit höchste kantonale Durchschnittsprämie bei der obligatorischen Krankenversicherung. Eine Minderung der Belastung der Bevölkerung wird daher über Prämienverbilligung sowie eine Stärkung der Anreize für Managed-Care-Modelle geprüft.
- Das Angebot an zentrumsmedizinischen Dienstleistungen ist inskünftig regional zu verankern. Dazu ist im Rahmen eines anzustrebenden gemeinsamen Gesundheitsraumes die Zusammenarbeit in allen Gesundheitsbereichen mit den Kantonen der Nordwestschweiz und dem angrenzenden Ausland zu verstärken und zu harmonisieren.
- Die Einführung der neuen Pflegefinanzierung per 2011 wird durch einen kantonalen Gesundheitsversorgungsbericht aktiv begleitet. Gleichzeitig werden die Kapazitäten der Langzeitpflege bedarfsgerecht weiter ausgebaut.

Klinische Lehre und Forschung

GD-5.4

Klinische Ausbildung auf universitärer Stufe in Humanmedizin; klinische Forschung in der Humanmedizin; Weiterbildung in der Humanmedizin zur Erlangung des Facharzttitels FMH sowie Fortbildung von Humanmedizinerinnen und -medizinern, die in Spitälern und freien Praxen tätig sind.

Politische Ziele

- Gemeinsam mit den Hochschulen und anderen öffentlichen und privaten Partnern werden Rahmenbedingungen für einen herausragenden Forschungsstandort geschaffen.
- Die Wettbewerbsfähigkeit der öffentlichen Spitäler und die Positionierung der universitären Kliniken im nationalen und internationalen Wettbewerb werden gestärkt, wobei eine Erweiterung der Trägerschaften geprüft wird.

Ausblick

- In den Jahren 2009 und 2010 konnte das Universitätsspital mehrere Forschungsk Kooperationen mit den Universitäten Fudan, Jiao Tong und Tongji aus der Partnerstadt Shanghai abschliessen. Diese werden in den nächsten Jahren intensiv gepflegt und weiter verstärkt.

2.3.6 Justiz- und Sicherheitsdepartement

Das Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD) setzt sich zusammen aus den drei operativen Bereichen Kantonspolizei, Rettung, Bevölkerungsdienste und Migration sowie den drei Stabsbereichen Generalsekretariat, Recht und Services. Dem Departement administrativ unterstellt ist die Staatsanwaltschaft. Das JSD ist verantwortlich für die vier Aufgabenfelder Sicherheit und Ordnung, Rettung, Bevölkerungsdienste und Migration sowie Strafverfolgung, aber auch für das Ressourcenfeld Führungsunterstützung und Kommunikation.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	1'579.4	1'598.8	1'611.2	1'611.2	1'611.2	1'611.2
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	1'495.0					
Bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	108	100	100	110	90	100
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehen)	Anz	24	25	26	26	26	26

Kommentar

- 1 Die im Budget 2010 geplanten 19.5 Stellen für die Parkraumbewirtschaftung sind mit Ablehnung des Grossratsbeschlusses betreffend Parkraumbewirtschaftung für die Stadt Basel im Personalplafond 2011 nicht mehr enthalten. Dafür ist mit der Einführung der neuen Schweizerischen Strafprozessordnungen (StPO und JStPO) ab 1. Januar 2011 eine Erhöhung von 31 Stellen prognostiziert.

Finanzen Departement

	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
in Mio. Franken							
Aufwand	289.7	303.0	318.3	15.3	318.8	321.9	325.6
Ertrag	-119.4	-125.0	-127.5	-2.5	-127.8	-127.7	-126.9
Ordentlicher Nettoaufwand Departement	170.3	177.9	190.8	12.9	191.0	194.2	198.7
davon Aufgabenfelder, zugehörige Schwerpunkte und Massnahmen:							
6.1 Sicherheit und Ordnung	72.9	72.3	68.3	-4.0	67.9	69.3	70.9
<i>Lebensqualität und Sicherheit</i>							
Bekämpfung der Jugendkriminalität		0.7	0.7	0.0	0.7	0.7	0.7
6.2 Rettung	18.6	20.5	20.6	0.1	20.5	21.0	21.5
<i>Lebensqualität und Sicherheit</i>							
Gefährdungsanalyse		0.2	0.2	0.0	0.1	0.0	0.0
6.3 Bevölkerungsdienste, Migration und Integration	42.4	47.6	47.5	-0.1	45.8	46.4	47.9
6.5 Strafverfolgung	19.8	20.4	36.1	15.7	38.5	39.1	39.7
9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation	16.5	17.2	18.2	1.0	18.3	18.5	18.8

Kommentar

- 1 Die Steigerung des Ordentlichen Nettoaufwands in den Jahren 2013 und 2014 ist hauptsächlich auf die Teuerung zurückzuführen.
- 2 Die Reduktion im Jahr 2012 ist hauptsächlich auf Mehreinnahmen bei abgelaufenen EU-Bewilligungen zurückzuführen.
- 3 Bei der Strafverfolgung ist im Jahre 2012 die zweite Etappe der neuen Schweizerischen Strafprozessordnungen (StPO und JStPO) berücksichtigt.

Sicherheit und Ordnung

JSD-6.1

Vermindern von Ordnungsverstössen; Aufnehmen, Beraten und Intervenieren in objektiven und subjektiven Problemlagen; Sicherstellen und Optimieren des Verkehrsflusses und des korrekten Verkehrsverhaltens; Regeln der Verkehrszulassung von Personen und Fahrzeugen; rasches Intervenieren bei Delikten; Ermitteln, Fahnden nach Personen und Sachen; Vermindern von erkennbaren

Risiken durch entsprechende Vorbereitungen; Begrenzen des illegalen Aufenthalts und Bekämpfen der Schwarzarbeit; Gesamtverantwortung für die Ereignisbewältigung in ausserordentlichen Lagen durch die Kantonale Krisenorganisation (KKO).

Politische Ziele

- Die Bevölkerung der Stadt und der beiden Landgemeinden lebt geordnet und friedlich zusammen und fühlt sich sicher.
- Die Polizei handelt nach rechtsstaatlichen Grundsätzen und verhält sich bürgerfreundlich und der Situation angemessen. Sie arbeitet mit den Polizeikräften der benachbarten Gemeinwesen zusammen.
- Durch Vernetzung von Verkehrs-, Gewalt- und Kriminalprävention sowie Community Policing mit den Anspruchsgruppen im Kanton soll eine nachhaltige Senkung von Unfällen, „Unordnung“ und Kriminalität erreicht werden, um das Sicherheitsgefühl, die Selbstverantwortlichkeit und die Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft zu erhöhen.
- Bei ausserordentlichen Ereignissen sind die Personen- und Sachschäden möglichst gering. Für die Betroffenen geht das öffentliche Leben rasch in den normalen Bahnen weiter.
- Die Polizei berücksichtigt bei den Verkehrssicherheitsmassnahmen vor allem die schwächeren Verkehrsteilnehmenden (Fussgänger, Velofahrende).
- Die Bevölkerung fühlt sich im Strassenverkehr sicher. Der Individualverkehr fliesst auf den Hauptachsen geordnet und flüssig ab. Der öffentliche Verkehr (Tram und Bus) wird nicht vom motorisierten Individualverkehr behindert.
- Es gibt wenige Unfälle, insbesondere solche mit Personenschaden.

Ausblick

- In allen Bereichen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung soll - sowohl auf der strategischen wie auch der operativen Ebene - der Prävention, ohne Einschränkung der Repression, noch höhere Priorität zukommen. Diese Zielsetzung soll mit folgenden Arbeitsschwerpunkten erreicht werden.
- Die interdepartementale Zusammenarbeit soll mit einer permanenten Arbeitsgruppe verstärkt werden, um erkannte und mögliche Orte der „Unordnung“, welche das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung beeinträchtigen, zu beheben.
- Die sichtbare Präsenz der Polizei in allen Quartieren und an Brennpunkten wird erhöht und das Community Policing wird noch verstärkter in den Quartieren vernetzt.
- Jugendgewalt und -kriminalität im schulischen Umfeld sowie im Freizeitbereich werden durch frühzeitige Erkennung, Aktionen, Projekte und direkte Ansprache von Jugendlichen bestmöglich kontrolliert und weitgehend verhindert.
- Die Verkehrssicherheit wird durch Aufklärung (z.B. Aktionen an Unfall-Schwerpunkten) und Kontrolle des ruhenden und fliessenden Verkehrs mit dem Einsatz von adäquaten und zeitgemässen Mitteln erhöht. Das vom Bund lancierte Projekt „Via Sicura“ wird von Basel-Stadt unterstützt und nach Massgabe der vorhandenen und/oder zugewiesenen Ressourcen umgesetzt.
- Für die optimale Bewältigung von ausserordentlichen Lagen und die Umsetzung von Vorsorgemassnahmen sind Projekte in den Bereichen Erdbeben, Gefährdungsanalyse und Betreuung gestartet. Geprüft wird nach wie vor die Zusammenführung der verschiedenen Einsatzzentralen des JSD, eventuell gemeinsam mit Partnerorganisationen.

- Alle präventiven Aktionen, Projekte etc. sollen nachhaltigen Charakter aufweisen, um Wirksamkeit entfalten zu können. Im Bereich der polizeilichen Intervention muss eine genügende Vorhalteleistung gewährleistet sein, um jederzeit zeitgerecht die Sicherheit und Ordnung im Kanton sicherstellen zu können.

Rettung

JSD-6.2

Gewährleisten von Schutz und Sicherheit; Vermindern von erkennbaren Risiken durch präventiv wirkende Aktionen/Massnahmen und entsprechende Einsatzvorbereitung; Betreiben der Einsatzzentralen 118 und 144; dauernde Gewährleistung von Rettungs-, Brand-, Chemie, Öl- und Pioniereinsätzen sowie Hilfeleistung und Bergung in Notlagen; Begrenzen von Schäden und Vermindern von Eskalationen bei ausserordentlichen Ereignissen (Katastrophen, Unruhen, Terrorismus); Durchführen von Notfall-, Kranken- und Verlegungstransporten; Erarbeiten und Durchführen vorbeugender Massnahmen, Sicherstellen der präklinischen Notfallversorgung; Erfassen der Wehrpflichtigen des Kantons Basel-Stadt; Sicherstellen der Grund-, Aus- und Weiterbildung der Zivilschutzpflichtigen des Kantons Basel-Stadt; Erbringen von Dienst- und Logistikleistungen zu Gunsten des Justiz- und Sicherheitsdepartements und Dritter.

Politische Ziele

- Mit Präventionsangeboten und -massnahmen trägt die Rettung zur Sicherheit der Bevölkerung der Stadt und der beiden Landgemeinden bei.
- Die Bevölkerung nimmt die Rettung als verlässlichen Partner wahr.
- Bei ausserordentlichen Ereignissen fallen Personen- und Sachschäden möglichst gering aus. Für Betroffene geht das öffentliche Leben möglichst rasch in normalen Bahnen weiter.

Ausblick

- Der Bereich Rettung wird in den kommenden Jahren an den Übungen teilnehmen, die der Bund organisiert, um die Zusammenarbeit seiner Sicherheitsinstrumente und jener der Kantone zu verstärken. Er beteiligt sich auch an den Vorbereitungsarbeiten und der Koordination dieser Übungen. Die aus diesen Übungen gewonnenen Erkenntnisse müssen in die Organisation und die Arbeitsabläufe einfließen.
- Ebenso arbeitet die Rettung als Fachbereich an der Gefährdungsanalyse für den Kanton Basel-Stadt mit. Die Schlussfolgerungen, die sich aus dieser Analyse ergeben, sind in den kommenden Jahren umzusetzen.

Bevölkerungsdienste und Migration

JSD-6.3

Regeln der Aufenthaltsverhältnisse von in- und ausländischen Personen sowie der Einreiseformalitäten; Ausstellen von Ausweisen und Dokumenten für die Kundschaft des Kantons im In- und Ausland; Durchführen und Gestalten von Ziviltrauungen, Führen des Einwohnerregisters und des Zivilstandregisters; Betreiben einer Kontaktstelle für Fragen rund um die kantonale Verwaltung; Verwalten von Fundsachen; Beitragen zur Kantons- und Stadtentwicklung durch Integrations- und Antidiskriminierungsmassnahmen; Systematische Umsetzung des neuen Kantonalen Integrationsgesetzes; Koordinieren der Einbürgerungsverfahren, Bekämpfen des Missbrauchs im Ausländerrecht; Verwahren von Personen im Auftrag der zuständigen Behörden zur Sicherstellung von Untersuchungs-, Gerichts- sowie Migrationsverfahren.

Planen und Vollziehen gerichtlich angeordneter Strafen und Massnahmen; Leisten und Vermitteln von Sozial- und Fachhilfe durch die Bewährungshilfe mit dem Ziel, die betreuten Personen vor Rückfälligkeit zu bewahren und sozial zu integrieren; Vollziehen von Strafen durch das Vollzugszentrum

Klosterflechten in der Form von Halbgefangenschaft, Arbeits- und Wohnexternaten, Electronic Monitoring und gemeinnütziger Arbeit.

Politische Ziele

- Die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt und der beiden Landgemeinden leben mit geordnetem Aufenthaltsstatus friedlich zusammen und fühlen sich sicher.
- Die Straftäterinnen und Straftäter verbüssen ihre Strafe oder Massnahme.
- Der Straf- und Massnahmenvollzug fördert das soziale Verhalten der verurteilten Person, insbesondere die Fähigkeit, straffrei zu leben.

Ausblick

- Entscheide des Bundes werden auch in den kommenden Jahren das Aufgabenfeld der Bevölkerungsdienste und Migration massgeblich beeinflussen und Anpassungen auf kantonaler Ebene erforderlich machen.
- Im Ausländerrecht sind gleich mehrere Revisionen im Gange oder in Vorbereitung, z.B. zur Prüfung der Integrationsvoraussetzungen, zum Widerruf ausländerrechtlicher Bewilligungen oder zum biometrischen Ausländerausweis. Auch die Voraussetzungen und Verfahren zum Erwerb des Bürgerrechts werden umfassend überprüft und erneuert.
- Im Justizvollzug führt das geänderte Strafrecht zu einer Erhöhung der Zahl gerichtlich angeordneter therapeutischer Massnahmen. Der Unterbringungsbedarf wird im Konkordatsverbund sicherzustellen sein. Dasselbe gilt für die Schaffung von Vollzugsplätzen für lange Freiheitsstrafen bei Jugendlichen. Diese müssen gemäss Jugendstrafgesetz bis spätestens 2017 bereitstehen. Sollte das Parlament dem Bundesrat folgen und kurze Freiheitsstrafen wieder einführen, wird dies die Vollzugsbehörden zusätzlich herausfordern.

Strafverfolgung

JSD-6.5

Bekämpfen der Kriminalität; Führen von Strafuntersuchungen und Anklageerhebung.

Politische Ziele

- Die öffentliche Sicherheit ist mittels konsequenter Anwendung der Strafgesetze durch eine qualitativ hoch stehende Untersuchungsführung gewährleistet.

Ausblick

- Ab 2011 sind die schweizerische Strafprozessordnung und die Jugendstrafprozessordnung umzusetzen. Mit der Strafbefehlskompetenz und Strafvollzugsaufgaben sowie mit Ermittlungsverfahren im Nebenstrafrecht sind neu Aufgaben zu erfüllen, die bisher den Gerichten oder der Verwaltung oblagen. Dem faktischen Machtzuwachs bei der Staatsanwaltschaft stehen umfassendere Parteirechte und ein stark formalisiertes Verfahren gegenüber.
- Viele Folgen der Gesetzesänderung sind allerdings noch nicht absehbar. Mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen und der nötigen Ausbildung ist dennoch schnellstmöglich eine Rechtspraxis zu etablieren, die trotz des zusätzlichen Aufwandes eine zeitnahe Strafverfolgung und Rechtssicherheit gewährleistet. Dazu sind nebst einer klaren Prioritätensetzung, die allenfalls auch Leistungsabstriche erfordern kann, neue Vernetzungen mit Partnerbehörden zu finden.

2.3.7 Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt

Das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU) ist verantwortlich für die Aufgabenfelder der Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Soziale Sicherheit sowie Umwelt und Energie. Die Leistungen im Ressourcenfeld Führungsunterstützung und Kommunikation werden im Generalsekretariat erbracht.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	584.9	639.0	639.75	640.0	640.0	640.0	¹
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	575.0						
Bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	78						²
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehen)	Anz	32	30	35	36	36	36	³

Kommentar

- 1 Trotz organisatorischer Veränderungen bleibt der Plafond praktisch auf dem Stand des Budgets 2010. Nach heutigem Wissensstand kann davon ausgegangen werden, dass auch die Planjahre 2012 bis 2014 auf dem Stand des Budgets 2011 bleiben werden.
- 2 Für diese Kennzahl ist eine Prognose sachlich nicht angezeigt, da es sich um ein Instrument des Grossen Rates handelt.
- 3 Für die Planjahre 2012 bis 2014 ist keine erhebliche Steigerung bei der Anzahl Lehrstellen geplant.

Finanzen Departement

in Mio. Franken	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	A
Aufwand	664.3	718.5	747.9	29.4	757.0	767.2	781.6	
Ertrag	-270.6	-271.6	-279.6	-8.0	-277.8	-281.0	-284.7	
Ordentlicher Nettoaufwand Departement	393.7	446.9	468.3	21.4	479.2	486.2	496.8	
davon Aufgabenfelder, zugehörige Schwerpunkte und Massnahmen:								
7.1 Wirtschaft und Arbeitsmarkt	16.4	7.7	6.8	-0.9	7.1	7.2	7.4	¹
7.2 Soziale Sicherheit	377.8	437.2	454.4	17.2	464.3	470.4	480.0	²
7.3 Umwelt und Energie	-5.8	-4.7	-3.3	1.4	-2.7	-2.0	-1.3	³
<i>Nachhaltiger Umgang mit Ressourcen</i>								
Die 2000-Watt-Gesellschaft als Leitmotiv	0.3	0.2	0.2	0.0	0.2	0.2	0.2	
9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation	5.2	6.7	10.5	3.8	10.5	10.6	10.8	⁴

Kommentar

- A Der Planung liegt einerseits eine zentral vom Finanzdepartement vorgegebene Teuerungsentwicklung von 0% (2011 auf 2012), 1.2% (2012 auf 2013) und 1.4% (von 2013 auf 2014) und andererseits eine auf Ebene der wichtigsten Leistungen erfolgte Detailplanung zugrunde. In den nachfolgenden Erläuterungen wird nur noch auf die Entwicklung dieser wichtigsten Leistungen auf Ebene des Ordentlichen Nettoaufwands eingegangen.
- 1 Der laufende Ausbau der arbeitsmarktlichen Massnahmen des Bundes wird einen entsprechend höheren kantonalen Beitrag an diese Massnahmen zur Folge haben (Budget 2011: 4.1 Mio. Franken; Plan 2014: 4.6 Mio. Franken).
 - 2 Über die ganze Periode (2011 bis 2014) wird bei der Sozialen Sicherheit von einer Kostensteigerung von rund 25 Mio. Franken ausgegangen. Dieser Planung liegt eine anhaltend positive Entwicklung der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts in unserer Region zugrunde. Die grössten Steigerungen werden deshalb in erster Linie in den nicht von diesen Faktoren abhängigen Leistungsbereichen erwartet (Prämienverbilligungen 18.3 Mio. Franken, Ergänzungsleistungen und Beihilfen 13.3 Mio. Franken, Mietzinsbeiträge 5.3 Mio. Franken, Behinderten- und Alimentenhilfe 4.1 Mio. Franken). Eine rückläufige Entwicklung wird bei der Sozialhilfe (Rückgang der Fallzahlen 7.2 Mio. Franken) und bei den Risikobeiträgen an Krankenkassen (9.2 Mio. Franken) prognostiziert.
 - 3 In diesem Aufgabenfeld wird nur mit geringen Veränderungen gerechnet. Die Erhöhung ist hauptsächlich auf die Aufwendungen der ProReno AG für die Vorbereitung des anstehenden Um- und Ausbaus der kommunalen Ara (Projekt Nitrifikation/Denitrifikation) zurückzuführen.
 - 4 Durch die per Mitte 2010 erfolgte Zentralisierung der IT ergibt sich mit Budget 2011 eine entsprechende Ressourcenverschiebung von den WSU-Dienststellen zur IT-WSU, die dem Generalsekretariat zugeordnet ist.

Wirtschaft und Arbeitsmarkt

WSU-7.1

Optimieren der Standortbedingungen für Unternehmen, Vermarktung des Wirtschaftsstandorts und der touristischen Destination Basel, Anbieten von Massnahmen zum Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt und zur Verbesserung der Qualifikation von arbeitslosen Personen; Abklären und Auszahlen ihrer Leistungsansprüche; Erteilen von Arbeitsbewilligungen; Vollziehen der Arbeitssicherheits- und Arbeitsschutzgesetzgebung; Umsetzen des bilateralen Abkommens zur Personenfreizügigkeit und der flankierenden Massnahmen, Bekämpfen der Schwarzarbeit; Durchführen von Vermittlungs- und Schiedsgerichtsverfahren im kollektiven Arbeitsrecht; Entwicklung der trimodalen Verkehrsdrehscheibe der Schweizerischen Rheinhäfen; Weiterentwickeln des EuroAirport Basel-Mulhouse-Freiburg in seiner Funktion im europäischen Regionalluftverkehr; Sicherstellen von flankierenden Massnahmen im Luftverkehr zur Wahrung der Wohnqualität und Umweltverträglichkeit.

Politische Ziele

- Basel bietet im Vergleich zu Konkurrenzstandorten im In- und Ausland überdurchschnittliche Rahmenbedingungen für Unternehmen der Zielbranchen (Life Sciences Industrie, chemische Industrie, Finanzdienstleistungen, Logistik, Messe und Kreativwirtschaft) sowie für innovative Unternehmen in neuen Technologiefeldern.
- Basel bietet konkurrenzfähige Rahmenbedingungen für alle übrigen Branchen und Unternehmen und fördert die administrative Entlastung der Unternehmen.
- Arbeitslose Einwohnerinnen und Einwohner werden mit Massnahmen so unterstützt, dass sie möglichst rasch eine existenzsichernde Arbeit finden oder sozial integriert bleiben. Besonderes Gewicht wird auf die Entwicklung Jugendlicher gelegt. Sozialpartnerschaftliche Auseinandersetzungen werden schnell und nachhaltig beigelegt.
- Die Arbeitsplätze sind sicher ohne Gefährdung und Beeinträchtigung der Gesundheit.
- Die Leistungsfähigkeit der schweizerischen Rheinhäfen als Verkehrsdrehscheibe zwischen Wasser, Schiene und Strasse wird weiterentwickelt und die Grossschiffahrt als wirtschaftliches, umweltfreundliches und sicheres Verkehrsmittel wird gefördert.
- Der EuroAirport Basel-Mulhouse-Freiburg bleibt ein gut funktionierender und wirtschaftlich stabiler Flughafen für die Region TriRhena mit nachfragegerechten Direktverbindungen zu den europäischen Wirtschafts-, Kultur- und Feriendestinationen, ergänzt um regional erforderliche Interkontinentalflüge. Auch als Standort für aviatiknahe Gewerbe- und Industrieaktivitäten bietet der EuroAirport sichere und stabile Rahmenbedingungen für Schweizer Unternehmen.

Ausblick

- Die abgestimmte Stadt- und Hafenentwicklung in Kleinhüningen ermöglicht am Westquai eine städtebauliche Entwicklung an bester Lage durch die Schaffung eines gemischt genutzten „Hafenquartiers“ und gleichzeitig eine Stärkung der Umschlagsdrehscheibe im kombinierten Güterverkehr (Wasser, Schiene, Strasse). Auf dem heute zum grossen Teil brachliegenden Areal des ehemaligen badischen Rangierbahnhofs sollen neu ein drittes Hafenbecken, ein Containerterminal sowie die Übergabestelle der Hafenbahn entstehen. Im Gegenzug sollen die heutigen Hafeninfrakturen vom Westquaiweg dorthin umziehen.
- Für die Wertschöpfung und damit den Wohlstand der Region ist die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft zentral. Auf der Basis der von Basel-Stadt initiierten Plattform i-net BASEL soll gemeinsam mit den Nachbarkantonen und dem Bund eine Nordwestschweizerische Innovationsförderung aufgebaut werden. Ausgründungen aus den regionalen Hochschulen sowie andere technologieorientierte Unternehmen finden in Basel-Stadt attraktive räumliche Angebote, die ihnen das Wachstum

erleichtern. Die Stärken und Kompetenzen der Wirtschaftsregion Basel werden von der regional abgestützten Standortpromotionsorganisation „BaselArea“ erfolgreich kommuniziert.

- Die in der Region domizilierten Unternehmen der Life Sciences und der weiteren Zielbranchen sind auf gut ausgebildete Arbeitskräfte angewiesen. Neben der Vermittlung und Qualifizierung Arbeitsloser sind den Arbeitgebenden neue Rekrutierungsgebiete in Europa zu eröffnen und die Dienstleistung der internationalen Stellenvermittlung vermehrt anzubieten über EURES (european employment services). Trotz aller Anstrengungen wird dies nicht ausreichen, den Bedarf zu decken, so dass genügend Kontingente für Kurz- und Jahresaufenthalter aus Drittstaaten sowie für die Dienstleistungserbringung von EU- und EFTA-Unternehmungen von mehr als 120 Tagen zur Verfügung stehen müssen. In Abstimmung mit der Wirtschaft werden die Anliegen des Wirtschaftsstandortes Basel bei den Bundesbehörden vertreten werden.
- Die offenen Fragen bezüglich des anwendbaren Arbeits- und Steuerrechts im Schweizer Sektor des EuroAirport erweisen sich als belastend für dessen weitere Entwicklung und hemmen die Investitionsbereitschaft Schweizer Unternehmen. Zusammen mit den zuständigen Bundesbehörden engagiert sich der Regierungsrat in Verhandlungen mit Frankreich, um Regelungen festzulegen, die dem Grundsatz der Binationalität des EuroAirport entsprechen und die sichere und attraktive Bedingungen für die Aktivitäten im Schweizer Sektor bieten. Im Jahr 2010 gelang es, auf französischer Seite politisches Verständnis für die Problematik zu wecken. Es geht nun darum, auf Verwaltungsstufe adäquate Lösungen zu finden. Letztlich dürfte die Klärung in eine Anpassung des französisch-schweizerischen Staatsvertrags zum EuroAirport aus dem Jahr 1949 münden.

Soziale Sicherheit

WSU-7.2

Abklären der Ansprüche auf Sozialhilfe (Beraten, wirtschaftliche Hilfe, Massnahmen zur sozialen und beruflichen Integration) und Auszahlen der Leistungen; Unterbringen und Betreuen von Asylsuchenden und vorläufig Aufgenommenen; Bereitstellen und Betreiben von Notwohnungen und Notschlafstellen. Abklären der Ansprüche auf Ergänzungsleistungen und Beihilfen zur AHV/IV, Alimenteninkasso und -bevorschussung, individuelle Prämienverbilligung, Mietzinsbeiträge, Entschädigung und Genugtuung gemäss Opferhilfegesetz, Umsetzen des Krankenversicherungsbefreiungsgesetzes; Festsetzen der Kinderzulagen im Kanton; Planen und Sichern eines bedarfsgerechten Wohn- und Arbeitsangebots für Behinderte; Unterstützen und Schützen von Menschen, die aus psychischen oder physischen Gründen selber nicht in der Lage sind, ihre Angelegenheiten zu besorgen.

Politische Ziele

- Die materielle Existenz (Lebensunterhalt, Unterkunft, Gesundheit) ist in Basel-Stadt gesichert.
- Die soziale und wirtschaftliche Integration und die Handlungsfähigkeit von Einwohnerinnen und Einwohnern, die von materieller Bedürftigkeit betroffen oder bedroht sind, sind gewahrt.
- Die wirtschaftliche Integration wird gefördert und eingefordert.
- Bei Alter oder Invalidität ist für Einwohnerinnen und Einwohner der materielle Bedarf ohne Inanspruchnahme der Sozialhilfe gesichert.
- Auch bei geringem Einkommen können sich die Einwohnerinnen und Einwohner eine gesetzlich minimale Gesundheitsversorgung leisten und sind über ihre Ansprüche auf Prämienverbilligung informiert.
- Die stationäre und ambulante Behindertenhilfe verbessert die Selbstständigkeit, Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe von Erwachsenen mit Behinderungen.

- Menschen, die aus psychischen oder physischen Gründen nicht in der Lage sind, ihre Angelegenheiten selbstständig zu besorgen oder entsprechende Aufträge zu erteilen, können im Rahmen der vormundschaftsrechtlichen Möglichkeiten durch staatlichen Beistand in einem geordneten Alltag leben.

Ausblick

- Das neue Vormundschaftsrecht (Erwachsenenschutzrecht) tritt voraussichtlich auf Anfang 2013 (allenfalls auf Anfang 2014) in Kraft. Auf kantonomer Ebene bedeutet dies eine grosse Veränderung sowohl im Inhalt der vormundschaftlichen Tätigkeit als auch in der Organisation. Anstelle der heute auf die Massnahmen „Vormundschaft - Beiratschaft - Beistandschaft“ beschränkten Schutzmöglichkeiten werden aus einem breiten Fächer die für die Person ausgerichteten Massnahmen gewählt werden können. Die heutige Vormundschaftsbehörde wird sich künftig in zwei Organisationen aufteilen: Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB), welche die Schutzmassnahmen anordnet und die heutige Amtsvormundschaft, welche die professionellen Mandate ausführt. Gemäss heutigem Arbeitsstand wird die KESB als gerichtsnahe Organisation ausgestaltet sein. Das neue Erwachsenenschutzrecht wird auf kantonomer Ebene mehr Ressourcen verlangen. Der entsprechende Ratschlag geht voraussichtlich im Jahr 2012 nach einem Vernehmlassungsverfahren an den Grossen Rat.
- Die Umsetzungsarbeiten für den Systemwechsel in der Behindertenhilfe werden in den kommenden Jahren partnerschaftlich mit dem Kanton Basel-Landschaft weitergeführt. Ziel der Reform ist die Stärkung der Partizipation und Selbstbestimmung der betroffenen Menschen. Die Steuerung, Finanzierung und Ausrichtung der Angebote sollen verstärkt am individuellen Bedarf der betroffenen Personen ausgerichtet werden. Nachdem im Budgetjahr die rechtlichen Grundlagen für den Systemwechsel erarbeitet und verschiedene Pilotprojekte zur praktischen Anwendung der Leistungskataloge, der individuellen Bedarfsermittlung und der übergeordneten Steuerung weitergeführt werden, sind in den kommenden Jahren die kantonalen Regelungen definitiv zu beschliessen. Mit ein Thema ist dabei die künftige Zusammenarbeit zwischen den beiden kantonalen Fachstellen.
- Für dauerarbeitslose Personen, deren Chancen auf eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt gering sind, werden im Budgetjahr Dauerarbeitsplätze eingerichtet (Stichwort Sozialfirma). Die Sozialhilfe kann Organisationen, welche Sozialhilfebeziehende mit einem Arbeitsvertrag engagieren, die Bruttolohnkosten gemäss Vorgaben der Sozialhilfe vergüten. Die Stundenansätze entsprechen den eingeschränkten Einsatzmöglichkeiten der Teilnehmenden. Die Arbeitseinkommen werden mit einem Freibetrag der Sozialhilfeunterstützung angerechnet. Die Teilnehmenden verfügen somit über ein höheres Einkommen, als Sozialhilfebeziehende ohne Arbeitsleistung. Mit dem Lohnmodell i-Job steht ein wichtiges Angebot der Aktivierungsstrategie zur Verfügung, bei welchem die Beschäftigung (Tagesstruktur) gegenüber der Betreuung im Vordergrund steht.

Umwelt und Energie

WSU-7.3

Vollziehen und Koordinieren von Aufgaben im Umweltschutz (namentlich Gewässerschutz, Abfall, Altlasten, Lärm sowie Luftreinhaltung und nichtionisierende Strahlung); Fördern von Umweltbewusstsein und Eigenverantwortung von Verwaltung, Bevölkerung, Gewerbe und Industrie; Lenken des Energieverbrauchs und Fördern von Energiesparmassnahmen; Vollziehen der agrarpolitischen Massnahmen in Koordination mit Basel-Landschaft; Abklären der Ansprüche auf Beiträge für ökologische Ausgleichsflächen sowie Auszahlen der Leistungen; Planung und Aufsicht über das Nutzen und Benützen der Wälder im Kantonsgebiet; Produzieren und Verteilen von Trinkwasser und Fernwärme; Produktion und Verteilung von Elektrizität; Verteilung von Erdgas; Projektierung, Realisierung und Unterhalt der Infrastruktur für Elektrizität, Fernwärme, Trinkwasser, Erdgas und der KVA sowie alternative Energieanlagen.

Politische Ziele

- Einhalten der Grenzwerte in den Bereichen Luft, nicht ionisierende Strahlen, Lärm, Erschütterungen, Boden, Abwasser und bei ober- und unterirdischen Gewässern. Belastete Standorte werden erfasst und Altlasten saniert.
- Der Energieverbrauch wird stabilisiert bzw. vermindert durch sparsames und rationelles Nutzen der Ressourcen im Sinn der 2000-Watt-Gesellschaft.
- Die Abfallmengen werden vermindert, Abfälle werden umweltgerecht behandelt und neue Altlasten verhindert.
- Im Kanton wird eine zukunftsfähige, ökologisch orientierte Landwirtschaft betrieben.
- Die verschiedenen Funktionen des Waldes sind langfristig sichergestellt, die Nutzung und Benützung des Waldes erfolgen nachhaltig.
- Gewährleisten der Ver- und Entsorgungssicherheit: Keine wesentlichen Ausfälle und Unterkapazitäten im Bereich Elektrizität, Fernwärme, Trinkwasser, Erdgas, Abwasser und Abfall.
- Fördern der Nutzung erneuerbarer und emissionsarmer Energien.

Ausblick

- Mehr als ein Drittel der Energie in der Schweiz wird für die Raumwärme verbraucht. Dies ist deshalb von Bedeutung, weil in Basel der weitaus grösste Anteil der Gebäude vor 1985 errichtet worden ist und den heutigen Anforderungen an die Isolation nicht entspricht. (Der Mehrverbrauch an Energie ist fünf- bis siebenmal höher als bei einem neu erstellten Gebäude). Die Sanierung dieser Altbauten ist eines der wichtigsten Ziele der Energiepolitik. Die neu geschaffenen Grundlagen im Energiegesetz und in der dazu gehörenden Verordnung ermöglichen die Überführung der bisherigen Gesamt-sanierungsaktion in das ordentliche Recht: Die Beiträge für einzelne Sanierungsmassnahmen entsprechen den schweizweit festgelegten Ansätzen. Für eine Gesamt-sanierung sind die Anreize jedoch deutlich höher: Je nach Qualität der Massnahmen werden die Beiträge für Einzelbauteile verdoppelt bis verdreifacht. Neben den Wohnbauten wird der Fokus verstärkt auch auf Dienstleistungs-, Gewerbe- und Industriebauten gerichtet.
- Im Rahmen der 2000-Watt-Gesellschaft - Pilotregion Basel wird ein zweites Mal ein Sanierungswettbewerb ausgeschrieben. Prämiert werden vorbildliche Gebäudeerneuerungen, welche den MinergieP- oder einen ähnlichen Standard erreichen.
- Beim „Aktionsplan gesunde Luft in Wohnquartieren“, einer Massnahme des Luftreinhalteplans 2007, hatte der Grosse Rat im September 2009 die finanziellen Mittel für die Phase I (Aufnahme und Berechnung der Immissionssituation bezüglich Schadstoffe NO₂ und PM₁₀ sowie Untersuchung der Potenziale zur Minderung der Luftbelastung) und die Phase II (Erarbeitung eines Massnahmenplans) gesprochen. Die Arbeiten konzentrieren sich in den kommenden Jahren auf die Untersuchung von Massnahmen und deren Potenziale zur Minderung der Luftbelastung.
- Die seit 2010 aus der kantonalen Verwaltung ausgegliederten Industriellen Werke Basel IWB werden ihre Geschäftstätigkeit entlang dem vom Grossen Rat genehmigten Leistungsauftrag und entsprechend ihrer formulierten Unternehmensstrategie ausrichten. Ein Schwerpunkt wird dabei der Strombereich sein, bei welchem es um die Sicherung des ausreichenden Bezugs aus nachhaltigen Quellen und die Tarifgenehmigungen gehen wird. Zudem sollen die Aktivitäten im Bereich neuer Telekommunikationsinfrastrukturen intensiviert werden.

2.3.8 Behörden und Parlament

Da es sich beim Politikplan um das Instrument des Regierungsrates handelt, weist dieses Ressourcenfeld 9.7 keine Tätigkeiten der darin erfassten Behörden Grosser Rat mit Parlamentsdienst, Finanzkontrolle, Datenschutzbeauftragter und Ombudsstelle aus.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	36.0	36.0	36.0	36.0	36.0	36.0
Vollzeitstellen (Headcount)	%	36.0					

Finanzen Behörden und Parlament

	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
in Mio. Franken							
Aufwand	11.8	12.2	12.3	0.1	12.3	12.5	12.7
Ertrag	-0.2	-0.1	-0.1	...	-0.1	-0.1	-0.1
Ordentlicher Nettoaufwand	11.6	12.1	12.3	0.2	12.3	12.4	12.6
davon Aufgabenfelder, zugehörige Schwerpunkte und Massnahmen:							
9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation	3.9	3.1	2.9	-0.2	2.9	2.9	2.9
9.7 Behörden	7.7	9.0	9.4	0.4	9.4	9.5	9.6

Behörden

JSD-9.7

Da es sich beim Politikplan um das Instrument des Regierungsrates handelt, weist dieses Ressourcenfeld 9.7 keine Tätigkeiten der darin erfassten Behörden Grosser Rat mit Parlamentsdienst, Finanzkontrolle, Datenschutzbeauftragter und Ombudsstelle aus.

2.3.9 Gerichte

Rechtsprechung in allen vom Gesetzgeber den kantonalen Gerichten übertragenen Bereichen; Abwicklung von Erbschaften, Betreibungen und Konkursen gemäss gesetzlichem Auftrag.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Vollzeitstellen (Plafonds)	Anz	228.7	228.7	235.4	250.4	250.4	250.4
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	224.0					

Kommentar

- 1 Ab 2011 erhöht sich der Plafond bei den Gerichten um 15.7 Stellen aufgrund der Umsetzung der eidgenössischen Prozessordnungen. An das Justiz- und Sicherheitsdepartement wurden infolge der Neuorganisation des Strafvollzuges 9.5 Stellen für die Abteilung Rechnungswesen und Inkasso transferiert. Das Sozialversicherungsgericht hat eine Plafonderhöhung um 0.5 Stellen aufgrund des personellen Engpasses in der Kanzlei erhalten.

Finanzen Gerichte

in Mio. Franken	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Aufwand	54.2	56.5	56.3	-0.2	56.4	57.0	57.8
Ertrag	-31.5	-34.4	-28.8	5.6	-28.8	-29.2	-29.6
Ordentlicher Nettoaufwand	22.7	22.0	27.5	5.5	27.5	27.9	28.3
davon Aufgabenfelder, zugehörige Schwerpunkte und Massnahmen:							
8.1 Rechtssprechung (Gerichte)	22.7	22.0	27.5	5.5	27.5	27.9	28.3

Rechtssprechung (Gerichte)

8.1

Rechtsprechung in allen vom Gesetzgeber den kantonalen Gerichten übertragenen Bereichen; Abwicklung von Erbschaften, Betreibungen und Konkursen gemäss gesetzlichem Auftrag.

Politische Ziele

- Rechtssicherheit und Rechtsfrieden sind durch die Anwendung und Fortbildung des Rechts im Zuständigkeitsbereich gewahrt; (Streit-)Entscheidungen werden innert angemessener Frist gefällt.

Ausblick

- Die Gerichte haben im 2011 die Justizreform umzusetzen. Die schweizerischen Prozessordnungen im Zivil- und Strafrecht müssen übernommen und die Verfahren an diese angepasst werden. Die bisher schlanke Struktur der Justiz in Basel muss sich in bestimmten Bereichen deutlich erweitern, um den Anforderungen genügen zu können.

Rechtssprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)

8.2

Rechtsprechung in allen vom Gesetzgeber den Rekurskommissionen von Bau- und Verkehrsdepartement (Baurekurskommission), Gesundheitsdepartement (Psychiatrierekurskommission) und Finanzdepartement (Steuerrekurskommission) übertragenen Bereichen.

Politische Ziele

- Rechtssicherheit und Rechtsfrieden sind durch Anwenden des Rechts im Zuständigkeitsbereich gewahrt. Entscheide werden innert angemessener Frist gefällt.

2.4 Planungsanzüge

Bericht zu den Planungsanzügen Oswald Inglin betreffend „Peripherie Gundeldingen“ und Sibylle Benz Hübner betreffend „Stadtentwicklung Basel-Süd“ (06.5330 & 08.5170)

Wortlaut der Planungsanzüge

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 27. Juni 2007 den nachstehenden Planungsantrag Oswald Inglin betreffend Peripherie Gundeldingen dem Regierungsrat zur Stellungnahme überwiesen:

„Im Dezember 2005 hat Roland Vögtli einen Planungsantrag betreffend „Planung in den Quartieren“ für den Politikplan 2006-2009 eingereicht, in dem er die Regierung ersuchte, die Bauplanung rund um das Gundeli ähnlich schwer gewichtet in den Politikplan aufzunehmen, wie dies bereits mit „Basel-Nord“ geschehen ist.

Der Planungsantrag wurde damals nicht überwiesen.

Zwischenzeitlich haben sich die Bauvorhaben und die angedachten Projekte im Umfeld des Gundeldingerquartiers so stark verdichtet, dass es sich nunmehr aufdrängt, gleich dem Schwerpunkt 4.1. „Basel-Nord“ auch die „Peripherie Gundeldingen“ im Politikplan 2007-2010 aufzunehmen.

Die Begründung ist identisch mit der Begründung des Antrages für einen Masterplan in derselben Sache, den der Schreibende mit 49 Mitunterzeichneten im Herbst dieses Jahres eingereicht hat und der in der Grossratssitzung vom November 2006 der Regierung überwiesen werden soll (Antrag 06.5266.01).

Zitat: „CentralPark, SüdPark, Versetzung Meret Oppenheim-Strasse, Bahnhof-Süd, Markthalle, Dreispitz-Areal: Rund um das Gundeldinger-Quartier wird geplant und zum Teil schon gebaut, ohne dass die verschiedenen Projekte von einer übergeordneten Stelle in einen städtebaulichen Zusammenhang gestellt zu sein scheinen. Im schlimmsten Fall bleibt das Gundeldinger-Quartier aussen vor, zwar eingebettet von mehr oder weniger geglückt realisierten Bauvorhaben, aber möglicherweise ohne Bezug oder Zugang zu ihnen, allenfalls als Zubringer- oder Abflussgebiet für den dadurch neu entstehenden Verkehr. Das Quartier erhält zwar durch die Verwirklichung des Boulevard Güterstrasse eine Aufwertung, aber die Zukunft des Gundeli wird in den nächsten 10 bis 15 Jahren auch an dessen Peripherie entschieden. Das Quartier und dessen unmittelbares Umfeld wird somit mittelfristig zu der städtebaulichen Herausforderung für unsere Stadt.“

In diesem Sinne beantrage ich, dass die „Peripherie Gundeldingen“ als Stadtentwicklungsschwerpunkt gleich- oder ähnlichgewichtig wie „Basel-Nord“ in den Politikplan 2007-2010 aufgenommen wird.

Oswald Inglin“

Zudem hat der Grosse Rat an seiner Sitzung vom 25. Juni 2008 den nachstehenden Planungsantrag Sibylle Benz Hübner betreffend „Stadtentwicklung Basel-Süd“ dem Regierungsrat überwiesen:

„Im Politikplan soll unter den Schwerpunkten (4.) im Punkt 4.1 neben der Stadtentwicklung Basel-Nord auch diejenige von Basel-Süd aufgenommen werden. Dabei geht es insbesondere darum, im Rahmen der Revision des kantonalen Richtplans die Vorgaben des Quartierrichtplans von 1986 endlich adäquat zu berücksichtigen.

Das Gundeldingerquartier wartet nunmehr seit Jahrzehnten auf eine Gesamtplanung und deren Umsetzung. Dem mit rund 20'000 Bewohnerinnen und Bewohnern bevölkerungsreichsten Stadtquartier ist es nicht länger zuzumuten, planungsmässig weiterhin „auf die lange Bank geschoben“ zu werden.

Unter den Zielen sind nach Auffassung der Antragstellerinnen und Antragsteller vornehmlich aufzuführen:

- Entlastung der Längsachsen Gundeldinger-, Dornacher-, Güterstrasse
- Dreispitz: Gesamtplanung im Zusammenhang mit der Entwicklung des Gundeldingerquartiers

- Verbesserung der Anbindung des Quartiers und insbesondere des Areals Dreispitz an den öffentlichen Verkehr
- Verbesserung der Grün- und Freiflächensituation.

Um diesen Zielen Nachachtung zu verschaffen, beauftragen die Anzugstellerinnen und Anzugsteller den Regierungsrat, den Schwerpunkt Basel-Süd in den Politikplan aufzunehmen.

Sibylle Benz Hübner, Ernst Jost, Jörg Vitelli, Christian Egeler, Stephan Maurer, Patrick Hafner, Christine Heuss, Oswald Inglin, Mustafa Atici, Jan Goepfert, Heiner Vischer, Michael Wüthrich, Urs Müller-Walz“

Stellungnahme des Regierungsrats

In den Planungsanträgen Oswald Inglin betreffend „Peripherie Gundeldingen“ und Sibylle Benz Hübner betreffend „Stadtentwicklung Basel-Süd“ geht es schwergewichtig darum, die laufenden und geplanten Projekte und Entwicklungen im Quartier Gundeldingen aufeinander abzustimmen, um einen Mehrwert für das Quartier und seine Bewohnerinnen und Bewohner zu erreichen bzw. sicherzustellen und die Lebensqualität zu steigern. Dies soll erreicht werden, indem der Regierungsrat den Schwerpunkt Basel-Süd in den Politikplan bzw. neu in den Legislaturplan aufnimmt – also ein analoges Verfahren wie für den Schwerpunkt Stadtentwicklung Basel Nord 2006 bis 2010 wählt.

Der Regierungsrat hat zu beiden Planungsanträgen bereits berichtet (Schreiben 06.5330.03 und 08.5170.02 des Regierungsrats von 2009 bzw. 2008). In beiden Berichten wurde beantragt, die Planungsanträge stehen zu lassen. Begründet wurde dies damit, dass im Rahmen der Verwaltungsreform 2009 die Abteilung Kantons- und Stadtentwicklung, welche den Schwerpunkt Stadtentwicklung Basel Nord federführend betreut, neu aufgebaut und eine neue Ausrichtung der Arbeit mit gesamtstädtischem Ansatz erst nach Ablauf des Schwerpunkts Basel Nord Ende 2010 möglich sein werde.

Die Planung und die Koordinierung von Bauvorhaben unter Abwägung der verschiedenen Interessen auch im Gundeldingen sind wesentliche Bestandteile des Grundauftrags des Bau- und Verkehrsdepartements. In diesem Zusammenhang macht der revidierte Richtplan Basel-Stadt auch grundlegende Aussagen zur Entwicklung dieses Perimeters (Verkehrsentlastung/-beruhigung Gundeldingen [Dornacherstrasse und Gundeldingerstrasse], Gundeldingen als Vorzugsgebiet der Entdichtung [Aufwertung von Innenhöfen und bestehenden Platzanlagen, bessere Anbindung an das Naherholungsgebiet Bruderholz]).

In dem durch Vertreter des Quartiers erarbeiteten Gundeldinger Manifest werden zudem die Bereiche Dreispitz, Bahnhof SBB und ein Verkehrskonzept Gundeli als Schwerpunkte einer gewünschten Quartierplanung aufgeführt. Mit dem Gundeldinger Manifest wird in gewisser Weise der Versuch unternommen, den Quartierrichtplan Gundeldingen von 1986 zu aktualisieren und zu erweitern.

Das Bau- und Verkehrsdepartement hat vor Erscheinen des Manifests bereits begonnen, eine Bilanz des Quartierrichtplans zu erarbeiten, und im Sommer 2010 in eine verwaltungsinterne Vernehmlassung gegeben. Im Herbst 2010 wird die Bilanz fertig vorliegen. Bis Mitte Dezember 2010 soll zudem zum Anzug Oswald Inglin und Konsorten für einen Masterplan für die Peripherie Gundeldingen berichtet werden. Das Bau- und Verkehrsdepartement sieht vor, die Ergebnisse der Bilanz des Quartierrichtplans mit dem anstehenden Entscheid des Regierungsrates zum Vorhaben A2/Abschnitt 7, das grosse räumliche Auswirkungen auf das Quartier haben wird, zu verknüpfen. Dabei werden die unter anderem im Gundeldinger Manifest vorgeschlagenen Entwicklungsabsichten, soweit diese auch für den Regierungsrat vertretbar sind, miteinbezogen.

Vor diesem Hintergrund ist es heute noch zu früh, eine konkrete Verankerung der Anliegen der Anzugsteller in der mittelfristigen Planung des Regierungsrats vorzunehmen.

Antrag Wir beantragen, den Planungsantrag Oswald Inglin betreffend „Peripherie Gundeldingen“ und den Planungsantrag Sibylle Benz Hübner „Stadtentwicklung Basel-Süd“ stehen zu lassen und nach dem Entscheid des Regierungsrates bzgl. A2/Abschnitt 7 fristgerecht zu beantworten.

Planungsantrag Dominique König (06.5171)**Wortlaut des Planungsantrags**

„Die Politischen Ziele im Politikbereich Kap. 4.7. „Stadt und Verkehr“ sind wie folgt zu ergänzen:
„In diesem Zusammenhang verfolgt der Regierungsrat die folgenden ZieleDie Umweltlasten des Verkehrs wie Luftverschmutzung oder Lärm und Energieverbrauch werden gesamthaft minimiert. Im Besonderen soll die Lärmsanierung des nationalen und internationalen Verkehrskorridors mit der Überdeckung oder Einhausung des Autobahn- und Eisenbahntrasses zwischen Gellertdreieck und Badischem Bahnhof aktiv vorangetrieben werden.“

Begründung:

Die Lärmbelästigung entlang des Autobahn- und Eisenbahnkorridors Osttangente ist seit Jahren ein grosses Problem für die Wohnquartiere und ihre Bevölkerung. Auf der Hauptverkehrsachse Nord-Süd nimmt der Auto- und Bahnverkehr stetig zu. Im Jahre 1975 verkehrten auf der Osttangente täglich 30'000 Motorfahrzeuge, heute 30 Jahre später sind es über 100'000. Markante Lärmzunahmen sind durch den nächtlichen Ferienverkehr, die 40-Tönnner und dem Ausbau der Bahnlinie als Huckepack-Korridor zu verzeichnen. Dieser Autobahnabschnitt gehört zu den am meisten befahrenen Strassen in der Schweiz. Ein Neubauprojekt der 2. Eisenbahnbrücke über den Rhein wird vorangetrieben und im Bereich Gellertdreieck soll die Autobahn auf weitere Spuren ausgebaut werden. Einige Lärmschutzmassnahmen wurden in den Quartieren realisiert. Doch können diese Vorkehrungen langfristig nicht genügen. Um den Wohnquartieren entlang des Verkehrskorridors eine wohnliche Zukunft zu ermöglichen, braucht es weitergehende Lärmschutzmassnahmen. Eine Einhausung oder Überdeckung auf der Strecke Bad. Bahnhof bis Gellertdreieck muss vorangetrieben und umgesetzt werden. Ohne aktive Massnahmen wird sich die Wohnqualität weiter verschlechtern, was über kurz oder lang eine Verslumung zur Folge haben wird. Dies steht im krassen Widerspruch zu den Bestrebungen der Regierung, aktive Wohnumfeldaufwertung zu betreiben. Neben der Finanzierung durch den Kanton können für Lärmschutzmassnahmen entlang den Bundesstrassen auch Bundesgelder eingefordert werden. Der Regierungsrat soll sich aktiv für die Mitfinanzierung beim Bund einsetzen und dem Grossen Rat eine Projektvorlage vorlegen.

Dominique König-Lüdin“

Stellungnahme des Regierungsrats

Die Lärmbelästigung entlang des Autobahn und Eisenbahnkorridors Osttangente ist seit Jahren ein grosses Problem für die angrenzenden Wohnquartiere und ihre Bevölkerung. Auf der Hauptverkehrsachse Nord Süd nimmt der Auto- und Bahnverkehr stetig zu. Heute verkehren auf der Osttangente täglich rund 100'000 Motorfahrzeuge. Damit ist dieser Abschnitt heute der meist befahrene Autobahnteil in der Schweiz. Mit den absehbaren zukünftigen Entwicklungen bezüglich Verkehrsaufkommen und Angebot ist eine weitere Verschärfung der Lage voraussehbar.

Markante Lärmzunahmen sind als Folge der allgemeinen Zunahme des motorisierten Verkehrs, des nächtlichen Ferienverkehrs und der 40-Tonnen-Lastwagen zu verzeichnen. Einige Lärmschutzmassnahmen wurden in den Quartieren bereits realisiert. Doch genügen diese Vorkehrungen nicht, der Alarmwert wird an der Osttangente sogar vereinzelt überschritten. Um den Wohnquartieren entlang des Verkehrskorridors eine wohnliche Zukunft zu ermöglichen, braucht es weitergehende Lärmschutzmassnahmen.

Der Bund ist heute verpflichtet, an der bestehenden Osttangente die gesetzlich vorgeschriebene Lärmsanierung vorzunehmen: Die Nationalstrassen müssen bis 2015 lärmsaniert sein. Der Regierungsrat wird deshalb diesen Lärmschutz für mehr Wohnqualität beim Bund einfordern und sich für eine stadtverträgliche Osttangente einsetzen.

Im Zeithorizont von zehn Jahren und mehr muss die bestehende Osttangente umfassend saniert werden. Für den gleichen Zeithorizont plant der Bund einen Kapazitätsausbau der Osttangente. Aus Bundessicht zeigen Verkehrsuntersuchungen, dass im Prognosezustand 2020 die Verkehrsmenge

auf weiten Strecken über der Kapazitätsgrenze liegen wird. Dies würde zu einer weiteren Zunahme der Lärmbelastung und der Stausituationen führen.

Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass die heutige Streckenführung der Osttangente in keiner Weise befriedigt. Würde die Osttangente heute neu geplant und durch gute Wohnquartiere gelegt werden, so würde man die Streckenführung sicherlich unterirdisch vorsehen. Im Rahmen der geplanten umfassenden Sanierungsarbeiten der Osttangente bietet sich hier für den Kanton die Chance, eine Bausünde aus den 1960er-Jahren zu korrigieren und eine unterirdische Streckenführung zu erreichen. Der Regierungsrat wird deshalb unabhängig von allfälligen Spurerweiterungen mit Nachdruck darauf hinwirken, dass der Bund die Osttangente streckenweise neu baut und möglichst vollständig unterirdisch verlegt.

Die Anliegen der Antragsstellerin sind in den formulierten Zielsetzungen und Massnahmen des Legislaturplans in übergeordneter Form berücksichtigt. Unter dem Schwerpunkt „Urbane Standortqualität“ wird eine Massnahme zum Lärmschutz geführt. Danach sollen verkehrslenkende Massnahmen und Schallschutzfenster für Ruhe vor Strassenlärm sorgen. Als weitere Massnahme wird dort festgehalten, dass der motorisierte Individualverkehr auf den Hauptachsen kanalisiert werden soll. Durch verkehrslenkende und verkehrsberuhigende Projekte sollen die Wohngebiete von quartierfremden Verkehr entlastet werden.

Mit dem Umweltschutzgesetz (USG) und der Lärmschutz-Verordnung (LSV) wird die Bevölkerung konkret vor übermässigem Lärm geschützt.

Die gesetzlichen Grundlagen für einen Lärmschutz der Osttangente sind gegeben. Bis ins Jahr 2015 ist der Bund verpflichtet, an der Osttangente die gesetzlich vorgeschriebene Lärmsanierung vorzunehmen. Der Regierungsrat wird sich deshalb mit allen Mitteln dafür einsetzen, dass der Bund seiner Sanierungspflicht so rasch als möglich nachkommt.

Längerfristig – im Rahmen des Sanierungs- resp. Ausbauprojekts „Strukturverbesserung Osttangente“ – wird der Regierungsrat alles daran setzen, dass man die Osttangente streckenweise neu baut und möglichst unterirdisch legt. Aus Sicht des Regierungsrates ist es Aufgabe des Kantons, den Bund dazu zu bewegen, das Projekt so zu realisieren, dass es bewilligungsfähig und stadtverträglich ist. Der Regierungsrat wird sich aktiv dafür einsetzen.

Infolge der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) hat beim Projekt Strukturverbesserung Osttangente (STOT) das Bundesamt für Strassen (ASTRA) die Federführung bei der Planung übernommen. Mit den heute bestehenden gesetzlichen Vorgaben hat der Kanton die Instrumente, mit denen er sich unter den gesetzten Rahmenbedingungen beim Bund für einen Lärmschutz bei der Osttangente einsetzen kann. Wir beantragen daher, den Planungsauftrag durch folgende Beschlussfassung (Entwurf) als erledigt abzuschreiben:

Antrag Dem Grossen Rat wird aus diesen Gründen beantragt, den Planungsantrag Dominique König-Lüdin als erledigt abzuschreiben.

Planungsantrag Tanja Soland betreffend Einrichtungen für jugendliche Beschuldigte und Straffällige (06.5327)

Wortlaut des Planungsantrags

„Die Politischen Ziele im Politikplan Kapitel 5, Seite 64, Strafverfolgung und –vollzug (JD 3.3), sind wie folgt zu ergänzen: „Jugendliche Beschuldigte und Straffällige sind von Erwachsenen getrennt untergebracht und werden ihrem Alter entsprechend behandelt. Jugendliche Straftäterinnen und Straftäter verbüssen ihre Freiheitsstrafen in einer für sie geeigneten Einrichtung.“

Begründung:

Im neuen Jugendstrafgesetz vom 20. Juni 2003 können Jugendliche neu bis zu vier Jahre mit Freiheitsentzug bestraft werden und die Untersuchungshaft kann für 10 bis 18jährige angeordnet werden. Der Freiheitsentzug ist in einer Einrichtung für Jugendliche zu vollziehen, in der jeder Jugendliche entsprechend seiner Persönlichkeit erzieherisch betreut und insbesondere auf die soziale

Eingliederung nach der Entlassung vorbereitet wird. Die Einrichtung muss geeignet sein, die Persönlichkeitsentwicklung des Jugendlichen zu fördern. Ist ein Schulbesuch, eine Lehre oder eine Erwerbstätigkeit ausserhalb der Einrichtung nicht möglich, so ist dem Jugendlichen in der Einrichtung selbst der Beginn, die Fortsetzung und der Abschluss einer Ausbildung oder eine Erwerbstätigkeit zu ermöglichen.

Solche Einrichtungen gibt es in der Schweiz bisher noch nicht. Und es ist in Anbetracht der Inkraftsetzung des Jugendstrafgesetzes auf den 1.1.2007 unabdingbar, dass die Regierung des Kantons Basel-Stadt sich dies im Politikplan zum Ziel setzt. Die Kantone haben zwar bis zehn Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes Zeit, die notwendigen Einrichtungen zu errichten. Trotzdem scheint es angesichts der bedeutsamen Forderung angebracht, dass die Planung vorangetrieben wird. Auch wenn die Realisierung hauptsächlich auf der Ebene der Strafvollzugskonkordate abgewickelt wird, ist es für die Regierung nötig, die entsprechenden Ziele im Politikplan auszuführen.

Ausserdem stellt die Forderung nach einer getrennten Unterbringung von jugendlichen Beschuldigten und Straffälligen von Erwachsenen eine völkerrechtliche Verpflichtung dar, bei welcher die Schweiz leider Vorbehalte anbringen musste. Dies ermöglicht es jetzt der Regierung, mit gutem Beispiel voranzugehen und trotz den angebrachten Vorbehalten, die völkerrechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen.

Tanja Soland“

Stellungnahme des Regierungsrates

Der Bundesgesetzgeber hat den Kantonen den Auftrag erteilt, bis spätestens 2017 die erforderlichen Vollzugsplätze für Freiheitsstrafen Jugendlicher gemäss Art. 25 Abs. 2 des Jugendstrafgesetzes zu schaffen. Der Regierungsrat ist bestrebt, diesen Auftrag im Verbund des Strafvollzugskonkordats der Nordwest- und Innerschweiz umzusetzen. Mit der neuen Konkordatsvereinbarung vom 5. Mai 2006 wurden die Voraussetzungen geschaffen, um auch im Bereich des Vollzugs von Sanktionen gegenüber Jugendlichen tätig zu werden. Bereits am 22. April 2005 hatte die Konkordatskonferenz das Präsidium beauftragt, Abklärungen im Hinblick auf die Erstellung eines Jugendgefängnisses zu machen. Seit Oktober 2005 hat sich eine Arbeitsgruppe intensiv mit der Problematik befasst. Dabei ist das Projekt „JuNi“ entstanden, welches vorsieht, auf dem Areal des heutigen Massnahmenvollzugszentrums für junge Erwachsene Arxhof in Niederdorf eine Vollzugseinrichtung mit 18 Plätzen für Jugendliche zu schaffen. Dieses Projekt hat die Konkordatskonferenz seither immer wieder beschäftigt. Bislang konnte jedoch keine Einigung mit dem Kanton Basel-Landschaft über eine für alle Seiten tragbare Finanzierung gefunden werden. Die Konkordatskantone sind sich bewusst, dass nach einer Zeit langer Diskussionen in Bälde eine Einigung über den einzuschlagenden Weg erzielt werden muss. Vor dem Entscheid werden das Finanzierungsmodell der Vollzugsplätze wie auch mögliche Alternativstandorte zum Arxhof nochmals eingehend geprüft.

Antrag In Anbetracht des weiterhin ausstehenden Entscheides über den Standort des Vollzugszentrums für Freiheitsstrafen Jugendlicher beantragt der Regierungsrat, den Planungsantrag Tanja Soland betreffend Einrichtungen für jugendliche Beschuldigte und Straffällige bis zum Erscheinen des Budgetberichts 2012 stehen zu lassen.

Planungsantrag „Sicherheit und Lebensqualität im öffentlichen Raum“ der Geschäftsprüfungskommission (08.5277)

Wortlaut des Planungsantrags

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 10. Dezember 2008 den nachstehenden Planungsantrag der Geschäftsprüfungskommission (GPK) dem Regierungsrat zur Stellungnahme überwiesen:

„Der Regierungsrat wird ersucht, den Politikplan mit einem neuen Schwerpunkt „Sicherheit und Lebensqualität im öffentlichen Raum“ zu ergänzen.“

Begründung:

Wie der Bevölkerungsbefragung 2007 zu entnehmen ist, haben die Themen Sicherheit und Sauberkeit einen hohen Stellenwert für die Einwohnerinnen und Einwohner unseres Kantons. An erster Stelle im Sorgenbarometer der Befragten steht die Kriminalität (19,7%), gefolgt vom Bereich Sauberkeit und Vandalismus (14%). Nach Meinung der Befragten hat sich die Situation in den letzten zwei Jahren verschlechtert. Zur Bewältigung der geschilderten Probleme im öffentlichen Raum werden von einer zunehmenden Zahl von Befragten mehr staatliche Leistungen verlangt.

Im Zusammenhang mit der Prüfung des Jahresberichts 2007 stellte die GPK fest, dass das Thema „Probleme im öffentlichen Raum“ zwar in einzelnen Departementen und Projekten angegangen wird, dass aber ein umfassendes Konzept fehlt. Das Aktionspaket „Oberes Kleinbasel“ bei dem BD, JD und SiD zusammengearbeitet haben, um die Nutzungskonflikte zwischen Anwohnerschaft und Nutzerschaft des öffentlichen Raums zu entschärfen, zielt jedoch in die richtige Richtung. Nach Meinung der GPK könnte das Aktionspaket als Grundlage für ein gesamtstädtisches Projekt dienen.

Die Bevölkerungsbefragung stellt – gemäss Regierungsrat – ein wichtiges und effektives Instrument zur Beurteilung staatlichen Handelns dar. Die Schlussfolgerungen sollten Eingang in den Politikplan finden. In diesem Sinne möchte die GPK anregen, einen neuen Schwerpunkt „Sicherheit und Lebensqualität im öffentlichen Raum“ in den Politikplan aufzunehmen. Wichtig scheint der GPK, dass die bestehenden Probleme mit einer Gesamtsicht angegangen werden. Alle mit dem Thema befassten Institutionen sollten dabei eingebunden werden. Im Schwerpunkt 4.10. „Prävention Jugendkriminalität“ wird das Thema nach Einschätzung der GPK zu wenig umfassend angegangen.

Für die Geschäftsprüfungskommission: Jan Goepfert“

Stellungnahme des Regierungsrats

In ihrem Planungsantrag ersucht die GPK den Regierungsrat, den damaligen Politikplan um einen neuen Schwerpunkt „Sicherheit und Lebensqualität im öffentlichen Raum“ zu ergänzen. Sie regt an, Probleme im öffentlichen Raum künftig verstärkt interdepartemental anzugehen. Zwar gebe es dazu bereits Ansätze – etwa im Aktionspaket „Unteres Kleinbasel“ –, doch fehle ein umfassendes Konzept. Der Grosse Rat überwies den Planungsantrag an seiner Sitzung vom 10. Dezember 2008 dem Regierungsrat zur Stellungnahme.

In dieser Stellungnahme schrieb der Regierungsrat, dass er die Ansicht der GPK teile. Er zeigte sich bereit, das Anliegen des Planungsantrages der GPK unverbindlich zu prüfen. Zudem verwies er auf die interdepartementale Planungskonferenz (später: Legislaturplankonferenz), die zu jenem Zeitpunkt am Entwurf für das neue mittel- und langfristige strategische Planungsinstrument des Kantons Basel-Stadt arbeitete: den Legislaturplan 2009 bis 2013, der inzwischen den Politikplan ersetzt hat.

Im Legislaturplan 2009 - 2013 hat der Regierungsrat einen Schwerpunkt „Lebensqualität und Sicherheit“ (S. 26 f.) aufgenommen. In diesem ist sowohl die Zielebene ("Menschen mit unterschiedlichen Lebensentwürfen fühlen sich im Kanton Basel-Stadt sicher und leben friedlich zusammen.") als auch die Massnahmenebene (z.B. direkt: „Bekämpfung der Jugendkriminalität“; indirekt: „Ambulante Hilfen für Familien in Krisensituationen“) direkt auf die inhaltlichen Anliegen des Planungsantrages ausgerichtet. Im Weiteren sieht der Legislaturplan im Rahmen einer Massnahme des Schwerpunkts „Urbane Standortqualität“ vor, dass ein „umfassendes regierungsrätliches Konzept zur Steigerung der Lebensqualität und Sicherheit im öffentlichen Raum entwickelt und umgesetzt“ werde. Mit der Erarbeitung des Konzepts hat der Regierungsrat bewusst die Legislaturplankonferenz, in der alle Departemente vertreten sind, beauftragt, da auf diese Weise die gewünschte Breite und Einbindung von allen mit diesem Thema befassten Institutionen gewährleistet ist. Damit wird das Anliegen der GPK sowohl mit der gewünschten Gesamtsicht als auch im organisatorisch fachübergreifenden Sinne umgesetzt.

Mit dieser Form der Einflechtung der Anliegen des Planungsantrages in die Planung des Regierungsrats wird der Vielfalt und Breite des Themas Rechnung getragen. Der Regierungsrat konnte damit

das Anliegen der GPK – wie in seiner Stellungnahme vom 26. Mai 2010 angekündigt – inhaltlich im Legislaturplan umsetzen.

Antrag Aufgrund dieses Berichtes beantragen wir, dass der Planungsantrag „Sicherheit und Lebensqualität im öffentlichen Raum“ der Geschäftsprüfungskommission abgeschrieben wird.

Planungsantrag Sibel Arslan und Konsorten betreffend „Probelokale für regionale Populärmusikgruppen“ (06.5309)

Wortlaut des Planungsantrages

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 28. Juni 2007 den nachstehenden Planungsantrag dem Regierungsrat zum weiteren Bericht überwiesen:

„Seit über zehn Jahren wird immer wieder auf den Mangel an Probemöglichkeiten für Formationen aus dem weiten Bereich der Sparte Populärmusik aufmerksam gemacht. Eine Studie im Auftrag des Ressorts Kultur kam 2004 zum Schluss, dass mindestens zehn neue Probelokale mit Anbindung an einen funktionierenden Konzertbetrieb dringend notwendig sind.

In der Zwischenzeit erhielten Nutzer der etablierten Kultur verschiedenste Angebote, an welchem sich der Kanton mit Investitions- und Betriebsbeiträgen engagierte. Als Beispiel sind erwähnt: Beyelermuseum, Kunstmuseum, Schauspielhaus etc.

Vorschläge für Proberäume im Bereich Populärmusik wurden lange Zeit nicht Ernst genommen. So wurden Vorschläge an der Westquastrasse oder die Umwandlung des ausgemusterten Schiff Stadt Basel der Basler Personenschiffahrt in ein Probe- und Musikzentrum einzurichten von der Regierung nicht aufgenommen. Der Versuch nach über 10 Jahren im Sommercasino Proberäume zu schaffen scheiterte kläglich. Auch die aktuelle Diskussion rund um die Kulturangebote in der Kaserne machen auf die Probleme aufmerksam. Wie der Antwort auf die Interpellation Francisca Schiess zu entnehmen ist, steht die Regierung heute hinter dem Anliegen. Zitat: „sieht der Regierungsrat sowohl die Notwendigkeit wie auch den Sinn in der Schaffung solcher Proberäume und stellt sich deshalb hinter dieses Anliegen.“

Zwar werden im Politikplan 2007-2010 folgende Ziele in der Sparte Musik definiert: „Basel ist ein Musikzentrum von grosser Ausstrahlung.“ Jedoch fehlen im Kapitel „Kulturförderung und -pflege“ (ED/2.4, S. 58) konkrete Vorhaben im Bereich der Populärmusik. Im nächstfolgenden Politikplan sind deshalb im entsprechenden Kapitel folgende Ergänzungen anzubringen:

Bereitstellung eines Zentrums mit mindestens zehn Proberäumen für regionale Populärmusikgruppen, zu realisieren bis 2008.

1 Kapitel 2.1 „Basel 2020 und der Prozess der Umsetzung“, Kulturstadt Basel (Seite 14)

Sibel Arslan, Heidi Mück, Tanja Soland, Jan Goepfert, Daniel Stolz, Talha Ugur Camlibel, Lukas Engelberger, Rolf Häring, Eveline Rommerskirchen, Sebastian Frehner, Jürg Stöcklin, Emmanuel Ullmann, Christine Keller, Urs Müller-Walz, Tino Krattiger, Anita Lachenmeier-Thüring, Roland Vögtli, Annemarie Pfister, Stephan Maurer, Mustafa Atici“

Stellungnahme des Regierungsrates

Zum vorliegenden Planungsantrag wurde dem Grossen Rat durch den Regierungsrat erstmals mit Schreiben 06.5309.02 auf der Grundlage des Berichts des damals für die Kultur zuständigen Erziehungsdepartements an den Regierungsrat berichtet. Mit Beschluss vom 28. Juni 2007 hat dann der Grosse Rat den Antrag zur weiteren Bearbeitung an den Regierungsrat überwiesen.

Im erwähnten Schreiben an den Grossen Rat wird, nach der grundsätzlichen Anerkennung des Desiderats der Antragstellerin, einerseits die Ergänzung des Politikplans 2008 bis 2011 formuliert: „.... Für die Populärmusik werden in Zusammenarbeit mit dem Rockförderverein RFV bis Ende 2008 mindestens zehn Proberäume für regionale Bands realisiert“ (Projekte und Vorhaben). Andererseits wird

die intensive, aber schwierige und bis anhin leider nicht sehr erfolgreiche Suche nach Proberäumen auf Kantonsgebiet beschrieben. Nach der massiven Ablehnung des Projekts Proberäume unter dem Vorplatz des Sommercasinos im Jahr 2006 fokussierte sich die Suche mit einem vom Regierungsrat im April 2007 bewilligten Projektierungskredit von 50'000 Franken auf weitere Machbarkeitsstudien und Standortevaluationen. Zunächst auf ein „Raum-in-RaumKonzept für Proberäume in mobilen Containern in der E-Halle auf dem NT-Areal.

Nach ersten Abklärungen bezüglich des Projektes in der E-Halle auf dem NT-Areal zeigten sich einerseits technische Schwierigkeiten, andererseits war die Unsicherheit bezüglich einer temporären Nutzung und der fraglichen Weiterverwendung der Container an anderen Orten doch eher problematisch. Fast als kleines Wunder wirkte dann das plötzliche Auftauchen der Option Proberäume im nicht mehr verwendeten Unterwerk Volta der Industriellen Werke Basel am Voltaplatz. Ein in jeder Hinsicht ideales Gebäude, in welchem sich mit vertretbarem Aufwand ca. zwölf Proberäume hätten realisieren lassen. Nachdem die Vorbereitungs- und Planungsarbeiten bereits weit fortgeschritten waren, traten unverhofft gravierende Probleme auf: Die nahe dem Gebäude vorbeiführenden Tram-Oberleitungen führten bei bestimmten häufig verwendeten Gitarren zu elektromagnetisch generierten störenden Brummlauten. Umfangreiche technische Abklärungen, bis hin zu einer totalen Abschirmung der Räume mittels speziell legierten Metallplatten, brachten keine praktikablen Lösungen. Die mittlerweile geschaffene und sehr aktive Baukommission Proberäume, bestehend aus Vertretern des Erziehungsdepartements, später des Präsidialdepartements, des Baudepartements, später des Bau- und Verkehrsdepartements, des Finanzdepartements, Immobilien Basel-Stadt und des RFV, sowie Architektur- und Tontechnik-Sachverständigen, beschloss schweren Herzens, das Projekt UW Volta aufzugeben. Die doch relativ hohen Investitionen wären angesichts einer stark eingeschränkten Nutzbarkeit nicht gerechtfertigt gewesen.

In der Folge prüfte die Baukommission zusammen mit dem RFV weitere Optionen. Dabei ging es primär darum, einerseits eine längerfristige, definitive Perspektive zu finden, andererseits möglichst bald zumindest akzeptable Zwischenlösungen realisieren zu können. Als viel versprechende und realistischste dauerhafte Lösung zeigt sich derzeit die Option, im Rahmen des Neubaus Kuppel ein zusätzliches Untergeschoss mit zehn bis zwölf Proberäumen zu bauen. Für dieses Projekt ist der RFV und die Baukommission in engem Kontakt mit der Eigentümer- und Bauherrschaft der Kuppel. Eine ermutigende Machbarkeitsstudie des Architekturbüros, welches auch den Architekturwettbewerb Neue Kuppel gewonnen hat, liegt vor. Für den Neubau der Kuppel braucht es nun die anstehende Zonenänderung Nachtigallenwäldeli.

Aus heutiger Sicht könnten bei positivem Verlauf der nächsten politischen Schritte die Proberäume unter der neuen Kuppel Ende 2011 oder Anfang 2012 realisiert werden. Der Regierungsrat ist sich bewusst, dass diese Suche nach geeigneten Standorten und Räumlichkeiten für Proberäume für regionale Bands eine Leidensgeschichte von bereits längerer Dauer ist. Verschiedene, teils sehr interessante Optionen scheiterten an externen Faktoren, von befürchteten Ruhestörungen der Nachbarschaft bis zu technischen Problemen. Die sehr konstruktive und gute Zusammenarbeit zwischen dem RFV und verschiedenen Behörden, insbesondere die Baukommission Proberäume, bilden aber optimale Voraussetzungen, bei dieser schwierigen Aufgabe doch noch zu einer Lösung zu kommen. Somit darf davon ausgegangen werden, dass demnächst eine tragfähige definitive Lösung präsentiert werden kann. Die Verzögerung ist zu bedauern, auch wenn sie durch nicht beeinflussbare Faktoren begründet ist. Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang, dass der wichtigste Partner beim Projekt Proberäume, der Rockförderverein Region Basel, mit der Unterstützung und der Arbeit der involvierten staatlichen Dienststellen sehr zufrieden ist.

Die Forderungen des Planungsanzugs wurden zum Teil bereits erfüllt. So war im Politikplan 2008 bis 2011 ein entsprechender Passus unter dem Titel „Projekte und Vorhaben“ aufgenommen worden (siehe oben). Die geforderte Umsetzung des Vorhabens bis 2008 war jedoch nicht möglich. Jedoch ist das Vorhaben mit 1'500'000 Franken im Investitionsprogramm des Kantons Basel-Stadt aufgenommen worden. Zudem ist das Anliegen des Planungsanzugs auch implizit in den Schwerpunkt „Kulturstadt mit Ausstrahlung“ des aktuellen Legislaturplans eingeflossen. Gegenwärtig ist ein Ratsschlag zuhanden des Grossen Rates beim Präsidialdepartements (ff.) und Bau- und Verkehrsdepartement in Arbeit, welcher die Errichtung von Bandproberäumen im Zusammenhang mit dem Projekt

Neubau Kuppel zum Gegenstand hat. Er wird dem Grossen Rat voraussichtlich noch im Herbst 2010 vorgelegt.

Antrag Auf Grund dieses Berichts beantragen wir Ihnen, den Planungsantrag Sibel Arslan und Konsorten betreffend „Probelokale für regionale Populärmusikgruppen“ stehen zu lassen.

3 Das Budget

3.1 Budget im Überblick

3.1.1 Finanzielle Eckwerte

Das regierungsrätliche Budget für den Kanton Basel-Stadt im Jahr 2011 zeigt in der Laufenden Rechnung einen Überschuss von 45.6 Mio. Franken. Dies bedeutet gegenüber dem Budget 2010 eine Verbesserung von 115.2 Mio. Franken. Im vorliegenden Budget 2011 beträgt der Mittelzufluss (Selbstfinanzierung) aus der Laufenden Rechnung 267.7 Mio. Franken. Das Budget des Vorjahres weist eine um 123.4 Mio. Franken tiefere Selbstfinanzierung aus. Der Saldo der Investitionsrechnung liegt mit 317.8 Mio. Franken um 8.2 Mio. unter dem Budget 2010. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 84.2%. Das heisst, dass der Mittelzufluss nicht ausreicht, um die Investitionen vollständig aus eigenen Mitteln zu finanzieren.

Basierend auf dem Konzept der Schuldenbremse zeigt der Finanzierungssaldo exakt die Veränderung der Nettoschulden. Dieser zeigt für das Budget 2011 ein Defizit von 50.1 Mio. Franken und bewirkt eine entsprechende Erhöhung der Nettoschulden. Dass sich die Nettoschuldenquote mit 4.8% trotzdem um 0.1 Promillepunkte gegenüber dem Vorjahresbudget reduziert, ist auf das im Verhältnis stärker anwachsende Bruttoinlandprodukt (BIP CH) zurückzuführen.

Mit der Einführung der Schuldenbremse im 2006 wurde die Schuldenquote (Nettoschulden des Kantons im Verhältnis zum gesamtschweizerischen Bruttoinlandprodukt) als wichtige Kenngrösse zur Beurteilung des Finanzhaushalts eingeführt. Gemäss der gesetzlichen Vorgabe und nach der Anpassung der Maximalgrenze darf die Nettoschuldenquote des Vorjahres maximal 6.5% betragen. Bei einer höheren Schuldenquote darf der Ordentliche Nettoaufwand nur noch maximal mit der Teuerung wachsen. Mit einer Schuldenquote von 4.6% für das Jahr 2009 wird diese Vorgabe eingehalten.

Gesamtstaatliche Kennzahlen im Überblick

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10		Abw. B11/R09	
	2009	2010	2011	abs.	%	abs.	%
Aufwand	4'127.3	4'174.7	4'288.6	113.9	2.7	161.3	3.9
Ertrag	4'353.4	4'105.1	4'334.2	229.2	5.6	-19.2	-0.4
Saldo Laufende Rechnung	226.2	-69.6	45.6	115.2	...	-180.5	...
+ Abschreibung Verwaltungsvermögen	173.2	172.3	179.9	7.6	4.4	6.7	3.8
+/- Veränd. zweckgeb. Eigenkapital	81.3	41.6	42.2	0.6	1.5	-39.1	-48.1
Selbstfinanzierung	480.7	144.3	267.7	123.4	85.6	-213.0	-44.3
Ausgaben	312.7	318.8	312.1	-6.7	-2.1	-0.7	-0.2
Einnahmen	71.0	25.8	29.3	3.5	13.6	-41.7	-58.8
Nettoinvestitionen	241.7	293.0	282.8	-10.2	-3.5	41.1	17.0
Veränderung Dar./Bet. Verw.Verm.	-0.2	33.0	35.0	2.0	6.1	35.2	...
Saldo Investitionsrechnung	241.5	326.0	317.8	-8.2	-2.5	76.3	31.6
Finanzierungssaldo	239.2	-181.8	-50.1	131.7	...	-289.3	...
Selbstfinanzierungsgrad (in %)	199.0	44.3	84.2				
Nettoschulden	2'481.6	2'663.3	2'713.4				
Nettoschuldenquote in ‰ BIP CH	4.6	4.9	4.8				

In Anlehnung an die Schuldenbremse wird die Laufende Rechnung des Kantons vom Regierungsrat seit einigen Jahren über den Ordentlichen Nettoaufwand und den Allgemeinen Nettoertrag gesteuert. Der Ordentliche Nettoaufwand stellt den Saldo zwischen dem departementsspezifischen Aufwand und Ertrag dar und zeigt damit die strukturelle Ausgabenentwicklung des Kantons. Der Allgemeine Nettoertrag beinhaltet die nicht zweckgebundenen Einnahmen (primär Steuerertrag und Anteile an Bundeseinnahmen), den Schuldendienst, den Aufwand und Ertrag aus dem Finanzvermögen und – bezüglich Darlehen, Beteiligungen und Renditeliegenschaften – aus dem Verwaltungsvermögen.

Diese Grösse ist stark von konjunkturellen Einflüssen abhängig. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung dieser Kenngrössen und die Überleitung zum Saldo der Laufenden Rechnung.

Strukturelle Kennzahlen

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10		Abw. B11/R09	
+ Ertrag / - Aufwand	2009	2010	2011	abs.	%	abs.	%
Allgemeiner Nettoertrag	2'579.1	2'394.2	2'568.3	174.1	7.3	-10.8	-0.4
Ordentlicher Nettoaufwand	-2'179.7	-2'291.5	-2'342.8	-51.3	2.2	-163.1	7.5
Abschreibungen	-173.2	-172.3	-179.9	-7.6	4.4	-6.7	3.8
Saldo Laufende Rechnung	226.2	-69.6	45.6	115.2	...	-180.5	...

Der Allgemeine Nettoertrag (ANE) erhöht sich gegenüber dem Vorjahresbudget um 7.3% oder 174.1 Mio. Franken. Diese Steigerung ist hauptsächlich auf die höheren Steuereinnahmen zurückzuführen. Demgegenüber stehen höhere Beitragsleistungen an den Ressourcenausgleich im Rahmen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kanonen (NFA). Der Ordentliche Nettoaufwand (ONA) steigt um 2.2%. Damit hat der Regierungsrat sein sich selbst gesetztes Ziel, den ONA real maximal um 1.5% bzw. inkl. Teuerung von 0.9% maximal um 2.4% wachsen zu lassen, erreicht (siehe dazu auch die Erläuterungen im Kapitel 1.3 Budgetierungsgrundlage).

Die Verbesserung zum Budget 2011 ist das Ergebnis einer Reihe von ungünstigen und günstigen Faktoren, welche im Nachfolgenden kurz dargestellt werden (vgl. auch nachfolgende Tabelle). Die Veränderung des Saldos der Laufenden Rechnung setzt sich zusammen aus der Steigerung beim Ordentlichen Nettoaufwand (ONA; 51.3 Mio. Franken), dem höheren Allgemeinen Nettoertrag (ANE; 174.1 Mio. Franken) und den erhöhten Abschreibungen (7.6 Mio. Franken).

Der Anstieg des Ordentlichen Nettoaufwands ist auf folgende Faktoren zurückzuführen:

- Die per November prognostizierte Teuerung von 0.9% führt zu Mehrkosten für den Teuerungsausgleich von 15.1 Mio. Franken.
- Aufgrund der neuen Pflegefinanzierung per 1. Januar 2011 wird netto mit einem Mehraufwand von knapp 20 Mio. Franken gerechnet. Diese Mehrkosten setzen sich aus verschiedenen Faktoren zusammen. Der Kanton übernimmt nun einen deutlich grösseren Anteil der Pflegekosten im Heim über eine direkte Beteiligung an den Pfelegetarifen. Dadurch werden die Privathaushalte entlastet, was indirekt auch zu einer Entlastung der Ergänzungsleistungen in jenen Situationen führt, in denen die Privathaushalte heute diese Pflegekosten schon nicht selber tragen können.
- Weitere Mehrkosten aufgrund von geänderten Bundesbestimmungen entstehen dem Kanton für die Umsetzung der Justizreform. Es besteht eine gewisse Unsicherheit darüber, wie sich die Reform der Strafprozessordnung mengenmässig in den neuen Verfahren niederschlägt. Vorläufig wurden 6.7 Mio. Franken zusätzlich ins Budget 2011 aufgenommen, aufgrund detaillierterer Abklärungen, Vergleichen mit anderen Kantonen und ersten Erfahrungen ist dieser Betrag für Budget 2012 eventuell nochmals anzupassen.
- Bei den vom Regierungsrat geplanten Massnahmen zu den Schwerpunkten ist die weitere Erhöhung des Globalbeitrags an die Universität Basel von 7.2 Mio. Franken die grösste Position. Auch die übrigen Erhöhungen bei den Massnahmen zu den Schwerpunkten fallen zum grössten Teil im Bildungsbereich an, darunter für die Harmonisierung der Schulen von Basel-Stadt (3.7 Mio. Franken) und den weiteren Ausbau der Tagesstrukturen (2.2 Mio. Franken). Insgesamt hat der Regierungsrat für die Massnahmen zu den Schwerpunkten knapp 16 Mio. Franken mehr eingeplant.
- Weitere belastende Faktoren sind die rückläufigen Busseneinnahmen bei der Kantonspolizei (5.3 Mio. Franken), die diversen höheren Kosten im Personalbereich (Schichtzulagen auf Ferien, Haushaltszulage; 4.9 Mio. Franken), die höheren Unterhaltskosten bei den Liegenschaften im Verwaltungsvermögen (4.7 Mio. Franken) und höhere Sockelbeiträge für Zusatzversicherte.

Wichtigste Veränderungen zwischen Budget 2011 und Budget 2010

in Mio. Franken, + günstig / - ungünstig	Abweichung B11/B10
Ordentlicher Nettoaufwand (ONA)	
Entlastungen:	
Vorgabenreduktion Departemente	23.2
Sozialhilfe	4.3
Jugendhilfe	3.8
Belastungen:	
Pflegeheimfinanzierung	-20.0
Teuerung Personal	-15.1
Beitrag Universität	-7.2
Justizreform	-6.7
Busseneinnahmen Kantonspolizei	-5.3
Sockelbeiträge Zusatzversicherte	-4.4
Div. Personalkosten (Schichtzulagen auf Ferien, Haushaltszulage)	-4.9
Unterhalt Liegenschaften Verwaltungsvermögen (inkl. Budgetpostulat)	-4.7
Bildungsraum Nordwestschweiz	-3.7
Behindertenbereich	-2.8
Tagesbetreuung	-2.2
übrige Schwerpunkte	-2.8
Saldo übrige Positionen	-2.9
Total Veränderung ONA	-51.3
Allgemeiner Nettoertrag (ANE)	
Entlastungen:	
Steuerertrag	156.3
Passivzinsen und Emissionsgebühren	22.2
Vermögenserträge	13.1
Belastungen:	
Ressourcenausgleich	-19.1
Saldo übrige Positionen	1.6
Total Veränderung ANE	174.1
Abschreibungen	-7.6
Total Veränderung Saldo Laufende Rechnung	115.2

- Als entlastende Faktoren sind zu nennen die im Vergleich zu Budget 2010 etwas tiefer erwarteten Kosten für Sozialhilfe (4.3 Mio. Franken) und für Jugendhilfe (3.8 Mio. Franken). Dazu kommen die im Zusammenhang mit der Begrenzung der Ausgabendynamik stehenden Budgetvorgabenreduktion für alle Departemente (siehe Kapitel 1.3 Budgetierungsgrundlage), die insgesamt zu einer Entlastung von 23.2 Mio. Franken führten.

Die Verbesserung des Allgemeinen Nettoertrags ist auf folgende Faktoren zurückzuführen:

- Aufgrund der deutlich positiveren Einschätzung der Konjunkturentwicklung als noch vor einem Jahr werden die Steuererträge insgesamt 156.3 Mio. Franken höher eingeschätzt als im Budget 2010.
- Ebenfalls positiv wirken sich etwas höhere Vermögenserträge (13.1 Mio. Franken) und tiefere Kosten für Passivzinsen und Emissionsabgaben für die Aufnahme von Anleihen (22.2 Mio. Franken) aus.

- Die im Rahmen des Finanzausgleichs zu leistende Ressourcenausgleichszahlung fällt dagegen für 2011 19.1 Mio. Franken höher aus, der Beitrag an den Ressourcenausgleich steigt damit auf 128.7 Mio. Franken.

3.1.2 Personalentwicklung

Die Art und Weise wie unsere Mitarbeitenden gewonnen, eingesetzt und geführt werden, ist von grosser Bedeutung für die Leistungskraft, die Qualität des Service Public und auch das Image unseres Kantons. Der Regierungsrat hat deshalb im November 2009 neun personalstrategische Leitlinien verabschiedet, welche die Ausrichtung zur Weiterentwicklung des Personalmanagements bei BASEL-STADT für die nächsten Jahre definieren. (2012 wird dem Regierungsrat erstmals dazu berichtet werden.)

Zur Sensibilisierung und Verankerung wurden die Leitlinien 2010 sämtlichen Kadermitarbeitenden kommuniziert und sie werden von den Personaldiensten laufend in geeigneter Weise thematisiert. Parallel zu den nachfolgend beschriebenen, leitlinienorientierten strategischen Schwerpunktthemen werden sukzessive auch sämtliche bestehenden Personalmanagement-Systeme, Prozesse und Instrumente auf ihre Leitlinien-Kompatibilität geprüft und gegebenenfalls angepasst.

Stärkung der Führungskompetenz Führungskräfte beeinflussen durch ihre Führungsarbeit sowohl Qualität als auch Quantität der Arbeitsergebnisse in ihrem Verantwortungsbereich. Professionelle Führungsarbeit trägt damit bei zur Leistungsfähigkeit der kantonalen Verwaltung. Eine Verbesserung der Führungsqualität steht deshalb im Zentrum der Neuausrichtung der Führungsentwicklung, die unter dem Titel „Stärkung der Führungskompetenz“ lanciert wird. In enger Zusammenarbeit haben Führungskräfte und Verantwortliche der Personaldienste aller Departemente die Ziele dieser Neuausrichtung erarbeitet: Für BASEL-STADT soll ein einheitliches Führungsverständnis entwickelt werden. Zur Förderung des Austauschs und gegenseitigen Lernens unter Führungskräften sollen departementsübergreifende Netzwerke aufgebaut werden. Eine effiziente und effektive Führungsarbeit soll durch die Einführung und konsequente Nutzung einheitlicher Führungsinstrumente unterstützt werden. Das Konzept für die Neuausrichtung wird 2010 erarbeitet, der Beginn der sukzessiven Umsetzung ist für 2011 vorgesehen.

Come back Mit der Realisierung der dritten und letzten Tranche der flächendeckenden Einführung eines Case Managements bei Krankheit und Unfall von Mitarbeitenden (Come back) ab 1. Januar 2011 ist ein zentraler Pfeiler eines betrieblichen Gesundheitsmanagements beim Arbeitgeber BASEL-STADT entstanden, welches als oberste Zielsetzung die Erhaltung der Arbeitsfähigkeit seiner Mitarbeitenden hat.

Weitere Pfeiler sind die betriebliche Gesundheitsförderung (Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz) sowie das Fehlzeitenmanagement. Während mit Come back der Weg zurück zur Arbeit geebnet und damit vermeidbare Invalidisierungen abgewendet werden, ist der Fokus der betrieblichen Gesundheitsförderung auf die Prävention von Krankheit und Unfällen am Arbeitsplatz gerichtet. Zur Gewinnung von Grundlagen für konkrete Massnahmen, welche eine gesundheitsförderliche Arbeitsorganisation sowie ein Gleichgewicht zwischen beruflicher Belastung den Ressourcen der Mitarbeitenden unterstützen, wird 2010 und 2011 ein Pilotprojekt mit einer Abteilung der Steuerverwaltung durchgeführt.

Chancengleichheit: Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie BASEL-STADT hat sich als Ziel gesetzt, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie weiter voranzutreiben. In der Verwaltung sind bereits zahlreiche Instrumente zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie vorhanden. Um deren Wirksamkeit zu verbessern, wurde im Frühjahr 2010 mittels Interviews analysiert, wie die Instrumente heute genutzt werden und wie ihr Bekanntheitsgrad ist. Daraus wurden Massnahmen zur Verbesserung der Bekanntheit und zur Optimierung der Wirksamkeit der Instrumente abgeleitet. Die Massnahmen-Empfehlungen sollen 2010 verabschiedet werden, sodass 2011 mit der Umsetzung begonnen werden kann.

Berufsbildung: Schaffung zusätzlicher Lehrstellen In den Jahren 2010 bis 2012 werden in der kantonalen Verwaltung und in den Betrieben insgesamt 55 zusätzliche Lehrstellen geschaffen

werden. Ziele der verstärkten Ausbildungstätigkeit sind, sicherzustellen, dass Jugendliche aus dem Kanton Basel-Stadt eine berufliche Perspektive erhalten und Jugendarbeitslosigkeit vermieden werden kann. Der Schwerpunkt des Zusatzangebots liegt deshalb auf der Schaffung von niederschweligen Lehrstellen (2-jährige Lehren mit Eidgenössischem Berufsattest EBA und einfachere 3-jährige Lehren mit Eidgenössischem Fähigkeitszeugnis EFZ), die mit Abgängerinnen und Abgängern von staatlichen Basler Schulen besetzt werden sollen. Die Departemente und Betriebe sind mit der Umsetzung des Beschlusses beauftragt und sorgen für die Nachhaltigkeit des Angebots, wobei sie mit Schulungs- und Beratungsangeboten des Zentralen Personaldienstes unterstützt werden. Im Sinne einer Anschubfinanzierung wurde die Finanzierung der zusätzlichen Lehrstellen durch den Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (Krisenfonds) beschlossen. Bis Mai 2010 haben die Departemente und Betriebe per Lehrbeginn im August 2010 bereits 29 zusätzliche Lehrstellen geschaffen.

Personalkennzahlen

Departemente / Betriebe	2009	2010	2011	Abw. 11/10 abs.
Präsidialdepartement				
Plafond	377	379	391	12
Headcount	367			
Bau- und Verkehrsdepartement				
Plafond	907	906	915	9
Headcount	876			
Erziehungsdepartement				
Plafond	2'911	2'953	2'971	18
Headcount	2'870			
Finanzdepartement				
Plafond	472	483	487	5
Headcount	468			
Gesundheitsdepartement				
Plafond	5'028	5'135	5'186	51
Headcount	4'970			
Justiz- und Sicherheitsdepartement				
Plafond	1'579	1'599	1'611	12
Headcount	1'495			
Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt				
Plafond	585	639	640	1
Headcount	575			
Gerichte				
Plafond	229	229	235	7
Headcount	224			
Zwischentotal Plafond	12'088	12'322	12'437	116
Zwischentotal Headcount	11'844			
Behörden / Allg. Verwaltung	36	36	36	0
Sozialstellenplan	11	20	20	0
Total Plafond Staat	12'135	12'378	12'493	116

Veränderungen Personalplafond 2011 zu 2010: Ursachen

Präsidialdepartement

Das Präsidialdepartement erhöht den Personalplafond gemäss um 7.5 Stellen. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

- 0.5 Stellen zur Überführung der bisher im Mandatsverhältnis mit der Universität Basel geführten Funktion „Beauftragter für Religionsfragen“ in der Abteilung Gleichstellung und Integration;
- 1.0 Stellen für ein juristischer Mitarbeiter der Regierungskanzlei;
- 0.5 Stellen für die Dienststelle Aussenbeziehungen und Standortmarketing für die Aufhebung von Kettenverträgen;
- 2.0 Stellen für das Statistisches Amt (1.0 Stellen Fachwissen Ökonometrie und 1.0 Stellen Monitoring, Controlling und Bevölkerungsstatistik);
- 3.5 Stellen für Stundenlohnansetzungen, die in Anstellungen im Monatslohn umgewandelt werden, was eine Plafonderhöhung zur Folge hat.

Dazu kommt eine budgetneutrale Erhöhung von 4.56 Stellen:

- 1.0 Stellen für die Staatskanzlei zur Besetzung der neuen Eingangs-Porte im Rathaus;
- 3.56 Stellen für die Museen zur Aufsicht, Sicherheit und die Neueröffnung des Museums-Shops.

Bau- und Verkehrsdepartement

- Der Regierungsrat hat das Finanzdepartement und das Bau- und Verkehrsdepartement beauftragt zu prüfen, ob Bauherrenleistungen künftig über die Investitionsrechnung finanziert werden können. Ungeachtet dieses Vorgehens ist die Umsetzung der in der Planung vorgesehenen höheren Investitionsausgaben nur mit den entsprechend zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen möglich. Dieser Mehrbedarf beträgt 8.5 Stellen.
- Ausserdem wird der Personalplafond der Geschäftsstelle Agglomerationsprogramm um 0.8 Stellen erhöht.

Erziehungsdepartement

Im Erziehungsdepartement ergibt sich eine Erhöhung des Personalplafonds um insgesamt 18.1 Stellen.

- Der Grossteil davon fällt mit 11.0 Stellen auf die Weiterentwicklung der Familienergänzenden Tagesbetreuung.
- 7.0 Stellen werden für das Projekt Schulharmonisierung bereitgestellt.
- Weiter werden 4.0 Stellen in der Fachstelle Primarstufe, gemäss Ratschlag vom 16. Januar 2007 „Leitungsstrukturen an den Volksschulen“ für das Schulsekretariat, benötigt.
- Bei den Logopädischen Diensten werden Stundenlohnansetzungen in Anstellungen im Monatslohn umgewandelt, was eine budgetneutrale Plafonderhöhung von 4.0 Stellen zur Folge hat.
- Der Bereich Berufsbildende Schulen benötigt eine Aufstockung von 1.0 Stellen für die Einrichtung und den Betrieb der Mediothek. 0.5 Stellen werden für die professionelle Bewirtschaftung der Plakatsammlung eingesetzt.
- Das Bildungszentrum Gesundheit (BZG) hat den Auftrag, die Kosten um 1.1 Mio. Franken zu reduzieren. Daraus ergibt sich eine Stellenreduktion von 5.5 Stellen.
- Aufgrund der aktuellen Prognose der Schülerzahlen wird der Plafond im Bereich Schulen um 3.9 Stellen reduziert.

Finanzdepartement

- Das Finanzdepartement erhöht den Personalplafond um 4.9 Stellen.
 - Davon benötigt die Steuerverwaltung 2.0 Revisorenstellen.
 - Der Zentrale Personaldienst braucht 2.9 Stellen für die dritte Ausbaustufe des Projektes Come Back.

Gesundheitsdepartement

Die Personalplafonderhöhung des Gesundheitsdepartements beträgt gesamthaft 51.0 Stellen.

- Den Hauptanteil der Plafonderhöhungen betreffen 48.0 ordentliche nettoaufwands-neutrale Stellenerhöhungen beim Universitätsspital Basel:
 - 25.0 Stellen für die Positionierung der hochspezialisierten Medizin;
 - 7.0 Stellen für den Aufbau von neuen Ordinarien/Extraordinarien in der medizinischen Fakultät;
 - 12.0 Stellen für die Verstärkung des Notfallbereichs;
 - 4.0 Stellen für leitende Notärzte gemäss Konzept.
- Das Felix Platter-Spital benötigt 3.0 Stellen Betreuungspersonal für Auszubildende. Eine vierte gleichwertige Stelle wird an das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt transferiert. Diese 4.0 Stellen werden durch das Felix Platter-Spital finanziert.

Justiz- und Sicherheitsdepartement

Im Justiz- und Sicherheitsdepartement ergibt sich eine Plafonderhöhung von 12.4 Stellen.

- Davon werden 28.9 Stellen für die Neue Schweizerische Jugend-/ Strafprozessordnung (davon 9.5 Stellen Plafondverschiebung von den Gerichten) benötigt.
- 1.0 Stellen wird für die Bekämpfung der Schwarzarbeit benötigt.
- Durch die Ablehnung des Konzepts zur Parkraumbewirtschaftung wird die Plafonderhöhung von 19.5 Stellen im Budget 2010 wieder rückgängig gemacht.
- 1.0 Haftleitstellen werden bei der Kantonpolizei gebraucht.
- 1.0 Stellen werden für die Zwangsmassnahmen im Bevölkerungsdienst und Migration verwendet.

Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt

- Die 1.0 benötigten Stellen als Betreuungspersonal für Auszubildende im Wohnheim FPS werden vom Felix Platter-Spital an das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt transferiert (siehe Felix Platter-Spital).

Gerichte

- Ab 2011 werden die Gerichte die eidgenössischen Prozessordnungen sowohl im Zivil- wie auch im Strafrecht umsetzen. Die dadurch erforderliche Personalplafonderhöhung wird über die Jahre 2011 und 2012 gestaffelt umgesetzt. Für das Jahr 2011 werden 15.7 Stellen benötigt.
- Das Sozialversicherungsgericht hat seit dem Jahr 2009 in der Kanzlei einen personellen Engpass mit unterjährigen Anstellungen überbrückt. Die Hoffnung, nach einer Überbrückungszeit auf eine Aufstockung verzichten zu können, ist leider nicht eingetroffen. Dem Sozialversicherungsgericht wurden deshalb 0.5 Stellen in der Kanzlei bewilligt.
- Infolge Neuorganisation des Strafvollzuges transferiert das Strafgericht 9.5 Stellen an das Justiz- und Sicherheitsdepartement. Davon sind 4.0 Stellen für die Abteilung Rechnungswesen und Inkasso sowie 5.5 Stellen für die Staatsanwaltschaft vorgesehen.

3.1.3 Budgetierungsgrundlagen

Makroökonomische Annahmen Budget 2011

Dem Budget 2011 des Regierungsrates liegen im Wesentlichen die folgenden Annahmen zugrunde:

- Die konjunkturelle Entwicklung wird optimistisch eingeschätzt. Das heisst, es wird nicht davon ausgegangen, dass die Weltwirtschaft bzw. die schweizerische Wirtschaft in Kürze nochmals in eine Rezession gleitet. Auf der Basis dieser Annahme wird für die Schweiz im laufenden Jahr ein reales Wachstum von 1.9% und 1.7% für das Folgejahr gerechnet.
- Die für das Budget 2011 massgebende Novemberteuerung 2010 wurde mit 0.9% geschätzt. Aufgrund der weiterhin tiefen Teuerung wird auch das Zinsniveau für Refinanzierung und Neuverschuldung mit gut 2% für 10-jährige Anleihen vergleichsweise tief angesetzt.
- Die Risiken des hinterlegten Szenarios für Konjunktur, Preis- und Zinsentwicklung liegen zu einem grösseren Grad bei einer deutlich schwächeren Konjunkturentwicklung oder gar einer Rezession. Mit einer geringeren Eintretenswahrscheinlichkeit ist mit deutlich höheren Preisen und Zinsen zu rechnen.

Änderung von Umlagen zu internen Verrechnungen

Mit Regierungsratsbeschluss 10/10/11 vom 30. März 2010 hat der Regierungsrat beschlossen, die Umlageleistungen der Kategorie 1 (Pflichtkonsum) ab dem Budget 2011 vollständig aufzulösen und teilweise durch effektive Verrechnung zu ersetzen. Es sollen neu nur noch folgende Querschnittsleistungen der Kategorie 1 verrechnet werden: Personal, Finanzen, Informatik sowie Individuelle Leistungen. Die übrigen Leistungen, welche bisher unter Kategorie 1 umgelegt wurden (u. a. Revisionsleistungen, Leistungen des Gleichstellungsbüros, diverse Stabsleistungen) sollen nicht mehr in der Kostenrechnung dargestellt werden, da sie sehr spezifische staatliche Leistungen darstellen und daher bei einer Preiskalkulation im externen Vergleich nicht zu berücksichtigen sind. Diese Systemumstellung führt dazu, dass bei den Leistungserbringer-Dienststellen bzw. -Departementen die Erträge im Vergleich zum Vorjahresbudget ansteigen und sich im Gegenzug die Aufwendungen der Leistungsbezüger-Dienststellen/-Departemente erhöhen.

3.2 Laufende Rechnung

Finanzielle Übersicht

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10		Abw. B11/R09	
	2009	2010	2011	abs.	%	abs.	%
Personalaufwand	1'714.7	1'734.4	1'751.6	17.2	1.0	36.9	2.2
Sachaufwand	736.0	693.4	701.8	8.4	1.2	-34.2	-4.6
Passivzinsen	79.1	79.7	78.2	-1.6	-2.0	-0.9	-1.1
Abschreibungen	244.2	233.6	241.4	7.8	3.3	-2.9	-1.2
Eigene Beiträge	1'280.0	1'370.4	1'426.7	56.2	4.1	146.7	11.5
Einlagen in Spez.Finanzierungen	73.3	63.1	89.0	25.8	40.9	15.7	21.4
Aufwand ohne interne Verrechnung	4'127.3	4'174.7	4'288.6	113.9	2.7	161.3	3.9
Interne Verrechnungen	238.1	217.8	245.3	27.5	12.6	7.2	3.0
Aufwand inklusive interne Verrechnungen	4'365.3	4'392.4	4'533.9	141.5	3.2	168.5	3.9
Steuern	2'355.4	2'262.3	2'418.5	156.2	6.9	63.2	2.7
Regalien und Konzessionen	43.8	43.9	43.5	-0.3	-0.8	-0.3	-0.8
Vermögenserträge	290.4	229.3	232.2	2.8	1.2	-58.2	-20.0
Entgelte	1'100.9	1'035.7	1'088.9	53.3	5.1	-12.0	-1.1
Anteile u. Beiträge ohne Zweckbestimmung	234.9	198.7	200.6	1.9	0.9	-34.3	-14.6
Beiträge für eigene Rechnung	317.8	323.8	336.3	12.6	3.9	18.5	5.8
Entnahmen a.Spec.Finanzierungen	10.2	11.4	14.1	2.7	24.1	3.9	38.7
Ertrag ohne interne Verrechnungen	4'353.4	4'105.1	4'334.2	229.2	5.6	-19.2	-0.4
Interne Verrechnungen	238.1	217.8	245.3	27.5	12.6	7.2	3.0
Ertrag inklusive interne Verrechnungen	4'591.5	4'322.8	4'579.5	256.7	5.9	-12.0	-0.3
Saldo Laufende Rechnung	226.2	-69.6	45.6	115.2	165.6	-180.5	-79.8

3.2.1 Aufwand

30 Personalaufwand

in Mio. Franken		Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10		Abw. B11/R09	
		2009	2010	2011	abs.	%	abs.	%
301	Löhne Personal Verw & Betr	1'371.4	1'389.6	1'435.5	45.9	3.3	64.1	4.7 ¹
303	Sozialversicherungsbeiträge	77.9	79.6	80.1	0.5	0.6	2.2	2.8
304	Personalvers.beiträge	201.3	210.1	178.8	-31.3	-14.9	-22.4	-11.2 ²
305	Unfall & Krankenvers.beitr	20.6	21.2	21.1	-0.1	-0.7	0.5	2.3
306	Zulage Kleider, Verpf, Whg	7.6	7.0	7.4	0.4	6.2	-0.2	-2.2
307	Rentenleistungen	0.0	0.0	0.0	0.0	-100.0	0.0	...
308	Entschädigung temp. Arbeitskräfte	12.3	10.6	11.0	0.4	3.8	-1.4	-11.0
309	Übriger Personalaufwand	23.7	16.3	17.7	1.4	8.6	-6.0	-25.1 ³
30	Personalaufwand	1'714.7	1'734.4	1'751.6	17.2	1.0	36.9	2.2

Kommentar

- 1 Für den Teuerungsausgleich wurde im laufenden Budget zentral ein Betrag von 15.1 Mio. Franken eingestellt. Dabei wurde von einer Novemberteuerung von 0.9% ausgegangen. Im Vorjahr war die Novemberteuerung Null, sodass kein Teuerungsausgleich budgetiert werden musste. Die restliche Zunahme ist grösstenteils auf die Ausweitung des Personalplafonds zurückzuführen, auf welche in Kapitel 3.1.2 Personalentwicklung separat eingegangen wird.
- 2 Gegenüber dem Vorjahresbudget liegen die Pensionskassenprämien aufgrund der beschlossenen Massnahmen zur Sanierung der Pensionskasse um 31.4 Mio. Franken tiefer. Als Kompensation für das Darlehen an die Destinatäre wird der Arbeitgeber durch die höheren Arbeitnehmerbeiträge und den Verzicht auf Rententeuerung entlastet. Die Einsparung wird zur Verzinsung des Darlehens an die Destinatäre und zu dessen Amortisation verwendet (siehe dazu Einlagen in Pensionskassen-Spezialfinanzierung, Kontengruppe 38).
- 3 Der Kostenanstieg beim Übrigen Personalaufwand ist hauptsächlich auf die um 1.1 Mio. Franken höher geplanten Ausgaben bei der Personalschulung/Ausbildung zurückzuführen. Die Minderausgaben gegenüber der Rechnung resultieren aus den im Jahr 2009 verbuchten Kosten in Höhe von 9.2 Mio. Franken für die Nachzahlung von Schichtdienstzulagen während den Ferien aus der Sammelklage des Polizeibeamtenverbandes.

31 Sachaufwand

in Mio. Franken	Rechnung	Budget		Abw. B11/B10		Abw. B11/R09	
		2009	2010	2011	abs. %	abs. %	
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen		18.6	20.9	20.8	-0.1 -0.5	2.2	11.9
311 Abschreibungen GWG		7.4	7.8	7.3	-0.5 -5.9	-0.1	-1.3
312 Wasser, Energie & Heizmaterial		40.4	41.9	40.5	-1.4 -3.3	0.1	0.2
313 Verbrauchsmaterialien		196.1	198.6	207.8	9.3 4.7	11.7	6.0 ¹
314 Baulicher Unterhalt		65.9	61.8	64.6	2.8 4.5	-1.3	-2.0 ²
315 Übriger Unterhalt		88.4	92.1	85.9	-6.2 -6.7	-2.5	-2.8 ³
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten		30.9	34.5	40.9	6.4 18.6	10.0	32.3 ⁴
317 Spesenentschädigungen		5.8	6.7	6.6	-0.1 -1.2	0.8	14.3
318 Dienstleistungen und Honorare		192.6	223.7	221.7	-2.0 -0.9	29.1	15.1 ⁵
319 Übriger Sachaufwand		89.9	5.5	5.7	0.2 3.5	-84.2	-93.6 ⁶
31 Sachaufwand		736.0	693.4	701.8	8.4 1.2	-34.2	-4.6

Kommentar

- 1 Für die gegenüber den Vergleichsperioden ausgewiesene Steigerung sind hauptsächlich die Spitäler verantwortlich. Diesen Mehrausgaben stehen bei den Spitälern jeweils höhere Erträge gegenüber.
- 2 Die Abweichung zum Vorjahresbudget wird hauptsächlich durch einen höheren Gebäudeunterhalt (ordentlicher- und ausserordentlicher Unterhalt) verursacht. Mit 43.8 Mio. Franken liegt dieser um 3.3 Mio. Franken über dem Vorjahresbudget.
- 3 Die Einsparungen bei dieser Kontengruppe ergeben sich vor allem durch tiefere Kosten beim Unterhalt von Mobiliar und Einrichtungen im Finanzvermögen (Liegenschaften und Parkhäuser).
- 4 Mit 24.7 Mio. Franken liegen die Raummieten um 4.1 Mio. Franken über dem Budget des Vorjahres. Die restliche Abweichung wird durch höhere Kosten bei den Softwarelizenzen verursacht, die mit 11.3 Mio. Franken um 2.4 Mio. Franken über dem Budget 2010 liegen. Der Grund für die Abweichung zur Rechnung 2009 liegt ebenfalls bei diesen beiden Aufwandspositionen.
- 5 Im 2009 konnte auf die geplante Geldaufnahme verzichtet werden, sodass keine Emissionsgebühren und keine Kommissionen für Bankkonsortien anfielen. Im 2011 ist wieder eine Geldaufnahme geplant, was Gebühren von total 8.8 Mio. Franken zur Folge hat. Mehrausgaben für Gutachten und Expertisen, für Porti, Bewachungsgebühren, Strafvollzugskosten oder Kosten für übrige Dienstleistungen begründen die übrigen Abweichungen im Vergleich zur Rechnung 2009. Diese Mehrkosten verteilen sich, wie immer auf dieser Position, auf praktisch alle Departemente und Dienststellen.
- 6 Im Übrigen Sachaufwand werden vor allem die ausserordentlichen und periodenfremden Aufwendungen verbucht. So sind im Rechnungsjahr 2009 48.8 Mio. Franken an Ertragsausfallsentschädigungen und 30.6 Mio. Franken an Zahlungen der Jahre 2006 bis 2008 beim Projekt Campus Novartis/Rückbau Hafen St. Johann verbucht worden. Im Bereich der Schulen wurde erstmals die Dienstaltersgeschenke bei der Bildung der Zeithaben mitberücksichtigt, was Mehrkosten von 4.2 Mio. Franken zur Folge hatte. Schliesslich mussten für die Markthalle Mehrwertabgaben in der Höhe von 2.2 Mio. Franken bezahlt werden. Im Vergleich zum Vorjahresbudget ergibt sich praktisch keine Veränderung.

32 Passivzinsen

in Mio. Franken		Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10		Abw. B11/R09	
		2009	2010	2011	abs.	%	abs.	%
320	Laufende Verpflichtungen	0.0	0.0	0.0	0.0	...	0.0	-97.1
321	Kurzfr. Schulden	0.2	3.7	2.1	-1.6	-43.6	1.9	...
322	Mittel- & lfr Schuld	78.4	74.1	75.1	1.0	1.4	-3.4	-4.3
323	Sonderrechnungen	0.4	2.0	1.0	-1.0	-50.0	0.6	145.7
32	Passivzinsen	79.1	79.7	78.2	-1.6	-2.0	-0.9	-1.1

Kommentar

Bei den Passivzinsen ergeben sich gegenüber den Vergleichsperioden keine wesentlichen Abweichungen.

33 Abschreibungen

in Mio. Franken		Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10		Abw. B11/R09	
		2009	2010	2011	abs.	%	abs.	%
330	Abschreibungen Finanzvermögen	71.0	61.3	61.5	0.2	0.4	-9.5	-13.4 ¹
331	Abschreibungen Verwaltungsverm.	173.2	172.3	179.9	7.6	4.4	6.7	3.8 ²
33	Abschreibungen	244.2	233.6	241.4	7.8	3.3	-2.9	-1.2

Kommentar

- Das Budget 2011 weist gegenüber dem Vorjahr keine wesentlichen Änderungen auf. Die Abweichung zur Rechnung 2009 in Höhe von 9.5 Mio. Franken ist auf die Abschreibungen auf den Marktwerten bei den Renditeigenschaften (Discounted Cash-Flow-Folgebewertung) zurückzuführen. Diese sind nicht planbar und werden entsprechend auch nicht budgetiert.
- Mehrabschreibungen gegenüber dem Vorjahresbudget ergeben sich beim Tiefbau. Diese liegen mit 46.7 Mio. um 7.3 Mio. Franken über dem Budget 2010. Die Mehr- und Minderabschreibungen bei den übrigen Anlagen (Hochbau, Maschinen, Mobiliar, Fahrzeuge und IT) gleichen sich in der Summe fast aus.

36 Eigene Beiträge

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10		Abw. B11/R09	
	2009	2010	2011	abs.	%	abs.	%
360 Bund	4.3	4.4	4.1	-0.3	-6.8	-0.2	-3.6
361 Kantone	135.5	136.3	154.1	17.8	13.0	18.6	13.7 ¹
362 Gemeinden	6.9	7.0	7.2	0.2	2.5	0.3	3.7
363 Eigene Anstalten	268.6	282.4	287.3	5.0	1.8	18.7	7.0 ²
365 Private Institutionen	330.3	360.1	365.4	5.3	1.5	35.2	10.6 ²
366 Beiträge an private HH	534.4	580.2	606.9	26.7	4.6	72.4	13.6 ³
367 Beiträge ans Ausland	0.0	0.0	1.7	1.7	...	1.7	... ⁴
36 Eigene Beiträge	1'280.0	1'370.4	1'426.7	56.2	4.1	146.7	11.5

Kommentar

- 1 Mit 128.7 Mio. Franken liegen die Kosten für den NFA Ressourcenausgleich um 19.1 Mio. über dem Vorjahresbudget und um 17.3 Mio. Franken über jenen der Rechnung 2009.
- 2 Siehe Beitragsübersichtslisten in Kapitel 8.
- 3 Höhere Kosten ergeben sich durch gestiegene Beiträge im Bereich der Spitalbehandlungen, der Pflegefinanzierung und bei den Beiträgen der Ergänzungsleistungen zur AHV/IV.
- 4 Beim Vorjahresbudget und in der Rechnung 2009 ist der Beitrag für Entwicklungszusammenarbeit in der Kontengruppe 366 budgetiert respektive verbucht worden.

Sozialkosten Netto

Den in den eigenen Beiträgen enthaltenen Sozialkosten stehen oft Rückvergütungen des Bundes und von Dritten gegenüber. Um ein besseres Bild über die Entwicklung der Sozialkosten zu vermitteln, sind nachfolgend die Netto-Belastungen der wichtigsten Sozialleistungen aufgezeigt.

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10		Abw. B11/R09	
	2009	2010	2011	abs.	%	abs.	%
Prämienverbilligung	56.6	71.6	73.8	2.2	3.1	17.2	30.4
Ergänzungsleistungen inkl. Pflegeheimfinanzierung	138.2	154.7	176.8	22.1	14.3	38.6	27.9
Beihilfen	10.7	11.7	12.1	0.4	3.5	1.4	12.7
Risikobeiträge Krankenkasse	13.8	11.5	9.2	-2.3	-20.0	-4.6	-33.3
Sozialhilfe zulasten des Kantons	139.1	155.1	150.8	-4.3	-2.8	11.7	8.4
Beitrag an Arbeitslosenversicherung Bund	4.3	4.4	4.1	-0.3	-6.8	-0.2	-4.7
Beitrag an Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	7.0	7.0	7.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Stationäre Jugendhilfe	49.1	53.6	49.9	-3.8	-7.1	0.8	1.5
Behindertenhilfe	69.2	74.2	77.0	2.8	3.8	7.8	11.3
Total Sozialkosten Netto	488.0	543.8	560.6	16.8	3.1	72.6	14.9

Die Sozialkosten wachsen gegenüber dem Budget 2010 um 16.8 Mio. Franken respektive um 3.1%. Hauptsächlich verantwortlich für diese Steigerung ist die neue Pflegefinanzierung. Diese führt netto zu einer Mehrbelastung von knapp 20 Mio. Franken. Hinzu kommen Mehrausgaben bei den Prämienverbilligungen (2.2 Mio. Franken) und bei der Behindertenhilfe (2.8 Mio. Franken). Demgegenüber stehen Minderausgaben bei den Sozialkosten (4.3 Mio. Franken), der Jugendhilfe (3.8 Mio. Franken) und bei den Risikobeiträgen Krankenkasse (2.3 Mio. Franken).

38 Einlagen in Spezialfinanzierungen

in Mio. Franken		Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10		Abw. B11/R09	
		2009	2010	2011	abs.	%	abs.	%
380	Einlagen in Spezialfinanzierungen	71.5	63.1	89.0	25.8	40.9	17.4	24.4 ¹
382	Einlagen in Rücklagen	1.7	0.0	0.0	0.0	...	-1.7	-100.0 ²
38	Einlagen in Spez.Finanzierungen	73.3	63.1	89.0	25.8	40.9	15.7	21.4

Kommentar

- 1 Während die Einlage in die Pensionskassen-Spezialfinanzierung aufgrund der zweiten Sanierung der Pensionskasse mit 69.7 Mio. Franken um 28.1 Mio. Franken höher ausfällt als im Vorjahr, liegt die Einlage in den Förderabgabefonds mit 11 Mio. Franken um 1 Mio. tiefer. Im Budget 2010 enthalten sind 1.3 Mio. an Einlagen in den Fonds Parkraumbewirtschaftung. Mit dem negativen Volksentscheid fällt diese nun vollständig weg.
- 2 Bei den 1.7 Mio. Franken an Einlagen in der Rechnung 2009 handelt es sich um die Äufnung von Rücklagen bei den kantonalen Heimen. Der Regierungsrat hat mit Beschluss 09/32/3 vom 20. Oktober 2009 den Heimen die Möglichkeit zur Bildung und Auflösung von Rücklagen im Eigenkapital gemäss den Richtlinien der Interkantonalen Vereinbarung für Soziale Einrichtungen (IVSE) eingeräumt.

39 Interne Verrechnungen

in Mio. Franken		Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10		Abw. B11/R09	
		2009	2010	2011	abs.	%	abs.	%
390	IVR Aufwand IT-Dienstleistungen	10.1	10.0	24.4	14.4	144.0	14.3	142.4 ¹
391	IVR Aufwand Kommunikation	7.2	7.0	6.8	-0.2	-2.9	-0.4	-6.0
392	IVR Aufwand Personalentwicklung	0.8	0.5	1.4	0.9	191.0	0.6	65.9
393	IVR Aufwand Güter	8.6	7.4	8.5	1.1	15.4	-0.1	-0.7
394	IVR Aufwand Kapital	2.1	2.0	2.0	0.0	-1.7	-0.1	-5.6
396	IVR Aufwand Liegenschaften	148.0	145.5	145.9	0.3	0.2	-2.1	-1.4
398	IVR Übriger Aufwand	61.3	45.4	56.3	11.0	24.2	-5.0	-8.1 ¹
39	Interne Verrechnungen	238.1	217.8	245.3	27.5	12.6	7.2	3.0

Kommentar

- 1 Die Erhöhungen zum Vorjahresbudget ergeben sich durch die in Kapitel 3.1.3 Budgetierungsgrundlagen beschriebene Änderung bei der Verrechnung von Dienstleistungen. Etliche Dienstleistungen im Bereich Finanzen, IT und Personal werden nicht mehr mittels Umlagen nur in der Kostenrechnung, sondern mittels Verrechnungen effektiv weiterbelastet.

3.2.2 Ertrag

40 Steuern

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10		Abw. B11/R09		
	2009	2010	2011	abs.	%	abs.	%	
Einkommensteuern Nat. Personen	1'255.0	1'259.1	1'302.0	42.9	3.4	47.0	3.7	¹
Vermögenssteuern Nat. Personen	240.7	216.5	230.0	13.5	6.2	-10.7	-4.4	¹
Nach- u. Strafsteuern	15.4	10.0	20.0	10.0	100.0	4.6	30.3	
Einkommens- und Vermögenssteuern	1'511.0	1'485.6	1'552.0	66.4	4.5	41.0	2.7	
Gewinnsteuern Jur. Personen	596.3	506.7	600.0	93.3	18.4	3.7	0.6	¹
Kapitalsteuern Jur. Personen	104.3	130.3	120.0	-10.3	-7.9	15.7	15.1	¹
Gewinn- und Kapitalsteuern	700.6	637.0	720.0	83.0	13.0	19.4	2.8	
Erbschafts- und Schenkungssteuern	25.0	30.0	30.0	0.0	...	5.0	20.0	
Handänderungssteuern	30.3	35.0	33.0	-2.0	-5.7	2.7	8.8	
Motorfahrzeugsteuern	30.8	31.0	30.9	-0.1	-0.3	0.1	0.3	
Grundstückgewinnsteuern	35.1	28.0	32.0	4.0	14.3	-3.1	-8.8	
Grundstücksteuern Jur. Personen	21.9	15.1	20.0	4.9	32.5	-1.9	-8.6	
Hundesteuern	0.6	0.6	0.6	0.0	0.3	0.0	-2.5	
Übrige Steuern	143.8	139.7	146.5	6.8	4.9	2.8	1.9	
Gesamtertrag Steuern	2'355.4	2'262.3	2'418.5	156.2	6.9	63.2	2.7	

Kommentar

- ¹ Der aktuelle Verlauf der Steuereingänge zeigt, dass sich die Auswirkungen der Rezession mehrheitlich auf das Jahr 2009 beschränken. Das vor einem Jahr erstellte Budget 2010, das auf den damals verfügbaren Informationen und Einschätzungen beruht, dürfte damit deutlich übertroffen werden. Dementsprechend sind die Prognosen der Steuereinnahmen für Budget 2011 nach oben angepasst worden.

41 Regalien und Konzessionen

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10		Abw. B11/R09	
	2009	2010	2011	abs.	%	abs.	%
410 Regalien	2.3	2.3	2.3	0.0	...	0.0	-0.1
412 Patente und Abgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	-19.3	0.0	-7.8
413 Nationalbankgewinn	41.5	41.5	41.2	-0.3	-0.8	-0.3	-0.8
41 Regalien & Konzessionen	43.8	43.9	43.5	-0.3	-0.8	-0.3	-0.8

42 Vermögensertrag

in Mio. Franken		Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10		Abw. B11/R09	
		2009	2010	2011	abs.	%	abs.	%
420	Geldmittel	1.0	1.7	1.1	-0.5	-31.4	0.1	9.4
422	Anlagen Finanzvermögen	0.8	0.5	5.1	4.6	920.2	4.4	568.5 ¹
423	Liegenschaftsertr. Finanzvermögen	106.3	105.9	104.0	-1.9	-1.8	-2.3	-2.2
424	Buchgewinne a.Anl. Finanzvermögen	43.8	0.0	0.0	0.0	...	-43.8	-100.0 ²
425	Darlehen des Verwaltungsvermögens	0.5	6.7	1.4	-5.3	-78.9	0.9	174.1 ¹
426	Beteiligung Verwaltungsvermögen	134.8	111.4	116.9	5.5	5.0	-17.8	-13.2 ³
427	Liegensch.ertr.d.Verwaltungsverm.	3.3	3.2	3.5	0.3	9.9	0.3	7.7
429	Übrige Vermögenserträge	0.1	0.1	0.0	-0.1	-94.2	-0.1	-93.2
42	Vermögenserträge	290.4	229.3	232.2	2.8	1.2	-58.2	-20.0

Kommentar

- 1 Die Abweichung zum Vorjahr ist darauf zurückzuführen, dass die Zinsen auf Schuldscheindarlehen der Industriellen Werke Basel neu in der Kontengruppe 422 budgetiert werden. Im Vorjahresbudget sind diese noch in der Kontengruppe 425 eingestellt.
- 2 Die Erträge aus Anlagenverkäufen und die Korrekturen auf den Wertberichtigungen bei den Renditeliegenschaften werden jeweils nicht budgetiert, da sie kaum abzuschätzen sind. Die Rechnung 2009 enthält neben 34.1 Mio. Franken an Erträge aus Anlagenabgängen (hauptsächlich im Zusammenhang mit der Impropration der Hünigerstrasse sowie der Abgrenzungsbuchung (Baufortschritt) beim Campusprojekt), 9.7 Mio. Franken an Erträgen aus der Auflösung von nicht mehr benötigten Wertberichtigungen bei den Renditeliegenschaften.
- 3 Die Gewinnablieferung der Basler Kantonalbank liegt mit 90.7 Mio. Franken jeweils um zehn Mio. Franken über dem Vorjahresbudget und der Rechnung 2009. Die Industriellen Werke Basel müssen ihr Dotationskapital nicht mehr verzinsen. Gegenüber der Rechnung 2009 ergeben sich daher auf dieser Position Mindereinnahmen in der Höhe von rund 17 Mio. Franken. Mit 18.7 Mio. Franken fällt auch deren Ertragsablieferung um 3.3 Mio. Franken tiefer als im Vorjahresbudget aus. Im Vergleich zur Rechnung 2009 ist die Ertragsablieferung um 9.7 Mio. Franken tiefer.

43 Entgelte

in Mio. Franken		Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10		Abw. B11/R09	
		2009	2010	2011	abs.	%	abs.	%
430	Ersatzabgaben	26.9	16.7	15.7	-1.0	-5.8	-11.2	-41.6 ¹
431	Gebühren für Amtshandlung	77.0	74.8	78.2	3.3	4.5	1.1	1.5 ²
432	Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	615.2	615.3	656.6	41.2	6.7	41.4	6.7 ³
433	Schulgelder	5.5	5.3	5.9	0.6	11.7	0.4	7.1
434	Benützungsgebühren / Dienstleist.	187.4	197.9	203.1	5.2	2.6	15.7	8.4 ⁴
435	Verkaufsertrag	39.9	39.7	46.2	6.5	16.3	6.2	15.6 ⁵
436	Rückerstattungen	56.1	55.1	54.3	-0.7	-1.4	-1.8	-3.2
437	Bussen	19.5	26.6	21.4	-5.3	-19.8	1.9	9.8 ⁶
439	Übrige Entgelte	73.5	4.2	7.7	3.4	81.4	-65.8	-89.6 ⁷
43	Entgelte	1'100.9	1'035.7	1'088.9	53.3	5.1	-12.0	-1.1

Kommentar

- 1 Da der Bund seine Förderbeiträge zurückfährt, liegen die Erträge aus den Förderabgaben mit 11.0 Mio. Franken um eine Mio. Franken unter dem Vorjahresbudget und um 7.6 Mio. unter dem Wert der Rechnung 2009. Die Rechnung 2009 enthält 3.0 Mio. Franken an bezahlten Mehrwertabgaben, die wegen höchst unregelmässigem Anfall jeweils nicht budgetiert werden.
- 2 Mehreinnahmen von 3.5 Mio. Franken erzielt die Staatsanwaltschaft mit höheren Verfahrensgebühren als Folge der Einführung der neuen Schweizerischen Strafprozessordnung. Diesen Mehreinnahmen stehen aber gewichtige Mehrausgaben gegenüber, sodass per Saldo dem Kanton für die Umstellung der Justizreform voraussichtlich Kosten in Höhe von 6.7 Mio. Franken entstehen.
- 3 633.4 Mio. Franken der Einnahmen stammen von den Spitälern, die damit ihre Einnahmen im Budgetvergleich um 37.3 Mio. Franken oder 6.3% steigern. Die Zunahme gegenüber der Rechnung 2009 bei den Spitälern beträgt 38.6 Mio. Franken oder 6.5%. Diesen Mehreinnahmen stehen höhere Aufwendungen (v.a. Personal- und Sachaufwendungen) gegenüber.
- 4 Der grösste Anteil am Ertragszuwachs erzielt das Universitätsspital Basel basierend auf den neuen Leistungsvereinbarungen im Rahmen der Kooperation mit dem Universitäts-Kinderspital beider Basel. Minder-einnahmen verzeichnet die Kantonspolizei bei den Einnahmen aus den Parkplatzgebühren aufgrund des abgelehnten Vorhabens der Parkraumbewirtschaftung.
- 5 Bei den Verkaufserträgen wird ein Grossteil der Mehreinnahmen beim Universitätsspital Basel mit höheren Erträgen aus dem Warenhandel und höheren Kantinenerträgen erzielt. Aus wirtschaftlichen Gründen entfällt beim Tiefbauamt der Treibstoffverkauf an andere Dienststellen (minus 2 Mio. Franken).
- 6 Vergleiche hierzu die Ausführungen im Dienststellenbericht der Kantonspolizei in Kapitel 4.2.6. Dort wird die Abweichung bei den Bussen ausführlich begründet.
- 7 Die Erträge aus der Verlustscheinbewirtschaftung bei der Steuerverwaltung werden erstmals brutto dargestellt und nicht mehr mit den Debitorenverlusten verrechnet. Dies verursacht Mehreinnahmen unter den Übrigen Entgelten von 4 Mio. Franken und begründet die Abweichung zum Vorjahresbudget. Unter dieser Kontengruppe werden auch die ausserordentlichen und periodenfremden Erträge verbucht. Die grössten Positionen in der Rechnung 2009 entfielen auf Zahlungseingänge der Jahre 2006 bis 2008 im Zusammenhang mit dem Campus Projekt (47.1 Mio. Franken) und der Anpassung respektive der Auflösung der Rückstellung für die Pensionskassen-Deckungslücke der Institutionen (7.7 Mio. Franken). Als weiterer periodenfremder Ertrag wurde in der Rechnung 2009 die Auflösung der Bewertungsdifferenz beim Schlachthof (infolge Umwidmung ins Finanzvermögen) verbucht.

44 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung

		Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10		Abw. B11/R09	
in Mio. Franken		2009	2010	2011	abs.	%	abs.	%
440	Anteile an Bundeseinnahmen	230.6	194.4	196.3	1.9	1.0	-34.3	-14.9 ¹
445	Gemeindebeiträge	4.4	4.4	4.4	0.0	...	0.0	0.0
44	Anteile & Beiträge o.Zweckbind.	234.9	198.7	200.6	1.9	0.9	-34.3	-14.6

Kommentar

- 1 Mit 140.0 Mio. Franken liegt der Anteil an der direkten Bundessteuer genau auf Vorjahresbudget und um 31.2 Mio. Franken unter dem Wert der Rechnung 2009. Die übrigen Anteile entfallen auf die eidgenössische Verrechnungssteuer sowie den NFA Lastenausgleich. Bei beiden ergeben sich nur geringfügige Abweichungen zum Vorjahresbudget wie auch zur Rechnung 2009.

46 Beiträge für eigene Rechnung

		Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10		Abw. B11/R09	
in Mio. Franken		2009	2010	2011	abs.	%	abs.	%
460	Bund	182.0	182.8	183.7	1.0	0.5	1.7	0.9
461	Kantone	55.8	116.8	55.1	-61.7	-52.8	-0.8	-1.4 ¹
462	Gemeinden	9.8	9.0	9.9	0.9	10.1	0.0	0.3
463	Beiträge von Eigenen Anstalten	66.2	12.3	81.7	69.4	563.8	15.5	23.5 ²
469	Übrige Beitr. für eigene Rechnung	4.0	3.0	5.9	3.0	99.8	2.0	49.9 ³
46	Beiträge für eigene Rechnung	317.8	323.8	336.3	12.6	3.9	18.5	5.8

Kommentar

- 1 Die Abweichung wird grösstenteils durch die Abgeltung der Universität für die klinische Lehre und Forschung sowie die Beiträge an kantonale Heime verursacht. Diese werden neu unter der Kontengruppe 463 budgetiert.
- 2 Vergleiche Ausführungen zu Kontengruppe 461.
- 3 Die Mehreinnahmen im Vergleich zum Vorjahresbudget werden fast ausschliesslich durch höhere Beiträge Privater an staatliche Museen erzielt.

48 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen

		Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10		Abw. B11/R09	
in Mio. Franken		2009	2010	2011	abs.	%	abs.	%
480	Entnahmen a.Spez.finanzeungen	10.1	11.3	14.0	2.7	23.9	3.9	38.5 ¹
482	Entnahmen aus Rücklagen	0.1	0.1	0.2	0.0	39.1	0.1	65.6
48	Entnahmen a.Spez.Finanzierungen	10.2	11.4	14.1	2.7	24.1	3.9	38.7

Kommentar

- 1 Das laufende Budget enthält erstmals Entnahmen aus dem Standortförderungsfonds (1.8 Mio. Franken). Die restliche Zunahme entfällt auf Massnahmen, die aus dem Krisenfonds finanziert werden. In der Rechnung 2009 enthalten sind unter anderem 2.4 Mio. Franken an Beiträge für Projekte, die aus dem Mehrwertabgabefonds finanziert wurden. Die restliche Abweichung zur Rechnung 2009 entfällt ebenfalls auf den Krisenfonds (u.a. Massnahmen für Projekte und Arbeitslosenhilfe).

49 Interne Verrechnungen

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10		Abw. B11/R09	
	2009	2010	2011	abs.	%	abs.	%
490 IVR Ertrag IT-Dienstleistungen	10.1	10.0	24.4	14.4	144.0	14.3	142.4 ¹
491 IVR Ertrag Kommunikation	7.2	7.0	6.8	-0.2	-2.9	-0.4	-6.0
492 IVR Ertrag Personalentwicklung	0.8	0.5	1.4	0.9	191.0	0.6	65.9
493 IVR Ertrag Güter	8.6	7.4	8.5	1.1	15.4	-0.1	-0.7
494 IVR Ertrag Kapital	2.1	2.0	2.0	0.0	-1.7	-0.1	-5.6
496 IVR Ertrag Liegenschaften	148.0	145.5	145.9	0.3	0.2	-2.1	-1.4
498 IVR Übriger Ertrag	61.3	45.4	56.3	11.0	24.2	-5.0	-8.1 ¹
49 Interne Verrechnungen	238.1	217.8	245.3	27.5	12.6	7.2	3.0

Kommentar

¹ Vergleiche Ausführungen zur Kontengruppe 39 Interne Verrechnungen beim Aufwand.

3.3 Investitionsrechnung

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10		Abw. B11/R09	
	2009	2010	2011	abs.	%	abs.	%
Sachgüter	294.1	318.8	312.1	-6.7	-2.1	17.9	6.1
Eigene Beiträge	18.6	0.0	0.0	0.0	...	-18.6	-100.0
Total Ausgaben	312.7	318.8	312.1	-6.7	-2.1	-0.7	-0.2
Abgang von Sachgütern	26.9	0.0	0.0	0.0	...	-26.9	-100.0
Beiträge für eigene Rechnung	42.7	25.8	29.3	3.5	13.6	-13.5	-31.6
Beiträge Spezialfinanzierungen	1.3	0.0	0.0	0.0	...	-1.3	-100.0
Total Einnahmen	71.0	25.8	29.3	3.5	13.6	-41.7	-58.8
Nettoinvestitionen	241.7	293.0	282.8	-10.2	-3.5	41.1	17.0
Veränderungen Darl. / Bet. Verw. Verm. / Umw.	-0.2	33.0	35.0	2.0	6.1	35.2	...
Saldo Investitionsrechnung	241.5	326.0	317.8	-8.2	-2.5	76.3	31.6

Bei Ausgaben von 312.1 Mio. Franken und Einnahmen von 29.3 Mio. Franken betragen die Nettoinvestitionen 282.8 Mio. Franken. Damit nehmen die Nettoinvestitionen als vom Regierungsrat festgelegte Zielgrösse für die Nettoinvestitionen in das Verwaltungsvermögen (NIV; gesamtstaatlicher Plafond) gegenüber dem Budget 2010 um 10.2 Mio. Franken ab.

Für das Jahr 2011 ist für die Erstellung des Tramdepots Wiesenplatz der Basler Verkehrs-Betriebe die Auszahlung der ursprünglich für das Jahr 2010 vorgesehenen zweiten Tranche des beschlossenen Darlehens von 45.1 Mio. Franken geplant. Die Auszahlung der ersten Tranche in Höhe von 10.1 Mio. Franken erfolgt im Jahr 2010. Die zweite Tranche beträgt 35.0 Mio. Franken.

Für den Saldo der Investitionsrechnung resultiert eine Summe von 317.8 Mio. Franken, was gegenüber dem Vorjahresbudget einer Abnahme von 8.2 Mio. Franken entspricht.

4 Die Regierung und die Verwaltung

4.1 Die Regierung

RR-410

Regierungsrat

96

Regierungsrat

RR-410

Zum Wohl des Kantons Basel-Stadt, seiner Bewohnerschaft und Wirtschaft und zur Prosperität der in- und ausländischen Region verfolgt der Regierungsrat eine politische Strategie der regionalen Zusammenarbeit zur gemeinsamen Entwicklung einer Metropolitanregion mit Basel als attraktivem, urbanem Zentrum.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Regieren	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation

Tätigkeiten und Projekte

Regieren

Umsetzung Legislaturplan 2009 bis 2013 Im Jahr 2010 präsentierte der Regierungsrat den neuen Legislaturplan, der den bisherigen jährlich erscheinenden Politikplan ablöst. Das Budgetjahr 2011 ist das erste, das der neuen Systematik dieser Berichterstattung folgt. Die vier neuen Leitsätze – internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken, als Region zusammenwachsen, Basel als urbanes Zentrum festigen sowie nachhaltig Lebensqualität schaffen – und die neun Schwerpunkte des Legislaturplans werden erstmals auf der Ebene der Aufgaben- und Ressourcenfelder mit Massnahmen konkretisiert.

Budget 2011 Die Neuregelung der Pflegefinanzierung und die mit der Umsetzung der Justizreform verbundenen Mehrkosten führen im kommenden Jahr zu erheblich exogen vorgegebenen Mehrbelastungen. Neben diesen exogen vorgegeben Mehrbelastungen wollte der Regierungsrat in den Schwerpunktbereichen mit den mehrjährig beschlossenen Massnahmen keine Kürzungen vornehmen. Er hat im Gegenteil bei einigen Schwerpunktbereichen vor allem im Bildungsbereich einen finanziellen Ausbau beschlossen. Denn er geht davon aus, dass zum Beispiel der erhöhte Globalbeitrag an die Universität und die ausgebauten Tagesstrukturen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf den Wirtschaftsstandort Basel stärken. Um das Ausgabenwachstum zu beschränken, hat der Regierungsrat beschlossen, in allen anderen Bereichen Budgetreduktionen vorzunehmen, indem er lineare Ausgabenkürzungsvorgaben gemacht hat. Zusammen mit der vom Regierungsrat beschlossenen Beschränkung des Aufgabenwachstums führen stabile Steuererträge zu einem Plus im Saldo der Laufenden Rechnung 2011. Im Gegensatz zu diesem Plus im operativen Bereich, das der Regierungsrat durch Ausgabendisziplin bewusst angestrebt hat, nimmt er für ein weiterhin hohes Investitionsniveau in Kauf, dass im nächsten Jahr die Verschuldung des Kantons leicht steigt. So hat der Regierungsrat die Investitionen in den Standort Basel weiterhin auf einem hohen Niveau belassen, weil sie zu einer Stärkung des Wirtschafts- und Lebensstandorts Basel beitragen.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	7.0	7.0	7.0	7.0	7.0

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2009	2010	2011	abs.	%
30 Personalaufwand	3'857.9	3'109.4	2'890.1	-219.3	-7.1
31 Sachaufwand	4.2	3.9	26.0	22.1	566.1 ¹
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	3'862.1	3'113.3	2'916.0	-197.2	-6.3
43 Entgelte	-3.5	-3.4	-3.5	-0.1	-2.9
4 Ertrag	-3.5	-3.4	-3.5	-0.1	-2.9
Ordentlicher Nettoaufwand	3'858.6	3'109.9	2'912.5	-197.3	-6.3
davon Produktgruppe(n):					
Regieren	3'858.6	3'109.9	2'912.5	-197.3	-6.3

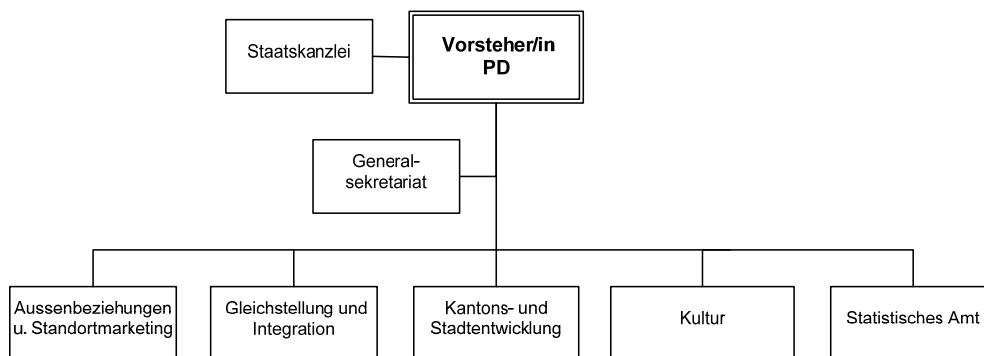
Kommentar

- 1 Departementsübergreifende Leistungen (Querschnittsleistungen) werden neu verrechnet und erscheinen so im Ordentlichen Nettoaufwand (ONA). Bisher erfolgte die Weiterbelastung ausschliesslich in der Kostenrechnung.

4.2 Verwaltung

4.2.1 Präsidialdepartement

PD-330	Staatskanzlei	100
PD-320	Generalsekretariat PD	102
PD-321	Gleichstellung und Integration	104
PD-340	Aussenbeziehungen und Standortmarketing	107
PD-350	Kantons- und Stadtentwicklung	109
PD-360	Statistisches Amt	112
PD-370	Kultur	115
PD-376	Staatsarchiv	117
PD-377	Archäologische Bodenforschung	119



Finanzen Departement

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
	2009	2010	2011	abs.	%
30 Personalaufwand	51.3	51.7	52.6	1.0	1.9
31 Sachaufwand	38.5	38.1	42.8	4.7	12.3 ¹
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	0.0	0.0	41.1
36 Eigene Beiträge	65.7	66.6	67.0	0.4	0.6
Total Aufwand	155.5	156.3	162.4	6.1	3.9
41 Regalien und Konzessionen	0.0	0.0	0.0	0.0	64.0
42 Vermögenserträge	-0.2	-0.3	-0.4	0.0	-12.4
43 Entgelte	-12.9	-11.4	-13.5	-2.1	-18.0
46 Beiträge für eigene Rechnung	-2.7	-2.2	-5.1	-2.9	-130.0
48 Entnahmen a.Spez.Finanzierungen	-0.1	-0.1	-0.2	0.0	-39.1
Total Ertrag	-16.0	-14.1	-19.2	-5.0	-35.7
Ordentlicher Nettoaufwand Departement	139.5	142.2	143.3	1.0	0.7
5 Ausgaben Investitionen	2.6	4.6	7.0	2.4	52.2
6 Einnahmen Investitionen	-0.3	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV (NIV)	2.4	4.6	7.0	2.4	52.2

Kommentar

- ¹ Die Erhöhung des Sachaufwands ist im Wesentlichen auf Neueröffnung und Sonderausstellungen in den Museen zurückzuführen (Mio. Franken 3.9). Dies wird teilweise durch entsprechende Mehreinnahmen kompensiert. Ein weiterer Faktor ist die Erhöhung der Entschädigung für Wahlbüromitglieder von 20 Prozent ab dem Jahr 2011 aufgrund der Wahlverordnung und die Anpassung der E-Voting-Applikation für die Nationalratswahlen 2011 (Mio. Franken 0.6).

Staatskanzlei

PD-330

Als Stabsorgan unterstützt und berät die Staatskanzlei den Regierungsrat und dessen einzelne Mitglieder in der Wahrnehmung ihrer politischen, verwaltungsrechtlichen und verwaltungstechnischen Tätigkeiten. Eine umfassende Geschäftskontrolle stellt den Informationsfluss auf Regierungs- und Departementsebene sicher und ermöglicht eine effiziente Regierungsarbeit sowie eine rasche und fehlerfreie Erstellung, Ausfertigung und Weiterleitung der Beschlüsse und Dokumente. Die interne und externe Information mittels Medienmitteilungen und -konferenzen, Internet und Intranet, Personalinformationen, Kantonsblatt und diversen Publikationen sorgt für Transparenz der Entscheide und Handlungen des Regierungsrates und der Verwaltung. Sie ermöglicht allen interessierten Kreisen die Teilhabe an der Politik des Regierungsrates und an der Tätigkeit von Regierung und Verwaltung. Auch die Organisation von Anlässen und die Unterstützung der Regierungsmitglieder bei Repräsentationsaufgaben zeichnen sich durch Professionalität und Qualität aus.

Der Staatskanzlei sind auch die Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten und die Schlichtungsstelle für Diskriminierungsfragen administrativ zugeordnet.

Der Rechtsdienst ist organisatorisch eine Abteilung der Staatskanzlei. Zu seinen Aufgaben gehören zunächst die juristische Beratung und Unterstützung des Regierungspräsidenten und der Staatsschreiberin sowie der Abteilungen des Präsidialdepartements (PD) und der Staatskanzlei. Er zeichnet zudem für die Vorbereitung der Entscheide des PD als erstinstanzliche Rekursinstanz, die Instruktion der regierungsrätlichen Rekursverfahren sowie die Vorbereitung der Rekursentscheide zuhanden des Regierungsrates verantwortlich. Der Rechtsdienst wirkt bei der Berichterstattung zu politischen Vorstössen und der Ausarbeitung von Erlassen mit. Er ist schliesslich Anlaufstelle für Gemeindefragen und trägt im Auftrag der Staatsschreiberin die Verantwortung für die Gewährleistung der politischen Rechte.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Dienstleistungen und hoheitliche Leistungen	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation
Schlichtungswesen	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation
Unterstützung des Regierungsrates	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation

Tätigkeiten und Projekte

Dienstleistungen und hoheitliche Leistungen

Kommunikation Die einzelnen Instrumente der Kommunikation werden weiterentwickelt. Das Potenzial der Online-Information und -Kommunikation wird ausgelotet und besser genutzt. Der Wechsel zum Online-Primat des Kantonsblatts wird überprüft. Die Arbeiten zur Überprüfung und Vorbereitung eines grundsätzlichen Relaunches des Online-Portals www.bs.ch werden aufgenommen.

Wahlen und Abstimmungen Im Bereich der politischen Rechte ist die Fortführung des vom Regierungsrat im Mai 2009 beschlossenen, insgesamt zwei Jahre dauernden Testbetriebes der elektronischen Stimmabgabe von Auslandschweizer Stimmberechtigten von grosser Bedeutung.

Beratung Die vielfältigen Beratungsbedürfnisse der Stimmberechtigten, der Öffentlichkeit, der Medien und Dienststellen sollen rasch und kundenfreundlich befriedigt werden.

Schlichtungswesen

Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten Die Staatliche Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten berät und schlichtet bei Mietstreitigkeiten. Ebenso werden der Abbruch und die Zweckentfremdung von Wohnraum geprüft und bewilligt. Im Weiteren behandelt die Schlichtungsstelle Gesuche im Rahmen des Gesetzes über Grundstückserwerb durch Personen im Ausland.

Schlichtungsstelle für Diskriminierungsfragen Die kantonale Schlichtungsstelle für Diskriminierungsfragen berät und schlichtet bei Diskriminierungen im Erwerbsleben aufgrund des Geschlechts.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	20.5	19.7	28.8	30.0	31.5
Regierungsgeschäfte	Anz			2'256	2'700	2'400
Beglaubigungen	Anz			17'964	20'000	18'500
In Schlichtungsverhandlungen erledigte Verfahren	Anz			1'857	1'600	1'800
Ø Tage ab Verfahrenseingang bis Schlichtungsverhandlung	Anz			120	120	120
Eingegangene Rekurse an Regierungsrat	Anz			113	140	140
Eingegangene Rekurs an Präsidialdepartement	Anz			3	4	4
Verfügungen betreffend Initiativen und Referenden	Anz			11	14	10
Besuche auf dem Internet-Portal	Anz				924'000	924'000
Nationale Rankings www.bs.ch	Rang	3	3		3	3

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2009	2010	2011	abs.	%
30 Personalaufwand	4'002.5	4'104.3	4'097.0	-7.3	-0.2
31 Sachaufwand	2'949.9	3'861.6	4'489.6	627.9	16.3
33 Abschreibungen Finanzvermögen	2.4	5.4	5.4	0.0	0.0
36 Eigene Beiträge	1.1	3.0	0.0	-3.0	-100.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	6'955.9	7'974.3	8'591.9	617.7	7.7
42 Vermögenserträge	0.0	-5.2	-5.2	0.0	0.0
43 Entgelte	-740.1	-1'777.2	-1'812.5	-35.3	-2.0
4 Ertrag	-740.1	-1'782.4	-1'817.7	-35.3	-2.0
Ordentlicher Nettoaufwand	6'215.8	6'191.9	6'774.2	582.4	9.4
davon Produktgruppe(n):					
Dienstleistungen und hoheitliche Leistungen	1'121.7	1'063.8	1'433.1	369.2	34.7
Schlichtungswesen	978.7	1'076.3	1'116.3	40.0	3.7
Unterstützung des Regierungsrates	4'115.4	4'051.7	4'224.9	173.2	4.3

Kommentar

- 1 Die Mehrkosten beim Sachaufwand werden durch die Erhöhung der Entschädigung für Wahlbüromitglieder von 20 Prozent ab dem Jahr 2011 aufgrund der Wahlverordnung und durch die Anpassung der E-Voting-Applikation für die Nationalratswahlen 2011 verursacht.

Unterstützung des Regierungsrates

Umsetzung Öffentlichkeitsprinzip Mit Inkrafttreten des neuen Informations- und Datenschutzgesetzes werden auch die Regierungsratsbeschlüsse grundsätzlich öffentlich zugänglich; die entsprechenden Vorbereitungsarbeiten wurden an die Hand genommen und werden weitergeführt.

Generalsekretariat PD

PD-320

Das Generalsekretariat leitet und überwacht die strategischen Projekte des Departements bzw. seiner Abteilungen und der staatlichen Museen. Mit seinen vier Organisationseinheiten Administration, Finanzen, Informatik und Personal erbringt es Dienstleistungen für den Vorsteher und die Abteilungen.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Stabsleistungen Generalsekretariat PD	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation

Tätigkeiten und Projekte

Stabsleistungen

Das Generalsekretariat führt die Geschäftsleitung des Departements. Es ist verantwortlich für den Aufbau und die Weiterentwicklung der Führungsstrukturen und Führungsinstrumente. Die Projektsteuerung des Vorstehers wird durch das Generalsekretariat gewährleistet. Es erbringt Stabsleistungen und sorgt für die Verknüpfung des Departements mit externen Anspruchsgruppen. Für die Verpflichtungen des Regierungspräsidenten in der Öffentlichkeit trägt es in der Vor- und Nachbereitung die Verantwortung für Koordination und Auftragsabwicklung.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	41.3	40.5	19.0	19.8	20.4
Gespräche/Kontakte mit Institutionen/Personen (Networking)	Anz			100	100	100
Öffentl. Verpfl. des Regierungspräsidenten (Repräsentation)	Anz				200	200
Bearbeitete parlamentarische Vorstösse im Grossen Rat	Anz				15	15

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2009	2010	2011	abs.	%
30 Personalaufwand	2'995.5	2'957.2	3'039.6	82.4	2.8
31 Sachaufwand	1'468.8	1'771.4	1'692.2	-79.2	-4.5
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	4'464.3	4'728.6	4'731.8	3.2	0.1
43 Entgelte	-63.6	-5.0	-21.0	-16.0	-320.0
4 Ertrag	-63.6	-5.0	-21.0	-16.0	-320.0
Ordentlicher Nettoaufwand	4'400.7	4'723.6	4'710.8	-12.8	-0.3
davon Produktgruppe(n):					
Stabsleistungen Generalsekretariat PD	4'400.7	4'723.6	4'710.8	-12.8	-0.3
5 Ausgaben Investitionen	0.0	4'600.0	7'000.0	2'400.0	52.2
Nettoinvestitionen VV (NIV)	0.0	4'600.0	7'000.0	2'400.0	52.2

Gleichstellung und Integration

PD-321

Die Abteilung Gleichstellung und Integration fördert und unterstützt die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Chancengleichheit und die Integration von Menschen mit einer Behinderung sowie der zugezogenen Bevölkerung. Ziel ist es, dass Frauen und Männer ungeachtet ihrer Herkunft und physischen oder psychischen Konstitution am wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Leben im Stadtkanton partizipieren. Bewohnerinnen und Bewohner Basels sollen ihr Potenzial umfassend einbringen und entfalten können. Die Abteilung leistet damit einen wesentlichen Teil zur Entwicklung des Kantons. Mit ihrer ausgesprochenen Querschnittsaufgabe kooperiert sie mit anderen Fachdepartementen und vernetzt sich mit Institutionen und Organisationen ausserhalb der Verwaltung und mit anderen Kantonen.

Mit spezifischen Projekten und Massnahmen werden die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen gefördert und strukturelle Benachteiligungen abgebaut. Regierungsrat, Behörden, Institutionen und Privatpersonen werden beraten und unterstützt.

Inner- und ausserhalb der kantonalen Verwaltung werden Diskriminierungen von Menschen mit einer Behinderung in den Bereichen Schule, Arbeit, Wohnen, öffentlicher Verkehr, Bauen und Kommunikation durch die Realisierung konkreter Projekte abgebaut, um diesen die gleichberechtigte Teilnahme am öffentlichen Leben zu ermöglichen. Grundlage ist das kantonale Leitbild „Erwachsene Menschen mit einer Behinderung“.

Mit Integrations- und Antidiskriminierungsmassnahmen sollen die Chancengleichheit und der soziale Zusammenhalt der einheimischen und zugezogenen Bevölkerung gefördert werden. Die gezielte Information aller Beteiligten bezweckt den Abbau von Vorurteilen und Konflikten und die Einhaltung der Rechtsordnung. Die Integrationsförderung mittels Projekten dient der Potenzialförderung von Zugezogenen und ihren Kindern. Mit dem Integrationskredit des Bundes wird die kantonale, regionale und nationale Kooperation weiterentwickelt und insbesondere die Sprachförderung sichergestellt. Das kantonale Leitbild zur Integration und das Integrationsgesetz werden umgesetzt.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Gleichstellungsförderung innerhalb und ausserhalb der Verwaltung	1.4 Gleichstellung und Integration
Integration	1.4 Gleichstellung und Integration

Tätigkeiten und Projekte

Neben der Arbeit in untenstehenden Schwerpunkten stehen die Förderung der Wirksamkeit des Gleichstellungsgesetzes, die Umsetzung des Integrationsgesetzes, die Beratung, Vernetzung und Koordination im Vordergrund. Erlassprüfungen, Stellungnahmen und Vernehmlassungen zu gleichstellungs- und integrationsrelevanten Themen bilden den Kern der rechtlichen Arbeit.

Gleichstellungsförderung innerhalb und ausserhalb der Verwaltung

Familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel Der Fokus der Aktivitäten zur nachhaltigen Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie liegt auf der familienfreundlichen Unternehmenspolitik. Ziel des dafür gegründeten Round Table ist es, zur Förderung vereinbarkeitsgerechter Arbeitsbedingungen in Nordwestschweizer Firmen beizutragen und Basel als familienfreundliche Wirtschaftsregion zu positionieren. Zielgruppenspezifische Projekte und Veranstaltungen werden mit den am Round Table Beteiligten konzipiert und mit Unterstützung von Promotoren und Promotorinnen umgesetzt.

Öffnung Berufswahl Um der Segregation in der Berufswelt entgegenzuwirken, wird ein Akzent bei der Berufswahl von Mädchen und Knaben gesetzt. Ein Aktionsprogramm zur Öffnung der Berufswahl und Stärkung von vielfältigen Lebensentwürfen von Jungen und Mädchen umfasst verschiedene Massnahmen für alle an der Berufswahl beteiligten Akteurinnen und Akteure. Mit dem Programm angesprochen werden nicht nur Schüler/innen, sondern auch Lehrpersonen, Berufsberater/innen, Eltern, Betriebe und die Öffentlichkeit.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	3.1	3.1	10.5	9.0	9.5
Projekte zur Förderung der Gleichstellung Frauen und Männer	Anz	11	12	12	10	12
Projekte zur Integration von Menschen mit Behinderungen	Anz			7	7	7
Projekte Förderung Chancengleichh. von MigrantInnen u. Einh	Anz	62	45	74	65	60
Öffentliche Veranstaltungen Integration Basel	Anz	85	80	80	80	80

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%
30 Personalaufwand	1'560.0	1'595.7	1'687.8	92.1	5.8
31 Sachaufwand	2'159.1	1'618.7	1'352.3	-266.3	-16.5
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
36 Eigene Beiträge	680.0	680.0	680.0	0.0	0.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	4'399.1	3'894.3	3'720.1	-174.2	-4.5
43 Entgelte	-57.2	-39.5	-38.0	1.5	3.8
46 Beiträge für eigene Rechnung	-717.3	-456.2	-302.1	154.1	33.8 ¹
4 Ertrag	-774.4	-495.7	-340.1	155.6	31.4
Ordentlicher Nettoaufwand	3'624.7	3'398.6	3'380.0	-18.6	-0.5
davon Produktgruppe(n):					
Gleichstellungsförderung inner-/ausserhalb der Verwaltung	1'544.5	1'728.4	1'867.5	139.1	8.0
Integration	2'080.1	1'670.2	1'512.6	-157.6	-9.4

Kommentar

- 1 Die Beiträge vom Bund für Integrationsmassnahmen waren bei der Budgeterstellung noch nicht bekannt, werden aber – wie vom Bund bereits angekündigt – weniger hoch als 2010 ausfallen.

Förderung der Selbständigkeit und der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit einer Behinderung Die Kantonale Verwaltung wird für die Anstellung von Menschen mit einer Behinderung sensibilisiert und die Personalgewinnung und die Einrichtung von Lehrstellen für Menschen mit einer Behinderung werden weiterhin gefördert. Die Zugänglichkeit von öffentlichen Gebäuden und der Zugang zu Dienstleistungen, die der Kanton und vom Kanton subventionierte Institutionen erbringen, werden im Rahmen konkreter Projekte verbessert. Weitere Unterstützungsangebote fördern die individuelle Entwicklung von Menschen mit einer Behinderung.

Integration

Förderung der Integration In Erfüllung der gesetzlichen Aufträge von Bund und Kanton fungiert die Fachstelle als Koordinationsstelle für Integrationsförderung im Kanton Basel-Stadt und als Ansprechstelle für den Bund. In Zusammenarbeit mit den andern Departementen werden strukturelle Hürden abgebaut, die Chancengleichheit verbessert und verbindliche Regelungen erarbeitet und weiterentwickelt. Die Stelle steuert das bedarfsorientierte Beratungs- und Schulungsangebot durch Private und unterstützt im Rahmen der Projektförderung Migrationsorganisationen in niederschweligen Projekten zur Information, Kommunikation und sozialen Integration für schwer erreichbare Zielgruppen. Die Sprachförderung wird durch die Fachstelle Erwachsenenbildung des Erziehungsdepartements unterstützt.

Öffentlichkeitsarbeit Regelmässig werden Verwaltung, Organisationen und die breite Bevölkerung zu Migrations- und Integrationsthemen zielgruppenspezifisch informiert, sensibilisiert und zu

Gesprächsforen eingeladen. Neuzugezogene werden begrüsst, willkommen geheissen und bedarfsgerecht weiteren spezifischen Integrationsangeboten zugeführt. Migrationszeitung, Veranstaltungen, Internet und diverse Produkte tragen zum Abbau von Vorurteilen wie auch zur Versachlichung der Diskussion bei.

Aussenbeziehungen und Standortmarketing

PD-340

Die Abteilung Aussenbeziehungen und Standortmarketing zeichnet verantwortlich für die Gesamtplanung der Aussenbeziehungen des Standortes Basel und koordiniert die entsprechenden Marketingaktivitäten.

Die Aussenbeziehungen beinhalten die Mitwirkung bei der Entwicklung und Umsetzung grenzüberschreitender Vorhaben sowie die Pflege der Aussenbeziehungen innerhalb der (trinationalen) Region, der Schweiz sowie in Europa und weltweit. Im Weiteren gehören seit 2009 das Lobbying auf nationaler Ebene sowie die Vertiefung der strategischen Kooperationen, allen voran mit Massachusetts und Shanghai, zu den Schwerpunktthemen. Hinzu kommt die Entwicklungszusammenarbeit, welche durch gezielte Unterstützung im Ausland wertvolle Beiträge in Entwicklungsgebieten leistet.

Das Standortmarketing ist für die Pflege der Marke „Basel“ verantwortlich, betreibt das Internet-Portal www.basel.ch und realisiert die Imagewerbung für Basel im In- und Ausland. Zum Auftrag gehören zudem, die Stärken und Schwächen des Standortes sowie die Bedürfnisse der Akteure und Zielgruppen periodisch zu evaluieren und laufend konkrete, effektive und effiziente Verbesserungsmassnahmen vorzuschlagen. Im Weiteren wird seit 2009 die koordinierte Akquisition von Grossanlässen verstärkt. Bei Anlässen wie der Bundesfeier am Rhein, der Basler Herbstmesse, dem Basler Weihnachtsmarkt sowie den regelmässig stattfindenden Märkten auf öffentlichem Grund tritt der Kanton Basel-Stadt (Messen & Märkte) selbst als Organisator auf.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Standortmarketing	1.3 Aussenbeziehungen und Standortmarketing
Trinationale Zusammenarbeit	1.3 Aussenbeziehungen und Standortmarketing

Tätigkeiten und Projekte

Die Abteilung Aussenbeziehungen und Standortmarketing betreut und koordiniert weitgehend sämtliche Aussenbeziehungen und Aussenwirkungen des Kantons Basel-Stadt. Die Stärkung der Positionierung im internationalen Standortwettbewerb einerseits, und die konzeptionellen Planungsarbeiten im Bereich der regionalen Zusammenarbeit und der Interessensvertretung auf nationaler Ebene andererseits, stellen die zentralen Themen im Berichtsjahr.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Interkantonale Zusammenarbeit/Trinationaler Eurodistrict Basel/Grenzüberschreitende Projektförderung/Interessensvertretung Die Umsetzung der neuen Subventionsverträge im Bereich der institutionellen Zusammenarbeit sowie die Bündelung der Kräfte durch Straffung der Organisationsformen stehen im Berichtsjahr im Zentrum. Hierzu gehören auch die Stärkung des Trinationalen Eurodistricts Basel sowie die Erarbeitung eines Konzeptes für eine mögliche Metropolitankonferenz Basel. Weitere Projekte betreffen die koordinierte Interessensvertretung auf nationaler Ebene und die Prüfung von Kooperationsmöglichkeiten zwischen den Metropolitanräumen.

Standortmarketing

Positionierung im Standortwettbewerb/Präsenz Basel im Ausland/Grossevents Im Sinn der strategischen Zielsetzung „Put Basel on the map“ realisiert die Abteilung Aussenbeziehungen und Standortmarketing in Absprache mit den Marketingpartnern jedes Jahr mindestens eine umfassende Auslandpräsenz in einem gemeinsam definierten Zielmarkt. Im 2011 steht neben Deutschland, USA und China auch Russland auf dem Programm. Mittels koordinierter und zielgerichteter Akquisitionsbemühungen sollen international bedeutende Grossanlässe für Basel gewonnen und aus erster Hand betreut werden. Darüber hinaus gilt es, die 541. Basler Herbstmesse und den Basler Weihnachtsmarkt mit zum Teil veränderten Platzverhältnissen durchzuführen und die zukunftsgerichtete Weiterentwicklung voranzutreiben.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	4.9	4.6	12.0	12.0	12.5
Gutgeheissene Rekurse Messen und Märkte	Anz				2	2
Imagekampagne-Plattformen im In- und Ausland	Anz	2	2		2	2
Akquisition und Realisierung von Grossanlässen	Anz	3	2		2	2
Projekte mit grenzüberschreitendem Mehrwert	Anz				16	16

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2009	2010	2011	abs.	%
30 Personalaufwand	1'623.4	1'751.5	1'782.9	31.3	1.8
31 Sachaufwand	3'281.7	3'770.5	3'427.8	-342.7	-9.1
36 Eigene Beiträge	2'665.6	2'856.0	2'756.0	-100.0	-3.5
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	7'570.6	8'378.0	7'966.6	-411.4	-4.9
41 Regalien und Konzessionen	-3.6	-10.0	-3.6	6.4	64.0
42 Vermögenserträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
43 Entgelte	-3'244.3	-3'323.5	-3'362.5	-39.0	-1.2
4 Ertrag	-3'247.8	-3'333.5	-3'366.1	-32.6	-1.0
Ordentlicher Nettoaufwand	4'322.8	5'044.5	4'600.5	-444.0	-8.8
davon Produktgruppe(n):					
Trinationale Zusammenarbeit und Aussenbeziehungen	1'292.9	1'744.4	1'367.3	-377.1	-21.6
Standort-Marketing	3'029.9	3'300.1	3'233.3	-66.9	-2.0

Städtepartnerschaften Im Berichtsjahr gilt es, die bestehenden Netzwerke, Austausch- und Kooperationsprogramme im Rahmen der Städtebeziehung zwischen Basel und Shanghai sowie der Kooperation zwischen Basel und Massachusetts zu stärken und auszubauen. Gleichermassen gilt es, die wachsende Chinese Community in Basel zu stärken und die Visibilität der Städtekooperationspartner in der Region zu erhöhen.

Kantons- und Stadtentwicklung

PD-350

Die Abteilung Kantons- und Stadtentwicklung befasst sich mit der mittel- und langfristig ausgerichteten strategischen Entwicklung von Basel-Stadt als Zentrum unseres Metropolitanraums. Sie stellt eine interdepartementale Planungskoordination sicher, welche die departementalen Planungsvorhaben mit den übergeordneten Zielen des Regierungsrates verknüpft. Die Leitung vertritt die Abteilung gegen aussen, fördert den Wissens- und Erfahrungstransfer und führt departementale Schlüsselprojekte. Die Fachstelle „Grundlagen und Strategien“ bearbeitet übergeordnete Fragestellungen mit Querschnittcharakter. Sie liefert im Rahmen des strategischen Controllings die notwendigen Inputs, um Kohärenz zwischen den Fachplanungen der Departemente und den im Legislaturplan definierten Strategien herzustellen. Die Fachstelle „Stadtteilentwicklung“ erfasst soziale, wirtschaftliche, räumliche und ökologische Aspekte der Stadtquartiere und begleitet in breit angelegten Mitwirkungsverfahren Transformationen zur Verbesserung der Lebensqualität. Die Kontaktstelle für Quartierarbeit und die Koordinationsstelle Freiwilligenarbeit stellen die Verankerung der Vorhaben in der Wohnbevölkerung sicher. Die Fachstelle „Stadtwohnen“ fördert in ganzheitlicher, umfassender Weise den Wohnungsbau und die Bestrebungen zur Verbesserung des Wohnumfelds.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Kantons- und Stadtentwicklung	1.2 Kantonsentwicklung

Tätigkeiten und Projekte

Kantons- und Stadtentwicklung

Leitung Die Kantons- und Stadtentwicklung baut die in- und externen Kooperationen für das Legislaturplanprojekt „Welcome“ weiter aus, bewirtschaftet die bereits erzielten Projektschritte und entwickelt das Projekt operativ und strategisch weiter. Für Auftakt und Anlauf der Internationalen Bauausstellung „IBA Basel 2020“ ab Herbst 2010 wirkt die Abteilung als Inputgeber und Co-Partner für die federführenden Instanzen und arbeitet in Form von Projektkooperationen während der IBA-Startphase und darüber hinaus mit. Zu den weiteren Aufgaben gehören neben der Leitung der Legislaturplan-Konferenz insbesondere der Informationstransfer sowie die Öffentlichkeitsarbeit der Abteilung.

Grundlagen und Strategien Im Rahmen des strategischen Controllings zum Legislaturplan werden die Arbeiten zur Erstellung der entsprechenden Berichterstattung weiter vorangetrieben und abgeschlossen. In diesem Kontext betreut und organisiert die Fachstelle Grundlagen und Strategien die Legislaturplankonferenz und leistet die notwendigen Stabsdienste zuhanden des Regierungsrats. Zudem gilt es, die Erstellung des nächsten Legislaturplans zu planen und die entsprechenden Vorbereitungsarbeiten anzugehen. Die Fachstelle wird das Controlling des Projekts „Qualität im Zentrum“ aufbauen und betreuen. Die Grundlagenprojekte befassen sich insbesondere mit den Themen „öffentlicher Raum“, Potenzialszenarien Herzstück, Simulation Kanton Basel, Wohnen und Lebensqualität.

Stadtteilentwicklung Zur Steigerung der Lebensqualität in Basel ergänzen sich Stadtteilentwicklung, Quartierarbeit und Förderung der Freiwilligenarbeit optimal. Im Vordergrund der Stadtteilentwicklung stehen gemäss Grossratsbeschluss 05/50/17G vom 15. Dezember 2005 bis Ende 2010 Fortführung und Abschluss des Projekts Stadtentwicklung Basel Nord (zum Beispiel Magazin „Fokus Basel Nord“, Nutzungsevaluation Freiräume Klybeck/Kleinhüningen, Unterstützung Stellwerk und Aktienmühle). Einzelne Teilaufgaben wie die Entwicklung des Kasernenareals oder die Mitarbeit bei der Hafen-/Stadtentwicklung Klybeck und Kleinhüningen werden weitergeführt. Ab 2011 wird die bewährte integrale Arbeitsmethodik (Analyse, Konzeption, Koordination und Kommunikation) zudem ressourcenorientiert auf weitere Schwerpunktgebiete in der gesamten Stadt übertragen.

Die Kontaktstelle für Quartierarbeit verfolgt die Umsetzung der gesamstädtischen Konzepte „Quartiertreffpunkte“, „Quartiersekretariate“ sowie neu „Willkommen im Quartier“ weiter. Die Subventionierung von 14 privaten Trägerschaften der Quartierarbeit wird für die Jahre 2011 bis 2013 sichergestellt. Mit den Stadtteilsekretariaten Kleinbasel und neu Basel-West werden die zu bearbeitenden

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz			12.7	12.8	12.7
Vertiefende Grundlagenberichte	Anz				2	8
Zusätzliche Wohnungen im Kanton	Anz			468	400	500
Gesetz Wohnraumförderung	Tendenz					liegt vor
Anlässe europ. Freiwilligenjahr 2011	Anz					7

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2009	2010	2011	abs.	%
30 Personalaufwand	1'474.3	2'128.2	2'140.3	12.1	0.6
31 Sachaufwand	754.8	762.2	1'375.5	613.4	80.5
36 Eigene Beiträge	1'107.9	1'130.0	1'220.0	90.0	8.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	3'337.0	4'020.4	4'735.8	715.4	17.8
43 Entgelte	-0.3	-4.5	-2.5	2.0	44.4
4 Ertrag	-0.3	-4.5	-2.5	2.0	44.4
Ordentlicher Nettoaufwand	3'336.7	4'015.9	4'733.3	717.4	17.9
davon Produktgruppe(n):					
Kantons- und Stadtentwicklung	3'336.7	4'015.9	4'733.3	717.4	17.9
5 Ausgaben Investitionen	825.6	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV (NIV)	825.6	0.0	0.0	0.0	0.0

Kommentar

1 Die Abweichung ergibt sich aus dem Übertrag der Kredite „Basel Nord“ und „Logis-Bâle“ im Rahmen der Schaffung der Fachstellen Stadtteilentwicklung und Stadtwohnen in den Ordentlichen Nettoaufwand (ONA).

Schwerpunkthemen 2011 festgelegt. Die Kontaktstelle für Quartierarbeit ist innerhalb der Verwaltung Triagestelle bei der Mitwirkung der Quartierbevölkerung (gemäss §55 Kantonsverfassung) und trägt zur Optimierung der Mitwirkungsverfahren bei.

Die 2010 eingerichtete Koordinationsstelle Bewilligungswesen arbeitet departementübergreifend für effizientere Bewilligungsverfahren durch Optimierung der Verwaltungsverfahren und Dienstleistungen unter Beizug der Kunden. Nachdem bereits die elektronische Antragsstellung für Allmendnutzungen sowie Arbeits- und Aufenthaltsbewilligungen eingeführt werden konnte, steht 2011 die Ausdehnung auf weitere Bewilligungssegmente im Zentrum. Das Bewilligungswesen wird zudem schrittweise in ein umfassendes eGovernment-Angebot mit Diensten wie elektronischer Rechnungsstellung und -bezahlung überführt.

Das Potenzial der Freiwilligenarbeit im Kanton Basel-Stadt wird mit folgenden Arbeiten gefördert: Durchführung „Internationaler Tag der Freiwilligen“; drei Anerkennungspreise „schappo“; Fachtagung Freiwilligenarbeit; Auftritt an der MUBA und insbesondere die Begehung des Europäischen Freiwilligenjahres 2011 mit zahlreichen Aktionen.

Stadtwohnen Die Zielsetzungen der Fachstelle Stadtwohnen umfassen die Bereitstellung eines vielfältigen, attraktiven und ausreichenden Wohnangebots. Als Beitrag für eine gute Bevölkerungsdurchmischung werden hochwertiger Wohnraum und Wohnraum für Familien spezifisch gefördert. Dazu erarbeitet die Fachstelle Stadtwohnen eine kantonale, interdepartementale Strategie zur Wohnraumentwicklung für 2009 bis 2013 und die dazu notwendigen gesetzlichen Grundlagen.

Die Fachstelle Stadtwohnen betreut bis zum geplanten Ende des Projektes Logis Bâle per Ende 2010 die Geschäftsstelle und führt ab 2011 die bisherigen Massnahmen weiter. Dazu gehören insbesondere die Sicherstellung von zielförderlichen Rahmenbedingungen, die Bearbeitung und Koordination von Wohnanliegen, Anregungen zur besseren Nutzung der Reserven im Wohnungsbestand sowie die Erhöhung der Sanierungsquote. Dazu bietet die Fachstelle in Zusammenarbeit mit Verbänden kostenlose Erstberatungen für Genossenschaften und private Liegenschaftseigentümer an. Weitere

konkrete Massnahmen sind: die Kontaktpflege zu Investoren via Investorengespräch (Herbst 2011); die Information über Investitionsmöglichkeiten und interessante Bauvorhaben über die Webseiten logisbale.ch und entwicklung.bs.ch; Öffentlichkeitsarbeit (zum Beispiel Präsenz an der ImmoExpo Basel); die jährliche Stadtwohnkampagne.

Für die Bearbeitung der Massnahmen sind die Bereitstellung von Grundlagen zu Wohnthemen, der interdepartementale und interkantonale Austausch sowie der Kontakt zu Verbänden und Interessenvertretern auf dem Wohnungsmarkt zentral.

Statistisches Amt

PD-360

Das Statistische Amt erhebt, plausibilisiert und analysiert Daten auf Ebene Kanton und Gemeinden für die thematischen Bereiche „Gesellschaft und Soziales“, „Raum und Umwelt“ sowie „Wirtschaft und Arbeit“ und führt die dazu notwendigen Informatiksysteme.

Für kantonale oder städtische Bedürfnisse werden zusätzlich umfangreiche Analysen auf höherem Detaillierungsgrad durchgeführt und statistische Informationssysteme zur Unterstützung von Planungs- und Entscheidungsprozessen entwickelt und unterhalten.

Die Vermittlung der statistischen Informationen erfolgt in unterschiedlichster, auf die Bedürfnisse der Nachfragenden zugeschnittener Form (Einzelauskünfte, Beratungen, Ad-hoc-Auswertungen, Internetangebot sowie Standard- und Spezialpublikationen). Die Bereitstellung von Interpretationshilfen sowie die Visualisierung der Daten in Form von Grafiken und Karten gehört mit zu den Grundaufgaben. Das Statistische Amt führt Befragungen durch (Bevölkerungsbefragungen, Kundenbefragungen der Verwaltung), erstellt Prognosen und berät in Forschungsfragen. Mit der Herausgabe des Jahrbuches wird der Dokumentationsauftrag erfüllt; damit soll späteren Generationen der Nachvollzug früherer Bedingungen ermöglicht werden.

Das Statistische Amt erbringt statistische Dienstleistungen, die durch die Bundesgesetzgebung, insbesondere durch das Bundesstatistikgesetz und das Registerharmonisierungsgesetz, an die Kantone delegiert sind. Es führt zudem das kantonale Gebäude- und Wohnungsregister (GWR) als vom Bund anerkannter Teil des Eidgenössischen Gebäude- und Wohnungsregisters.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Statistik und Analyse	1.2 Kantonsentwicklung

Tätigkeiten und Projekte

Das Statistische Amt bekommt die Veränderungen der Statistik auf Bundesebene sehr stark zu spüren, indem die Realisierung ressourcenintensiver Modernisierungsprojekte zunehmend vom Bund auf den Kanton verschoben wird. Abgesehen von anfallenden Initialisierungskosten ist anschliessend der laufende Aufwand wesentlich grösser als vorher, da die Daten häufiger geliefert werden müssen und in grösserem Umfang bei den Plausibilisierungsarbeiten Unterstützung geleistet werden muss. Gleichzeitig nehmen im Kanton der Bedarf und die Anforderungen an die Verfügbarkeit von statistischer Information ständig zu.

Statistik und Analyse

Statistikgesetz Die Datenschutzrichtlinien des Bundes sowie das neue kantonale Informations- und Datenschutzgesetz machen es notwendig, ein kantonales Statistikgesetz auszuarbeiten, soll das Statistische Amt seine Aufgaben auch in Zukunft erfüllen können. Die Vorarbeiten wurden bereits Ende 2009 begonnen und führten nun zu der Erkenntnis, dass das Gesetz nicht an andere, bereits bestehende kantonale Statistikgesetze angelehnt werden kann, da diese die Veränderungen in der Bundesstatistik, insbesondere die Nutzung der Register inkl. Verknüpfung der Daten, noch nicht abbilden. Zudem ist die spezielle Situation als Stadtkanton sonst nirgends abgebildet.

Inhaltliches und formales Redesign des Jahrbuchs Aufgrund der Registerharmonisierung und der Neukonzeption der Eidgenössischen Volkszählung müssen sämtliche Inhalte, die auf Daten aus der Volkszählung aufbauen, neu konzipiert werden. Teilweise wird Information auch nicht mehr zur Verfügung stehen, so dass Tabellen nicht mehr weitergeführt werden können. Die zur Verfügung stehende Information wird teilweise neu aus Stichprobenerhebungen stammen und bedingt einen völlig anderen Umgang in der Berechnung wie der Darstellung. Insbesondere muss das Statistische Amt sein Know-how bezüglich der analytischen Statistik ausbauen. Das Jahrbuch soll bei dieser inhaltlichen Überarbeitung auch gleich formal angepasst werden. Der Kostendruck zwingt zu einer billigeren Produktion und Ausfertigung.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	13.5	16.1	15.5	16.2	18.2
Internetzugriffe (Anzahl Besuche)	Anz	147'898	171'045	176'361	170'000	170'000
Kurzanfragen	Anz	3'736	4'330	4'639	4'000	4'500
Anfragen, die mehr als eine Stunde Aufwand verursachen	Anz	91	157	189	150	160
Begründete Beanstandungen (stat.Information)	Anz			0	kleiner als 4	kleiner als 4

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2009	2010	2011	abs.	%
30 Personalaufwand	2'473.5	2'477.6	2'767.8	290.2	11.7 ¹
31 Sachaufwand	902.7	901.8	909.5	7.7	0.9
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.3	0.0	0.5	0.5	0.0
36 Eigene Beiträge	40.0	42.0	42.0	0.0	0.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	3'416.5	3'421.4	3'719.8	298.4	8.7
42 Vermögenserträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
43 Entgelte	-481.6	-315.3	-307.5	7.8	2.5
46 Beiträge für eigene Rechnung	-8.0	-16.0	-16.0	0.0	0.0
4 Ertrag	-489.6	-331.3	-323.5	7.8	2.4
Ordentlicher Nettoaufwand	2'926.9	3'090.1	3'396.3	306.2	9.9
davon Produktgruppe(n):					
Statistik und Analyse	2'926.9	3'090.1	3'396.3	306.2	9.9

Kommentar

- 1 Die Zunahme beim Personalaufwand ist auf bisher verrechnete Dienstleistungen welche in ordentliche Stellen überführt wurden zurückzuführen.

Revision der kantonalen Bevölkerungsstatistik Aufgrund der vom Bund im Hinblick auf die registerbasierte Volkszählung neu eingeführten Bevölkerungsdefinitionen und dem damit verbundenen Wegfall der „wirtschaftlichen Bevölkerung“ besteht dringender Bedarf, die kantonale Bevölkerungsdefinition sowie sämtliche darauf beruhenden Auswertungen zu überarbeiten. Die Überarbeitung erfolgt in Zusammenarbeit mit allen grossen Städten der Schweiz, damit die Statistiken weiterhin vergleichbar sind. Eng verknüpft mit der Bevölkerungsstatistik ist die Berechnung von Bevölkerungsprognosen. Das Statistische Amt erstellt derzeit in Zusammenarbeit mit einer Expertengruppe aus allen Departementen eine kantonale Prognose, die künftig jährlich aktualisiert wird.

Registerharmonisierung / Eidgenössische Volkszählung 2010 Ende 2010 findet die Volkszählung erstmals als Registerauswertung statt. Als zuständige kantonale Stelle wird das Statistische Amt sämtliche notwendigen Koordinationsaufgaben übernehmen, sämtlichen durch den Bund zurückgemeldeten Fehlern nachgehen und anschliessend die Resultate plausibilisieren müssen. Diese Aufgaben sind gleichzeitig mit der weiterhin laufenden Bearbeitung der Restfälle der Registerharmonisierung zu leisten. Parallel dazu finden die neuen Stichprobenerhebungen statt (Strukturerhebung, Thematische Erhebung zur Mobilität), welche die neu gestaltete Volkszählung ergänzen. Auch hier muss das Statistische Amt als zuständige Stelle Unterstützung bieten.

Modernisierung der Erhebungen im Bildungsbereich (MEB) / Kantonale Bildungsstatistik

Die Bildungslandschaft ist auf allen Ebenen tiefgreifend im Umbruch, was grosse Auswirkungen auf die Statistik hat. Der Bund führt in den nächsten Jahren das Grossprojekt „Modernisierung der Erhebungen im Bildungsbereich (MEB)“ durch. Die Kantone müssen die Erhebungen im gesamten Bildungsbereich völlig neu – registerbasiert – aufbauen. Dazu kommt der statistische Nachvollzug des Bildungsraumes (Bildungsbericht Nordwestschweiz, Schulprognose auf Ebene Nordwestschweiz). Schliesslich müssen auch die kantonalen Änderungen im Bildungswesen in der Statistik nachvollzogen werden.

Betriebszählung 2011 Die anstehende Betriebszählung soll nicht mehr durch eine Erhebung bei den Betrieben, sondern als Registerauswertung stattfinden. Der Bund drängt die Kantone zum Aufbau eigener Register, hat allerdings Details zum Registeraufbau und die Durchführung der Erhebung noch nicht bekannt gegeben. Es ist davon auszugehen, dass das Statistische Amt umfangreiche Arbeiten übernehmen werden muss.

Kantonale Bevölkerungsbefragung 2011 2011 wird die Bevölkerungsbefragung zum vierten Mal durchgeführt. Die für 2010 vorgesehene Dreilandbefragung wird als Vertiefungsteil der Bevölkerungsbefragung durchgeführt. Die Fragen des Vertiefungsteils wurden bereits 2005 abgefragt und somit wird es mit den Resultaten möglich sein, erste Entwicklungstrends aufzuzeigen.

Kultur

PD-370

Die Abteilung Kultur fördert und unterstützt über Beiträge an Institutionen, Festivals, frei schaffende Künstlerinnen und Künstler das aktuelle Kulturschaffen und die Kulturvermittlung in den Sparten bildende Kunst, Theater und Tanz, Musik, Literatur und Audiovision, und setzt sich in verschiedenen Gremien für kulturpolitische Belange und Anliegen ein. Mit seinen Dienststellen Archäologische Bodenforschung und Staatsarchiv bewahrt und pflegt es das kulturelle Erbe, sichert und vermittelt die dokumentarische Überlieferung und macht diese der Verwaltung und Öffentlichkeit zugänglich. Die fünf staatlichen Museen pflegen ihre Sammlungen, vermitteln diese an das Publikum, führen attraktive Sonderausstellungen durch und betreiben in ihren Fachgebieten wissenschaftliche Forschung. Die Abteilung Kultur pflegt eine enge Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft und strebt wo immer möglich eine partnerschaftliche Finanzierung der Kulturangebote an. Die Museumsdienste gewinnen mit geeigneten Massnahmen neues Publikum, über Education Projekte wird die Zusammenarbeit zwischen subventionierten Kulturinstitutionen und Jugendlichen gefördert. In verschiedenen Gremien (Konferenz der kantonalen Kulturbeauftragten, Konferenz der Schweizer Kulturstädte, Oberrheinkonferenz u.a.m.) setzt sich die Abteilung Kultur für den regionalen und nationalen Austausch, für Synergien und gemeinsame kulturpolitische Anliegen ein.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Förderung des Kunstschaffens	1.1 Kulturförderung und -pflege
Stabsleistungen Abteilung Kultur	1.1 Kulturförderung und -pflege

Tätigkeiten und Projekte

Zu den wesentlichen Aufgaben und Projekten der Abteilung Kultur im Jahr 2011 zählen nach entsprechenden Beschlüssen des Regierungsrates und des Grossen Rates im Jahr 2010 die konkrete Planung des Erweiterungsbaus für das Kunstmuseum. Weitere grosse Bauprojekte werden weiter verfolgt und in die politischen Prozesse eingebracht: künftiger Standort Naturhistorisches Museum und Staatsarchiv. Im Bereich der Kulturförderung stehen zwei bedeutende Subventionsverhandlungen an, mit der Stiftung Basler Orchester (Sinfonieorchester Basel) und der GGG Stadtbibliothek (ehemals Allgemeine Bibliotheken der GGG). Zudem wird der Prozess (Mitwirkungsprozess) für das Kulturleitbild abgeschlossen und das Kulturleitbild wird umgesetzt.

Förderung des Kulturschaffens

Die Förderung des Kunstschaffens ist durch die betreffenden Kredite und Subventionen (Kunstkredit, gemeinsame Fachkredite BS/BL, Atelierkredit, Kulturpauschale u.a.m.) definiert. Die Abteilung Kultur finanziert und führt seit 2006 die Education-Projekte Region Basel durch. Die Zusammenarbeit mit Partnerinstitutionen und den Kantonen Basel-Landschaft und Jura soll noch verstärkt werden. Als Neuerung wird 2011 der Performance-Wettbewerb des Kunstcredits in Genf, in einer nationalen Kooperation zwischen den Städten Basel und Genf sowie dem Aargauer Kuratorium durchgeführt.

Stabsleistungen Abteilung Kultur

Die Finalisierung des Kulturleitbilds (nach entsprechendem Regierungsbeschluss, mit Mitwirkungsverfahren und der Kenntnisnahme durch das Parlament) wird 2011 im Zentrum stehen. Die Umsetzung der im Kulturleitbild definierten Ziele der Kulturförderung wird, neben den bisherigen Aufgaben, weitgehend die Tätigkeiten der Abteilung Kultur prägen. Die Abteilung Kultur ist im interdepartementalen Projekt „Entwicklung Kasernenareal“ in zwei wichtigen Teilbereichen direkt involviert: der Nachnutzung Hauptbau und dem zentralen Arealmanagement. Auf Anfang 2011 wird die Leitung der Abteilung Kultur neu besetzt werden.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	10.5	9.6	11.0	10.7	10.9
Theater Basel: Zahlende Besucher/-innen aller Sparten	Anz	158'000	164'935	176'166	190'000	190'000
Sinfonieorchester Basel (SOB): Anzahl Auftritte	Anz	153	155	155	150	150
Kulturprojekte: Eingehende Gesuche	Anz	942	837	955	940	940
Zahlende Besucher/-innen Museumsnacht	Anz	27'949	29'591	28'383	24'000	28'000

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%
30 Personalaufwand	1'644.4	1'656.6	1'656.9	0.3	0.0
31 Sachaufwand	1'621.6	1'601.9	1'542.8	-59.1	-3.7
36 Eigene Beiträge	61'162.0	61'861.8	62'303.0	441.3	0.7
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	64'428.0	65'120.2	65'502.7	382.5	0.6
42 Vermögenserträge	0.0	-0.1	-0.1	0.0	0.0
43 Entgelte	-103.6	-128.7	-103.8	24.9	19.3
46 Beiträge für eigene Rechnung	-360.5	-420.0	-360.0	60.0	14.3
4 Ertrag	-464.2	-548.8	-463.9	84.9	15.5
Ordentlicher Nettoaufwand	63'963.8	64'571.5	65'038.9	467.4	0.7
davon Produktgruppe(n):					
Förderung des Kunstschaffens	62'317.2	62'929.1	63'467.0	537.9	0.9
Stabsleistungen Abteilung Kultur	1'646.6	1'642.4	1'571.9	-70.5	-4.3

Staatsarchiv

PD-376

Das Staatsarchiv bewahrt Informationen aus der Vergangenheit auf und sorgt dafür, dass Informationen auch für die Zukunft vorhanden sind. Es wählt aus der Unmenge von Unterlagen (Akten, elektronische Daten, Bilder), die bei Behörden und Verwaltung entstehen, jenen Bruchteil aus, der für eine dauerhafte Dokumentation notwendig ist. Die Unterlagen staatlicher Herkunft werden ergänzt durch private Materialien, einschliesslich Fotoarchive.

Das Staatsarchiv stellt die Akten, Bilder usw. der Öffentlichkeit und der Verwaltung zur Verfügung, soweit der Datenschutz dem nicht entgegensteht. Die Benützung des Staatsarchivs erfolgt hauptsächlich im Lesesaal, zu dem alle Interessierten freien Zugang haben, und über das Internet.

Der Auftrag des Staatsarchivs stützt sich auf das Archivgesetz (SG 153.600), die nachgeordnete Registratur- und Archivierungsverordnung (SG 153.610) sowie auf die Verordnung betreffend die Ausleihe von Bauakten (SG 739.500).

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Staatsarchiv	1.1 Kulturförderung und -pflege

Tätigkeiten und Projekte

Das Staatsarchiv ist seit 2009 neu der Abteilung Kultur im Präsidialdepartement zugeordnet. Es ist weiterhin behilflich bei der Anpassung der im Rahmen von Regierungs- und Verwaltungsreorganisation RV09 neu eingeführten Registraturpläne und wirkt an entscheidender Stelle bei der Erarbeitung von Richtlinien zur Geschäftsverwaltung im Geschäftsverwaltungssystem Konsul mit.

Staatsarchiv

Raumplanung und Raumprojekt Die räumlichen Indisponibilitäten des Staatsarchivs bezüglich Magazinraum (2012 zu 95% ausgeschöpft) und Betriebsabläufen schränken die Übernahme von Unterlagen und deren Bearbeitung sowie den Kundenservice zunehmend ein. Das Finanzdepartement (Immobilien Basel-Stadt) und das Bau- und Verkehrsdepartement unter Beteiligung des Staatsarchivs erstatteten 2010 der Regierung gemäss Regierungsratsbeschluss vom 18. November 2008 Bericht. Die Resultate der Machbarkeitsstudien über zwei Standorte schaffen die Grundlage für eine Lösung der Raumprobleme des Staatsarchivs.

Informatisierung des Staatsarchivs Das Projekt Informatisierung III wird anfangs 2011 abgeschlossen: Nebst einem ersten breiten Online-Angebot digitalisierter Unterlagen, das sich über zentrale Aktenbestände sowie audiovisuelle Unterlagen, Bildmaterial und Pläne erstreckt, übernimmt das Archiv auf Basis der bis Ende 2010 realisierten Infrastruktur und der neu definierten Geschäftsprozesse für die Archivierung digitaler Unterlagen ab 2011 elektronische Unterlagen zur dauerhaften Archivierung.

Informationssicherung In enger Zusammenarbeit mit dem Staatsarchiv wurden 2010 Richtlinien zur Geschäftsverwaltung in Konsul erarbeitet und gleichzeitig durch das Archiv Archivierungsfunktionalitäten in Konsul definiert. Mit Einführung der Richtlinien 2011 erfolgt eine erste Auswertung der Resultate aus Sicht des Archivs in Hinblick auf seine Beratungstätigkeit und Unterstützung der Verwaltungsstellen bei Records Management (RCM) und Geschäftsverwaltung.

Zur Behebung der 2009/2010 evaluierten Defizite in der Bestandserhaltung (Konservierung und Sicherung der archivierten Unterlagen) sind für 2011 und folgende Jahre zwei Projekte geplant: 1. Ersatz von nicht archivgerechter Verpackung bei Urkunden und Akten des 13. bis 20. Jahrhunderts und 2. Sicherung und Nutzbarmachung von Archivgut durch Mikroverfilmung und Digitalisierung.

Informationsvermittlung Die systematische Vermittlung der Tätigkeiten des Staatsarchivs wird für die Forschung und eine breitere Öffentlichkeit anhand konkreter Erschliessungsprojekte vorangetrieben, die Kooperationen mit internen und externen Partnern intensiviert und Vermittlungsangebote erstmals systematisch kommuniziert (Führungen, Zusammenarbeit mit Schulen).

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011	
Headcount (Vollzeitstellen 100 %)	Anz	15.7	16.1	15.8	16.4	16.4	
Benützungen	Anz	9'516	8'490	9'358	8'500	8'500	¹
Unbearbeitete Ablieferungen	Anz	311	308	312	350	350	²
Fristerreichung Anfragenbeantwortung	%	89.1	89.4	88.9	88.0	88.0	³

Kommentar

- 1 Die Anzahl Benützungen widerspiegelt die Entwicklung der Nutzung durch Private, Verwaltung und Politik: Benützungen vor Ort (Lesesaal, Bauplanausgabe, Planarchiv, Bildersammlung), Anfragen, Reproduktionen und sonstige Benützungen (Leihgaben, Führungen usw.).
- 2 Die Anzahl eingegangener Ablieferungen von Unterlagen, die nicht erschlossen respektive für die Benützung noch nicht verfügbar sind.
- 3 Der Anteil der innerhalb von zehn Tagen beantworteten Anfragen.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%
30 Personalaufwand	2'233.1	2'291.5	2'280.7	-10.8	-0.5
31 Sachaufwand	1'327.3	1'284.1	1'279.2	-5.0	-0.4
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.2	0.0	-0.2	-100.0
36 Eigene Beiträge	5.0	5.0	5.0	0.0	0.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	3'565.4	3'580.9	3'564.9	-16.0	-0.4
42 Vermögenserträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
43 Entgelte	-296.7	-244.0	-270.3	-26.3	-10.8
4 Ertrag	-296.8	-244.0	-270.3	-26.3	-10.8
Ordentlicher Nettoaufwand	3'268.6	3'336.9	3'294.6	-42.3	-1.3
davon Produktgruppe(n):					
Staatsarchiv	3'268.6	3'336.9	3'294.6	-42.3	-1.3
5 Ausgaben Investitionen	259.8	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV (NIV)	259.8	0.0	0.0	0.0	0.0

Archäologische Bodenforschung

PD-377

Die Archäologische Bodenforschung ist verantwortlich für die Sicherung, Erforschung und Vermittlung des archäologischen Erbes. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zum Verständnis und zur Förderung der kulturellen Identität des Kantons Basel-Stadt geleistet.

Der Auftrag umfasst folgende drei Hauptaufgaben: Sichern und Erfassen des archäologischen Erbes durch archäologische Grabungen, Prospektionen und Auswertung anderer Quellen; Pflege, aktive Bewirtschaftung und Ausbau der verschiedenen Quellensammlungen; Vermittlung und Zurverfügungstellung historischer Erkenntnisse.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Sicherung, Erforschung und Vermittlung des archäologischen Erbes	1.1 Kulturförderung und -pflege

Tätigkeiten und Projekte

Die Betreuung des archäologischen Erbes in Basel wird aufgrund der Sparmassnahmen 2011 nur noch mit Abstrichen erfolgen können. 2011 werden die zwei umfangreichen Rettungsgrabungen „Novartis Campus Plus“ und „Werkleitungssanierung“ auf dem Münsterhügel weitergeführt. Besonders die anspruchsvolle Rettungsgrabung „Novartis Campus Plus“ im Rheinhafen mit ihren spektakulären Funden wird betrieblich eine Herausforderung darstellen. Im rückwärtigen Bereich steht der Umzug in das neue zentrale Funddepot an der Lyonstrasse an. Schwerpunkt bei der Vermittlungsarbeit bildet das 100jährige Jubiläum der Ausgrabungen in der keltischen Siedlung Basel-Gasfabrik.

Sicherung, Erforschung und Vermittlung des archäologischen Erbes

Sichern und Erfassen des archäologischen Erbes durch archäologische Grabungen Die Sparmassnahmen bei der Archäologischen Bodenforschung werden Probleme in der archäologischen Betreuung von kleineren, zumeist privaten Bauprojekten verursachen. Im Rheinhafen werden die aussergewöhnlich grossen Rettungsgrabungen in der spätkeltischen Siedlung fortgesetzt. Der Abriss der Gebäude im Hafen St. Johann hat sich 2010 verzögert, wodurch die Grabungen effizient durchgeführt werden konnten; 2011 werden Abrissarbeiten, Altlastensanierung und archäologische Grabungen gleichzeitig stattfinden. Die Sanierung der Werkleitungen auf dem Münsterhügel wird auch 2011 mehrere Notgrabungen notwendig machen. Die Grossprojekte finden in enger Absprache mit dem Bau- und Verkehrsdepartement (BVD) statt.

Pflege, aktive Bewirtschaftung und Ausbau der verschiedenen Quellensammlungen Das neue Funddepot an der Lyonstrasse wird 2011 bezugsbereit sein. Damit werden der Archäologischen Bodenforschung auf fast 700 Quadratmetern Lagerflächen zur Verfügung stehen, was zu einer Auflösung mehrerer unzureichender, auf die Stadt verteilten Depots führt. Zusätzlich sollen die Zuständigkeiten für die Aufbewahrung der Funde zusammen mit dem HMB neu geregelt werden. Die Sicherungsmassnahmen im Archiv durch Digitalisierung bzw. Mikroverfilmung werden wegen der Sparmassnahmen nur in einem reduzierten Umfang fortgesetzt.

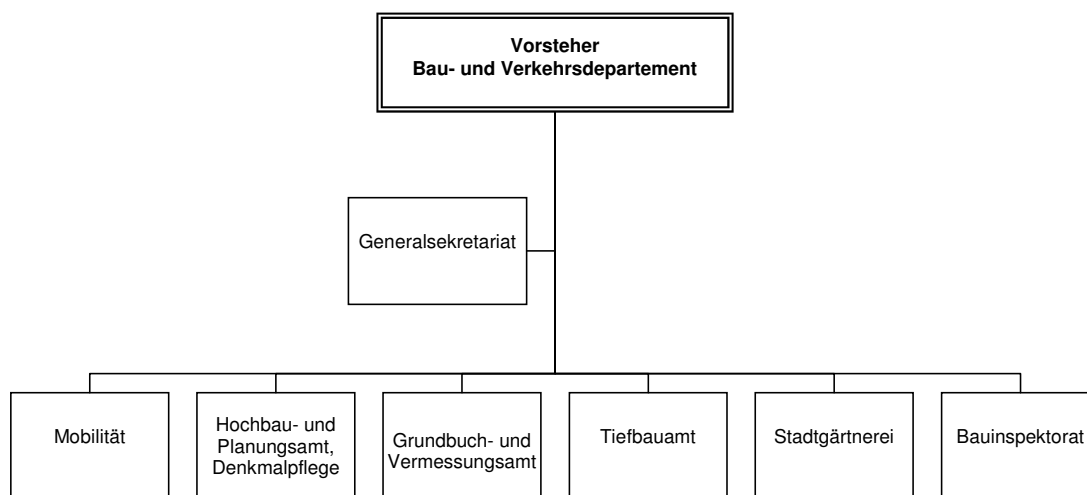
Vermittlung und Zurverfügungstellung historischer Erkenntnisse 2011 werden sich verschiedene Aktivitäten der Vermittlungsarbeit dem 100-Jahr-Jubiläum der Ausgrabungen in der spätkeltischen Siedlung Basel-Gasfabrik widmen: Geplant ist die Herausgabe eines Heftes „Archäologische Denkmäler in Basel“, an der Museumsnacht ist ein Auftritt zum Thema Gasfabrik vorgesehen und bei der Neugestaltung der Voltamatte wird die keltische Vergangenheit des Ortes ebenfalls eine Rolle spielen. Ansonsten werden wissenschaftliche Publikationen und der neu gestaltete Jahresbericht 2010 erscheinen. Für 2011 ist die Neukonzeption der archäologischen Informationsstelle im Schulhaus zur Mücke geplant. Weiter sind Führungen, Medienmitteilungen, Aktionen für Kinder und Lehrveranstaltungen an der Universität im Vermittlungsangebot zu finden.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	20.5	20.4	21.9	22.6	22.6
Anteil ausreichend untersuchter Fundstellen	%	89	90	90	85	80
Anteil inventarisierter und zugänglich aufbewahrter Funde	%	35	39	50	44	40
Publikationen pro Jahr	Anz	2	3	2	3	3

Finanzen						
in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10		
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2009	2010	2011	abs.	%	
30 Personalaufwand	2'969.9	3'090.4	3'093.7	3.2	0.1	
31 Sachaufwand	3'448.9	929.6	902.1	-27.5	-3.0	
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	6'418.9	4'020.0	3'995.8	-24.2	-0.6	
42 Vermögenserträge	-18.9	0.0	-18.9	-18.9	0.0	
43 Entgelte	-1'354.6	-74.2	-74.2	0.0	0.0	
46 Beiträge für eigene Rechnung	-411.8	-2.5	-8.5	-6.0	-240.0	
4 Ertrag	-1'785.3	-76.7	-101.6	-24.9	-32.5	
Ordentlicher Nettoaufwand	4'633.6	3'943.3	3'894.2	-49.1	-1.2	
davon Produktgruppe(n):						
Sicherung, Erforschung, Vermittlung des archäologischen Erbe	4'633.6	3'943.3	3'894.2	-49.1	-1.2	

4.2.2 Bau- und Verkehrsdepartement

BVD-601	Generalsekretariat	124
BVD-602	Bauinspektorat	126
BVD-614	Stadtgärtnerei	128
BVD-617	Tiefbauamt	130
BVD-631	Grundbuch- und Vermessungsamt	133
BVD-641	Denkmalpflege	135
BVD-651	Hochbau- und Planungsamt	137
BVD-661	Mobilität	140



Finanzen Departement

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
	2009	2010	2011	abs.	%
30 Personalaufwand	111.1	117.2	118.3	1.2	1.0 ¹
31 Sachaufwand	71.5	60.4	58.0	-2.4	-3.9 ²
32 Passivzinsen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.2	0.1	0.2	0.1	77.0
36 Eigene Beiträge	78.2	82.7	82.3	-0.4	-0.5
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	3.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Total Aufwand	264.1	260.4	258.9	-1.5	-0.6
42 Vermögenserträge	-2.3	-2.3	-2.6	-0.3	-13.6 ³
43 Entgelte	-100.0	-89.9	-88.3	1.6	1.7 ⁴
46 Beiträge für eigene Rechnung	-9.3	-8.8	-8.9	-0.1	-1.5
48 Entnahmen a.Spec.Finanzierungen	-2.4	0.0	0.0	0.0	0.0
Total Ertrag	-114.0	-101.0	-99.9	1.1	1.1
Ordentlicher Nettoaufwand Departement	150.1	159.4	159.0	-0.4	-0.2
5 Ausgaben Investitionen	102.7	90.3	96.0	5.7	6.3
6 Einnahmen Investitionen	-30.2	-13.5	-17.5	-4.0	-29.6
Nettoinvestitionen VV (NIV)	72.5	76.8	78.5	1.7	2.2

Kommentar

- 1 Erhöhung der Personalaufwendungen im Hochbau- und Planungsamt für Bauherrenleistungen: Um das deutlich höhere Investitionsvolumen durch die in den nächsten zehn Jahren anstehenden grösseren und komplexen Hochbauvorhaben bewältigen zu können, ist eine Erhöhung der personellen Kapazitäten unumgänglich.
- 2 Die drei Tankstellen des Bau- und Verkehrsdepartements bei den Regiebetrieben des Tiefbauamtes werden aus wirtschaftlichen Gründen stillgelegt. Daraus resultiert ein Minderaufwand von 2 Mio. Franken beim Einkauf von Betriebsstoffen zum Weiterverkauf. Die bis anhin im Hochbau- und Planungsamt budgetierte Projektpauschale von 500'000 Franken zur Planung von Investitionsobjekten im Verwaltungsvermögen wurde gemäss Regierungsratsbeschluss 09/36/40 vom 17. November 2009 ins Finanzdepartement/Immobilien Basel-Stadt transferiert.
- 3 Der Zinsertrag für ca. 10'000 Vorauszahlungsverträge betreffend die Grabpflege werden neu im Ordentlichen Nettoaufwand der Stadtgärtnerei budgetiert. Bis anhin wurde dieses Kapital bei der Finanzverwaltung bewirtschaftet.
- 4 Mindereinnahmen durch den Wegfall des Treibstoffverkaufs: Die drei Tankstellen des Bau- und Verkehrsdepartements bei den Regiebetrieben des Tiefbauamtes werden aus wirtschaftlichen Gründen geschlossen (siehe auch FDK 31).

Generalsekretariat

BVD-601

Das Generalsekretariat berät und unterstützt den Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartements. Es stellt die Geschäftsabwicklung mit dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, dem Regierungsrat und den übrigen Departementen sicher. Departementsintern sorgt das Generalsekretariat für koordinierte und zielgerichtete interne Abläufe. Mit zentralen Dienstleistungen in den Bereichen Finanzen und Controlling, Informatik, Prozesse, Personal, Recht, Submissionen, Logistik sowie Information und Dokumentation unterstützt es die Dienststellen des Departements.

Neben den erwähnten Unterstützungsleistungen beinhaltet die Dienststelle auch die Budgets der Stadtbildkommission sowie der Baurekurskommission. Die Stadtbildkommission beurteilt Baubegehren in Bezug auf ihre Wirkung auf das Stadtbild. Das Sekretariat der Baurekurskommission ist dem Bau- und Verkehrsdepartement lediglich administrativ angegliedert. Die Unabhängigkeit der Baurekurskommission bleibt davon unberührt.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Qualitätssicherung bei Um- und Neubauten	2.5 Stadtbild und Baukultur
Baurekurskommission	8.2 Rechtssprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)
GS-P Politik, Recht und Kommunikation	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation
GS-R Ressourcen und Prozesse	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation
Regionalplanungsstelle	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation

Tätigkeiten und Projekte

Das Generalsekretariat hat im Budgetjahr 2011 nebst seinen operativen Dienst- und Unterstützungsleistungen folgende Vorhaben geplant:

Generalsekretariat Politik, Recht und Kommunikation

- Revision des Allmendgesetzes

Generalsekretariat Ressourcen und Prozesse

- Abschluss der Projektarbeiten und Umsetzung des Geschäftsmodells Infrastruktur
- Projektarbeiten für ein koordiniertes „Instandhaltungs- und Servicemanagement“
- Umsetzung des strategischen Managements des Departements

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	60.4	62.9	63.8	65.0	65.0
Vom Submissionsbüro betreute Vergaben	Anz	2'832	2'574	2'981		
Von der Baurekurskommission bearbeitete Rekurse	Anz	176	130	103		

Kommentar

- 1 Eine Prognose für die Jahre 2010/2011 ist nicht möglich.
 2 Eine Prognose für die Jahre 2010/2011 ist nicht möglich.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2009	2010	2011	abs.	%
30 Personalaufwand	9'479.3	9'406.0	9'437.4	31.4	0.3
31 Sachaufwand	9'273.8	5'535.7	6'942.3	1'406.6	25.4
33 Abschreibungen Finanzvermögen	1.4	0.0	0.0	0.0	0.0
36 Eigene Beiträge	84.4	90.0	87.0	-3.0	-3.3
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	3'022.0	0.0	0.0	0.0	0.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	21'860.9	15'031.7	16'466.7	1'435.0	9.5
42 Vermögenserträge	-48.3	0.0	0.0	0.0	0.0
43 Entgelte	-6'689.4	-3'579.8	-3'856.6	-276.8	-7.7
48 Entnahmen a.Spec.Finanzierungen	-2'427.7	0.0	0.0	0.0	0.0
4 Ertrag	-9'165.4	-3'579.8	-3'856.6	-276.8	-7.7
Ordentlicher Nettoaufwand	12'695.6	11'451.9	12'610.1	1'158.2	10.1
davon Produktgruppe(n):					
Qualitätssicherung bei Um- und Neubauten	-68.4	-53.7	-69.3	-15.6	-29.1
Baurekurskommission	242.2	256.8	-9.1	-265.9	-103.6
Generalsekretariat Politik, Recht und Kommunikation	2'754.2	2'582.5	1'243.7	-1'338.8	-51.8
Generalsekretariat Ressourcen und Prozesse	9'683.2	8'576.3	11'357.9	2'781.6	32.4
Regionalplanungsstelle	84.4	90.0	87.0	-3.0	-3.3
5 Ausgaben Investitionen	1'645.0	63'000.0	69'000.0	6'000.0	9.5
6 Einnahmen Investitionen	-1'344.7	-10'500.0	-13'500.0	-3'000.0	-28.6
Nettoinvestitionen VV (NIV)	300.3	52'500.0	55'500.0	3'000.0	5.7

Kommentar

- 1 Es entstehen Mehrausgaben von 1.4 Mio. Franken durch die Verrechnung von kantonsinternen Monopoleistungen, welche bis anhin mittels Umlagen den Dienststellen belastet wurden.
 2 Es ergeben sich Mindereinnahmen von 256'000 Franken infolge Verschiebung von zwei Mitarbeitern der Abteilung Finanzen & Controlling zur Abteilung Strategie & Prozesse. Es entstehen Mehreinnahmen von 550'000 Franken durch die Weiterverrechnung von Dienstleistungen der Geschäftsstelle Infrastruktur (GMI) an interne und externe Partner.

Bauinspektorat

BVD-602

Das Bauinspektorat fördert mit seiner Bewilligungstätigkeit die Bautätigkeit durch Rechtssicherheit für Bauherrschaften. Es sichert auch die Interessen von Nachbarschaft und Allgemeinheit und gewährleistet die Sicherheit von Bauten und Anlagen. Ebenfalls koordiniert und leitet es das Baubewilligungsverfahren sowie die Überwachung der Bauausführung bis zur Freigabe.

Insbesondere werden folgende Aufgaben wahrgenommen: Es berät die Bauherrschaft und die Baufachleute; es bestimmt für jedes Baubegehren die mitwirkenden Behörden, leitet diesen die Begehren zu und überwacht die Termine; es fällt den Bauentscheid und beantwortet die Einsprachen; es kontrolliert stichprobenweise die Ausführung auf Übereinstimmung mit den bewilligten Plänen und Einhaltung der Auflagen; es nimmt die Bauten und Anlagen zusammen mit den mitwirkenden Behörden ab, veranlasst die Behebung festgestellter und gemeldeter Mängel und entscheidet über die Freigabe.

Das Bauinspektorat überwacht die bestehenden Bauten und Anlagen mit Bezug auf deren Sicherheit und auf die Einhaltung der Baugesetzgebung.

Ausserdem stellt das Bauinspektorat Betriebsbewilligungen für das Gastgewerbe aus, über das es auch die Aufsicht ausübt und bei Verstössen Verwarnungen ausspricht. Zudem wird über die Anerkennung der in anderen Kantonen oder im Ausland erworbenen gastgewerblichen Fähigkeitsausweisen entschieden.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Bau- und Betriebssicherheit	2.2 Bausicherheit, Grundbuch und Geoinformation

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	16.1	21.3	22.1	22.0	23.0
Eingegangene Baubegehren	Fälle	1'627	3'761	3'181	2'900	1'400 ¹
Abgewiesene Entscheide	Fälle	91	87	77	90	90
Bewilligte Baubegehren innert gesetzlicher Frist von 3 Mt.	%	94	93	94	90	90
Eingegangene Begehren Ressort Betriebsbewilligungen	Fälle					1'300

Kommentar

1 Ab der Prognose 2011 werden Baubegehren und Begehren um Betriebsbewilligungen separat aufgeführt.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2009	2010	2011	abs.	%
30 Personalaufwand	2'980.8	3'016.6	3'093.3	76.7	2.5
31 Sachaufwand	2'561.5	2'524.6	2'538.5	13.9	0.6
33 Abschreibungen Finanzvermögen	76.0	35.0	35.0	0.0	0.0
36 Eigene Beiträge	40.0	40.0	50.0	10.0	25.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	5'658.3	5'616.2	5'716.9	100.6	1.8
42 Vermögenserträge	-0.3	0.0	0.0	0.0	0.0
43 Entgelte	-4'759.8	-5'227.1	-5'338.1	-111.0	-2.1
4 Ertrag	-4'760.1	-5'227.1	-5'338.1	-111.0	-2.1
Ordentlicher Nettoaufwand	898.2	389.1	378.8	-10.4	-2.7
davon Produktgruppe(n):					
Bau- und Betriebssicherheit	898.2	389.1	378.8	-10.4	-2.7

Stadtgärtnerei

BVD-614

Die Stadtgärtnerei leistet einen entscheidenden Beitrag zur Wohn- und Aufenthaltsqualität in Basel. Sie ist verantwortlich für die Entwicklung, Gestaltung, Pflege und den Schutz des gesamten öffentlichen Grüns; insbesondere für Parkanlagen, Friedhöfe, Strassengrün, Freizeit- und Spieleinrichtungen (v.a. Freizeitgärten, Kinderspielplätze), Grünanlagen von öffentlichen Bauten sowie Naturschutzgebiete. Sie gewährleistet die langfristige Sicherung und den Erhalt der Anlagen und trägt damit der geforderten Nachhaltigkeit Rechnung.

Damit schafft sie die Voraussetzungen

- für Natur im Siedlungsraum, Biodiversität bzw. ökologische Vielfalt, Gartenkultur und Pflanzensammlungen,
- für Bewegung, Spiel, Gesundheitsvorsorge, Naturerfahrungen, Aufenthalt im Freien und Wohlbefinden,
- für ein günstiges Stadtklima sowie
- für die individuelle Freizeitgestaltung und Selbstversorgung in den Freizeitgärten.

Ebenfalls in den Zuständigkeitsbereich der Stadtgärtnerei fällt das Bestattungswesen, welches umfassende Beratungen und Dienstleistungen rund um das Thema Bestattungen anbietet.

Städtische Grünflächen, öffentliche Gärten und die umgebende Landschaft sind beliebt und werden zur Erholung, Freizeitgestaltung und Aufenthalt im Freien gerne genutzt. Sie vermitteln sinnliche Erfahrungen, sind ästhetisch ansprechend und sind Ausdruck des Zusammenwirkens von Natur und Gartenkultur.

Produktgruppen

Aufgaben-/Ressourcenfeld

Stadtgrün

2.3 Öffentlicher Raum

Tätigkeiten und Projekte

Stadtgrün

Die langfristige Sicherung und Erhaltung von Parks, Grünanlagen und Grünflächen mit Sondernutzung, wie Freizeitgärten und Friedhöfe, wird auch im Budgetjahr 2011 zu den Hauptaufgaben der Stadtgärtnerei gehören.

Mit der Erneuerung der Voltamatte und der Planung der Teilumgestaltung des St. Johannis-Parks (mit Pavillonneubau) ist im 2011 eine Aufwertung der Grünanlagen im Quartier vorgesehen. Gleichzeitig kann mit dem Abschluss der Bauarbeiten Erlenmattpark (erste Phase) ein neuer Park der Bevölkerung in Basel Nord zur Verfügung gestellt werden. Die Verbesserung der Grün- und Freiraumsituation im Klybeck wird mit Projekten für das Ackermätteli und den Giessliweg in Angriff genommen. Mit der Annahme der Volksinitiative „Für die Umzonung des Landhofs / der Landhof bleibt grün“ wird im Berichtsjahr der Ratschlag zur Umgestaltung des Landhofs als öffentlicher, attraktiver Grün- und Freiraum für die Basler Bevölkerung ausgearbeitet.

Im Margarethenpark kann, auf der Grundlage eines Pflegewerks, mit der Umgestaltung und Sanierung begonnen werden. Weiter werden im Budgetjahr das Bauprojekt zur Neugestaltung des Nattigallenwäldeli und der Heuwaage sowie das Bau- und Realisierungsprojekt zur Neugestaltung der Liestaleranlage, welches die Grünraumsituation im Quartier Breite verbessern wird, weiter vorangetrieben.

Gemäss Spielplatzkonzept werden im Budgetjahr 2011 die Spielplätze Andreas Heusler-Strasse, Auf der Alp und beim Helvetiaplatz erneuert, saniert und sicher gemacht.

Auf der Grundlage des Naturinventars werden im 2011 die Massnahmen zur Sicherung, Pflege und Entwicklung der schützenswerten Naturobjekte erarbeitet und deren Umsetzung gestartet. Schwerpunkt wird ausserdem die Erarbeitung eines Biotopverbundkonzepts sein.

Sportstätten und Freibäder, Fliessgewässer, Landwirtschaftsflächen und Wald sind ebenso wichtige Bestandteile des öffentlichen Natur- und Freiraums, sie liegen jedoch nicht in der Verantwortung der Stadtgärtnerei.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	187.6	184.7	182.7	188.0	186.0
Baumpflanzungen	Anz	570	447	330	570	350
Baumfällungen	Anz	247	257	193	240	220
Todesfälle	Anz	2'228	1'919	2'457	2'300	2'300
Kremationen	Anz	3'680	4'125	4'226	4'000	4'200

Kommentar

- 1 Die Anzahl gepflanzter und gefällter Bäume variiert von Jahr zu Jahr. Dies hängt von externen Faktoren ab. Grosse Bauprojekte ergeben viele Neupflanzungen; ausserordentliche Umwelteinflüsse können zu vermehrten Fällungen führen. Im langjährigen Durchschnitt pflanzt und fällt die Stadtgärtnerei je ca. 300 Bäume. Der Baumsaldo ist auf jeden Fall positiv. Im Jahr 2007 war die Anzahl gepflanzter Bäume ausserordentlich hoch, weil sehr viele Neupflanzungen in Grünanlagen anfielen (z.B. Aeschengraben, Albananlage, Kannenfeldpark, Schützenmattpark, Dreirosenanlage).

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt				abs.	%
30 Personalaufwand	21'326.1	21'878.3	22'247.8	369.5	1.7
31 Sachaufwand	17'166.5	12'193.3	12'262.4	69.0	0.6
32 Passivzinsen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
33 Abschreibungen Finanzvermögen	80.6	32.5	7.5	-25.0	-76.9
36 Eigene Beiträge	566.3	612.0	612.0	0.0	0.0
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	0.0	20.0	20.0	0.0	0.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	39'139.5	34'736.1	35'149.7	413.5	1.2
42 Vermögenserträge	-1'527.1	-1'708.5	-1'961.0	-252.5	-14.8
43 Entgelte	-15'929.9	-11'461.3	-11'969.3	-508.0	-4.4
46 Beiträge für eigene Rechnung	-90.8	-85.0	-82.5	2.5	2.9
4 Ertrag	-17'547.7	-13'254.8	-14'012.8	-758.0	-5.7
Ordentlicher Nettoaufwand	21'591.9	21'481.3	21'136.9	-344.5	-1.6
davon Produktgruppe(n):					
Stadtgrün	21'591.9	21'481.3	21'136.9	-344.5	-1.6
5 Ausgaben Investitionen	4'074.5	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV (NIV)	4'074.5	0.0	0.0	0.0	0.0

Kommentar

- 1 Es erfolgt eine Neubudgetierung des Zinsertrages über den Ordentlichen Nettoaufwand der Stadtgärtnerei von 250'000 Franken für ca. 10'000 Vorauszahlungsverträge, welche die Grabpflege betreffen. Bis anhin wurde dieses Kapital bei der Finanzverwaltung bewirtschaftet.
- 2 Aufgrund des Rechnungsergebnisses 2009 und der für 2011 geplanten Projekte sind insbesondere in der Gärtnerei und in der Baumschule gegenüber 2010 Mehreinnahmen von 500'000 Franken zu erwarten.

2011 wird zudem die Möglichkeit zur Umstellung der gesamten Stadtgärtnerei auf biologische Bewirtschaftung eingehend geprüft.

Bestattungen Das Bestattungsangebot der Stadt Basel wird erweitert, um den zeitgemässen Bedürfnissen zu entsprechen: Die neue Gemeinschaftsgrabanlage sowie die erste Etappe der neuen Urnennischen auf der Abteilung 12 werden auf dem Friedhof Hörnli in Betrieb genommen. Die Verordnung über die Gebühren im Bestattungswesen werden überprüft und angepasst.

Tiefbauamt

BVD-617

Das Tiefbauamt baut, unterhält, reinigt und bewirtschaftet die bebaute Allmend des Kantons sowie das Abwassernetz der Stadt und trägt somit einen wesentlichen Teil zur stadtgerechten Mobilität und zu einer hohen Qualität des öffentlichen Raums bei. Dazu werden im Amt Stadt- und Kantonsstrassen mit den zugehörigen Brücken- und Tunnelbauten sowie die öffentlichen Abwasserableitungsanlagen projektiert und realisiert. Um dies zu ermöglichen, müssen auch Bau- und Strassenlinien festgelegt werden.

Bei den Gewässern befasst sich das Tiefbauamt mit der sicheren Benutzbarkeit und der Gewährleistung der Hochwassersicherheit. Bei der Abwasserableitung sorgt das Tiefbauamt für die Erhaltung und den ordnungsgemässen Betrieb der öffentlichen Abwasseranlagen. Ausserdem ist das Amt Fachstelle und zum Teil Leitbehörde bei den Bewilligungsverfahren für private Abwasseranlagen.

Im Rahmen der Allmendbewirtschaftung werden Baugesuche zur Errichtung oder Veränderung von Bauten oder Anlagen auf Allmend überprüft und darüber entschieden. Ausserdem wird für eine faire und transparent gestaltete kommerzielle Bewirtschaftung gesorgt.

Ein weiteres wichtiges Aufgabengebiet besteht im Einsammeln und umweltgerechten Entsorgen der Abfälle und Wertstoffe und der Reinigung und Pflege des öffentlichen Raums.

Die Regiebetriebe des Tiefbauamts warten die kommunalen Nutz- und Spezialfahrzeuge des Kantons und unterhalten und alimentieren die öffentlichen Hochbauten und die öffentliche Infrastruktur.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Allmendnutzung	2.3 Öffentlicher Raum
Sauberkeit	2.3 Öffentlicher Raum
Regiebetriebe	9.4 Bau und Unterhalt
Tiefbaudienste	9.4 Bau und Unterhalt

Tätigkeiten und Projekte

Allmendnutzung

Die Allmendverwaltung soll als Leitbehörde für Bewilligungsverfahren auf Allmend weiter gestärkt werden. Die Güterabwägung ist dabei die zentrale Aufgabe, sei es bei Plakaten, Baustellen oder Veranstaltungen. Veranstaltungen sollen in Zukunft professioneller begleitet und deren Bedürfnisse auf den Bewilligungsprozess abgestimmt werden. Zudem sollen verschiedene Kontrollprozesse überprüft und gegebenenfalls zusammengefasst werden. Die Bewirtschaftung der Hochbauten auf Allmend wird systematisiert, einzelne Objekte sollen per Betreiber ausschreibung weiterentwickelt werden. 2011 wird der Signalisationskataster – sofern der Grosse Rat einen positiven Beschluss fasst – in eine digitale Form überführt und steht dann der Öffentlichkeit zur Verfügung. Die digitale Form ermöglicht ein rationelleres Arbeiten.

Sauberkeit

Abfallsammlung Im Budgetjahr wird man im Bereich der Abfallentsorgung im Rahmen eines Pilotprojekts eine neue Entsorgungslösung für Haushaltsabfälle erarbeiten. Die Sammlung der Kehrichtsäcke soll nicht mehr durch „Handarbeit“ ab Trottoir erfolgen, sondern in Unterflurcontainern, die mittels Kran gehoben werden. Mit dieser Lösung will das Tiefbauamt die Kehrichtlader gesundheitlich entlasten, den Einwohnerinnen und Einwohnern einen kundenfreundlicheren Abholservice anbieten (Kehrichtsack kann zu jeder Zeit entsorgt werden) und die heute aus stadtgestalterischer Sicht unbefriedigende Situation verbessern (Kehrichtsäcke verschwinden aus dem Stadtbild).

Stadtreinigung Mit der Teilumsetzung des vom Grossen Rat beauftragten Magazinkonzepts werden im Budgetjahr einzelne kleinere Reinigungsmagazine zu Gunsten von Stützpunkten aufgehoben.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	297.1	294.0	422.7	430.0	415.0	1
Nutzungseinschränkungen wegen Baustellen auf Allmend	Anz	30	10	32	40	40	
Bewilligungspflichtige Grossanlässe	Anz	25	21	23	30	30	
Grundberührungen von Schiffen	Anz	0	0	0	0	0	
Wischgutmenge	t	5'662	4'697	4'784	5'000	5'000	

Kommentar

- 1 Der Vollzeitstellen nehmen zum einen wegen der Schliessung der Bereiche Schreinerei und Storen in den Regiebetrieben des Tiefbauamtes ab. Zum anderen wird der Bereich Lichtsignalanlagen von der Allmendverwaltung des Tiefbauamtes in die Mobilität transferiert.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10 abs.	%	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt						
30 Personalaufwand	48'015.0	49'206.1	48'110.3	-1'095.8	-2.2	1
31 Sachaufwand	32'586.8	30'426.9	26'522.4	-3'904.5	-12.8	2
33 Abschreibungen Finanzvermögen	63.9	40.0	150.0	110.0	275.0	3
36 Eigene Beiträge	0.0	2.0	2.0	0.0	0.0	
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	80'665.7	79'675.0	74'784.7	-4'890.3	-6.1	
42 Vermögenserträge	-553.6	-475.0	-539.0	-64.0	-13.5	
43 Entgelte	-58'665.6	-54'226.2	-52'359.5	1'866.8	3.4	4
46 Beiträge für eigene Rechnung	-6'209.2	-5'933.5	-5'979.5	-46.0	-0.8	
4 Ertrag	-65'428.3	-60'634.7	-58'878.0	1'756.8	2.9	
Ordentlicher Nettoaufwand	15'237.4	19'040.2	15'906.7	-3'133.5	-16.5	
davon Produktgruppe(n):						
Allmendnutzung	-2'082.1	-2'389.6	-4'544.7	-2'155.1	-90.2	
Sauberkeit	20'427.9	21'245.4	19'643.0	-1'602.4	-7.5	
Regiebetriebe	5'441.5	6'471.0	5'903.3	-567.7	-8.8	
Tiefbaudienste	-8'549.9	-6'286.6	-5'094.9	1'191.7	19.0	
5 Ausgaben Investitionen	71'527.8	0.0	0.0	0.0	0.0	
6 Einnahmen Investitionen	-28'542.9	0.0	0.0	0.0	0.0	
Nettoinvestitionen VV (NIV)	42'984.9	0.0	0.0	0.0	0.0	

Kommentar

- 1 Durch die Verschiebung von Aufgaben im Bereich der Lichtsignalanlagen (LSA) vom Tiefbauamt (Allmendverwaltung) zur Dienststelle Mobilität (Buchungskreis 661; Verkehrssteuerung) wurden die entsprechenden Budgetmittel im Personalaufwand von rund 600'000 Franken transferiert. Durch das Outsourcing der unrentablen Dienstleistungen Schreinerei und Storen bei den Regiebetrieben reduziert sich der Personalaufwand um rund 600'000 Franken. Die Schreinerei und der Storenunterhalt lassen sich nicht kostendeckend betreiben, weshalb die Leistungen nicht mehr intern erbracht, sondern am Markt bezogen werden. Diese Massnahmen wurden wegen der vom Regierungsrat beschlossenen linearen Kürzung umgesetzt. Die Dienstleistung für die Telekomkoordination im Bereich der Bewilligungen auf Allmend wird bis anhin extern bezogen. Es wird aktuell geprüft, ob diese dauernde Aufgabe nicht verwaltungsintern abgewickelt werden müsste, daher wird dieser Budgetposten über 70'000 Franken vom Sachaufwand zum Personalaufwand transferiert.
- 2 Ein Minderaufwand von 2 Mio. Franken beim Einkauf von Energie (Betriebsstoffe) zum Weiterverkauf ist auf die aus wirtschaftlichen Gründen erfolgte Stilllegung der drei Tankstellen des Bau- und Verkehrsdepartements im Bereich der Regiebetriebe zurückzuführen (vgl. Mindereinnahmen in FDK 43). Die Budgetmittel von 100'000 Franken für Kostenerlasse wurden von FDK 31 zu FDK 33 transferiert. Der Sachaufwand reduziert sich zudem wegen der erwähnten Verschiebung von Aufgaben der Lichtsignalanlagen zur Dienststelle Mobilität um rund 1.5 Mio. Franken und wegen der Schliessung der Bereiche Schreinerei und Storen um rund 200'000 Franken (vgl. Fussnote 1 zu FDK 30).
- 3 Die Budgetmittel von 100'000 Franken für Kostenerlasse wurden von FDK 31 zu FDK 33 transferiert (vgl. Fussnote 2).

- 4 Ein Rückgang der Entgelte von 2 Mio. Franken ist auf die erwähnte Stilllegung der drei Tankstellen zurückzuführen (vgl. Fussnote 1). Die Entgelte reduzieren sich zudem wegen der erwähnten Verschiebung von Aufgaben der Lichtsignalanlagen zur Dienststelle Mobilität um rund 50'000 Franken und wegen der Schliessung der Bereiche Schreinerei und Storen um rund 400'000 Franken (vgl. Fussnote 1 zu FDK 30). Im Bereich der Abwassergebühren (Einzelposten) wurden aufgrund des Regierungsratsbeschlusses 10/16/39 vom 18. Mai 2010 die Einnahmen um rund 260'000 Franken erhöht. In verschiedenen Geschäftsbereichen des Tiefbauamtes (vor allem aus Landverkäufen auf Allmend) entstehen insgesamt Mehreinnahmen von rund 300'000 Franken.

Tiefbaudienste

Gewässer Die Bermenwege zwischen Dreirosenbrücke und Mittlerer Brücke im Kleinbasel werden etappenweise erneuert. Damit wird die Sicherheit der Böschungen gewährleistet und die Attraktivität des Kleinbasler Rheinufer erhöht. Die Bauarbeiten für den Abschnitt Johanniterbrücke bis Mittlere Brücke dauern von Mitte September 2009 bis Ende März 2011.

Abwasseranlagen Die Massnahmen zur Erhaltung des Kanalisationsnetzes der Stadt werden auch im Jahr 2011 systematisch im Rahmen der Gesamtkoordination des Bau- und Verkehrsdepartements entwickelt, abgestimmt und umgesetzt. Das Investitionsprogramm sieht für die Instandhaltung der Abwasseranlagen im Jahr 2011 ein Gesamtvolumen von ca. 10.5 Mio. Franken vor. Ein Grossteil des Budgets (ca. 6.9 Mio.) wird für die Sanierung des in bergmännischer Bauweise hergestellten Hauptentlastungskanal Walkeweg/Leimgrubenweg (aus dem Jahr 1936) aufgewendet.

Im Zuge der baulichen Entwicklung der Novartis Pharma AG werden seit 2010 grosse Neubauvorhaben abgewickelt. Durch die Neuverlegung von zwei Regenwassersammlern wird das öffentliche Entwässerungsnetz im Bereich des Areals Novartis Campus an die zukünftigen Strukturen der Bebauung angepasst. Beide Massnahmen werden über zwei Jahre hinweg im Tunnelvortrieb hergestellt und 2011 abgeschlossen. Die Kosten dafür in Höhe von insgesamt ca. 7.3 Mio. Franken teilen sich der Kanton und Novartis Pharma AG. Im Rahmen der Umsetzung des generellen Entwässerungskonzeptes werden ausserdem der Kanal in der Licht- und Kraftstrasse erneuert und die Umlegung der öffentlichen Kanalisation im Hafen St. Johann begonnen.

Die Stadtentwässerung wird voraussichtlich vier bis fünf öffentliche Toilettenanlagen bedarfsgerecht durch selbstreinigende Anlagen mit zeitgemässer Technologie erneuern.

Strassen Die Ausführungsarbeiten für die Verlängerung der Tramlinie 8 von Kleinhüningen nach Weil am Rhein laufen programmgemäss. Die Kleinhüningeranlage soll bis Ende 2010 inkl. Tramschienen fertiggestellt werden. Ebenfalls werden im Jahre 2010 die Vorbereitungsarbeiten wie Leitungstunnel Wiese und Hilfsbrücken Hintalingerstrasse abgeschlossen, damit im Jahre 2011 der Bau der drei Hintalingerbrücken und der neuen Gärtnerstrassenbrücke erfolgen kann (vgl. www.tram8.info).

Die zweite Bauetappe der Instandsetzung des Münsterhügels (Martinskirchplatz, Archivgässlein, Martinsgasse, Stapfelberg, Münsterplatz und Rittergasse) wird bis Herbst 2011 abgeschlossen. Die dritte Etappe beginnt erst im Frühjahr 2012.

Ab Anfang 2011 wird die Erschliessung der Ost-Seite der Erlenmatt (Signalstrasse) gebaut. Der Bau dauert voraussichtlich bis Ende 2012.

Die Detailprojektierung und das Bewilligungsverfahren für die Umgestaltung des Luzernerings/Wasgenrings werden erarbeitet mit dem Ziel, mit der Realisierung Ende 2011 zu beginnen.

Die gesetzlich vorgeschriebenen Grundwasserschutzmassnahmen in der Äusseren Baselstrasse in Riehen werden (GRB vorbehalten) Ende 2011 in Angriff genommen.

Ausserdem werden zahlreiche Erhaltungsmassnahmen sowie Massnahmen zu Gunsten des Velo- und Fussgängerverkehrs umgesetzt.

Der Anschluss City Süd an die Nationalstrasse A2 ist ein Projekt der Netzfertigstellung. Somit ist es die Aufgabe des Kantons, die Planung und Realisierung hierfür abzuwickeln. Bis im Herbst 2010 wird die Projektstudie abgeschlossen sein. Anschliessend wird ein Bericht an den Regierungsrat ausgearbeitet, der den Antrag zur Ausarbeitung eines generellen Projekts enthält. Im Budgetjahr 2011 kann in der Folge der Regierungsrat beim Bund den Auftrag zur Ausarbeitung eines generellen Projekts beantragen.

Grundbuch- und Vermessungsamt

BVD-631

Das Grundbuch- und Vermessungsamt führt das Register über die Grundstücke und die an diesen bestehenden privatrechtlichen Rechte und Lasten (Dienstbarkeiten, Grundpfandrechte), sowie das Kantonale Schiffsregister und das Schweizerische Seeschiffsregister.

Das Grundbuch- und Vermessungsamt stellt die Aufnahme der Hoheitsgrenzen, der Liegenschaften und der tatsächlichen Verhältnisse an Grund und Boden in Plänen und Geografischen Informationssystemen (GIS) sicher. Es führt den kantonalen Leitungskataster und dokumentiert die umfangreichen unterirdischen Infrastrukturbauten.

Das Grundbuch- und Vermessungsamt betreibt die kantonale Geodateninfrastruktur, welche sicherstellt, dass Geodaten bedürfnisgerecht und mit anerkannten Geodatenstandards koordiniert, erfasst, zusammengeführt werden und über das Geoportal für berechnete Nutzerinnen und Nutzern zur Verfügung stehen. Das Geoportal ist Bestandteil einer nationalen, dezentralisierten Geodateninfrastruktur, welche unabhängig vom Standort Wirtschaft, Verwaltung und Privaten einen standardisierten und strukturierten Zugang zu Geodaten ermöglicht. Es bewirtschaftet die generalisierten und kartografisch aufbereiteten Basisdaten des offiziellen Stadtplans und der Stadt- und Ortspläne der Trinationalen Agglomeration Basel.

Das Grundbuch- und Vermessungsamt führt die gesetzliche Bodenpreissammlung und leistet mit seinen Dienstleistungen einen wichtigen Beitrag zur Transparenz im Immobilienmarkt.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Aus- und Weitergabe Grundlagen	2.2 Bausicherheit, Grundbuch und Geoinformation
Bereitstellen und Nachführen Grundlagen	2.2 Bausicherheit, Grundbuch und Geoinformation
Geodateninfrastruktur	2.2 Bausicherheit, Grundbuch und Geoinformation
Grundbuch und amtliche Vermessung	2.2 Bausicherheit, Grundbuch und Geoinformation

Tätigkeiten und Projekte

Geodateninfrastruktur

Im Budgetjahr bildet der Aufbau einer Geo-Service-Infrastruktur einen wichtigen Schwerpunkt. Sie dient der Vernetzung der kantonalen Geodateninfrastruktur mit den sich im Aufbau befindlichen Geoportalen der benachbarten Kantone und dem Bund.

Gemäss kantonomer Geoinformationsstrategie ist ausserdem für das Jahr 2011 die Schaffung eines Geoinformations-Koordinationsorgans vorgesehen.

Die Vorbereitungsarbeiten für den Bezugsrahmenwechsel (neues Koordinatensystem LV95) der Referenzdaten der amtlichen Vermessung sowie der darauf aufbauenden Geobasisdatensätze werden im Berichtsjahr weitergeführt. Der Bezugsrahmenwechsel wird Ende 2012 durchgeführt.

Im Jahr 2011 ist eine Neuauflage des offiziellen Stadtplans vorgesehen.

Grundbuch und amtliche Vermessung

Die Anpassungsarbeiten der kantonalen Gesetzeserlasse an das Geoinformationsrecht des Bundes müssen abgeschlossen werden. Gleichzeitig muss die kantonale Grundbuchverordnung an die per 1. Januar 2012 in Kraft tretenden Änderungen des Immobiliarsachenrechts und die totalrevidierte Grundbuchverordnung des Bundes angepasst werden.

Die vorzunehmenden Rechtsanpassungen haben auch eine Erneuerung der Fachapplikation des Grundbuchs zur Folge. Mit dem Releasewechsel werden zudem die erforderlichen Schnittstellen implementiert, die für die Einführung eines eidgenössischen Grundstückinformationssystems (eGRIS) notwendig sind.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	44.1	44.3	44.4	46.0	46.0
Nachführungsgeschäfte Grundbuch und Amtliche Vermessung	Anz	3'693	4'161	4'291	4'000	4'200
Nachführungsgeschäfte Leitungskataster	Anz	2'614	2'768	2'725	2'700	2'700
Anteil Katastererneuerungen am Aufwand der Produktgruppe 1	%	20	20	15	20	15
Zugriffe auf die Geoinformationsebenen des GeoPortals (Mio.)	Anz	3.9	4.6	4.9	4.8	4.9

Kommentar

- 1 Unter Katastererneuerung wird die gesamtschweizerische Harmonisierung der Datenmodelle und Schnittstellen sowie die gesetzlich vorgeschriebene periodische Nachführung der Amtlichen Vermessung verstanden.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%
30 Personalaufwand	6'313.1	6'752.3	6'793.6	41.3	0.6
31 Sachaufwand	1'651.9	1'618.0	1'687.2	69.1	4.3
33 Abschreibungen Finanzvermögen	3.8	3.0	3.1	0.1	3.3
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	7'968.7	8'373.4	8'483.9	110.5	1.3
42 Vermögenserträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
43 Entgelte	-7'791.2	-7'507.0	-7'747.5	-240.5	-3.2
46 Beiträge für eigene Rechnung	-48.9	-65.0	-60.0	5.0	7.7
4 Ertrag	-7'840.1	-7'572.0	-7'807.5	-235.5	-3.1
Ordentlicher Nettoaufwand	128.5	801.4	676.4	-125.0	-15.6
davon Produktgruppe(n):					
Geodateninfrastruktur (GDI)	1'306.5	1'271.8	1'523.6	251.8	19.8
Grundbuch und amtliche Vermessung	-1'178.0	-470.4	-847.2	-376.8	-80.1

Kommentar

- 1 Es entstehen Mehreinnahmen von 300'000 Franken durch die Verrechnung von kantonsinternen Monopolleistungen, die bis anhin mittels Umlagen den Dienststellen belastet wurden.

Die Arbeiten zur periodischen Nachführung von Objekten der amtlichen Vermessung, für die kein Meldewesen existiert, werden entsprechend der mit dem Bund abgeschlossenen Leistungsvereinbarung 2008 bis 2012 weitergeführt.

Die Vorbereitungsarbeiten für den anstehenden Wechsel des Koordinatensystems der amtlichen Vermessung (LV95) im Jahre 2012 müssen weitergeführt werden und die Überföhrungsverfahren mit intensiven Praxistests überprüft werden.

Denkmalpflege

BVD-641

Die Aufgaben der Basler Denkmalpflege sind in §6 der Verordnung zum Gesetz über den Denkmalschutz aufgeführt. Im Wesentlichen gehören dazu: Inventarisierung und Erforschung, Durchführung baugeschichtlicher Untersuchungen, Beratung der Bauherren und Architekten in denkmalpflegerischen Fragen, Mitwirkung in Baubewilligungsfragen, Verwaltung der Denkmalpflegesubventionen, fachliche Bearbeitung im Verfahren auf Eintragung im Denkmalverzeichnis, Führung des Denkmalverzeichnisses, Erstellen und Revidieren eines Denkmälerinventars, Grundlagenbeschaffung, Öffentlichkeitsarbeit sowie Beratung von Privaten und Behörden.

Im Zusammenhang mit diesen Aufgaben unterhält die Basler Denkmalpflege eine umfangreiche Dokumentation und ein Bauteillager. Ausserdem ist ihr das Museum „Kleines Klingental“ mit dem dazugehörigen Vermietungsbetrieb angeschlossen.

Das Ziel der Tätigkeiten der Denkmalpflege ist die Erhaltung des baulichen Erbes als Beitrag für eine attraktive und lebendige Stadt. Als Denkmäler gelten dabei Bauten, Baugruppen und Anlagen, die auf Grund ihres kulturellen, geschichtlichen, künstlerischen oder städtebaulichen Wertes erhaltenswürdig sind. Diese Werte sind zu erforschen und in ihrem gewachsenen Zusammenhang zu sichern.

Die Denkmalpflege ist ab Herbst 2010 dem Hochbau- und Planungsamt angegliedert. Der Buchungskreis 6410-Denkmalpflege wird für das Budget 2011 noch beibehalten.

Produktgruppen

Aufgaben-/Ressourcenfeld

Erhaltung des baulichen Erbes

2.5 Stadtbild und Baukultur

Tätigkeiten und Projekte

Nebst Restaurierungsbetreuungen an mehreren besonders wichtigen Baudenkmälern (Münster, Spalentor und Klingentalkirche) sind im Budgetjahr 2011 wiederum zahlreiche, subventionierte Renovationen von Häusern in der Schutzzone sowie an inventarisierten Bauten denkmalpflegerisch zu begleiten. Die Inventarisierung des Denkmalbestands, die Ergänzung des Denkmalverzeichnisses, die Bauforschung anlässlich von Umbauten und die Behandlung der Zonenplanrevision werden fortgeführt. Daneben nimmt die Projektberatung bei der stetigen Erneuerung von bestehendem und der Schaffung von neuem Wohnraum sowie bei anderen Bauaufgaben breiten Raum ein.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	18.9	19.1	18.5	20.0	19.0
Denkmalpflegerisch betreute Objekte	Anz	675	658	637	658	658
Bearbeitete Subventionsgesuche	Anz	96	103	108	103	103
Publikums-Führungen	Anz	60	55	70	55	55
Besucher/-innen Museum Kleines Klingental	Anz	19'085	17'100	17'471	17'100	17'100

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2009	2010	2011	abs.	%
30 Personalaufwand	3'040.7	3'004.4	3'007.6	3.2	0.1
31 Sachaufwand	1'046.3	1'053.0	987.1	-65.9	-6.3
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	4'087.1	4'057.4	3'994.7	-62.6	-1.5
42 Vermögenserträge	-102.5	-130.0	-130.0	0.0	0.0
43 Entgelte	-116.7	-155.3	-155.1	0.2	0.1
4 Ertrag	-219.2	-285.3	-285.1	0.2	0.1
Ordentlicher Nettoaufwand	3'867.9	3'772.1	3'709.6	-62.4	-1.7
davon Produktgruppe(n):					
Erhaltung des baulichen Erbes	3'867.9	3'772.1	3'709.6	-62.4	-1.7
5 Ausgaben Investitionen	1'997.3	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV (NIV)	1'997.3	0.0	0.0	0.0	0.0

Hochbau- und Planungsamt

BVD-651

Der Hochbau projiziert, realisiert und unterhält im Auftrag von Immobilien Basel-Stadt, der Universität Basel und der Basler Verkehrsbetriebe Liegenschaften im Eigentum des Kantons und der Einwohnergemeinde und unterstützt die Dienststellen aller Departemente bei Ausstattungs- und Mobiliarfragen. Dabei werden Kriterien der architektonischen und baulichen Qualität, der Wirtschaftlichkeit, der Ökologie sowie der Energieeffizienz besondere Beachtung geschenkt.

Die Planung sorgt für eine kohärente Planung der Raumentwicklung im Kanton BS sowie darüber hinaus innerhalb der trinationalen Agglomeration. Angestrebt wird eine planmässige, geordnete und haushälterische Nutzung des Raumes. Sie ist zuständig für die Entwicklung und Begleitung von Gestaltungsprojekten im öffentlichen Raum, für die Projektierung von Strassen und Plätzen und die Entwicklung von Konzepten und Richtlinien.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Raumentwicklung und Städtebau	2.1 Raumplanung
Gestaltung Stadtraum und Verkehr	2.3 Öffentlicher Raum
Qualitätssicherung bei Um- und Neubauten der öffentlichen Hand	2.5 Stadtbild und Baukultur
Hochbaudienste	9.4 Bau und Unterhalt

Tätigkeiten und Projekte

Raumentwicklung und Städtebau

Im Jahr 2011 werden planerische Konzepte einerseits mit Partnern im Trinationalen Eurodistrict Basel und andererseits auf der Ebene von Stadtteilen vorangetrieben, wie etwa das Erholungsnutzungskonzept für den Landschaftspark Wiese, die Erarbeitung einer Entwicklungsperspektive für den Badischen Bahnhof sowie der Entwicklungsrichtplan und das Gestaltungskonzept für die Innenstadt.

Nach dem Auftakt der internationalen Bauausstellung Basel im Jahr 2010, werden 2011 mögliche IBA-Projekte evaluiert sowie ein gesamtes Umsetzungs- und Finanzierungsprogramm erstellt.

Für den Kantonalen Richtplan wird ein Monitoring- und Controllingsystem erarbeitet.

Im Rahmen der Zonenplanrevision beginnt die Behandlung des Basisratschlags in der Grossratskommission und die Vorbereitung weiterer Ratschläge für Arealentwicklungen. Bei den Entwicklungsplanungen liegt der Fokus auf den Gebieten Dreispitz, Hafen sowie dem Hochschulstandort Schällemätteli.

Gestaltung Stadtraum und Verkehr

Für den Rückbau der Lörracherstrasse in Riehen – eine flankierende Massnahme zur Zollfreistrasse – wird das Ratschlagsprojekt ausgearbeitet. Für die Tramlinienverlängerung der Linie 3, der Verbindung Margarethenstich und des Trams Badischer Bahnhof-Erlenmatt werden Vorprojekte erarbeitet. Weiter werden im 2011 die Wettbewerbe Stadtplatz und Stadtterminal auf der Erlenmatt durchgeführt und bis und mit Ratschlag weiterbearbeitet. Für das Gestaltungskonzept Innenstadt wird ein Varianzverfahren ausgeführt. Das Wettbewerbsprojekt Kleinbasler Rheinufer (Abschnitt Solitude bis Wettsteinbrücke, Leitbild bis Dreirosenbrücke) wird überarbeitet und für den Hochbergerplatz wird ein Vorprojekt entwickelt.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	115.0	115.5	98.8	105.0	123.5	¹
Objektabrechnung innerhalb bereinigtem Kredit, grösser	%			87	95	95	²
Von der Fiko beanstandete Objektabrechnungen, kleiner	%			3	5	5	
Laufende Projekte	Anz		115	186	215	250	

Kommentar

- 1 Von den 18.5 zusätzlichen Vollzeitstellen im Jahre 2011 hat der Regierungsrat 8.5 zur Erhöhung der Planungskapazitäten im Hochbau beschlossen. Die restlichen zehn zusätzlichen Vollzeitstellen sind auf das Budgetpostulat Krattiger zurückzuführen.
- 2 Für das Budget 2009 wurden neue Kennzahlen definiert. Daher keine Angabe von Ist-Werten 2006 bis 2008. Dies gilt auch für die beiden untenstehenden Kennzahlen.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10		
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%	
30 Personalaufwand	16'633.5	20'188.6	21'106.4	917.8	4.5	¹
31 Sachaufwand	4'893.4	4'816.0	3'707.9	-1'108.1	-23.0	²
33 Abschreibungen Finanzvermögen	7.9	0.0	0.0	0.0	0.0	
36 Eigene Beiträge	883.0	946.0	946.0	0.0	0.0	
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	22'417.8	25'950.6	25'760.3	-190.3	-0.7	
42 Vermögenserträge	-31.4	-1.0	0.0	1.0	100.0	
43 Entgelte	-4'744.5	-6'608.1	-5'906.5	701.6	10.6	³
4 Ertrag	-4'776.0	-6'609.1	-5'906.5	702.6	10.6	
Ordentlicher Nettoaufwand	17'641.8	19'341.6	19'853.8	512.2	2.6	
davon Produktgruppe(n):						
Raumentwicklung und Städtebau	2'915.9	3'420.3	3'317.7	-102.6	-3.0	
Gestaltung Stadtraum und Verkehr	2'103.9	1'849.4	1'833.5	-15.9	-0.9	
Werkstätten Hochbau	-38.5	0.0	0.0	0.0	0.0	
Qualitätssicherung bei Um- und Neubauten d. öffentl. Hand	299.3	292.0	281.1	-10.9	-3.7	
Hochbaudienste	12'361.3	13'779.8	14'421.4	641.6	4.7	
5 Ausgaben Investitionen	457.2	0.0	0.0	0.0	0.0	
6 Einnahmen Investitionen	-271.3	0.0	0.0	0.0	0.0	
Nettoinvestitionen VV (NIV)	185.9	0.0	0.0	0.0	0.0	

Kommentar

- 1 In Anbetracht der in den nächsten zehn Jahren anstehenden grossen und komplexen Hochbauvorhaben hat der Regierungsrat beschlossen, den Headcount für das Hochbau- und Planungsamt um 8.5 Stellen zu erhöhen. Da nicht alle Stellen per 1. Januar 2011 besetzt werden können, hat der Regierungsrat für das Jahr 2011 eine Budgeterhöhung von 1'370'000 Franken bewilligt. Im Budget 2010 waren im Personalaufwand (nebst FDK 31) bereits ca. 450'000 Franken im Zusammenhang mit dem Budgetpostulat Krattiger enthalten, weshalb sich der Personalaufwand nur um 917'800 Franken erhöht.
- 2 Im Vorjahresbudget sind im Sachaufwand (nebst FDK 30) ca. 600'000 Franken im Zusammenhang mit dem Budgetpostulat Krattiger enthalten. Dieser Aufwand ist vorgesehen, um zusätzliche Projektmanagementaufträge extern vergeben zu können. Im Budget 2011 sind die Mittel für diese bauherrenseitige Leistung im FDK 30 eingestellt.
Der im Vorjahr budgetierte Projektierungsaufwand von 500'000 Franken für Objekte des Verwaltungsvermögens wurde gemäss Regierungsratsbeschluss Nr. 09/36/40 vom 17. November 2009 zu den Immobilien Basel-Stadt (Finanzdepartement) verschoben.
- 3 Die budgetierten Mindereinnahmen entstehen aufgrund obiger Begründungen FDK 30 und 31. Die Bauherrenleistungen sollen im 2011 noch nicht der Investitionsrechnung belastet werden. Die Handhabung betreffend Art und Weise, wie Bauherrenleistungen der Investitionsrechnung belastet werden können, wird im Zusammenhang mit der Umsetzung der neuen Rechnungslegung nach Harmonisiertem Rechnungsmodell (HRM2) geprüft.

Hochbaudienste

Schwerpunkte des Gebäudeunterhaltes sind im Budgetjahr neben der normalen Instandhaltung vermehrte Arbeiten zur Werterhaltung der staatseigenen Liegenschaften. Forciert werden zudem Abklärungen und Umsetzungen von baulichen Massnahmen zugunsten von Menschen mit einer Behinderung. Im Auftrag der beiden Halbkantone werden auch in den von der Universität Basel genutzten Liegenschaften Vesalianum und Universitätsbibliothek (inkl. Neukonzeption der öffentlichen Räume) werterhaltende Arbeiten realisiert.

Für das 2011 ist der Baubeginn des Grossprojektes Sanierung und Erweiterung Operationstrakt Ost des Universitätsspitals geplant. Parallel zu der grossen Zahl kleinerer und mittlerer Bauvorhaben werden wichtige Planungs- und Projektierungsarbeiten gestartet. Dies gilt insbesondere für die erforderlichen Anpassungen im Zusammenhang mit der Schulharmonisierung und Tagestrukturen, aber auch für die Schulneubauten Erlenmatt und Schoren. Weiter werden die umfangreichen Instandsetzungen der St. Jakobshalle und des Bäumlihofgymnasiums in die Wege geleitet. Auch die Projektierungen für den Neubau Biozentrum, die Erweiterung Kunstmuseum und die Anpassungen im Grossratssaal u.a.m. werden im 2011 fortgeführt. Die Wiederaufnahme des Projektes Neubau Zentrale Informatikdienste am Steinengraben ist geplant.

Unter anderem werden die folgenden Projekte im 2011 abgeschlossen: Nach der erforderlichen Test- und Probephase wird der Neubau des Universitäts-Kinderspitals beider Basel in Betrieb genommen und die baulichen Massnahmen im Felix Platter-Spital zur Sicherstellung der Gebrauchstauglichkeit werden fertig gestellt. Die Erweiterung des Museums der Kulturen und das veränderte Untergeschoss des Historischen Museums gehen in Betrieb.

Mobilität

BVD-661

Das Amt für Mobilität analysiert die Fragen und Herausforderungen der kantonalen Mobilität als Gesamtsystem. Es hat die Aufgabe, auf Basis dieser Analysen innovative und integrale Strategien zur Steuerung sowie zur Bewältigung des Verkehrsaufkommens zu erarbeiten.

Eine gute Anbindung auf Strasse und Schiene an das nahe und ferne Umland leistet einen wichtigen Beitrag an die Standort- und Wohnqualität im Kanton. Die stadt- und umweltgerechte Mobilität soll gefördert und das Gesamtverkehrssystem optimiert werden. Ziel ist dabei die Verbesserung des Verkehrsflusses im Individualverkehr, der Ausbau des Angebots und die Verstetigung und Verkürzung der Fahrzeiten im öffentlichen Verkehr sowie die Attraktivitätssteigerung für den Velo- und Fussverkehr.

Das Amt für Mobilität analysiert den Mobilitätsbedarf und das Verkehrsgeschehen im Kanton, plant und bestellt Leistungen des öffentlichen Verkehrs, erarbeitet Verkehrsstrategien und -konzepte, formuliert Anforderungen an Infrastrukturen und begleitet deren Planung. Es plant und bewirtschaftet den Parkraum, projiziert und verfügt permanente Verkehrsanordnungen (geänderte Markierungen und Signalisationen) und ist verantwortlich für Projektierung, Programmierung, Betrieb und technischen Unterhalt sämtlicher Lichtsignalanlagen inklusive dem zentralen Verkehrsrechner.

Das Amt für Mobilität bringt die kantonalen Interessen in die übergeordnete Verkehrsplanung des Bundes ein und koordiniert die Planung mit den Nachbarkantonen und den benachbarten Gebietskörperschaften in Deutschland und Frankreich.

Ebenfalls in die Zuständigkeit des Amts für Mobilität fällt die Erteilung der kantonalen Bewilligungen für Betreiberfirmen im öffentlichen Verkehr.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Mobilität	2.4 Mobilität

Tätigkeiten und Projekte

Mobilität

Mobilitätsstrategie Die Abteilung Mobilitätsstrategie erarbeitet die Grundlagen für die Mobilitätsplanung, überprüft die Entwicklung des Mobilitätsbedarfs und entwickelt Strategien zu dessen Beeinflussung im Sinne der vom Regierungsrat formulierten wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Ziele. Sie vertritt die Interessen des Kantons in Mobilitätsfragen gegenüber den Nachbarbehörden. Sie erarbeitet Strategien zum optimalen Einsatz der verschiedenen Verkehrsträger und zur Beeinflussung der Verkehrsnachfrage (Mobilitätsmanagement).

Die Abteilung führt Datenerhebungen durch und ist zuständig für das Wirkungscontrolling. Sie betreut das Gesamtverkehrsmodell und wendet es an.

Auch im Jahr 2011 wird die Erneuerung des Gesamtverkehrsmodells einen wichtigen Schwerpunkt bilden, zudem die Umsetzung der Strategie zur Förderung des Velo- und Fussgängerverkehrs sowie die Weiterentwicklung der Datengrundlage im Bereich der Verkehrszahlen.

Mobilitätsplanung Die Abteilung definiert die heutige und künftige Anbindung des Kantons an das Umland und die innere Erschliessung aufgrund der Bedürfnisse der unterschiedlichen Anspruchsgruppen. Sie definiert Angebote und Netze der verschiedenen Verkehrsträger und leitet daraus in Abstimmung mit der Siedlungs- und Arealentwicklung verkehrsträgerspezifische und teilräumliche Verkehrskonzepte ab. In der Folge werden Mobilitätsansprüche definiert und in die Planung der kantonalen Infrastrukturprojekte (Strasse und Schiene) eingebracht. Weiter bearbeitet die Abteilung Mobilitätsplanung alle Aufgaben des Kantons als Besteller von Leistungen des öffentlichen Verkehrs von der konzeptionellen Planung (ÖV-Programm) bis hin zur konkreten Leistungsvereinbarung und zu Fragen im Zusammenhang mit dem Tarifverbund.

Schwerpunkte im Jahr 2011 sind diverse Planungen zum weiteren Ausbau des Tramnetzes (Tramnetz Agglomeration Basel 2025) und zur Weiterentwicklung der Regio-S-Bahn (Herzstück und Zulaufstrecken) sowie die Begleitung der langfristigen nationalen Bahnplanung im Rahmen des Konzepts Bahn

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz			23.1	26.0	30.0	¹
Lichtsignalanlagen	Anz		126	126	126	127	²
Begegnungszonen	Anz		30			50	

Kommentar

- Das Amt für Mobilität ist am 01. Januar 2009 neu gebildet worden. Im Juni 2010 hat das Amt für Mobilität 5.3 Vollzeitstellen von der Allmendverwaltung des Tiefbauamts übernommen. Die Prognose für 2010 wurde entsprechend angepasst.
- Im Rahmen der Verbesserung der Datengrundlagen zum Verkehrsgeschehen werden die Kennzahlen in den nächsten Jahren überarbeitet. Dies gilt auch für die untenstehende Kennzahl.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10		
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%	
30 Personalaufwand	3'358.3	3'722.1	4'529.1	807.0	21.7	¹
31 Sachaufwand	2'320.8	2'224.1	3'379.8	1'155.7	52.0	²
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	5'679.1	5'946.3	7'908.9	1'962.7	33.0	
43 Entgelte	-931.5	-1'043.6	-883.0	160.6	15.4	³
46 Beiträge für eigene Rechnung	0.0	-2.0	-2.0	0.0	0.0	
4 Ertrag	-931.5	-1'045.6	-885.0	160.6	15.4	
Ordentlicher Nettoaufwand	4'747.5	4'900.7	7'023.9	2'123.3	43.3	
davon Produktgruppe(n):						
Mobilität	4'747.5	4'900.7	7'023.9	2'123.3	43.3	
5 Ausgaben Investitionen	2'468.6	0.0	0.0	0.0	0.0	
Nettoinvestitionen VV (NIV)	2'468.6	0.0	0.0	0.0	0.0	

Kommentar

- Durch die Verschiebung von Aufgaben im Bereich der Lichtsignalanlagen vom Tiefbauamt (Allmendverwaltung) zur Dienststelle Mobilität (Verkehrssteuerung) wurden die entsprechenden Budgetmittel für 2011 von Netto (ONA) 2.2 Mio. Franken transferiert. Der Restbetrag von 80'000 Franken ist auf die durch den Regierungsrat beschlossene lineare Kürzung zurückzuführen.
- Der Mehraufwand ist bedingt durch die Verschiebung von Aufgaben im Bereich der Lichtsignalanlagen vom Tiefbauamt zur Dienststelle Mobilität (siehe auch FDK 30).
- Die Mindereinnahmen sind bedingt durch die Verschiebung von Aufgaben im Bereich der Lichtsignalanlagen vom Tiefbauamt zur Dienststelle Mobilität (siehe auch FDK 30).

2030. Ferner das Einbringen der Mobilitätsanforderungen in grössere Entwicklungsprojekte (Roche, Dreispitz, Hafen etc.)

Verkehrstechnik Die Abteilung Verkehrstechnik ist zuständig für einen optimalen Verkehrsfluss auf den Strassen. Sie setzt die Konzepte und Vorgaben aus der Mobilitätsplanung um und ist im Rahmen der gesetzlichen Grundlagen verantwortlich für Signalisationen, Markierungen, Wegweisungen und Parkuhren. In enger Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt, der Kantonspolizei und den Basler Verkehrs-Betrieben plant die Abteilung Anpassungen kleinräumlicher Verkehrsregimes sowie verkehrstechnischer Massnahmen. Des Weiteren ist die Abteilung Koordinationsstelle für die kantonale Genehmigung der Gesuche von Verkehrsanordnungen aus den beiden Landgemeinden.

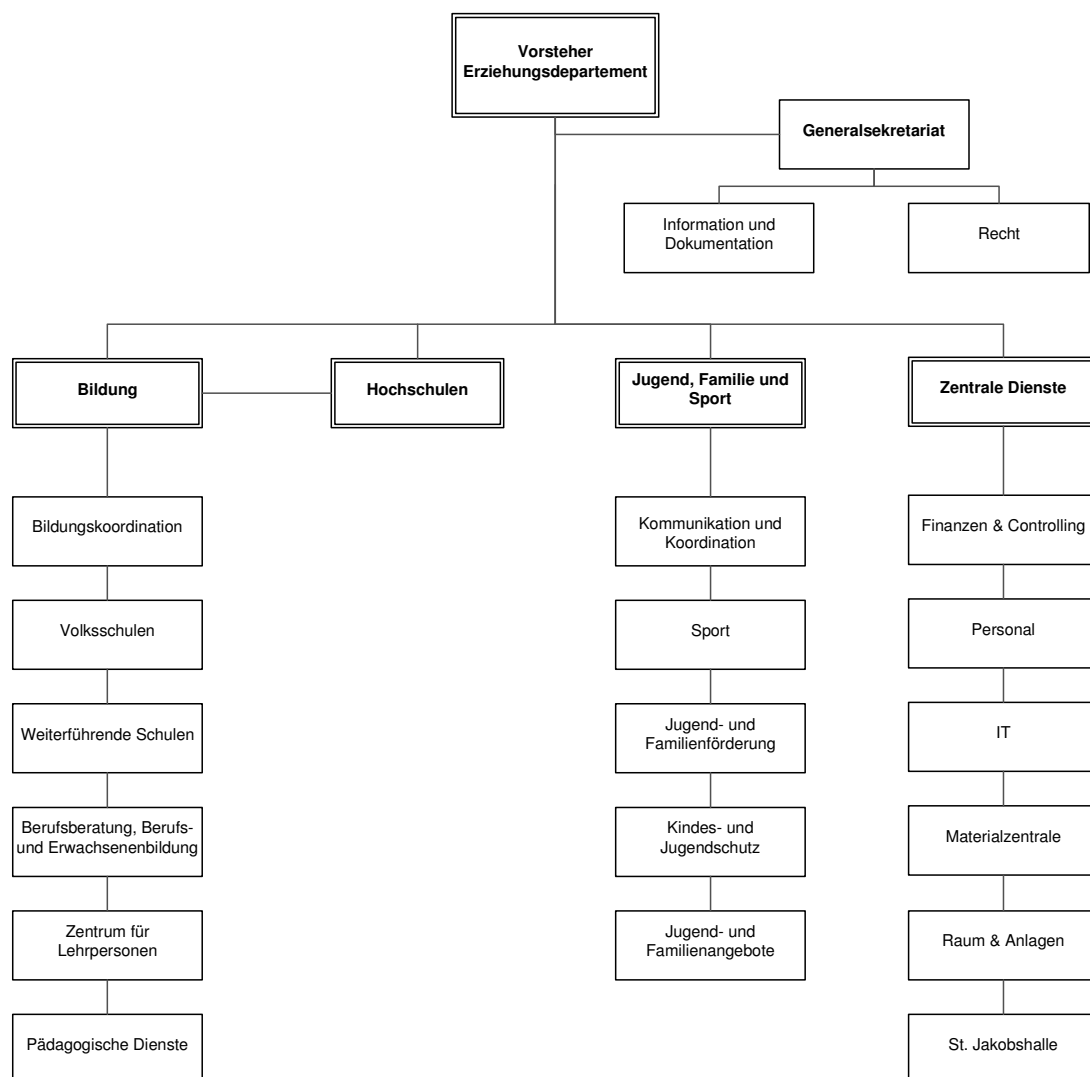
Als grösseres Vorhaben sind 2011 die Planungen zur künftigen Bewirtschaftung des Parkraums in Basel sowie die Umsetzung neuer bzw. Erweiterung bestehender Tempo 30-Zonen zu nennen.

Verkehrssteuerung Die Abteilung Verkehrssteuerung ist zuständig für die Projektierung, die Software, die laufende operative Überprüfung und Sicherstellung der Erhaltungsplanung der Lichtsignalanlagen inklusive deren Unterhalt sowie für den Betrieb und die Weiterentwicklung des Verkehrsrechners. Zudem betreibt und unterhält die Abteilung alle Parkuhren sowie die automatischen Dauerzählstellen zur Erfassung der Verkehrsmengen.

Auch 2011 werden im Rahmen der normalen Erhaltungsprojekte voraussichtlich drei bis fünf Lichtsignalanlagen ersetzt.

4.2.3 Erziehungsdepartement

ED-201	Zentrale Dienste und Generalsekretariat	146
ED-220	Leitung Bildung	148
ED-230	Volksschulen	151
ED-240	Allgemeinbildende weiterführende Schulen	155
ED-245	Berufsbildende Schulen	157
ED-265	Berufsberatung, Berufs- und Erwachsenenbildung	160
ED-271	Hochschulen	162
ED-290	Jugend, Familie und Sport	164



Finanzen Departement

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
	2009	2010	2011	abs.	%
30 Personalaufwand	460.4	468.3	467.4	-0.9	-0.2 ¹
31 Sachaufwand	146.6	144.6	150.5	5.9	4.1 ²
32 Passivzinsen	0.0	0.0	0.0	0.0	-62.5
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	0.0	0.0	-25.0
36 Eigene Beiträge	370.0	388.4	403.6	15.1	3.9 ³
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	1.7	0.0	0.0	0.0	0.0
Total Aufwand	978.8	1'001.4	1'021.5	20.1	2.0
42 Vermögenserträge	-0.1	-0.1	-0.1	0.0	9.5
43 Entgelte	-52.4	-44.0	-47.7	-3.6	-8.2 ⁴
46 Beiträge für eigene Rechnung	-95.1	-91.3	-104.6	-13.3	-14.5 ⁵
Total Ertrag	-147.7	-135.5	-152.4	-16.9	-12.5
Ordentlicher Nettoaufwand Departement	831.1	865.9	869.0	3.2	0.4
5 Ausgaben Investitionen	6.7	4.0	3.4	-0.6	-15.8
Nettoinvestitionen VV (NIV)	6.7	4.0	3.4	-0.6	-15.8

Kommentar

- 1 Insbesondere tiefere Ansätze für die Familien- und Unterhaltszulagen reduzieren den allgemeinen Personalaufwand leicht (-1.5 Mio. Fr.). Mehrkosten dagegen fallen für die Schwerpunktthemen Aufbau der Leitungsstrukturen an den Volksschulen (+0.6 Mio. Fr.), die Tagesstrukturen (+0.8 Mio. Fr.) und das Projekt Schulharmonisierung (+3.2 Mio. Fr.) an. Kostensenkend wirkt sich der sukzessive Wegfall der Praktikumlöhne für die Studierenden beim Bildungszentrum Gesundheit (BZG -0.9 Mio. Fr.) und die Reduktion des Overheads nach abgeschlossenem Aufbau des BZG (-0.8 Mio. Fr.) aus. Weiter führen rückläufige Schülerzahlen (-2.2 Mio. Fr.) zu Minderausgaben.
- 2 Die Mehrausgaben gehen fast zur Hälfte auf die neue Verrechnung der staatsinternen Pflichtleistungen des Finanzdepartements (+2.6 Mio. Fr.) zurück. Die restlichen Mehrausgaben von 3.3 Mio. Franken betreffen höhere Materialeinkäufe für den Wiederverkauf (+1.2 Mio. Fr.; dagegen stehen entsprechende Mehreinnahmen), zusätzliche Mietkosten im Schulbereich (+0.5 Mio. Fr.), steigende Wasser- und Energiegebühren (+0.4 Mio. Fr.), den generellen Mehrbedarf in der Berufsberatung und Berufsbildung (+0.3 Mio. Fr.) sowie diverse andere Budgetpositionen (+0.9 Mio. Fr. u.a. für Lehrmittel, bauliche Unterhaltsleistungen, Mehrwertsteuer etc.).
- 3 Die Spezialangebote (+10.0 Mio. Fr.) werden neu wie die übrigen verstärkten Massnahmen von der Fachstelle Zusätzliche Unterstützung finanziert und im Erziehungsdepartement intern weiterverrechnet, was zu entsprechenden Mehreinnahmen unter der Kostenart 46 führt. Effektive Budgeterhöhungen fallen u.a. bei der Universität (+7.2 Mio. Fr.), der Fachhochschule Nordwestschweiz (+1.1 Mio. Fr.), der Berufsberatung und Berufsbildung (+1.2 Mio. Fr.) und für die Tagesstrukturen (+1.0 Mio. Fr.) an. Der so genannte Einzelpostenbereich reduziert sich um 5.7 Mio. Franken (Heimeinweisungen -3.8 Mio. Fr., Schul- und Fachhochschulabkommen +1.2 Mio. Fr., Stipendien +0.5 Mio. Fr. und Transfer Jugendhilfe an JSD -3.6 Mio. Fr.).
- 4 Die höheren Entgelte setzen sich hauptsächlich aus folgenden vier Faktoren zusammen: Zunahme Verkaufsertrag (-1.4 Mio. Fr.), höhere Schulgelder (-0.3 Mio. Fr.) und Rückerstattungen (-0.5 Mio. Fr.) sowie Rückzahlung von überschüssenden Rücklagen aus leistungsabhängigen Vereinbarungen (-1.2 Mio. Fr.).
- 5 Die Erhöhung geht v.a. auf die im Erziehungsdepartement interne Verrechnung der Spezialangebote (-10.0 Mio. Fr., vgl. Kostenart 36) zurück. Weiter nehmen die Einnahmen aus Ausbildungsleistungen an andere Gemeinwesen (-2.6 Mio. Fr.) und die Bundessubventionen (-0.8 Mio. Fr.) zu.

Zentrale Dienste und Generalsekretariat

ED-201

Im Bereich der Zentralen Dienste sind sämtliche bereichsübergreifenden Aufgaben des Erziehungsdepartements zusammengefasst. Die Zentralen Dienste gliedern sich in die folgenden sechs Abteilungen: Finanzen & Controlling, Personal, Raum & Anlagen, Informatik, Materialzentrale und St. Jakobshalle.

Das Generalsekretariat berät und unterstützt den Departementsvorsteher. Es stellt die Geschäftsabwicklung mit dem Parlament, dem Regierungsrat und den übrigen Departementen sicher, sorgt departementsintern für effiziente, zielgerichtete Abläufe und koordiniert die Kommunikation. Dem Generalsekretariat gehören die beiden Abteilungen Recht sowie Information und Dokumentation an.

Die Administrativen Dienste beinhalten das Finanz-, das Personalwesen sowie die Informatik-Dienstleistungen. Sie bilden das Kompetenzzentrum für organisatorische, betriebswirtschaftliche, personalpolitische und systemtechnische Fragestellungen auf Ebene Departement.

Die Abteilung Raum und Anlagen ist für den Betrieb (Abwartswesen, Unterhalt, Reinigung, Raumzuteilung etc.) der baulichen Infrastruktur (Schulen, Kindergärten, Heime, Verwaltungsgebäude etc.) zuständig. Sie vertritt die Nutzerinteressen in Bezug auf den baulichen Unterhalt gegenüber dem Bau- und Verkehrsdepartement (Hochbau- und Planungsamt) und dem Finanzdepartement (Immobilien Basel-Stadt).

Mit der St. Jakobshalle verfügt der Kanton über eine polyvalente Mehrzweckeinrichtung, in der sportliche wie nichtsportliche Veranstaltungen durchgeführt werden.

Die Materialzentrale beschafft Büro-, Schul- und Reinigungsmaterial sowie Kopiergeräte für die kantonale Verwaltung. Dank Bündelung der Beschaffung kann von attraktiven Konditionen profitiert werden.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Betrieb Schul- u. Verwaltungsinfrastruktur	3.1 Volksschulbildung
Betrieb und Unterhalt Sportinfrastruktur	3.4 Sport
St. Jakobshalle	3.4 Sport
Materialzentrale	9.5 Zentrale Materialdienste
Administrative Dienste ED	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation
Generalsekretariat ED	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation

Tätigkeiten und Projekte

Seit 2009 sind sämtliche bereichsübergreifenden Aufgaben in einem eigenen Service-Bereich „Zentrale Dienste“ zusammengeführt. Die neuen Strukturen haben sich - nach kleineren Anpassungen in den Jahren 2009 bis 2010 - bewährt und etabliert. Da der neue Bereich insgesamt gut unterwegs ist, sind für 2011 keine Änderungen vorgesehen.

Betrieb Schul- und Verwaltungsinfrastruktur

Im Rahmen des vom Grossen Rat beschlossenen Grossprojekts der Schulharmonisierung wird sich die Schulraumplanung intensiv mit der Zuteilung der neuen Schulstufen Primar und Sekundar auf die Schulhäuser auf dem Kantonsgebiet auseinandersetzen. Die grosse Herausforderung wird dabei sein, den Übergang von der alten zur neuen Schulstruktur pro Schulhaus zu planen. Die Planung der baulichen Tagesschul-Infrastruktur ist ein weiteres grosses Projekt, das zudem mit der Schulraumplanung koordiniert werden muss. Im Bereich Sicherheit steht die Beratung der Sicherheitsteams pro Schulhaus im Mittelpunkt.

St. Jakobshalle

Seit März 2010 steht die St. Jakobshalle unter neuer Geschäftsführung. Auch diese hat den Auftrag, die Anzahl Veranstaltungen kontinuierlich zu erhöhen, wobei die bisherige Sportnutzung nicht eingeschränkt werden darf. Da die im 1975 eröffnete St. Jakobshalle dringenden Sanierungsbedarf auf-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	41.3	44.5	256.5	270.3	213.2	1
Aufträge an die Materialzentrale	Anz	7'543	8'146	8'478	8'300	8'400	
Auslastung St. Jakobshalle mit Events und Sportanlässen	%	73.4	75.1	63.6	75.0	70.0	

Kommentar

- 1 Die Stellen der zwei Fachbereiche „Betrieb/Unterhalt Sportanlagen“ und „Vermietung Anlagen“ wurden per Budget 2011 von den Zentralen Diensten in den Bereich Jugend, Familie und Sport überführt.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10		
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%	
30 Personalaufwand	30'673.0	32'146.5	24'665.9	-7'480.6	-23.3	1
31 Sachaufwand	40'967.2	40'143.9	34'714.2	-5'429.8	-13.5	2
32 Passivzinsen	1.4	4.0	0.0	-4.0	-100.0	
33 Abschreibungen Finanzvermögen	-45.2	0.0	0.0	0.0	0.0	
36 Eigene Beiträge	10.1	0.0	0.0	0.0	0.0	
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	71'606.5	72'294.4	59'380.1	-12'914.3	-17.9	
42 Vermögenserträge	-14.8	-10.0	-10.0	0.0	0.0	
43 Entgelte	-22'409.7	-22'690.2	-18'847.1	3'843.1	16.9	3
46 Beiträge für eigene Rechnung	-384.2	-32.0	-100.0	-68.0	-212.5	
4 Ertrag	-22'808.7	-22'732.2	-18'957.1	3'775.1	16.6	
Ordentlicher Nettoaufwand	48'797.8	49'562.2	40'423.0	-9'139.2	-18.4	4
davon Produktgruppe(n):						
Unterhalt Schul- und Verw. -infrastruktur	22'179.9	23'040.0	22'396.1	-643.9	-2.8	
Betrieb Sportinfrastruktur	10'014.6	8'983.1	0.0	-8'983.1	-100.0	
St. Jakobshalle	4'819.3	3'379.4	3'430.5	51.1	1.5	
Zentrale Materialdienste	273.3	646.2	516.7	-129.4	-20.0	
Administrative Dienste ED	10'760.5	12'680.2	13'244.3	564.1	4.4	
Generalsekretariat ED	750.1	833.3	835.3	1.9	0.2	
5 Ausgaben Investitionen	3'493.8	4'040.0	3'400.0	-640.0	-15.8	
Nettoinvestitionen VV (NIV)	3'493.8	4'040.0	3'400.0	-640.0	-15.8	

Kommentar

- 1 Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr geht auf den departementsinternen Transfer des Sportanlagenbetriebs an den Bereich Jugend, Familie und Sport zurück.
- 2 Die Abweichung steht im Zusammenhang mit den beiden Budgettransfers „Betrieb Sportanlagen (-7.2 Mio. Fr.)“ und der neuen „Verrechnung von staatsinternen Pflichtleistungen des Finanzdepartements(+0.5 Mio. Fr.)“. Weiter lassen der vermehrte Warenhandel bei der Materialzentrale (+0.7 Mio. Fr.) und für das Catering (+0.5 Mio. Fr.) den Sachaufwand ansteigen.
- 3 Der Transfer der Sportanlagen reduziert die bisherige Einnahmenbasis um 5.3 Mio. Franken. Mehreinnahmen resultieren insbesondere aus den höher veranschlagten Verkaufserträgen (Warenhandel und Catering).
- 4 Der Unterhalt und die Bewirtschaftung der Sportanlagen wurde mit Wirkung ab 1. Januar 2010 in den Bereich Jugend, Familie und Sport überführt. Diese organisatorische Veränderung wird nun auf das Budget-/Rechnungsjahr 2011 finanztechnisch ebenfalls nachvollzogen. Insgesamt führt dieser kostenneutrale Aufgabentransfer im Bereich Zentrale Dienste zu einem Rückgang des Ordentlichen Nettoaufwands von -9.53 Mio. Franken. Die neue interne Verrechnung der Pflichtleistungen durch das Finanzdepartement (+0.47 Mio. Fr.) und diverse kleinere departementsinterne Budgettransfers (+0.35 Mio. Fr.) erhöhen den Ordentlichen Nettoaufwand dagegen wieder um +0.82 Mio. Franken. Im Zusammenhang mit der Überprüfung der Ausgabendynamik konnte der Ordentliche Nettoaufwand insgesamt um -0.4 Mio. Franken (u.a. durch Effizienzsteigerung beim Infrastrukturunterhalt und Verbesserung der Nettoeinnahmensituation bei der Materialzentrale) reduziert werden.

weist, sollen dem Parlament in der zweiten Jahreshälfte 2010 ein Planungs- und Projektierungskredit für die Sanierung vorgelegt und im 2011 die entsprechenden Arbeiten vorangetrieben werden.

Leitung Bildung

ED-220

Der Geschäftsbereich Bildung umfasst die sechs Dienststellen Leitung Bildung, Volksschulen, Allgemeinbildende weiterführende Schulen, Berufsbildende Schulen, Berufsberatung, Berufs- und Erwachsenenbildung sowie Hochschulen.

Die Dienststelle Leitung Bildung leitet und koordiniert den Geschäftsbereich Bildung und trägt die Gesamtverantwortung für dessen Leistungserbringung. Sie ist gegliedert in Bildungskoordination, Zentrum für Lehrpersonen und Pädagogische Dienste.

Die Bildungskoordination erbringt die Stabsleistungen für den Geschäftsbereich Bildung. Dazu zählen die Bildungsplanung, die Politikvorbereitung, die Kommunikation und die Weiterentwicklung der Rechtsgrundlagen sowie der Instrumente für die Qualitätsentwicklung und Finanzsteuerung. Im Zentrum für Lehrpersonen sind sämtliche Schuldienste zusammengefasst, welche Dienstleistungen für die Lehrpersonen – Weiterbildung, Beratung, Unterrichtsmedien – erbringen. Es sind dies das Institut für Unterrichtsfragen und Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung (ULEF), der Schuldienst Unterricht, der Dienst für technische Unterrichtsmittel (DTU), die Pädagogische Dokumentationsstelle (PDS) und ICT Basler Schulen. In den Pädagogischen Diensten sind all jene Schuldienste zusammengefasst, die Kinder und Jugendliche in ihrer persönlichen und sozialen Entwicklung, in ihrer schulischen Leistungsfähigkeit und beim Übergang von der Schule in die Arbeitswelt unterstützen. Es sind dies der Schulpsychologische Dienst (SPD), der Logopädische Dienst (LPD), die Schulsozialarbeit (SSA) sowie Gap Case Management Berufsbildung.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Leitung Bildung	3.1 Volksschulbildung
Musikalische Bildung im nichtberuflichen Bereich	3.1 Volksschulbildung
Pädagogische Dienste	3.1 Volksschulbildung
Sonderpädagogisches Angebot	3.1 Volksschulbildung
Tagesstrukturen für Schülerinnen und Schüler	3.1 Volksschulbildung
Zentrum für Lehrpersonen	3.1 Volksschulbildung

Tätigkeiten und Projekte

Leitung Bildung

Mit dem Beitritt des Kantons Basel-Stadt zum HarmoS-Konkordat und zum Sonderpädagogikkonkordat der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren, mit der Zustimmung des Grossen Rates zu den Schulgesetzänderungen über die Harmonisierung der Schulen, mit der gesetzlichen Verankerung der neuen Leitungsstrukturen an der Volksschule und mit den politischen Entscheiden über die Frühförderung, die Vorverlegung des Fremdsprachenunterrichts und die Tagesstrukturen sind die wichtigsten Eckwerte der Schulen und Schulentwicklung rechtlich verankert. Damit ist nun eine klare Entwicklungsplattform geschaffen, auf der das Schulgesetz und die Gesetze im Berufsbildungsbereich in einem kohärenten Bildungsgesetz integriert werden können. Das neue Bildungsgesetz soll in den Jahren 2011 und 2012 erarbeitet werden.

Im Bildungsbericht 2010, der im Frühjahr 2011 erscheinen soll, werden die wesentlichen Inhalte und Systemmerkmale der Basler Schulen vor der Harmonisierungsreform erfasst.

Zu den wichtigsten Vorhaben des Bildungsbereichs gehören die Förderung der Berufsbildung und die Verbesserung der Nahtstelle zwischen der Volksschule und der Sekundarstufe II.

Verschiedene Teilprojekte dienen dem früheren Beginn der Berufsinformation auf der Volksschulstufe, der Verbesserung des Ansehens der Berufslehre sowie der Berufsmaturität und der Neukonzeption der Triagestelle für Schülerinnen und Schüler, die ein Brückenangebot besuchen wollen.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	194.6	210.3	98.8	139.7	111.7	1
Teilnehmer/innen Weiterbildung ULEF	Anz	13'656	13'581	11'677	13'800	13'500	2
Ausleihen Unterrichtsmedien DTU/PDS	Anz	57'798	58'629	58'228	62'500	62'500	3
Klient/innen Schulpsycholog. Dienst	Anz	1'531	1'664	1'939	2'000	2'200	
Klient/innen Logopädischer Dienst	Anz	2'560	2'440	2'370	2'500	2'600	
Klient/innen Schulsozialarbeit (SSA)	Anz	1'500	1'378	1'804	1'600	1'600	4
Klient/innen Case Managem. Berufsb.	Anz		130	380	420	430	5

Kommentar

- 1 Der Rückgang des Prognosewerts 2011 gegenüber 2010 ist auf die Verschiebung der Fachstelle Tagesstrukturen (inkl. Tagesschulen) und die Fachstelle Zusätzliche Unterstützung in die Dienststelle Volksschulen zurückzuführen. Die grosse Abweichung 2009 zu 2008 ist durch Verschiebungen aufgrund der Regierungs- und Verwaltungsreorganisation RV09 entstanden.
- 2 Umfasst Teilnehmende von berufsbegleitender, schulinterner Weiterbildung und von Angeboten im Bereich Zusatzqualifikationen, Kaderausbildung, aber nicht die Kontakte für die Beratung der Lehrpersonen.
- 3 Berücksichtigt sind die Ausleihen und Verlängerungen. Die Zahlen der PDS entsprechen den Parametern der Schweizerischen Bibliotheksstatistik, erhoben durch das Bundesamt für Statistik. Die Ist-Werte 2007 und 2008 wurden entsprechend korrigiert.
- 4 An den sechs Standorten der WBS und WBS Spezialangebote erreichen die SozialarbeiterInnen mit ihren Angeboten ca. 75 % der Schüler/innen, in der Einzelfallhilfe auch viele der Eltern der Jugendlichen. Auf der Schulstufe OS ist die SSA am Schulhaus Vogesen mit ca. 30 Prozent der Schüler/innen und/oder der Eltern über ihre Angebote im Kontakt. An den Primarschulen Volta und St. Johann ist die SSA mit ca. 30 Prozent der SchülerInnen und/oder deren Eltern im Kontakt. An den 13 Kindergärten im Quartier St. Johann arbeitet die SSA mit ca. zehn Prozent der Eltern.
- 5 Dieses Angebot besteht seit Mitte 2008. Die Verankerung von Case Management Berufsbildung, GAP, an der WBS und der Schule für Brückenangebote führt zu einer markanten Steigerung der Fallzahlen.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2009	2010	2011	abs.	%
30 Personalaufwand	23'525.1	26'781.7	22'598.9	-4'182.8	-15.6 ¹
31 Sachaufwand	13'301.5	13'842.9	12'742.1	-1'100.8	-8.0 ²
33 Abschreibungen Finanzvermögen	49.7	0.0	0.0	0.0	0.0
36 Eigene Beiträge	53'297.6	55'772.6	14'739.5	-41'033.1	-73.6 ³
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	90'173.9	96'397.1	50'080.4	-46'316.7	-48.0
42 Vermögenserträge	-42.8	-40.3	-40.3	0.0	0.0
43 Entgelte	-4'559.7	-3'472.4	-1'679.3	1'793.0	51.6 ⁴
46 Beiträge für eigene Rechnung	-29'409.6	-30'673.2	-29'171.8	1'501.4	4.9 ⁵
4 Ertrag	-34'012.1	-34'185.8	-30'891.4	3'294.4	9.6
Ordentlicher Nettoaufwand	56'161.9	62'211.3	19'189.0	-43'022.3	-69.2
davon Produktgruppe(n):					
Leitung Geschäftsbereich Bildung	-14'108.2	-12'795.2	-15'126.0	-2'330.9	-18.2
Musikal. Bildung im nichtberufl. Bereich	12'539.6	12'679.9	12'859.9	180.0	1.4
Pädagogische Dienste	7'263.3	7'743.2	9'254.0	1'510.8	19.5
Schulische Tagesbetreuungsangebote	4'256.2	6'274.1	0.0	-6'274.1	-100.0
Sonderpädagogisches Angebot	34'778.0	36'446.8	0.0	-36'446.8	-100.0
Zentrum für Lehrpersonen	11'432.9	11'862.5	12'201.1	338.6	2.9

Kommentar

- 1 Der Rückgang ist zum grössten Teil auf die Verschiebung der beiden Fachstellen Tagesstrukturen (-3.4 Mio. Fr.) und Zusätzliche Unterstützung (-0.5 Mio. Fr.) in die Volksschulen zurückzuführen. Weiter gibt es Änderungen bei einigen Projekten. So wird das Projekt „Ich lerne Deutsch für's Kind“ neu im Schuldienst Unterricht geführt.
- 2 Die Verschiebung der Fachstelle Tagesstrukturen in die Volksschulen hat tiefere Sachkosten zur Folge (-1.2 Mio. Fr.). Bei der Qualitätsentwicklung Unterricht sind tiefere Kosten als bisher zu erwarten (-0.5 Mio. Fr.). Die Verrechnung der Pflichtleistungen des Finanzdepartements (+0.4 Mio. Fr.) und der EDV-Verbund der Schulbibliotheken (+0.1 Mio. Fr.) führen zu Mehrkosten.
- 3 Die Minderkosten kommen hauptsächlich durch die Verschiebung der Fachstelle Zusätzliche Unterstützung in die Volksschulen zu stande (-36.8 Mio. Fr.). Weiter führen die Verschiebungen der Privatschulfinanzierung (-1.1 Mio. Fr.) und der Fachstelle Tagesstrukturen (-3.1 Mio. Fr.) zu tieferen Kosten.
- 4 Die Verschiebung der beiden Fachstellen Zusätzliche Unterstützung und Tagesstrukturen führt zu tieferen Erträgen.
- 5 Die Mindererträge entstehen einerseits durch die Verschiebung der Fachstelle Tagesstrukturen in die Volksschulen (+0.6 Mio. Fr.). Weiter wird beim Logopädischen Dienst auf die interne Verrechnung der Beiträge der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) verzichtet (+1.4 Mio. Fr.), bei den Schulabkommen werden weniger und bei den Bundessubventionen für die Berufsbildung höhere Einnahmen erwartet.

Pädagogische Dienste

Die Pädagogischen Dienste erfahren im Kontext der Reform Umstrukturierungen. Die Fachstelle Sonderpädagogik gehört seit dem 1. Januar 2010 zur Volksschule. Der Logopädische Dienst wird auf der Grundlage der neuen sonderpädagogischen Gesetzesgrundlagen und des vom Erziehungsrat erlassenen Rahmenkonzepts „Förderung und Integration“ in die Volksschule integriert. Der Schulpsychologische Dienst übernimmt im neuen Sonderpädagogik-Konkordat eine zentrale Aufgabe als Abklärungsstelle. Der Aufbau von Gap Case Management Berufsbildung, der junge Menschen bei der Integration in die Berufsbildung unterstützt, geht planmässig voran.

Zentrum für Lehrpersonen ZLP

Die Dienstleistungen des ZLP werden zur Unterstützung der Reform (Weiterbildung, Schulberatung in Entwicklungsfragen) neu ausgerichtet.

Volksschulen

ED-230

In den Volksschulen erwerben alle im Kanton wohnhaften Kinder vom vierten oder fünften Lebensjahr an in der Regel in elf Jahren die obligatorische Grundbildung. Die Schulen haben den öffentlichen Auftrag, alle Kinder zu integrieren und sie entsprechend ihren Begabungen und Interessen zu fördern. Die Lehrpersonen beziehen die Eltern als Partner in die Verantwortung für die Schulbildung ein. Zur Unterstützung der Familien findet der Unterricht vormittags in Blockzeiten statt. Auf Wunsch und nach Bedarf werden die Kinder über die Unterrichtszeiten hinaus über Mittag und am Nachmittag betreut. In den ersten neun Schuljahren werden die Kinder unabhängig von Herkunft und Leistungen in Lerngruppen und Klassen von Quartierstandorten eingeteilt. Die Vielfalt an Begabungen und die Spanne zwischen Stärkeren und Schwächeren bieten wirkungsvolle Lernanreize. Mit Hilfe individueller Förderangebote und besonderer Schulen können die Lehrpersonen auch besonderen Begabungen und Bedürfnissen gerecht werden. Auf zwei Jahre Kindergarten in altersgemischten Klassen folgen vier Jahre Primarschule. In der anschliessenden dreijährigen Orientierungsschule werden die Beherrschung der Kulturtechniken und das Grundwissen über die natürliche und geschaffene Umwelt im Fachunterricht vertieft. Gleichzeitig setzt der Fremdsprachenunterricht ein. Nach dem neunten Schuljahr werden die Jugendlichen entsprechend ihren Schulleistungen in getrennte Laufbahnen aufgeteilt, in den allgemeinen und den erweiterten Zug der Weiterbildungsschule, die die Heranwachsenden auf den Berufsbildungsweg vorbereiten, und in das Gymnasium. Nach Abschluss der obligatorischen Schulzeit sollen die Lernenden über eine Sach-, Sozial- und Selbstkompetenz verfügen, die sie auf die Sekundarstufe II und den Erwerb eines Abschlusses vorbereitet.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Allgemeine Bildung Primarstufe	3.1 Volksschulbildung
Allgemeine Bildung Sekundarstufe I	3.1 Volksschulbildung
Schulische Tagesbetreuungsangebote	3.1 Volksschulbildung
Verstärkte Massnahmen	3.1 Volksschulbildung

Tätigkeiten und Projekte

Gesamtschweizerische und regionale Harmonisierung der Volksschulen Der Grosse Rat hat im Juni 2010 den Beitritt zu den Konkordaten HarmoS und Sonderpädagogik der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren und eine entsprechende Anpassung des Schulgesetzes beschlossen. Die Harmonisierung erleichtert die Mobilität und die Kooperation der Kantone bei der Entwicklung ihrer Schulsysteme. Die beiden Basel planen die gleiche Schullaufbahn mit zwei Jahren Kindergarten, sechs Jahren Primarschule, drei Jahren Sekundarschule mit drei durchlässigen Leistungszügen und vier Jahren Gymnasium. Mit Erreichen des Volksschulabschlusses treten die Jugendlichen zum gleichen Zeitpunkt in die Berufsbildung, ans Gymnasium oder die Fachmaturitätsschule über. Die vier Kantone der Nordwestschweiz, Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn, wollen ihre Schulen gemeinsam weiterentwickeln. Sie koordinieren die Einführung des Lehrplans 21, die Leistungsmessung und den Volksschulabschluss. Die kantonale Umsetzung der Harmonisierung erfolgt durch eine eigenständige Projektorganisation. Anfang 2011 sollen ein detaillierter Zeitplan, die Beschreibung der neuen Schulstufen, das Vorgehen für die Zuteilung der Lehrpersonen und der Raumplan vorliegen. Bis Sommer 2012 erhalten die Lehrpersonen der auslaufenden Schulen ihre neue Einteilung.

Leitungsreform Volksschule Seit August 2009 tragen Schulleitungen in allen Schulen der Orientierungs- und Weiterbildungsschulen sowie der kommunalen Primarstufe (Kindergärten und Primarschulen) die Verantwortung für den Schulbetrieb, das Personal und die Schul- und Unterrichtsentwicklung. An jedem Standort sorgt ein Schulrat mit Vertretungen der Leitung, der Lehrpersonen, der Eltern und der Öffentlichkeit für den Austausch zwischen Innen- und Aussensicht. In einer zweiten Etappe werden 2011 gemeinsame Leitungen von Kindergärten und Primarschule eingerichtet. Die Volksschulleitung sorgt für die Erfüllung des Bildungsauftrags, Schullaufbahnen aus einem Guss, die Gleichwertigkeit der Schulstandorte und die strategische Entwicklung der Volksschule.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	1'393.6	1'381.8	1'396.5	1'389.0	1'478.2	¹
Schüler/-innen (per 1. Sept.)	Anz	13'496	13'275	12'423	12'479	12'533	²
Anteil fremdsprachiger Kinder (per 1. Sept.)	%	51.3	51.4	53.3	53.3	54.5	³
Unterrichtslektionen	Anz	32'748	32'107	30'493	30'853	31'005	⁴
Anteil Schüler/-innen in separativem heilpädagog. Angebot	%	5.3	3.9	3.2	3.2	2.9	⁵
Behinderte Minderjährige in separativen/integrativen Schulen	Anz	527	525	509	505	527	⁶
Übertrittsquote OS in den WBS A-Zug	%	25.8	26.9	23.9	24.3	24.3	⁷
Übertrittsquote OS in den WBS E-Zug	%	36.3	36.1	36.1	33.7	33.7	
Übertrittsquote OS ins Gymnasium	%	35.6	34.0	37.1	39.1	39.1	
Übertrittsquote WBS/WBS KKL in eine Berufslehre	%	17.8	20.6	17.3	20.0	20.0	
Übertrittsquote WBS/WBS KKL in eine weiterführende Schule	%	23.6	22.6	22.2	24.0	24.0	
Übertrittsquote WBS/WBS KKL in ein Brückenangebot	%	52.6	52.2	56.1	52.0	52.0	
Anteil Abgänger/-innen WBS ohne Anschlusslösung (per 30.6.)	%	0.9	0.8	0.3	1.4	1.4	⁸
Anteil Schülerinnen und Schüler, die Tagesstrukturen nutzen	%	13	16	23	26	26	⁹

Kommentar

- Die Erhöhung des Prognosewertes 2011 gegenüber der Prognose 2010 ist teilweise auf die Verschiebung der Fachstelle Tagesstrukturen (inkl. Tagesschulen) und die Fachstelle Zusätzliche Unterstützung von der Dienststelle Leitung Bildung in die Volksschulen zurückzuführen. Zudem finden durch die Erhöhung der Unterrichtslektionen, den Ausbau der Tagesschulen, das Projekt Schulharmonisierung, die Aufstockung der Schulsekretariate an den Primarschulen durch die Leitungsreform und beim Logopädischen Dienst eine Plafonderhöhungen statt.
- Die Ist-Zahlen stammen aus der Schülerstatistik des Statistischen Amts. Die Prognosewerte sind die für die Budgetierung verwendeten Zahlen. Mit der Kommunalisierung der Primarschulen Bettingen/Riehen auf das Schuljahr 2009/2010 fallen diese Schüler/-innen weg (ab 2009). Die Schüler/-innen der Heilpädagogischen Schule HPS sind nicht berücksichtigt.
- Die Ist-Zahlen stammen aus der Schülerstatistik des Statistischen Amts. Mit der Kommunalisierung der Primarschulen Bettingen/Riehen auf das Schuljahr 2009/2010 fallen diese Schüler/-innen weg (ab 2009). Die Schüler/-innen der HPS sind nicht berücksichtigt.
- Die Unterrichtslektionen (jeweils ohne HPS) beziehen sich jeweils auf die Schuljahre (Lesebeispiel: Unter dem Ist-Wert 2008 werden die Unterrichtslektionen für das Schuljahr 2008/2009 aufgeführt). Mit der Kommunalisierung der Primarschulen Bettingen/Riehen reduzieren sich die Unterrichtslektionen (ab 2009). Die Unterrichtslektionen steigen ab 2010 trotz Schüler/-innenrückgang an, weil die Lehrpersonen für die Koordination der Zusammenarbeit ab Schuljahr 2010/11 im Umfang von einer Lektion pro Klasse entlastet werden.
- Grund für den Rückgang ist die Umsetzung des Integrationskonzepts an der Orientierungsschule.
- Mit der Kommunalisierung der Primarschulen Bettingen und Riehen erfolgt die Verfügung für eine Sonderschulung von Kindern mit einer Behinderung neu durch die Gemeinde Riehen. Ab den Prognosezahlen 2010 werden diese Schüler/-innen nicht mehr mitgezählt.
- Die Summe der Übertritte an die Weiterbildungsschule WBS (A-Zug, E-Zug) und ans Gymnasium ergibt weniger als 100%. Grund dafür sind u.a. Übertritte in ein Spezialangebot oder Wegzug. Die Werte für 2010 sind Ist-Zahlen (Frühling 2010). Die Zahlen basieren auf dem Zuteilungsentscheid der Orientierungsschule.
- Inkl. WBS Kleinklassen.
- Die Kennzahl bezieht sich auf die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler des Kindergartens (KG), der Primarschule (PS) und der Orientierungsschule (OS). Sie umfasst jene Schülerinnen und Schüler, welche die Tagesschulen OS, KG/PS, PS/OS sowie die ausserschulischen Tagesstrukturen (Mittagstische, Tagesheime, Tageseltern) nutzen.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2009	2010	2011	abs.	%
30 Personalaufwand	209'415.8	211'331.3	219'360.2	8'028.9	3.8 ¹
31 Sachaufwand	48'244.6	47'923.5	50'700.4	2'776.9	5.8 ²
33 Abschreibungen Finanzvermögen	9.9	0.0	0.0	0.0	0.0
36 Eigene Beiträge	129.3	46.5	49'029.2	48'982.7	105'339.1 ³
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	257'799.6	259'301.3	319'089.8	59'788.5	23.1
42 Vermögenserträge	-5.0	-3.5	-4.9	-1.4	-38.6
43 Entgelte	-4'264.8	-3'283.0	-5'047.6	-1'764.6	-53.7 ⁴
46 Beiträge für eigene Rechnung	-12'492.8	-11'297.3	-22'263.5	-10'966.2	-97.1 ⁵
4 Ertrag	-16'762.7	-14'583.8	-27'315.9	-12'732.2	-87.3
Ordentlicher Nettoaufwand	241'036.9	244'717.5	291'773.9	47'056.4	19.2
davon Produktgruppe(n):					
Allgemeine Bildung Primarstufe	109'143.3	108'557.1	112'769.4	4'212.3	3.9
Allgemeine Bildung Sekundarstufe I	128'573.7	120'044.9	121'708.8	1'663.9	1.4
Schulische Tagesbetreuungsangebote	43.6	879.4	11'639.9	10'760.5	1'223.6
Verstärkte Massnahmen	3'276.4	15'236.1	45'655.8	30'419.7	199.7

Kommentar

- Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf das Projekt Schulharmonisierung (+3.2 Mio. Fr.), die weitere Umsetzung der neuen Leitungsstrukturen an den Volksschulen (+0.6 Mio. Fr.), die Tagesstrukturen (+4.2 Mio. Fr., davon 3.4 Mio. Fr. Verschiebung von Dienststelle Leitung Bildung und 0.8 Mio. Fr. Ausbau neue Tagesschulstandorte), auf die Verschiebung der Fachstelle Zusätzliche Unterstützung FZU von der Dienststelle Leitung Bildung in die Volksschulen (+0.5 Mio. Fr.) und das Projekt Passepartout (+0.3 Mio. Fr.) zurückzuführen. Die Schülerzahlen sind leicht sinkend (-0.6 Mio. Fr.), ebenso die Kosten pro Lektion (-0.4 Mio. Fr.).
- Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr ist durch den Transfer der Fachstelle Tagesstrukturen inkl. Tagesschulen (+1.1 Mio. Fr.), höheren Mietaufwand (+0.5 Mio. Fr., davon 0.2 Mio. Fr. Transfer von den Zentralen Diensten), die neue Verrechnung von Pflichtleistungen durch das Finanzdepartement (+0.7 Mio. Fr.) und diverse kleinere Positionen bedingt.
- Die Erhöhung bei den Eigenen Beiträgen ist mehrheitlich auf die Verschiebung der FZU zurückzuführen (+34 Mio. Fr. inkl. rund 1 Mio. Fr. für Privatschulfinanzierungen). Weil die Spezialangebote neu wie die übrigen verstärkten Massnahmen von der FZU finanziert werden, sind dafür 2011 zusätzlich rund 10 Mio. Franken ins Budget eingestellt worden. In Kostenart 46 ist entsprechend zusätzlicher Ertrag in derselben Höhe budgetiert. Die restliche Erhöhung von 4.1 Mio. Franken ist auf die Fachstelle Tagesstrukturen (Beiträge an externe Anbieter) zurückzuführen, wobei 3.1 Mio. Franken auf die Verschiebung und 1.0 Mio. Franken auf den Ausbau entfällt.
- Aufgrund des Ausbaus der Tagesschulen wurden höhere Elternbeiträge budgetiert (-0.4 Mio. Fr.). Die restliche Erhöhung ist durch die Verschiebungen der Fachstelle Tagesstrukturen (-0.4 Mio. Fr.) und der FZU (-1.0 Mio. Fr.) bedingt.
- Die Erhöhung um 11 Mio. Franken ist durch die Verschiebung der Fachstelle Tagesstrukturen (-0.6 Mio. Fr.) und die neue Budgetierungsweise bei den Spezialangeboten (rund -10 Mio. Fr., siehe Kostenart 36) begründet.

Allgemeine Bildung Primarstufe

Sprachförderung Durch Intensivierung der Sprachförderung in der Volksschule werden die Bildungs- und Berufschancen aller Schülerinnen und Schüler verbessert – vorab jene von Kindern aus fremdsprachigen und bildungsfernen Familien. Aktuell steht im Vordergrund die Verbesserung der Deutschkenntnisse vor dem Kindergarten durch den Auf- und Ausbau des Angebots an privaten Spielgruppen mit integrierter Sprachförderung. Einkommensschwache Familien erhalten neu staatliche Beiträge an die Betreuungskosten. Im Kindergarten werden die Kinder gleichermassen im Gebrauch des Dialekts und als Vorbereitung auf die Primarschule im Verständnis des Standarddeutschen gefördert. Die Vorverlegung und Neuausrichtung des Unterrichts in den Fremdsprachen geht der Kanton im Projekt Passepartout zusammen mit den fünf Partnerkantonen an der Sprachgrenze zur Romandie an. Ab August 2011 wird der Französischunterricht im 5. Schuljahr (3. Klasse der Primarschule) einsetzen. Der vorverlegte Englischunterricht beginnt zwei Jahre später im 7. Schuljahr.

Schulische Tagesbetreuungsangebote

Tagesstrukturen für Schülerinnen und Schüler Im Dienste der Kinder und der Familien übernimmt die Schule neben dem Bildungs- und Erziehungsauftrag vermehrt auch einen Betreuungsauftrag. Sie bietet Tagesstrukturen an, die nach pädagogischen Grundsätzen gestaltet sind. Die Eltern entscheiden, ob und in welchem Umfang sie das kostenpflichtige Angebot in Anspruch nehmen. Per Schuljahr 2010/11 wurde das Platzangebot um 20 Prozent auf 1300 Plätze erhöht und die Berechnung der Elternbeiträge vereinheitlicht und vereinfacht. Der weitere Ausbau erfolgt entsprechend dem Bedarf und den verfügbaren Ressourcen.

Verstärkte Massnahmen

Sonderpädagogik wird Teil der Volksschule 2011 wird die Sonderpädagogik schrittweise in die Volksschule integriert, die damit zur Schule für alle wird. Ihre Leitung entscheidet nach Abklärung durch Experten und Anhörung der Eltern, wie Lernende mit besonderem Bildungsbedarf gefördert werden, in welchen Fällen zusätzliche Ressourcen zur Verfügung stehen und ob die Schulung in der Regelklasse möglich ist. Allen Standorten werden Förderangebote zur Verfügung gestellt. Die Umsetzung der integrativen Schule erfolgt auf der Grundlage des Konkordats Sonderpädagogik, der Schulgesetzrevision, eines Konzepts der beiden Basel und eines kantonalen Rahmenkonzepts.

Allgemeinbildende weiterführende Schulen

ED-240

Diese Dienststelle umfasst das Gymnasium Bäumlhof, das Gymnasium Kirschgarten, das Gymnasium Leonhard, das Gymnasium am Münsterplatz, das Wirtschaftsgymnasium, die Fachmaturitätsschule, die Maturitätsschule für Berufstätige und den Passerellenlehrgang von der Berufsmaturität zur Maturität.

Die Gymnasien führen ihre Schülerinnen und Schüler in einem fünfjährigen Bildungsgang nach den Vorgaben des Eidgenössischen Maturitätsanerkennungsreglements MAR zur Maturität und damit zur Hochschulreife. Das Angebot umfasst die obligatorischen Grundlagenfächer und einen breiten Wahlbereich, der nicht an allen Standorten gleich ist.

Die Fachmaturitätsschule FMS schliesst an die obligatorische Schulzeit an und bereitet in sechs Fachrichtungen in einem drei- bis vierjährigen Bildungsgang auf ein Studium an einer Fachhochschule oder an einer Höheren Fachschule vor.

Die Maturitätskurse für Berufstätige ermöglichen Erwachsenen, in einem 3 1/2-jährigen Kurs die Berechtigung für das Studium einzelner Fachrichtungen an der Universität Basel zu erlangen.

Den Passerellenlehrgang können Inhaberinnen und Inhaber eines Berufsmaturitätszeugnisses besuchen. In einem einjährigen Kurs erwerben sie die Zulassung zu den universitären Hochschulen.

Produktgruppen

Aufgaben-/Ressourcenfeld

Gymnasiale Bildung und Bildung an der FMS

3.2 Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung

Tätigkeiten und Projekte

Gymnasiale Bildung und Bildung an der FMS

Harmonisierung Die Entwicklung der Gymnasien wird kantonsübergreifend koordiniert mit dem Ziel, die Qualität der gymnasialen Bildung zu verbessern und von den Erfahrungen anderer zu profitieren. Das Projekt Mittelschulen erarbeitet kantonsübergreifende Checks, bereitet die Vereinheitlichung von Maturitätsprüfungen vor sowie die kantonsübergreifende Freizügigkeit des Mittelschulbesuchs und stösst Entwicklungen im Bereich der Begabungsförderung an. Was die Vereinheitlichung der Maturitätsprüfungen betrifft, so wird im Jahre 2011 in einem ersten Schritt die Einführung der so genannten Hausmatur, also einheitlicher Maturen an jeder Schule, vorbereitet.

Immersions- und Förderangebote Die Immersionsangebote (Fachunterricht in englischer Sprache) und die Förderangebote werden weiter ausgebaut. Am Wirtschaftsgymnasium werden ab August 2011 Immersionsangebote in Wirtschaft und Recht (Schwerpunktfach), Geschichte (Ergänzungsfach) und Bildnerisches Gestalten (Pflichtwahlfach) angeboten.

Das Gymnasium am Münsterplatz, seit 2010 eine Pilotschule zur Einführung des Diploma Programms der International Baccalaureate Organization (IBO), soll 2011 als Mitgliedschule akkreditiert werden.

Das Gymnasium Kirschgarten plant die Einrichtung eines Förderzentrums, das Stütz- und Förderkurse, die Begabtenförderung sowie ein breites Förderangebot im kulturellen Bereich umfasst.

Am Gymnasium Bäumlhof wird im Schulversuch GBplus mit Hilfe von Tagesstrukturen, der Konzentration von Unterrichtsfächern in verschiedenen Lernphasen, mit individuellem Coaching und einer steigenden Mitverantwortung der Schülerinnen und Schüler für ihr Lernen eine qualitative Verbesserung des Gymnasiums angestrebt.

Das Gymnasium Leonhard wird schwerpunktmässig an der Weiterentwicklung seines Qualitätsmanagements arbeiten.

An der Fachmaturitätsschule wird ein Förderzentrum eingerichtet, das der Kompetenzsteigerung der Schülerinnen und Schüler im Bereich Sprachen sowie der Konzeptentwicklung beim Erstellen von grösseren selbstständigen Arbeiten dient.

Änderung der Lernbeurteilungsverordnung Im Schuljahr 2011/12 wird neu auch für die Schülerinnen und Schüler der 1. Gymnasialklassen eine Jahrespromotion eingeführt.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	425.7	431.7	431.4	381.3	380.1	¹
Schüler/-innen und Schüler (per 1. Sept.)	Anz	4'063	4'077	3'573	3'565	3'550	²
Anteil fremdsprachige Jugendliche (per 1. Sept.)	%	22.7	24.0	22.8	22.6	22.6	³
Unterrichtslektionen	Anz	7'866	8'073	7'017	6'940	6'915	⁴
Erworbene Abschlüsse	Anz	711	816	734	820	820	⁵
Anteil Maturanden mit erfolgreichem Abschluss eines Studiums	%	67.7	65.0				⁶

Kommentar

- 1 Ab Prognose 2010 ohne Wirtschaftsmittelschule WMS (neu in Dienststelle Berufsbildende Schulen).
- 2 Die Ist-Zahlen sind der Schülerstatistik des Statistischen Amtes entnommen. Die Prognosewerte sind die für die Budgetierung verwendeten Zahlen. Die Schüler/-innen der Maturitätskurse für Berufstätige (MfB) und Passerelle sind nicht berücksichtigt. Ab 2009 ohne WMS (neu in Dienststelle Berufsbildende Schulen).
- 3 Die Ist-Zahlen sind der Schülerstatistik des Statistischen Amtes entnommen. Die Absolvent/-innen der MfB und Passerelle sind nicht berücksichtigt. Ab 2009 ohne WMS (neu in Dienststelle Berufsbildende Schulen).
- 4 Die Unterrichtslektionen beziehen sich jeweils auf die Schuljahre (Lesebeispiel: Unter dem Ist-Wert 2008 werden die Unterrichtslektionen für das Schuljahr 2008/2009 aufgeführt). Ab 2009 ohne WMS (neu in Dienststelle Berufsbildende Schulen).
- 5 Der Wert 2008 umfasst gegenüber 2007 zusätzlich die 66 Schüler/-innen mit einem Fachmaturitätsabschluss, die im Jahr zuvor bereits als Fachmittelschulabsolventen gezählt worden sind. Dies erklärt zu einem grossen Teil den Anstieg zu 2007. Ab 2009 ohne Handelsmittelschule HMS (neu in Dienststelle Berufsbildende Schulen). Der Prognosewert 2010 ist ein Ist-Wert.
- 6 Anteil all jener Gymnasiast/-innen, die im Kanton Basel-Stadt 1998 bzw. 1997 die Matur bestanden und die zehn Jahre später, also 2008 bzw. 2007, einen Universitätsabschluss auf Niveau Lizentiat/Master erworben haben. Die Datenerhebung des Bundesamtes für Statistik bringt es mit sich, dass die Ist-Werte um ein Jahr nachhinken. Der Ist-Wert 2007 konnte aufgrund der neuesten Auswertung des BFS leicht angepasst werden.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10		
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2009	2010	2011	abs.	%	
30 Personalaufwand	69'048.5	69'749.3	68'638.6	-1'110.7	-1.6	¹
31 Sachaufwand	11'582.9	10'475.1	10'990.7	515.6	4.9	²
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.3	0.0	0.0	0.0	0.0	
36 Eigene Beiträge	58.8	69.7	70.4	0.7	0.9	
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	80'690.5	80'294.0	79'699.6	-594.4	-0.7	
43 Entgelte	-958.5	-1'070.5	-1'359.9	-289.4	-27.0	³
46 Beiträge für eigene Rechnung	-709.2	-684.5	-633.5	51.0	7.5	
4 Ertrag	-1'667.7	-1'755.0	-1'993.4	-238.4	-13.6	
Ordentlicher Nettoaufwand	79'022.8	78'539.0	77'706.2	-832.8	-1.1	
davon Produktgruppe(n):						
Gym. Bildung und Bildung an der FMS	79'022.8	78'539.0	77'706.2	-832.8	-1.1	

Kommentar

- 1 Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist auf einen Rückgang der Schülerzahlen (-0.5 Mio. Fr.) und tiefere Lektionenkosten (-0.3 Mio. Fr.) zurückzuführen. Beim Gymnasium Bäumlhof werden die IT-DL von extern erbracht (-0.1 Mio. Fr.; neu in Kostenart 31). Weiter sind die Personalkosten bei der Passerelle/Maturitätskurse für Berufstätige tiefer als im Vorjahr, da im Jahr 2011 kein neuer Kurs beginnt (-0.1 Mio. Fr.; Kursbeginn nur alle zwei Jahre).
- 2 Die höheren Sachkosten sind knapp zur Hälfte auf die neue Verrechnung der Pflichtleistungen durch das Finanzdepartement zurückzuführen. Weiter werden die Lehrmittel und Verbrauchsmaterialien für Schüler/-innen in der nachobligatorischen Schulzeit neu budgetiert (vgl. auch Mehrertrag in Kostenart 43) und beim Gymnasium Bäumlhof werden die IT-Dienstleistungen von extern erbracht (Verschiebung von Kostenart 30 zu 31).
- 3 Die Pauschale für Lehrmittel und Verbrauchsmaterial der Schüler/-innen in der nachobligatorischen Schulzeit wird aufgrund der Mehrwertsteuer neu in Kostenart 43 verbucht (bisher Kostenart 46 oder über Fonds).

Berufsbildende Schulen

ED-245

Diese Dienststelle umfasst die Schule für Brückenangebote (SBA), die Allgemeine Gewerbeschule (AGS), die Schule für Gestaltung (SfG), die Berufsfachschule (BFS), die Wirtschaftsmittelschule (WMS) und das Bildungszentrum Gesundheit (BZG).

Die SBA bietet Jugendlichen, die die obligatorische Schulzeit absolviert und den direkten Sprung in eine Berufslehre oder in eine weiterführende Schule nicht geschafft haben, differenzierte Anschlusslösungen an. Die Berufsfachschulen (AGS, SfG, BFS) leisten sowohl in der beruflichen Vorbildung als auch in der beruflichen Grundbildung (Abschluss mit dem eidgenössischen Berufsattest EBA, dem eidgenössischen Fähigkeitszeugnis EFZ sowie der Zusatzqualifikation mit Berufsmaturität) sowie in der höheren Berufsbildung einen Beitrag zur Förderung und Sicherung des beruflichen Nachwuchses sowie zur Integration von Jugendlichen und Erwachsenen in die Arbeitswelt.

Die WMS, die unter dem gleichen Dach wie das Wirtschaftsgymnasium geführt wird, gliedert sich in die Handelsmittelschule WMS (vormals HMS), die Informatikmittelschule IMS und die Verkehrsschule VS.

Das BZG ist eine Höhere Fachschule HF und bildet auf der Tertiärstufe als regionales Zentrum Studierende in nicht-akademischen Gesundheitsberufen aus.

Die Handelsschule des Kaufmännischen Vereins Basel HKV, welche vom Kanton Basel-Stadt subventioniert wird, bietet die berufliche Grundbildung, höhere Berufsbildung und berufsorientierte Weiterbildung im Bereich der kaufmännischen Berufe an.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Berufliche Vor- und Grundbildung	3.2 Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung
Höhere Berufsbildung und Weiterbildung	3.3 Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung

Tätigkeiten und Projekte

Harmonisierung Das Projekt Nachholbildung für Erwachsene setzt mit der Förderung des Nachholens des Berufsabschlusses von Erwachsenen den Auftrag aus dem Bundesgesetz und die Verordnung über die Berufsbildung BBG um. Im Projekt Berufsmaturität soll die Qualität der Mathematikprüfungen mit Unterstützung eines Pools von kompetenzorientierten Prüfungsaufgaben verbessert werden.

Berufliche Vor- und Grundbildung

Schule für Brückenangebote Das Basis-Angebot wird neu konzipiert und besser auf die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler und der Abnehmer ausgerichtet.

Berufliche Vor- und Grundbildung An allen Berufsfachschulen werden in verschiedenen Berufen neue, vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie BBT erlassene Bildungsverordnungen umgesetzt. An der BFS wird mit allen ersten Klassen der dreijährigen beruflichen Grundbildung im Detailhandel das Pilotprojekt Klassenlehrpersonen plus durchgeführt.

Berufsmaturität Verschiedene Massnahmen unterstützen die Erhöhung der Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger mit Lehrvertrag und Berufsmaturität. 1. Imagekampagne zur Förderung der Berufsbildung und Berufsmaturität. 2. Früherer Beginn der Berufsinformation an der Volksschule und Optimierung der Berufsinformation für die Zielgruppe Migranteneltern. Die Weiterentwicklung der Berufsmaturität und der Image-Kampagne wird mit dem Kanton Basel-Landschaft koordiniert.

Start der neuen Wirtschaftsmittelschule WMS Die WMS ersetzt die ehemalige Handelsmittelschule HMS. Der neu vier statt drei Jahre dauernde Bildungsgang zum Erwerb des eidgenössischen Fähigkeitszeugnisses Kauffrau/Kaufmann E-Profil und des Berufsmaturitätsausweises zeichnet sich durch einen hohen Schulanteil und eine breite Allgemeinbildung aus.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	455.7	457.5	460.3	538.8	496.4	¹
Schüler/-innen SBA (per 1. Sept.)	Anz	907	902	854	845	815	²
Lernende berufliche Vorbildung an Berufsfachschulen (1.9.)	Anz	285	260	308	318	318	³
Lernende berufliche Grundbildung (1.9.)	Anz	4'264	4'360	4'225	4'259	4'341	
Lernende Wirtschaftsmittelschule	Anz				410	410	⁴
Studierende Tertiärstufe Berufsfachschulen (1.9.)	Anz	249	279	322	316	336	
Unterrichtslektionen	Anz	7'101	7'179	8'548	8'519	8'461	⁵
Erworbene Abschlüsse HMS	Anz	53	58	59	44	44	⁶
Übertrittsquote SBA in Lehre, Praktikum oder weiterf. Schule	%	66.5	68.6	68.2	68.0	68.0	

Kommentar

- 1 Ab Prognose 2010 mit WMS (bisher Dienststelle Allgemeinbildende weiterführende Schulen). Der Rückgang des Prognosewertes 2011 gegenüber 2010 ist auf weniger Lernende und den Rückgang des Overheads am BZG (siehe Kommentar zum Personalaufwand) zurückzuführen.
- 2 Die Ist-Zahlen sind der Schülerstatistik des Statistischen Amtes entnommen. Die Prognosewerte sind die für die Budgetierung verwendeten Zahlen.
- 3 Inkl. Schüler/-innen der Vorkurse SfG.
- 4 Ab 2009 wird die WMS bei den berufsbildenden Schulen geführt (bisher Dienststelle Allgemeinbildende weiterführende Schulen).
- 5 Die Unterrichtslektionen beziehen sich jeweils auf die Schuljahre (Lesebeispiel: Unter dem Ist-Wert 2008 werden die Unterrichtslektionen für das Schuljahr 2008/2009 aufgeführt). Ab 2009 inkl. WMS (bis 2008 unter Allgemeinbildende weiterführende Schulen).
- 6 HMS-Abschlüsse mit Option Berufsmaturität.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10		
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2009	2010	2011	abs.	%	
30 Personalaufwand	92'780.0	92'155.7	89'029.0	-3'126.7	-3.4	¹
31 Sachaufwand	21'989.5	21'178.8	21'512.1	333.3	1.6	
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.7	0.0	0.0	0.0	0.0	
36 Eigene Beiträge	23'967.5	24'264.2	24'649.9	385.7	1.6	
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	138'737.6	137'598.7	135'191.0	-2'407.7	-1.7	
42 Vermögenserträge	-42.7	-59.5	-44.0	15.5	26.1	
43 Entgelte	-10'031.0	-7'047.1	-7'621.6	-574.5	-8.2	
46 Beiträge für eigene Rechnung	-23'045.2	-22'803.2	-25'034.3	-2'231.1	-9.8	²
4 Ertrag	-33'118.9	-29'909.8	-32'699.9	-2'790.0	-9.3	
Ordentlicher Nettoaufwand	105'618.7	107'688.9	102'491.1	-5'197.7	-4.8	
davon Produktgruppe(n):						
Berufliche Vor- und Grundbildung	80'891.7	81'770.4	80'499.2	-1'271.2	-1.6	
Höhere Berufsbildung und Weiterbildung	24'727.1	25'918.5	21'992.0	-3'926.5	-15.1	

Kommentar

- 1 Der Rückgang des Personalaufwands ist bedingt durch insgesamt sinkende Schülerzahlen (-1.2 Mio. Fr.). Zudem sinkt der Personalaufwand am BZG um -1.7 Mio. Franken, teils durch Reduktion der Löhne an Studierende (mit dem Auslaufen der altrechtlichen Studiengänge sind die Studierenden grösstenteils nicht mehr vom BZG, sondern von den Spitälern angestellt, -0.9 Mio. Fr.), teils durch echte Budgetreduktionen, weil eine Reduktion des Overheads möglich ist, der im Rahmen des Aufbaus des BZG und der tertiarisierten Bildungsgänge geschaffen werden musste (-0.8 Mio. Fr.).
- 2 Die budgetierten Mehreinnahmen setzen sich aus Mehreinnahmen von Abgeltungen anderer Kantone für Lernende an den Berufsfachschulen AGS, BFS und SfG (-0.8 Mio. Fr.) und am BZG (-1.8 Mio. Fr.) zusammen. Die restliche Abweichung ist bedingt durch eine Verschiebung zwischen den Kostenarten 46 und 43 (+0.4 Mio. Fr.).

Höhere Berufs- und Weiterbildung

An den Berufsfachschulen und am BZG werden die Angebote der höheren Berufsbildung und der berufsorientierten Weiterbildung laufend überprüft und den Bedürfnissen der Lernenden und des Marktes angepasst. Am BZG wird ein berufsbegleitender Ausbildungsgang HF Pflege aufgebaut. An der SfG wird der Bildungsplan Höhere Fachschule Textildesign implementiert.

Berufsberatung, Berufs- und Erwachsenenbildung

ED-265

Die Dienststelle erbringt aufgrund der Berufsbildungsgesetze von Bund und Kanton sowie des kantonalen Integrationsgesetzes folgende Leistungen: Berufsinformation; Berufs- und Laufbahnberatung; Mentoring für Lehrstellensuchende; Aufsicht über die Berufslehren; Lehrstellenförderung; berufspädagogische Kurse für Ausbildungsverantwortliche der Lehrbetriebe; Förderung des Sprachkursangebots für die Migrationsbevölkerung; Betreuung der diversen Subventionsverhältnisse und Leistungsvereinbarungen.

Folgende Wirkungen sollen erzielt werden: Jugendliche und Erwachsene können sich über berufsrelevante Themen informieren und sind in der Lage, eine ihren Interessen und Fähigkeiten entsprechende und realisierbare Berufs- oder Laufbahnwahl zu treffen; es besteht ein adäquates Lehrstellenangebot, und Schulabgängerinnen und Schulabgänger finden Zugang zu einer Berufsbildung; die Rahmenbedingungen für die Ausbildungstätigkeit der Lehrbetriebe sind gut; die Qualität der beruflichen Bildung entspricht dem Gesetz und den Anforderungen der jeweiligen Berufsgruppe; die Migrationsbevölkerung benutzt ein vielfältiges Angebot an Sprach- und Integrationskursen.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Berufsberatung und Berufsbildung	3.2 Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung
Erwachsenenbildung	3.3 Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung

Tätigkeiten und Projekte

Neben der finanziellen und personellen Sicherstellung und Unterstützung des Kerngeschäfts stehen die Ermöglichung bedarfsgerechter Anpassungen und Weiterentwicklungen von Dienstleistungen und Bildungsangeboten (Projekte Berufsreformen, Imagekampagne Berufslehre mit Berufsmaturität, Berufsinformation an Orientierungsschule und Gymnasien, Triagestelle Volksschule-Sekundarstufe II, Zukunft Wirtschaftsmittelschule, Förderung der Nachholbildung von Erwachsenen), die Umsetzung von Programmen des Regierungsrats (Jugendarbeitslosigkeit) und die Vorbereitung politischer Geschäfte im Vordergrund.

Berufsberatung und Berufsbildung

Berufsberatung Im Zusammenhang mit dem Projekt „Förderung der Berufsbildung“ des Bereichs Bildung finden neu Berufsinformationsveranstaltungen an der Orientierungsschule und an Gymnasien für Eltern, Jugendliche und Lehrpersonen statt. Als Folge eines Auftrags des Bereichs Bildung wird im Rahmen eines Pilotprojekts eine „Triagestelle Volksschule - Sekundarstufe II“ eingerichtet und erprobt. Die neue spezialisierte Beratungsstelle für Erwachsene, welche einen Berufsabschluss nachholen wollen, entfaltet sich.

Berufsbildung Die vom Bund gesteuerten Berufsreformen werden in 14 bikantonalen Umsetzungsgruppen und 16 Erfahrungsgruppen zusammen mit den Bildungspartnern umgesetzt. Im Rahmen des Projekts „Förderung der Berufsbildung“ des Bereichs Bildung wird in Zusammenarbeit mit dem Gewerbeverband eine Imagekampagne mit Fokus Berufsmaturität durchgeführt. Das neue Ausbildungsangebot Berufsattest „Gesundheit und Betreuung“ wird bikantonal vorbereitet und auf Lehrbeginn 2011 lanciert.

Erwachsenenbildung

Die Umsetzung des Konzepts zur „integrativen Sprachförderung von Migrantinnen und Migranten“ wird weitergeführt. Dazu gehört auch die Erarbeitung von Grundlagen für weitere thematische Unterrichtsmodule für Deutschkurse. Die Ergebnisse einer Wirkungs- und Bedarfsanalyse bezüglich der Sprachkursförderung durch den Kanton fliessen in die kurz- und mittelfristige Planung ein.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	24.3	25.0	26.5	25.0	25.0
Berufs- und Laufbahnberatungen (Jugendliche und Erwachsene)	Anz	2'208	2'154	2'536	2'100	2'100
Lehrstellen	Anz	5'191	5'348	5'386	5'100	5'000
Teilnehmende an Deutschkursen für Migrantinnen und Migranten	Anz		1'647	1'692	1'700	1'800
Maximale Wartezeit Berufsberatung	Tg	18.0	18.0	17.0	18.0	18.0
Lehrabbruchquote aufgrund mangelnder Ausbildung im Betrieb	%	0.5	1.0	1.0	1.0	2.0

Kommentar

1 Zahl für 2007 ist nicht verfügbar.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt				abs.	%
30 Personalaufwand	4'245.7	4'474.9	4'212.1	-262.8	-5.9
31 Sachaufwand	1'641.1	1'884.2	2'176.1	291.9	15.5
36 Eigene Beiträge	13'289.1	14'176.8	15'482.9	1'306.1	9.2
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	19'175.9	20'535.9	21'871.0	1'335.2	6.5
43 Entgelte	-299.4	-288.5	-271.9	16.6	5.8
46 Beiträge für eigene Rechnung	-396.3	-456.8	-392.8	64.0	14.0
4 Ertrag	-695.7	-745.3	-664.7	80.6	10.8
Ordentlicher Nettoaufwand	18'480.2	19'790.6	21'206.3	1'415.8	7.2
davon Produktgruppe(n):					
Berufsberatung und Berufsbildung	17'894.7	18'854.8	20'075.6	1'220.8	6.5
Erwachsenenbildung	585.5	935.7	1'130.7	195.0	20.8

Kommentar

- Der Minderaufwand entsteht durch den Abgang von Personal (Pensionierung, IV) und den Transfer des Angebots „Ich lerne Deutsch für's Kind“ zum Schuldienst Unterricht. Letzteres führt zu entsprechenden Mindereinnahmen (Kostenart 43 und 46).
- Der Mehraufwand entsteht hauptsächlich als Folge des neuen Berufs „Fachleute Bewegung und Gesundheit EFZ“ (+0.27 Mio. Fr.). Weiter fallen Kosten im Projektbereich an: Imagekampagne „Berufslehre mit Berufsmaturität“ und Förderung der Nachholbildung von Erwachsenen (+0.07 Mio. Fr.). Aufwandsteigerungen gibt es auch im Kurswesen und bei den Beiträgen an das Schweizerische Dienstleistungszentrum Berufsbildung (SDBB) (+0.04 Mio. Fr.). Der Beitrag an die „Basler Berufsmesse“ fällt weg, sie findet erst im 2012 wieder statt (-0.17 Mio. Fr.). Die restliche Abweichung betrifft die neue interne Verrechnung der Pflichtleistungen durch das Finanzdepartement (+0.09 Mio. Fr.).
- Ein erheblicher Teil des Mehraufwandes entsteht im Bereich der Beiträge an Kurse: Überbetriebliche Kurse ÜK (Verdopplungsbeschluss des Grossen Rates), Ausbildungskurse für Auszubildende von privaten Anbietern, berufsorientierte Weiterbildungskurse (+0.74 Mio. Fr.). Im Bereich der Lehrabschlussprüfungen steigen die Kosten infolge neuer und komplexerer Prüfungsverfahren, mehr Kandidatinnen und Kandidaten, mehr Material- und Raumkosten, höheren Beiträgen für zentrale Dienstleistungen des SDBB (+0.16 Mio. Fr.). Weiterer Mehraufwand entsteht im Bereich der Sprachförderung für die Migrationsbevölkerung: Ausgleich gekürzter Bundesbeiträge, Mehrbedarf an Deutschkursen (+0.27 Mio. Fr.). Ferner nehmen die Beiträge für den ausserkantonalen Berufsfachschulunterricht einerseits aufgrund höherer Lernendenzahlen und andererseits wegen der Tarifierung der Berufsfachschulvereinbarung ab Schuljahr 2011/12 zu (+0.13 Mio. Fr.).

Hochschulen

ED-271

Die Abteilung Hochschulen leitet und koordiniert den Hochschulbereich des Kantons. Für die rechtlich eigenständigen Hochschulen (Universität Basel, Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW) und für weitere subventionierte Institutionen wie die Musik-Akademie der Stadt Basel, das Schweizerische Tropeninstitut und die Volkshochschule beider Basel nimmt sie Koordinationsaufgaben wahr und formuliert zuhanden des Regierungsrats die Strategie. Der Dienststelle gehört auch das Amt für Ausbildungsbeiträge an. Dieses gewährt aufgrund des Gesetzes bei Bedürftigkeit Ausbildungsbeiträge in Form von Stipendien oder Darlehen an Kantonsangehörige für deren Aus- und Weiterbildung.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Ausbildungsbeiträge	3.3 Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung
FH Ausbildung, Forschung und Dienstleistungen	3.3 Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung
Universitäre Ausbildung, Forschung und Dienstleistungen	3.3 Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung
Weiter- und Erwachsenenbildung VHS	3.3 Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung

Tätigkeiten und Projekte

Im Vordergrund steht das Projektieren der Neubauten für die Universität wie für die FHNW.

Ausbildungsbeiträge

Das Amt entwickelt eine neue Berechnungsmethode für Ausbildungsbeiträge. Diese soll einerseits grössere Transparenz und Verständlichkeit, andererseits die Vergleichbarkeit mit anderen Kantonen gewährleisten.

Ausbildung, Forschung und Dienstleistungen an Fachhochschulen

Das Reportingkonzept für die FHNW gewährleistet eine dauernde separate Orientierung der Parlamente der vier Trägerkantone. Im Jahr 2011 werden die Anträge für die Leistungsperiode 2012 bis 2014 vorgelegt.

Universitäre Ausbildung, Forschung und Dienstleistungen

Auch für die Universität besteht gemäss Staatsvertrag ein Reportingkonzept, das die Parlamente der Trägerkantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt laufend und eingehend über die Entwicklung der Universität orientiert. Wie im vergangenen Jahr steht das Vorantreiben der baulichen Grossprojekte für die Universität im Vordergrund. Nach abgeschlossenem Wettbewerb wird die Projektierung des Laborgebäudes für die Life Sciences auf dem Schällemätteli vorangetrieben. Gleichzeitig wird ein Masterplan für das gesamte Areal Schällemätteli erstellt, in dem die einzelnen Bauetappen für die folgenden Life Science-Gebäude sowie deren Koordination mit der Errichtung des ETH-Gebäudes für das Departement Biosysteme (D-BSSE) koordiniert wird. Die zeitgemässen und örtlich zusammengefassten Infrastrukturen werden die Universität in ihrer hochklassigen Forschungszusammenarbeit mit der ETH Zürich und weiteren Forschungsinstitutionen – auch der forschenden Industrie – unterstützen. Die grossen Investitionen der beiden Trägerkantone für ihre Universität stärken somit die gesamte Wirtschaftsregion nachhaltig.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	7.3	8.0	8.0	8.1	8.1
Studierende an der Universität Basel	Anz	10'769	11'360	12'109	12'000	12'500
BS/BL-Studierende an der Universität	Anz	4'203	4'378	4'433	4'500	4'500
Studierende an der FHNW	Anz	6'520	7'435	8'200	8'300	8'500
Stipendienausgaben	MioFr	11.6	11.9	11.6	12.5	13.0
Bewilligte Stipendien	Anz	2'048	2'128	2'123	2'200	2'200

Kommentar

- 1 Angesichts der demographischen Situation unserer Region bedeutet eine gleichbleibende Zahl an Studierenden aus Basel-Stadt und Basel-Landschaft bereits ein Wachstumsziel. Es ist vorgesehen, das in „Basel 2020“ vorgesehene Ansteigen der Gesamtzahl über ein Anwachsen der ausserkantonalen Studierenden zu erreichen.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%
30 Personalaufwand	1'184.2	1'212.9	1'233.1	20.2	1.7
31 Sachaufwand	646.3	777.3	804.5	27.2	3.5
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.5	0.0	0.0	0.0	0.0
36 Eigene Beiträge	191'398.2	201'036.5	210'513.2	9'476.7	4.7
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	193'229.2	203'026.7	212'550.8	9'524.1	4.7
42 Vermögenserträge	-22.2	-35.0	-35.0	0.0	0.0
43 Entgelte	-37.2	-80.1	-80.3	-0.2	-0.2
46 Beiträge für eigene Rechnung	-610.0	-600.0	-600.0	0.0	0.0
4 Ertrag	-669.4	-715.1	-715.3	-0.2	0.0
Ordentlicher Nettoaufwand	192'559.8	202'311.6	211'835.5	9'523.9	4.7
davon Produktgruppe(n):					
Ausbildungsbeiträge	11'766.6	12'708.0	13'285.0	577.0	4.5
FH Ausbildung, Forschung und Dienstleistungen	39'624.3	39'740.2	41'264.9	1'524.7	3.8
Universitäre Ausbildung, Forschung und Dienstleistungen	140'516.4	149'192.1	156'653.1	7'461.0	5.0
Weiter- und Erwachsenenbildung VHS	652.5	671.3	632.5	-38.8	-5.8
5 Ausgaben Investitionen	2'416.4	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV (NIV)	2'416.4	0.0	0.0	0.0	0.0

Kommentar

- 1 Der Mehraufwand ist auf die neue interne Verrechnung der Pflichtleistungen durch das Finanzdepartement zurückzuführen.
- 2 Auf die Globalbudgetanpassungen entsprechend der laufenden Beitragsperioden entfallen auf die Universität +7.2 Mio. Franken und auf die FHNW -0.325 Mio. Franken. Zudem ist für die FHNW im Budget 2011 ein einmaliger Finanzierungsbeitrag von 1.437 Mio. Franken enthalten. Die restliche Erhöhung geht auf Mehrkosten beim Stipendienwesen (+0.5 Mio. Fr. wegen steigender wirtschaftlich bedingter Nachfrage und zwecks Ausgleich der Teuerung), bei der Fachhochschul- sowie der Interkantonalen Universitätsvereinbarung (+0.5 Mio. Fr. für mehr Studierende von Basel-Stadt an anderen Hochschulen) und auf Tarifierpassungen (+0.165 Mio. Fr. für Studienberatung und kantonsbibliothekarische Leistungen der Universität) zurück.

Jugend, Familie und Sport

ED-290

Im Bereich „Jugend, Familie und Sport“ hat der Kanton das Aufgabenfeld „Kinder, Jugend und Familie“ zusammengeführt mit dem Ziel, die verschiedenen Angebote sinnvoll aufeinander zu beziehen und abzustimmen. Die Angebote des Bereichs stärken die Familien im Rahmen einer Erziehungspartnerschaft, fördern die Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen und laden sie zur Mitwirkung ein. Zu den Leistungen zählen beispielsweise die frühe Förderung, die Elternbildung, die Tagesbetreuung, die Jugendhilfe und der Kindes- und Jugendschutz. Mit der Zuordnung des Sports besteht die Erwartung, die Bedeutung des Sports für die Bildung und Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen konsequenter zu würdigen und zu nutzen. Der Sport selbst hat die Aufgabe, Breitensport und Bewegung sowie den Sport in den Schulen zu fördern, die Sportvereine zu unterstützen, sportliche Talente in ihrer Entwicklung zu begleiten und Sportanlagen zur Verfügung zu stellen. Eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Sport und dem Bildungsbereich hilft, die übergreifenden Förderziele zu verwirklichen.

Der Bereich Jugend, Familie und Sport gliedert sich in die Abteilungen „Jugend- und Familienangebote“, „Jugend- und Familienförderung“, „Kindes- und Jugendschutz“ und „Sport“. Eine Stabsstelle ist für die Kommunikation und die Koordination verantwortlich.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Sport	3.4 Sport
Abklärung, Beratung, Intervention	3.5 Kinder, Jugendliche und Familien
Ausserschulische Tagesbetreuung	3.5 Kinder, Jugendliche und Familien
Prävention und Förderung	3.5 Kinder, Jugendliche und Familien

Tätigkeiten und Projekte

Schwerpunkt Frühbereich Der Bereich Jugend, Familie und Sport ist im Wesentlichen für die Umsetzung des Politikplan-Schwerpunkts Frühbereich verantwortlich. Zur Förderung von Kindern im Vorschulalter baut der Bereich die Mütter- und Väterberatung aus, fördert Mutter-Kind Treffpunkte in den Quartieren, erweitert das Programm „schrittweise“, verbessert die Früherkennung von Entwicklungsbeeinträchtigungen kleiner Kinder und baut die Elternbildung aus. Alle Vorhaben werden in einer departementsübergreifenden Projektorganisation koordiniert.

Sport Ein Schwerpunkt bildet die Umsetzung des kantonalen Sportgesetzes. In Zusammenarbeit mit den Vereinen und Verbänden erarbeitet der Bereich Grundlagen einer Planung für die Sport- und Bewegungsanlagen. Besondere Aufmerksamkeit wird der Energieeffizienz der Anlagen gelten, um stark wachsenden Energiekosten zu begegnen. In Zusammenarbeit mit den Schulen hat das Sportamt eine Trendwende im freiwilligen Schulsport eingeleitet. Nach einem starken Rückgang der Angebote vor zehn Jahren soll das frühere Niveau wieder erreicht und der freiwillige Schulsport selbstverständlicher Bestandteil der Tagesstrukturen an den Schulen werden.

Ausserschulische Tagesbetreuung, Prävention und Förderung Die verschiedenen Angebote zur ausserschulischen Tagesbetreuung, Prävention und Förderung werden der Absicht der Verwaltungsreform entsprechend stärker aufeinander bezogen und abgestimmt. Dazu will der Bereich den Dialog mit den Anspruchsgruppen der Tagesbetreuung, der offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Kinder- und Jugendhilfe intensivieren und Grundlagen für die weitere Planung schaffen. Nachdem die Pionierphasen überall abgeschlossen sind, braucht es heute differenzierte Abstimmungen und Daten für eine Optimierung der Angebote. Wichtige Partner sind die privaten Trägerschaften der Angebote. Sie bringen eine nichtstaatliche Perspektive, eigene Interessen und langjährig erworbene Erfahrungen ein. Nicht zuletzt müssen die mit der Verwaltungsreform zusammengeführten Angebote so aufeinander abgestimmt sein, dass sie aus der Optik der Familien als nützliche Unterstützung wahrgenommen werden.

Das geltende Jugendhilfegesetz aus dem Jahr 1984 soll einer Totalrevision unterzogen werden. In den letzten 25 Jahren hat sich die Kinder- und Jugendförderung stark entwickelt. Internationale Übereinkommen und neues Bundesrecht und die kommende Revision des Vormundschaftsrechts müssen berücksichtigt werden, die Änderungen bei der Abklärung, Beratung, Intervention mit sich bringen.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	421.7	343.3	191.1	200.7	258.3	1
Kinder in vom Kanton mitfinanz. Tagesheimen oder -familien	Anz	1'976	2'155	2'362	2'200	2'800	
Fremdunterbringung in stationären Einricht. und Pflegefam.	Anz	894	918	877	920	840	2
Gefährdungsmeldungen betreffend Kindes- und Jugendschutz	Anz	1'183	1'144	1'216	1'200	1'200	
Aktive Mitglieder in Sportvereinen	Anz	34'135	31'971	33'898	32'500	32'500	

Kommentar

- 1 Ab 2011 sind die Sportanlagen eingeschlossen (57.6 Stellen, bisher Zentrale Dienste).
- 2 2011 wird ein Rückgang um 30 Platzierungen erwartet. Zusätzlich fallen ab 2011 ca. 50 von der Jugendanwaltschaft veranlasste Platzierungen weg. Neu ist für Platzierungen im Jugendstrafvollzugsbereich die Jugendanwaltschaft zuständig.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10		
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2009	2010	2011	abs.	%	
30 Personalaufwand	29'547.6	30'488.0	37'672.5	7'184.4	23.6	1
31 Sachaufwand	8'226.5	8'376.9	16'842.5	8'465.6	101.1	2
32 Passivzinsen	0.0	0.0	1.5	1.5	0.0	
33 Abschreibungen Finanzvermögen	-9.1	4.0	3.0	-1.0	-25.0	
36 Eigene Beiträge	87'856.0	93'082.7	89'068.7	-4'014.0	-4.3	3
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	1'734.4	0.0	0.0	0.0	0.0	
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	127'355.5	131'951.7	143'588.2	11'636.5	8.8	
42 Vermögenserträge	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	
43 Entgelte	-9'869.6	-6'107.5	-12'759.7	-6'652.2	-108.9	4
46 Beiträge für eigene Rechnung	-28'060.2	-24'797.1	-26'434.7	-1'637.5	-6.6	5
4 Ertrag	-37'929.9	-30'904.7	-39'194.4	-8'289.7	-26.8	
Ordentlicher Nettoaufwand	89'425.6	101'047.0	104'393.8	3'346.8	3.3	
davon Produktgruppe(n):						
Sport	3'241.5	3'352.2	13'700.5	10'348.3	308.7	
Abklärung, Beratung, Intervention	54'743.0	60'026.0	52'638.0	-7'388.1	-12.3	
Ausserschulische Tagesbetreuung	22'740.5	27'996.1	28'332.8	336.7	1.2	
Prävention und Förderung	8'700.6	9'672.7	9'722.5	49.8	0.5	
5 Ausgaben Investitionen	768.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Nettoinvestitionen VV (NIV)	768.0	0.0	0.0	0.0	0.0	

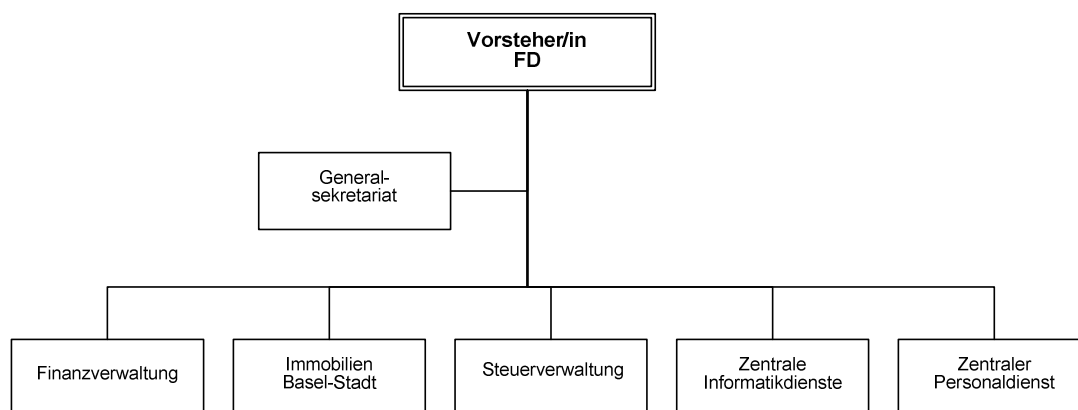
Kommentar

- 1 Mit dem Transfer der Sportanlagen vom Bereich Zentrale Dienste zum Bereich Jugend, Familie und Sport erhöht sich der Personalaufwand um 7.5 Mio. Franken. Die restliche Differenz (-0.3 Mio. Fr.) betrifft die Bereinigung des Stellenplans.
- 2 Von der Erhöhung gehen 7.2 Mio. Franken auf den Transfer der Sportanlagen zurück. Gleichzeitig wurden die Sachkosten für Energie und Unterhalt der Sportanlagen an die Rechnung 2009 sowie an die zu erwartende Teuerung angepasst (+0.8 Mio. Fr.). Weiter wurden die Sachausgaben des Schwerpunkts „Frühförderung“ aufgestockt (+0.3 Mio. Fr.). Auf die neue Verrechnung von staatsinternen Pflichtleistungen des Finanzdepartements entfallen 0.4 Mio. Franken.
- 3 Die Mittel für die jugendstrafrechtlichen Massnahmen im Umfange von 3.6 Mio. Franken wurden an die Staatsanwaltschaft transferiert. Die übrigen Einsparungen sind auf geringere Platzierungszahlen in Heime zurückzuführen.
- 4 Die Mehreinnahmen der Entgelte resultieren zu 5.3 Mio. Franken aus der Nutzung der transferierten Sportanlagen. Ferner kann im Budgetjahr 2011 mit einer zusätzlichen Rückzahlung von Rücklagen aus leistungsabhängigen Vereinbarungen privater Träger infolge Überschreitung der höchstzulässigen Rücklagebildung von 1.2 Mio. Franken gerechnet werden.
- 5 Der NFA-Beitrag für die Sonderschulung in den kantonalen Heimen kann aufgrund der Rechnung 2009 um 1.7 Mio. Franken höher als bisher budgetiert werden.

Nicht zuletzt soll mit der Totalrevision eine moderne und zeitgemässe Grundlage für staatliches Handeln geschaffen werden.

4.2.4 Finanzdepartement

FD-401	Generalsekretariat FD	168
FD-403	Finanzverwaltung	170
FD-404	Steuerverwaltung	172
FD-405	Immobilien Basel-Stadt	174
FD-406	Zentrale Informatikdienste	176
FD-409	Zentraler Personaldienst	179



Finanzen Departement

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
	2009	2010	2011	abs.	%
30 Personalaufwand	66.8	68.7	69.5	0.9	1.2
31 Sachaufwand	27.1	28.4	31.2	2.8	9.8 ¹
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Total Aufwand	93.9	97.1	100.8	3.7	3.8
42 Vermögenserträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
43 Entgelte	-35.0	-34.7	-54.0	-19.3	-55.5 ¹
Total Ertrag	-35.0	-34.8	-54.0	-19.3	-55.4
Ordentlicher Nettoaufwand Departement	58.8	62.3	46.7	-15.6	-25.0
5 Ausgaben Investitionen	6.0	41.9	37.5	-4.4	-10.5
6 Einnahmen Investitionen	0.0	-1.0	0.0	1.0	100.0
Nettoinvestitionen VV (NIV)	6.0	40.9	37.5	-3.4	-8.3

Kommentar

- ¹ Departementsübergreifende Leistungen (Querschnittsleistungen) werden neu verrechnet und erscheinen so im Ordentlichen Nettoaufwand (ONA). Bisher erfolgte die Weiterbelastung ausschliesslich in der Kostenrechnung.

Generalsekretariat FD

FD-401

Das Generalsekretariat berät und unterstützt die Vorsteherin des Finanzdepartements. Es stellt die reibungslose Geschäftsabwicklung mit dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, dem Regierungsrat und den übrigen Departementen sicher. Departementsintern sorgt das Generalsekretariat für koordinierte und zielgerichtete interne Abläufe. Weiter übernimmt es die finanzpolitische und -rechtliche Beratung zur Durchsetzung der Grundsätze der Haushaltsführung innerhalb der Verwaltung sowie die Unterstützung bei der Optimierung des staatlichen Ressourceneinsatzes. Mit Stabsleistungen in den Bereichen Personal, Recht, Öffentlichkeitsarbeit und Hausdienst unterstützt es die Dienststellen des Finanzdepartements dabei, dass deren Dienstleistungen optimal erfüllt werden können und in der Öffentlichkeit auf Zufriedenheit bzw. hohe Akzeptanz stossen. Dem Generalsekretariat administrativ angegliedert ist die Steuerrekurskommission.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Rekurskommissionen	8.2 Rechtssprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)
Stabsleistungen FD	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation

Tätigkeiten und Projekte

Auch im Budgetjahr 2011 befasst sich das Generalsekretariat des Finanzdepartements - zusätzlich zu seinen ständigen Aufgaben - mit verschiedenen verwaltungsinternen und -externen Projekten. Dazu zählen die Revision des Subventionsgesetzes sowie weiterhin die Projektkoordination im Rahmen der Partnerschaftsverhandlungen mit dem Kanton Basel-Landschaft und die Mitwirkung beim bereits seit 2005 laufenden Grossprojekt „Neunutzung Hafen St. Johann - Campus Plus“.

Stabsleistungen FD

Subventionsgesetz Das heutige Subventionsgesetz vom 18. Oktober 1984 ist revisionsbedürftig. Ein wesentlicher Mangel ist u.a. die fehlende Unterscheidung zwischen so genannten Finanzhilfen und Abgeltungen, so wie es andere kantonale Gesetzgebungen und der Bund vorsehen. Aus diesem Grund wird die Aktualität aller Bestimmungen des Subventionsgesetzes überprüft.

Partnerschaftsverhandlungen Basel-Stadt/Basel-Landschaft (BS/BL) Einerseits obliegt dem Generalsekretariat die Gesamt-Koordination aller Aktivitäten im Rahmen der seit Mitte 2004 laufenden Partnerschaftsverhandlungen BS/BL. Andererseits hat das Generalsekretariat bei verschiedenen Teilprojekten selbst die Co-Projektleitung inne.

„Neunutzung Hafen St. Johann - Campus Plus“ Das Finanzdepartement wirkt weiterhin sowohl in der Gesamtprojektsteuerung als auch in der fachlichen Gesamtprojektleitung des Projekts „Neunutzung Hafen St. Johann - Campus Plus“ mit.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	17.7	14.8	15.6	16.3	16.3	
Bei der Steuerrekurskommission eingegangene Rekurse	Anz	135	163	231	220	230	¹

Kommentar

- 1 Aufgrund der Zahlen und des zu erwartenden Mehraufwandes mit den Erlassfällen ist eine höhere Anzahl der Rekurse zu erwarten.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10		
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%	
30 Personalaufwand	2'416.3	2'412.2	2'530.5	118.3	4.9	¹
31 Sachaufwand	812.3	1'450.3	1'503.6	53.2	3.7	²
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	3'228.6	3'862.5	4'034.0	171.5	4.4	
43 Entgelte	-265.1	-282.0	-387.1	-105.0	-37.2	
4 Ertrag	-265.1	-282.0	-387.1	-105.0	-37.2	
Ordentlicher Nettoaufwand	2'963.5	3'580.5	3'647.0	66.5	1.9	
davon Produktgruppe(n):						
Rekurskommissionen	211.8	185.0	273.6	88.6	47.9	
Stabsleistungen FD	2'751.7	3'395.5	3'373.4	-22.1	-0.7	
5 Ausgaben Investitionen	0.0	41'900.0	37'500.0	-4'400.0	-10.5	
6 Einnahmen Investitionen	0.0	-1'000.0	0.0	1'000.0	100.0	
Nettoinvestitionen VV (NIV)	0.0	40'900.0	37'500.0	-3'400.0	-8.3	

Kommentar

- 1 Die Entschädigung der Steuerrekurskommission war in der Vergangenheit zu tief budgetiert. Zudem finden in den ungeraden Jahren Weiterbildungskurse für das mittlere und obere Kader des Finanzdepartementes statt. Diese Kosten werden zum Teil den Dienststellen weiter verrechnet.
- 2 Departementsübergreifende Leistungen (Querschnittsleistungen) werden neu verrechnet und erscheinen so im Ordentlichen Nettoaufwand (ONA). Bisher erfolgte die Weiterbelastung ausschliesslich in der Kostenrechnung.

Finanzverwaltung

FD-403

Die Finanzverwaltung ist das Kompetenzzentrum für das Finanz- und Rechnungswesen in der kantonalen Verwaltung. Im Bereich Finanzen ist sie für die Bewirtschaftung der Schulden und der Wertschriften des Kantons zuständig sowie für die Bewirtschaftung von Spezialfinanzierungen.

Im Bereich Rechnungswesen ist sie für die Koordination und Weiterentwicklung der gesamtsstaatlichen Prozesse zuständig. Dazu gehören Finanz- und Investitionsplanung, Budgetierung, Rechnungslegung, Risikomanagement sowie Wirtschaftlichkeitsprüfungen von Investitionen und Subventionen. Damit unterstützt sie die Steuerungsprozesse auf den verschiedenen Ebenen der Verwaltung. Einen weiteren Schwerpunkt bilden Beratungs- und Unterstützungsleistungen in den Bereichen Betriebswirtschaft, Finanzpolitik sowie Informatik und Organisation.

Im Servicecenter Finanzen werden der gesamtsstaatliche Zahlungsverkehr sowie die RW/C-Dienstleistungen an die Dienststellen des Finanzdepartements abgewickelt.

Das SAP-Kompetenzzentrum ist für den technischen Betrieb und die Weiterentwicklung des gesamtsstaatlichen SAP ERP (Enterprise Resource Planning)-Systems und des Management Informationssystems verantwortlich.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Controlling und Beratungsdienstleistungen	9.1 Zentrale Finanz- und Raumdienste
Interne Finanzdienstleistungen	9.1 Zentrale Finanz- und Raumdienste
SAP Betrieb und Entwicklung	9.1 Zentrale Finanz- und Raumdienste

Tätigkeiten und Projekte

Controlling und Beratungsdienstleistungen

Anpassung Rechnungslegung Die Konferenz der Kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren hat im Januar 2008 das Handbuch „Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden HRM2“ verabschiedet. Mit dem Handbuch wird das harmonisierte Rechnungsmodell aus dem Jahr 1981 (HRM1) ersetzt. Das neue Rechnungsmodell wurde in Anlehnung an die International Public Sector Accounting Standards (IPSAS) weiterentwickelt. HRM2 lässt sich in unterschiedlichen Varianten umsetzen. Aufgrund der Vorarbeiten (Aufnahme des aktuellen Standes, Vergleich und Beurteilung der verschiedenen Möglichkeiten) wird bei Basel-Stadt die Variante „Anbindung an IPSAS“ verfolgt.

Beteiligungsmanagement Auch im Kanton Basel-Stadt ist festzustellen, dass aus Markt-, Effizienz- oder Regulierungsgründen immer mehr staatliche Aufgaben nicht mehr durch die Kernverwaltung erfüllt werden, sondern durch rechtlich unabhängige Organisationseinheiten – so genannte Beteiligungen –, die dem Kanton ganz oder teilweise gehören (z.B. Basler Verkehrs-Betriebe, Industrielle Werke Basel oder zukünftig die Spitäler). Damit der Kanton eine optimale Steuerung dieser Beteiligungen gewährleisten kann, hat der Regierungsrat so genannte Public Corporate Governance-Richtlinien verabschiedet. Neben einer verbesserten, möglichst einheitlichen Steuerung soll durch ein Beteiligungsmanagement auch eine durchgängige Transparenz und Kontrolle gewährleistet werden. In diesem Zusammenhang sollen auch die bereits bestehenden Angaben zu den Beteiligungen im Jahresbericht ausgebaut werden.

Steuerungsfelder der Informatik (u.a. Strategische Informatikplanung) Im Auftrag der Informatik-Konferenz BS wird die strategische Informatikplanung durch geeignete Steuerungs- und Planungsinstrumente unterstützt. In acht Handlungsfeldern (Strategie, Architekturen, Vorhabenportfolio, Projektmanagement, Service Management, Sourcing und Controlling) werden Grundsätze und Ziele festgelegt, die sich aus den Anforderungen der Politik respektive der Geschäftsprozesse sowie der daraus abgeleiteten Informatikstrategie ergeben. Unterdessen wurde bereits die Mehrheit der Informatikprozesse in Form von Leitfäden beschrieben und von der Informatikkonferenz als verbindlich erklärt, womit für diese die entsprechenden Verfahrensschritte, Entscheidungskompetenzen und Verantwortlichkeiten geregelt sind. Die restlichen Grundlagen werden von der Fachstelle für Informatik und Organisation bis Mitte 2011 erarbeitet.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	28.4	30.3	32.6	32.9	32.9
Verwaltete Vermögen Dritter	MioFr	3'150	3'500	3'348	2'909	3'515
Anträge zur Aufnahme ins Investitionsprogramm	Anz	109	111	121	93	95
Finanzierungskosten mittel- und langfristige Schulden	%	3.2	2.9	3.2	3.05	2.9

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2009	2010	2011	abs.	%
30 Personalaufwand	5'183.7	5'337.2	5'529.5	192.4	3.6 ¹
31 Sachaufwand	3'783.8	3'735.1	3'935.1	199.9	5.4 ²
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	8'967.5	9'072.3	9'464.6	392.3	4.3
43 Entgelte	-3'791.2	-3'252.7	-5'749.3	-2'496.6	-76.8 ²
4 Ertrag	-3'791.2	-3'252.7	-5'749.3	-2'496.6	-76.8
Ordentlicher Nettoaufwand	5'176.3	5'819.6	3'715.3	-2'104.3	-36.2
davon Produktgruppe(n):					
Controlling und Beratungsdienstleistungen	2'746.2	2'959.0	3'266.7	307.7	10.4
Interne Finanz- und Beratungsdienstleistungen	1'057.2	1'174.0	256.9	-917.0	-78.1
SAP Betrieb und Entwicklung	1'356.9	1'686.6	191.7	-1'494.9	-88.6
5 Ausgaben Investitionen	20.5	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV (NIV)	20.5	0.0	0.0	0.0	0.0

Kommentar

- Die erhöhten Ansprüche an zentrale Controlling-Dienstleistungen, Rechnungslegung und SAP-Betriebsleistungen erfordern mehr Personalressourcen und führen zu höheren Lizenzkosten für die zentralen betriebswirtschaftlichen Applikationen. Ein Teil davon kann aber weiterverrechnet werden.
- Departementsübergreifende Leistungen (Querschnittsleistungen) werden neu verrechnet und erscheinen so im Ordentlichen Nettoaufwand (ONA). Bisher erfolgte die Weiterbelastung ausschliesslich in der Kostenrechnung.

Interne Finanzdienstleistungen

Optimierung des kantonalen Debitorenprozesses Mit der Einrichtung einer kantonalen Inkassostelle für die zentrale Abwicklung von Betreibungen und der Verlustscheinbewirtschaftung soll der kantonale Debitorenprozess optimiert werden. Ausserdem soll das dezentrale Mahnwesen nach Möglichkeit standardisiert werden (Mahnfristen, -spesen und Verzugszinsen). Nach der Erarbeitung der Grundlagen (Datenschutz, Prozessmanagement, Rechtsgrundlagen, IT etc.) kann im 2011 der Betrieb in Etappen aufgenommen werden kann.

Internes Kontrollsystem (IKS) 2011 wird ein verbindliches IKS-Konzept für die Finanzprozesse (Buchführung und finanzielle Berichterstattung) mit den Departementen und Gerichten erarbeitet. Das Konzept beinhaltet Instrumente (Vorlage, Anleitungen etc.), die den Departementen und Gerichten eine selbständige IKS-Umsetzung in den Finanzprozessen erlauben. Anschliessend können die Departemente und Gerichte das IKS nach Bedarf auf ihren Betrieb ausdehnen.

SAP Betrieb und Entwicklung

Die bestehende SAP Umgebung wird vor allem in den Bereichen Human Resources (Zeitwirtschaft), Reporting, Prozess Integration und Bauwesen erweitert. Daneben muss die Anpassung der Rechnungslegung systemseitig vorbereitet werden.

Steuerverwaltung

FD-404

Die Steuerverwaltung ist zuständig für die Erhebung der direkten Steuern für den Kanton und den Bund. Die periodischen und die nicht periodischen direkten Steuern werden veranlagt und bezogen, damit die kantonalen und eidgenössischen Staatsausgaben finanziert werden können. Die Pflege eines nachhaltigen Steuersubstrats mit sozial gerechten, der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der steuerpflichtigen Person Rechnung tragenden Steuern ist dabei ein wichtiger Leitgrundsatz. Bei der Pflege des Steuersystems wird auf Einfachheit und Transparenz geachtet. Durch die verstärkte Wirkung von Bundesrecht und vermehrten Vorstössen im Steuerrecht auf Bundesebene ist die Mitarbeit in gesamtschweizerischen Gremien intensiv gefordert.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Erhebung der nicht periodischen direkten Steuern	4.1 Steuererhebung
Erhebung der periodischen direkten Steuern	4.1 Steuererhebung

Tätigkeiten und Projekte

2011 erfolgt durch die elf Eigentümer-Kantone der Steuerapplikation NEST die Umstellung der Software auf eine moderne EDV-Architektur und in den folgenden Jahren das Reengineering der Steuerlösung mit dem Einbau von modernen EDV-Tools in die Steuerapplikation.

In den schweizerischen EDV-Projekten wird das elektronische Meldewesen zwischen den Steuerbehörden, der AHV, der SUVA und weiteren behördlichen Stellen unter Federführung der Steuerverwaltung des Kantons Basel-Stadt ausgebaut.

Im Bereich Quellensteuer wird die Optimierung und Automatisierung der Arbeitsprozesse fortgeführt; Schwerpunkte sind das Scanning der eingereichten Unterlagen sowie die elektronische Schnittstelle für den automatischen Datenaustausch mit den Arbeitgebern.

Daneben stehen laufend Anpassungen des kantonalen Steuergesetzes an das Bundesrecht, wie beispielweise die Unternehmenssteuerreform II und allenfalls III, an.

Erhebung der nicht periodischen direkten Steuern

Laufende Erhebungen und Vergleiche zwischen den Liegenschafts-Steuerwerten und den Verkehrswerten werden durchgeführt.

Erhebung der periodischen direkten Steuern

Aufgrund der festgestellten Fehler werden weiterhin verstärkt externe Revisionen vor Ort durchgeführt. Dadurch wird einerseits präventiv eine verbesserte Deklarationsqualität erzielt, andererseits wird das angestrebte Ziel der gerechten Besteuerung mit dem entsprechenden Steuerertrag erreicht.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	208.1	206.8	214.1	214.0	216.0	¹
Bestand Steuerpflichtige Juristische Personen	Anz	9'839	11'820	10'316	10'500	10'700	
Bestand Steuerpflichtige Natürliche Personen	Anz	126'350	129'543	128'397	129'500	129'500	
Einsprache-Entscheide	Anz	1'540	1'790	1'842	1'800	2'000	
Grundstückgewinnsteuer-Fälle	Anz	1'325	1'286	1'254	1'400	1'350	
Fristgerechte Bearbeitung der Steuerfälle	%	94.0	86.5	93.1	85.0	85.0	²

Kommentar

- 1 Die Vollzeitstellen nehmen wegen des Ausbaus des Revisorats um zwei Stellen zu.
- 2 Die Kennzahl berechnet sich aus der Anzahl in Rechnung gestellter Fälle innerhalb von 270 Tagen nach Eingang der Steuererklärung und der Anzahl innert drei Monate nach Eingang erledigter nichtperiodischer Fälle im Verhältnis zu allen eingegangenen Steuererklärungen/Fällen.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10		
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%	
30 Personalaufwand	30'204.4	29'850.1	30'195.8	345.7	1.2	¹
31 Sachaufwand	7'661.9	7'839.4	8'541.5	702.2	9.0	²
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	37'866.3	37'689.5	38'737.3	1'047.9	2.8	
43 Entgelte	-7'056.1	-6'476.0	-7'341.6	-865.6	-13.4	
4 Ertrag	-7'056.1	-6'476.0	-7'341.6	-865.6	-13.4	
Ordentlicher Nettoaufwand	30'810.2	31'213.5	31'395.7	182.2	0.6	
davon Produktgruppe(n):						
Erhebung der nicht periodischen direkten Steuern	3'444.2	3'482.9	3'440.6	-42.3	-1.2	
Erhebung der periodischen direkten Steuern	27'366.0	27'730.5	27'955.1	224.6	0.8	

Kommentar

- 1 Der Personalaufwand steigt wegen des Ausbaus des Revisorats um zwei Stellen.
- 2 Departementsübergreifende Leistungen (Querschnittsleistungen) werden neu verrechnet und erscheinen so im Ordentlichen Nettoaufwand (ONA). Bisher erfolgte die Weiterbelastung ausschliesslich in der Kostenrechnung.

Immobilien Basel-Stadt

FD-405

Immobilien Basel-Stadt ist das Kompetenzzentrum für das Immobilienmanagement des Kantons Basel-Stadt. Immobilien Basel-Stadt ist zuständig für die Immobilien des Verwaltungsvermögens und des Finanzvermögens und nutzt die möglichen Synergien zwischen den kantonalen Immobilienportfolios. Die Aufgaben bestehen aus dem Portfoliomanagement (Portfolioplanung, Eigentümervertretung Bauprojekte, Projektentwicklung und Transaktionen), dem Facility Management und der Bewirtschaftung von Liegenschaften, Parkhäusern und Parzellen, der Bewirtschaftung von Baurechten und der Führung von Immobilienbuchhaltung und -controlling.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Immobiliendienste	9.1 Zentrale Finanz- und Raumdienste

Tätigkeiten und Projekte

Im Finanzvermögen soll die aktive Immobilienpolitik zur nachhaltigen Entwicklung der staatlichen Areale und Liegenschaften und zur Unterstützung des Stadtwohnens weitergeführt werden. Im Verwaltungsvermögen sollen die Wahrung der Eigentümerinteressen zur langfristigen Werterhaltung ausgebaut und die wirtschaftliche Raumnutzung weiter optimiert werden.

Immobiliendienste

Der Schwerpunkt des Regierungsrates „Urbane Standortqualität“ soll durch Immobilien-Projektentwicklungen im Finanzvermögen und Umwandlung von bisherigen Verwaltungsliegenschaften in Wohnraum unterstützt werden. Dabei sollen sowohl staatliche Projekte umgesetzt als auch private und gemeinnützige Investitionen einbezogen werden. Die nachhaltige Entwicklung des Liegenschaftsbestandes unter Beachtung wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Aspekte soll weiter verfolgt werden. Die nachhaltige Werterhaltung der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens soll weitergeführt und die entsprechende Planung gestärkt werden.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	66.5	68.4	69.4	72.4	72.4
Bruttoertrag Baurechte Finanzvermögen	MioFr	26.8	28.9	29.2	31.5	31.5
Verwaltete Objekte im Finanz- und Verwaltungsvermögen	Anz	5'846	6'473	6'405	6'489	6'465
Bruttorendite Finanzvermögen	%	5.8	5.9	5.8	5.9	5.9
Investitionsquote Finanzvermögen	%	3.7	5.7	4.4	3.8	2.5

1

Kommentar

- 1 Die Investitionsquote bleibt auf vergleichsweise hohem Niveau als Resultat der kontinuierlichen Anstrengungen zum nachhaltigen Unterhalt der Immobilien. Der leichte Rückgang liegt daran, dass in Zukunft vermehrt kleine - aber ebenso arbeitsintensive - Objekte in der Unterhaltsplanung sind. In der Summe auf das ganze Portfolio ergibt sich so trotz gleich bleibendem Arbeitsaufwand eine tiefere Investitionsquote.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2009	2010	2011	abs.	%
30 Personalaufwand	7'105.6	7'387.5	7'459.2	71.7	1.0
31 Sachaufwand	3'103.0	2'729.3	2'835.2	105.9	3.9
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	10'208.5	10'116.8	10'294.4	177.6	1.8
43 Entgelte	-10'196.2	-9'892.2	-10'016.2	-123.9	-1.3
4 Ertrag	-10'196.2	-9'892.2	-10'016.2	-123.9	-1.3
Ordentlicher Nettoaufwand	12.4	224.6	278.2	53.6	23.9
davon Produktgruppe(n):					
Immobiliendienste	12.4	224.6	278.2	53.6	23.9
5 Ausgaben Investitionen	1'576.9	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV (NIV)	1'576.9	0.0	0.0	0.0	0.0

Kommentar

- 1 Departementsübergreifende Leistungen (Querschnittsleistungen) werden neu verrechnet und erscheinen so im Ordentlichen Nettoaufwand (ONA). Bisher erfolgte die Weiterbelastung ausschliesslich in der Kostenrechnung.

Zentrale Informatikdienste

FD-406

Die Zentralen Informatikdienste (ZID) stellen eine zuverlässige, anforderungsgerechte und wirtschaftliche Informatikgrundversorgung für die Verwaltung des Kantons Basel-Stadt sicher. Dazu gehören im Wesentlichen die folgenden Querschnittsleistungen:

- Verwaltungsnetzwerk, Internetzugang und Fernzugriff
- Rechenzentrum (RZ-Infrastruktur, Server, Speicher, Backup/Restore usw.)
- Telefonie (Infrastruktur und Telefonzentrale)
- Zentrale Verzeichnisse
- Zentrale Dateiablage, Mail/Kalender und Kollaborations-Plattform
- Kantonaler Datenmarkt
- Zentrale Geschäftsverwaltung

Zusätzlich zu oben erwähnten Services erbringt die ZID eine Vielzahl von weiteren Leistungen für einzelne Departemente und Dienststellen, z. B. Beratung und Projektmanagement, Betrieb von Anwendungs-, Datenbank- und Web-Servern, Client-Management, Entwicklung von Softwarelösungen, Realisierung von Webauftritten usw.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Anwendungen, Services, Projekte (ASP)	9.3 Zentrale Informatik- und Telefondienste
Datendienste	9.3 Zentrale Informatik- und Telefondienste
Informatik-Betrieb	9.3 Zentrale Informatik- und Telefondienste
Informatik-Infrastruktur	9.3 Zentrale Informatik- und Telefondienste

Tätigkeiten und Projekte

Im Budgetjahr 2011 sind drei Schwerpunkte vorgesehen:

1. Inbetriebnahme und Einführung der neuen kantonalen Dateiablage-, Mail-/Kalender- und Kollaborations-Services,
2. Detailplanung zum neuen kantonalen Informatikzentrum (vorbehältlich Genehmigung durch den Grossen Rat),
3. Fokussierung der ZID-Aktivitäten auf die Kernaufgaben einer Verwaltungsinformatik gemäss der vom Regierungsrat im Februar 2010 verabschiedeten IT-Sourcingstrategie.

Die unter dem ersten Punkt aufgeführten IT-Services werden von einem externen Lösungspartner gehostet und technisch betrieben. Die Betreuung der Anwender/-innen sowie der Betrieb von bestimmten Spezialdiensten - wie z. B. der neuen Suchmaschine - erfolgt aus Gründen der grösseren Kundenähe weiterhin verwaltungsintern.

Mit dem neuen Informatikzentrum soll die prekäre Situation der Verwaltung im Bereich Rechenzentrumsinfrastruktur gelöst und die Voraussetzungen für die vom Regierungsrat beschlossene Server-Zentralisierung geschaffen werden. Sofern der Grosse Rat dem optimierten Projekt am Steinengraben 51 zustimmt, wird die Detailplanung im Budgetjahr vorangetrieben, andernfalls müssen rasch realisierbare Alternativen gesucht werden.

Die unter dritten Punkt aufgeführte Fokussierung der ZID auf den Kern einer Verwaltungsinformatik ist verbunden mit einer Überprüfung des bestehenden Angebots der ZID sowie der damit verbundenen Leistungserbringung. Das selektive Outsourcing von IT-Standardleistungen bedingt die Anpassungen von Prozessen im Zusammenhang mit dem Service-Management und der Leistungsverrechnung.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	80.3	85.4	99.8	98.8	98.8	
Verfügbarkeit ZID-Services, max. Ereignisanzahl pro Service	Fälle	1	2	0	< 2	< 2	1
Datenintegrität	Fälle	0	0	0	< 10	< 10	2
Nutzung kantonaler Datenmarkt (indexiert)	Wert	91.5	118.8	133.0	> 105.0	> 105.0	3
Effizienz Dienststelle (indexiert)	Wert	101	109	117	> 100	> 100	4
Basis05 Accounts	Anz		5'955	6'203	6'000	6'300	5

Kommentar

- 1 Die Kennzahl für Verfügbarkeit ist definiert als die maximale Anzahl schwerwiegender Störungen mit einer Wiederherstellungszeit von max. vier Stunden pro Service und Jahr während den Betriebszeiten gemäss Servicevereinbarung zu den zentralen Informatik-Basisleistungen für das Jahr 2011.
- 2 Die Kennzahl für Datenintegrität ist definiert als die maximale Anzahl Ereignisse pro Jahr mit möglicher Verletzung der Datenintegrität.
- 3 Diese Kennzahl umfasst die Anzahl Benutzer, Visits, Pages und die genutzte Datenmenge. Das Resultat wird in Form eines Benchmarks gegenüber dem Jahr 2006 dargestellt.
- 4 Mit dieser Kennzahl wird die Effizienz der Dienststelle dargestellt. Dabei werden die betriebswirtschaftlichen Grössen Wirtschaftlichkeit (Aufwand vs. Ertrag) und Produktivität (Ertrag pro Mitarbeiter) kombiniert und in Form eines Benchmarks verglichen. Basis ist der Wert von 2006.
- 5 Die Basis05 Accounts entsprechen der Anzahl aller in der zentralen Administration eröffneten IT-Benutzer, wobei nur Personen gezählt werden, die in einem Anstellungsverhältnis mit Basel-Stadt sind. Bei angeschlossenen Instituten werden alle gezählt. Diese Kennzahl ist nur bedingt beeinflussbar, zeigt aber die Entwicklung der aktiven User.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2009	2010	2011	abs.	%
30 Personalaufwand	15'227.6	15'605.2	15'500.7	-104.5	-0.7
31 Sachaufwand	9'436.4	8'921.7	10'171.7	1'250.0	14.0
33 Abschreibungen Finanzvermögen	13.8	0.0	0.0	0.0	0.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	24'677.7	24'526.9	25'672.4	1'145.5	4.7
42 Vermögenserträge	-24.9	-22.0	-22.0	0.0	0.0
43 Entgelte	-11'804.8	-11'041.6	-24'744.0	-13'702.4	-124.1
4 Ertrag	-11'829.6	-11'063.6	-24'766.0	-13'702.4	-123.9
Ordentlicher Nettoaufwand	12'848.1	13'463.3	906.4	-12'556.9	-93.3
davon Produktgruppe(n):					
Anwendungen, Services, Projekte (ASP)	3'745.3	3'772.2	676.1	-3'096.2	-82.1
Datendienste	2'582.4	3'726.1	-143.3	-3'869.4	-103.8
Informatik-Betrieb	2'458.8	2'113.8	63.5	-2'050.3	-97.0
Informatik-Infrastruktur	4'061.5	3'851.2	310.2	-3'541.0	-91.9
5 Ausgaben Investitionen	4'009.8	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV (NIV)	4'009.8	0.0	0.0	0.0	0.0

Kommentar

- 1 Der Sachaufwand erhöht sich durch Belastung von departementsübergreifenden Leistungen, Realisation und Betrieb Datenfernlager und diverse Projekte. Diese Massnahmen resultieren auch in entsprechenden Mehreinnahmen.
- 2 Departementsübergreifende Leistungen (Querschnittsleistungen) werden neu verrechnet (Aufwand und Ertrag) und erscheinen so im Ordentlichen Nettoaufwand (ONA). Bisher erfolgte die Weiterbelastung ausschliesslich in der Kostenrechnung. Diese Änderung führt bei der ZID zu wesentlich höheren Erträgen und einem stark reduzierten ONA, da die IT-Basisleistungen nun auch verrechnet werden.

Anwendungen, Services, Projekte (ASP)

- Benutzerorientierte Einführung der neuen kantonalen Dateiablage- und Mail-/Kalender-Lösung
- Aufbau der Unterstützung für die web-basierte Zusammenarbeit (so genannte e-Collaboration)
- Einführung einer systemübergreifenden Suchmaschine für Dateiablage und Intranet
- Ersatz der bestehenden kantonalen Lösung für das zentrale Management von Dokumentvorlagen
- Vorbereitung der Migration der heutigen PCs auf die neueste MS Windows-Version

Informatik-Datendienste

- Unterstützung der neuen SuisseID (=schweizweit standardisierter elektronischer Identitätsnachweis) in den eGovernment-Angeboten des Kantons
- Pflege und Weiterentwicklung der Bewilligungsplattform zwecks Erweiterungen der Geschäftsfälle, die Einwohner/-innen und Firmen über das Internet abwickeln können
- Ablösung des bestehenden Web Content Management Systems, das am Ende seines Lebenszyklus angelangt ist, durch eine neue Lösung
- Weitere Anpassung und Weiterentwicklung des Einwohner-Informationssystems im Zusammenhang mit der Registerharmonisierung

Informatik-Betrieb

- Vorbereitung und Inbetriebnahme Desktop-Virtualisierung und Thin-Client-Computing
- Einführung einer zentralen Infrastruktur für Linux/OSS-Desktops
- Weiterführung der Server-Virtualisierung
- Inbetriebnahme einer neuen Lösung für die Datenarchivierung
- Umsetzung Datenfernlager

Informatik-Infrastruktur

- Detailplanung neues Informatikzentrum (vorbehältlich Genehmigung durch den Grossen Rat)
- Aufrüstung eines Teils der bestehenden Telefonvermittlungsanlagen (3. Realisierungsplanung)
- Einbindung des externen Mail-/Kalenderproviders in das Verwaltungsnetzwerk

Zentraler Personaldienst

FD-409

Der Zentrale Personaldienst (ZPD) entwickelt Konzepte, Systeme und Instrumente zur gezielten Förderung und Weiterentwicklung eines professionellen, zukunftsgerichteten Personalmanagements bei BASEL-STADT. Durch kompetente Beratung der Dezentralen Personaldienste sorgt er für die korrekte und einheitliche Anwendung der gesetzlichen Grundlagen bzw. Vorgaben des Regierungsrates, und liefert mittels einem verwaltungsweiten Personalcontrolling die relevanten Steuerungsgrößen für die Ressourcen im Personalbereich. Im Weiteren pflegt er zur Gewährleistung einer gut funktionierenden Sozialpartnerschaft einen regelmässigen Austausch mit den Sozialpartnern.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Zentrales Personalmanagement	9.2 Zentrale Personaldienste

Tätigkeiten und Projekte

Neben personalpolitisch bzw. personalstrategisch relevanten Schwerpunkten (dazu siehe Kapitel „Personalentwicklung“) werden 2011 im ZPD vor allem folgende Themen im Vordergrund stehen:

Systempflege Das Lohnsystem bei BASEL-STADT basiert auf dem Prinzip des Funktionslohns. Das Instrumentarium zur Bewertung und Zuordnung der Funktionen ist über 40 Jahre alt und nicht mehr zeitgemäss. Aus diesem Grund wurde 2007 das Projekt Systempflege mit dem Hauptziel gestartet, eine korrekte und nachvollziehbare Einreihung der Stellen gewährleisten zu können. Zusätzlicher Nutzen wird dadurch generiert, dass ein besserer systematischer Überblick über die Funktionen bei BASEL-STADT entsteht und damit eine bessere Grundlage für interne und externe Lohnvergleiche. Durch den im Projekt verwendeten kompetenzbasierten Ansatz entsteht im Weiteren eine zentrale Grundlage für ein so genanntes Integriertes Personalmanagement (IPM), bei dem die Aspekte Beurteilung, Entwicklung und Entlohnung nicht mehr isoliert, sondern im Gesamtkontext betrachtet werden.

Bereits erarbeitet wurden ein kompetenzbasierter Kriterienkatalog für die Funktionsbewertung sowie rund 170 Referenzfunktionen, auf deren Basis der neue Einreihungsplan mit den zugehörigen Richtpositionen (bestehend aus dem Modellprofil und der Modellumschreibung) erstellt wurde. Diese erlauben eine Bewertung und Zuordnung sämtlicher Funktionen in der Verwaltung. Das Projekt geht nun in eine weitere, zentrale Phase: 2011 wird die Überführungskonzeption erarbeitet und die Überführung in den Departementen begonnen, welche voraussichtlich bis 2012 dauern wird.

Zeitwirtschaft Im Rahmen der strategischen SAP Human Resource-Planung wurde der Prozess Zeitwirtschaft als zentral für die Unterstützung anderer Human Resource-Prozesse identifiziert und deshalb prioritär in die Planung aufgenommen. Mit dem Prozess Zeitwirtschaft wird den Verantwortlichen ermöglicht, einen klaren Überblick über Präsenzen und Absenzen der Mitarbeitenden zu erhalten, was sowohl die Planung als auch Auswertungen deutlich erleichtert. In den Departementen und Dienststellen haben sich über die Jahre verschiedene Lösungen und Systeme etabliert, die nun durch eine für den ganzen Arbeitgeber einheitliche Lösung ersetzt werden sollen. In dieser Standard-Zeitwirtschaftslösung werden sowohl die Regelungen der Arbeitszeitverordnung als auch weitere definierte Sollprozesse abgebildet.

Das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU) führt das System als Pilotdepartement produktiv ein. Die weitere Implementierung in der übrigen Verwaltung erfolgt sukzessive ab 2011.

Fehlzeitenmanagement Durch die Einführung des flächendeckenden Angebots von Come back bei Krankheit und Unfall von Mitarbeitenden bei BASEL-STADT, aber auch aufgrund der 5. IV-Revision (u.a. frühzeitige Unterstützung von Eingliederungsmassnahmen zur Vermeidung von Invalidisierungen) und des geplanten Ausbaus des Personalcontrollings hat sich die Notwendigkeit zur Optimierung des Fehlzeitenmanagements bei BASEL-STADT intensiviert. Das Fehlzeitenmanagement umfasst drei Teilprozesse: Krankheit, Unfall sowie Schwangerschafts- und Mutterschaftsurlaub. Mit der Optimierung sollen die Kosten für die Datenerhebung und Aufbereitung reduziert sowie die

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	30.1	32.6	36.1	43.6	44.5	¹
Einbinden der Führungskräfte ins Personalmanagement	%	83	84	85	80	80	
Einhaltung der Geschlechterquote von mind. 25% Frauen/Männer	%	100	90	80	80	80	
Durchschnittlicher Erfüllungsgrad der Qualitätsstandards ZPD	%	80		-	80	-	

Kommentar

- ¹ Gemäss Regierungsratsbeschluss 10/14/19 vom 04. Mai 2010 wird der Headcount des Finanzdepartements (ZPD) zur Realisierung der dritten und letzten Tranche der flächendeckenden Weiterführung von Come back beim Arbeitgeber Basel-Stadt um 290 Stellenprozente erhöht. Im Vergütungsmanagement waren zwei Stellen bis Ende 2010 befristet.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10		
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%	
30 Personalaufwand	6'635.2	8'061.2	8'294.8	233.6	2.9	¹
31 Sachaufwand	2'305.6	3'767.1	4'255.6	488.5	13.0	¹
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	8'940.7	11'828.3	12'550.3	722.0	6.1	
43 Entgelte	-1'906.9	-3'798.8	-5'772.3	-1'973.5	-52.0	¹
4 Ertrag	-1'906.9	-3'798.8	-5'772.3	-1'973.5	-52.0	
Ordentlicher Nettoaufwand	7'033.8	8'029.5	6'778.0	-1'251.5	-15.6	
davon Produktgruppe(n):						
Zentrales Personalmanagement	7'033.8	8'029.5	6'778.0	-1'251.5	-15.6	
5 Ausgaben Investitionen	416.2	0.0	0.0	0.0	0.0	
Nettoinvestitionen VV (NIV)	416.2	0.0	0.0	0.0	0.0	

Kommentar

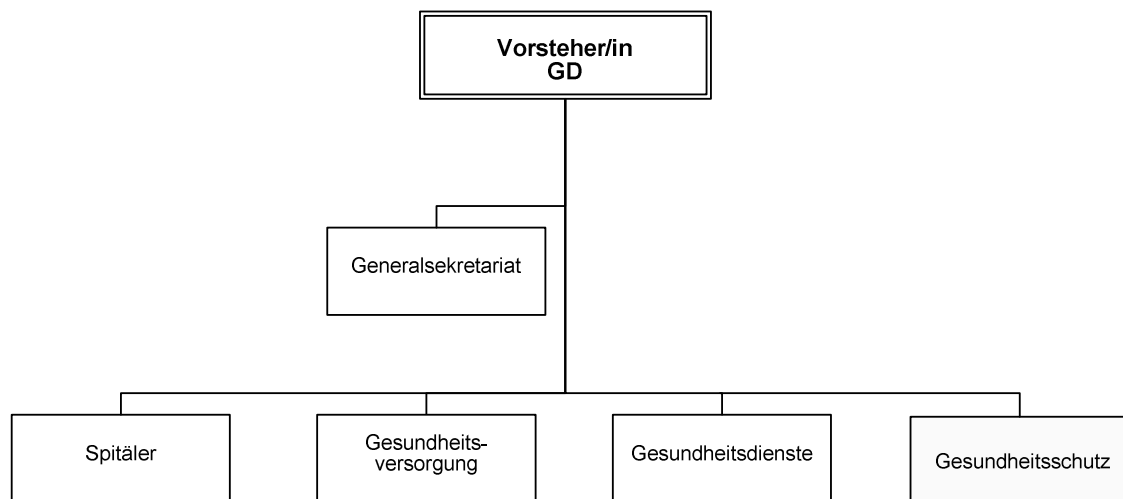
- ¹ Die Abweichungen zum Budget 2010 sind durch die Realisierung der dritten und letzten Tranche der flächendeckenden Weiterführung von Come back beim Arbeitgeber Basel-Stadt (Regierungsratsbeschluss 10/14/19 vom 04. Mai 2010) begründet. Zusätzlich werden departementsübergreifende Leistungen (Querschnittsleistungen) neu verrechnet und erscheinen so im Ordentlichen Nettoaufwand (ONA). Diese Querschnittsleistungen werden von der Fachstelle SAP Human Resource erbracht und beinhalten die zentrale Lohnadministration sowie die Human Resource Informatik-Projekte. Bisher erfolgte die Weiterbelastung ausschliesslich in der Kostenrechnung.

Datenqualität durch Nutzung eines gemeinsamen Systems verbessert werden. Im Weiteren sollen auch die Versicherungsleistungen vollumfänglich ausgeschöpft werden können.

2009 wurden drei Umsetzungsvarianten erarbeitet und 2010 durch eine weitere, SAP-Human Resource basierte Variante ergänzt; diese wurde im Mai 2010 beschlossen. Es werden nun die Projektierung und Umsetzung für 2011 vorbereitet.

4.2.5 Gesundheitsdepartement

GD-701	Generalsekretariat GD	184
GD-702	Gesundheitsdienste	186
GD-706	Gesundheitsschutz	188
GD-709	Schlachthof	191
GD-720	Öffentliche Zahnkliniken	193
GD-730	Gesundheitsversorgung	195
GD-731	Universitätsspital Basel	197
GD-733	Felix Platter-Spital	200
GD-735	Universitäre Psychiatrische Kliniken	202



Finanzen Departement

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
	2009	2010	2011	abs.	%
30 Personalaufwand	684.5	693.1	712.5	19.4	2.8 ¹
31 Sachaufwand	333.1	334.6	352.9	18.3	5.5 ²
32 Passivzinsen	0.9	0.8	0.8	0.0	-5.7
33 Abschreibungen Finanzvermögen	2.5	2.2	2.4	0.2	8.8 ³
36 Eigene Beiträge	194.8	197.9	205.3	7.5	3.8 ⁴
Total Aufwand	1'215.8	1'228.5	1'273.9	45.4	3.7
40 Steuern	-0.6	-0.6	-0.6	0.0	-0.3
42 Vermögenserträge	-2.0	-2.2	-2.7	-0.6	-26.3
43 Entgelte	-662.5	-663.0	-710.4	-47.5	-7.2 ⁵
46 Beiträge für eigene Rechnung	-67.8	-70.2	-66.6	3.6	5.1 ⁶
Total Ertrag	-732.9	-736.0	-780.4	-44.4	-6.0
Ordentlicher Nettoaufwand Departement	482.8	492.5	493.4	0.9	0.2 ⁷
5 Ausgaben Investitionen	32.5	37.0	40.0	3.0	8.1
6 Einnahmen Investitionen	-19.5	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV (NIV)	12.9	37.0	40.0	3.0	8.1

Kommentar

- Die Zunahme des Personalaufwandes beträgt 19.4 Mio. Franken. Die grösste Zunahme entfällt auf das Universitätsspital USB (14.2 Mio. Fr.). Etwas mehr als die Hälfte des Betrages wird für die Verbesserung der Marktpositionierung des USB im gesamtschweizerischen Wettbewerb verwendet. Des Weiteren führen die Übernahme neuer Aufgaben für das Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB), die moderate Verstärkung der klinischen Lehre und Forschung über Neuberufungen, die Verstärkung des Notfallbereichs sowie der Aufbau des Systems des leitenden Notarztes zu einer Erhöhung des Personalbestandes. In den Universitären Psychiatrischen Kliniken (UPK) führt der Ausbau der Jugendforensischen Abteilung sowie der Abteilung Verhaltenssucht zu erhöhtem Personalaufwand. Zusätzliche Mittel werden in den UPK auch für die Neuausrichtung und Einrichtung der Forschungsplattform budgetiert, die Mehraufwendungen werden durch Mehrerträge vollständig kompensiert. Im Bereich der Gesundheitsversorgung werden für den Aufbau eines medizinischen Controllings und zur Umsetzung der neuen Pflegefinanzierung drei neue Stellen aufgebaut.
- Von der Erhöhung des Sachkostenbudgets sind rund 17.4 Mio. Franken auf Erhöhungen beim USB zurückzuführen. Hier werden die wiederum steigenden Kosten im Bereich des medizinischen Sachbedarfes sowie der mengenbedingte Kostenanstieg als Grund angegeben. Erhöht werden müssen die Mittel im Unterhaltsbereich (medizinisch-technischer Maschinenpark, Informatik). Kostensteigerungen aufgrund der Mengenerhöhung sind auch beim Felix Platter-Spital (FPS) sowie bei den Universitären Psychiatrischen Kliniken (UPK) festzustellen. In allen Fällen führen die erwarteten Mehrerträge zu einer Kompensation der Mehrausgaben.
- Für die Zunahme der Finanzvermögensabschreibungen ist die Umwandlung des Schlachthofs vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen verantwortlich. Die Gebäudeabschreibungen fallen deshalb in dieser Kontengruppe an. Sie mussten rückblickend auf die tatsächlichen Werte 2009 angepasst werden, fallen aber auf Ebene der Laufenden Rechnung neutral aus.
- Es wird mit Mehrkosten bei der neuen Pflegefinanzierung und den Sockelbeiträgen für Zusatzversicherte gerechnet. Es handelt sich dabei um nicht beeinflussbare Einzelposten.
- Der Ertrag steigt markant. Aus der Zusammenarbeit mit dem UKBB wird beim USB ein Zusatzertrag von rund 12 Mio. Franken erwartet. Er basiert auf Leistungsvereinbarungen im Rahmen der Kooperation. Eine Zunahme der Anzahl Behandlungen im stationären Bereich bei allen Spitalern und die teilweise Umstellung auf DRG-Finanzierung trägt vor allem zum Ertragswachstum bei. Demgegenüber wird der Ertrag für ambulante Behandlungen aufgrund des tieferen Taxpunktwertes nicht vollständig mit Volumenerhöhungen kompensiert werden können. Gesamthaft kompensieren die Mehrerträge der Spitäler die Mehraufwendungen.
- Die klinische Lehre und Forschung wird durch die Universität beider Basel finanziert. Wegen der neuen Leistungsvereinbarung mit der Universität für 2010 bis 2013 wird das USB in diesem Bereich weniger Mittel erhalten (- 1.5 Mio. Fr.). Lediglich um eine Änderung der Verbuchungspraxis handelt es sich beim Rückgang der Erträge auf diesem Konto bei den UPK, diese werden neu in Konto 43 statt 46 verbucht (-2.2 Mio. Fr.).
- Trotz Kostenzunahme im Einzelpostenbereich von 7.3 Mio. Franken und der Weiterverrechnung zentral angefallener Kosten von rund zwei Mio. Franken steigt der Ordentliche Nettoaufwand nur um 0.2%.

Generalsekretariat GD

GD-701

Das Generalsekretariat stellt die Geschäftsabwicklung des Departements mit dem Regierungsrat, dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, den weiteren kantonalen Verwaltungsstellen sowie mit Dritten sicher. Departementsintern sorgt das Generalsekretariat für koordinierte und zielgerichtete interne Abläufe. Mit zentralen Stabsdienstleistungen in den Funktionen Personal, Finanzen und Controlling, Recht, Kommunikation, Kanzlei und Planungscoordination unterstützt es den Vorsteher und die Dienststellen des Departements. Das Generalsekretariat führt ausserdem die Administrationsarbeiten der Psychiatrie-Rekurskommission.

Internet: www.gd.bs.ch

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Urteile der Psychiatrie-Rekurskommission	8.2 Rechtssprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)
Summe der Unterstützungsprodukte des Dept. GD	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation

Tätigkeiten und Projekte

Nationale Gesundheitspolitik Die Umsetzung der Revision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) mit Schwerpunkt Spitalfinanzierung steht 2011 im Kanton Basel-Stadt weiterhin im Vordergrund. Die angepassten Bestimmungen gemäss KVG bringen die Einführung des Vollkostenprinzips und der freien Spitalwahl, die Gleichbehandlung von öffentlichen und privaten Spitälern sowie die Einführung von Fallpauschalen (SwissDRG) mit sich. Das erste Gesuch für die neue Tarifstruktur SwissDRG wurde am 18. Juni 2010 vom Bundesrat genehmigt. Bis zur Einführung von SwissDRG am 1. Januar 2012 wird die Tarifstruktur weiter verfeinert.

Hochspezialisierte Medizin (IVHSM) Die interkantonale Vereinbarung zur hochspezialisierten Medizin (IVHSM) ist per 1. Januar 2009 in Kraft getreten. Alle 26 Kantone sind ihr beigetreten. Zweck der IVHSM ist die gemeinsame Planung derjenigen medizinischen Bereiche und Leistungen, die durch ihre Seltenheit, durch ihr hohes Innovationspotenzial, durch einen hohen personellen oder technischen Aufwand oder durch komplexe Behandlungsverfahren gekennzeichnet sind. Im Jahr 2010 wurden die ersten Konzentrationsentscheide gefällt, wobei vor allem die Herztransplantationen viel mediales Interesse erlangt haben. Die Arbeit des Fachorgans – welches die Beschlüsse zuhanden des Beschlussorgans in fachlicher Hinsicht vorbereitet – wird im 2011 fortgesetzt. Die Interessen des Kantons Basel-Stadt werden im HSM-Beschlussorgan durch den Vorsteher des Gesundheitsdepartements vertreten.

Gesundheitsgesetz und Gesetz über die öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Stadt Das Gesundheitsrecht des Kantons Basel-Stadt wird durch zwei grössere Projekte auf ein neues Fundament gestellt. Das Gesundheitsgesetz wird als modernes und schlankes Rahmengesetz eine Reihe von Erlassen ersetzen und das Gesundheitsrecht umfassend aktualisieren. Mit dem Gesetz über die öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Stadt werden die kantonalen Spitäler rechtlich verselbstständigt. Durch diesen Schritt soll sichergestellt werden, dass die öffentlichen Spitäler des Kantons auch unter den Rahmenbedingungen der neuen Spitalfinanzierung eine führende Rolle übernehmen können und der verfassungsmässige Auftrag der Gesundheitsversorgung (§§26 ff. KV BS) auch in Zukunft optimal erfüllt werden kann. Zeitnah mit der geplanten Inkraftsetzung der beiden Gesetze auf Anfang 2012 werden auch zahlreiche andere Erlasse an die neue Rechtslage angepasst werden müssen.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	26.25	27.65	28.75	31.05	31.05
Von der Psychiatrie-Rekurskommission behandelte Rekurse	Anz	176	131	122	150	150
Beim Rechtsdienst eingegangene Rekurse	Anz	13	14	11	15	15
Anteil Rekursentscheide innert neun Monaten nach Eintreffen	%			100	80	80

1

Kommentar

1 Wert wird erst seit 2009 erfasst.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%
30 Personalaufwand	4'492.6	4'986.8	5'076.0	89.1	1.8
31 Sachaufwand	1'618.2	2'871.1	2'394.9	-476.2	-16.6
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
36 Eigene Beiträge	31.9	32.0	32.0	0.0	0.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	6'142.7	7'890.0	7'502.9	-387.1	-4.9
43 Entgelte	-128.1	-159.0	-144.9	14.1	8.9
4 Ertrag	-128.1	-159.0	-144.9	14.1	8.9
Ordentlicher Nettoaufwand	6'014.5	7'731.0	7'358.0	-373.0	-4.8
davon Produktgruppe(n):					
Urteile der Psychiatrie-Rekurskommission	431.9	518.9	446.7	-72.2	-13.9
Summe der Unterstützungsprodukte des Dept. GD	5'582.7	7'212.1	6'911.3	-300.8	-4.2
5 Ausgaben Investitionen	0.0	37'000.0	40'000.0	3'000.0	8.1
Nettoinvestitionen VV (NIV)	0.0	37'000.0	40'000.0	3'000.0	8.1

Kommentar

1 Im neuen Legislaturplan wurden neue Schwerpunkte/Massnahmen formuliert, was zu Mittelverschiebungen zu anderen Dienststellen führte.

Gesundheitsdienste

GD-702

Die Gesundheitsdienste erbringen in vier Abteilungen (Kantonsärztlicher Dienst, Gesundheitsförderung und Prävention, Heilmittelwesen sowie Sucht) Dienstleistungen für die Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Basel-Stadt.

Die Aufgaben des Kantonsärztlichen Dienstes beinhalten hoheitliche Funktionen aufgrund kantonaler und nationaler Gesetzesgrundlagen sowie konzeptionelle und operationelle Aufgaben und Beratungstätigkeiten.

Die Abteilung Gesundheitsförderung und Prävention erhält und fördert mit gezielten Aktivitäten die Gesundheit der Einwohnerinnen und Einwohner im Kanton Basel-Stadt. Innerhalb der Abteilung setzt sich der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst für eine gesunde körperliche und seelische Entwicklung der Kinder und Jugendlichen im Kanton Basel-Stadt ein. Er fördert die Gesundheit von Schülerinnen und Schülern und berät Eltern und Lehrkräfte in Fragen der Prävention und Gesundheitsförderung.

Die Abteilung Heilmittelwesen ist als Fachinstanz insbesondere zuständig für Heilmittelsicherheit und Qualitätssicherung. Dies sind die pharmazeutischen Aspekte der Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsförderung, der Vollzug der Gesetzgebung über den Verkehr mit Heilmitteln und über die Betäubungsmittel, die Aufsicht über die pharmazeutischen Berufe und Heilmittelabgabestellen (Apotheken und Drogerien) sowie Bewilligungen.

Die Abteilung Sucht sorgt dafür, dass ein adäquates Suchthilfeangebot zur Verfügung steht und effizient genutzt wird. Ziel ist dabei, die Anzahl neuer Suchtmittelabhängiger zu senken, die Zahl jener zu steigern, die den Ausstieg schaffen, die gesundheitlichen Schäden und die soziale Ausgrenzung von Suchtmittelabhängigen zu vermindern und den öffentlichen Raum vor negativen Auswirkungen der Drogenproblematik zu schützen.

Internet: www.gesundheitsdienste.bs.ch

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Gesundheitsdienste	5.2 Gesundheitsdienste

Tätigkeiten und Projekte

Schwerpunktprogramme Gesundheitsförderung und Prävention Die Bevölkerung soll mit Schwerpunktaktionen bei der Förderung einer gesundheitsbewussten Haltung aktiv unterstützt werden, wobei ein besonderes Gewicht auf zielgruppenspezifische, basisnahe Projekte gelegt wird (z.B. Projekte für Jugendliche und Seniorinnen/Senioren). Neben den seit 2007 bzw. 2008 laufenden Schwerpunktprogrammen „Gesundes Körpergewicht“ und „Migration und Gesundheit“ wird im kommenden Jahr ein drittes nachhaltig angelegtes Schwerpunktprogramm „Psychische Gesundheit“ lanciert. Für Kleinkinder wird das 2009 gestartete Programm „Gesundheit im Frühbereich“ auch 2011 fortgeführt.

Krebsregister Nordwestschweiz In Zusammenarbeit mit den Kantonen Basel-Landschaft, Bern, Luzern und Solothurn sowie nach Möglichkeit auch mit dem Kanton Aargau soll 2011 auf der Basis des bestehenden Krebsregisters beider Basel ein gemeinsames Krebsregister Nordwestschweiz aufgebaut werden.

Gemäss einer Studie des Schweizerischen Gesundheitsobservatoriums vom Februar 2009 müssen bis in zehn Jahren gesamtschweizerisch in den **Gesundheitsberufen** mindestens 60'000 Pensionierte ersetzt und 25'000 Fachkräfte zusätzlich angestellt werden. Entsprechende Massnahmen im Kanton wurden bereits evaluiert. Die entsprechende Konzeption sowie die Umsetzung von konkreten Massnahmen sind im Jahr 2011 geplant.

Die Massnahmen der im Jahr 2007 durchgeführten **Angebotsüberprüfung und Bedarfsabklärung im Suchtbereich** wurden umgesetzt. Es gilt nun, diese auch im kommenden Jahr aufrecht zu erhalten. Für eine verbesserte psychosoziale Betreuung im Rahmen von niederschweligen Beschäftigungsplätzen für Konsumierende legaler und illegaler Drogen wird im Jahr 2011 das 2009 gestartete Projekt JoBShop evaluiert. Suchtbetroffene Personen und deren Umfeld sollen künftig über die im kommenden Jahr aufzuschaltende kundenfreundliche Homepage „Suchtinfo“ des Kantons Basel-Stadt angesprochen werden.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	52.9	54.4	54.4	57.9	57.9
Bewilligungen zur freiberuflichen Tätigkeit als Arzt/Ärztin	Anz	28	11	34	40	45
Auf dem Kantonsgebiet betriebene Apotheken	Anz	69	70	72	73	73
Kostengutsprachen für stationäre Suchttherapien	Anz	148	106	117	150	150
Termingerechte Dossiereröffnung Bewilligungen Apoth./Drog.	%		100	100	90	90
Termingerechte Kostengutsprachen für stat. Suchttherapien	%		100	100	90	90

Kommentar

1 Der Wert wird erst seit 2008 erfasst.

2 Der Wert wird erst seit 2008 erfasst.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%
30 Personalaufwand	8'094.1	8'107.1	8'468.4	361.3	4.5
31 Sachaufwand	4'420.0	5'185.1	5'288.3	103.2	2.0
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
36 Eigene Beiträge	9'391.9	9'657.0	9'932.0	275.0	2.8
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	21'906.1	22'949.2	23'688.6	739.4	3.2
42 Vermögenserträge	-11.4	-11.4	-11.4	0.0	0.0
43 Entgelte	-1'748.8	-1'089.5	-1'198.9	-109.4	-10.0
46 Beiträge für eigene Rechnung	-1'098.3	-1'375.3	-990.3	385.0	28.0
4 Ertrag	-2'858.5	-2'476.2	-2'200.6	275.6	11.1
Ordentlicher Nettoaufwand	19'047.6	20'473.0	21'488.0	1'015.0	5.0
davon Produktgruppe(n):					
Gesundheitsdienste	19'047.6	20'473.0	21'488.0	1'015.0	5.0
5 Ausgaben Investitionen	359.4	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV (NIV)	359.4	0.0	0.0	0.0	0.0

Kommentar

1 Der Personalaufwand steigt wegen der beabsichtigten Besetzung bewilligter, aber noch vakanter Stellen.

2 In Zusammenarbeit mit dem Universitätsspital wird das System des leitenden Notarztes eingeführt, was zu einer entsprechenden Abgeltung des Betriebs an das Spital führt. Diverse Beiträge werden zum Teil mit Mitteln aus dem Alkoholzehntel beglichen. Neu werden diese Mittel nicht mehr als Einnahme aus Beiträgen des Bundes dargestellt, sondern direkt beim Aufwand der jeweiligen Subvention in Abzug gebracht.

3 Der Anteil der Mittel aus dem Alkoholzehntel an Subventionen wird nicht mehr als Bundesbeitrag vereinnahmt, sondern direkt beim Aufwand in Abzug gebracht. Der Beitrag des Kantons Basel-Land an den Kontakt- und Anlaufstellen wird um 130'000 Franken niedriger ausfallen.

Seniorenpolitik Die Seniorenpolitik trägt den demographischen und gesellschaftlichen Realitäten (längere Lebenserwartung bei gleichzeitig besserer gesundheitlicher Versorgung der Bevölkerung, Verbesserung der Mobilität) Rechnung. Sie stützt sich primär auf Leitlinien, welche der Regierungsrat im Jahr 2007 verabschiedet hat. Diese ergänzen das seit 2001 bestehende Altersleitbild. Die Leitlinien zur Seniorenpolitik werden seither von der kantonalen Verwaltung in Zusammenarbeit mit den Seniorenorganisationen schrittweise umgesetzt. Zu den vier Themen Freiwilligenarbeit, Sicherheit im Alter, Wohnen im Alter und Gesundheit im Alter erarbeiten interdepartementale Arbeitsgruppen laufend konkrete Vorschläge zur Umsetzung. Daneben sollen 2011 auch konkrete Alltagsprobleme der Seniorinnen und Senioren in Einzelbereichen schnell umsetzbaren Massnahmen zugeführt und die Aktivitäten in der Verwaltung zur Umsetzung der Leitlinien breiter kommuniziert werden.

Gesundheitsschutz

GD-706

Der Bereich Gesundheitsschutz wird gebildet durch die Abteilungen Kantonales Laboratorium, Veterinäramt/Schlachthof, Institut für Rechtsmedizin und den Betrieb der öffentlichen Zahnkliniken (siehe GD-720).

Die Lebensmittelkontrolle sorgt dafür, dass die in Basel angebotenen Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände die gesetzlichen Vorschriften erfüllen, damit die Bevölkerung nur Konsumartikel beziehen kann, welche gemäss Lebensmittelrecht die Gesundheit nicht direkt oder indirekt gefährden und deren Zusammensetzung bzw. Aufmachung nicht täuschend sind. Dazu werden repräsentative Proben erhoben und auf deren Rechtskonformität untersucht. Die Lebensmittelbetriebe werden entsprechend ihrer Risikoklasse regelmässig inspiziert. Verstösse werden geahndet.

Um Bevölkerung und Umwelt vor gefährlichen Stoffen und Organismen aus Anlagen und Verkehrswegen bestmöglich zu schützen, werden Betriebseinheiten der Höchstisikoklasse mit potenziell gefährlichen Chemikalien oder biologischem Material mindestens alle zwei Jahre risikobasiert inspiziert. Der ABC-Schutz berät Einsatzkräfte und Bevölkerung bei allfälligen Ereignissen mit gefährlichen Stoffen.

Das Institut für Rechtsmedizin bietet seinen Auftraggebern aus verschiedenen Bereichen der Rechtspflege ein umfassendes forensisch-medizinisches und naturwissenschaftlich-kriminalistisches Leistungsangebot. Im Vordergrund stehen Abklärungen im Zusammenhang mit aussergewöhnlichen Todesfällen, Untersuchungen und Befunddokumentationen bei Opfern von Körperverletzungsdelikten sowie forensisch-toxikologische Analysen auf Drogen, Alkohol und Medikamente bei verstorbenen Personen, bei in Körperverletzungsdelikten involvierten Personen und bei Strassenverkehrsteilnehmenden. Die forensischen DNA-Analysen ermöglichen mit hoher Sicherheit die Zuordnung von Spuren zu Tatverdächtigen und helfen gemeinsam mit den anderen Untersuchungsverfahren bei der Aufklärung von Straftaten. Die forensisch-chemischen Untersuchungen von Betäubungsmitteln geben Aufschluss über die Reinheit und den Wirkstoff-Gehalt von illegalen Drogen.

Das Veterinäramt sorgt dafür, dass Bevölkerung und Tiere auf dem Kantonsgebiet vor gefährlichen Tieren und anzeigepflichtigen Tierseuchen geschützt sind. Potenziell gefährliche Hunde werden besonders überwacht. Allfällige Hundebisse müssen gemeldet und deren Ursachen abgeklärt werden. Im weiteren Verlauf werden die nötigen Massnahmen getroffen. Die Fachstelle Tierschutz bildet eine wichtige Anlaufstelle für die Bevölkerung. Die Hauptaktivitäten bestehen in der Ausbildung, Beratung und Kontrolle privater Tierhaltungen, gewerbsmässiger Wildtierhaltungen, von Zoofachgeschäften und im Bereich der wissenschaftlichen Tierversuche. Die Fleischkontrolle des Kantons Basel-Stadt überwacht die Umsetzung der Tierschutz- und Tierseuchengesetzgebung bei Schlachttieren und die Einhaltung der lebensmittelrechtlichen und tierseuchenpolizeilichen Vorgaben für Fleisch und Schlachtabfälle im Schlachthof Basel-Stadt. Lebende Tiere (kommerzielle Sendungen) werden nur exportiert bzw. importiert, wenn sie vom Veterinäramt für gesund und reisetauglich befunden worden sind.

Die öffentlichen Zahnkliniken sind im Interesse der allgemeinen Gesundheit mit der sozialen Zahnpflege für Kinder und Erwachsene beauftragt.

Internet: www.gesundheitsschutz-bs.ch

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Anlagensicherheit und Konsumentenschutz	5.1 Gesundheitsschutz
Bewältigung von Katastrophen, ABC-Ereignissen und ausserordentlichen Lagen	5.1 Gesundheitsschutz
Kontrolle und Ueberwachung von Tieren und Tierprodukten	5.1 Gesundheitsschutz
Rechtsmedizinische Dienstleistungen	5.1 Gesundheitsschutz

Tätigkeiten und Projekte

eHealth Das Bestreben, durch die elektronische Vernetzung von Leistungserbringern, Versicherern und Versicherten die Patientensicherheit zu erhöhen, die Behandlungsqualität zu verbessern, Abläufe zu optimieren, Synergien zu schaffen und Doppelspurigkeiten zu vermeiden, hat zum Projekt eHealth (vormals Telemedizin) geführt. Das Projekt wird von den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft, vom Landkreis Lörrach, der Universität Basel und der Medgate AG getragen und konnte per 1. September 2006 gestartet werden. Ein Modellversuch des Kantons Basel-Stadt und des Landkreises Lörrach betreffend „elektronisches Patientendossier“ befindet sich in Planung. Im Rahmen der bundesrätlichen eHealth-Strategie Schweiz beteiligt sich der Kanton Basel-Stadt an dem seit

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	78.5	73.8	79.85	83.8	83.8
Vorfälle mit Hunden	Anz	176	217	289	200	200
Gutgeheissene Rekurse gg. Verfügungen des Veterinärarnates	Anz	0	0	0	0	0
Anteil geprüfter Lebensmittelbetriebe der Höchstrisikoklasse	%	100	100	100	100	100
Anzahl bearbeiteter Fälle im Institut für Rechtsmedizin	Anz	3'400	3'600	4'275	4'000	4'200
Zeitger. gelieferte Gutachten zu Drogen im Strassenverkehr	%	100	100	100	100	100

Kommentar

1 Betreffend Hundehaltung

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%
30 Personalaufwand	13'683.6	14'059.1	14'256.5	197.4	1.4
31 Sachaufwand	5'451.7	4'885.7	5'268.8	383.1	7.8
33 Abschreibungen Finanzvermögen	256.9	30.8	33.0	2.2	7.0
36 Eigene Beiträge	5.8	0.0	0.0	0.0	0.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	19'398.0	18'975.6	19'558.3	582.7	3.1
40 Steuern	-648.1	-630.0	-632.0	-2.0	-0.3
42 Vermögenserträge	-441.2	-440.0	-460.0	-20.0	-4.5
43 Entgelte	-7'078.5	-6'229.6	-6'708.0	-478.4	-7.7
46 Beiträge für eigene Rechnung	-316.3	-318.0	-326.2	-8.2	-2.6
4 Ertrag	-8'484.1	-7'617.6	-8'126.3	-508.7	-6.7
Ordentlicher Nettoaufwand	10'913.9	11'358.0	11'432.0	74.0	0.7
davon Produktgruppe(n):					
Anlagensicherheit und Konsumentenschutz	6'368.4	6'063.2	6'215.6	152.4	2.5
Katastrophenbewältigung/ABC- Ereignissen/ausserordentl. Lagen	2'099.0	2'051.3	2'051.3	0.0	0.0
Kontrolle und Ueberwachung von Tieren und Tierprodukten	642.5	732.7	775.4	42.7	5.8
Rechtsmedizinische Dienstleistungen	1'803.9	2'510.8	2'389.7	-121.1	-4.8
5 Ausgaben Investitionen	408.8	0.0	0.0	0.0	0.0
6 Einnahmen Investitionen	-5'146.2	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV (NIV)	-4'737.4	0.0	0.0	0.0	0.0

Kommentar

1 Aufgrund erhöhter Nachfrage im Bereich der DNA-Analysen müssen zusätzliche Analysesubstanzen im Umfang von ca. 0.3 Mio. Franken eingekauft werden. Diese Mehraufwendungen werden durch entsprechende Zusatzeinnahmen (siehe Konto 43) wieder kompensiert.

Anfang 2008 gestartet und auch im kommenden Jahr weitergeführten Teilprojekt „Modellversuche und Public Private Partnership“.

Überprüfen von Varianten der Zusammenarbeit der Kantonalen Laboratorien Basel-Stadt und Basel-Landschaft Die erarbeiteten Grundlagen und Varianten dienen der weiteren Beurteilung der Machbarkeit einer organisatorischen Zusammenführung der beiden Laboratorien im Futuro-Gebäude in Liestal oder einer optimierteren Zusammenarbeit der beiden Partnerlaboratorien.

Prävention Hundebisse Im Präventionskurs Kind & Hund, der sehr erfolgreich in sämtlichen Kindergärten des Kantons angeboten wird, lernen die Kinder elementare Regeln, wie sie sich in Alltags-

situationen gegenüber Hunden verhalten sollen, damit es nicht zu Bissverletzungen kommt.

Überwachung der Aus- und Weiterbildung der Tierhalterinnen und Tierhalter Gemäss der neuen eidgenössischen Tierschutzgesetzgebung müssen die Tierhaltenden die Bedürfnisse ihrer Tiere kennen und wissen, wie sie richtig zu halten sind. Von Landwirten, Tiertransporteuren und anderen Personen, die beruflich mit Tieren zu tun haben, von Liebhabern schwer zu haltender Wildtiere und von Hundehaltenden wird deshalb eine Ausbildung verlangt. Das Veterinäramt kann unter bestimmten Bedingungen zusätzliche Weiterbildungsmassnahmen anordnen und fehlbare Tierhalterinnen und Tierhalter zum Besuch von Ausbildungskursen verpflichten.

Erweiterung der rechtsmedizinischen Dienstleistungen Das Institut für Rechtsmedizin führt 2011 die Computertomographie als zusätzliche Methode in der forensischen Diagnostik ein. Eine forensische Indikation für die postmortale Computertomographie ist vor allem bei Verdacht auf ein Gewaltdelikt, bei tödlichen Verkehrsunfällen und anderen Traumata mit Mehrfachverletzungen insbesondere am Skelettsystem und am Schädel sowie bei der Untersuchung von Säuglingsleichen gegeben. In diesen Fällen liefert die moderne Bildgebung in Ergänzung zur Obduktion wichtige Zusatzinformationen für die Aufklärung der Todesursache und Rekonstruktion eines Tatgeschehens als Grundlage für die juristische Würdigung. Zudem ermöglicht sie eine anschauliche Dokumentation von Verletzungsbefunden, auf die von den Ermittlungsbehörden und Strafgerichten Wert gelegt wird.

Schlachthof

GD-709

Der Kanton Basel-Stadt ist Besitzer der Bau- und Arealsubstanz des Schlachthofes. Als privatrechtliche Aktiengesellschaft betreibt die Schlachtbetrieb Basel AG (SBA) den Schlachtbetrieb und ist Besitzerin der eingebauten schlachttechnischen Anlagen. Die Schlachthofverwaltung ist zuständig für den Unterhalt der Gebäude und der technischen Einrichtungen sowie für die Energiebewirtschaftung und deren Bereitstellung für alle Mieter auf dem Schlachthofareal.

Die amtliche Überwachung der Lebensmittel-, Tierseuchen- und Tierschutzgesetzgebung im Schlachthof wird durch die Fleischkontrollorgane des Veterinäramtes sichergestellt (siehe Gesundheitsschutz GD-706).

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Betrieb des Schlachthofes	5.1 Gesundheitsschutz

Tätigkeiten und Projekte

Fleisch- und Hygienekontrolle Das Veterinäramt ist organisatorisch verantwortlich für die hoheitlichen Aufgaben der Fleisch- und Hygienekontrolle. Sämtliche Schweineschlachttierkörper werden gemäss EU-Hygienerecht im Labor des Schlachthofes auf das Vorhandensein von Trichinellen untersucht. Im Rahmen eines nationalen Monitorings liefern die amtlichen Tierärzte des Schlachthofs umfangreiches Datenmaterial an den Bund. Im Vordergrund stehen dabei die Probeentnahmen zur Ermittlung zoonotischer Erkrankungen und tierspezifischer Seuchen.

Unterhalt Schlachthof Die Gebäude und Anlagen des Schlachthofs Basel-Stadt bestehen seit rund 40 Jahren. Zur Gewährleistung der Personen-, Lebensmittel- und Betriebssicherheit und der allgemeinen Hygieneanforderungen werden ständig Renovationen durchgeführt.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	6.0	5.7	4.73	3.8	2.8	¹
Schlachtmenge	t	50'174	53'257	54'550	51'000	51'000	
Kontrollierte Tiere	Anz	576'401	616'111	627'328	600'000	600'000	

Kommentar

- ¹ Die amtlichen Tierärzte der Fleischkontrolle sind organisatorisch dem Veterinäramt, welches Teil der Dienststelle 706 (Gesundheitsschutz) ist, direkt unterstellt.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10		
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2009	2010	2011	abs.	%	
30 Personalaufwand	479.4	424.5	423.0	-1.5	-0.4	
31 Sachaufwand	2'717.3	3'290.3	2'741.5	-548.8	-16.7	¹
32 Passivzinsen	775.4	749.7	702.6	-47.1	-6.3	
33 Abschreibungen Finanzvermögen	842.4	647.5	893.5	246.0	38.0	²
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	4'814.6	5'112.0	4'760.6	-351.5	-6.9	
42 Vermögenserträge	-77.7	-70.0	-75.0	-5.0	-7.1	
43 Entgelte	-4'737.0	-5'152.5	-4'788.6	363.9	7.1	³
4 Ertrag	-4'814.7	-5'222.5	-4'863.6	358.9	6.9	
Ordentlicher Nettoaufwand	-0.1	-110.5	-103.0	7.5	6.8	
davon Produktgruppe(n):						
Betrieb des Schlachthofes	-0.1	-110.5	-103.0	7.5	6.8	
6 Einnahmen Investitionen	-14'238.6	0.0	0.0	0.0	0.0	
Nettoinvestitionen VV (NIV)	-14'238.6	0.0	0.0	0.0	0.0	

Kommentar

- ¹ Aufgrund der beiden neu installierten Wärmerückgewinnungspumpen können ca. 25% der Energiekosten (ca. 0.45 Mio. Franken) zurückgewonnen resp. eingespart werden.
- ² Wegen der Umwidmung des Schlachthofareals vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen per 1. Januar 2009 fallen die Abschreibungen neu in Konto 33 an. Auf Ebene Laufende Rechnung fällt diese Änderung neutral aus.
- ³ Verbunden mit dem reduzierten Sachaufwand (Energieeinkauf) verringern sich entsprechend die Weiterverrechnungsmöglichkeiten.

Öffentliche Zahnkliniken

GD-720

Der Aufgabenbereich der öffentlichen Zahnkliniken umfasst die soziale Zahnpflege für Kinder, die im Kanton Basel-Stadt Wohnsitz haben, die regelmässige und unentgeltliche Durchführung von gruppenprophylaktischen Massnahmen (Instruktionen und Informationen über Zahnreinigung und Kariesprophylaxe) sowie eine sich daraus ergebende einmalige individuelle Beratung. Zum Leistungsspektrum der Schulzahnkliniken Basel und Riehen gehören weiter die jährliche kostenlose Kontrolle des Gebisses und die Behandlung der erkrankten Zähne gegen Entgelt gemäss UVG-Tarif. Bei entsprechendem Anspruch (in Analogie zur Verbilligung der Krankenkassenprämien) werden Reduktionen auf den Rechnungsbetrag gewährt.

Die Volkszahnklinik steht vorab allen nicht mehr schulpflichtigen Kantonseinwohnerinnen und -einwohnern mit Reduktionsberechtigung zur umfassenden zahnärztlichen Behandlung und Betreuung offen. Anspruch auf einen gestaffelt reduzierten Tarif gemäss Zahnpflegegesetz haben alle Personen, die in Basel-Stadt Beiträge zu den Krankenkassenprämien erhalten. Die übrigen Einwohnerinnen und Einwohner können sich in der Volkszahnklinik behandeln und betreuen lassen, soweit dies die Auslastung des Klinikbetriebs zulässt. Die Verrechnung der Leistungen erfolgt gemäss UVG-Tarif.

Die öffentlichen Zahnkliniken haben neben der Durchführung der sozialen Zahnpflege auch die Aufgabe, als Weiter- und Fortbildungsstätte für diplomierte Zahnärztinnen und Zahnärzte und weitere Berufsangehörige aus dem zahnmedizinischen Bereich zu wirken. Im Weiteren werden 15 Dental-Assistentinnen und eine Büroassistentin ausgebildet.

Internet: www.zahnkliniken.bs.ch

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Zahnmedizinische Betreuung	5.3 Gesundheitsversorgung

Tätigkeiten und Projekte

Die zahnmedizinische Betreuung beinhaltet Leistungen für die zahnmedizinische Prophylaxe und die Behandlung.

Zahnmedizinische Prophylaxe Im Bereich der zahnmedizinischen Prophylaxe wird der Eindämmung der Kleinkinder-Karies weiterhin hohe Priorität eingeräumt. So wird die Kooperation für die Früh-Prophylaxe nicht nur innerhalb des Gesundheits- und des Erziehungsdepartements vorangetrieben, sondern auch mit den lokalen Zahnärztesgesellschaften und den Kinderärztinnen und Kinderärzten vertieft. Neu wird mit einem Fluoridlack der Schutz der neu durchbrechenden Zähne (mit noch nicht ausgereiften Zahnschmelz) vor Zerstörung gestärkt. Somit sind später oft die bisher durchgeführten Fissurenversiegelungen nicht mehr notwendig.

Zahnmedizinische Behandlung Die zahnmedizinischen Behandlungskriterien richten sich nach dem Leistungsstandard der Schweizerischen Zahnärztesgesellschaft sowie den Behandlungsempfehlungen der Vereinigung der Kantonszahnärzte und Kantonszahnärztinnen der Schweiz für die soziale Zahnmedizin. Sie erhalten die Kaufähigkeit mit wirksamen, zweckmässigen und wirtschaftlichen Therapiemassnahmen. Eine ausreichende Mundhygiene muss während 18 Monaten positiv beurteilt werden, bevor grössere Sanierungen oder kieferorthopädische Massnahmen durchgeführt werden.

Kooperation in der Zahnmedizin mit der Universität Basel Der Aufbau eines zahnmedizinischen Dienstleistungszentrums wird geprüft, nachdem die Universität ihre Vorstellungen über die Weiterführung der Zahnmedizin konkretisiert hat. Im Vordergrund steht die Nutzung von Synergien durch eine mögliche Zusammenführung der universitären Zahnkliniken Basel mit den Öffentlichen Zahnkliniken des Kantons Basel-Stadt an einem Standort. Prioritär wird nach einem geeigneten Standort gesucht. Detailregelungen sind zu einem späteren Zeitpunkt analog der Humanmedizin durch Leistungsvereinbarungen vorzunehmen.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	93.3	95.2	94.16	95.0	95.0
Anteil Kinder mit Empfehlung Kariesbehandlung MZ/bleib.Z	%	14.14	13.58	14.35	14.00	14.00
Prozentuale Veränderung Kariesindex im Vergleich zum Vorjahr	%	0.0	-11.0	4.4	0.0	0.0
Anteil Garantieleistungen (zahnärztliche Leistungsqualität)	%	0.93	0.88	0.71	1.0	1.0

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2009	2010	2011	abs.	%
30 Personalaufwand	11'852.0	12'679.0	12'328.7	-350.3	-2.8 ¹
31 Sachaufwand	2'441.3	2'311.0	2'463.7	152.7	6.6 ²
33 Abschreibungen Finanzvermögen	92.7	44.5	56.9	12.4	27.8
36 Eigene Beiträge	2'938.2	2'700.0	2'654.1	-45.9	-1.7
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	17'324.3	17'734.5	17'503.3	-231.2	-1.3
42 Vermögenserträge	-1.0	-0.6	-1.0	-0.4	-66.7
43 Entgelte	-11'747.1	-12'184.9	-11'919.3	265.6	2.2 ³
4 Ertrag	-11'748.2	-12'185.5	-11'920.3	265.2	2.2
Ordentlicher Nettoaufwand	5'576.1	5'549.0	5'583.0	34.0	0.6
davon Produktgruppe(n):					
Zahnmedizinische Betreuung	5'576.1	5'549.0	5'583.0	34.0	0.6
5 Ausgaben Investitionen	605.6	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV (NIV)	605.6	0.0	0.0	0.0	0.0

Kommentar

- 1 Die Budgetreduktion beim Personalaufwand um 0.35 Mio. Franken ist auf eine Vakanz im Bereich der Zahntechnik zurückzuführen. Darüber hinaus sind drei Assistenz Zahnarztstellen noch nicht ersetzt worden.
- 2 Anstehende Kleininvestitionen (+ 0.1 Mio. Franken) und die Weiterverrechnung zentraler Dienstleistungen, welche bis anhin lediglich in der Kostenträgerrechnung als Umlagen auftauchten (+ 0.1 Mio. Franken), führen zu höheren Sachkosten, die teilweise wieder kompensiert werden können.
- 3 Verbunden mit dem geringeren Personalbestand reduzieren sich auch die Einnahmen. Die Herabsetzung des Budgetwertes um 0.27 Mio. Franken erfolgt in Anlehnung an das im Jahr 2009 erzielte Ergebnis, welches mit einem bereits reduzierten Personalbestand erzielt wurde.

Gesundheitsversorgung

GD-730

Der Bereich Gesundheitsversorgung ist verantwortlich für die Sicherstellung der Spitalversorgung sowie für die Gewährleistung der Pflege und Betreuung von Betagten in Heimen oder durch Spitex-Einrichtungen. Der Bereich Gesundheitsversorgung umfasst vier Abteilungen:

Die Abteilung Langzeitpflege koordiniert und beaufsichtigt die Anbieter von Pflege-, Hilfs- und Spitexangeboten für Betagte im Kanton Basel-Stadt und ist für die Vermittlung von Pflegeplätzen im Kanton Basel-Stadt zuständig.

Die Abteilung Leistungseinkauf und Planung stellt eine hochstehende und bedarfsgerechte medizinische Versorgung der baselstädtischen Bevölkerung im stationären Bereich mittels Spitalliste und Leistungsaufträgen sicher. Daneben führt die Abteilung die Tarifgenehmigungs- und Festsetzungsverfahren nach Krankenversicherungsgesetzgebung (KVG) durch.

Die Abteilung Projekte und Services leitet und unterstützt die Umsetzung von Schlüsselprojekten im Gesundheitswesen. Sie deckt die Querschnittsfunktionen des Bereichs (Finanzen, Recht, Sekretariat) ab.

Die Abteilung Medizinisches Controlling baut im Hinblick auf die Einführung der diagnosebezogenen Fallpauschalen (Swiss DRG) ein strukturiertes medizinisches Controlling der stationären Versorgung im Kanton Basel-Stadt auf. Ziel ist die Überprüfung der Leistungsaufträge der öffentlichen und privaten Spitäler auf eine bedarfsgerechte medizinische Versorgung der Bevölkerung. Diese Abteilung wird im Jahr 2011 aufgebaut.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Bedarfs-, kosten- und qualitätsgerechte Langzeitpflege	5.3 Gesundheitsversorgung
Medizinische Versorgung Leistungseinkauf	5.3 Gesundheitsversorgung

Tätigkeiten und Projekte

Gesundheitsversorgungsbericht Durch die Einführung der neuen Pflegefinanzierung (2011) und der neuen Spitalfinanzierung (2012) ändern sich Strukturen, Abläufe und Finanzierungsmechanismen zum Teil grundlegend. Damit in der immer komplexeren Materie weiterhin eine umfassende Information von Parlament und Öffentlichkeit garantiert ist, wird als neues Berichtsinstrument ein „Gesundheitsversorgungsbericht über Spitäler, Pflegeheime, Tagespflegeheime und Spitex Einrichtungen im Kantons Basel-Stadt“ erarbeitet.

Fallpauschalen in den Privatspitälern für akut-somatische Behandlungen Die Einführung von diagnosebezogenen Fallkostenpauschalen nach dem Modell SwissDRG ist per 1. Januar 2012 vorgesehen. Um Erfahrungen mit einem Fallpauschalen-System sammeln zu können, wurde mit den Privatspitälern vereinbart, dass der Kantonsanteil bereits für die Jahre 2010 und 2011 nach dem APDRG-System (All Patient Diagnosis Related Groups) abgerechnet wird. Erste Ergebnisse und Erkenntnisse sollten im Laufe des Jahres 2011 vorliegen.

Betriebsaufnahme des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) am neuen Standort Die Betriebsaufnahme des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) am neuen Standort ist auf Ende Januar 2011 geplant. Damit geht eine zwölfjährige Zwischenlösung an zwei Standorten zu Ende.

Qualitätsmonitoring in den Spitälern des Kantons Basel-Stadt Um die Qualitätssicherung der medizinischen Versorgung im Kanton zu gewährleisten, werden die Qualitätssicherungsbestrebungen auf Bundesebene, welche das Bundesamt für Gesundheit (BAG) und der Nationale Verein für Qualitätssicherung in Spitälern und Kliniken (ANQ) vorgeben, durch die vom Gesundheitsdepartement geleitete Fachgruppe Qualität koordiniert und umgesetzt. Im Jahr 2011 sollen unter anderem die Messungen zur Rehospitalisationsrate, der Reoperationsrate und der postoperativen Wundinfekte durchgeführt werden.

Bedarfsplanung und Anpassung Spitalliste Das revidierte Krankenversicherungsgesetz (KVG) sieht vor, dass die Kantone ab dem 1. Januar 2012 bei sämtlichen Spitälern, welche auf der kantonalen Spitalliste aufgeführt sind, einen Anteil von mindestens 55% der vereinbarten Spitaltarife für die

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	15.5	16.25	19.8	22.9	25.9	¹
Stationäre Fälle Privatspitäler	Anz	5'957	6'245	6'607	7'000	7'300	²
Pflegetage Zusatzversicherte mit Kantonsbeitrag	Anz	90'351	95'965	94'239	93'500	92'500	
Durchschnittliche Wartezeit für Eintritt in Pflegeheime	Tg	77	88	64	75	80	

Kommentar

- ¹ Für den Aufbau eines Medizincontrollings und zur Umsetzung der Pflegefinanzierung werden ab 2011 drei Stellen zusätzlich eingesetzt.
- ² Es handelt sich um innerkantonale Patientinnen und Patienten in der allgemeine Abteilung.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10		
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%	
30 Personalaufwand	2'644.8	3'277.9	3'742.9	464.9	14.2	¹
31 Sachaufwand	532.0	1'171.8	1'087.7	-84.1	-7.2	
36 Eigene Beiträge	182'248.8	185'405.5	192'669.5	7'264.0	3.9	²
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	185'425.6	189'855.2	197'500.0	7'644.8	4.0	
43 Entgelte	-101.4	-31.2	-35.0	-3.8	-12.2	
4 Ertrag	-101.4	-31.2	-35.0	-3.8	-12.2	
Ordentlicher Nettoaufwand	185'324.1	189'824.0	197'465.0	7'641.0	4.0	
davon Produktgruppe(n):						
Bedarfs-, kosten- und qualitätsgerechte Langzeitpflege	99'065.4	101'152.9	104'947.0	3'794.1	3.8	
Medizinische Versorgung Leistungseinkauf	86'258.7	88'671.1	92'518.0	3'846.9	4.3	

Kommentar

- ¹ Für den Aufbau eines medizinischen Controllings und zur Umsetzung der neuen Pflegefinanzierung wurden zusätzliche Stellen eingeplant.
- ² Es wird mit Mehrkosten bei der neuen Pflegefinanzierung und den Sockelbeiträgen für Zusatzversicherte gerechnet, es handelt sich hierbei um nicht beeinflussbare Einzelposten.

Kantonseinwohner bezahlen müssen. Vor diesem Hintergrund wird eine Bedarfsanalyse im Rahmen des Projektes „Versorgungsplanung der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn“ der bestehenden stationären Angebote durchgeführt. Die Bedarfsanalyse soll die Grundlage zur Bedarfsplanung mit entsprechender Anpassung der Spitalliste bilden. Die Gespräche mit den betroffenen Leistungserbringern und die Anpassung der Spitalliste sollten bis Mitte 2011 durchgeführt sein.

Ausbau der Pflegeangebote Aufgrund der demographischen Entwicklung wie auch im Hinblick auf die Einführung der neuen Spitalfinanzierung müssen die Kapazitäten der Langzeitpflege (Pflegeheime, Tagespflegeheime, Spitex-Anbieter) bedarfsgerecht weiter ausgebaut werden. Mittels Sanierung bzw. Ersatz bestehender Pflegeheime ist die Infrastruktur an geltende Standards anzupassen und der Anteil nicht mehr zeitgemässer Mehrbettzimmer zu reduzieren.

Umsetzung der neuen Pflegefinanzierung Das Bundesgesetz über die Neuordnung der Pflegefinanzierung ist auf kantonaler Ebene umzusetzen. Dies bedingt eine Anpassung sämtlicher Verträge (Spitex, Tagespflegeheime, Pflegeheime).

Aufsicht und Qualitätssicherung bei Spitex-Anbietern Mit der Umsetzung der neuen Pflegefinanzierung wird die Wettbewerbsposition der rund 60 nicht subventionierten Spitex-Anbieter im Kanton Basel-Stadt gestärkt. Die Aufsichtstätigkeit und die Qualitätsprüfung für diese muss in grösserem Umfang wahrgenommen werden.

Universitätsspital Basel

GD-731

Das Universitätsspital Basel (USB) sichert die medizinische Grundversorgung im Kanton Basel-Stadt, fungiert als Zentrumsspital für die Nordwestschweiz und in spezifischen Kooperationsfeldern auch des benachbarten Auslandes und profiliert sich als Universitätsspital gleichzeitig in der Spitzenmedizin. Das USB, eines der fünf grössten Gesundheitszentren der Schweiz, ist somit Stadt-, Zentrums- und Universitätsspital und bündelt die medizinischen Disziplinen unter einem Dach. Moderne technische Infrastruktur und ein durchdachtes interdisziplinäres Vorgehen sorgen dafür, dass das Wohl der Patientinnen und Patienten im Zentrum aller Bemühungen stehen.

Das USB ist ein medizinisches Kompetenz-, Hochtechnologie- und Wissenszentrum mit internationaler Ausstrahlung. Die enge Zusammenarbeit mit der Universität Basel und den global führenden Pharma- und Life-Science-Unternehmen sind Komponenten, welche das universitär-medizinische Angebot auf hohem Niveau garantieren, was sich in führenden renommierten internationalen Rankings widerspiegelt. Das USB ist aber auch ein Wirtschaftsfaktor mit hoher Wertschöpfung und gehört zu den grössten und wichtigsten Arbeitgebern der Region.

Der Auftrag des Universitätsspitals ist dreigeteilt und umfasst medizinische Dienstleistung, Lehre und Forschung: Die medizinische Dienstleistung beinhaltet die Untersuchung, medizinische Behandlung, Pflege und Nachsorge von Patientinnen und Patienten. Die Lehre dient der Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten. Zudem erfolgt die Aus- und Weiterbildung in pflegerischen, technischen und therapeutischen Berufen. Die medizinische Forschung strebt nach der wissenschaftlichen Lösung patientinnen- und patientenorientierter Probleme.

Internet: www.unispital-basel.ch

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Medizinische Versorgung USB	5.3 Gesundheitsversorgung
Lehre und Forschung USB	5.4 Klinische Lehre und Forschung

Tätigkeiten und Projekte

Kooperationsprojekt mit dem Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB) Im Januar 2011 wird der Neubau des UKBB eröffnet. Die angestrebten Synergieeffekte, die für die ausgedehnte Kooperation zwischen dem USB und dem UKBB ausschlaggebend waren, können in folgenden Feldern erwartet werden: Küche/Patientenverpflegung/Cafeteria, Personalverpflegung, Sterilisation, Entsorgung, Technischer Dienst/Immobilienunterhalt, Investitionen/Beschaffungen von Anlagen, Lieferung Med. Gase, Benutzung und Unterhalt von Transportanlagen, Nutzung Gehkanal, Hörsäle, Einkauf Verbrauchsmaterial, Ver- und Entsorgung Wäsche, Post, Fotolabor, Betriebssicherheit, Informatik, Labor, Apotheke und Radiologie. Nachdem fast alle Verträge mit dem UKBB erarbeitet worden sind, definieren nun die verschiedenen Abteilungen der beiden Spitäler – wo immer möglich gemeinsam – die Prozesse und die Form der Zusammenarbeit.

Vorbereitung der Einführung von Fallkostenpauschalen (DRG) Das USB bereitet sich intensiv auf die ab 2012 schweizweit obligatorische Abrechnung der stationären Fälle mit Fallkostenpauschalen (SwissDRG) vor. Seit 2010 werden bereits Teile des Zusatzversicherungsbereichs nach DRG-Systematik abgerechnet. Mit der Schaffung einer Abteilung Medizincontrolling erhielten erfolgskritische DRG-spezifische Aufgabenbereiche eine klare organisatorische Zuordnung. Die klinischen Fachabteilungen des USB haben ärztliche DRG-Beauftragte definiert, welche als interne DRG-Experten fungieren und dem Management als Ansprechpartner dienen. Schliesslich werden Informations- und Schulungsmassnahmen rund um SwissDRG weiter ausgebaut und fortlaufend an die Bedürfnisse der Adressaten angepasst.

Angebotsstrategie des USB Die anstehende neue Spitalfinanzierung erzeugt eine veränderte Wettbewerbssituation, welcher das USB aktiv begegnen will. Deshalb hat sich die Spitalleitung des USB bereits 2009 entschieden, ihr medizinisches Angebot systematisch zu überprüfen. Die Resultate, welche im Januar 2010 vorlagen, werden nun weiter vertieft und mit strukturelevanten Vorschlägen ergänzt. Mit der Analyse und den vorgeschlagenen Massnahmen will die Spitalleitung nachhaltig und gezielt den Erfolg und die Marktposition des USB sichern und ausbauen.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	3'415.2	3'469.0	3'489.0	3'500.0	3'591.0	¹
Austritte stationäre Patient/-innen	Anz	26'802	27'400	30'205	30'300	30'500	
Pflegetage	Anz	225'611	228'377	238'517	228'000	230'000	
Ambulante Taxpunkte errechnet	Anz	147.1	159.6	162.8	164.0	165.0	²
Häufigkeit spinalerworbener Infektionen	%	10.8	13.7	16.4	13.5	<12.0	
Mortalitätsrate	%	2.09	1.98	2.2			³

Kommentar

¹ Es wurden für die strategische Positionierung, zusätzliche Ordinarien, das leitende Notarztsystem sowie die Verstärkung des Notfallbereichs ab 2011 48 zusätzliche Stellen bewilligt. Die weiteren Stellen waren bereits für 2010 bewilligt, departementsintern aber noch nicht freigegeben worden.

² in Mio.

³ Eine Prognose ist nicht möglich. Detailangaben sind auf www.unispital-basel.ch verfügbar.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10		
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%	
30 Personalaufwand	489'007.7	485'753.0	500'483.0	14'730.0	3.0	¹
31 Sachaufwand	262'652.0	263'367.0	280'791.0	17'424.0	6.6	²
32 Passivzinsen	83.8	76.0	76.0	0.0	0.0	
33 Abschreibungen Finanzvermögen	1'026.3	1'289.0	1'300.0	11.0	0.9	
36 Eigene Beiträge	118.7	0.0	0.0	0.0	0.0	
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	752'888.5	750'485.0	782'650.0	32'165.0	4.3	
42 Vermögenserträge	-1'312.4	-1'435.0	-1'674.0	-239.0	-16.7	
43 Entgelte	-515'931.2	-517'563.0	-555'954.0	-38'391.0	-7.4	³
46 Beiträge für eigene Rechnung	-55'605.4	-56'064.0	-54'500.0	1'564.0	2.8	⁴
4 Ertrag	-572'849.0	-575'062.0	-612'128.0	-37'066.0	-6.4	
Ordentlicher Nettoaufwand	180'039.5	175'423.0	170'522.0	-4'901.0	-2.8	
davon Produktgruppe(n):						
Medizinische Versorgung USB	124'903.1	121'123.7	109'938.5	-11'185.2	-9.2	
Lehre und Forschung USB	55'136.4	54'299.3	60'583.5	6'284.2	11.6	
5 Ausgaben Investitionen	26'295.1	0.0	0.0	0.0	0.0	
6 Einnahmen Investitionen	-165.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Nettoinvestitionen VV (NIV)	26'130.1	0.0	0.0	0.0	0.0	

Kommentar

¹ Der budgetierte Zuwachs gegenüber dem Vorjahr beträgt 14.7 Mio. Franken bzw. 3%. Der Zuwachs hat verschiedene Gründe. Die Übernahme von neuen Aufgaben für das Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB) erfordert einen Stellenaufbau, der im Rahmen der Kooperation zwischen den beiden Spitälern finanziert wird. Eine moderate Verstärkung der klinischen Lehre und Forschung über Neuberufungen (sieben Stellen) führt ebenfalls zu einer Erhöhung des Personalaufwands. Auch hier wird der Zuwachs über das Abkommen mit der Universität finanziert. Etwas mehr als die Hälfte des Zuwachses (rund 65 Stellen) wird für die Verbesserung der DRG-bezogenen Marktpositionierung des USB im gesamtschweizerischen Wettbewerb verwendet, um die Ausgangslage für die DRG-finanzierte Leistungsabteilung im Rahmen der neuen Spitalfinanzierung optimal zu gestalten. Rund 40 Stellen davon waren bereits 2010 bewilligt worden, aber departementsintern noch nicht freigegeben worden. Ebenfalls bewilligt wurden zwölf Stellen für die Verstärkung des Notfallbereichs sowie vier weitere Stellen für das ambulante Notarzt-System.

² Der Sachaufwand nimmt gegenüber dem Budget 2010 um 17.4 Mio. Franken zu. Die Verbrauchsmaterialien, die den medizinischen Sachbedarf und weitere spitalspezifische Positionen umfassen, müssen aufgrund des medizinisch-technischen Fortschritts und des Volumenwachstums angepasst werden (+5%). Neue, hochwirksame, aber sehr teure Medikamente werden weiterhin auf den Markt kommen und eingesetzt werden. Im Weiteren musste eine Anpassung an das reale Volumen der vergangenen Jahre insbesondere im Bereich des Unterhalts vorgenommen werden. Sowohl der Maschinenpark im medizinisch-technischen Bereich als auch die Informatikanlagen und -applikationen erfordern einen höheren Mitteleinsatz.

- 3 Der budgetierte Ertrag steigt markant. Aus der Zusammenarbeit mit dem UKBB wird ein Zusatzertrag von rund 12 Mio. Franken erwartet. Er basiert auf Leistungsvereinbarungen im Rahmen der Kooperation, die eine Kostenerstattung für die erbrachten Leistungen vorsehen. Eine Zunahme der Anzahl Behandlungen im stationären Bereich trägt zum Ertragswachstum bei. Schliesslich wird bereits auf die DRG-Finanzierung für stationäre Behandlungen für zusatzversicherte Patientinnen und Patienten umgestellt, was zu einer höheren, leistungsorientierteren Abgeltung führt. Auf der anderen Seite wird der Ertrag für ambulante Behandlungen aufgrund des tieferen Taxpunktwertes nicht vollständig mit Volumenerhöhungen kompensiert werden können.
 - 4 Die klinische Lehre und Forschung wird durch die Universität beider Basel finanziert. Aufgrund der neuen Leistungsvereinbarung mit der Universität für die Periode 2010 bis 2013 und musste der Ertrag nach unten angepasst werden.
-

Felix Platter-Spital

GD-733

Der Auftrag des Felix Platter-Spitals (FPS) umfasst im Wesentlichen drei Bereiche: die Akutgeriatrie und Rehabilitation, die Rheumatologische Universitätsklinik sowie die Aus-, Weiter- und Fortbildung für medizinisches, pflegerisches und therapeutisches Personal. Die medizinischen Bereiche beinhalten umfassende Diagnostikeinrichtungen und breit gefächerte Therapieangebote, welche enge Beziehungen zum Universitätsspital Basel unterhalten. Kernstück des Versorgungsangebotes ist die durchgehende Behandlungskette von der Akutklinik über die Rehabilitation in den spezialisierten Abteilungen bis zum Austritt nach Hause. Die Akutgeriatrie und Rehabilitation des Felix Platter-Spitals bildet dabei das Zentrum der geriatrischen Behandlungskette und ist spezialisiert auf sämtliche altersmedizinischen Fragen. Die stationäre Versorgung wird durch teilstationäre und ambulante Angebote ergänzt. Auch die orthopädische Frührehabilitation ist Bestandteil einer durchgehenden Behandlungskette. Hier werden die Patienten vom Eintritt ins Universitätsspital Basel bis zur Entlassung aus dem Felix Platter-Spital von einem gemeinsamen Ärzteteam betreut. Die Rheumatologische Universitätsklinik ist das universitäre Zentrum für Diagnostik und Behandlung aller rheumatologischen Erkrankungen. Im Bereich der Aus- und Weiterbildung nimmt das Felix Platter-Spital vor eine zentrale Stellung ein.

Internet: www.felixplatterspital.ch

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Medizinische Versorgung FPS	5.3 Gesundheitsversorgung
Lehre und Forschung FPS	5.4 Klinische Lehre und Forschung

Tätigkeiten und Projekte

Aufrechterhaltung der Gebrauchstauglichkeit der Spitalgebäude Die Projektierung für die notwendigen Instandhaltungs- und Instandsetzungsmassnahmen für das FPS-Gebäude konnten termingerecht per Ende 2008 abgeschlossen werden. Anfangs 2009 wurde ein Kredit von 24 Mio. Franken (ursprünglich waren lediglich 18 Mio. Franken geplant) für die Sanierungsarbeiten freigegeben. Im März 2009 begannen die Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten. Diese dauern bis im Sommer 2011 und laufen parallel zum Vollbetrieb des FPS. Mit baulichen Provisorien können die Unannehmlichkeiten für die Patientinnen und Patienten sowie für das Personal in Grenzen gehalten werden. Bislang stimmt der Terminplan, da die ersten vier Bauetappen (von insgesamt 13) wie geplant abgeschlossen werden konnten.

Gemeinsames Zentrum für Akutgeriatrie und Rehabilitation (ZAR) Im Mai 2009 konnte das Wettbewerbsverfahren für ein Zentrum für Akutgeriatrie und Rehabilitation auf dem Areal des Bruderholzspitals termingerecht abgeschlossen werden. Das Architektenbüro Aeschlimann Prêtre Hasler (APH) hat sich gegen drei weitere Mitbewerber durchgesetzt. Nahezu zeitgleich wurde auch die Projektierungskreditvorlage für das ZAR durch die beiden Parlamente verabschiedet. Bis Ende 2009 waren der Nutzerausschuss und die Projektleitung vor allem damit beschäftigt, das Raum- und Funktionsprogramm weiter zu konkretisieren und zu verfeinern. Das Architektenbüro setzte in der zweiten Jahreshälfte die räumlichen Anforderungen des Betriebes so weit als möglich, unter Berücksichtigung der geltenden Rahmendbedingungen, um. Das Vorprojekt wird im Jahre 2010 abgeschlossen und bildet die Grundlage für die Erarbeitung der Baukreditvorlage (Ausführungskredit).

Angebotsbereinigungen im Hinblick auf die Zukunft Ab 1. Januar 2011 tritt die neue, auf Bundesebene beschlossene Pflegefinanzierung einerseits und ab 1. Januar 2012 die Spitalfinanzierung andererseits in Kraft. Somit müssen für Leistungen, welche nicht mehr in den engeren Leistungsauftrag des Felix Platter-Spitals gehören, bereits heute organisatorische und räumliche Nachfolgelösungen gesucht und gefunden werden.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	577.1	584.0	586.6	560.1	567.1	1
Austritte stationäre Patienten/-innen	Anz	2'947	2'944	3'072	3'050	3'090	
Pflegetage	Anz	120'773	124'894	119'029	113'515	113'150	
ambulante Taxpunkte (in Mio.)	Anz	5.1	5.1	5.2	4.1	4.1	2
Patientenzufriedenheit	%	83.2			83.2		3
Häufigkeit spitalerworbener Infektionen	%	7.2	6.0	6.0			4

Kommentar

- 1 Für die Betreuung Lernender werden vier, für das Rechnungswesen und die Codierung sowie die elektronische Pflegedokumentation weitere 3.5 Stellen eingesetzt.
- 2 Am 1. Januar 2010 wurde das Immunologische Labor in die Labormedizin des Universitätsspitals Basel integriert.
- 3 2011 wurde diese Kennzahl nicht erhoben.
- 4 Es ist keine Prognose der Prävalenz möglich.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2009	2010	2011	abs.	%
30 Personalaufwand	72'993.4	69'748.7	70'249.7	501.0	0.7
31 Sachaufwand	24'011.8	23'062.2	23'598.1	535.9	2.3
33 Abschreibungen Finanzvermögen	217.4	38.5	35.0	-3.5	-9.1
36 Eigene Beiträge	42.6	58.0	57.2	-0.8	-1.4
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	97'265.2	92'907.4	93'940.0	1'032.5	1.1
42 Vermögenserträge	-148.9	-173.0	-481.2	-308.2	-178.2
43 Entgelte	-54'967.2	-50'945.5	-52'552.1	-1'606.5	-3.2
46 Beiträge für eigene Rechnung	-2'684.2	-607.9	-1'144.7	-536.8	-88.3
4 Ertrag	-57'800.3	-51'726.4	-54'178.0	-2'451.5	-4.7
Ordentlicher Nettoaufwand	39'464.9	41'181.0	39'762.0	-1'419.0	-3.4
davon Produktgruppe(n):					
Medizinische Versorgung FPS	38'992.6	40'685.9	39'280.2	-1'405.7	-3.5
Lehre und Forschung FPS	472.2	495.1	481.8	-13.3	-2.7
5 Ausgaben Investitionen	3'351.1	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV (NIV)	3'351.1	0.0	0.0	0.0	0.0

Kommentar

- 1 Durch den steigenden Anteil an zusatzversicherten Patientinnen und Patienten in der Geriatrie können höhere Erträge aus medizinischen, pflegerischen, therapeutischen und diagnostischen Leistungen erzielt werden. Durch die Zunahme ambulanter, medikamentöser Infusionstherapien steigen Aufwand und Ertrag für den medizinischen Bedarf, insbesondere für Medikamente.
- 2 Ab 2011 wird der Kantonsbeitrag an das Tagespflegeheim über einen Leistungsauftrag des Bereiches Gesundheitsversorgung mit Pauschalabgeltung ausgerichtet.

Universitäre Psychiatrische Kliniken

GD-735

Die Universitären Psychiatrischen Kliniken (UPK) übernehmen Aufgaben in der psychiatrischen Versorgung, in der universitären Lehre und Forschung sowie in der Aus-, Weiter- und Fortbildung sowohl intern als auch extern. Sie gewährleisten ihren Patientinnen und Patienten ein modernes Angebot an Diagnostik, Behandlung und Pflege. Die UPK sind zuständig für die stationäre, teilstationäre und ambulante psychiatrische Versorgung von Erwachsenen (Psychiatrische Klinik, PK) sowie von Kindern und Jugendlichen (Kinder- und Jugendpsychiatrische Klinik, KJPk) in der Region Basel.

Die UPK bieten allen Patientinnen und Patienten, die sich in ihren Kliniken aufhalten, eine für sie angemessene medizinisch-pflegerische Behandlung sowie eine angenehme Umgebung. Ausser der Grundversorgung bieten die UPK umfassende und hoch spezialisierte Dienstleistungen an: Spitzenmedizin im Sinne der Behandlung von komplexen Krankheitsbildern sowie im Angebot von Methoden. Aktuelle Erkenntnisse aus der klinischen psychiatrisch-psychotherapeutischen Forschung werden in die Behandlung der Patientinnen und Patienten einbezogen. Erkrankte Erwachsene und Kinder sollen, wenn immer möglich, wieder nach Hause in ihr gewohntes Umfeld zurückkehren. Denn der Einbezug des sozialen Umfelds ist für die Rehabilitation entscheidend. Eine zeitgemässe psychiatrische Versorgung umfasst auch moderne und nach anerkannten Standards eingerichtete Pflegeabteilungen.

In der Forensisch Psychiatrischen Klinik (FPK) der UPK werden Straftäter mit schweren psychiatrischen Erkrankungen jeden Alters behandelt. Die FPK ist ein Zentrum der hochspezialisierten psychiatrischen Spitzenmedizin mit internationaler Ausstrahlung.

Die KJPk widmet sich der psychiatrischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen im Alter zwischen 0 und 18 Jahren. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, steht ein Behandlungsteam, bestehend aus zahlreichen Fachleuten aus den Gebieten der Kinder- und Jugendpsychiatrie, -psychotherapie und -psychologie, der Kinderkranken- und Psychiatriepflege, der Sozial- und Heilpädagogik sowie der Sozialarbeit und der Psychomotorik, zur Verfügung.

Die UPK sind auch Ausbildungsstätten für Berufe im medizinischen, paramedizinischen und pflegerischen Bereich. Ärztinnen und Ärzte, dipl. Pflegefachpersonal, Fachangestellte Gesundheit, klinische Psychologen und Ergotherapeuten absolvieren ihre Ausbildung im Rahmen ihrer Tätigkeit an den UPK. In der Ausbildung der künftigen Ärztinnen und Ärzte arbeiten die Kliniken eng mit der Medizinischen Fakultät der Universität Basel zusammen. In den UPK können Ärztinnen und Ärzte ihre FMH-Fachausbildung in Psychiatrie und Psychotherapie absolvieren.

Internet: www.upkbs.ch

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Medizinische Versorgung UPK	5.3 Gesundheitsversorgung
Lehre und Forschung UPK	5.4 Klinische Lehre und Forschung

Tätigkeiten und Projekte

Positionierung der Forensischen Abteilung als schweizweites Kompetenzzentrum Die Forensische Abteilung der UPK hat sich als überregionales Kompetenzzentrum für die forensisch-psychiatrische Begutachtung von psychisch schwerstkranken Straftätern etabliert. Das aktuelle Angebot kann die Nachfrage aus der ganzen Schweiz für diese hochspezialisierte Dienstleistung allerdings nicht mehr auffangen, weshalb längere Wartelisten bestehen. Mit einem Ausbau der Infrastruktur und des stationären Angebots der forensischen Abteilung (inkl. zugehöriges Personal) für stationäre jugendforensische Patienten soll das überregionale Kompetenzzentrum schweizweit weiter positioniert und dem Ruf nach Schaffung zusätzlicher Therapieangebote von Seiten der Behörden und Gerichte Rechnung getragen werden. Hierfür wird 2011 eine stationäre Abteilung für Jugendforensik eröffnet. Diese war zunächst für 2010 geplant. Auf Grund von Verzögerungen im Aufbau der baulichen Infrastruktur kann die jugendforensische Abteilung erst im Jahr 2011 eröffnet werden.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	575.9	589.7	616.0	668.0	697.0	¹
Austritte stationärer Patient/-innen	Anz	2'484	2'666	2'707	2'900	3'100	
Pflegetage	Anz	93'221	98'281	100'210	100'000	102'000	
ambulante Taxpunkte errechnet in Mio.	Anz	3.7	3.9	4.2	6.3	6.5	
Patientenzufriedenheit	%		72.8		74.0		²

Kommentar

- 1 In den Vollzeitstellen sind jene der Psychiatrischen Universitätspoliklinik enthalten, welche mit den UPK per 1. Januar 2010 zusammengeführt wurde.
- 2 Die Befragung erfolgt alle zwei Jahre.

Finanzen

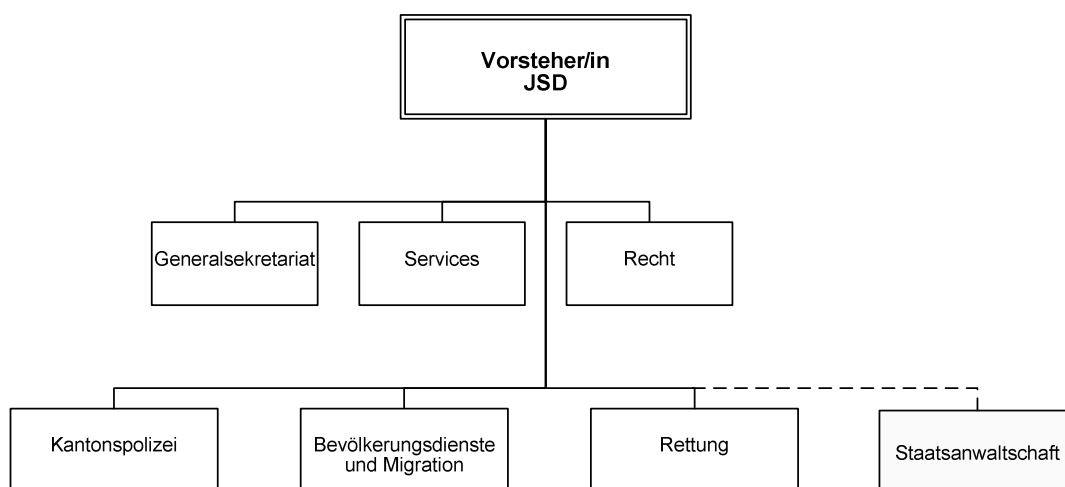
in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10		
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2009	2010	2011	abs.	%	
30 Personalaufwand	81'240.3	94'040.2	97'479.8	3'439.6	3.7	¹
31 Sachaufwand	29'267.1	28'420.5	29'242.6	822.2	2.9	
33 Abschreibungen Finanzvermögen	102.4	120.0	42.0	-78.0	-65.0	
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	110'609.8	122'580.7	126'764.5	4'183.8	3.4	
42 Vermögenserträge	-32.2	-33.0	-30.0	3.0	9.1	
43 Entgelte	-66'011.7	-69'626.2	-77'146.5	-7'520.3	-10.8	²
46 Beiträge für eigene Rechnung	-8'118.5	-11'853.5	-9'660.0	2'193.5	18.5	²
4 Ertrag	-74'162.4	-81'512.7	-86'836.5	-5'323.8	-6.5	
Ordentlicher Nettoaufwand	36'447.4	41'068.0	39'928.0	-1'140.0	-2.8	
davon Produktgruppe(n):						
Medizinische Versorgung UPK	33'668.7	40'105.3	37'003.0	-3'102.2	-7.7	
Lehre und Forschung UPK	2'778.6	962.7	2'925.0	1'962.2	203.8	
5 Ausgaben Investitionen	1'436.7	0.0	0.0	0.0	0.0	
Nettoinvestitionen VV (NIV)	1'436.7	0.0	0.0	0.0	0.0	

Kommentar

- 1 Für den Ausbau der Jugendforensischen Abteilung muss ab 2011 mit Mehrkosten in Höhe von 1.8 Mio. Franken gerechnet werden. Diese werden durch Mehrerträge in gleicher Höhe kompensiert. Selbiges gilt auch für den Aufbau der Abteilung Verhaltenssucht, für welche Aufwendungen und Erträge in Höhe von 0.5 Mio. Franken entstehen. Für zusätzliche Ausbildungsplätze in den Pflegeberufen müssen 0.2 Mio. Franken, für die Neuausrichtung und Einrichtung der Forschungsplattform 0.5 Mio. Franken budgetiert werden, letzteres wird durch die Universität finanziert. Aufgrund des immer noch ausgetrockneten Arbeitsmarktes im Gesundheitswesen fällt der Stufenanstieg nicht vollständig kostenneutral aus, es wird mit Mehraufwendungen in Höhe von rund 0.6 Mio. Franken gerechnet.
- 2 Die Mehrerträge setzen sich wie folgt zusammen: 4.0 Mio. Franken aus der Jugendforensik, 0.5 Mio. für Liaisondienste und aus der Abteilung Verhaltenssucht sowie 0.8 Mio. Franken durch den Ausbau im ausserkantonalen und zusatzversicherten Bereich. Zudem werden rund 2.2 Mio. Franken neu in der Kontengruppe 43 und nicht mehr 46 verbucht.

4.2.6 Justiz- und Sicherheitsdepartement

JSD-501/1	Generalsekretariat JSD	206
JSD-501/2	Services	208
JSD-501/3	Recht	210
JSD-506	Kantonspolizei	212
JSD-509	Rettung	216
JSD-510	Bevölkerungsdienste und Migration	219
JSD-520	Staatsanwaltschaft	222



Finanzen Departement

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
	2009	2010	2011	abs.	%
30 Personalaufwand	210.7	218.1	220.4	2.3	1.1 ¹
31 Sachaufwand	75.5	79.8	88.8	9.1	11.3 ²
32 Passivzinsen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
33 Abschreibungen Finanzvermögen	1.1	1.3	3.5	2.2	178.7 ³
36 Eigene Beiträge	2.2	2.4	5.5	3.1	126.4 ⁴
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	0.2	1.4	0.1	-1.3	-92.8
Total Aufwand	289.7	303.0	318.3	15.4	5.1
40 Steuern	-30.8	-31.0	-30.9	0.1	0.3
42 Vermögenserträge	-0.2	-0.1	0.0	0.0	45.9
43 Entgelte	-85.0	-90.7	-93.1	-2.5	-2.7
46 Beiträge für eigene Rechnung	-3.4	-3.3	-3.5	-0.2	-5.9
48 Entnahmen a.Spec.Finanzierungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Total Ertrag	-119.4	-125.0	-127.5	-2.5	-2.0
Ordentlicher Nettoaufwand Departement	170.3	177.9	190.8	12.9	7.2
5 Ausgaben Investitionen	2.0	0.0	0.0	0.0	0.0
6 Einnahmen Investitionen	-1.7	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV (NIV)	0.4	0.0	0.0	0.0	0.0

Kommentar

- Die Abweichung von 2.3 Mio. Fr. im Vergleich zum Budget 2010 lässt sich mehrheitlich wie folgt begründen: Die Einführung der neuen Schweizerischen Strafprozessordnungen (StPO und JStPO) führt (v.a. bei der Staatsanwaltschaft) zu einer Erhöhung des Personalaufwands um 4.4 Mio. Fr. Mit der Ablehnung der Parkraumbewirtschaftung reduziert sich das Budget 2011 bei der Kantonspolizei um 1.8 Mio. Fr.
- Die Abweichung von 9.1 Mio. Fr. im Vergleich zum Budget 2010 lässt sich mehrheitlich wie folgt begründen: Die Einführung der neuen Schweizerischen Strafprozessordnungen (StPO und JStPO) führt (v. a. bei der Staatsanwaltschaft) zu einer Erhöhung des Sachaufwands (Büromobiliar, Informatik, Miete und Porti) von insgesamt 1.8 Mio. Fr. Mit dem Modellwechsel der kantonalen Umlagen zur budgetrelevanten Weiterverrechnung von Dienstleistungen (Telekommunikation-, Informatik- und Finanzdienstleistungen) entstehen höhere Sachaufwendungen von 4.8 Mio. Fr. Das Strafvollzugskonkordat der Nordwest- und Innerschweiz erhöht ab 2011 den Kostgeldtarif für den Strafvollzug um durchschnittlich 10.8% bzw. für den Massnahmenvollzug um durchschnittlich 12.2%, was eine Kostensteigerung von 1.9 Mio. Fr. zur Folge hat. Durch die Auslagerung der Sicherheitsüberwachung (Kommandozentrale „K4“) im Untersuchungsgefängnis verlagern sich Kosten in Höhe von 0.6 Mio. Fr. vom Personal- zum Sachaufwand.
- Aufgrund der Einführung der neuen Schweizerischen Strafprozessordnungen (StPO und JStPO) wurden vom Strafgericht nicht nur Einnahmen (FDK 43), sondern auch die Debitorenverluste (FDK 33) in Höhe von 2.3 Mio. Fr. an die Staatsanwaltschaft transferiert.
- Vom Erziehungsdepartement sind aufgrund der neuen Schweizerischen Jugendstrafprozessordnung (JStPO) Beiträge der Abteilung Kindes- und Jugendschutz in Höhe von 3.6 Mio. Fr. an die Jugendanwaltschaft transferiert worden. Das Defizit der Strafanstalt Bostadel reduziert sich aufgrund der erhöhten Kostgelder und höheren Auslastung um 0.5 Mio. Fr.

Generalsekretariat JSD

JSD-501/1

Der Bereich Generalsekretariat berät und unterstützt den Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartements. Er stellt die Geschäftsabwicklung mit dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, dem Regierungsrat und den anderen Departementen sicher. Departementsintern sorgt das Generalsekretariat für koordinierte und zielgerichtete Abläufe. Mit den Verantwortlichen für Kommunikation und Information, der Politikvorbereitung und dem Beschwerdewesen unterstützt das Generalsekretariat die operativen Bereiche. Die Fachstelle Halt-Gewalt erbringt vernetzt Leistungen zur Gewaltverminderung (häusliche Gewalt). Mit Geldern aus dem Swisslos-Fonds werden schwergewichtig regionale Projekte und Vorhaben in Kultur und Sport unterstützt.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Generalsekretariat JSD	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation

Tätigkeiten und Projekte

Das Generalsekretariat unterstützt den Departementsvorsteher in allen strategischen Geschäften, die nicht den operativen Bereichen zugeordnet sind. Seine Tätigkeiten sind zudem geprägt vom politischen Tagesgeschäft und von administrativen Arbeiten. Daneben steht für das Generalsekretariat im Jahr 2011 folgendes Projekt an:

Monitoring häusliche Gewalt Geplant sind ein Monitoring und die damit verbundene Berichterstattung zu Interventionen und Massnahmen bei Vorfällen von häuslicher Gewalt. Ein spezielles Augenmerk wird dabei auf Fälle mit erfolgter Wegweisung gelegt. Einbezogen werden vorerst alle betroffenen Bereiche des Justiz- und Sicherheitsdepartements sowie die subventionierten Beratungsstellen.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	16.1	16.60	12.6	10.6	11.7
Eingegangene Beschwerden	Anz	53	87	82	95	95
- davon ganz oder teilweise gutgeheissen	%	18.9	25.26	26.8		
Gesuche an den Swisslos-Fonds	Anz	495	483	509	500	500
- davon bewilligt	%	38.4	43.6	44.8		
Medienmitteilungen	Anz	520	612	604	600	600

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2009	2010	2011	abs.	%
30 Personalaufwand	1'894.6	1'732.2	1'836.4	104.3	6.0 ¹
31 Sachaufwand	540.3	436.6	390.5	-46.1	-10.6
36 Eigene Beiträge	1'547.5	1'508.9	1'508.9	0.0	0.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	3'982.4	3'677.6	3'735.8	58.2	1.6
42 Vermögenserträge	-104.3	-54.5	-29.5	25.0	45.9
43 Entgelte	-307.8	-367.5	-389.9	-22.4	-6.1
4 Ertrag	-412.0	-422.0	-419.4	2.6	0.6
Ordentlicher Nettoaufwand	3'570.4	3'255.6	3'316.5	60.8	1.9
davon Produktgruppe(n):					
Generalsekretariat JSD	3'570.4	3'255.6	3'316.5	60.8	1.9

Kommentar

1 Die Abweichung begründet sich durch eine zusätzliche juristische Stelle im Generalsekretariat.

Services

JSD-501/2

Der Bereich Services nimmt für das gesamte Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD) Unterstützungsaufgaben in den Gebieten Finanzen, Personal, Gebäudemanagement, Logistik und Informatik wahr. Zudem stellt er die Controllingunterstützung sowie verschiedene betriebswirtschaftliche und projektbezogene Aufgaben für die Departementsleitung und die operativen Bereiche sicher.

Als übergeordnete Zielsetzung soll der Bereich Services für effiziente betriebswirtschaftliche Abläufe im Departement sorgen und einen wesentlichen Beitrag zum optimalen Einsatz der vorhandenen personellen, finanziellen, materiellen und räumlichen Ressourcen leisten.

Produktgruppen

Aufgaben-/Ressourcenfeld

Services

9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation

Tätigkeiten und Projekte

Im Jahr 2011 stehen die folgenden grösseren Vorhaben im Vordergrund:

Konsolidierung und Verankerung der neuen Personaldienste JSD Im Jahr 2010 wurden der Personaldienst JSD und der Personaldienst Kantonspolizei zusammengelegt. Mit der neuen Organisation soll eine grössere Einheitlichkeit der Personalarbeit im gesamten Departement, insbesondere bezüglich Anwendung der rechtlichen Grundlagen, geschaffen werden.

Im Jahr 2011 gilt es die neue Organisation im Departement zu verankern und die definierten Prozesse zu etablieren.

Risikomanagement Mit dem Risikomanagement werden neben den finanziellen und operativen Risiken auch die strategischen und rechtlichen Risiken überwacht und gesteuert. Nach der Umsetzung im gesamten Departement im Jahr 2010 wird das Risikomanagement im Jahr 2011 mit Stichproben auf Wirksamkeit, Nachvollziehbarkeit und Effizienz überprüft.

Inkasso Geldstrafen und Bussen Die Zuständigkeit für das Inkasso von Forderungen aus dem Strafbefehlsverfahren geht per 1. Januar 2011 aufgrund der Einführung der Schweizerischen Strafprozessordnung (StPO) vom Strafgericht auf das JSD, Bereich Services über. Im Jahr 2011 bilden die organisatorische Integration sowie die Anbindung an das Fallverwaltungs- und Dokumentationssystem (JURIS) Schwerpunkte.

Vertragsmanagement Sämtliche Verträge (Wartungs-, Dienstleistungs- und Serviceverträge) des JSD werden in einer zentralen Datenbank erfasst. Die verfügbaren Daten werden im Jahr 2011 in ein neu geschaffenes Vertragsmanagement-System überführt und künftig darin verwaltet.

Durch diese Vereinheitlichung innerhalb des Departements lassen sich die Qualitätsstandards steigern und die Beschaffungskosten senken.

Ablösung Novell NDS Zurzeit betreibt das JSD Novell NetWare als Verzeichnis-Software. Dieses System wird nur noch bis im Jahr 2013 von Novell unterstützt. Eine Migration auf die im gesamten Kanton genutzte Software ADS von Microsoft drängt sich deshalb auf. Dieses grosse IT-Projekt wird im Jahr 2011 umgesetzt.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	37.7	43.2	70.0	73.1	80.6	¹
Lehrstellen im Departement	Anz	21	21	24	25	26	
Raumkosten (Miete, Reinigung, Nebenkosten) pro m2	Fr	123	291	306	306	315	
Betreute Mitarbeiterdossiers im Personaldienst pro Stelle	Anz	155	147	200	195	199	
Betreute Arbeitsplätze pro Mitarbeiter im PC-Support	Anz	193	194	205	240	225	

Kommentar

- 1 Die Erhöhung der Anzahl Stellen begründet sich mit Personalverschiebungen von der Kantonspolizei zur Abteilung Personaldienst JSD (Zentralisierung der beiden Personaldienste) und vom Strafgericht zur Abteilung Finanzdienste (EG StPO).

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10		
GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt				abs.	%	
30 Personalaufwand	9'287.2	9'323.0	9'990.1	667.1	7.2	¹
31 Sachaufwand	4'198.3	4'524.7	5'227.2	702.6	15.5	²
32 Passivzinsen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	13'485.6	13'847.7	15'217.3	1'369.6	9.9	
43 Entgelte	-1'928.4	-1'471.0	-1'629.0	-158.0	-10.7	
4 Ertrag	-1'928.4	-1'471.0	-1'629.0	-158.0	-10.7	
Ordentlicher Nettoaufwand	11'557.2	12'376.7	13'588.3	1'211.6	9.8	
davon Produktgruppe(n):						
Services	11'557.2	12'376.7	13'588.3	1'211.6	9.8	

Kommentar

- 1 Die Erhöhung des Personalaufwands begründet sich mit Personalverschiebungen von der Kantonspolizei zur Abteilung Personaldienst JSD (Zentralisierung der beiden Personaldienste) und vom Strafgericht zur Abteilung Finanzdienste (EG StPO).
- 2 Mit dem Modellwechsel der kantonalen Umlagen zur budgetrelevanten Weiterverrechnung von Dienstleistungen (Telekommunikation, Informatik und Finanzdienstleistungen) erhöht sich der Sachaufwand um 0.3 Mio. Fr. Die internen Mietaufwendungen Stäbe wurden in Höhe von 0.1 Mio. Fr. im Bereich Services zentralisiert. Weitere Sachaufwendungen von 0.2 Mio. Fr. stehen mehrheitlich im Zusammenhang mit der Einführung der neuen Schweizerischen Strafprozessordnungen (StPO und JStPO).

Recht

JSD-501/3

Der Bereich Recht des Justiz- und Sicherheitsdepartements (JSD) besteht aus einer Stabsstelle des Vorstehers JSD (Rechtsabteilung) und aus zwei operativen Abteilungen: Handelsregisteramt sowie Aufsichtsbehörde BVG und Stiftungsaufsicht. Zudem gehören diverse Kommissionen (Justizkommission, Opferhilfekommission, Nomenklaturkommission, Bewertungskommission) und die Notariatsprüfungsbehörde zum Bereich Recht.

Zu den juristischen Dienstleistungen beziehungsweise Aufgaben der Rechtsabteilung gehören im Wesentlichen die juristische Beratung des Regierungsrates, der Departemente und des Grossen Rates, die Ausarbeitung von Erlassen und (Staats-)Verträgen sowie die Einholung entsprechender Vernehmlassungen und die Einarbeitung berechtigter Anliegen, die juristische Bearbeitung politischer Geschäfte (Initiativen, Motionen, Interpellationen, Anträge, schriftliche Anfragen), die Führung der Gesetzessammlung von Kanton und Gemeinden, die Instruktion von Rekursverfahren und die Ausarbeitung von Rekursentscheiden des Departements, die Vertretung von Rekursverfahren vor richterlichen Instanzen von Bund und Kanton und die Ausarbeitung entsprechender Stellungnahmen, die Aufsicht über das Zivilstandsamtswesen sowie über das Handelsregisteramt, die Behandlung von Namensänderungen sowie die Bewältigung von Aufgaben im Zusammenhang mit den bei der Rechtsabteilung angesiedelten Kommissionen (Justizkommission, Opferhilfekommission, Nomenklaturkommission, Bewertungskommission) und der Notariatsprüfungsbehörde. Es werden weiter Vernehmlassungen zu Erlassentwürfen des Bundes und anderer Departemente sowie Durchführungsbewilligungen für den Kanton Basel-Stadt im Zusammenhang mit Lotterien und Wetten verfasst.

Das Handelsregisteramt sowie die Aufsichtsbehörde BVG und Stiftungsaufsicht sind in ihren jeweiligen Aufgabengebieten für die Umsetzung von Bundesrecht verantwortlich.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Recht	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation

Tätigkeiten und Projekte

Recht

Rechtsabteilung Zu den wichtigsten Tätigkeiten und Projekten der Rechtsabteilung gehören die Arbeiten im Zusammenhang mit der einheitlichen Umsetzung des im Informations- und Datenschutzgesetz verankerten Öffentlichkeitsprinzips in der kantonalen Verwaltung sowie die Erarbeitung bzw. Fertigstellung eines Ratschlagsentwurfes zu einem neuen Gerichtsorganisationsgesetz (GOG). Mitarbeitende der Rechtsabteilung sind zudem in Arbeitsgruppen vertreten, die sich mit der Umsetzung der Änderung des Zivilgesetzbuches im Bereich des Erwachsenenschutzrechts befassen.

Handelsregisteramt Die im 2010 begonnene Umsetzung der gesetzlichen Neuerungen auf Bundesebene (gesellschaftsrechtliche Revisions- und Organisationsvorschriften) wird fortgesetzt und gehört auch im 2011 zu den hauptsächlichen Tätigkeiten und Projekten des Handelsregisteramtes.

Aufsichtsbehörde BVG und Stiftungsaufsicht Zu den massgeblichen Tätigkeiten und Projekten der Aufsichtsbehörde BVG und Stiftungsaufsicht gehört die Umsetzung der gesetzlichen Neuerungen im Vorsorgerecht (revidierte Anlage- und Teilliquidationsbestimmungen) und im Stiftungsrecht (Umsetzung der angepassten Verordnung des Handelsregisters betreffend Eintragungspflichten sowie neues Revisionsrecht mit Abgrenzung von eingeschränkter Revision und ordentlicher Revision). Es fallen weiter Arbeiten im Zusammenhang mit der prioritären Bewältigung der Unterdeckungsfälle im Vorsorgebereich an und die Vorarbeiten im Hinblick auf die Ausgliederung der Aufsichtsbehörde aus der Staatsverwaltung im Rahmen der Strukturreform des Bundes. Dabei besteht die Absicht der Regierungen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft, die beiden kantonalen Aufsichtsbehörden zusammenzuführen.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	16.1	16.6	26.6	26.6	26.1
Eingegangene Rekurse JSD	Anz	153	168	216	220	230
Eingegangene Rekurse JD	Anz	140	140			
Beaufsichtigte Stiftungen	Anz	1'094	1'096	1'044	1'030	1'032
Beanstandete Stiftungsjahresrechnungen	%	50	50	50	50	50
Vorgenommene Eintragungen im Handelsregister	Anz	7'410	7'490	9'838	9'000	9'000
Zugriffe via Internet auf kostenlose Auszüge des HR BS	Anz	361'189	862'000	783'009	800'000	800'000
Ausgestellte beglaubigte Handelsregister-Auszüge	Anz	6'500	6'400	6'834	6'500	6'800

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2009	2010	2011	abs.	%
30 Personalaufwand	3'797.6	3'920.4	3'998.0	77.7	2.0
31 Sachaufwand	634.1	541.1	366.7	-174.4	-32.2
33 Abschreibungen Finanzvermögen	36.3	20.0	15.0	-5.0	-25.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	4'468.0	4'481.5	4'379.7	-101.7	-2.3
43 Entgelte	-3'130.9	-2'944.5	-3'046.7	-102.2	-3.5
4 Ertrag	-3'130.9	-2'944.5	-3'046.7	-102.2	-3.5
Ordentlicher Nettoaufwand	1'337.1	1'537.0	1'333.1	-203.9	-13.3
davon Produktgruppe(n):					
Recht	1'337.1	1'537.0	1'333.1	-203.9	-13.3

Kantonspolizei

JSD-506

Gemäss allgemeinem Auftrag des Polizeigesetzes §1 sorgt die Kantonspolizei für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie für die Einhaltung des Gesetzes: präsent zu sein, Aufklären, Informieren sowie Intervenieren und Vermindern von Ordnungsverstössen; Aufnehmen, Beraten und Intervenieren bei objektiven und subjektiven Problemlagen; Sicherstellen und Optimieren des Verkehrsflusses; positive Einflussnahme auf das Verkehrsverhalten, Regeln der Verkehrszulassungen von Personen und Fahrzeugen; rasches und zielgerichtetes Intervenieren bei Delikten; Ermitteln, Fahnden nach Personen und Sachen; Vermindern von erkennbaren Risiken durch entsprechende Vorbereitungen; Begrenzen des illegalen Aufenthaltes und Bekämpfen der Schwarzarbeit; Federführung in der Ereignisbewältigung in ausserordentlichen Lagen (Kantonale Krisenorganisation).

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Katastrophenvorsorge und -einsätze	6.1 Sicherheit und Ordnung
Prävention	6.1 Sicherheit und Ordnung
Querschnittsdienstleistungen	6.1 Sicherheit und Ordnung
Sicherheitspolizei	6.1 Sicherheit und Ordnung
Spezialformationen	6.1 Sicherheit und Ordnung
Verkehrsmanagement	6.1 Sicherheit und Ordnung

Tätigkeiten und Projekte

Katastrophenvorsorge und -einsätze

Im Jahre 2011 wird die Kantonale Krisenorganisation (KKO) drei Stabsübungen mit dem Kantonalen Krisenstab sowie vier Schadenplatzübungen und zwei Sammelplatzübungen durchführen. Zusätzliche modulare Ausbildungen werden in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz angeboten.

Die im Jahr 2008 initiierte Gefährdungsanalyse befindet sich in Phase zwei (von drei). In der zweiten Phase werden für ausgewählte Gefährdungslagen Szenarien im Detail ausgearbeitet (Beispiele: Stromausfall, Amoklauf, schwere Mangelage, Naturgefahren wie Hagelschlag und Erdbeben). Im Rahmen mehrerer Workshops werden diese Szenarien durch die Mitglieder der Kantonalen Krisenorganisation (KKO) analysiert und evaluiert.

Prävention

Die Jugend- und Präventionspolizei pflegt an Brennpunkten den Kontakt zu Jugendlichen mit dem Ziel, sie aus ihrer Anonymität zu holen. Im Gespräch wird den Jugendlichen vermittelt, wie sie ihre Freizeit ohne Alkohol, Drogen und Gewalt verbringen können. Diese wichtige Arbeit wird im Berichtsjahr weiter vorangetrieben. Beispielsweise werden der Weiterbildungsschule und den Gymnasien die Präventionslektionen „gegen Gewalt“ angeboten. Dort lernen die Jugendlichen Strategien zum Eigenschutz bei Gewaltvorkommnissen. Für Basler Kinderheime wird wiederum eine Präventionsveranstaltung verbunden mit einem Sportanlass durchgeführt. Sodann gilt es, die Netzwerkarbeit weiter auszubauen, etwa mit dem Bau- und Verkehrsdepartement und dem Lebensmittelinspektorat des Gesundheitsdepartements, um der Problematik des Alkoholverkaufs an Jugendliche zu begegnen.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	912.4	886.3	842.2	925.2	807.4	1
Subjektives Sicherheitsempfinden der Bevölkerung	Wert	3.2	3.2	3.2	>=3.2		2
Mobilitätsszufriedenheit der Bevölkerung	Wert	3.0	3.1	3.2	>=3.2		3
Erwartete Hilfsbereitschaft	Wert	3.6	3.1	3.4	>=3.4		4
Erhaltung oder Erhöhung der Verkehrssicherheit	Anz	3.29	3.34		<=3.5		5

Kommentar

- 1 Die Prognose 2011 berücksichtigt die abgelehnte Parkraumbewirtschaftung (19.5 Stellen) und den Stellentransfer der bisher detachierten Korpsangehörigen zur Staatsanwaltschaft (97 Stellen).
- 2 Basiert auf der Frage der KONSO Umfrage 2009: „Ich fühle mich sicher und vertraue der Polizei.“ Note 1-4 (4 = sehr einverstanden, 1 = gar nicht einverstanden). Die KONSO Umfrage wird seit 1983 durchgeführt und seit dem Jahr 2000 im Dreijahresrhythmus.
- 3 Basiert auf der Frage der KONSO Umfrage 2009: „Wie sicher fühlen Sie sich als VerkehrsteilnehmerIn im Kantonsgebiet.“ Note 1-4 (4 = sehr sicher, 1 = gar nicht sicher). Die KONSO Umfrage wird seit 1983 durchgeführt und seit dem Jahr 2000 im Dreijahresrhythmus.
- 4 Basiert auf der Frage der KONSO Umfrage 2009: „Wie hat sich die Polizei Ihnen gegenüber am Telefon verhalten?“ Note 1-4 (4 = sehr hilfsbereit, 1 = sehr abweisend). Die KONSO Umfrage wird seit 1983 durchgeführt und seit dem Jahr 2000 im Dreijahresrhythmus.
- 5 Anzahl Verletzte und Tote pro 1000 Motorfahrzeuge (Jahresmittel) bei den Messstellen Schwarzwaldbrücke, Aeussere Baselstrasse, Johanniterbrücke, Dorenbachviadukt und Heuwaage-Viadukt.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10 abs.	%	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt						
30 Personalaufwand	118'782.4	124'540.5	110'442.1	-14'098.4	-11.3	1
31 Sachaufwand	21'567.1	24'513.5	25'048.4	534.9	2.2	
33 Abschreibungen Finanzvermögen	225.0	145.0	145.0	0.0	0.0	2
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	0.0	1'316.0	0.0	-1'316.0	-100.0	
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	140'574.5	150'515.0	135'635.5	-14'879.5	-9.9	
40 Steuern	-30'803.7	-31'000.0	-30'892.0	108.0	0.3	
42 Vermögenserträge	-50.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
43 Entgelte	-35'957.1	-46'362.8	-35'973.8	10'389.0	22.4	3
46 Beiträge für eigene Rechnung	-846.1	-876.6	-432.6	444.0	50.7	4
4 Ertrag	-67'656.9	-78'239.4	-67'298.4	10'941.0	14.0	
Ordentlicher Nettoaufwand	72'917.6	72'275.7	68'337.1	-3'938.5	-5.4	
davon Produktgruppe(n):						
Katastrophenvorsorge und -einsätze	1'054.1	1'375.3	1'344.6	-30.6	-2.2	
Prävention	2'855.6	3'607.1	3'576.8	-30.3	-0.8	
Querschnittsdienstleistungen	24'121.2	24'137.5	9'599.8	-14'537.7	-60.2	
Sicherheitspolizei	44'708.7	46'680.0	49'181.8	2'501.8	5.4	
Spezialformationen	19'381.9	20'705.1	21'806.6	1'101.5	5.3	
Verkehrsmanagement	-19'204.0	-24'229.3	-17'172.5	7'056.8	29.1	
5 Ausgaben Investitionen	-1'308.2	0.0	0.0	0.0	0.0	
6 Einnahmen Investitionen	-85.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Nettoinvestitionen VV (NIV)	-1'393.1	0.0	0.0	0.0	0.0	

Kommentar

- 1 Die Abweichung von 14.1 Mio. Fr. im Vergleich zum Budget 2010 lässt sich mehrheitlich wie folgt begründen: Aufgrund der neuen Schweizerischen Strafprozessordnungen (StPO und JStPO) werden 97 Stellen (detachierte Korpsangehörige) zur Staatsanwaltschaft transferiert (13.8 Mio. Fr.). Die Ablehnung der Parkraumbewirtschaftung entlastet das Budget 2011 um 1.8 Mio. Fr. Der Stufenanstieg bei den Löhnen der Kantonspolizei fällt nicht kostenneutral aus (1 Mio. Fr.). Durch die Zusammenführung der Personaldienste der Kantonspolizei und JSD sind 0.4 Mio. Fr. (3.5 Stellen) an den Bereich Services transferiert worden.

- 2 Da die neue Parkraumbewirtschaftung nicht umgesetzt wird, müssen keine Einlagen in den Fonds getätigt werden.
- 3 Die Abweichung bei den Einnahmen von 10.4 Mio. Fr. im Vergleich zum Budget 2010 lässt sich mehrheitlich wie folgt begründen: Die Gerichts- und Urteilsgebühren wurden aufgrund der neuen Schweizerischen Strafprozessordnungen (StPO und JStPO) an die Staatsanwaltschaft transferiert (3.4 Mio. Fr.). Die Parkplatzgebühren reduzieren sich wegen der abgelehnten Parkraumbewirtschaftung um 2.5 Mio. Fr. Der Einzelposten Bussen reduziert sich um 5.3 Mio. Fr. Dies ist begründet durch die abgelehnte Parkraumbewirtschaftung um 1.9 Mio. Fr., durch die Erhöhung der Wertberichtigung um 1.6 Mio. Fr. sowie durch die verminderte Anzahl und Wertigkeit der ausgestellten Bussen um 1.8 Mio. Fr. Letzteres geht darauf zurück, dass die Verkehrsteilnehmer von der erhöhten Kontrolldichte wissen und dass die Standorte der Messanlagen bekannt sind.
- 4 Der Bundesbeitrag für Staatsschutzaufgaben wird der Staatsanwaltschaft übertragen (0.6 Mio. Fr.). Die erhöhte Inspektionsstätigkeit im Rahmen der Bekämpfung von Schwarzarbeit wird vom Bund rückvergütet (0.15 Mio. Fr.).

Querschnittsdienstleistungen

Die im Kanton Basel-Stadt installierten Notrufsäulen stehen am Ende ihres Lebenszyklus. Sie können mangels Ersatzteilen nicht mehr sicher betrieben werden. Daher ist deren Ersatzbeschaffung einzuleiten.

Unter der Leitung des Hochbau- und Planungsamtes Basel-Stadt wird der Clarahof geänderten Bedürfnissen angepasst und punktuell saniert. Die Sanierung soll anfangs Januar 2011 starten und im Jahr 2012 beendet werden. Auch der in die Jahre gekommene Polizeiposten Gundeldingen genügt den heutigen Anforderungen an einen kundenfreundlichen Polizeiposten nicht mehr, weshalb mögliche Sanierungsmassnahmen und Alternativen geprüft werden.

Im Herbst 2011 wird voraussichtlich ein neues Polizeiboot in Betrieb genommen. Gleichzeitig wird das polizeiliche Einsatzkonzept „Rhein“ überdacht.

Sicherheitspolizei

Die Sicherheitspolizei stellt die Grundversorgung an 365 Tagen rund um die Uhr mit dem Betrieb der Polizeiwachen und der Patrouillentätigkeit in Uniform sicher. Vermehrte Patrouillentätigkeit zu Fuss und mit Fahrrädern soll die subjektive Sicherheit der Bevölkerung spürbar verstärken. Nach wie vor erfolgen personalintensive Einsätze der Sicherheitspolizei gemeinsam mit anderen polizeilichen Uniformeinheiten an Sportveranstaltungen, Demonstrationen und anderen grösseren Ereignissen.

Das Team des Community Policing koordiniert weiterhin die Kontakte mit verschiedenen Institutionen, Vertretern von Anwohnern und Gewerbe und der Verwaltung mit dem Ziel durch vernetzte Zusammenarbeit optimale Lösungen für anstehende Probleme zu finden.

Spezialformationen

Der Einsatzzug führt insbesondere Schwergewichtskontrollen zur Bekämpfung von Drogenkriminalität, Alkoholexzessen und Littering im unteren und oberen Kleinbasel durch. Diese Aktionen sollen künftig noch verdichtet werden.

Neben seinen primären Aufgaben ist der Fahndungsdienst vermehrt in der Bekämpfung der Schwarzarbeit und der Gewalt im Sport sowie der Aufklärung von Missbrauchsfällen zu Lasten der sozialen Institutionen engagiert. Der Bund unterstützt die Bekämpfung der Schwarzarbeit, indem er dafür im Fahndungsdienst eine Stelle finanziert.

Verkehrsabteilung

In Erfüllung der Motion Beat Jans wird dem Parlament bis Frühjahr 2011 eine Vorlage für eine ökologisierte Motorfahrzeugsteuer unterbreitet.

Mit dem interdepartementalen Projekt Taxiwesen 2015 (JSD, BVD, WSU) soll die Dienstleistungsqualität und Kundenzufriedenheit erhöht werden.

Rettung

JSD-509

Gewährleisten von Schutz und Sicherheit; Vermindern von erkennbaren Risiken durch präventiv wirkende Aktionen oder Massnahmen und entsprechende Einsatzvorbereitung; Betreiben der Einsatzzentralen 118 und 144; dauernde Gewährleistung von Rettungs-, Brandbekämpfungs-, Chemiewehr-, Ölwehr- und Pioniereinsätzen sowie Hilfeleistung und Bergung in Notlagen; Begrenzen von Schäden und Vermindern von Eskalationen bei ausserordentlichen Ereignissen (Katastrophen, Unruhen, Terrorismus); Durchführen von Notfall-, Kranken- und Verlegungstransporten; Erarbeiten und Durchführen vorbeugender Massnahmen, Sicherstellen der präklinischen Notfallversorgung; Erfassen der Wehrpflichtigen des Kantons Basel-Stadt; Sicherstellen der Grund-, Aus- und Weiterbildung der Zivilschutzpflichtigen des Kantons Basel-Stadt; Erbringen von Dienst- und Logistikleistungen zu Gunsten des Justiz- und Sicherheitsdepartements und Dritter.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Einsatzkoordination	6.2 Rettung
Einsatzunterstützung	6.2 Rettung
Feuerwehr	6.2 Rettung
Sanität	6.2 Rettung

Tätigkeiten und Projekte

Dem Grossen Rat soll 2011 der Ratschlag und Entwurf zu einem neuen Feuerwehrgesetz vorgelegt werden.

Im Jahr 2011 findet in Basel zum zweiten Mal die gesamtschweizerische Weiterbildung Sanitätsdienstliche Führung Grossereignis SFG für Rettungssanitäter und Notärzte statt. Wie bereits im Jahr 2010 wird der Bereich Rettung für die organisatorische Durchführung besorgt sein.

Der Bundesrat will die Zusammenarbeit der Sicherheitsinstrumente des Bundes und der Kantone intensivieren und verbessern. Im zweiten Quartal 2012 findet dazu beispielsweise eine Stabsübung des Eidgenössischen Departementes für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) statt, an der die Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau und Solothurn beteiligt sind. Der Übung wird ein Erdbebenszenario im Raum Basel zugrunde liegen. Der Bereich Rettung beteiligt sich an den Vorbereitungen.

Die Rettung arbeitet als Fachbereich in der Kantonalen Krisenorganisation an der Gefährdungsanalyse für den Kanton Basel-Stadt mit. Im Weiteren ist die Rettung in das interdepartementale Projekt Kulturgüterschutz Basel-Stadt eingebunden.

Einsatzkoordination

Die Einsatzkoordination stellt sicher, dass die Einsatzkräfte vertieft für Einsätze in unterirdischen Verkehrsanlagen ausgebildet werden. Dies verlangen das Bundesamt für Strassen (ASTRA) und die SBB neu von ihren Mandatsnehmern.

Einsatzunterstützung

Falls die eidgenössischen Räte wie vorgesehen die Teilrevision des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes bis Frühjahr 2011 verabschieden, tritt das Gesetz am 1. Januar 2012 in Kraft. Die Einsatzunterstützung müsste dann die Vorbereitungsarbeiten für die Umsetzung an die Hand nehmen - namentlich mit Blick auf die Anpassungen im Bereich der Schutzbauten.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	241.9	235.9	236.1	241.8	241.8
Betreute Angehörige Armee/Zivilschutz	Anz	14'472	15'318	12'459	12'400	12'300
Aktive Dienstleistende im Zivilschutz	Anz	2'221	2'100	1'936	1'700	1'700
Interventionszeit der Feuerwehr <=13 Min.	%	92	92	94	92	94
Einsätze von Berufs- und Bezirksfeuerwehr	Anz	2'694	2'353	2'288	2'490	2'420
Interventionszeit der Sanität <=10 Min.	%	91	92	92	90	90
Einsätze der Sanität	Anz	19'989	20'918	18'879	19'700	19'000

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt	2009	2010	2011	abs.	%
30 Personalaufwand	33'125.2	33'360.0	33'402.5	42.5	0.1
31 Sachaufwand	11'544.3	11'130.2	12'189.8	1'059.5	9.5 ¹
33 Abschreibungen Finanzvermögen	574.8	831.5	792.0	-39.5	-4.8
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	151.4	80.0	100.0	20.0	25.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	45'395.7	45'401.7	46'484.3	1'082.6	2.4
42 Vermögenserträge	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0
43 Entgelte	-25'268.1	-23'533.5	-24'467.9	-934.4	-4.0
46 Beiträge für eigene Rechnung	-1'443.6	-1'417.7	-1'418.6	-0.8	-0.1
48 Entnahmen a.Spec.Finanzierungen	-43.9	0.0	0.0	0.0	0.0
4 Ertrag	-26'755.7	-24'951.2	-25'886.5	-935.2	-3.7
Ordentlicher Nettoaufwand	18'640.0	20'450.5	20'597.8	147.3	0.7
davon Produktgruppe(n):					
Einsatzunterstützung	10'154.7	10'699.4	10'528.2	-171.2	-1.6
Feuerwehr	3'219.6	3'536.8	4'178.3	641.4	18.1
Führungsunterstützung	30.5	30.9	43.4	12.6	40.8
Katastrophenvorsorge und -einsatz	2'756.0	2'725.4	2'700.5	-24.9	-0.9
Sanität	2'479.2	3'458.0	3'147.4	-310.6	-9.0
5 Ausgaben Investitionen	2'479.9	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV (NIV)	2'479.9	0.0	0.0	0.0	0.0

Kommentar

¹ Mit dem Modellwechsel der kantonalen Umlagen zur budgetrelevanten Weiterverrechnung von Dienstleistungen (Telekommunikation-, Informatik- und Finanzdienstleistungen) entstehen höhere Sachaufwendungen von 0.8 Mio. Fr. Dem departementalen Center für Finanzsupport (CEFIS) ist 0.1 Mio. Fr. mehr zu vergüten als bisher. Dies resultiert aus der neusten Auswertung der effektiv geleisteten Arbeitsstunden für die einzelnen JSD-Bereiche.

Feuerwehr

Im Jahr 2011 wird der erste gemeinsam mit dem Berufsfeuerwehr Bern angebotene Lehrgang für angehende Berufsfeuerwehrleute mit Teilnehmern aus den Berufsfeuerwehren Bern und Winterthur sowie der Werksfeuerwehr Johnson-Controls AG Basel abgeschlossen. Dieser erste Lehrgang wird durch die Berufsfeuerwehr Basel durchgeführt.

Weiter werden zwei zwanzigjährige Kleinalarmpfahrzeuge ersetzt und mit einer dritten und letzten Tranche die Erneuerung der Brandschutzausrüstung der Bezirksfeuerwehr Basel-Stadt abgeschlossen. Generell werden Beschaffungen im Feuerwehrwesen regional koordiniert.

Sanität

Auch bei der Sanität stehen Fahrzeugbeschaffungen an. Ein Fahrzeug ist altershalber zu ersetzen. Ein weiteres wird für den Transport und die Versorgung von schwergewichtigen Patienten neu beschafft.

Bevölkerungsdienste und Migration

JSD-510

Der Bereich Bevölkerungsdienste und Migration übernimmt vielfältige Aufgaben im Dienste der Öffentlichkeit. Das Einwohner- und Zivilstandsamt regelt das Meldewesen im Einwohnerbereich und führt das Einwohner- und das Personenstandsregister. Es hält Ziviltrauungen ab und nimmt Bestattungsanordnungen entgegen. Zudem stellt es Ausweise und Dokumente für die Kundschaft aus und erfasst die dafür nötigen biometrischen Daten. Es verwaltet Fundsachen und ist Kontakt- und Triagestelle für Fragen rund um die kantonale Verwaltung.

Das Migrationsamt erteilt Einreise-, Aufenthalts- und Grenzgängerbewilligungen und ist zuständig für Aufenthaltsverlängerungen. Es ist die erste Anlaufstelle für ausländische Staatsangehörige, die sich einbürgern lassen wollen. Bei Personen, die ihr Aufenthaltsrecht verwirkt haben und nicht freiwillig ausreisen, leitet das Migrationsamt die erforderlichen Vollzugshandlungen ein. Es fungiert als Strafverfolgungsbehörde im Ausländerrecht.

Das Amt für Justizvollzug betreibt Gefängnisse im Auftrag der zuständigen Behörden und sichert damit die laufenden Untersuchungs-, Gerichts- und Migrationsverfahren. Es plant und vollzieht gerichtlich angeordnete Strafen und Massnahmen und leistet Bewährungshilfe.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Einwohner- und Zivilstandsamt	6.3 Bevölkerungsdienste und Migration
Gefängnisse	6.3 Bevölkerungsdienste und Migration
Migrationsamt	6.3 Bevölkerungsdienste und Migration
Stabs- und Rechtsdienste	6.3 Bevölkerungsdienste und Migration

Tätigkeiten und Projekte

Die Arbeit des Bereichs Bevölkerungsdienste und Migration wird auch im 2011 von der Umsetzung neuer Bundesvorgaben geprägt sein, namentlich im Tätigkeitsfeld des Migrations- und Einwohneramts. Im Justizvollzug stehen Erneuerungen der Infrastruktur an, die aufgrund der starken Belegung der Haftplätze eine grosse Herausforderung für den laufenden Betrieb darstellen.

Vor diesem Hintergrund haben im 2011 folgende Projekte Priorität:

Einwohner- und Zivilstandsamt

Dank dem Effort aller beteiligten Stellen konnte die Umsetzung der eidgenössischen Registerharmonisierung weit vorangetrieben werden und präsentiert sich gerade im interkantonalen Vergleich auf einem guten Stand. Dennoch stehen insbesondere bei der Datenbereinigung im Einwohner-Informationssystem noch zahlreiche Arbeiten an, die auch im Jahr 2011 andauern werden. Generell erhöhen die erweiterten Vorgaben des Bundes die Ansprüche an die Registerführung. Der Kanton profitiert von einer erweiterten Einwohnerkontrolle.

Die Einführung des biometrischen Passes und des neuen Ausländerausweises für Drittstaatsangehörige auf Bundesebene hat die Kundenfrequenz im Einwohneramt bereits markant erhöht. Ab Januar 2011 werden neu auch die Ausländerausweise biometrisch erfasst. Diese Umstellung wird insbesondere im ersten Jahr zu einem weiteren Anstieg der Kundenzahl führen. Die sorgfältige Vorbereitung, ein neues Kundenleitsystem sowie der Einsatz von Temporärpersonal sollen helfen, den erwarteten Ansturm möglichst kundengerecht zu bewältigen.

Im Einwohner-Informationssystem EWIS werden die wichtigsten Personendaten der Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons erfasst. Es bildet das zentrale Instrument der Einwohnerkontrolle und dient als Arbeitsgrundlage für viele weitere Ämter des Kantons. Im 2011 sollen die notwendigen Ablösungsarbeiten im Hinblick auf ein neues System beginnen. Neben dem Einsatz einer zeitgemässen Programmiersprache werden die verbesserte Vernetzung mit anderen Informatikanwendungen im Kanton sowie die verstärkte Einbindung von eGovernment-Funktionalitäten angestrebt.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	220.3	217.4	200.0	207.3	208.3
Durchschnittliche Wartezeit im Kundenzentrum	Min	9	8	13	20	25
Ausgestellte Pässe und Identitätskarten	Anz	27'861	27'361	24'965	35'000	25'000
Ziviltrauungen	Anz	845	929	909	850	850
Bearbeitete Gesuche um Einbürgerung	Anz	910	1'150	732	900	900
Einreiseentscheide (über 3 Monate)	Anz	9'997	10'750	7'396	10'000	10'000
Gutgeheissene Rekurse der Ausländerbehörde (Fremdenpolizei)	Anz	1	2	5	5	8
Vollzugstage Straf- und Massnahmenvollzug	Anz	74'023	73'552	75'812	74'000	76'000

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
	2009	2010	2011	abs.	%
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt					
30 Personalaufwand	26'229.5	26'994.8	25'324.9	-1'669.9	-6.2
31 Sachaufwand	31'238.1	32'952.3	37'760.8	4'808.4	14.6
33 Abschreibungen Finanzvermögen	76.9	80.2	90.2	10.0	12.5
36 Eigene Beiträge	616.3	913.0	374.0	-539.0	-59.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	58'160.9	60'940.3	63'549.8	2'609.5	4.3
42 Vermögenserträge	-0.4	0.0	0.0	0.0	0.0
43 Entgelte	-14'674.0	-12'334.7	-14'975.4	-2'640.7	-21.4
46 Beiträge für eigene Rechnung	-1'088.0	-1'000.0	-1'036.0	-36.0	-3.6
4 Ertrag	-15'762.3	-13'334.7	-16'011.4	-2'676.7	-20.1
Ordentlicher Nettoaufwand	42'398.5	47'605.6	47'538.4	-67.2	-0.1
davon Produktgruppe(n):					
Einwohner- und Zivilstandsamt	3'500.2	3'705.0	3'388.4	-316.6	-8.5
Gefängnisse	10'336.7	12'466.8	11'740.9	-725.9	-5.8
Migrationsamt	3'624.2	4'231.6	4'391.2	159.6	3.8
Stabs- und Rechtsdienste	168.5	242.7	291.0	48.3	19.9
Strafen und Massnahmen	24'768.9	26'959.5	27'727.0	767.6	2.8
5 Ausgaben Investitionen	843.0	0.0	0.0	0.0	0.0
6 Einnahmen Investitionen	-1'572.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV (NIV)	-729.0	0.0	0.0	0.0	0.0

Kommentar

- Die Abweichung von 4.8 Mio. Fr. im Vergleich zum Budget 2010 lässt sich mehrheitlich wie folgt begründen: Das Strafvollzugskonkordat der Nordwest- und Innerschweiz erhöht ab 2011 den Kostgeldtarif für den Strafvollzug um durchschnittlich 10.8% bzw. für den Massnahmenvollzug um durchschnittlich 12.2%, was eine Kostensteigerung von 1.9 Mio. Fr. zur Folge hat. Durch die Auslagerung der Sicherheitsüberwachung (Kommandozentrale „K4“) im Untersuchungsgefängnis verlagern sich Kosten in Höhe von 0.6 Mio. Fr. vom Personal- zum Sachaufwand. Ebenfalls werden, gemäss den kantonalen Finanzrichtlinien, bestehende Sicherheitsdienstleistungen im Ausschaffungsgefängnis in der Höhe von 1.3 Mio. Fr. vom Personal zum Sachaufwand verlagert. Mit dem Modellwechsel der kantonalen Umlagen zur budgetrelevanten Weiterverrechnung von Dienstleistungen (Telekommunikation, Informatik und Finanzdienstleistungen) entstehen höhere Sachaufwendungen von 0.7 Mio. Fr. Durch die Produktion der neuen Ausländerausweise entstehen höhere Sachaufwendungen von 0.1 Mio. Fr.
- Eine höhere Auslastung der Gefängnisse und eine Anpassung des Vollzugsangebots im Vollzugszentrum Klosterfriehten ergeben Mehreinnahmen bei den Pensionstaxen von 1.6 Mio. Fr. Die Gebührenerhöhung beim Ausländerausweis bringt Mehreinnahmen von 0.8 Mio. Fr.

Migrationsamt

Das Ausländerrecht unterliegt laufend Veränderungen, die von den kantonalen Migrationsämtern in der Praxis umgesetzt werden müssen. Geplant sind u.a. Änderungen im Ausländergesetz zur eingehenderen Überprüfung der Integrationsbedingungen für die Erteilung der Niederlassungsbewilligung. Namentlich den ausreichenden Sprachkenntnissen wird künftig ein erhöhtes Gewicht beigemessen.

Mit der Einführung der Eidgenössischen Strafprozessordnung per 1. Januar 2011 werden die bis Ende 2010 geltenden kantonalen Bestimmungen über den Rechtsstillstand an Sonntagen ausser Kraft gesetzt. Das Migrationsamt hat deshalb seinen Betrieb zur Gewährleistung der Strafverfolgung im Ausländerrecht neu auf sieben Wochentage auszurichten.

Bisher waren aus Osteuropa nur Spezialisten auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt zugelassen. Mit der EU-Osterweiterung und der von der Schweiz per 1. Mai 2011 vorgesehenen Aufhebung des Kontingents (ohne Bulgarien und Rumänien) ist mit einer Zunahme von Einreise- und Arbeitsbewilligungen zu rechnen. Diese Entwicklung hatte sich bereits bei der Öffnung für die EU15-Länder gezeigt.

Das eidgenössische Bürgerrechtsgesetz befindet sich derzeit in einer Totalrevision. Das neue Bundesgesetz soll nach den Plänen des Bundesrates Mitte 2011 in Kraft treten. Im Hinblick darauf gilt es auch die kantonalen Bürgerrechtserlasse zu überarbeiten und soweit erforderlich dem eidgenössischen Gesetz anzupassen.

Strafvollzug und Gefängnisse

Die Personenschutz- und Funkgeräte der Gefängnisse müssen nach einer Betriebsdauer von zehn bzw. zwölf Jahren ersetzt werden, nachdem der Unterhalt nicht mehr sichergestellt werden kann. Das vorgesehene Nachfolgemodell hat sich bereits bei den Rettungs- und Sicherheitsdiensten bewährt, bietet einen optimalen Schutz der Mitarbeitenden und entspricht der neusten Technologie. Es erleichtert in Notfällen den Kontakt mit den Rettungs- und Sicherheitsdiensten.

Der Ersatz sämtlicher Fenster im Insassenbereich des Untersuchungsgefängnisses (Zellen, Aufenthaltsräume usw.) wird ab 2011 erforderlich. Der Umbau unter Federführung des Bau- und Verkehrsdepartementes bildet für das Gefängnis eine grosse Herausforderung. So müssen stationsweise Ausgliederungen vorgenommen und externe Unterbringungen der Insassen sowie erhöhte Sicherheitsmassnahmen realisiert werden.

Der Bedarf an Vollzugsplätzen für verurteilte Straftäter wird auch im 2011 hoch bleiben. Dies hat nicht nur Auswirkungen auf die Ausgaben der Vollzugsbehörden, sondern führt mangels genügender Vollzugsplätze auch zu einem Rückstau in den Bezirks- und Untersuchungsgefängnissen. Zwar zeigt ein Mehrjahresvergleich, dass zyklische Schwankungen für den Strafvollzug normal sind und nicht zu übereilten Infrastrukturprojekten führen sollten. Ein offensichtlicher Mehrbedarf nach zusätzlichen Unterbringungsmöglichkeiten besteht aber im Bereich der therapeutischen Massnahmen gemäss Art. 59 StGB. Eine nachhaltige Verbesserung dieses Platzangebotes soll im Verbund des Strafvollzugskonkordats der Nordwest- und Innerschweiz gefunden werden. Im Vollzugszentrum Klosterfiechten werden zudem fünf Plätze für den offenen Massnahmenvollzug eingerichtet. Die Schaffung dieses Zusatzangebotes entspricht dem Bedarf von Gerichten und Einweisungsbehörden und führt gleichzeitig zu einer besseren Auslastung des Vollzugszentrums, nachdem die Belegung im offenen Strafvollzug (Halbgefangenschaft und Arbeitsexternat) rückläufig ist.

Staatsanwaltschaft

JSD-520

Aufgrund von Anzeigen, von Amtes wegen oder auf Ersuchen auswärtiger Strafverfolgungsbehörden untersucht die Staatsanwaltschaft Sachverhalte hinsichtlich ihrer strafrechtlichen Relevanz. Die Ermittlungen betreffen sowohl die Fälle der allgemeinen Kriminalität wie auch der Wirtschafts- oder Jugendkriminalität. Die Sachverhaltsfeststellungen dienen der Initiierung und als Grundlage eines strafrechtlichen Verfahrens und des Entscheides über den Abschluss des Vorverfahrens durch die Staatsanwaltschaft in Form einer Anklageerhebung oder eines Einstellungsbeschlusses. Im Bereich der Jugendkriminalität werden von der Jugendanwaltschaft auch erstinstanzliche Urteile gefällt.

Durch eine materiell und formell korrekte, rechtsgenügende und zeitgerechte Feststellung des relevanten Sachverhalts und eine entsprechende Darstellung und Bewertung des Ermittlungsergebnisses in Anklagen oder Einstellungsbeschlüssen leistet die Staatsanwaltschaft einen wesentlichen Beitrag zur Kriminalitätsbekämpfung und im Bereich des Straf- und Strafprozessrechts zur Rechtssicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrheitsfindung.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Stawa Entscheide	6.5 Strafverfolgung
Stawa Ermittlungen	6.5 Strafverfolgung

Tätigkeiten und Projekte

Am 1. Januar 2011 treten die Schweizerische Strafprozessordnung und die Jugendstraafprozessordnung sowie die entsprechenden kantonalen Einführungsgesetze mit den zugehörigen Verordnungen in Kraft, welche teilweise erhebliche organisatorische, personelle, räumliche und informatikspezifische Veränderungen bei der Staatsanwaltschaft zur Folge haben. Die Umsetzung dieser Neuerungen, dabei insbesondere die Einführung der Strafbefehlskompetenz und der Wechsel der Beurteilung aller Übertretungen sowie der Privatklagedelikte vom Strafgericht zur Staatsanwaltschaft, ist ab 1. Januar 2011 sicherzustellen und im Laufe des Jahres wo nötig zu optimieren.

ANMERKUNG Die Staatsanwaltschaft steht unter der Aufsicht des Regierungsrates. Diese beschränkt sich auf die administrativen Abläufe. Die Strafverfolgungstätigkeit der Staatsanwaltschaft ist hingegen der Aufsicht des Regierungsrates entzogen. Der Verkehr zwischen dem Regierungsrat und der Staatsanwaltschaft wird durch das Justiz- und Sicherheitsdepartement vermittelt (§50 GOG).

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	106.3	105.0	107.6	108.5	230.2	1
Gesamtzahl der Strafanzeigen	Anz	23'149	23'783	22'672			
Hiervon Gewaltdelikte	Anz	1'193	1'175	1'364			
Ausländeranteil Kriminalität	%	54	55	58			
Rückstände	Anz	692	512	440			2

Kommentar

- 1 Siehe Kommentar 1 bei den Finanzzahlen.
- 2 Die Rückstände umfassen Verfahren, deren Einleitung mehr als sechs Monate zurückliegt.

Finanzen

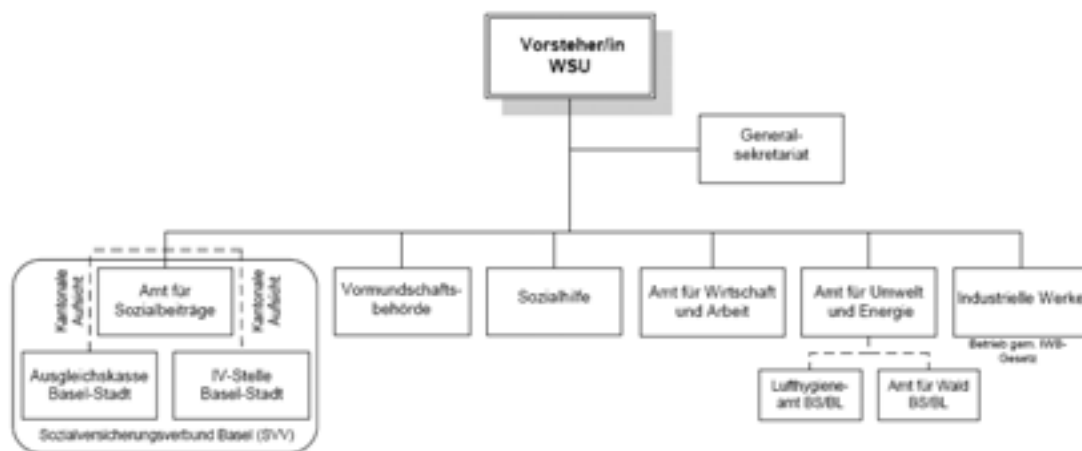
in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10		
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2009	2010	2011	abs.	%	
30 Personalaufwand	17'595.9	18'227.7	35'424.8	17'197.0	94.3	1
31 Sachaufwand	5'792.9	5'679.3	7'848.1	2'168.9	38.2	2
33 Abschreibungen Finanzvermögen	194.5	180.0	2'460.0	2'280.0	1'266.7	3
36 Eigene Beiträge	0.0	0.0	3'600.0	3'600.0	0.0	4
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	23'583.4	24'087.0	49'332.9	25'245.9	104.8	
43 Entgelte	-3'737.1	-3'642.8	-12'636.3	-8'993.5	-246.9	5
46 Beiträge für eigene Rechnung	0.0	0.0	-600.0	-600.0	0.0	6
4 Ertrag	-3'737.1	-3'642.8	-13'236.3	-9'593.5	-263.4	
Ordentlicher Nettoaufwand	19'846.3	20'444.3	36'096.6	15'652.4	76.6	
davon Produktgruppe(n):						
Stawa Entscheide	367.9	660.7	1'082.7	422.0	63.9	
Stawa Ermittlungen	19'478.4	19'783.6	35'013.9	15'230.3	77.0	

Kommentar

- 1 Der erhöhte Personalaufwand ergibt sich aufgrund der folgenden Umsetzungsmassnahmen zu den neuen Schweizerischen Strafprozessordnungen (StPO und JStPO): Die Schaffung zusätzlicher Stellen (17.15 Stellen) dient zur Deckung der neuen Aufgabengebiete und Mehraufwendungen. Der Transfer der 97 Stellen von der Kantonspolizei (detachierte Korpsangehörige) und der 7.5 Stellen vom Strafgericht bzw. Erziehungsdepartement stehen auch im gleichen Zusammenhang.
- 2 Mit Inkrafttreten der neuen Schweizerischen Strafprozessordnungen (StPO und JStPO) entstehen höhere Sachaufwendungen von 1.8 Mio. Fr. Mit dem Modellwechsel der kantonalen Umlagen zur budgetrelevanten Weiterverrechnung von Dienstleistungen (Telekommunikation-, Informatik- und Finanzdienstleistungen) entstehen höhere Sachaufwendungen von 0.3 Mio. Fr.
- 3 Aufgrund der Einführung der neuen Schweizerischen Strafprozessordnung (StPO) wurden vom Strafgericht nicht nur Einnahmen (FDK 43) sondern auch die Debitorenverluste (FDK 33) in Höhe von 2.3 Mio. Fr. an die Jugendanwaltschaft transferiert.
- 4 Vom Erziehungsdepartement sind aufgrund der neuen Schweizerischen Jugendstrafprozessordnung (JStPO) Beiträge der Abteilung Kindes- und Jugendschutz in Höhe von 3.6 Mio. Fr. an die Jugendanwaltschaft transferiert worden.
- 5 Die Mehreinnahmen resultieren durch zusätzliche Aufgaben infolge der neuen Schweizerischen Strafprozessordnungen (StPO und JStPO), unter anderem Einführung der Strafbefehlskompetenz und Wechsel der Beurteilung aller Übertretungen sowie der Privatklagedelikte.
- 6 Der Bundesbeitrag für Staatsschutzaufgaben wird von der Kantonspolizei zur Staatsanwaltschaft übertragen (0.6 Mio. Fr.).

4.2.7 Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt

WSU-801	Generalsekretariat WSU	226
WSU-806	Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)	229
WSU-807	Amt für Sozialbeiträge	232
WSU-821	Vormundschaftsbehörde	234
WSU-822	Sozialhilfe	236
WSU-831	Amt für Umwelt und Energie	238



Finanzen Departement

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10		A
	2009	2010	2011	abs.	%	
30 Personalaufwand	92.5	100.6	102.7	2.1	2.1	1
31 Sachaufwand	48.6	47.1	56.3	9.2	19.6	2
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.9	0.9	0.8	-0.1	-10.0	
36 Eigene Beiträge	495.5	549.8	568.9	19.1	3.5	3
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	26.7	20.1	19.1	-1.0	-5.0	4
Total Aufwand	664.3	718.5	747.9	29.4	4.1	
41 Regalien und Konzessionen	0.0	0.0	0.0	0.0	-7.1	
42 Vermögenserträge	-1.1	-1.2	-1.1	0.1	10.0	
43 Entgelte	-86.7	-86.2	-86.1	0.1	0.1	
46 Beiträge für eigene Rechnung	-175.1	-173.0	-178.4	-5.5	-3.2	5
48 Entnahmen a.Spez.Finanzierungen	-7.6	-11.2	-13.9	-2.7	-24.0	6
Total Ertrag	-270.6	-271.6	-279.6	-7.9	-2.9	
Ordentlicher Nettoaufwand Departement	393.7	446.9	468.3	21.5	4.8	
5 Ausgaben Investitionen	6.1	0.0	0.0	0.0	0.0	
6 Einnahmen Investitionen	-0.5	0.0	0.0	0.0	0.0	
Nettoinvestitionen VV (NIV)	5.6	0.0	0.0	0.0	0.0	

Kommentar

- A Die vom Regierungsrat beschlossene lineare Kürzung gegenüber Budget 2010 ergab für das WSU eine Reduktion von rund 1.5 Mio. Franken. Diese Kürzung wurde den Dienststellen des WSU ebenfalls in linearer Form weitergegeben, die Auswirkungen vermischen sich mit anderen Veränderungen und verteilen sich auf die einzelnen FDK-Positionen.
- Der gegenüber Budget 2010 höhere Personalaufwand ist praktisch vollständig auf die Übernahme des Wohnheims Burgfelderstrasse (ASB) vom GD zurückzuführen (4 Mio. Franken). In geringem Masse wirkt sich auch bereits die Anpassung der Vormundschaftsbehörde an das neue Erwachsenenschutzgesetz aus (0.2 Mio. Franken). Die Reduktionen betragen insgesamt 2.3 Mio. Franken. Sie ergaben sich in der Sozialhilfe (tiefere Fallzahlen, Verschiebung von internen zu externen Personalressourcen) sowie in allen Dienststellen durch die lineare Vorgabenkürzung sowie die Neuberechnung im Bereich der Familienausgleichskasse.
 - Die wesentlichsten Positionen die zur Zunahme gegenüber dem Vorjahresbudget geführt haben, sind die gesamtkantonale Systemänderung im Bereich Umlagen zu Verrechnungen (2.3 Mio. Franken), höhere Kosten für Projekte, die aus dem Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit refinanziert werden (2.2 Mio. Franken), Verschiebung von Kostenzuordnungen gegenüber Vorjahr bei der Sozialhilfe (30 zu 31 und 36 zu 31, 2.4 Mio. Franken), Übernahme Wohnheim Burgfelderstrasse (0.9 Mio. Franken).
 - Eine auf gesamtkantonaler Ebene neutrale Verschiebung (WSU/Amt für Sozialbeiträge zum Gesundheitsdepartement) von Bundeseinnahmen im Bereich der Ergänzungsleistungen wirkt sich beim WSU mit einer Aufwandsteigerung von rund 17 Mio. Franken gegenüber Budget 2011 aus. Den Kostensteigerungen von je rund 2 Mio. Franken bei Ergänzungsleistungen und Prämienverbilligung, 2.8 Mio. Franken bei der Behindertenhilfe und 0.5 Mio. Franken höherem Betriebskostenbeitrag an die Abwasserreinigungsanlage ARA (Vorbereitung Projekt Nitrifikation/Denitrifikation), stehen Kostenreduktionen bei den Risikobeiträgen an Krankenkassen von 2.3 Mio. Franken und bei der Sozialhilfe (Rückgang Fallzahlen, Verschiebung zu Pos. 31) in Höhe von 3.8 Mio. Franken gegenüber.
 - Durch die Herabsetzung des Bundesbeitrages verringert sich beim Amt für Umwelt und Energie AUE die Einlage in die Förderabgabe gegenüber Budget 2010 um 1.0 Mio. Franken.
 - Die verglichen mit dem Budget 2010 höheren Beiträge sind praktisch vollständig auf die Übernahme des Wohnheims Burgfelderstrasse zurückzuführen (4.8 Mio. Franken, siehe auch Pos. 30 / 31). In geringem Masse wirken sich die, entsprechend den leicht gestiegenen Sozialleistungen, erhöhten Bundesbeiträge aus.
 - Entsprechend den höheren Kosten für Projekte (siehe Pos. 31) steigt die Entnahme aus dem Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahresbudget. Zudem bewirkt die gesamtkantonale Systemänderung im Bereich Umlagen zu Verrechnungen eine geringere Refinanzierung aus den dem AUE zugeordneten Fonds.

Generalsekretariat WSU

WSU-801

Das Generalsekretariat berät und unterstützt den Departementsvorsteher. Es stellt die Geschäftsabwicklung mit dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, dem Regierungsrat und den übrigen Departementen sicher. Departementsintern sorgt es für koordinierte und zielgerichtete Abläufe. Mit zentralen Stabsleistungen in den Bereichen Personal, Finanzen und Controlling, Informatik und Recht unterstützt es den Departementsvorsteher und die Dienststellen des Departementes für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU), damit das Departement leistungsfähig ist und die gesetzlichen und politischen Vorgaben erfolgreich umsetzen kann.

Fachlich zuständig ist das Generalsekretariat auch für das Dossier Luftverkehr. Im Zentrum steht das Geltendmachen der Interessen des Kantons Basel-Stadt im Hinblick auf eine wirtschaftlich und betrieblich stabile Entwicklung des EuroAirports unter Berücksichtigung der Schutzbedürfnisse der Anwohnerschaft des Flughafens. Darüber hinaus betreut das Generalsekretariat das Verhältnis des Kantons zur Basler Personenschiffahrts-Gesellschaft (BPG). Generell stellt das Generalsekretariat das Beteiligungsmanagement für die dem WSU zugeordneten Betriebe (insbesondere die Industriellen Werke Basel IWB sowie die Schweizerischen Rheinhäfen SRH) sicher und nimmt die Eigentümerinteressen gegenüber diesen selbstständigen Einheiten wahr.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Beteiligungen Betriebe	7.1 Wirtschaft und Arbeitsmarkt
Unterstützungsleistungen WSU	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation

Tätigkeiten und Projekte

Ab Mitte 2010 startete die zentrale Informatik WSU. Den Dienststellen steht damit ein kompetenter Dienstleister zur Verfügung, der sein Angebot auf der Grundlage eines Pflichtenhefts und eines Service Level Agreements erbringt. Im Budgetjahr werden die ersten Erfahrungen ausgewertet und als notwendig erachtete Änderungen an den Grundlagen vorgenommen. Das im Herbst 2010 für das Generalsekretariat, die Vormundschaftsbehörde und das Amt für Sozialbeiträge implementierte neue elektronische Zeiterfassungssystem wird Anfang des Budgetjahres auf alle Dienststellen ausgerollt.

Beteiligungen Betriebe

Im Budgetjahr stehen weitere intensive Arbeiten zur Definition der künftigen Entwicklung der Schweizerischen Rheinhäfen (SRH) an. Zum einen geht es um die Perspektiven der Hafen- und Stadtentwicklung in Kleinhüningen, zum anderen um die Positionierung der SRH in der Kooperation mit den Oberrheinhäfen in Deutschland und Frankreich sowie mit weiteren Partnern in der Schweiz.

Im Schifffahrtsbereich soll sodann die Stärkung der Basler Personenschiffahrt (BPG) weiter vorangetrieben werden, dies insbesondere im Hinblick auf eine mögliche breitere Abstützung des Angebots sowie der Sichtbarkeit des Unternehmens in der Stadt Basel.

Die Industriellen Werke Basel (IWB) stehen im Budgetjahr im zweiten Geschäftsjahr nach ihrer Ver selbstständigung. Wesentliche Aufgabe hier wird die Umsetzung der im Leistungsauftrag festgelegten Zielsetzungen unter Führung des IWB-Verwaltungsrats sein. Darüber hinaus muss die Vorbereitung der anfallenden Tarifgenehmigungen insbesondere im Strombereich sichergestellt werden.

In Bezug auf den EuroAirport wird auch im Budgetjahr die Lösung der Fragen im Bereich des am EuroAirport gültigen Arbeits- und Steuerrechts ein zentrales Thema sein. Die Verhandlungen mit Frankreich werden weiterhin eng begleitet werden. Ein zweiter Schwerpunkt bleibt die Flankierung des Flughafenbetriebs mit Massnahmen zum Lärm- und Umweltschutz.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	14.5	15.4	23.65	25.6	29.7	¹
Eingegangene Rekurse	Anz	246	199	267	260	320	²
Anteil Standard PC-Arbeitsplätze im WSU	%	97.0	97.0	100.0	95.0	99.0	
Anteil Rekursentscheide innert drei Monaten nach Eintreffen	%	78.0	76.0	71.0	80.0	80.0	
Passagieraufkommen EuroAirport (in Mio.)	Anz	4.27	4.26	3.85	3.80	4.0	

Kommentar

- 1 Aufgrund der Zentralisierung der Informatik im WSU wurde der für die neue IT WSU im Generalsekretariat erforderliche Headcount von den Dienststellen ins Generalsekretariat transferiert.
- 2 Trend geht ungebrochen nach oben, mit der Regierungs- und Verwaltungsreorganisation RV09 wurden Rekurse aus den Bereichen Vormundschaftsrecht, Umweltrecht/Energierecht neu übernommen. Eine Reduktion kann erwartet werden, wenn mit dem neuen Erwachsenenschutzrecht (Vormundschaftsrecht) des Bundes die Funktion des WSU als vormundtschaftliche Aufsichts- und Rekursbehörde entfällt.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10		
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2009	2010	2011	abs.	%	
30 Personalaufwand	3'502.6	4'415.0	4'980.6	565.5	12.8	¹
31 Sachaufwand	2'356.3	2'546.0	6'291.8	3'745.8	147.1	²
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.3	0.0	0.0	0.0	0.0	
36 Eigene Beiträge	260.0	475.0	475.0	0.0	0.0	
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	6'119.2	7'436.0	11'747.4	4'311.4	58.0	
43 Entgelte	-621.0	-11'140.5	-11'695.5	-555.0	-5.0	
46 Beiträge für eigene Rechnung	-2'800.0	-2'800.0	-2'800.0	0.0	0.0	
4 Ertrag	-3'421.0	-13'940.5	-14'495.5	-555.0	-4.0	
Ordentlicher Nettoaufwand	2'698.1	-6'504.5	-2'748.1	3'756.4	57.8	
davon Produktgruppe(n):						
Luft- und Rheinschiffahrt	-2'537.2	-13'244.5	-13'243.6	0.9	0.0	
Unterstützungsleistungen WSU	5'235.3	6'740.0	10'495.5	3'755.5	55.7	

Kommentar

- 1 Durch die Zentralisierung der IT WSU entstehen beim Generalsekretariat höhere Personalkosten. Diese sind jedoch auf Departementsebene kostenneutral, da die entsprechenden Mittel von den Dienststellen WSU ins Generalsekretariat verschoben wurden.
- 2 Analog wie beim Personalaufwand steigen auch die Sachkosten im Budget des Generalsekretariats aufgrund der neuen zentralen IT. Die Finanzierung erfolgt ebenfalls durch Budgettransfer von den Dienststellen mit Kostenneutralität auf Stufe Departement.

Unterstützungsleistungen

Die vom Generalsekretariat erbrachten Unterstützungsleistungen sind möglichst effektiv und orientiert an den Bedürfnissen der in- und externen Kundinnen und Kunden auszurichten. Dazu gehört insbesondere die Ausfertigung von Rekursentscheiden innert angemessener Frist, ein professionelles Personalmanagement auf Basis der vom Regierungsrat festgelegten Human Resource Management Standards, ein präzises Finanz- und Rechnungswesen sowie die Gewährleistung einer leistungsfähigen und sicheren Informationstechnik im Departement im Rahmen der kantonalen Vorgaben. Grosse Bedeutung hat die prozessuale und betriebswirtschaftliche Unterstützung des Vorstehers im Rahmen der Eignersteuerung der dem WSU zugeordneten selbstständigen Betriebe und Organisationen.

Das Budgetjahr wird das erste volle Betriebsjahr für die 2010 zusammengelegte zentrale Informatik WSU sein. Hier gilt es die etablierten Supportprozesse zu überprüfen und auf Basis der aktuellen

Betriebserfahrungen zu optimieren. Ab Start des Budgetjahrs wird das WSU zudem über eine standardisierte Zeitwirtschaftslösung verfügen, was neue Anforderungen an die Personalabteilung stellt. Die Einführung im WSU dient als Grundlage für die künftige Übernahme des Systems im ganzen Kanton. Ein wichtiger Schwerpunkt ist die Weiterentwicklung des Management-Informationssystems (MIS) auf Basis einer neuen IT-Plattform. Im Rahmen der gesamtkantonalen Migration auf die nächste Version des Geschäftskontrollsystems CMI Konsul wird im Generalsekretariat die elektronische Aktenführung systematisiert.

Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)

WSU-806

Das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) ist für Arbeitgebende, Arbeitnehmende und Arbeitsuchende die zentrale Anlaufstelle in Basel-Stadt.

Das AWA bewilligt die Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften, je nach Herkunft mit Zustimmung der Bundesbehörden, und erarbeitet die Grundlagen der kantonalen Wirtschafts-, Tourismus- und Medienpolitik. Es fördert die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Basel.

Stellensuchende und arbeitslose Menschen werden vom AWA beraten und vermittelt. Die Unterstützung erfolgt finanziell (Arbeitslosenversicherung) und mit Massnahmen zur Verbesserung der Qualifikation.

Das AWA berät und kontrolliert Arbeitgebende bezüglich Gesundheitsschutz, Arbeitssicherheit und Einhaltung der Arbeitszeiten. Es bewilligt verlängerte Ladenöffnungszeiten sowie Sonntags- und Nachtarbeit. Das AWA ist zuständig für den gewerbmässigen Personalverleih und die private Arbeitsvermittlung, für die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit und die Bekämpfung der Schwarzarbeit. Arbeitgebende und Arbeitnehmende erhalten Beratung in Fragen des Einzel- und Gesamtarbeitsvertrages. Das AWA berät und schlichtet bei Arbeitskonflikten.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Eingliederung in Arbeitsmarkt	7.1 Wirtschaft und Arbeitsmarkt
Rahmenbedingungen Arbeitsmarkt	7.1 Wirtschaft und Arbeitsmarkt
Standortförderung Wirtschaft	7.1 Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Tätigkeiten und Projekte

Das AWA will sich im Jahr 2011 als familienfreundliches Unternehmen zertifizieren lassen, um auch in Zukunft für gute Arbeitskräfte ein attraktiver Arbeitgeber zu sein. Nach einer ersten Analyse im Jahr 2010 werden einige Massnahmen bis Mitte 2011 umgesetzt werden, z.B. Telearbeit, flexible Arbeitszeiten wie Jahresarbeitszeit oder bessere Berücksichtigung von Erziehungsarbeit bei Neuanstellungen usw.

Das bereits für einige Arten von Arbeitsbewilligungen bestehende Angebot der elektronischen Gesuchseingabe soll im Budgetjahr auf andere Bewilligungsarten ausgedehnt werden.

Auch wenn die Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig sinken wird, werden im Bereich des Vollzugs der Arbeitslosenversicherung vakant werdende Stellen nur noch sehr zurückhaltend besetzt werden, um den Personalbestand im Hinblick auf einen weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit zu senken.

Eingliederung in den Arbeitsmarkt

Der Bundesrat möchte die Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes per 1. Januar 2011 in Kraft setzen, vorausgesetzt, die Vorlage wird in der Referendumsabstimmung angenommen. Im Vollzug werden einige Anpassungen vorzunehmen sein.

Es kann im Verlauf des Budgetjahres mit sinkenden Arbeitslosenzahlen gerechnet werden. Die Qualifikation und Integration von schwer vermittelbaren Personen in der Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe bleibt aber schwierig und sehr aufwändig. Die Qualifikations- und Integrationsmassnahmen sind den Bedingungen des Arbeitsmarktes anzupassen, es wird wahrscheinlich ein erhöhter Bedarf an einfacheren Tätigkeiten entstehen. Die vom Bund beschlossenen Sondermassnahmen zur Bewältigung der Konjunkturkrise werden noch bis Ende 2011 weitergeführt. Dies sind zusätzliche Einarbeitungszuschüsse für Junge, Weiterbildung nach dem Lehrabschluss und während der Kurzarbeit.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011
Vollzeitstellen (inkl. refinanzierte Stellen 100%)	Anz	177.0	173.5	180.77	189.1	180.34
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	56.1	57.3	55.4	60.5	60.5
Firmengespräche	Anz	15	15	13	15	15
Wirkungsindikator gemäss der AVIG-Vereinbarung mit dem seco	%	85	83	99	94	100
Stellensuchende (Jahresdurchschnitt)	Anz	4'665	4'340	5'356	7'500	5'700
Berufsunfälle auf 1000 Beschäftigte pro Jahr	Anz	48	46	folgt	50	45
Erhebung der Lohn- und Arbeitsbedingungen	Anz	797	1'481	1'176	800	530

Kommentar

- 1 Die Ergebnisse für das Jahr 2009 sind voraussichtlich im Juni 2011 erhältlich.
- 2 Aufgrund einer neuen Zählweise reduzierte sich die Anzahl der Kontrollen für 2010 auf 530. Mit einer Erhöhung für das Jahr 2011 ist nicht zu rechnen.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%
30 Personalaufwand	21'876.1	24'827.4	24'534.9	-292.6	-1.2
31 Sachaufwand	10'454.4	10'639.3	12'860.1	2'220.8	20.9
33 Abschreibungen Finanzvermögen	30.7	31.6	32.5	0.9	2.8
36 Eigene Beiträge	7'008.4	8'793.3	8'423.6	-369.7	-4.2
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	8'094.5	8'095.0	8'095.0	0.0	0.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	47'464.1	52'386.6	53'946.0	1'559.4	3.0
43 Entgelte	-5'732.7	-4'054.8	-4'254.0	-199.2	-4.9
46 Beiträge für eigene Rechnung	-16'924.0	-18'003.0	-17'398.4	604.6	3.4
48 Entnahmen a.Spez.Finanzierungen	-5'820.3	-9'394.9	-12'286.0	-2'891.1	-30.8
4 Ertrag	-28'476.9	-31'452.8	-33'938.4	-2'485.7	-7.9
Ordentlicher Nettoaufwand	18'987.2	20'933.8	20'007.6	-926.2	-4.4
davon Produktgruppe(n):					
Eingliederung in Arbeitsmarkt	13'159.8	14'424.9	13'694.5	-730.4	-5.1
Rahmenbedingungen Arbeitsmarkt	2'006.8	2'568.6	2'287.2	-281.4	-11.0
Standortförderung Wirtschaft	3'820.6	3'940.3	4'025.9	85.6	2.2

Kommentar

- 1 Der Sachaufwand steigt aufgrund höherer Kosten für neue Projekte, welche durch den Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit finanziert werden.
- 2 Die für 2010 budgetierten vakanten Stellen im Bereich des Arbeitslosenversicherungsgesetzes wurden nicht vollumfänglich besetzt und sind im Budget 2011 wieder reduziert worden. Dadurch fallen die Verwaltungskosten, die dem Bund verrechnet werden, entsprechend tiefer aus.

Rahmenbedingungen Arbeitsmarkt

Der Bedarf der Schlüsselbranchen nach qualifizierten Arbeitskräften ist nach wie vor hoch. Dieser kann oftmals nur mit Personen von ausserhalb Europas gedeckt werden. Das AWA setzt sich dafür ein, dass die erforderlichen Arbeitsbewilligungen, welche zahlenmässig begrenzt sind, erteilt werden können. Die Arbeitsmarktbeobachtung im Rahmen der flankierenden Massnahmen sowie die Schwarzarbeitsbekämpfung bilden weiterhin einen Schwerpunkt. In beiden Bereichen bestehen Leistungsvereinbarungen mit dem Bund, die für das Budgetjahr aktualisiert werden. Der zusammen mit den Sozialpartnern ausgearbeitete Pilotversuch für vier Sonntagsverkäufe konnte im Herbst 2009 gestartet werden und wird bis Frühling 2011 dauern. Die Geschäfte werden durch das Statistische

Amt insgesamt viermal befragt. Gestützt auf das Ergebnis soll dem Grossen Rat noch im Budgetjahr eine Revision des kantonalen Gesetzes über öffentliche Ruhetage und Ladenöffnungen vorgelegt werden.

Standortförderung Wirtschaft

Die KMU-Entlastung inklusive Regulierungsfolgenabschätzung wird gemäss dem revidierten Standortförderungsgesetz umgesetzt. Das Technologiecenter im Stüchi Business Parc soll Ende 2010 eröffnet werden. Gleichzeitig wird mit einer Machbarkeitsstudie geklärt, ob mittelfristig auf dem Klybeckareal in Zusammenarbeit mit den Unternehmen der chemischen und der pharmazeutischen Industrie ein Technologiepark konzipiert werden soll. Das AWA beteiligt sich aktiv an der Erarbeitung eines Teilrichtplans für das Hafengebiet Klybeck. Zwischen BaselArea und dem Kanton Aargau wird eine Kooperation für das Fricktal vereinbart und umgesetzt. Die Innovationsförderung i-net BASEL wird auf andere Nordwestschweizer Kantone ausgedehnt; diese beteiligen sich an den Kosten des Programms und erhalten volle Mitsprache. Für die Förderung der Kreativwirtschaft wird unter externer inhaltlicher Führung ein Konzept erarbeitet. Für die Periode 2011 bis 2013 ist die Finanzierung dank Mitteln des Standortförderungsfonds sichergestellt.

Amt für Sozialbeiträge

WSU-807

Das Amt für Sozialbeiträge (ASB) ist Berechnungs- und Auszahlungsstelle für die Ergänzungsleistungen und die kantonalen Beihilfen zur AHV und IV, die Prämienverbilligung sowie die individuellen Mietzinsbeiträge nach kantonalem und eidgenössischem Recht. Es stellt sicher, dass die im Kanton Basel-Stadt krankenversicherungspflichtigen Personen versichert sind. Ebenfalls leistet das ASB Bevorschussung und Inkassohilfe für Alimente.

Im Rahmen des Opferhilfegesetzes (OHG) berechnet und zahlt das ASB die Entschädigungs- und Genugtuungsleistungen an Opfer von Straftaten aus.

Das ASB ist zudem zuständig für die Behindertenhilfe, d.h. für Planung und Sicherstellung eines bedarfsgerechten Leistungsangebotes für erwachsene Menschen mit Behinderung, und betreibt auch die kantonalen Wohnheime und Tageszentren.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Bedarfsabhängige Sozialleistungen	7.2 Soziale Sicherheit
Behindertenhilfe	7.2 Soziale Sicherheit

Tätigkeiten und Projekte

Das ASB arbeitet im Rahmen des Sozialversicherungsverbundes Basel-Stadt (SVV) eng mit der kantonalen Ausgleichskasse und der IV-Stelle zusammen. Der SVV startete im Jahr 2009 seine Zusammenarbeit auf reglementarischer Ebene. Im Rahmen von Weiterentwicklungen der EDV für Ergänzungsleistungen, Prämienverbilligungen und Mietzinsbeiträge sollen Synergien insbesondere zwischen der Ausgleichskasse und dem ASB realisiert werden. Dabei werden auch die Abläufe optimiert, indem ein System mit Front- und Back-Offices eingeführt wird. Dadurch sollen die Kundenorientierung, die Erreichbarkeit, die Stellvertretungsregelung und die Qualität weiter gesteigert werden.

Bedarfsabhängige Sozialleistungen

Verschiedene Faktoren erschweren die Budgetierung der bedarfsabhängigen Sozialleistungen für 2011: So scheinen sich seit der Harmonisierung der Sozialleistungen auf Anfang 2009 die Bezugsquoten (Anteil Leistungsbeziehende an den Leistungsberechtigten) zu erhöhen. Zudem sind die konjunkturellen Auswirkungen auf die Sozialausgaben derzeit besonders schwer abzuschätzen. Beim Budgetposten Prämienverbilligung schlägt sich die ungebremsste Kostenentwicklung im Gesundheitswesen auch im Budget 2011 nieder. Sobald es die finanzielle Lage zulässt, will der Regierungsrat die Umsetzung seiner Beschlüsse zur Verbesserung der Situation von Working-Poor-Familien vorantreiben (siehe Stellungnahme vom 3. Februar 2010 zum Anzug Rita Schiavi Schäppi betreffend Einführung einer ergänzenden Kinderzulage).

Behindertenhilfe

Die Regierungen von Basel-Stadt und Basel-Landschaft haben Ende 2009 partnerschaftlich ein neues Behindertenkonzept verabschiedet, das sie in den nächsten Jahren zusammen umsetzen wollen. Im Budgetjahr sollen die rechtlichen Grundlagen für den Systemwechsel erarbeitet und verschiedene Pilotprojekte zur praktischen Anwendung der Leistungskataloge, der individuellen Bedarfsermittlung und der übergeordneten Steuerung weitergeführt werden. Diese Arbeiten erfolgen weiterhin partnerschaftlich mit Basel-Landschaft. Die Übergangszeit bis zur definitiven Ausgestaltung des neuen Systems wird mit einem Kantonsbeitragsgesetz geregelt, über welches der Grosse Rat voraussichtlich noch im Jahr 2010 Beschluss fasst.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	84.11	80.92	196.69	236.00	236.70
Personen mit Ergänzungsleistungen (EL)	Anz	12'440	12'906	13'180	13'300	13'500
Personen mit Prämienverbilligungen (ohne EL)	Anz	25'209	24'568	29'660	28'000	27'500
Max. gutgeheissener Einsprachen EL	Anz	80	53	57	65	60
Max. vollständig gutgeheissener Einsprachen IPV	Anz	11	8	15	15	20

Kommentar

1 Das Budget 2010 war zu hoch, da aus Versehen auf der Basis von kumulierten statt auf Stichtags-Zahlen geplant wurde.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10 abs. %	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt					
30 Personalaufwand	25'962.0	26'581.2	30'813.6	4'232.4	15.9
31 Sachaufwand	5'437.3	5'590.7	6'849.5	1'258.8	22.5
33 Abschreibungen Finanzvermögen	808.7	870.0	750.0	-120.0	-13.8
36 Eigene Beiträge	358'359.8	396'133.0	418'937.0	22'804.0	5.8
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	390'567.8	429'174.9	457'350.0	28'175.1	6.6
42 Vermögenserträge	-10.1	0.0	0.0	0.0	0.0
43 Entgelte	-19'660.1	-17'508.4	-18'457.5	-949.1	-5.4
46 Beiträge für eigene Rechnung	-135'579.0	-133'469.5	-138'852.9	-5'383.4	-4.0
4 Ertrag	-155'249.2	-150'977.9	-157'310.4	-6'332.5	-4.2
Ordentlicher Nettoaufwand	235'318.6	278'197.0	300'039.6	21'842.6	7.9
davon Produktgruppe(n):					
Bedarfsabhängige Sozialleistungen	164'884.8	202'913.6	221'825.9	18'912.3	9.3
Behindertenhilfe	70'433.8	75'283.4	78'213.7	2'930.3	3.9
5 Ausgaben Investitionen	901.1	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV (NIV)	901.1	0.0	0.0	0.0	0.0

Kommentar

- Per 1. Januar 2010 wurde das Behindertenheim Burgfelderstrasse vom Gesundheitsdepartement (GD) übernommen. Dabei sollte der Budgettransfer vom GD ins ASB budgetneutral erfolgen. Der Budgettransfer konnte aber nicht rechtzeitig fürs Budget 2010 umgesetzt werden. Daher fehlten sowohl die Löhne und Sachkosten auf der Aufwandseite (in den Positionen 30 und 31) als auch die Erträge (in den Positionen 43 und 46). In der Budgetierung 2011 wurden die Löhne, Sachkosten und Erträge entsprechend berücksichtigt.
- Im Budget 2011 wurden den vier Behinderteninstitutionen interne Verrechnungen vom ASB belastet, welche bisher zentral im ASB geführt wurden. Die entsprechenden Beträge werden somit anderen Kostenstellen im ASB unter Position 46 wieder gutgeschrieben.
- Im Bereich der Ergänzungsleistungen erfolgt ein Transfer von Bundeseinnahmen des ASB/WSU ins GD von rund 12.3 Mio. Franken (dabei eingeschlossen sind Änderungen betreffend der neuen Pflegefinanzierung). Im Weiteren sind Kostensteigerungen von rund 6.9 Mio. Franken bei den Ergänzungsleistungen, 2.2 Mio. Franken bei der Prämienverbilligung der Krankenkassen und 2.8 Mio. Franken bei der Behindertenhilfe budgetiert worden. Da es sich bei den angegebenen Abweichungen um Nettowerte pro Leistung handelt, kann daraus nicht exakt die Abweichung auf der Position 36 abgeleitet werden.
- Siehe Bemerkung zu Position 30 Personalaufwand.

Vormundschaftsbehörde

WSU-821

Die Vormundschaftsbehörde (VB) unterstützt Menschen, die aus psychischen oder physischen Gründen nicht in der Lage sind, ihre persönlichen und/oder finanziellen Angelegenheiten selbstständig zu besorgen, und deren Umfeld sie nicht ausreichend unterstützen kann. Ziel der Vormundschaftsbehörde ist, dass gefährdete Kinder und Jugendliche geschützt sind und sich angemessen weiterentwickeln und dass die in ihrer Handlungsfähigkeit beeinträchtigten Erwachsenen in einem geordneten Alltag leben.

Die Vormundschaftliche Abteilung bearbeitet Anträge betreffend vormundschaftlicher Massnahmen für erwachsene Personen und setzt bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen einen Beistand, Beirat oder Vormund als gesetzliche Vertreterin oder Vertreter ein. Neben privaten Mandatsträgern führt die Amtsvormundschaft den grössten Teil der vormundschaftlichen Massnahmen. Als Dienstleistung für die Klientinnen und Klienten der Amtsvormundschaft führt die Finanzabteilung deren Buchhaltungen, verwaltet ihr Vermögen und ihre Wertschriften und zahlt an der Kasse Bargeld aus.

Die VB trägt weiterhin die übergeordnete Verantwortung für die vormundschaftlichen Kindesschutz-Massnahmen (z.B. Erziehungsbeistandschaft, vorsorglicher Obhutsentzug), die wegen des Wechsels der Abteilung Kindes- und Jugendschutz ab 1. Januar 2009 bis zur Inkraftsetzung des neuen Erwachsenenschutzrechts des Bundes delegierterweise im Erziehungsdepartement errichtet werden.

Der Vormundschafts- und Fürsorgerat ist bei Erwachsenen zuständig für Fürsorgerische Freiheitsentzüge (FFE), die Jugendschutzkammer für Obhutsentzüge bei Kindern und Jugendlichen. Diese Räte gehören als richterliche Behörden aus Gründen der Unabhängigkeit nur administrativ zur VB. Dies trifft ebenfalls auf das eigenständige Jugendstraengericht zu.

Produktgruppen

Aufgaben-/Ressourcenfeld

Vormundschaftswesen

7.2 Soziale Sicherheit

Tätigkeiten und Projekte

In der VB stehen organisatorische Optimierungen an, welche mit Blick auf die Anforderungen des künftigen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts des Bundes angegangen werden. So werden in der Amtsvormundschaft die Mandate auf mehrere Personen verteilt, Teams durch Zusammenlegung vergrössert und Standards erarbeitet. Zur Umsetzung dieser Aufgaben muss der Personalbestand leicht angepasst werden. In der Vormundschaftlichen Abteilung ist eine Anpassung des Personalbestandes an die Zunahme der Aufgaben und die wiederum gestiegene Zahl an Meldungen an die VB notwendig. Finanziert wird die Personalaufstockung in der VB vor allem durch eine Optimierung auf der Einnahmenseite.

Vormundschaftswesen

Das neue Vormundschaftsrecht des Bundes (Erwachsenenschutzrecht sowie Personen- und Kindesrecht) ist verabschiedet. Das Inkrafttreten wird auf 2013 erwartet, allenfalls wird dieser Termin noch um ein Jahr verlängert. Die Umsetzung des neuen Bundesrechts bringt grosse Veränderungen in Organisation und Inhalt der vormundschaftlichen Tätigkeit: Das Portfolio der gesetzlichen Schutzmassnahmen wird stark ausgeweitet, um auf das individuelle Schutzbedürfnis besser eingehen zu können. Die heutige Vormundschaftsbehörde wird zu einer Fachbehörde mit interdisziplinärer Zusammensetzung umgestaltet, welche die Massnahmen beschliesst (Arbeitstitel „Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde“).

Bei dem im Jahr 2008 gestarteten kantonalen Projekt „Umsetzung neues Erwachsenenschutzrecht des Bundes“ steht im Budgetjahr die Vernehmlassung zum neuen Gesetz und zur neuen Organisation an. Nach Auswertung der Vernehmlassungsantworten wird der Ratschlag erstellt und dem Regierungsrat zur Verabschiedung zuhanden des Grossen Rates vorgelegt.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011	
Vollzeitstellen (Headcount 100 %)	Anz	109.0	109.0	59.6	57.7	60.30	¹
Vormundschaftliche Mandate der Amtsvormundschaft	Anz	2'066	2'027	2'194	2'100	2'100	
Meldungen an die Vormundschaftliche Abteilung	Anz	1'345	1'347	1'454	1'360	1'500	²
Entscheide VJFR (inkl. Präsidialentscheide)	Anz	98	102	116	140	130	³
Anteil gutgeheissener Rekurse auf Entscheide der VB	%			5	5	5	
Anteil gutgeheissener Rekurse auf Entscheide des VJFR	%			5	5	5	

Kommentar

- 1 Die Zunahme ist auf die Einstellung einer Abteilungsleitung für die Amtsvormundschaft ohne eigene Mandatsführung sowie eine weitere notwendige Personalaufstockung in der Amtsvormundschaft und der Vormundschaftlichen Abteilung zurückzuführen.
- 2 Die Meldungen nehmen seit anfangs 2009 kontinuierlich zu.
- 3 Nicht enthalten sind die Entscheide des Jugendstrafgerichtes.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2009	2010	2011	abs.	%
30 Personalaufwand	8'879.1	8'960.4	9'156.9	196.5	2.2
31 Sachaufwand	1'017.2	959.0	884.5	-74.6	-7.8
33 Abschreibungen Finanzvermögen	4.6	0.0	0.0	0.0	0.0
36 Eigene Beiträge	301.6	330.0	330.0	0.0	0.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	10'202.5	10'249.4	10'371.3	121.9	1.2
43 Entgelte	-2'341.6	-2'128.0	-2'508.0	-380.0	-17.9
4 Ertrag	-2'341.6	-2'128.0	-2'508.0	-380.0	-17.9
Ordentlicher Nettoaufwand	7'860.8	8'121.4	7'863.3	-258.1	-3.2
davon Produktgruppe(n):					
Vormundschafswesen	7'860.8	8'121.4	7'863.3	-258.1	-3.2

Sozialhilfe

WSU-822

Die öffentliche Sozialhilfe hat die Aufgabe, bedürftige und von Bedürftigkeit bedrohte Personen zu beraten und ihre materielle Grundversorgung (Wohnen, Gesundheit, wirtschaftliche Hilfe) zu gewährleisten sowie deren Selbstständigkeit zu erhalten und zu fördern. Unterstützung finden auch Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und Personen, die während ihres Aufenthaltes im Kanton in Not geraten sind. Die Sozialhilfe erledigt die interkantonale Rückerstattung von Sozialhilfekosten. Sie stellt Notwohnungen und die Notschlafstelle bereit, auch an nicht unterstützte Personen.

Die Sozialhilfe fördert die Möglichkeiten zur Selbsthilfe mit dem Ziel der sozialen und beruflichen Integration. Sie vermittelt und ermöglicht den Zugang zu Angeboten, die diesem Zweck dienen.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Allgemeine Sozialhilfe	7.2 Soziale Sicherheit
Migration	7.2 Soziale Sicherheit

Tätigkeiten und Projekte

Das Reorganisationsprojekt „Optimierung Prozesse und Abläufe (OPAL)“ verfolgt eine verstärkte Prozessausrichtung der Tätigkeiten in der Sozialhilfe, was auch den Abbau von Schnittstellen beinhaltet. Die Umsetzung startete im Januar 2010. 2011 werden die Abläufe optimiert, die Schnittstellen noch besser aufeinander abgestimmt und die Wirkung nach einem Jahr evaluiert, um weitere Anpassungen vornehmen zu können. Der Fokus liegt auf den Fallstrategien und der Subsidiarität.

Unter dem Titel „Lohnmodell iJob“ wird mit Hochdruck daran gearbeitet, sinnvolle Dauerarbeitsplätze für Langzeitarbeitslose zu schaffen. Im Kern steht die Möglichkeit zur Lohnkostenvergütung bei langfristiger Anstellung von Sozialhilfebeziehenden. Einbezogen werden auch jetzige Anbieter und Partner sowie neue Partner mit spezifischem Know-how.

Allgemeine Sozialhilfe

Mit dem Reorganisationsprojekt OPAL entstanden in der Sozialhilfe im Januar 2010 zwei neue Abteilungen: die Abteilung „Abklärung, Zuweisung, Überprüfung (AZU)“ und die Abteilung „Materielle und persönliche Hilfe (MPH)“. Materielle Hilfe (Wohnen, Gesundheit, Grundbedarf, situationsbezogene Leistungen) wird neu nur noch von einer Abteilung, der MPH, geleistet. In der AZU liegt der Fokus auf Subsidiarität (Abklären und Einfordern vorgelagerter Finanzierungsmöglichkeiten) und auf regelmässigen Dossierkontrollen. Die neuen Abläufe müssen im Berichtsjahr weiterhin in der Praxis getestet, konsolidiert und laufend optimiert werden.

Mitwirkungspflicht, allfällige Sanktionierung und Missbrauchsbekämpfung werden weiterhin konsequent auch mit externer Unterstützung und laufender Weiterentwicklung der Instrumente verfolgt. Im Rahmen der Aktivierungsstrategie will die Sozialhilfe zusammen mit externen Partnern Möglichkeiten schaffen, dass Sozialhilfebeziehende, die keine Chance im ersten Arbeitsmarkt mehr haben, wieder sinnvolle und der Allgemeinheit dienende Aufgaben erfüllen können. Damit entsprechende Arbeitsplätze entstehen, kann die Sozialhilfe Organisationen, die Sozialhilfebeziehende einstellen, die Bruttolohnkosten gemäss definierten Ansätzen vergüten.

Migration

Im Migrationsbereich soll das Beschäftigungsangebot sowohl in Bezug auf die Anzahl Plätze ausgebaut als auch auf neue Betätigungsfelder ausgedehnt werden. Fokussiert wird dabei vor allem der Pflegebereich.

Die Notunterbringung von abgewiesenen Asylsuchenden mit Sozialhilfestopp wird hinsichtlich Kapazität und möglicher Abgrenzung zu anderen Benutzerinnen und Benutzern der Notschlafstelle neu

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011	
Vollzeitstellen (Headcount 100 %)	Anz	179.7	179.7	185.75	205.0	196.0	1
Mittlerer Zahlfallbestand Sozialhilfe	Fälle	5'383	5'035	4'823	5'379	5'285	
Mittlerer Personenbestand Migration	Pers.	520	590	635.0	700.0	650.0	
Rückerstattungen aus Sozialversicherungen	MioFr	33.78	35.37	32.60	34.53	35.94	
Ablösung aus SH innerhalb der ersten 12 Mte	%					4.0	2

Kommentar

- 1 Gemäss den Referenzwerten des Headcounts der allgemeine Sozialhilfe und der Migration beträgt der Headcount für die Sozialhilfe 203. Davon fallen aber fünf Stellen für die Nachtwachen im Bereich Migration weg sowie zwei Stellen für IT WSU.
- 2 Mit dem Reorganisationsprojekt OPAL wurden auch die bisherigen Kenn- und Steuerzahlen überprüft und angepasst. Es hat sich herausgestellt, dass bei der bisherigen Erhebung der Ablösequote grosse Unschärfen und Definitionsprobleme bestanden. Neu wird ausgewiesen, wie erfolgreich Neuzugänge innerhalb der ersten zwölf Monate abgelöst werden können. Dies geschieht durch andere Lösungen als Sozialhilfebezug und ist ein Qualitätsmerkmal für die sozialarbeiterische Intervention. Erfahrungsgemäss wird bei zunehmendem Sozialhilfebezug eine Ablösung immer schwieriger.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10		
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%	
30 Personalaufwand	23'375.6	26'479.2	24'144.3	-2'334.9	-8.8	1
31 Sachaufwand	9'624.6	7'566.8	9'982.6	2'415.8	31.9	2
33 Abschreibungen Finanzvermögen	69.5	40.0	65.0	25.0	62.5	
36 Eigene Beiträge	122'029.8	136'598.0	132'782.6	-3'815.4	-2.8	3
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	155'099.6	170'684.0	166'974.5	-3'709.5	-2.2	
42 Vermögenserträge	-1'093.3	-1'202.0	-1'082.0	120.0	10.0	4
43 Entgelte	-517.3	-249.0	-362.5	-113.5	-45.6	
46 Beiträge für eigene Rechnung	-18'864.2	-18'400.0	-19'030.0	-630.0	-3.4	
4 Ertrag	-20'474.8	-19'851.0	-20'474.5	-623.5	-3.1	
Ordentlicher Nettoaufwand	134'624.8	150'833.0	146'500.0	-4'333.0	-2.9	
davon Produktgruppe(n):						
Allgemeine Sozialhilfe	0.0	140'674.4	137'459.4	-3'214.9	-2.3	
Materielle Hilfe	113'361.3	0.0	0.0	0.0	0.0	
Migration	0.0	10'158.6	9'040.6	-1'118.1	-11.0	
Persönliche und Generelle Hilfe	21'263.5	0.0	0.0	0.0	0.0	

Kommentar

- 1 Der Personalaufwand nimmt wegen des Wegfalls von fünf Stellen für die Nachtwachen im Bereich Migration und von zwei Stellen im Bereich IT WSU sowie wegen des Abbaus von Temporär-Personal ab.
- 2 Der Sachaufwand nimmt wegen höherem Bewachungsaufwand (Wegfall der Nachtwachen, mehr Asylbewerberinnen) und der Anpassung „übrige Dienstleistungen“ (Einsatz von Firma ABS für Missbrauchsbekämpfung und Dossierkontrolle) ab. Zudem wurde die Raummiete von den Unterstützungskosten in den Sachaufwand verschoben.
- 3 Die Mieten für Asylbewerberinnen fallen weg, da diese ab 2011 im Sachaufwand abgerechnet werden (vgl. Kommentar 2).
- 4 Die Vermögenserträge nehmen ab, weil einerseits der Mietertrag aus den Notwohnungen geringer ausfällt. Andererseits fallen rund 70 Wohnungen am Rühlweg in Riehen weg. Zudem werden Notwohnungen für den Asylbereich umgenutzt.

strukturiert. Diese Neustrukturierung wurde notwendig, weil abgewiesene Asylsuchende in der Notschlafstelle von den einheimischen Benutzerinnen und Benutzern zusehends drangsaliert werden. Die im Jahr 2010 neu aufgegleiste Aufteilung der Klientinnen und Klienten entsprechend ihrem Behandlungsbedarf wird umgesetzt und konsolidiert.

Amt für Umwelt und Energie

WSU-831

Das Amt für Umwelt und Energie (AUE) trifft Vorkehrungen, um Menschen und Umwelt vor schädlichen und lästigen Einflüssen zu schützen. Es sorgt dafür, dass die vorhandenen Ressourcen geschont werden, Wasser sparsam genutzt und Abfälle vermieden werden. Es schützt die Bevölkerung vor übermässigem Lärm. Das AUE wirkt darauf hin, dass Energie sparsam und effizient genutzt wird und dass erneuerbare Energien gefördert werden. Im Abwasserbereich sollen Massnahmen bei Industrie und Gewerbe Verunreinigungen des Grundwassers und der Oberflächengewässer verhindern. Das AUE engagiert sich für eine zukunftsfähige, ökologische Landwirtschaft im Kanton. Es fördert ferner das Umweltbewusstsein und die Eigenverantwortung von Bevölkerung und Wirtschaft.

Das Lufthygieneamt beider Basel (LHA) und das Amt für Wald beider Basel (AfW) sind affilierte Dienststellen des AUE. Das LHA ist für die Erfassung der Luftschadstoffe und für die Erfassung der nichtionisierenden Strahlen zuständig. Es sorgt dafür, dass Belastungen unterhalb der gesetzlichen Grenzwerte liegen. Das AfW vollzieht die Waldgesetzgebung und wahrt die öffentlichen Interessen am Wald. Es sorgt für einen Ausgleich der unterschiedlichen Ansprüche an den Wald.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Energie	7.3 Umwelt und Energie
Umwelt	7.3 Umwelt und Energie

Tätigkeiten und Projekte

Die Abteilung Energie zieht im Herbst 2010 von der Kohlenberggasse an die Hochbergerstrasse 158 um. Ein Auszug des AUE aus seinen bisherigen Räumlichkeiten ist bis auf Weiteres nicht aktuell, da der bisher geplante Zusammenzug am Hauptsitz des Departementes für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU) im Weissen und Blauen Haus nicht möglich sein wird. Das AUE wird daher mit Immobilien Basel die Möglichkeiten einer energetischen Sanierung der Liegenschaft Hochbergerstrasse 158 abklären.

Energie

Im Energiebereich will das AUE weiterhin einen Schwerpunkt bei der energetischen Sanierung bestehender Bauten setzen. Nebst den Wohnbauten soll der Fokus verstärkt auch auf Dienstleistungs-, Gewerbe- und Industriebauten gerichtet werden. Mit der geänderten Energieverordnung des Kantons Basel-Stadt gilt der Gesamtsanierungsbonus auch für diese Bauten.

Im Rahmen der „2000-Watt-Gesellschaft - Pilotregion Basel“ lanciert das AUE ein zweites Mal einen Sanierungswettbewerb nach MinergieP. Der erste Wettbewerb fand 2006/07 statt. Das Siegerprojekt, ein Umbau an der Güterstrasse 83 im Minergie-P-Standard, wurde eben erfolgreich fertig gestellt.

Umwelt

Der vom Regierungsrat beschlossene Klimaschutzbericht des Kantons Basel-Stadt zeigt die klimarelevanten Emissionen und mögliche Folgen und Massnahmen für die einzelnen tangierten Bereiche auf. Da wichtige Grundlagendaten aus einzelnen Fachbereichen erst Ende 2010 vorliegen, muss die Veröffentlichung des Klimaberichts auf das Budgetjahr verschoben werden.

Der Ausbau der kommunalen Kläranlage mit einer weiteren Stufe zum Abbau des Stickstoffs wird konkretisiert und dient als Grundlage für einen späteren Ratschlag an den Grossrat. In diesem Rahmen werden auch Möglichkeiten zur Elimination von schwer abbaubaren Mikroverunreinigungen geprüft.

Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Wiese-Initiative erfolgt die Erarbeitung eines Konzepts „WieseVital“ mit dem Ziel, die Wiese unter Berücksichtigung der Trinkwassergewinnung ökologisch

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011
Vollzeitstellen (Headcount 100 %)	Anz	87.90	91.9	54.10	47.0	47.0
Jährlich energetisch sanierte Gebäudehüllefläche	Anz	130'810	152'437	153'784	160'000	160'000
Mit Schallschutzfenstern ausgerüstete Gebäude	Anz	468	508	562	688	790
Grenzwertüberschreitungen der Abwasserreinigungsanlage	Anz	12.0	11.0	26.0	7.0	7.0
Ökologische landwirtschaftliche Ausgleichsflächen in ha	Anz	20.4	25.07	21.0	21.0	25.0

Kommentar

- 1 Der Anstieg um 4 Hektaren (ha) ist bedingt durch die ökologische Aufwertung von bestehenden landwirtschaftlichen Flächen. Die Landwirte erhalten dafür ökologische Ausgleichszahlungen.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10 abs.	%
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt					
30 Personalaufwand	8'912.5	9'294.3	9'071.3	-223.0	-2.4
31 Sachaufwand	19'747.7	19'799.8	19'481.3	-318.5	-1.6
33 Abschreibungen Finanzvermögen	7.3	0.0	0.0	0.0	0.0
36 Eigene Beiträge	7'520.0	7'493.1	7'987.6	494.5	6.6
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	18'617.8	12'008.5	11'008.5	-1'000.0	-8.3
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	54'805.3	48'595.6	47'548.7	-1'047.0	-2.2
41 Regalien und Konzessionen	-20.1	-17.0	-18.2	-1.2	-7.1
42 Vermögenserträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
43 Entgelte	-57'852.8	-51'158.2	-48'839.2	2'319.0	4.5
46 Beiträge für eigene Rechnung	-921.9	-285.0	-367.8	-82.8	-29.0
48 Entnahmen a.Spec.Finanzierungen	-1'794.7	-1'836.2	-1'641.0	195.2	10.6
4 Ertrag	-60'589.5	-53'296.4	-50'866.1	2'430.3	4.6
Ordentlicher Nettoaufwand	-5'784.2	-4'700.7	-3'317.4	1'383.3	29.4
davon Produktgruppe(n):					
Energie	-6.9	363.2	256.9	-106.4	-29.3
Umwelt	-5'777.3	-5'064.0	-3'574.3	1'489.6	29.4
5 Ausgaben Investitionen	5'201.8	0.0	0.0	0.0	0.0
6 Einnahmen Investitionen	-530.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV (NIV)	4'671.8	0.0	0.0	0.0	0.0

Kommentar

- Die Betriebskosten der Abwasserreinigungsanlage Basel ARA nehmen um 0.5 Mio. Franken im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Projekts Nitrifikation/Denitrifikation zu.
- Die Einlage in die Förderabgabe verringert sich durch die Herabsetzung des Bundesbeitrages auf die gewohnte Höhe.
- Die Einnahmen aus der Förderabgabe nehmen um 1.0 Mio. Franken ab, weil der Bundesbeitrag wieder auf die gewohnte Höhe zurückgestuft wird. Den Mindereinnahmen stehen Minderausgaben in der zweistelligen FDK 38 (Einlagen in Spez.Finanzierungen) gegenüber. Ferner wurden die Einnahmen aus Abwasserreinigungsgebühren um 1.2 Mio. Franken und die Wassernutzungsgebühren um 0.1 Mio. Franken nach unten angepasst.
- Die Entnahmen aus Spezialfinanzierungen verringern sich, weil departementsübergreifende Dienstleistungen innerhalb des Kantons ab 2011 nur noch teilweise gegenseitig verrechnet werden (nicht mehr verrechnet werden z.B. Kosten für Leistungen der Materialzentrale, Staatskanzlei etc.). Beim AUE wurden diese Kosten aus Fonds refinanziert. Da diese Kosten nun wegfallen, verringern sich folglich die Einnahmen entsprechend.

aufzuwerten. Auf der Grundlage von Szenarien werden mögliche Massnahmen und Finanzierungs-vorschläge ausgearbeitet. Anschliessend erfolgt eine Vorlage an den Grossen Rat.

Bei der Abfallentsorgung werten das AUE und das Tiefbauamt Ende 2010 den Pilotversuch „Gratissperrgut-Abfuhr“ aus. Je nach Beurteilung werden 2011 allenfalls neue Modelle umgesetzt.

4.3 Globalbudgets

4.3.1 Museen

PD-371	Kunstmuseum Basel und Museum für Gegenwartskunst	242
PD-372	Antikenmuseum Basel und Sammlung Ludwig	244
PD-373	Historisches Museum	246
PD-374	Naturhistorisches Museum	248
PD-375	Museum der Kulturen	250

Kunstmuseum Basel und Museum für Gegenwartskunst

Das Kunstmuseum Basel und das Museum für Gegenwartskunst sind zwei international ausstrahlende Museen, welche nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes geführt werden. Sie erweitern, bewahren, erforschen, dokumentieren und vermitteln die seit 1661 bestehende und seit 1671 öffentliche Sammlung.

Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)

Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (mit Gesetzesänderung vom 23. Februar 2005)

inkl. Verordnung (SG 451.100 und SG 451.110)

Wirkungen

Förderung der Verbundenheit der Stadt Basel mit Kunst von Weltgeltung. Vermittlung von Einsichten in Zusammenhänge, Rezeptionsgeschichte, Geschichte und Wandel der internationalen Kunst sowie vom lebendigen Umgang mit ihr, vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Erhaltung und Förderung der Attraktivität der Stadt Basel. Herausragender touristischer Unique Selling Proposition (USP).

Tätigkeiten und Projekte

Sammlung Die bisherige Sammlungstätigkeit soll konsolidiert und punktuell ausgebaut werden.

Vermittlung Die Kunstvermittlung soll auf dem bisherigen qualitativ hohen Niveau weitergeführt werden. Die kommerziellen Führungen sollen quantitativ ausgebaut und die Schulklassenführungen konsolidiert werden. Im Jahr 2011 werden folgende Ausstellungen gezeigt:

Sonderausstellungen im Kunstmuseum:

- Andy Warhol vom 05. September 2010 bis 23. Januar 2011
- Konrad Witz vom 06. März 2011 bis 03. Juli 2011
- Max Beckmann - Die Landschaften vom 04. September 2011 - 22. Januar 2012

Wechselausstellungen im Kunstmuseum:

- Lovis Corinth vom 25. September 2010 bis 06. Februar 2011
- Thurneysser Superstar vom 13. November 2011 bis 13. Februar 2011
- Delacroix bis Toulouse-Lautrec vom 18. Februar 2011 bis 17. Juli 2011
- Sammlung Im Obersteg vom 06. August 2011 bis 16. Oktober 2011
- Josef Albers vom 05. November 2011 bis 29. Januar 2012

Wechselausstellungen im Museum für Gegenwartskunst:

- Kirstine Roepstorff vom 23. Oktober 2010 bis 30. Januar 2011
- Fokus Pierre Huyghe vom 20. Januar 2011 bis 19. Juni 2011
- Henrik Olesen vom 14. Mai 2011 bis 11. September 2011

Dieses Ausstellungsprogramm kann unter anderem Dank der grosszügigen Unterstützung von privaten Sponsoren, dem Fonds für künstlerische Aktivitäten im Museum für Gegenwartskunst der Christoph Merian Stiftung und der Emanuel Hoffmann-Stiftung, der Stiftung für das Kunstmuseum Basel sowie nicht genannt wollender Mäzene realisiert werden.

Dienstleistungen Die Leistungen im Museumsshop, Restaurant, Eventbereich und in der Bibliothek sollen qualitativ und quantitativ ausgebaut werden.

Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2008	Ist 2009	Soll 2010	Soll 2011
Interesse und Verständnis für internationale Kunst	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachmedien	=	1	1	1	1
Interesse und Verständnis für internationale Kunst	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1	1

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2008	Ist 2009	Soll 2010	Soll 2011
Zeitgemässe Präsentation der Sammlung sowie thematisch breite Kunstaussstellungen	Anzahl Besucher/-innen	>	216'837	665'234	200'000	212'000
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	>	447	2'655	450	450
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	>	1'350	1'273	1'360	1'100
Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generation, sich anhand von Originalobjekten mit internationaler Kunst auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad Sammlung Galerie	=	100%	100%	100%	100%
Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generation, sich anhand von Originalobjekten mit internationaler Kunst auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad Sammlung Kupferstichkabinett	=	5%	5%	5%	5%
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen für Ausleihen von Objekten	>	340	500	500	500

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2009	2010	2011	abs.	%
Personalaufwand	10'437.2	9'837.4	10'206.0	368.6	3.7
Übriger Aufwand	7'620.0	9'131.0	9'806.3	675.4	7.4
Ertrag	-5'415.9	-5'403.6	-6'663.4	-1'259.8	-23.3
Ordentlicher Nettoaufwand	12'641.3	13'564.8	13'348.9	-215.9	-1.6
Kalkulatorische Kapitalkosten	306.6	855.0	855.0	0.0	0.0
Umlagen Querschnittsleistungen	2'048.1	2'118.9	1'317.8	-801.1	-37.8
Vollkosten	14'995.9	16'538.7	15'521.7	-1'017.0	-6.1

Kommentar

- 1 Die Mehrkosten gegenüber Budget 2010 sind auf die geplanten Sonderausstellungen zurückzuführen. Dieser Mehraufwand wird kompensiert durch Mehreinnahmen.

Projekt Erweiterungsbau Das 100 Millionen Bauprojekt erlaubt dem Kunstmuseum wieder in die Rangliste der weltweit besten Museen zu gelangen. Das Neue Museum erhält erstmals die Möglichkeit, gesonderte Räumlichkeiten für Sonderausstellungen auf „State of the Art“ Niveau zu besitzen. Die Ausstellungsfläche wird um 3200 m2 vergrössert.

Antikenmuseum Basel und Sammlung Ludwig

Das Antikenmuseum Basel betreibt ein archäologisches Museum und eine Sammlung von Abgüssen nach antiken Werken (Skulpturhalle) in zwei Liegenschaften nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes. Es erweitert, bewahrt, erforscht, dokumentiert und vermittelt die seit 1961 bestehende öffentliche Sammlung.

Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)

Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (mit Gesetzesänderung vom 23. Februar 2005)

inkl. Verordnung (SG 451.100 und SG 451.110)

Wirkungen

Förderung des Interesses und Verständnisses für fremde Weltanschauungen und Werte, die die materielle und geistige Grundlage unserer heutigen Gesellschaft bilden, vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Erhaltung und Förderung der Attraktivität der Stadt Basel.

Tätigkeiten und Projekte

Schwerpunkt für das Jahr 2011 wird eine Ausstellung über die Sammeltätigkeit von Dr. Rudolf Schmidt sein. Dr. Rudolf Schmidt (1900-1970) war ein begüterter Solothurner Sammler, der ohne Zweifel zu den bedeutendsten Sammlerpersönlichkeiten der Schweiz gehört. Seine umfangreiche Sammlung antiker Kulturen umfasste vier Schwerpunkte: altägyptische Steingefässe, altorientalische Rollsiegel, Bronzen aus Luristan (Persien) und griechische Skulpturen. Weitgehend aus Familienbesitz stammt seine Sammlung Schweizer Kunst mit Malern wie Hodler, Giacometti, Amiet und weiteren Künstlern des frühen 20. Jahrhunderts. Diese beiden Sammlungsbereiche sollen nun in einer Ausstellung im Antikenmuseum Basel erstmals seit dem Tod des Sammlers wieder zusammenkommen, um die spannenden Beziehungen oder Gegensätze aufzeigen zu können. Diese Ausstellung wird im März 2011 eröffnet werden. Im Januar 2011 wird die Ausstellung „ausgegraben!“, die die bedeutenden Ausgrabungsfunde aus der antiken Stadt Eretria präsentiert, mit der Museumsnacht 2011 beendet werden. Im Budgetjahr 2011 werden die Vorarbeiten für die im Herbst 2012 geplante Sonderausstellung „Petra/Scheich Ibrahim“ mit hoher Intensität weiter geführt werden. Hinter dem Pseudonym Scheich Ibrahim verbirgt sich der 1817 in Basel geborene Johann Ludwig Burckhardt, dem die Entdeckung von Petra zu verdanken ist. Die ersten archäologischen Ausgrabungen auf dem Gelände Petras fanden 1929 statt. Auf einer Fläche von ungefähr 20 Quadratkilometern lassen sich etwa 1'000 Gebäude und Gebäudereste feststellen. Bis heute sind erst 20 Prozent der antiken Stadt ausgegraben.

Sammlung/Forschung Die Skulpturhalle wird im Jahr 2011 weitere kleinere Sonderausstellungen, die die Verbindung der Moderne mit der Antike aufzeigen, präsentieren. Zum Zeitpunkt der Budgeterstellung sind diese Projekte noch nicht so weit vorangeschritten, um in den Leistungszielen übernommen werden zu können.

Vermittlung Hauptziele für 2011 sind die Durchführung von Workshops zu den Sonderausstellungen und von weiteren Begleitprogrammen, wobei ein besonderes Augenmerk auf die jugendlichen Besucher und Besucherinnen gerichtet werden soll. Zudem soll das Angebot für behinderte Menschen ausgebaut und die Zusammenarbeit mit der Skulpturhalle weiter intensiviert werden.

Dienstleistungen Zur Verbesserung unserer Dienstleistungen führen wir auch 2011 intensive Besucherumfragen durch. Das Antikenmuseum nimmt zusammen mit vier weiteren Schweizer Museen (Augusta Raurica, Historisches Museum Basel, Museum der Kulturen Basel, Verkehrshaus Schweiz) an einem Programm mit dem Namen WEBMARK teil. Dieses erlaubt es, Besucherinformationen zu gewinnen und die Zufriedenheit der Besucherinnen und Besucher mit dem Museum zu messen und im Vergleich mit den anderen Museen aufzuzeigen. Erste Erkenntnisse daraus werden 2011 in einer verbesserten Kundenausrichtung umgesetzt werden.

Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2008	Ist 2009	Soll 2010	Soll 2011
Interesse und Verständnis für die antiken Kulturen des Mittelmeerraums, des Vord. Orients sowie Ägyptens	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachmedien	=	1	1	1	1
Interesse und Verständnis für die antiken Kulturen des Mittelmeerraums, des Vord. Orients sowie Ägyptens	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1	1

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2008	Ist 2009	Soll 2010	Soll 2011
Zeitgemässe Präsentation der Sammlung sowie thematisch breite Ausstellungen zur antiken Kunst und Kultur	Anzahl Besucher/-innen	=	61'041	33'066	66'000	41'000
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	=	356	190	300	250
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	=	443	354	350	300
Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generation, sich anhand von Originalobjekten mit antiken Kulturen auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad der Sammlung	>=	50%	55%	50%	55%
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen für Ausleihen von Objekten	=	10	82	30	30
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen externer Forscher/-innen	=	218	215	200	200

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2009	2010	2011	abs.	%
Personalaufwand	3'645.3	3'739.6	3'670.6	-69.0	-1.8
Übriger Aufwand	2'106.0	1'739.0	1'842.3	103.2	5.9 ¹
Ertrag	-510.7	-187.5	-317.0	-129.5	-69.1
Ordentlicher Nettoaufwand	5'240.7	5'291.1	5'195.9	-95.2	-1.8
Umlagen Querschnittsleistungen	1'383.4	1'388.1	1'083.4	-304.7	-21.9
Vollkosten	6'624.0	6'679.2	6'279.3	-399.9	-6.0

Kommentar

1 Die Zunahme ist auf Sonderausstellungen, welche im Jahre 2011 stattfinden, zurückzuführen.

Historisches Museum

Das Historische Museum Basel (HMB) betreibt in vier Liegenschaften ein kulturhistorisches Museum nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes. Es erweitert, bewahrt, erforscht, dokumentiert und vermittelt die seit 1671 (als eigene Institution seit 1856) bestehende öffentliche Sammlung.

Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)

Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (mit Gesetzesänderung vom 23. Februar 2005)

inkl. Verordnung (SG 451.100 und SG 451.110)

Wirkungen

Förderung des Interesses und Verständnisses für die lokale und europäische Geschichte, Kultur und Kunst, vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Erhaltung und Förderung der Attraktivität der Stadt Basel.

Tätigkeiten und Projekte

Allgemeines Um die für 2011 vorgegebenen Einsparungen erreichen zu können, wurde als grösster flexibler Budgetposten das reguläre Sonderausstellungsbudget gestrichen, ferner der Ankaufskredit. Weitere Budgetposten wurden stark gekürzt. Zur Diskussion steht intern auch eine Reduktion der Öffnungszeiten. Eine Übergangslösung für die Finanzierung der 2011 eingegangenen, im Leistungsauftrag enthaltenen Verpflichtungen (laufender Betrieb und Ausstellungsplanung) ist die Verwendung der für Sonderausstellungen vorgesehenen Rückstellungen. Diese Reserven werden jedoch Ende 2011 voraussichtlich ausgeschöpft sein.

Im Rahmen des Globalbudgets besteht keine Kompensationsmöglichkeit, da 96% der Betriebskosten des HMB durch Lohnkosten, Mieten, Energie, regulären Unterhalt etc. gebunden sind und wegen der gesetzlichen Vorgaben oder mangels Kompetenzen vom Museum auch nicht direkt beeinflusst werden können. Bei einem über 2011 hinaus reduzierten Budget wird ein weiterer Leistungsabbau unumgänglich sein.

Programm Wegen der Neugestaltung des Untergeschosses der Barfüsserkerche ist bis Herbst 2011 noch mit reduzierten Besucherzahlen sowie weniger Einnahmen zu rechnen. Die Wiedereröffnung der neuen Dauerausstellung ist als Highlight des Jahres vorgesehen. Damit ist eine Steigerung der Besucherzahlen für 2012 zu erwarten. Davor läuft die Sonderausstellung „In der Fremde. Mobilität und Migration seit der frühen Neuzeit“ (vom September 2010 bis März 2011). Im Musikmuseum und im Haus zum Kirschgarten sind kleinere Wechselausstellungen geplant.

Sammlung/Forschung Der Sammlungszuwachs wird mittels EDV inventarisiert, alle Objekte werden konserviert und sachgerecht gelagert. Die begonnenen, mit privaten Mitteln finanzierten Forschungsprojekte (Basler Möbel und Basler Goldschmiedekunst) werden fortgeführt, eine der vorgesehenen Publikationen kann erscheinen. Die Zusammenarbeit mit Hochschulen und Fachhochschulen geschieht regelmässig durch Lehrveranstaltungen und durch die Unterstützung universitärer Forschungs- und Abschlussarbeiten.

Vermittlung Die Sonder- und Wechselausstellungen werden durch zahlreiche Begleitveranstaltungen für Schulen und weitere Zielgruppen ergänzt. Die Auswertung des ersten Teils der über drei Jahre laufenden Besucherbefragung wird zeigen, wie die Qualität der Angebote und die Einrichtung der Ausstellungen den Erwartungen genügen und was kostenneutral verbessert werden kann.

Dienstleistungen Die Bestrebungen zur Weiterführung des Cafés in der Barfüsserkerche zeigen Erfolg. Aufgrund der angespannten Wirtschaftslage ist keine Steigerung der Shop-Einnahmen zu erwarten. Zum Zeitpunkt der Budgeteingabe kann noch nichts über die Oberrheinischen Museums-Pässe gesagt werden, weil die Bestimmungen geändert werden. Die Bibliothek wird zunehmend durch Privatpersonen und Studierende genutzt.

Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2008	Ist 2009	Soll 2010	Soll 2011
Interesse und Verständnis für die lokale und europäische Geschichte, Kultur und Kunst	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachmedien	=	1	1	1	1
Interesse und Verständnis für die lokale und europäische Geschichte, Kultur und Kunst	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1	1

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2008	Ist 2009	Soll 2010	Soll 2011
Zeitgemässe Präsentation der Sammlung sowie thematisch breite Ausstellungen zur lokalen und europäischen Geschichte, Kultur und Kunst	Anzahl Besucher/-innen	>	147'504	142'906	100'000	140'000
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	>	342	296	200	300
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	>	394	358	350	350
Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generation, sich anhand von Originalobjekten mit der lokalen und europäischen Geschichte, Kultur und Kunst auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad Sammlung	=	100%	100%	100%	100%
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen für Ausleihen von Objekten	>	22	21	15	15
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl ausgeliehene Objekte	>	86	123	65	65
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen externe Forschungen	>	46	48	40	40
Erweiterung der Sammlung	Anzahl neue Sammlungsobjekte	>	443	731	400	400

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2009	2010	2011	abs.	%
Personalaufwand	6'591.9	6'524.8	6'558.0	33.2	0.5 ¹
Übriger Aufwand	3'946.1	4'210.9	4'017.0	-193.8	-4.6 ²
Ertrag	-588.7	-572.0	-574.3	-2.3	-0.4
Ordentlicher Nettoaufwand	9'949.2	10'163.7	10'000.7	-163.0	-1.6 ³
Kalkulatorische Kapitalkosten	155.6	147.1	173.1	26.0	17.7
Umlagen Querschnittsleistungen	1'100.8	1'119.2	534.4	-584.8	-52.2
Vollkosten	11'205.6	11'429.9	10'708.2	-721.7	-6.3

Kommentar

- Die Vorgabenerhöhung ist auf die Mehrbelastung durch Unterhaltszulagen und die Aufrechnung des Ferienanspruchs auf die im 2009 ausbezahlten Schichtzulagen zurückzuführen.
- Die für 2011 vorgegebenen Einsparungen in Höhe von insgesamt 329'032 Franken bedeuten eine Reduktion der durchschnittlichen flexiblen Budgetmittel um ca. die Hälfte. Da 96% der Finanzen durch Lohnkosten, Mieten, Energie, regulären Unterhalt etc. gebunden sind, werden 2011 voraussichtlich die gesamten Rückstellungen aufgebraucht.
- Durch die neu eingeführte Weiterverrechnung von Leistungen der Dienststellen Zentralen Informatikdienste und Zentraler Personaldienst des Finanzdepartements entstehen Mehraufwendungen von 166'081 Franken. Ohne diese Mehraufwendungen wären der Einsparungsbetrag im Budget 2011 im Vergleich zu Budget 2010 höher als 162'951 Franken.

Naturhistorisches Museum

Das Naturhistorische Museum Basel (NMB) betreibt im Museumsgeviert an der Augustinergasse eine Institution nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes. Es erweitert, bewahrt, erforscht, dokumentiert und vermittelt die seit 1821 bestehende öffentliche Sammlung.

Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)

Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (mit Gesetzesänderung vom 23. Februar 2005)

inkl. Verordnung (SG 451.100 und SG 451.110)

Wirkungen

Förderung des Interesses und Verständnisses für die unbelebte und belebte Natur. Vermitteln von Einsichten in Prozesse und Entwicklungen in der Natur, vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Erhaltung und Förderung der Attraktivität der Stadt Basel.

Tätigkeiten und Projekte

In der Frage nach einem neuen Standort für das Museum stand im vergangenen Jahr die Heuwaa-ge im Zentrum der Diskussionen. Eine umfangreiche Studie belegt, dass dieser Standort für das Museum geeignet sei. Gleichzeitig hat auch der Zoologische Garten Basel sein Interesse an diesem Standort öffentlich bekannt gemacht. Der diesbezügliche Entscheid wurde vom Regierungsrat ausgestellt. Die Museumsleitung klärt deshalb alternative Standorte ab. Erste Gespräche mit Grundstückseignern sind bereits positiv verlaufen. Parallel dazu schreitet die aus gesundheitspolizeilichen und baulichen Gründen unumgängliche Sanierung der Gebäudehülle einschliesslich Klima- und Heizungsanlagen des Berri-Baus voran. Den nächsten Schritt bilden die Sanierung und der Umbau der technischen Werkstätten und der Präparatorien. Der Arbeitsbeginn ist auf Anfang 2011 geplant. Nach wie vor dringlich ist der Bedarf nach einem externen Lager für die wissenschaftlichen Sammlungen, ohne die eine Schadstoffsanierung der Dauerausstellungen nicht möglich ist. Die Sanierungsarbeiten sind unabhängig von einem Standortentscheid und müssen auch bei einem Auszug des Naturhistorischen Museums aus dem Berri-Bau gemacht werden.

Sammlung/Forschung Neben bereits vorhandenen wissenschaftlichen Schwerpunkten sind Projekte aus externen Quellen finanziert worden, die dem Museum erhebliche Drittmittel für die Forschung einbringen. Das Museum ist national an Projekten zur Biodiversität im Raum Basel und in Graubünden, zur Paläontologie der Nordwestschweiz und der Ostalpen beteiligt. International engagiert sich das Museum in Projekten in Mexiko, im karibischen Raum und in Asien (Laos). Momentan werden mehrere Doktoranden und Masterstudierende ausgebildet. Biowissenschaftliche Schwerpunkte bilden nebst Artenschutz die Taxonomie von Käfern, Spinnen und Blattläusen. Die Schwerpunkte in den Geowissenschaften sind die Evolution von Foraminiferen (Einzeller), Paläoökologie tertiärer Säugetiergemeinschaften und die Paläobiologie mesozoischer Wirbeltiere.

Nebst der wissenschaftlichen Aufarbeitung und Inventarisierung sowie nebst Ausleihen an wissenschaftliche Institutionen im In- und Ausland durch die Konservatoren fokussiert das Museum weiterhin auf die Bereitstellung von wissenschaftlichen Sammlungsdaten für das „Global Biodiversity Information Facility“ Netz, einer globalen Datenbank zur Erfassung der Biodiversität unseres Planeten.

Vermittlung Die neue Sonderausstellung über Pilze mit dem gleichnamigen Titel wird von Oktober 2010 bis 2011 zu sehen sein. Ab Oktober 2011 ist die Eigenproduktion „Knochenarbeit“ vorgesehen, eine Sonderausstellung mit anthropologischem Inhalt. Die Finanzierung dieser Ausstellung ist allerdings noch nicht gesichert. Aufgrund der Sparvorgaben von 3.4% muss das Museum Rückstellungen auflösen, die unter anderem für besondere Vorhaben gebildet wurden. Um die Sparvorgaben erfüllen zu können, wird das Museum auch die Eintrittspreise der Dauerausstellungen erhöhen müssen, ausserdem ist bereits ein (geringer) Personalabbau beschlossen. Ab 2012 sollen ebenfalls die umfangreichen Sanierungsarbeiten im Berri-Bau beginnen, so dass im Jahr 2012 nur wenige Ausstellungsräumlichkeiten dem Publikum zugänglich sein werden.

Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2008	Ist 2009	Soll 2010	Soll 2011
Interesse und Verständnis für die belebte und unbelebte Natur	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachmedien	=	1	1	1	1
Interesse und Verständnis für die belebte und unbelebte Natur	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1	1

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2008	Ist 2009	Soll 2010	Soll 2011
Zeitgemässe Präsentation der Sammlung sowie thematisch breite Ausstellungen zu naturwissenschaftlichen Themen	Anzahl Besucher/-innen	>	144'618	90'028	70'000	70'000
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	>	380	296	300	250
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	>	1'424	1'030	900	900
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Ausleihen von Objekten	>	406	9'258	300	300
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Besuchertage Gastwissenschaftler/-innen	>	409	370	300	300
Erweiterung der Sammlung	Anzahl neue Sammlungsobjekte	>	28'519	4'460	500	300

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2009	2010	2011	abs.	%
Personalaufwand	5'179.2	4'997.8	4'978.3	-19.5	-0.4
Übriger Aufwand	3'328.1	3'144.1	3'426.8	282.7	9.0
Ertrag	-1'062.6	-745.7	-1'121.7	-376.1	-50.4
Ordentlicher Nettoaufwand	7'444.8	7'396.2	7'283.3	-112.9	-1.5
Kalkulatorische Kapitalkosten	66.7	64.7	84.6	19.9	30.8
Umlagen Querschnittsleistungen	749.4	845.2	419.0	-426.3	-50.4
Vollkosten	8'260.9	8'306.2	7'786.9	-519.3	-6.3

Kommentar

- Der Anstieg der übrigen Kosten erklärt sich mit Mehrkosten für die Eigenproduktion „Knochenarbeit“ und der erstmaligen Verrechnung bestimmter Dienstleistungen der Zentralen Informatikdienste und des Zentralen Personaldienstes (ehemalige Querschnittsleistungen).
- Zur Realisierung der Sonderausstellung „Knochenarbeit“ wird das Museum noch mehr Drittmittel generieren müssen. Ausserdem sind Mehreinnahmen durch die Erhöhung der Eintrittspreise in die Dauerausstellungen budgetiert.
- Durch die bereits erwähnte erstmalige Verrechnung verschiedener zentraler Dienstleistungen der Zentralen Informatikdienste und des Zentralen Personaldienstes und eine entsprechende Erhöhung des ordentlichen Nettoaufwands (ONA) entsteht der falsche Eindruck, dass die Sparvorgaben lediglich 1.5% betragen.

Dienstleistungen Weiterhin sollen durch die Vermietung der Aula und weiterer Museumsräumlichkeiten für externe Anlässe einerseits neue Besucher erschlossen und andererseits zusätzliche Einnahmen aus der Vermietung generiert werden. Auch hier ist als Kompensation der Einsparungen bereits eine Erhöhung der Tarife beschlossen.

Museum der Kulturen

Das Museum der Kulturen Basel (MKB) betreibt in elf Liegenschaften ein ethnologisches Museum nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes. Es erweitert, bewahrt, erforscht, dokumentiert und vermittelt die seit 1849 bestehende öffentliche Sammlung.

Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)

Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (mit Gesetzesänderung vom 23. Februar 2005)

inkl. Verordnung (SG 451.100 und SG 451.110)

Wirkungen

Förderung der Verbundenheit und der Auseinandersetzung mit den Kulturen der Welt sowie des Interesses und Verständnisses für andere Weltanschauungen und Werte. Vermitteln von Einsichten in Zusammenhänge, Geschichte und Wandel europäischer und aussereuropäischer Kulturen vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Steigerung der Attraktivität der Stadt Basel.

Tätigkeiten und Projekte

Im 2011 wird das „neue“ Museum der Kulturen seine Tore öffnen. Damit bietet sich die einmalige Gelegenheit, das Museum der Kulturen als publikumsnahes, lebendiges und innovatives Basler Haus mit grosser Ausstrahlung zu profilieren. Es ist geplant, die Neueröffnung mit einem Festival zu begehen, um uns – nicht nur, aber vor allem – bei der Basler Bevölkerung „zurückzumelden“ und um den neuen Auftritt in all seinen Facetten zu kommunizieren.

Als Maxime für die neue Ausrichtung des Museums gilt: Wir leuchten kulturelle Dimensionen des Lebens aus – vornehmlich anhand des eigenen Sammlungsbestandes. Anhand des neu erarbeiteten Konzeptes wird gezeigt und vermittelt werden, unter welchen Bedingungen Individuen oder ganze Gruppen von Menschen zu ihrem Weltverständnis und zu ihren Wertvorstellungen gefunden haben. Die Umsetzung dieser Inhalte wird in temporären und permanenten Ausstellungen vorgenommen.

Sammlung/Forschung Im Zusammenhang mit der Einrichtung der Ausstellungen wird die Objektdokumentation intensiv weitergeführt. Es ist geplant, bei der Neueröffnung mit Teilen des Sammlungsbestandes online zu gehen. Bereits bestehende Forschungs Kooperationen zu Mexiko, Brasilien und Nagaland/Indien werden weitergeführt. 2011 wird das von uns entwickelte und auf unser Haus zugeschnittene Forschungsprogramm „Fellowship Museum der Kulturen“ etabliert und in dessen Rahmen erstmals ein Gastwissenschaftler eingeladen.

Vermittlung Das gesamte Haus wird mit neuen (ca. 50% temporären, 50% permanenten) Ausstellungen bespielt werden. Zur Neueröffnung wird in den Vorräumen zu den Ausstellungssälen – der Achse des Hauses – die zukünftige Programmatik ausgestellt. Auf drei Geschossen werden ausgewählte Facetten der chinesischen Kultur präsentiert: 1. die performative Kunst der chinesischen Pekingoper, 2. die Reflexion auf die Pekingoper in der zeitgenössischen chinesischen Kunst, 3. Chinatown. Diese Ausstellung zeigt Konstanten und Veränderungen der Lebens- und Arbeitszusammenhänge innerhalb ausgewählter Chinatowns (von San Francisco über Johannesburg bis Singapur). Im Anschluss an diese Ausstellungen werden die temporäre Ausstellung zum Thema „Pilgern“ und die permanente Ausstellung zum Thema „Expeditionen“ gezeigt. Darin werden fünf vom Museum der Kulturen initiierte Expeditionen präsentiert, die für das Museum und die Stadt Basel von entscheidender Bedeutung sind. Ausserdem soll die bewährte Weihnachtsausstellung wieder durchgeführt werden.

Zu allen Ausstellungen werden Rahmenprogramme (Führungen, Ausstellungsgespräche, Interventionen, Workshops etc.) zielgruppenspezifisch für Besucher und Schulen entwickelt. Es ist geplant, neue Vermittlungsformate zu entwickeln und zu erproben.

Dienstleistungen Im Eingangsbereich wird im neu eingerichteten Shop ein auf die Ausstellungen abgestimmtes Sortiment an Produkten und Publikationen angeboten. Geplant ist zudem eine Kombination der Aktivitäten und Leistungen des Museums und Restaurants Rollerhof.

Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2008	Ist 2009	Soll 2010	Soll 2011
Interesse und Verständnis für andere Kulturen, Weltanschauungen und Werte sowie deren Zusammenhang mit der eigenen Kultur	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachmedien	=	1	1	1	1
Interesse und Verständnis für andere Kulturen, Weltanschauungen und Werte sowie deren Zusammenhang mit der eigenen Kultur	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1	1

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2008	Ist 2009	Soll 2010	Soll 2011
Zeitgemässe Präsentation der Sammlung sowie thematisch breite Ausstellungen über die Kulturen der Welt	Anzahl Besucher/-innen	>	52'216	23'266	25'000	100'000
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	>	308	115	80	150
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	>	193	67	70	100
Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generation, sich anhand von Originalobjekten mit den Kulturen der Welt auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad Sammlung (Neuzugänge)	=	100%	100%	100	100%
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Leihabgabenverfahren / Objekte Schweiz	>	8/167	7/167	10/100	10/100
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Leihabgabenverfahren / Objekte Ausland	>	2/2	6/16	5/25	5/25
Relevanz für die Fachwelt	Für die Betreuung externer Forscher/-innen aufgewendete Arbeitstage	=	169	158	150	80
Erweiterung der Sammlung	Anzahl neue Objekte	>	214	452	100	100
Erweiterung der Sammlung	Anzahl neue Fotografien / Dias	>	279	934	100	100

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2009	2010	2011	abs.	%
Personalaufwand	4'479.4	4'507.9	4'663.5	155.6	3.5 ¹
Übriger Aufwand	3'565.1	3'362.9	6'371.3	3'008.5	89.5 ²
Ertrag	-517.5	-387.7	-3'436.3	-3'048.6	-786.3
Ordentlicher Nettoaufwand	7'527.0	7'483.1	7'598.5	115.4	1.5
Kalkulatorische Kapitalkosten	487.6	472.9	461.3	-11.5	-2.4
Umlagen Querschnittsleistungen	751.2	803.7	422.1	-381.6	-47.5
Vollkosten	8'765.8	8'759.7	8'482.0	-277.7	-3.2

Kommentar

- 1 Mit der Neueröffnung des Museums 2011 erhöhen sich die Kosten für das aufgestockte Aufsichtspersonal.
- 2 Die Kosten für Neueröffnung, Mehrkosten für den Betrieb sowie die Sonderausstellungen sollen über höhere Einnahmen aus Eintritten und Drittmittel finanziert werden, deren Zusicherungen nicht in allen Fällen gesichert ist.

4.3.2 Öffentlicher Verkehr

	Öffentlicher Verkehr	254
BVD	Produktgruppe Tram und Bus	256
BVD	Produktgruppe Regio-S-Bahn	258
BVD	Produktgruppe Tarife und Verbünde	260

Öffentlicher Verkehr

Betrieb des öffentlichen Tram- und Busverkehrs (inkl. Unterhalt und Angebotskonzepte), Entwicklung und Umsetzung des kantonalen Behindertentransports sowie die Bestellung von Regionalverkehrsleistungen in Absprache mit Nachbarkantonen und Nachbarländern.

Gesetzliche Grundlagen

Gestützt auf das Programm für den öffentlichen Verkehr (ÖV-Programm) wird das Globalbudget ÖV dem Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt gemäss §14 und §16 Abs. lit. b des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr (ÖVG) zum Beschluss vorgelegt.

Wirkungen

Wirtschaftliche Gewährleistung einer komfortablen, sicheren, umweltschonenden und stadtgerechten Mobilität innerhalb des Kantonsgebiets sowie zwischen dem Kantonsgebiet und der umliegenden Region, auch für betagte und in ihrer Mobilität behinderte Menschen.

Entlastung des Strassennetzes und dadurch Verbesserung des Verkehrsflusses und der Wohnqualität sowie Begrenzung des Bedarfs an Parkraum.

Anbieten eines preisgünstigen und einfachen Tarifsystems.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Regio S-Bahn	2.4 Mobilität
Tarife und Verbünde	2.4 Mobilität
Tram und Bus	2.4 Mobilität

Tätigkeiten und Projekte

Für die politischen und planerischen Tätigkeiten im Bereich des öffentlichen Verkehrs (ÖV) wird auf den Bericht der Dienststelle Mobilität verwiesen. Mit dem Globalbudget werden nur die Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Bestellung von ÖV-Leistungen dargestellt.

Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2008	Ist 2009	Soll 2010	Soll 2011	
Marktanteil am gesamten motorisierten Verkehr (Wohnbevölkerung BS)	Anteil (%) ÖV-Fahrten an allen motorisierten Fahrten gem. Bev. Befragung	>=	83.0	83.0		83.0	1
Zufriedenheit der Wohnbevölkerung	Anteil (%) „zufrieden“/ „sehr zufrieden“ gem. Bev. Befragung	>=	95.1	95.1		95.0	2
Hohe Nachfrage Ortsverkehr	Anzahl (Mio.) Einsteigende pro Jahr (BVB Linien).	>=	123.5	126.1	125.0	126.0	
Hohe Verkehrsleistung Ortsverkehr	Nachfrage (Mio. Personen-km) BVB+BLT im städtischen Netz	>=	290.3	291.1	295.0	292.0	
Hohe Nachfrage Regio-S-Bahn	Anzahl Einsteigende (Tsd. Pers. / Tag) am Bahnhof SBB	>=	15.6	16.5	16.0	16.0	
Zufriedenheit der ÖV-Kundschaft	Index gemäss Kundenzufriedenheitsstudie	>=		77.0		77.0	3

Kommentar

- 1 Die Bevölkerungsbefragung findet nur alle vier Jahre statt, nächstes Mal im 2011. Die beiden Indikatoren werden dann ein letztes Mal zu Vergleichszwecken ausgewiesen. Für den Modal Split wird ein neuer Indikator, basierend auf einem verbesserten Datengerüst zum gesamten Verkehrsgeschehen ausgearbeitet. Die Zufriedenheit wird neu standardisiert erhoben (siehe Indikator 6 oder Fussnote 3).
- 2 Siehe Fussnote 1.
- 3 2009 führte der Kanton Basel-Stadt erstmals eine standardisierte Befragung der ÖV-Kundschaft durch. Im Vergleich mit anderen Agglomerationen nimmt Basel einen Spitzenplatz ein. Die Befragung soll alle zwei Jahre durchgeführt werden, nächstes Mal im 2011.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2009	2010	2011	abs.	%
Tram und Bus	50'667	55'042	54'843	-199	0
Regio-S-Bahn	2'472.7	2'779.9	2'652.5	-127.4	-4.6
Tarife und Verbünde	20'139.5	20'370.0	20'200.0	-170.0	-0.8
Ordentlicher Nettoaufwand	73'279.0	78'191.9	77'695.9	-496.0	-0.6
Investitionen ab 300'000 Fr.	18'551.3	24'300.0	23'000.0	-1'300.0	-5.3

Kommentar

Die Kommentare zu den Abweichungen finden sich unter den entsprechenden Produktgruppen.

Produktgruppe Tram und Bus

Anbieten eines regelmässig betriebenen Bus- und Tram-Linienverkehrs zur Erschliessung des Kantonsgebiets (inkl. Fahrzeugvorhaltung, Netzmanagement und Distribution). Bedarfsgerechte Vervollständigung des Linienverkehrs durch ergänzende Verkehrsleistungen (z.B. Grossanlässe) und durch besondere Transporte für Menschen mit einer Mobilitätsbehinderung.

Tätigkeiten und Projekte

Aufgrund der finanziellen Vorgaben ist 2011 kein nennenswerter Angebotsausbau möglich. Die notwendige Budgetkürzung kann insbesondere mit einer Effizienzsteigerung bei den Basler Verkehrsbetrieben erreicht werden. Im Weiteren sind die Budgetwerte knapper kalkuliert, was gleichzeitig das Risiko einer Budgetüberschreitung erhöht.

Mögliche weitere Budgetkürzungen in den Folgejahren dürften nur mit einem Leistungsabbau erreicht werden.

Für das Folgejahr (2012) ist eine Verdichtung der Linie 10/17 auf einen 7.5 Minuten Takt vorgesehen, an deren Kosten sich der Kanton Basel-Stadt mit rund 1.1 Mio. Franken beteiligen wird.

Leistungen

- **Leistungserbringer Basler Verkehrs-Betriebe (BVB)** Betrieb städtischer Tram- und Buslinien; Unterhalt der betrieblich notwendigen Infrastruktur und Netzmanagement, aufgrund einer Leistungsvereinbarung.
- **Leistungserbringer Baselland Transport AG (BLT)** Betrieb von Tram- und Buslinien des Vorortsverkehrs aufgrund einer Angebotsvereinbarung gemäss Eisenbahngesetz, Ausgleich über die Abgeltungsrechnung BS/BL.
- **Leistungserbringer Autobus AG Liestal (AAGL)** Betrieb regionaler Buslinien aufgrund einer Angebotsvereinbarung gemäss Eisenbahngesetz, Ausgleich über die Abgeltungsrechnung BS/BL.
- **Leistungserbringer Koordinationsstelle Fahrten für Behinderte beider Basel KBB/33er Taxi** Behindertentransport aufgrund einer Leistungsvereinbarung.

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2008	Ist 2009	Soll 2010	Soll 2011
Hohe Bedienungshäufigkeit im Linienverkehr	Gewichtete Fahrzeugkm. (Mio.) BVB / BLT im Jahr auf Gebiet BS	=	24.2	24.5	24.3	24.5
Hohe Effizienz der Leistungserbringung	Abgeltung von Bund, Kantonen und Gemeinden (CHF) je Pkm (BVB)	<=	0.194	0.203	0.199	0.200
Hohe Qualität des Angebotes im Ortsverkehr	Mischindikator aus verschiedenen Kennzahlen; Eichwert 2006: 100%	>=	104%	109%	105%	109%
Angebote der KBB entsprechen den Bedürfnissen der Zielgruppe	Anteil (%) „zufrieden“ bzw. „sehr zufrieden“ gem. Kundenbefragung	>=	85.6%	78.1%	85.0%	85.0%

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt	2009	2010	2011	abs.	%
Übriger Aufwand	53'345.5	57'470.0	57'365.4	-104.6	-0.2
Ertrag	-2'678.7	-2'428.0	-2'522.0	-94.0	-3.9
Ordentlicher Nettoaufwand	50'666.8	55'042.0	54'843.4	-198.6	-0.4 ¹
Kalkulatorische Kapitalkosten	1'196.9	0.0	0.0	0.0	0.0
Vollkosten	51'863.6	55'042.0	54'843.4	-198.6	-0.4

Kommentar

- 1 Mit Optimierungsmassnahmen bei den Basler Verkehrs-Betrieben können ohne Leistungsabbau Einsparungen in der Grössenordnung von 500'000 Franken erreicht werden. Mehraufwendungen von 70'000 Franken werden für einen minimalen Leistungsausbau auf der Linie 38 im Gebiet Wettsteinplatz/Roche in den Hauptverkehrszeiten (HVZ) sowie für drei Abendkurse nach Grenzach-Wyhlen benötigt. Acht neue Gasbusse werden wie die bestehende Gasbusflotte zu 50% mit Biogas betankt, dies ermöglicht eine Reduktion des CO₂-Ausstosses um 300 bis 350 Tonnen pro Jahr (Beitrag aus dem Globalbudget Öffentlicher Verkehr rund 35'000 Franken). Im Budget sind zudem die Mehraufwendungen von 313'000 Franken für Schichtzulagen auf Ferienlohn gemäss Urteil des Appellationsgerichts vom März 2010 berücksichtigt.

Produktgruppe Regio-S-Bahn

Anbieten eines regelmässigen Regio-S-Bahnverkehrs zur Anbindung des Kantonsgebiets an das Umland (inkl. Fahrzeugvorhaltung, Netzmanagement und Distribution).

Tätigkeiten und Projekte

Das Angebot bleibt praktisch unverändert. Die Budgetkürzung wird mit einer knapperen Kalkulation erreicht, was das Risiko einer Budgetüberschreitung erhöht.

Leistungen

- **Leistungserbringer SBB Regionalverkehr:** Betrieb der S-Bahnlinien S1 (Schweizer Teilabschnitt), S3 und S4, aufgrund einer Angebotsvereinbarung gemäss Eisenbahngesetz.
- **Leistungserbringer SBB Deutschland GmbH:** Betrieb der S-Bahnlinie S6 aufgrund einer Angebotsvereinbarung gemäss Eisenbahngesetz (Verkehrsvertrag).

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2008	Ist 2009	Soll 2010	Soll 2011	
Hohe Angebotsdichte im S-Bahnverkehr	Anzahl Kurse der S-Bahn auf den Regio-S-Bahnlinien, die von BS mitfinanziert werden	=	325	329	340	340	
Hohe Effizienz der Leistungserbringung	Abgeltung (CHF) je Personen-km auf den Regio-S-Bahn-Linien, die von BS mitfinanziert werden	<=	0.149	0.144	0.152	0.152	1
Hohe Qualität der Leistungserbringung	Anteil (%) der mit den Kantonen der NWCH vereinbarten Qualitätsindikatoren, bei denen die SBB den Zielwert erreicht	>=		99	95	95	2

Kommentar

- 1 Ab 2010 kommt es aufgrund der geänderten Rollmaterialfinanzierung und der neuen Knotengebühr zu einer leichten Verschlechterung des Kostendeckungsgrades.
- 2 Der Qualitätsbericht 2008 wurde von der SBB nicht erstellt.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt	2009	2010	2011	abs.	%
Übriger Aufwand	2'908.3	3'184.9	3'057.5	-127.4	-4.0
Ertrag	-435.6	-405.0	-405.0	0.0	0.0
Ordentlicher Nettoaufwand	2'472.7	2'779.9	2'652.5	-127.4	-4.6
Kalkulatorische Kapitalkosten	9'480.2	18.9	0.0	-18.9	-100.0
Vollkosten	11'953.0	2'798.8	2'652.5	-146.3	-5.2

Produktgruppe Tarife und Verbünde

Sicherstellung günstiger, zwischen den einzelnen Transportunternehmen koordinierter Tarife im öffentlichen Verkehr innerhalb des Kantons und über die Kantonsgrenzen hinaus.

Tätigkeiten und Projekte

Es wird mit einer gegenüber 2009 praktisch konstanten Anzahl U-Abos im Kanton Basel-Stadt gerechnet.

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2008	Ist 2009	Soll 2010	Soll 2011	
Grosse Anzahl U-Abonnenten im Kanton Basel-Stadt	Anzahl U-Abo-Verkäufe (in Tausend) an Einwohnerinnen und Einwohner in BS auf Monatsbasis	>=	851	859	850	860	1

Kommentar

1 Der Indikator umfasst die Anzahl verkaufter Monats-Abonnemente. Jahresabonnemente werden umgerechnet.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2009	2010	2011	abs.	%
Übriger Aufwand	20'344.6	20'350.0	20'200.0	-150.0	-0.7
Ertrag	-205.1	20.0	0.0	-20.0	-100.0
Ordentlicher Nettoaufwand	20'139.5	20'370.0	20'200.0	-170.0	-0.8
Vollkosten	20'139.5	20'370.0	20'200.0	-170.0	-0.8

Kommentar

1 Im Jahr 2010 wurde die gesamte Verantwortung für den Vertrieb der SBB Tageskarte an das Einwohneramt übertragen. Mit dieser Massnahme konnten die Abläufe optimiert werden. Aufwand und Erlös werden neu vom Einwohneramt ausgewiesen.

4.4 Übriges

4.4.1 Dienststellen im ordentlichen Nettoaufwand/Investitionsrechnung

409090 ZPD (Sozialleistungen)

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10		
	2009	2010	2011	abs.	%	
30 Personalaufwand	1'359.4	1'144.3	1'552.7	408.5	35.7	1
31 Sachaufwand	134.6	215.0	295.0	80.0	37.2	
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	1'493.9	1'359.3	1'847.7	488.5	35.9	
43 Entgelte	-507.5	-152.3	-247.7	-95.5	-62.7	
4 Ertrag	-507.5	-152.3	-247.7	-95.5	-62.7	
Ordentlicher Nettoaufwand	986.4	1'207.0	1'600.0	393.0	32.6	

Kommentar

- 1 Der Mehraufwand ist auf die Beanspruchung des Sozialstellenplans auf der Grundlage des §34 und der dazu gehörigen Überbrückungsmassnahmen (vgl. Regierungsratsbeschluss 08/40/32 vom 11. Dezember 2007) zurückzuführen. Der Sozialstellenplan übernimmt die Finanzierung der Lohnkosten von Mitarbeitenden, deren Anstellungsverhältnisse nach Ablauf der 16. Monatsfrist zu Ende gehen, zur Abfederung sozialer Härtefälle. Auf die Überbrückungsmassnahme besteht ein Rechtsanspruch.

410 Allgemeine Verwaltung

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10		
	2009	2010	2011	abs.	%	
30 Personalaufwand	-9'270.3	-31'085.0	-40'816.0	-9'731.0	-31.3	1
31 Sachaufwand	8'745.7	9'235.0	9'332.5	97.5	1.1	
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	0.0	0.0	...	
36 Eigene Beiträge	2'290.5	850.0	850.0	0.0	...	
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	41'588.0	41'575.0	69'716.0	28'141.0	67.7	2
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	43'353.9	20'575.0	39'082.5	18'507.5	90.0	
43 Entgelte	-13'714.2	-6'000.0	-6'850.0	-850.0	-14.2	3
46 Beiträge für eigene Rechnung	-7'221.7	-6'333.0	-8'090.0	-1'757.0	-27.7	4
4 Ertrag	-20'935.9	-12'333.0	-14'940.0	-2'607.0	-21.1	
Ordentlicher Nettoaufwand	22'418.0	8'242.0	24'142.5	15'900.5	192.9	

Kommentar

- 1 Die Zunahme ergibt sich aus den zentral eingestellten Mittel für den Teuerungsausgleich (15'120'000 Franken), dem Wegfall der Korrektur der Familienzulagen (8'850'000 Franken) und der Erhöhung der Aufwandsminderung bei der Spezialfinanzierung für die Pensionskasse Basel-Stadt (-33'701'000 Franken).
- 2 Die Einlagen des Arbeitnehmers und Arbeitgebers werden im Rahmen der Spezialfinanzierung und der Sanierung der Pensionskasse Basel-Stadt erhöht.
- 3 Die Aufwendungen für die Seelsorge in den Spitälern und Gefängnissen werden als departementsübergreifende Leistungen (Querschnittsleistungen) neu verrechnet. Bisher erfolgte die Weiterbelastung ausschliesslich in der Kostenrechnung.
- 4 Der höhere Kantonsanteil an der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) (1'127'000 Franken) und die neue CO2-Abgabe (630'000 Franken) sind für die Erhöhung verantwortlich.

420050 Liegenschaften (Verw. V.) Eigennutzung

in 1'000 Franken	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10 abs. %	
31 Sachaufwand	42'506.1	44'413.4	50'755.1	6'341.7	14.3
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.3	0.0	0.0	0.0	...
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	42'506.3	44'413.4	50'755.1	6'341.7	14.3
42 Vermögenserträge	-145'226.8	-142'112.5	-142'460.7	-348.2	-0.2
43 Entgelte	-777.8	-800.0	-870.0	-70.0	-8.8
46 Beiträge für eigene Rechnung	-2.0	0.0	0.0	0.0	...
4 Ertrag	-146'006.5	-142'912.5	-143'330.7	-418.2	-0.3
Ordentlicher Nettoaufwand	-103'500.2	-98'499.1	-92'575.6	5'923.5	6.0
Investitionen > 300'000 Fr., Ausgaben	130'613.4	140'950.0	128'150.0	-12'800.0	-9.1
Investitionen > 300'000 Fr., Einnahmen	-11'316.2	-11'250.0	-11'750.0	-500.0	-4.4
Investitionen > 300'000 Fr., netto	119'297.2	129'700.0	116'400.0	-13'300.0	-10.3

Kommentar

- 1 Die Erhöhung ist auf höhere Vorgaben beim Unterhalt und den Heizkosten (Budgetpostulat Michael Wüthrich und Jürg Stöcklin) sowie die neu eingeführte Planungspauschale zur Vorbereitung der Investitionen zurückzuführen.

Konsolidierung BS

in 1'000 Franken	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10 abs. %	
30 Personalaufwand	-834.9	-476.0	-1'385.0	-909.0	-191.0
31 Sachaufwand	-191'597.0	-183'714.3	-202'751.0	-19'036.7	-10.4
32 Passivzinsen	-2'073.5	-1'992.5	-1'957.8	34.7	1.7
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	0.0	0.0	...
36 Eigene Beiträge	-43'578.7	-31'580.6	-39'189.6	-7'609.0	-24.1
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	0.0	0.0	0.0	0.0	...
39 Interne Verrechnungen	238'084.0	217'763.4	245'283.3	27'520.0	12.6
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	...
40 Steuern	0.0	0.0	0.0	0.0	...
41 Regalien und Konzessionen	0.0	0.0	0.0	0.0	...
42 Vermögenserträge	150'036.6	147'522.3	147'818.2	295.9	0.2
43 Entgelte	44'468.8	38'660.4	58'275.5	19'615.1	50.7
44 Anteile u. Beiträge ohne Zweckbestimmung	0.0	0.0	0.0	0.0	...
46 Beiträge für eigene Rechnung	43'578.7	31'580.6	39'189.6	7'609.0	24.1
48 Entnahmen a.Spec.Finanzierungen	0.0	0.0	0.0	0.0	...
49 Interne Verrechnungen	-238'084.0	-217'763.4	-245'283.3	-27'520.0	-12.6
4 Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	...
Ordentlicher Nettoaufwand	0.0	0.0	0.0	0.0	...

Dienststellen Kapitel 6 bis 8

	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
in 1'000 Franken	2009	2010	2011	abs.	%
30 Personalaufwand	1'722'838.6	1'764'273.5	1'791'646.3	27'372.7	1.6
31 Sachaufwand	756'245.0	748'707.5	797'113.9	48'406.4	6.5
32 Passivzinsen	860.7	837.7	788.1	-49.6	-5.9
33 Abschreibungen Finanzvermögen	10'049.6	10'746.7	10'905.5	158.8	1.5
36 Eigene Beiträge	1'206'261.5	1'287'818.5	1'332'643.1	44'824.7	3.5
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	31'620.1	21'519.5	19'223.5	-2'296.0	-10.7
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	3'727'875.5	3'833'903.5	3'952'320.4	118'416.9	3.1
40 Steuern	-31'451.8	-31'630.0	-31'524.0	106.0	0.3
41 Regalien und Konzessionen	-23.7	-27.0	-21.8	5.2	19.3
42 Vermögenserträge	-6'243.4	-7'010.5	-7'375.2	-364.7	-5.2
43 Entgelte	-1'065'948.3	-1'053'788.7	-1'121'724.8	-67'936.1	-6.4
46 Beiträge für eigene Rechnung	-353'427.8	-348'837.8	-367'242.9	-18'405.1	-5.3
48 Entnahmen a.Spez.Finanzierungen	-10'179.1	-11'346.1	-14'087.0	-2'740.9	-24.2
4 Ertrag	-1'467'274.0	-1'452'640.1	-1'541'975.7	-89'335.6	-6.1
Ordentlicher Nettoaufwand	2'260'601.6	2'381'263.3	2'410'344.6	29'081.3	1.2

Kanton Basel-Stadt

	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
in 1'000 Franken	2009	2010	2011	abs.	%
30 Personalaufwand	1'714'092.8	1'733'856.8	1'750'998.0	17'141.2	1.0
31 Sachaufwand	616'034.3	618'856.6	654'745.5	35'888.9	5.8
32 Passivzinsen	-1'212.8	-1'154.8	-1'169.7	-14.9	-1.3
33 Abschreibungen Finanzvermögen	10'049.9	10'746.7	10'905.5	158.8	1.5
36 Eigene Beiträge	1'164'973.4	1'257'087.9	1'294'303.6	37'215.7	3.0
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	73'208.1	63'094.5	88'939.5	25'845.0	41.0
39 Interne Verrechnungen	238'084.0	217'763.4	245'283.3	27'520.0	12.6
Eliminationen	-775.4	-749.7	-702.6	47.1	6.3
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	3'814'454.3	3'899'501.4	4'043'303.1	143'801.7	3.7
40 Steuern	-31'451.8	-31'630.0	-31'524.0	106.0	0.3
41 Regalien und Konzessionen	-23.7	-27.0	-21.8	5.2	19.3
42 Vermögenserträge	-1'433.6	-1'600.6	-2'017.7	-417.0	-26.1
43 Entgelte	-1'036'479.0	-1'022'080.5	-1'071'417.0	-49'336.5	-4.8
46 Beiträge für eigene Rechnung	-317'072.8	-323'590.2	-336'143.3	-12'553.1	-3.9
48 Entnahmen a.Spez.Finanzierungen	-10'179.1	-11'346.1	-14'087.0	-2'740.9	-24.2
49 Interne Verrechnungen	-238'084.0	-217'763.4	-245'283.3	-27'520.0	-12.6
4 Ertrag	-1'634'723.9	-1'608'037.9	-1'700'494.1	-92'456.2	-5.7
Ordentlicher Nettoaufwand	2'179'730.4	2'291'463.5	2'342'809.0	51'345.5	2.2

4.4.2 Dienststellen im Allgemeinen Nettoertrag

403090 Finanzverwaltung (Allgemein)

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10		
	2009	2010	2011	abs.	%	
31 Sachaufwand	81'304.2	29'880.0	9'275.0	-20'605.0	-69.0	1
32 Passivzinsen	78'939.6	79'657.2	78'067.0	-1'590.2	-2.0	
33 Abschreibungen Finanzvermögen	333.0	0.0	0.0	0.0	...	
36 Eigene Beiträge	115'026.5	113'320.0	132'353.0	19'033.0	16.8	2
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	68.9	50.0	50.0	0.0	...	
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	275'672.2	222'907.2	219'745.0	-3'162.2	-1.4	
40 Steuern	3.3	0.0	0.0	0.0	...	
41 Regalien und Konzessionen	-41'568.4	-41'566.0	-41'231.0	335.0	0.8	3
42 Vermögenserträge	-172'820.2	-121'016.3	-125'493.1	-4'476.8	-3.7	4
43 Entgelte	-49'189.9	-50.0	-50.0	0.0	...	
44 Anteile u. Beiträge ohne Zweckbestimmung	-63'717.4	-58'726.0	-60'608.0	-1'882.0	-3.2	5
46 Beiträge für eigene Rechnung	-761.8	-200.0	-200.0	0.0	...	
48 Entnahmen a.Spec.Finanzierungen	-12.5	-50.0	-50.0	0.0	...	
4 Ertrag	-328'066.8	-221'608.3	-227'632.1	-6'023.8	-2.7	
Allgemeiner Nettoertrag	-52'394.6	1'298.9	-7'887.2	-9'186.0	-707.2	

Kommentar

- 1 Der Budgetrückgang ist auf tiefere Emissionsgebühren zurückzuführen, da nur eine Anleihe über 400 Mio. Franken geplant ist statt wie im Vorjahr zwei Anleihen in der Gesamthöhe von 1'200 Mio. Franken (-20'560'000 Franken).
- 2 Die Zunahme ist auf die Erhöhung des Kantonsanteils am Ressourcenausgleich im Rahmen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen NFA (+19'052'000 Franken) zurückzuführen.
- 3 Der Kantonsanteil am Nationalbankgewinn reduziert sich (-335'000 Franken).
- 4 Eine Einnahmenerhöhung ergibt sich aus der geplanten höheren Gewinnablieferung der Basler Kantonalbank (+10'000'000 Franken). Demgegenüber stehen eine geplante Einnahmenreduktion infolge tieferer Ertragsablieferung der Industriellen Werke Basel (-3'300'000 Franken) sowie tieferer Zinsen beim Dotationskapital der Basler Kantonalbank (-757'000 Franken).
- 5 Der Kantonsanteil am Lastenausgleich NFA (+555'000 Franken) und an der Verrechnungssteuer (+1'327'000 Franken) erhöht sich.

404090 Steuerverwaltung (Allgemein)

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
	2009	2010	2011	abs.	%
33 Abschreibungen Finanzvermögen	49'060.6	50'000.0	50'000.0	0.0	...
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	49'060.6	50'000.0	50'000.0	0.0	...
40 Steuern	-2'323'908.8	-2'230'700.0	-2'387'000.0	-156'300.0	-7.0
43 Entgelte	0.0	0.0	-4'000.0	-4'000.0	...
44 Anteile u. Beiträge ohne Zweckbestimmung	-171'194.6	-140'000.0	-140'000.0	0.0	...
4 Ertrag	-2'495'103.4	-2'370'700.0	-2'531'000.0	-160'300.0	-6.8
Allgemeiner Nettoertrag	-2'446'042.8	-2'320'700.0	-2'481'000.0	-160'300.0	-6.9

411 Dreispitzverwaltung

	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
in 1'000 Franken	2009	2010	2011	abs.	%
31 Sachaufwand	429.5	0.0	0.0	0.0	...
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	429.5	0.0	0.0	0.0	...
42 Vermögenserträge	-15.6	0.0	0.0	0.0	...
43 Entgelte	-615.6	0.0	0.0	0.0	...
4 Ertrag	-631.1	0.0	0.0	0.0	...
Allgemeiner Nettoertrag	-201.7	0.0	0.0	0.0	...

412 Parkhäuser Basel-Stadt (Fin. Verm.)

	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
in 1'000 Franken	2009	2010	2011	abs.	%
30 Personalaufwand	477.5	467.7	479.2	11.4	2.4
31 Sachaufwand	4'757.6	8'661.4	8'030.7	-630.7	-7.3
32 Passivzinsen	1'297.3	1'242.8	1'255.2	12.4	1.0
33 Abschreibungen Finanzvermögen	156.3	186.0	273.2	87.2	46.9
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	6'688.7	10'557.9	10'038.3	-519.7	-4.9
42 Vermögenserträge	-532.6	-522.0	-532.4	-10.4	-2.0
43 Entgelte	-13'015.9	-13'184.4	-13'173.6	10.9	0.1
4 Ertrag	-13'548.5	-13'706.4	-13'706.0	0.5	0.0
Allgemeiner Nettoertrag	-6'859.8	-3'148.5	-3'667.7	-519.2	-16.5

415 Liegenschaften FV

	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
in 1'000 Franken	2009	2010	2011	abs.	%
30 Personalaufwand	165.8	60.0	156.8	96.8	161.3
31 Sachaufwand	27'157.6	30'349.1	24'119.7	-6'229.4	-20.5
32 Passivzinsen	34.3	1.0	1.0	0.0	...
33 Abschreibungen Finanzvermögen	11'439.0	299.8	298.5	-1.3	-0.4
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	38'796.7	30'709.9	24'576.0	-6'133.9	-20.0
41 Regalien und Konzessionen	-2'257.8	-2'257.8	-2'257.8	0.0	...
42 Vermögenserträge	-76'378.1	-64'146.2	-65'403.6	-1'257.3	-2.0
43 Entgelte	-1'450.1	-190.0	-174.8	15.2	8.0
4 Ertrag	-80'086.0	-66'594.1	-67'836.2	-1'242.1	-1.9
Allgemeiner Nettoertrag	-41'289.4	-35'884.1	-43'260.1	-7'376.0	-20.6

420000 Liegenschaften (Verw. V.) Drittnutzung

in 1'000 Franken	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10 abs. %	
30 Personalaufwand	6.1	12.0	6.0	-6.0	-50.0
31 Sachaufwand	6'267.5	5'661.4	5'626.1	-35.3	-0.6
33 Abschreibungen Finanzvermögen	-12.8	40.0	15.0	-25.0	-62.5
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	6'260.8	5'713.4	5'647.1	-66.3	-1.2
42 Vermögenserträge	-39'174.1	-42'038.0	-38'708.3	3'329.7	7.9 ¹
43 Entgelte	-173.4	-152.1	-132.9	19.2	12.6
4 Ertrag	-39'347.5	-42'190.1	-38'841.2	3'348.9	7.9
Allgemeiner Nettoertrag	-33'086.8	-36'476.7	-33'194.2	3'282.6	9.0

Kommentar

- 1 Der geplante Verkauf des Miteigentums an der Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW in Muttenz führt zu diesem Rückgang.

Kanton Basel-Stadt

in 1'000 Franken	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10 abs. %	
30 Personalaufwand	649.3	539.7	642.0	102.2	18.9
31 Sachaufwand	119'916.4	74'551.9	47'051.5	-27'500.4	-36.9
32 Passivzinsen	80'271.2	80'901.0	79'323.2	-1'577.8	-2.0
33 Abschreibungen Finanzvermögen	60'976.1	50'525.8	50'586.7	60.9	0.1
36 Eigene Beiträge	115'026.5	113'320.0	132'353.0	19'033.0	16.8
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	68.9	50.0	50.0	0.0	...
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	376'908.4	319'888.4	310'006.3	-9'882.1	-3.1
40 Steuern	-2'323'905.5	-2'230'700.0	-2'387'000.0	-156'300.0	-7.0
41 Regalien und Konzessionen	-43'826.2	-43'823.8	-43'488.8	335.0	0.8
42 Vermögenserträge	-288'920.6	-227'722.5	-230'137.4	-2'414.8	-1.1
43 Entgelte	-64'444.8	-13'576.5	-17'531.2	-3'954.7	-29.1
44 Anteile u. Beiträge ohne Zweckbestimmung	-234'911.9	-198'726.0	-200'608.0	-1'882.0	-0.9
46 Beiträge für eigene Rechnung	-761.8	-200.0	-200.0	0.0	...
48 Entnahmen a.Spez.Finanzierungen	-12.5	-50.0	-50.0	0.0	...
Eliminationen	775.4	749.7	702.6	-47.1	-6.3
4 Ertrag	-2'956'008.0	-2'714'049.1	-2'878'312.9	-164'263.7	-6.1
Allgemeiner Nettoertrag	-2'579'099.6	-2'394'160.8	-2'568'306.6	-174'145.8	-7.3

5 Die Gerichte

GER-111	Appellationsgericht	271
GER-112	Gericht für Strafsachen	273
GER-113	Zivilgericht	275
GER-114	Sozialversicherungsgericht	277

Finanzen Gerichte

	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
in Mio. Franken	2009	2010	2011	abs.	%
30 Personalaufwand	35.4	36.8	38.2	1.4	3.8
31 Sachaufwand	13.6	13.4	14.1	0.7	5.2
32 Passivzinsen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
33 Abschreibungen Finanzvermögen	5.2	6.3	4.0	-2.3	-36.3
Total Aufwand	54.2	56.5	56.3	-0.2	-0.3
42 Vermögenserträge	-0.3	-0.8	-0.4	0.4	51.9
43 Entgelte	-31.2	-33.7	-28.5	5.2	15.5
Total Ertrag	-31.5	-34.4	-28.8	5.6	16.3
Ordentlicher Nettoaufwand Departement	22.7	22.0	27.5	5.5	24.7
5 Ausgaben Investitionen	1.8	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV (NIV)	1.8	0.0	0.0	0.0	0.0

Kommentar

- 1 Die markante Erhöhung des Ordentlichen Nettoaufwandes ist einerseits auf die gesprochenen zusätzlichen Stellen im Hinblick auf die eidgenössische Prozessordnungen (+2.25 Mio. Franken) und andererseits auf einen Budgettransfer zum Justiz- und Sicherheitsdepartement zurückzuführen. Zuzugabe Aufgabenverschiebung hat das Strafgericht 3.26 Mio. Franken an Einnahmen an das Justiz- und Sicherheitsdepartement abgetreten.

Appellationsgericht

GER-111

Das Appellationsgericht ist die oberste Justizbehörde des Kantons. Als solche übt das Appellationsgericht die Aufsicht über die erstinstanzlichen Gerichte aus und untersteht es seinerseits der Oberaufsicht durch das Parlament. Es urteilt im Rechtsmittelverfahren über die Entscheide der erstinstanzlichen Gerichte, über jene des Sozialversicherungsgerichts allerdings nur in wenigen Ausnahmefällen, da diese in der Regel an das Eidgenössische Versicherungsgericht weiterziehbar sind. Als Verwaltungsgericht überprüft es ferner die Verfügungen und Entscheide von Verwaltungsbehörden sowie von gerichtlichen Instanzen, wie der Steuerrekurskommission und der Baurekurskommission. Ausserdem fungiert es als kantonales Verfassungsgericht. Das Appellationsgericht wendet in seiner Rechtsprechung Normen aus der gesamten Rechtsordnung, einschliesslich internationaler Übereinkommen, an.

Bei allen Gerichten muss die Darstellung von Produktgruppen unterbleiben, da solche bei der Justiz nicht existieren. Dies entspricht dem im Jahre 2003 getroffenen Entscheid, auf die Einführung von New Public Management (NPM) und der entsprechenden Steuerungselemente bei den Gerichten zu verzichten. Darauf ist hier nicht zurückzukommen.

Tätigkeiten und Projekte

Allgemeines Infolge diverser Verfassungs- und Gesetzesrevisionen werden in den nächsten Jahren bei den Basler Gerichten, vor allem beim Appellationsgericht, weitreichende Anpassungen in organisatorischer Hinsicht erforderlich sein. Die Grundlagen für den notwendigen Ausbau der personellen und räumlichen Ressourcen wurden bereits erarbeitet und beim Regierungsrat eingereicht. Die erforderlichen Vorbereitungsarbeiten für die räumliche Erweiterung wurden in enger Zusammenarbeit mit den Immobilien Basel-Stadt und dem Hochbau- und Planungsamt getätigt. Das Vorprojekt zum Ausbau des Dachstockes an der Bäumleingasse 1 und der Umgestaltung der Abwärtswohnung in der Bäumleingasse 5/7 ist abgeschlossen, der entsprechende Ratschlag wurde von der Regierung an den Grossen Rat zur weiteren Behandlung überwiesen.

Gerichte 2010 Das Projekt Gerichte 2010 hat zum Ziel, für alle Gerichte des Kantons Basel-Stadt und das Erbschaftsamt eine einheitliche, standardisierte und releasefähige Fachapplikation einzuführen. Die Projektarbeiten sind in vollem Gange und das Projekt befindet sich im gesteckten Zeitplan. Das Appellationsgericht wurde als erstes der Gerichte Ende November 2009 produktiv geschaltet. Die daraus resultierenden Erfahrungen wurden bei der Migration des Sozialversicherungsgerichts berücksichtigt und werden bei denjenigen der restlichen Gerichte und des Erbschaftsamtes einfließen. Der angestrebte und zum Einsatz kommende technische Stand wird die Voraussetzungen gemäss Entwurf der eidgenössischen Verordnung über die elektronische Übermittlung im Rahmen von Zivil- und Strafprozessen sowie von Schuldbetreibungs- und Konkursverfahren abdecken. Die Vorbereitungen im Hinblick auf die schweizerischen Prozessordnungen laufen auch in technischer Sicht auf Hochtouren. Ab 2011 werden die Gerichte Verfahren nach neuem und bisherigem Recht parallel zu bewältigen haben, die technischen Voraussetzungen dazu wurden bereits geschaffen.

Gesetzesrevisionen Es stehen grundlegende Änderungen für die Basler Justiz an durch den Erlass bzw. die Revision der Bundesverfassung, der Kantonsverfassung sowie mehrerer Bundesgesetze (eidgenössische Zivilprozessordnung, Strafprozessordnung, Bundesgerichtsgesetz, Erwachsenenschutzrecht). Vor allem die Aufgaben des Appellationsgerichts werden dadurch erheblich erweitert, was eine entsprechende Zunahme des personellen und finanziellen Bedarfs zur Folge hat. Zudem wird im Zivilprozess die Einführung eines in den meisten Fällen obligatorischen Schlichtungsverfahrens zu einer wesentlichen Erhöhung des Aufwands beim Zivilgericht führen. Diese neuen Bestimmungen des Bundesrechts gelten zum Teil schon seit 1. Januar 2009 und sind auf Anfang 2011 umzusetzen. Die umfangreichen und aufwändigen Vorbereitungen sind im Gange.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	23.9	22.5	24.8	24.8	28.4
Hängige Verfahren	Anz	1'609	1'650	1'469	1'680	1'750
Debitorenverluste (inkl. Kostenerlasse)	Fr	70'480	5'500	63'160	50'000	55'000

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2009	2010	2011	abs.	%
30 Personalaufwand	4'563.7	4'626.2	5'049.7	423.5	9.2
31 Sachaufwand	2'509.0	2'259.2	2'923.0	663.8	29.4
33 Abschreibungen Finanzvermögen	63.2	50.0	55.0	5.0	10.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	7'135.8	6'935.3	8'027.6	1'092.3	15.7
42 Vermögenserträge	-0.4	-0.6	-0.5	0.1	16.7
43 Entgelte	-967.5	-780.8	-1'022.8	-242.1	-31.0
4 Ertrag	-967.9	-781.4	-1'023.3	-242.0	-31.0
Ordentlicher Nettoaufwand	6'167.9	6'154.0	7'004.3	850.3	13.8
davon Produktgruppe(n):					
Keine Daten					
5 Ausgaben Investitionen	1'750.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV (NIV)	1'750.0	0.0	0.0	0.0	0.0

Gericht für Strafsachen

GER-112

Das Gericht für Strafsachen beurteilt erstinstanzlich sämtliche Straftaten, die im Kanton Basel-Stadt begangen werden. Die wichtigsten gesetzlichen Grundlagen sind das Schweizerische Strafgesetzbuch und andere eidgenössische und kantonale Nebenstrafgesetze sowie die Strafprozessordnung des Kantons Basel-Stadt. Je nach Schwere und Art der Straftat kommt entweder das Verfahren auf öffentliche Klage (Anklagen der Staatsanwaltschaft; meist schwerere Delikte), das Verzeigungsverfahren (Verzeigungen der Staatsanwaltschaft oder anderer baselstädtischer Behörden; meist Übertretungen, rund 60% aus dem Strassenverkehrsbereich) oder das Privatklageverfahren (die geschädigte Person tritt selber als Anklägerin auf, insbesondere bei Ehrverletzungen, Sachbeschädigungen und Hausfriedensbruch) zur Anwendung. Die Rekurskammer des Strafgerichts entscheidet über Rekurse gegen Verfahrenseinstellungen und Einspracheentscheide des Ersten Staatsanwaltes sowie über Entschädigungen wegen ungerechtfertigter Strafverfolgung, während der Haftrichter über die Anordnung bzw. Verlängerung der Untersuchungshaft zu befinden hat. Die Präsidentinnen und Präsidenten rotieren im jährlichen Turnus innerhalb dieser verschiedenen Abteilungen des Strafgerichts.

Tätigkeiten und Projekte

Eidgenössische Strafprozessordnung (StPO) Das Strafgericht bereitet sich schon seit längerem intensiv auf die Einführung der eidgenössischen Strafprozessordnung vor, die verschiedene Neuerungen mit sich bringen wird.

So befasst sich eine gerichtsinterne Arbeitsgruppe schon seit über eineinhalb Jahren mit den Änderungen in juristischer Hinsicht. Die Ergebnisse der Studien dieser Arbeitsgruppe wurden und werden in verschiedenen Sitzungen mit allen Präsidien und Gerichtsschreibern sowie mit den juristisch gebildeten Richterinnen und Richtern im Plenum eingehend diskutiert. In nächster Zeit sind zudem Ausbildungsveranstaltungen für die Richterinnen und Richter sowie für das Kanzleipersonal geplant. Auch müssen sämtliche Formulare etc. an die neuen Bestimmungen angepasst werden.

Die neue StPO hat auch organisatorische Veränderungen zur Folge, muss doch das Kanzleipersonal der Strafbefehlsabteilung infolge Übergangs der Strafbefehlskompetenz per 1. Januar 2011 zur Staatsanwaltschaft transferiert werden. Im Weiteren wird das Inkasso der Forderungen aus Strafverfahren nicht mehr vom Strafgericht, sondern neu durch das Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD) vorgenommen, was die Verschiebung der entsprechenden Personalressourcen vom Strafgericht zum JSD zur Folge hat. Die verbleibenden Kanzleien werden teilweise zusammengelegt (Kanzlei A und Kanzlei Zwangsmassnahmengericht) und teilweise personalmässig aufgestockt (Kanzlei Einsprachen); dies bedingt eine Umgestaltung und Anpassung der Kanzleiräumlichkeiten, was mit zusätzlichen Kosten verbunden sein wird.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	56.6	54.1	54.7	54.7	47.55
Total Fälle (Klagen, Verzeigungen, Rekurskammer)	Anz	28'932	30'828	26'895	30'000	3'000
Halbtagesitzungen (ohne Haftrichter)	Anz	991	1'072	1'136	1'100	1'200
Betreibungen für Bussen u. Geldstr, Verf.kosten, Urteilsgeb.	Anz	2'801	1'386	3'675	3'200	640
Debitorenverluste (inkl. Kostenerlasse)	Fr	3'997'122	5'663'649	4'112'001	5'510'000	2'736'000

Kommentar

- 1 Ab 2011 stellt das Strafgericht keine Strafbefehle mehr aus; zudem fällt das Privatklage- und Rekurskammerverfahren weg.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%
30 Personalaufwand	10'104.5	10'005.4	9'581.2	-424.2	-4.2
31 Sachaufwand	3'331.7	3'129.8	3'094.6	-35.1	-1.1
33 Abschreibungen Finanzvermögen	4'112.0	5'510.0	3'206.0	-2'304.0	-41.8
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	17'548.2	18'645.1	15'881.8	-2'763.3	-14.8
42 Vermögenserträge	-1.9	-2.0	-2.0	0.0	0.0
43 Entgelte	-8'061.1	-9'776.7	-4'305.0	5'471.6	56.0
4 Ertrag	-8'062.9	-9'778.7	-4'307.0	5'471.6	56.0
Ordentlicher Nettoaufwand	9'485.2	8'866.5	11'574.8	2'708.3	30.5
davon Produktgruppe(n):					
Keine Daten					

Kommentar

- 1 Ab 2011 stellt das Strafgericht keine Strafbefehle mehr aus; zudem fällt das Privatklage- und Rekurskammerverfahren weg.
- 2 vgl. Begründung zu Fussnote 1

Zivilgericht

GER-113

Das Zivilgericht urteilt erstinstanzlich in Zivilsachen. Die am Zivilgericht zu beurteilenden Fälle werden grösstenteils durch das Zivilgesetzbuch und das Obligationenrecht bestimmt. Dazu gehören etwa Eheschutzmassnahmen, Scheidungen, Erbschaften sowie Kauf-, Miet und Arbeitsverträge sowie das Recht der Handelsgesellschaften. Das Zivilgericht ist auch einzige Instanz zur Beurteilung von immaterialgüterrechtlichen Streitigkeiten (Patentrecht, Markenrecht etc.). Zudem überprüft das Zivilgericht die polizeilichen Wegweisungs- und Rückkehrverbotsverfügungen bei häuslicher Gewalt. Schliesslich beurteilt das Zivilgericht Streitigkeiten aus dem Bereich des Zwangsvollstreckungsrechts, wo das Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz den Richter für zuständig erklärt.

Drei Zivilgerichtspräsidenten bilden die Aufsichtsbehörde über das Betreibungs- und Konkursamt sowie das Erbschaftsamt. Das Betreibungs- und Konkursamt sowie das Erbschaftsamt sind dem Zivilgericht angegliedert. Das Betreibungs- und Konkursamt Basel-Stadt ist zuständig für die Zwangsvollstreckung von Geldforderungen auf dem ganzen Gebiet des Kantons Basel-Stadt. Das Erbschaftsamt ist zuständig für das gesamte Nachlassverfahren. Dazu gehören unter anderem Sicherungsmassnahmen in einem Todesfall und die Aufnahme der Vermögenswerte (Aktiven) und Schulden (Passiven) einer verstorbenen Person. Es gehört auch zu seinen Aufgaben, die gesetzlichen Erben ausfindig zu machen und diese sowie die eingesetzten Erben und die Vermächtnisnehmer über das Vorhandensein und den Inhalt einer Verfügung von Todes wegen in Kenntnis zu setzen. Wo erforderlich oder verlangt, führt das Erbschaftsamt amtliche Liquidationen durch, verwaltet die Erbschaft oder wirkt bei der Erbteilung mit.

Tätigkeiten und Projekte

Allgemeines Die Fallzahlen liegen weiterhin konstant hoch. Im Hinblick auf die Einführung der neuen Zivilprozessordnung wird zwar keine eigentliche Fallzunahme erwartet; dennoch wird der Aufwand erheblich grösser (vgl. Nachstehendes). Wie erwartet, hat sich gegenüber dem Vorjahr bei den Rechtshilfebegehren (Requisitionen) ein klarer Trend zu mehr Gesuchen bestätigt; es wird hier auch für das Budgetjahr von rund 900 Gesuchen (Steigerung von 770 (2008) auf 915 (2009) Gesuche) anderer Gerichte ausgegangen.

Neue Eidgenössische Zivilprozessordnung Die neue eidgenössische Zivilprozessordnung (ZPO) tritt am 1. Januar 2011 in Kraft. Das Bundeszivilrecht löst dann die kantonalen Prozessgesetze ab. Auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens des neuen Bundesrechts sind insbesondere das kantonale Gerichtsorganisationsgesetz und das Einführungsgesetz zum Zivilgesetzbuch, aber auch weitere Erlasse (Schlichtungsstellengesetz, Zivilprozessordnung, Gleichstellungsgesetz) anzupassen. Das bringt Vorteile für die Rechtssuchenden: Sie können leichter nach demselben Muster an verschiedenen Orten in der Schweiz prozessieren. Im Gegensatz zu anderen Kantonen ist der Anpassungsbedarf in unserem Kanton allerdings erheblich. Die bislang geltenden kurzen Wege und einfachen, vorab mündlichen Verfahren müssen zu weiten Teilen ausgebaut werden.

Das Zivilgericht beurteilt jährlich 5'500 Verfahren. Mit der Justizreform werden es nicht mehr, die Verfahrensabläufe werden aber für das Gericht aufwändiger. Dort, wo heute weitgehend mündliche verhandelt werden konnte, ist vermehrt Schriftlichkeit gefordert. Auch in einfacheren Verfahren kann die schriftliche Begründung verlangt werden. Neu müssen auch zwingend mit wenigen Ausnahmen sämtliche materiellen Klagen nach Einreichung zuerst in ein Schlichtungsverfahren. Dazu wird per 2011 neu eine Schlichtungsbehörde eingerichtet. Das Zivilgericht rechnet mit rund 1'600 Fällen, die vorgängig einer richterlichen Beurteilung das neue Schlichtungsverfahren durchlaufen müssen. Die Einrichtung eines Friedensrichters existiert nicht und das Schlichtungsverfahren ist, definierte Ausnahmen vorbehalten, nicht zwingend. Die mit dem neuen Bundesrecht künftig geforderte erweiterte schriftliche Begründungspflicht für Urteile und die zwingend einzurichtenden Schlichtungsverfahren bis zu einem Streitwert von 100'000 Franken werden in Basel-Stadt erhebliche Verfahrenserweiterungen zur Folge haben.

Zum Zeitpunkt der vorliegenden Berichterstattung liegen die entsprechenden Berichte für die Gesetzgebungsanpassungen (Einführungsgesetz EG ZPO mit Nebenerlassen) und die Ressourcen beim Grossen Rat zur Behandlung in den Kommissionen und im Gesamtrat. Ob das Zivilgericht in der Lage sein wird, den vom Bundesrecht geforderten Mehraufwand leisten zu können, wird im

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	139.5	134.0	138.4	138.4	148.2
Hängige Verfahren	Anz	5'500	5'435	5'552	5'500	5'500
Zahlungsbefehle	Anz	71'000	69'327	73'327	70'000	70'000
Konkurseröffnungen	Anz	450	422	451	450	450
Debitorenverluste (inkl. Kostenerlasse)	Fr	600'000	319'324	966'424	600'000	642'000

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2009	2010	2011	abs.	%
30 Personalaufwand	18'221.0	19'473.3	20'998.2	1'524.9	7.8
31 Sachaufwand	7'210.7	7'475.0	7'552.1	77.1	1.0
32 Passivzinsen	0.0	8.0	8.0	0.0	0.0
33 Abschreibungen Finanzvermögen	966.9	613.0	643.0	30.0	4.9
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	26'398.6	27'569.3	29'201.3	1'632.0	5.9
42 Vermögenserträge	-291.4	-771.5	-369.5	402.0	52.1
43 Entgelte	-21'897.0	-22'791.5	-22'804.1	-12.6	-0.1
4 Ertrag	-22'188.4	-23'563.0	-23'173.6	389.4	1.7
Ordentlicher Nettoaufwand	4'210.2	4'006.3	6'027.7	2'021.4	50.5
davon Produktgruppe(n):					
Keine Daten					

wesentlich davon abhängen, dass ausreichend Personalressourcen zur Verfügung gestellt werden. Das Zivilgericht braucht dringend zusätzliche Gerichtsschreiber- und Kanzleistellen. Das Präsidium muss erweitert werden und die notwendige Infrastruktur muss bereitgestellt werden. Insgesamt hat das Zivilgericht im Zusammenhang mit der neuen ZPO 19 zusätzliche Stellen und die dazu notwendige Bürokapazität beantragt. Mit den vom Regierungsrat in Aussicht gestellten Sparvorgaben und Kürzungen der Anträge der Gerichte auf rund die Hälfte ist eine gesetzeskonforme und sachgerechte Umsetzung in Frage gestellt.

Modernisierung Fallverwaltung Das Projekt zur Ablösung des veralteten Fallverwaltungssystems GEVOR durch die in Organen der Rechtspflege verbreitete Standard-Applikation JURIS läuft auf Hochtouren. Die Umsetzung ist für das Zivilgericht zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch nicht erfolgt. Sie wird im Oktober folgen. Auf Beginn des neuen Jahres müssen zahlreiche Vorlagen auf die neue schweizerische ZPO angepasst werden. In den ersten Monaten nach der Einführung der neuen ZPO werden altrechtliche neben neurechtlichen Verfahren geführt werden müssen. Die Umsetzung mit der neuen Software ist entsprechend anspruchsvoll.

Sozialversicherungsgericht

GER-114

Das Sozialversicherungsgericht Basel-Stadt hat seine Tätigkeit im April 2002 aufgenommen. Es ist zuständig zur Beurteilung von Streitigkeiten aus allen Zweigen des Sozialversicherungsrechts:

- Alters- und Hinterlassenenversicherung,
- Invalidenversicherung,
- Ergänzungsleistungen und kantonale Beihilfen,
- Berufliche Vorsorge,
- Obligatorische Unfallversicherung,
- Krankenversicherung (obligatorische Krankenversicherung sowie Zusatzversicherungen); Prämienbeiträge,
- Militärversicherung,
- Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (Erwerbsersatzgesetz),
- Familien- und Kinderzulagen sowie
- Arbeitslosenversicherung.

Tätigkeiten und Projekte

Allgemeines Wie bei allen Basler Gerichten erfolgt aktuell beim Sozialversicherungsgericht die Inbetriebnahme einer neuen Software für die Fallbearbeitung mit integriertem Dokumentenverwaltungssystem. Bis sich alles eingespielt hat, wird noch einiger zeitlicher und personeller Aufwand vonnöten sein. Für das kommende Jahr erhoffen wir uns, dass die IT-Infrastruktur auf dem neuesten Stand der Technik für alle Beteiligten zum „Alltag“ geworden sein und deren Nutzen voll zum Tragen kommen wird.

Personalressourcen Entgegen den bisherigen Erfahrungen seit Aufnahme des Betriebs des Sozialversicherungsgerichts im Jahr 2002 hat der vergangene Konjunktureinbruch noch keine markante Steigerung der Fallbelastung am Sozialversicherungsgericht gezeitigt. Unseres Wissens bestehen aber im Bereich Invalidenversicherung Pendenzen bei der Vorinstanz (IV-Stelle Basel-Stadt). Deren Abbau wird mittelfristig (d.h. bereits im laufenden Jahr sowie im Folgejahr) zu einem merklichen Anstieg der Fallbelastung auch an unserem Gericht führen.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	8.5	10.8	10.9	10.4	11.2
Hängige Verfahren	Anz	948	950	690	700	750
Debitorenverluste (inkl. Kostenerlasse)	Fr	53'039	80'666	80'007	85'000	85'000

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2009	2010	2011	abs.	%
30 Personalaufwand	2'537.9	2'682.1	2'562.6	-119.5	-4.5
31 Sachaufwand	506.0	571.0	567.2	-3.7	-0.7
33 Abschreibungen Finanzvermögen	80.0	85.0	85.0	0.0	0.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	3'123.9	3'338.1	3'214.9	-123.2	-3.7
42 Vermögenserträge	-0.2	-0.2	-0.1	0.1	50.0
43 Entgelte	-269.6	-326.0	-331.6	-5.6	-1.7
4 Ertrag	-269.8	-326.2	-331.7	-5.5	-1.7
Ordentlicher Nettoaufwand	2'854.1	3'011.9	2'883.2	-128.7	-4.3
davon Produktgruppe(n):					
Keine Daten					

6 Das Parlament

PARL-402	Finanzkontrolle	281
PARL-410	Ombudsstelle	283
PARL-410	Grosser Rat und Parlamentsdienst	285
PARL-410	Datenschutzbeauftragter	287

Finanzen

	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
in Mio. Franken	2009	2010	2011	abs.	%
30 Personalaufwand	10.1	9.9	10.0	0.1	0.3
31 Sachaufwand	1.7	2.3	2.4	0.1	4.3
Total Aufwand	11.8	12.2	12.4	0.2	1.1
42 Vermögenserträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
43 Entgelte	-0.2	-0.1	-0.1	0.0	33.7
Total Ertrag	-0.2	-0.1	-0.1	0.0	33.0
Ordentlicher Nettoaufwand Departement	11.6	12.1	12.3	0.2	1.4

Finanzkontrolle

PARL-402

Die Finanzkontrolle ist das oberste Fachorgan der Finanzaufsicht im Kanton. Sie ist im Rahmen der Gesetzgebung selbständig und unabhängig.

Die Finanzkontrolle dient dem Grossen Rat und seinen Kommissionen zur Ausübung der verfassungs- und gesetzmässigen Finanzkompetenzen und für die Wahrnehmung der Oberaufsicht über die Staatsverwaltung. Sie dient dem Regierungsrat und den Departementen für die laufende Verwaltungskontrolle. Die Finanzkontrolle übt ihre Tätigkeit nach den im Finanzkontrollgesetz aufgeführten Grundsätzen und nach den anerkannten Grundsätzen der Kontroll- und Revisionstätigkeit aus. Die Aufgaben der Finanzkontrolle gehen wesentlich über jene der zivilrechtlichen Revisionsstellen hinaus.

Produktgruppen				Aufgaben-/Ressourcenfeld
Finanzaufsicht	gemäss	Finanzkontrollgesetz	vom	9.7 Behörden
17.9.2003				

Tätigkeiten und Projekte

Die laufenden Tätigkeiten und Projekte der Finanzkontrolle umfassen die Sicherstellung einer ordnungs- und rechtmässigen Buchführung und Rechnungslegung; die Unterstützung des Grossen Rates und seiner Kommissionen bei der Ausübung der verfassungs- und gesetzmässigen Finanzkompetenzen und bei der Wahrnehmung der Oberaufsicht über die Staatsverwaltung; die Unterstützung des Regierungsrates und der Departemente bei der laufenden Verwaltungskontrolle.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	15.3	15.3	14.1	14.1	13.95

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2009	2010	2011	abs.	%
30 Personalaufwand	2'780.7	3'034.5	3'043.3	8.8	0.3
31 Sachaufwand	310.7	478.8	498.1	19.4	4.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	3'091.3	3'513.3	3'541.4	28.2	0.8
42 Vermögenserträge	-2.2	-2.2	-2.2	0.0	0.0
43 Entgelte	-213.7	-103.2	-67.2	36.0	34.9
4 Ertrag	-216.0	-105.4	-69.4	36.0	34.1
Ordentlicher Nettoaufwand	2'875.3	3'407.9	3'472.0	64.2	1.9
davon Produktgruppe(n):					
Finanzaufsicht gemäss Finanzkontrollgesetz vom 17.9.2003	2'875.3	3'407.9	3'472.0	64.2	1.9

Ombudsstelle

PARL-410

Zu den Aufgaben und Zielen der Ombudsstelle gehören die Verbesserung der verfassungs- und gesetzmässigen Rechte der Einwohnerinnen und Einwohner; die Verstärkung der parlamentarischen Kontrolle; die Vermittlung bei Streitigkeiten zwischen dem Einzelnen und der Verwaltung; der Schutz der Verwaltung vor ungerechtfertigten Vorwürfen; die Berichterstattung an den Grossen Rat.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Dienstleistungen Ombudsstelle	9.7 Behörden

Tätigkeiten und Projekte

Neben den Standardprozessen sind im Budgetjahr 2011 folgende wichtige Projekte und Tätigkeiten vorgesehen:

Dienstleistungen Ombudsstelle

Die Arbeitskapazität in Bezug auf die gewachsene Fallzahl soll konsolidiert werden.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	3.6	3.7	3.7	3.5	3.5
Neue Dossiers	Anz	399	433	515	480	480
Dossiers aus den Vorjahren	Anz	56	40	55	47	50
Telefonisch bearbeitete Anfragen	Anz	44	62	65	70	70
Per Mail oder Brief eingegangene Anfragen	Anz	42	47	54	50	50
Weiterverweisungen	Anz	223	227	225	250	250

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2009	2010	2011	abs.	%
30 Personalaufwand	494.8	574.0	569.1	-4.9	-0.9
31 Sachaufwand	77.7	125.0	142.3	17.3	13.8
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	572.4	699.0	711.3	12.4	1.8
43 Entgelte	-1.5	0.0	0.0	0.0	0.0
4 Ertrag	-1.5	0.0	0.0	0.0	0.0
Ordentlicher Nettoaufwand	571.0	699.0	711.3	12.4	1.8
davon Produktgruppe(n):					
Dienstleistungen Ombudsstelle	571.0	699.0	711.3	12.4	1.8

Kommentar

- 1 Departementsübergreifende Leistungen (Querschnittsleistungen) werden neu verrechnet und erscheinen so im Ordentlichen Nettoaufwand (ONA). Bisher erfolgte die Weiterbelastung ausschliesslich in der Kostenrechnung.

Grosser Rat und Parlamentsdienst

PARL-410

Der Parlamentsdienst ist zuständig für die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen für den Grossen Rat und die Gewährleistung der Grundfunktionalität des Parlamentes; die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Ratsmitglieder und Verbesserung der Wirkung des Parlamentes nach aussen; Stärkung des Parlamentes gegenüber den anderen Staatsgewalten; Entlastung der Mitglieder und Organe des Parlamentes von administrativen und im weiteren Sinne „unpolitischen“ Aufgaben.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Grosser Rat	9.7 Behörden
Parlamentsdienst	9.7 Behörden

Tätigkeiten und Projekte

Neben den Standardprozessen sind im Budgetjahr 2011 folgende wichtige Projekte und Tätigkeiten vorgesehen:

Parlamentsdienst

Das Projekt „Erneuerung der technischen Einrichtung des Grossratssaals“ wird begleitet.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	7.2	7.0	7.3	7.2	7.5
Halbtagesitzungen Plenum	Anz	36	42	40	50	50
Kommissionssitzungen	Anz	390	371	410	500	450
Verabschiedete Sachgeschäfte	Anz	94	114	112	100	110
Eingereichte parl. Vorstösse	Anz	313	277	247	250	250

Kommentar

1 Die Abgrenzung der den Grossen Rat betreffenden Kennzahlen bezieht sich jeweils auf den 1. Februar (Amtsjahr).

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2009	2010	2011	abs.	%
30 Personalaufwand	2'479.3	2'573.9	2'624.1	50.3	2.0
31 Sachaufwand	1'146.9	1'513.1	1'523.1	10.0	0.7
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	3'626.2	4'087.0	4'147.2	60.3	1.5
43 Entgelte	-23.6	0.0	0.0	0.0	0.0
4 Ertrag	-23.6	0.0	0.0	0.0	0.0
Ordentlicher Nettoaufwand	3'602.5	4'087.0	4'147.2	60.3	1.5
davon Produktgruppe(n):					
Grosser Rat	2'000.1	2'379.0	2'394.5	15.5	0.7
Parlamentdienst	1'602.4	1'708.0	1'752.7	44.8	2.6

Datenschutzbeauftragter

PARL-410

Der vom Grossen Rat gewählte und organisatorisch dem Büro des Grossen Rates zugeordnete Datenschutzbeauftragte übt seine Aufsichtstätigkeit in völliger Unabhängigkeit aus. Er hat im Wesentlichen die folgenden Aufgaben:

- Beratung der öffentlichen Organe von Kanton und neu auch von allen Gemeinden beim Bearbeiten von Personendaten;
- Kontrolle der Anwendung der Bestimmungen über das Bearbeiten von Personendaten nach einem autonom aufzustellenden Prüfprogramm (Datenschutz-Audit);
- Vorabkontrolle von Projekten zur Bearbeitung von Personendaten;
- selbständige Wahrnehmung der datenschutzrechtlichen Einwirkungsbefugnisse (Empfehlung, Weisung);
- Beratung der betroffenen Personen über ihre Rechte;
- Vermittlung zwischen betroffenen Personen und öffentlichen Organen;
- Stellungnahme zu datenschutzrelevanten Erlassen;
- Information für Bevölkerung, Medien und öffentliche Organe;
- Zusammenarbeit mit den Datenschutzbehörden anderer Kantone, des Bundes und des Auslandes;
- Berichterstattung;
- Autorisierung von Online-Zugriffen von öffentlichen Organen auf Datenbestände anderer öffentlicher Organe und von Videoüberwachungsanlagen, die durch staatliche Organe betrieben werden.

Mit der Inkraftsetzung des vom Grossen Rat am 9. Juni 2010 beschlossenen Gesetzes über Information und Datenschutz wird das Aufgabenfeld des Datenschutzbeauftragten erweitert werden, indem seine Beratungs- und Aufsichtstätigkeit über die Bearbeitung von Personendaten hinaus auf den Umgang mit Informationen generell ausgeweitet wird.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Datenschutzbeauftragter	9.7 Behörden

Tätigkeiten und Projekte

- Weitere Konsolidierung der 2009/2010 eingeführten Prozesse, insbesondere im Bereich der Vorabkontrolle und des Datenschutz-Audits.
- Ausbau der Fachkompetenz im Bereich des Öffentlichkeitsprinzips im Vorfeld des Inkrafttretens des vom Grossen Rat am 9. Juni 2010 beschlossenen Informations- und Datenschutzgesetzes (inkl. Unterstützung der öffentlichen Organe durch Beratung und Schulung).

Kennzahlen	Einheit	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Prognose 2010	Prognose 2011
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz			2.9	3.5	4.5
Geschäftsfälle	Anz					300
Komplexe Beratungen (gemessen an der Anzahl Beratungen)	%					10
Abgeschlossene Datenschutz-Audits	Anz					8
Durchgeführte Schulungen für öffentliche Organe	Anz					8
Innert 14 Tagen abgeschlossene nicht komplexe Beratungen	%					40

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B11/B10	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2009	2010	2011	abs.	%
30 Personalaufwand	441.8	633.5	830.6	197.1	31.1 ¹
31 Sachaufwand	204.2	181.4	211.3	29.9	16.5 ²
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	646.0	814.9	1'041.9	227.0	27.9
43 Entgelte	-1.8	0.0	0.0	0.0	0.0
4 Ertrag	-1.8	0.0	0.0	0.0	0.0
Ordentlicher Nettoaufwand	644.2	814.9	1'041.9	227.0	27.9
davon Produktgruppe(n):					
Datenschutzaufsichtsstelle	644.2	814.9	1'041.9	227.0	27.9

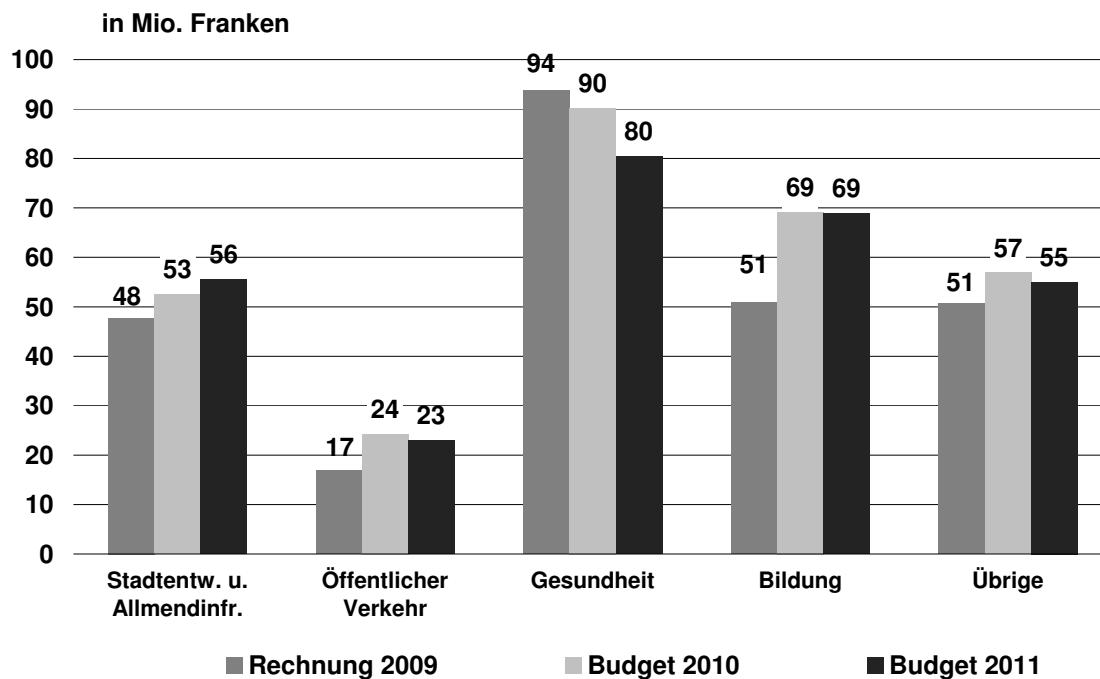
Kommentar

- Die personellen Ressourcen des seit der Schengen/Dublin-Revision des Datenschutzgesetzes unabhängigen Datenschutzbeauftragten wurden ursprünglich aufgrund einer Schätzung durch das Büro des Grossen Rates festgelegt, verbunden mit dem Auftrag an den Datenschutzbeauftragten, den tatsächlichen Bedarf aufgrund der Erfahrungswerte geltend zu machen. Insbesondere die Durchführung von Datenschutz-Audits (anlassfreie Kontrolle bei den öffentlichen Organen) ist aufgrund der bei den Pilot-Audits gemachten Erfahrungen sehr ressourcenintensiv. Für eine wirksame Erfüllung der gesetzlichen Kontrollaufgabe ist der Einsatz von mindestens 1.5 Stellen erforderlich (d.h. zusätzlich 1 Stelle). Der entsprechende Bedarf wurde im Rahmen der Tertialgespräche mit der Datenschutz-Delegation des Büros des Grossen Rates ausgewiesen (die Präsentation vor dem Büro des Grossen Rates ist zurzeit der Budgeterstellung noch ausstehend).
- Departementsübergreifende Leistungen (Querschnittsleistungen) werden neu verrechnet und erscheinen so im Ordentlichen Nettoaufwand (ONA). Bisher erfolgte die Weiterbelastung ausschliesslich in der Kostenrechnung.

7 Die Investitionen

7.1 Kommentar zu den Investitionsbereichen und den grössten darin enthaltenen Investitionsvorhaben

7.1.1 Investitionsplafonds



Der Investitionsbereich Gesundheit hat für das Jahr 2011 mit 80.4 Mio. Franken den grössten Anteil (28.4%) am gesamten für die Investitionen zur Verfügung stehenden Plafond (282.8 Mio. Franken). Dem Investitionsbereich Bildung stehen 68.9 Mio. Franken (Anteil 24.4%), dem Investitionsbereich Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur stehen 55.5 Mio. Franken (Anteil 19.6%) und dem Investitionsbereich Übrige stehen 55.0 Mio. Franken (Anteil 19.4%) zur Verfügung. Der Investitionsbereich Öffentlicher Verkehr zeigt mit 23.0 Mio. Franken (Anteil 8.1%) das kleinste Investitionsvolumen.

7.1.2 Die grössten Vorhaben

Die nachfolgende Liste enthält einen Überblick über diejenigen Vorhaben, für die im Jahre 2011 die höchsten Ausgaben vorgesehen sind:

Vorhaben	Investitionsbereich	Brutto	Beiträge für	Netto
			eigene Rechnung	
1 Rahmenkredit med. Apparate 2012	Gesundheit	23.0	-	23.0
7 Tramverlängerung Nr. 8	Stadtentw. u. Allmendinfr+ÖV	19.1	8.0	11.1
2 BVB-Infrastruktur	Öffentlicher Verkehr	14.0	-	14.0
6 FHNW Neubau Dreispitz	Bildung	12.0	-	12.0
3 Rahmenkredit Informatik 2008 bis 2011	Gesundheit	10.9	-	10.9
4 Rahmenkredit Erhaltung Strassen	Stadtentw. u. Allmendinfr	10.6	-	10.6
5 Rahmenkredit Abwasserleitungsanlagen	Stadtentw. u. Allmendinfr	10.5	-	10.5
8 Messezentrum Basel 2012	Übrige	10.0	-	10.0
9 USB Sanierung OP-Ost	Gesundheit	9.0	-	9.0
12 N2-Projekt (Nordtangente)	Stadtentw. u. Allmendinfr	8.6	5.9	2.7
10 Erlenmatt	Stadtentw. u. Allmendinfr+ÖV	7.7	1.7	6.1
11 Life Science Projektierung Spitalstrasse	Bildung	6.0	-	6.0
Total		141.3	15.6	125.8

7.1.3 Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur

Der Investitionsplafond 2011 wurde durch den Regierungsrat neu auf 55.5 Mio. Franken netto festgesetzt und ist gegenüber dem Plafond 2010 um 3.0 Mio. Franken höher.

Die Rahmenkredite zur Erhaltung und Umgestaltung der Infrastruktur im Investitionsbereich Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur (Strassen, Umgestaltung, Kunstbauten, Wasserbauten, Abwasserleitungen und Lichtsignalanlagen) stellen mit einer Budgetrate von 27.6 Mio. Franken (2010 23.4 Mio. Franken) einen Anteil von 49.8% am Plafond des Investitionsbereichs (2010 44.5%). Der Rahmenkredit zur Wiederbeschaffung von Fahrzeugen und Zusatzgeräten ist mit einer Rate von 3.8 Mio. Franken vertreten. Somit entfallen 56.5% der zur Verfügung stehenden Budgetmittel auf die erwähnten Rahmenkredite. Bei den Einzelprojekten ist wie im Vorjahr die Verlängerung der Tramlinie Nr. 8 nach Weil am Rhein mit netto 5.5 Mio. Franken (brutto 9.0 Mio. Franken) das grösste Vorhaben. Dieses Vorhaben ist auch im Investitionsbereich Öffentlicher Verkehr das grösste Einzelprojekt. Weitere grosse Investitionsvorhaben sind die Weiterführung der Arbeiten zur Erschliessung der Erlenmatt mit netto 6.1 Mio. Franken (brutto 7.7 Mio. Franken) und die Arbeiten zur Umsetzung des Entwässerungskonzeptes Campus Novartis mit netto 1.3 Mio. Franken (brutto 4.0 Mio. Franken). Das Vorhaben Nordtangente (N2-Projekt), lange Jahre das grösste Vorhaben, ist noch mit einer Rate von netto 2.7 Mio. Franken (brutto 8.6 Mio. Franken) budgetiert. Die letzte Rate ist für das Jahr 2012 geplant.

2011 ist der Beginn der Arbeiten zur Realisierung der Rheinuferpromenade vom St. Johannis-Park bis zur Landesgrenze. Mit kurzfristigen Massnahmen zur Öffnung des Klybeck-Quais und einer ersten Rate an Planungsgeldern soll die Hafenentwicklung Klybeck/Kleinhüningen eingeleitet werden. Für das neue Quartier Erlenmatt wird ein Wettbewerb zur Realisierung von Stadtplätzen ausgeschrieben. 2011 ist auch die erste Rate des Rahmenkredits Langsamverkehr geplant, als Nachfolge der Rahmenkredite Velo/Mofa und Förderung des Fussgängerverkehrs.

7.1.4 Öffentlicher Verkehr

Der Investitionsplafond Öffentlicher Verkehr (ÖV) beträgt im Jahr 2011 23.0 Mio. Franken netto und ist gegenüber dem Plafond 2010 um 1.3 Mio. Franken tiefer. Die grösste Position besteht mit 14.0 Mio. Franken (61%) der geplanten Investitionen aus den gebundenen Ausgaben für den Werterhalt der Infrastruktur der Basler Verkehrs-Betriebe (BVB). Über den Rahmenkredit Gleisanlagen werden 12.5 Mio. Franken (54%) abgewickelt. Der Rahmenkredit Gleisanlagen ist, wie die Rahmenkredite im Investitionsbereich Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur, Teil der „Rahmenkredite zur Erhaltung und Umgestaltung der Infrastruktur Basel-Stadt“.

Die für Nettoinvestitionen verfügbaren Mittel werden in erster Linie für die Verbesserung der ÖV-Infrastruktur und deren Vernetzung in der trinationalen Agglomeration eingesetzt.

Das grösste Einzelvorhaben im Investitionsbereich Öffentlicher Verkehr ist, wie auch im Investitionsbereich Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur, die Verlängerung der Tramlinie Nr. 8 von Kleinhüningen nach Weil am Rhein. Dafür ist 2011 eine Rate von netto 5.6 Mio. Franken (brutto 10.1 Mio. Franken) vorgesehen. Die Ausrüstung von weiteren 40 bis 50 Tramhaltestellen mit Normwartehallen wird weitergeführt und soll bis 2012 abgeschlossen sein (Rate 2011 1.0 Mio. Franken). Die Planungsarbeiten zur Erschliessung der Erlennmatt durch den Öffentlichen Verkehr (Rate 2011 1.2 Mio. Franken) sollten 2011 abgeschlossen werden können. Für 2012 ist mit dem Beginn der Bauarbeiten zu rechnen. Die Planungsarbeiten für die Linienführung Margarethenstich (Rate 2011 0.35 Mio. Franken) sollen 2011 abgeschlossen und mit den Bauarbeiten begonnen werden. Die Planung der Tramverlängerung nach Saint-Louis (Rate 2011 1.5 Mio. Franken) wird voraussichtlich 2012 abgeschlossen.

Für 2011 ist eine erste Rate von 0.25 Mio. Franken zur Planung des Tramnetzes Basel 2025 vorgesehen. Ebenfalls für das nächste Jahr ist eine erste Tranche des Beitrages Basel-Stadt an die Planung der Elektrifizierung der Hochrheinstrecke im Budget eingestellt.

7.1.5 Gesundheit

Der Investitionsplafond beträgt für das Jahr 2011 für die betrieblichen Investitionen 40.0 Mio. Franken und für die Investitionen in die Gebäude im Verwaltungsvermögen 37.0 Mio. Franken. Zusätzlich stehen für die Planung des neu zu errichtenden Geriatriespitals 3.4 Mio. Franken bereit. Die gesamten geplanten Investitionen im Bereich Gesundheit belaufen sich demnach auf 80.4 Mio. Franken, was einem Rückgang von 9.8 Mio. Franken gegenüber 2010 entspricht. Die betrieblichen Investitionen steigen um 3.0 Mio. Franken, die Investitionen in die Hochbauten im Investitionsbereich Gesundheit gehen um 12.8 Mio. Franken zurück, da das grösste Vorhaben der letzten Jahre, der Neubau des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB), mit einer Tranche von 2.0 Mio. Franken 2011 abgeschlossen wird.

Die grössten Einzelpositionen im betrieblichen Teil stellen die Tranchen der Rahmenkredite des Universitätsspitals einerseits für medizinische Apparate (23 Mio. Franken), andererseits für die Informatik (10.9 Mio. Franken) dar. Als weitere grössere Investition kann die Brandschutzmassnahmen im Gebäude VELF des Universitätsspitals (Tranche 2011 2.2 Mio. Franken, Gesamtvolumen 3.8 Mio. Franken) bezeichnet werden.

Bei den Hochbauten stellt 2011 die Sanierung und Erweiterung des Operationstrakts Ost des Universitätsspitals mit 9.0 Mio. Franken die grösste Einzelinvestition im baulichen Bereich dar. Für die Aufrechterhaltung der Betriebssicherheit des Felix Platter-Spitals werden im Jahr 2011 4.5 Mio. Franken aufgewendet, für die Sanierungen der Gebäude B und C sowie den Eingangsbereich 1.3 und 0.7 Mio. Franken. Für diverse Sanierungen der Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel (UPK) werden 2011 10.9 Mio. Franken aufgewendet (Stadtwassernetz sowie die Gebäude B, J, M, R, S und Direktion). Für die Erweiterung des Gebäudes R für die Forensik sind 2011 3.0 Mio. Franken eingestellt.

7.1.6 Bildung

Der Investitionsplafond 2011 beträgt netto 68.9 Mio. Franken (Teil Kultur 7.0 Franken und Teil Bildung 3.4 Mio. Franken für nichtbauliche Vorhaben, 3.0 Mio. Franken für Life Science-Projektierungen sowie 55.5 Mio. Franken für Hochbauten im Verwaltungsvermögen) und liegt 0.2 Mio. Franken unter dem Vorjahresbudget (69.1 Mio. Franken). Die Investitionen in die Hochbauten im Investitionsbereich Bildung gehen um 2.5 Mio. Franken zurück, die betrieblichen Investitionen im Teil Kultur steigen um 2.3 Mio. Franken.

Die wichtigsten Vorhaben bei den Hochbauten im Verwaltungsvermögen sind im Teil Bildung die Hochschule für Gestaltung und Kunst mit 12.0 Mio. Franken, für weitere Sanierungen an Schulhäusern sind 18.9 Mio. Franken und an weiteren Hochbauten des Investitionsbereichs Bildung sind 7.3 Mio. Franken vorgesehen. Im Teil Kultur sind die wichtigsten Vorhaben neben der Erweiterung des Kunstmuseums mit 0.8 Mio. Franken die Sanierungsarbeiten der Museen an der Augustinergasse (Haustechnik, Brandschutz 0.6 Mio. Franken, Gesamtanierung Gebäude und Haustechnik 2. Etappe 2.0 Mio. Franken), die Sanierung der Haus- und Bühnentechnik und der Handzüge des Theaters mit total 4.7 Mio. Franken.

Für den Lehr- und Forschungsschwerpunkt „Life Science“ sind nach dem Wettbewerbsverfahren die Projektierungsarbeiten für das erste Life Science-Gebäude auf dem Schällemätteli genehmigt angelaufen. 2011 sind dafür 6.0 Mio. Franken budgetiert. Für den zweiten Life Science Campus soll der Projektierungsratschlag nach dem Wegfall des Standorts Volta 2012 vorliegen.

7.1.7 Übrige

Im Investitionsbereich Übrige sind alle Investitionen enthalten, die grösser als 300'000 Franken sind und welche nicht den anderen Investitionsbereichen zugeordnet werden können. Dazu zählen u.a. die Investitionen der Gerichte, des Finanzdepartementes, die Mehrheit der Vorhaben des Justiz- und Sicherheitsdepartementes sowie die Investitionen der Dienststellen Stadtgärtnerei und Friedhöfe (Bau- und Verkehrsdepartement) sowie der Staatskanzlei und des Staatsarchivs (Präsidialdepartement). Des Weiteren werden seit 2006 sämtliche baulichen Investitionsbeiträge (u.a. Schweizerisches Tropeninstitut, Denkmalschutz) in diesem Bereich geführt.

Der Investitionsplafond für 2011 beträgt 55.0 Mio. Franken und liegt damit 1.9 Mio. Franken unter dem Wert von 2010 (56.9 Mio. Franken). Die Abnahme ist hauptsächlich bedingt durch eine Reduktion bei den Investitionsbeiträgen. Die Investitionen in die Hochbauten im Bereich Übrige steigen um 1.5 Mio. Franken auf 17.5 Mio. Franken an.

Im Bereich des Hochbaus sind für den Fall, dass der Neubau der Zentralen Informatik-Dienststelle am Steinengraben weiterprojektiert wird, 0.7 Mio. Franken vorgesehen. Hinzu kommen weitere Raten von 1.7 Mio. Franken für behindertengerechte und 2.1 Mio. Franken für klimagerechte Anpassungen an öffentlichen Gebäuden. Der Dachstock des Appellationsgerichts wird 2011 für 1.7 Mio. Franken ausgebaut für die zusätzlichen Arbeitsplätze der Gerichte. Für Sanierungen an Gebäuden des Investitionsbereichs Übrige werden 2011 8.2 Mio. Franken eingesetzt.

7.2 Investitionsübersichtsliste

7.2.1 Ausschöpfung der Plafonds

In der Investitionsübersichtsliste können Vorhaben aufgeführt werden, welche zusammen einen maximalen Budgetbetrag von 130% des im Budget eingestellten Plafonds ergeben. Damit wird erreicht, dass bei Verzögerungen oder Budgetunterschreitungen durch ein Verschieben zwischen einzelnen

Vorhaben möglichst der gesamte zur Verfügung stehende Betrag (Plafond von 100%) wirklich realisiert werden kann. In der Realisierung ist die Ausschöpfung hingegen strikt auf den bewilligten Plafondbetrag (100%) beschränkt. Nur dieser Betrag ist denn auch als Pauschale im Sekretariat des für einen Investitionsbereich verantwortlichen Departements bzw. bei der Immobilien Basel-Stadt (IBS) als für den Investitionsbereich „Hochbauten Verwaltungsvermögen“ verantwortliche Dienststelle in der Investitionsrechnung budgetiert.

Die nachfolgende Übersicht zeigt, in welchem Verhältnis die Planung gemäss Investitionsübersichtsliste der einzelnen Investitionsbereiche zum budgetierten Plafond steht:

Investitionsbereiche	Budget 2011 (100%-Plafond)	Investitions- übersichtsliste	Ausschöpfung des Plafonds (max. 130%)
Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur	55'500'000	70'510'000	127.0
Öffentlicher Verkehr	23'000'000	26'223'000	114.0
Gesundheit	80'400'000	94'545'000	117.6
Bildung	68'900'000	74'122'000	107.6
Übrige	55'000'000	61'452'600	111.7
Total Investitionsübersicht Budget 2011	282'800'000	326'852'600	115.6

7.2.2 Investitionsübersichtsliste

Auf der Investitionsübersichtsliste wird bei den Investitionsbereichen Gesundheit, Bildung und Übrige neben dem Saldo für den gesamten Investitionsbereich auch jeweils ein Teilsaldo für die betrieblich bedingten Vorhaben (Teil Allgemein) und für die Hochbauten (Teil Hochbauten VV) gezeigt. Der Investitionsbereich Übrige weist neben diesen zwei Teilsaldi zusätzlich den Saldo für die baulichen Investitionsbeiträge (Teil Investitionsbeiträge) aus. Mit dieser Darstellung der Teilsaldi kann eine klare Verbindung zwischen der externen Darstellung (Investitionsübersichtsliste), der ordentlichen Budgetierung (100%-Plafonds) und den internen Steuerungsgrössen hergestellt werden.

Die Investitionsübersichtsliste enthält nur Vorhaben aus dem aktuellen regierungsrätlichen Investitionsprogramm. Sie wird dem Grossen Rat zusammen mit dem vorliegenden Budget zum Beschluss unterbreitet.

Finanzrechtlich beschliesst der Grosse Rat seit dem Jahr 2009 (Budget 2010) im Rahmen der Budgetbehandlung anstatt der einzelnen Jahrestanchen die einzelnen Nominalkredite der gebundenen Vorhaben. Für die neuen Ausgaben grösser 300'000 Franken werden ihm Ausgabenberichte respektive Ratschläge unterbreitet. Die Festlegung des genauen Zeitpunkts des Vollzugs der bewilligten gebundenen Investitionen liegt in der Kompetenz des Regierungsrates.

Legende

Nominalkredit (Ausschöpfung):

Die Ausschöpfung des Nominalkredites beinhaltet alle Ausgaben bis zum Vorjahr plus die Hochrechnung für das aktuelle Jahr sowie die Budgetrate des Folgejahres für das jeweilige Vorhaben.

Finanzrechtlicher Status (Spalte ST):

G für Objektkredite grösser 300'000 Franken (gebundene Ausgaben).

N für Objektkredite grösser 300'000 Franken (neue Ausgaben), die vom Grossen Rat noch nicht – aufgrund eines Ratschlages oder Ausgabenberichtes – bewilligt worden sind.

B für Objektkredite grösser 300'000 Franken (neue Ausgaben), die vom Grossen Rat aufgrund eines Ratschlages oder Ausgabenberichtes bewilligt worden sind.

K,W (Spalte KW):

K für Objekte grösser 300'000 Franken (gebundene und neue Ausgaben), bei denen der Grosse Rat Keine Handlungsalternative mehr hat, da er diese Vorhaben bereits bewilligt hat.

W für Objekte grösser 300'000 Franken (neue Ausgaben), die bereits in einem Vorjahr im grossrätlichen Budget Eingang gefunden haben (Wiederholung) und die vom Grossen Rat noch nicht – aufgrund eines Ratschlages oder Ausgabenberichtes – bewilligt worden sind.

[leer] für alle übrigen Objekte, da sie dem Grossen Rat zum ersten Mal vorgelegt werden.

Bei Objekten bei denen kein Zeichen (**[leer]**) oder ein **W** steht hat der Grosse Rat anlässlich der Budgetdebatte noch Handlungsalternativen.

Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur

Vorhabenbezeichnung Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Nominalkredit Ausschöpfung	Budget 2011	S T	K W	Beschlüsse / Begründungen
APS PROJ. KASERNENAREAL	600'000	209'000	B	K	R 8944 / GRB 17.11.1999
350501000001 Kantons- u. Stadtentwicklung	209'000				
MWA NACTIGALLENWÄLDLI, PARKANLAGE	7'200'000	1'500'000	N	W	R / GRB / RRB 31.08.2004
601001020207 Generalsekretariat	2'060'000				
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-2'060'000	-1'500'000			
MWA ERLNMATT REINIGUNG+GESTALTUNG	14'960'000	1'550'000	B	K	R 07.0163.01 / GRB 17.10.2007
601001020214 Generalsekretariat	9'517'210				
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-9'517'210	-1'550'000			
MWA VOLTAMATTE NEUGESTALTUNG	4'436'000	2'930'000	B	K	R 09.1687.02 / GRB 19.05.2010
601001020217 Generalsekretariat	3'430'000				
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-3'430'000	-2'930'000			
MWA ST. JOHANNIS-PARK, M. PAVILLON	2'895'000	2'000'000	N	W	R / GRB / RRB 03.11.2009
601001020221 Generalsekretariat	2'050'000				
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-2'050'000	-2'000'000			
MWA HEUWAAGE, UMGESTALTUNG	3'960'000	1'500'000	N	W	R / GRB / RRB 03.11.2009
601001020222 Generalsekretariat	2'000'000				
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-2'000'000	-1'500'000			
MWA BLÄSIGRING, MÜLLHEIMERSTR.	415'000	400'000	N	W	B / GRB / RRB 03.11.2009
601001020224 Generalsekretariat	400'000				
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-400'000	-400'000			
SICHERHEIT AUF KINDERSPIELPLÄTZEN	5'300'000	1'500'000	B	K	R 05.0824.01 / GRB 17.01.2007
614030050501 Stadtgärtnerei	4'840'139				
AUF DER LYSS	620'000	180'000	B	K	B 09.0046.01 / GRB 03.06.2009
617010020000 Tiefbauamt	437'102				
HORBURGSTRASSE, BEGRÜNUNG TRAMTR	1'488'000	850'000	B	K	B 09.0810.01 / GRB 14.10.2009
617010020002 Tiefbauamt	1'450'000				
ELSÄSSER-/KOHLENSTR. KNOTEN	8'100'000	200'000	B	K	R 09.0766.01 / GRB 14.04.2010
617010020007 Tiefbauamt	200'000				

Vorhabenbezeichnung	Nominalkredit	Budget	S	K	
Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Ausschöpfung	2011	T	W	Beschlüsse / Begründungen
NEUGESTALTUNG LICHTSTRASSE	988'000	700'000	B	K	R 09.1687.02 / GRB 19.05.2010
617010020010 Tiefbauamt	700'000				
SCHANZENSTR/SPITALSTR UKBB UMGEST	785'000	50'000	B	K	B 10.0277.01 / GRB 23.06.2010
617010020011 Tiefbauamt	50'000				
SPALEN-GEMS-HEUBERG TRILLERGÄSSL	1'715'000	400'000	N	W	R / GRB / RRB 03.11.2009
617010020013 Tiefbauamt	564'000				
CHRISCHONARAIN AB. LEIMGR/HOHESTR	2'900'000	100'000	B	K	R 09.1837.01 / GRB 09.06.2010
617010020014 Tiefbauamt	200'000				
VELOWEG LANGE ERLN	1'600'000	400'000	N		R / GRB / RRB 10.08.2010
617010020017 Tiefbauamt	400'000				
PETERSGRABEN UMGESTALTUNG	2'300'000	100'000	N		R / GRB / RRB 10.08.2010
617010020018 Tiefbauamt	100'000				
WIELANDPLATZ UMGESTALTUNG	3'500'000	150'000	N		R / GRB / RRB 31.08.2010
617010020019 Tiefbauamt	150'000				
WIESENPLATZ VERKEHRSFLÄCHEN	2'400'000	200'000	N		R / GRB / RRB 10.08.2010
617010020020 Tiefbauamt	200'000				
BASELSTRASSE RIEHEN UMGESTALTUNG	400'000	400'000	N		R / GRB / RRB 10.08.2010
617010020021 Tiefbauamt	400'000				
ELSÄSSERSTR. HÜNINGERSTR. UMGESTALTUNG	3'000'000	250'000	N		R / GRB / RRB 10.08.2010
617010020023 Tiefbauamt	250'000				
ST. JAKOBSSTRASSE VELOWEG FAHRBAHN	1'000'000	200'000	N		R / GRB / RRB 31.08.2010
617010020027 Tiefbauamt	200'000				
STEINENTORBERG MARKTHALLE	850'000	100'000	N		R / GRB / RRB 10.08.2010
617010020029 Tiefbauamt	100'000				
TEMPO 30 ZONEN ERWEITERUNG	2'000'000	300'000	N		R / GRB / RRB 10.08.2010
617010020030 Tiefbauamt	300'000				
RAHMENKREDIT ERHALTUNG STRASSEN	37'600'000	10'550'000	G	K	GRB 16.12.2009
617010052001 Tiefbauamt	10'560'000				
RAHMENKREDIT UMGESTALTUNG ALLMEND	6'000'000	1'000'000	G	K	GRB 16.12.2009
617010053001 Tiefbauamt	1'000'000				
DB-AREAL INFRASTR.-PLAN. ERLNMATT	1'000'000	200'000	B	K	R 9299 / GRB 09.06.2004
617011021031 Tiefbauamt	920'647				
ST. JOHANN, VERKEHRSINFRASTRUKTUR	22'000'000	240'000	B	K	R 9407 / GRB 19.01.2005
617011021051 Tiefbauamt	20'562'867				
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-830'613				
VELO/MOFA, NEUER RAHMENKREDIT	8'000'000	1'800'000	B	K	R 04.1614.01 / GRB 18.01.2006
617011021061 Tiefbauamt	6'113'122				
RAHMENKREDIT FÖRD FUSSVERKEHRS	5'000'000	500'000	B	K	R 9209 / GRB 19.02.2003
617011021062 Tiefbauamt	4'767'623				
GRENZACHER, LANDAUERSTR BIS HÖRNLI	2'300'000	1'000'000	N	W	R / GRB / RRB 06.07.2004
617011021063 Tiefbauamt	1'020'000				
ELISABETHENSTR. UMGESTALTUNG	6'500'000	300'000	N	W	R / GRB / RRB 12.07.2005
617011021072 Tiefbauamt	400'000				
PREDIGERHOFSTRASSE	440'000	10'000	G	K	GRB 16.12.2009
617011021077 Tiefbauamt	289'804				
ERLENMATT ERSCHLIESSUNG MITTE	4'867'800	150'000	B	K	R 07.0163.01 / GRB 17.10.2007
617011021078 Tiefbauamt	3'397'305				
BEITRÄGE FÜR INVEST.					
UMGESTALTUNG LUZERNER-/WASGENRING	29'950'000	550'000	B	K	R 07.2145.01 / GRB 10.12.2008
617011021083 Tiefbauamt	750'000				
ERLENMATT ERSCHLIESSUNG OST	9'570'000	3'500'000	B	K	R 09.0082.01 / GRB 09.12.2009
617011021084 Tiefbauamt	3'570'000				
REINACHERSTR.SÜD/JAKOBSBERGER-GIORNICO	650'000	100'000	N	W	B / GRB / RRB 16.09.2008
617011021086 Tiefbauamt	100'000				
AEUSSERE BASELSTRASSE,RIEHN TEIL 2	21'355'000	200'000	N	W	R / GRB / RRB 12.08.2008
617011021088 Tiefbauamt	210'000				
MORGARTENRING, IM LANGEN LOH	3'650'000	100'000	N	W	R / GRB / RRB 01.09.2009
617011021090 Tiefbauamt	120'000				
N2 PROJEKT UND BAULEITUNG		450'000	G	K	Vollzug des Bundesgesetzes vom 8. März 1960 und Verordnung des
617012120001 Tiefbauamt					

Vorhabenbezeichnung Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Nominalkredit Ausschöpfung	Budget 2011	S T	K W	Beschlüsse / Begründungen
					Regierungsrates vom 28. Februar 1961 (vom Schweiz. Bundesrat genehmigt am 16. März 1961), 48. Rate (Bundes- rechtliche gebundene Ausgaben und Einnahmen).
N2 LANDERWERB		2'650'000	G	K	siehe Text Auftrag 617012120001
617012220002 Tiefbauamt					
N2 BAUAUSFÜHRUNG		5'500'000	G	K	siehe Text Auftrag 617012120001
617012320003 Tiefbauamt					
N2 EINNAHMEN UND RÜCKERSTATTUNG			G	K	Bundesanteil an Nationalstrassen- bauten. Die Höhe der Rückerstattung hängt direkt von der Höhe der Ausgaben ab.
617012320400 Tiefbauamt	-				
BEITRÄGE FÜR INVEST.		-5'930'000			
R 060285 INIATITIVE WIESE	2'010'000	1'010'000	B	K	R 06.0285.03 / GRB 12.11.2008
617020020000 Tiefbauamt	2'010'000				
RHEINUFERPR ST. JOHANN-PARK	23'000'000	500'000	N	W	R / GRB / RRB 09.09.2008
617020020001 Tiefbauamt	650'000				
BIRSKOPFSTEG NEUBAU	1'900'000	1'200'000	N		R / GRB / RRB 01.09.2009
617020020002 Tiefbauamt	1'500'000				
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-450'000	-600'000			
FUSSGÄNGERSTEG INKL. ABGÄNGE 2. SBB RHBR	2'700'000	1'200'000	N		R / GRB / RRB 03.11.2009
617020020005 Tiefbauamt	1'250'000				
HAFENENTW ÖFFNUNG KLYBECKQUAI	750'000	500'000	N		B / GRB / RRB 10.08.2010
617020020006 Tiefbauamt	500'000				
RAHMENKREDIT ERHALTUNG KUNSTBAUTEN	8'800'000	2'200'000	G	K	GRB 16.12.2009
617020054001 Tiefbauamt	7'860'000				
RAHMENKREDIT WASSERBAU	10'240'000	1'000'000	G	K	GRB 16.12.2009
617020055001 Tiefbauamt	2'416'673				
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-160'000				
IB1 TRAMVERL. NR.8 K. HÜNINGEN - WEIL	30'666'000	9'000'000	B	K	R 06.1769.04 / GRB 16.01.2008
617021028002 Tiefbauamt	17'257'882				
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-6'350'000	-3'500'000			
MARKTHALLENBRÜCKE: INSTANDSETZUNG	2'300'000	200'000	G	K	GRB 16.12.2009
617023056001 Tiefbauamt	2'281'393				
R 8576 EUROVILLE BAHNHOFVORFAHRT SÜD	17'500'000	10'000	B	K	R 8576 / GRB 17.05.1995
617025120302 Tiefbauamt	12'002'897				
TEMPO-30 BASEL OST/SÜD/WEST	2'310'000	30'000	B	K	R 8774 / GRB 12.11.1997
617025120567 Tiefbauamt	2'255'966				
TEMPO-30 BASEL NORD	1'930'000	100'000	B	K	R 8470 / GRB 16.02.1994
617025120767 Tiefbauamt	1'182'558				
RAHMENKR WIEDERB. V. FRG U ZUSATZG	11'950'000	2'390'000	G	K	GRB 16.12.2009
617050057001 Tiefbauamt	9'661'964				
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-101'850				
ENTWÄSSERUNGSKONZ NOV. CAMPUS	19'850'000	3'950'000	B	K	R 09.1316.01 / GRB 14.10.2009
617070020002 Tiefbauamt	8'893'890				
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-5'400'000	-2'700'000			
KANALINFORMATIONSSYSTEM	1'880'000	350'000	B	K	R 8639 / GRB 14.12.1995
617070020557 Tiefbauamt	765'311				
ERLENMATT/DB KANAL. GOLDBACHWEG	870'000	700'000	N	W	B / GRB / RRB 14.08.2007
617070050676 Tiefbauamt	725'000				
ANSCHLUSSLEIT. AUF ALLMEND 3	5'000'000	1'250'000	G	K	GRB 16.12.2009
617070050709 Tiefbauamt	2'500'000				
RAHMENKREDIT ABW.LEITUNGSANLAGEN	47'610'000	10'500'000	G	K	GRB 16.12.2009
617070056001 Tiefbauamt	20'387'465				
DIGITAL. MARK.+SIGNALISATIONS-KAT.	990'000	890'000	N		B / GRB / RRB 10.08.2010
617080020001 Tiefbauamt	890'000				
RAHMENKREDIT 2 WIEDERBESCH. FZ	4'320'000	1'440'000	G	K	GRB 16.12.2009
617091050003 Tiefbauamt	2'880'000				

Vorhabenbezeichnung	Nominalkredit	Budget	S	K	
Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Ausschöpfung	2011	T	W	Beschlüsse / Begründungen
RAHMENKREDIT WUV	22'500'000	1'563'000	B	K	R 8944 / GRB 17.11.1999
617099990001 Tiefbauamt	21'368'018				
R 050477 ZONENPLANREVISION BS	2'500'000	300'000	B	K	R 05.0477.01 / GRB 09.11.2005
651030020014 HPA / DST Verwaltung	1'758'946				
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-50'000				
B 050865 INNENSTADT-QUAL IM ZENTRUM	950'000	88'000	B	K	B 05.0865.01 / GRB 16.04.2008
651030020016 HPA / DST Verwaltung	858'294				
R 061769 PROJ HOCHBERGERPLATZ GEST	300'000	200'000	B	K	R 06.1769.04 / GRB 16.01.2008
651030020021 HPA / DST Verwaltung	250'000				
RHEINUFERPROMENADE, SCHAFFHAUSERRH	400'000	100'000	B	K	09.1314.01 / GRB 18.11.2009
651030020022 HPA / DST Verwaltung	400'000				
BAD BHF KONZEPTERARB. SIEDLUNGSSTR	350'000	250'000	N	W	B / GRB / RRB 03.11.2009
651030020023 HPA / DST Verwaltung	350'000				
LÖRRACHERSTRASSE RIEHEN, UMGEST	300'000	200'000	B	K	R 10.0357.01 / GRB 23.06.2010
651030020024 HPA / DST Verwaltung	270'000				
DREISPITZ, ENTWICKLUNGSPLANUNG	1'900'000	600'000	N	W	R / GRB / RRB 01.09.2009
651030020025 HPA / DST Verwaltung	900'000				
HAFENENTWICKLUNG KLYBECK KLEINH.	1'500'000	200'000	N		B / GRB / RRB 10.08.2010
651030020027 HPA / DST Verwaltung	200'000				
ERLENMATT WETTBEWERB STADTPLÄTZE	650'000	650'000	N		B / GRB / RRB 10.08.2010
651030020028 HPA / DST Verwaltung	650'000				
GRENZACHERSTR SCHWARZWALDALLEE	350'000	250'000	N		B / GRB / RRB 10.08.2010
651030020029 HPA / DST Verwaltung	250'000				
INNENSTADT QUALITÄT IM ZENTRUM 2. PROJ	770'000	480'000	N		B / GRB / RRB 10.08.2010
651030020031 HPA / DST Verwaltung	480'000				
ENTW. BIRSIG-BIRSIGPARKPLATZ PROJ	600'000	100'000	N		B / GRB / RRB 17.08.2010
651030020032 HPA / DST Verwaltung	100'000				
R 0908 INTERNATIONALE BAUAUSST. IBA	1'880'573	630'000	B	K	R 09.0837.01 / GRB 09.09.2009
651030026000 HPA / DST Verwaltung	1'365'315				
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-291'306	-20'000			
ELSÄSSERSTR / HÜNINGERSTR PROJEKT	350'000	100'000	B	K	B 09.0765.01 / GRB 14.10.2009
651030029002 HPA / DST Verwaltung	350'000				
RAHMENKREDIT LANGSAMVERKEHR	10'000'000	1'200'000	N		R / GRB / RRB 24.11.2009
661810020003 Mobilität	1'200'000				
GVM GESAMTVERKEHRSMODELL	1'300'000	480'000	G	K	GRB 16.12.2009
661810050000 Mobilität	545'000				
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-272'500	-240'000			
AESCHENPLATZ PLANUNG	400'000	100'000	N		B / GRB / RRB 10.08.2010
661820020005 Mobilität	100'000				
VERKEHRSREGIME INNERSTADT	5'000'000	150'000	N		R / GRB / RRB 29.08.2006
661830020003 Mobilität	150'000				
TEMPO 30-ZONEN, ÜBRIGE GEBIETE	1'350'000	50'000	B	K	B 8774 / GRB 12.11.1997
661830020098 Mobilität	1'341'958				
RAHMENKREDIT LICHTSIGNALANLAGEN	8'000'000	2'300'000	G	K	GRB 16.12.2009
661830051070 Mobilität	4'758'451				
STADTENTW. UND ALLMENDINFRASTRUKTUR		70'510'000			

Öffentlicher Verkehr

Vorhabenbezeichnung Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Nominalkredit Ausschöpfung	Budget 2'011	S T	K W	Beschlüsse / Begründungen
R 0000 ELSÄSSERSTR./KOHLENSTR.; KNOTEN	4'900'000	100'000	B	K	R 09.0766.01 / GRB 14.04.2010
617010020008 Tiefbauamt	100'000				
ELSÄSSER. HÜNINGERSTR. UMGESTALTUNG IB2	5'300'000	400'000	N		R / GRB / RRB 10.08.2010
617010020024 Tiefbauamt	400'000				
TRAM MARGARETHENSTICH BAU ANTEIL BS	17'000'000	300'000	N		R / GRB / RRB 10.08.2010
617010020025 Tiefbauamt	300'000				
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-150'000	-150'000			
ST. JAKOBSSTRASSE VELOWEG TRAMTRASSE IB2	1'500'000	200'000	N		R / GRB / RRB 31.08.2010
617010020028 Tiefbauamt	200'000				
ERSCHLIESSUNG ST. JOHANN	18'200'000	350'000	B	K	R 9407 / GRB 19.01.2005
617011021056 Tiefbauamt	12'992'798				
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-6'575'000	-175'000			
ERLENMATT ÖV 1. ETAPPE	970'000	400'000	B	K	09.0082.01 / GRB 09.12.2009
617011021079 Tiefbauamt	900'000				
IB2 TRAMVERL. NR.8 K. HÜNINGEN - WEIL	17'329'000	7'500'000	B	K	R 06.1769.04 / GRB 16.01.2008
617021028003 Tiefbauamt	12'290'697				
PROJ. ERLERMATT ÖV 2. ETAPPE	1'000'000	700'000	B	K	B 09.0082.01 / GRB 09.12.2009
651030020003 HPA / DST Verwaltung	1'000'000				
INFRASTRUKTURMASSNAHMEN BEHINDERTENGESETZ	3'000'000	300'000	N		R / GRB / RRB 10.08.2010
651030020030 HPA / DST Verwaltung	300'000				
TRAM MARGARETHENSTICH VORPROJEKT	320'000	200'000	N	W	B / GRB / RRB 12.08.2008
661820020001 Mobilität	300'000				
TRAM ERLERMATT-KLEINHÜNINGEN PROJEKT	300'000	50'000	B	K	B 09.0082.01 / GRB 09.12.2009
661820020002 Mobilität	300'000				
TRAMNETZ BASEL 2025 PLANUNG	750'000	250'000	N		R / GRB / RRB 10.08.2010
661820020004 Mobilität	250'000				
BETEILIGUNG AN DEN PLANUNGSKOSTEN WEIL/RH	3'330'000	750'000	B	K	R 06.1769.03 / GRB 16.01.2008
661820040104 Mobilität	1'534'943				
TRAMVERLÄNGERUNG WEIL/RHEIN, PLANUNG	1'825'000	350'000	B	K	R 06.1769.03 / GRB 16.01.2008
661820040105 Mobilität	1'459'769				
TRAMVERLÄNGERUNG N. ST. LOUIS, PLANKREDIT	4'000'000	1'500'000	N	W	R / GRB / RRB 30.05.2006
661820040108 Mobilität	2'114'069				
TRAM 8 BUDESBEITRÄGE AGGLOFONDS		-4'500'000	B	K	R 06.1769.03 / GRB 16.01.2008
661820040109 Mobilität	-4'500'000				
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-6'900'000	-4'500'000			
TRAMVERLÄNG. WEIL/RH, ZINSEN F.VORFINANZ	1'560'000	100'000	B	K	R 06.1769.03 / GRB 16.01.2008
661820040110 Mobilität	110'000				
PAUSCHALE ÖV-BEHINDERUNGEN	1'500'000	200'000	B	K	R 05.1315.02 / GRB 18.01.2006
661850020001 Mobilität	406'505				
SAMMELKREDIT NORMWARTEHALLE BVB	3'000'000	1'000'000	B	K	R 07.1895.02 / GRB 09.04.2008
661850027319 Mobilität	2'851'990				
RÜCKBAU TROLLEY FAHRLEITUNG	3'500'000	1'470'000	G	K	GRB 16.12.2009
661850027325 Mobilität	3'499'729				
TRAMVERLÄNGERUNG WEIL/RH; BAU+PLANUNG2	13'466'000	1'420'000	B	K	R 06.1769.03 / GRB 16.01.2008
661850028321 Mobilität	3'484'436				
RAHMENKREDIT GLEISANLAGEN	50'000'000	12'500'000	G	K	GRB 16.12.2009
661850029000 Mobilität	28'900'000				
AEUSSERE BASELST.R RIEHEN ANT NEUINVEST	4'257'000	158'000	N	W	R / GRB / RRB 12.08.2008
661850029306 Mobilität	158'000				
TIEFBAUARBEITEN MONTAGE DFI (§16 BVB-OG)	540'000	70'000	B	K	B 10.0369.01 / GRB 23.06.2010
661850029601 Mobilität	431'948				
ELEKTR. HOCHRHEINSTRECKE PLANUNG BEITRAG	1'500'000	280'000	N		B / GRB / RRB 31.08.2010
661851020002 Mobilität	280'000				
REGIO S-BAHN; BAHNHALTESTELLE NIEDERHOLZ	3'800'000	100'000	B	K	R 05/02/22G / GRB 05.04.2006
661851040013 Mobilität	200'000				
REGIO S-BAHN HERZSTÜCK PROJEKTIERUNG	830'000	400'000	B	K	B 08.2020.01 / GRB 14.10.2009
661851040016 Mobilität	733'168				
ÖFFENTLICHER VERKEHR		26'223'000			

Vorhabenbezeichnung	Nominalkredit	Budget	S	K
Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Ausschöpfung	2'011	T	W Beschlüsse / Begründungen

Gesundheit

Vorhabenbezeichnung Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Nominalkredit Ausschöpfung	Budget 2'011	S T	K W	Beschlüsse / Begründungen
DOSSIERMANAGEMENT	650'000	50'000	G	K	GRB 16.12.2009
702050500001 Gesundheitsdienste	619'367				
CT-GERÄT IRM 2010	900'000	900'000	N	W	B / GRB / RRB 01.09.2009
706021020101 Gesundheitsschutz	900'000				
UMSTELLUNG FALLPAUSCHALEN DRG	975'000	20'000	B	K	B 06.1772.01 / GRB 07.02.2007
731001000003 Universitätsspital Basel	521'819				
BRANDSCHUTZMASSNAHMEN VELF, GESCHOSS 02	3'780'000	2'180'000	G	K	GRB 16.12.2009
731001000021 Universitätsspital Basel	2'884'895				
OPTIMIERUNG ENTSORGUNGSZENTRUM	940'000	200'000	G	K	GRB 16.12.2009
731001000023 Universitätsspital Basel	940'000				
KOOPERATION USB-UKBB INFRASTRUKTUREINR.	1'980'000	100'000	B	K	R 08.0744.02 / GRB 03.06.2009
731001000024 Universitätsspital Basel	1'749'666				
ERSATZ LÜFTUNGSMONOBLOCS HÖRS. 6/AUDIOL.	450'000	10'000	G	K	GRB 16.12.2009
731001000025 Universitätsspital Basel	450'000				
ERSATZ DER NETZSTEUERUNG	495'000	50'000	G	K	GRB 16.12.2009
731001000026 Universitätsspital Basel	490'720				
REORG./BAUL. SANIERUNG RADIOLOGIE	1'750'000	930'000	G	K	GRB 16.12.2009
731001000027 Universitätsspital Basel	1'681'078				
ZUTRITTSSCHUTZ NICHT ÖFFENTL. ZONEN	800'000	50'000	B	K	B 09.0556.01 / GRB 09.09.2009
731001000028 Universitätsspital Basel	799'538				
UPGRADE TVA (FESTNETZTELEFONIE)	380'000	380'000	G		RRB 31.08.2010
731001000030 Universitätsspital Basel	380'000				
EINBAU GMP-REINRAUM	1'600'000	50'000	B	K	DRINGL.KRED. NO. 03 / GRB 09.09.2009
731001000033 Universitätsspital Basel	1'585'867				
ERSATZ KÄFIGE WASCHANLAGE TIERVERSUCHSSTATI-ON	4'250'000	100'000	G	K	GRB 16.12.2009
731001000046 Universitätsspital Basel	4'100'000				
KOOPERATION USB-UKBB: TRANSPORTTECHNIKANLA-GE	2'410'000	50'000	B	K	RA 08/46/3G / GRB 12.11.2008
731001001001 Universitätsspital Basel	2'376'557				
ERSATZ GEBINDEWASCHANLAGE SPITALPHARMAZIE	800'000	800'000	G		RRB 31.08.2010
731001001004 Universitätsspital Basel	800'000				
ERSATZ DDC-UNTERSTATIONEN EY 2400	2'500'000	500'000	G	K	GRB 16.12.2009
731001006003 Universitätsspital Basel	2'500'000				
VELF/ZLF ERSATZ WASSERLEITUNGEN	310'000	10'000	G	K	GRB 16.12.2009
731001010023 Universitätsspital Basel	310'000				
K2, EINBAU DRALLAUSLÄSSE	800'000	30'000	G	K	GRB 16.12.2009
731001020034 Universitätsspital Basel	800'000				
ERSATZ LEISTUNGSSCHALTER ELEKTRO-HV	3'600'000	30'000	G	K	GRB 16.12.2009
731001020045 Universitätsspital Basel	3'571'669				
RAHMENKREDIT MED. APPARATE 2011	23'000'000	23'000'000	N		R / GRB / RRB 01.09.2010
731001032004 Universitätsspital Basel	23'000'000				
OPTIM. TRANSPORTLOGISTIK LAGERBETRIEBE	3'506'000	50'000	G	K	GRB 16.12.2009
731001060053 Universitätsspital Basel	3'506'000				
RAHMENKREDIT INFORMATIK 2008 BIS 2011	32'000'000	10'890'000	B	K	RA 07/50/62G / GRB 13.12.2007
731001062008 Universitätsspital Basel	31'990'609				
SANIERUNG KÜCHE	17'200'000	2'000'000	G	K	GRB 16.12.2009
731010000045 Universitätsspital Basel	2'000'000				
LEISTUNGSORIENTIERTE FINANZIERUNG	645'000	145'000	G	K	GRB 16.12.2009
733001000701 Felix-Platter-Spital	645'198				
ERSATZ ANALYSEGERÄTE KLINISCHES LABOR	540'000	10'000	G	K	GRB 16.12.2009
733001000981 Felix-Platter-Spital	540'000				
IT-ARCHITEKTUR FÜR DAS FPS	1'340'000	540'000	G	K	GRB 16.12.2009
733001001001 Felix-Platter-Spital	1'340'000				
ELEKTRONISCHE PFLEGEAKTE	360'000	360'000	G		RRB 31.08.2010
733001001101 Felix-Platter-Spital	360'000				
ERSATZ NACHTTISCHE	500'000	500'000	G		RRB 31.08.2010
733001001102 Felix-Platter-Spital	500'000				

Vorhabenbezeichnung	Nominalkredit	Budget	S	K	
Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Ausschöpfung	2'011	T	W	Beschlüsse / Begründungen
ANPASSUNGEN STATIONSBÜROS/MEDI SCHRÄNKE	600'000	600'000	G		RRB 31.08.2010
733001001103 Felix-Platter-Spital	600'000				
ERSATZ KONVENTIONELLES RÖNTGEN	1'500'000	1'500'000	G		RRB 31.08.2010
733001001104 Felix-Platter-Spital	1'500'000				
ERSATZ DER KÜCHENEINRICHTUNGEN	1'600'000	1'600'000	G		RRB 31.08.2010
733001001105 Felix-Platter-Spital	1'600'000				
ELEKTRONISCHE PATIENTENAKTE	1'040'000	10'000	G	K	GRB 16.12.2009
735001005925 UPK	996'839				
LEISTUNGSORIENTIERTE FINANZ. (REKOLE)	650'000	100'000	G	K	GRB 16.12.2009
735001005927 UPK	576'156				
ERSATZ ELEKTROHAUPTVERTEILUNG	2'125'000	510'000	G	K	GRB 16.12.2009
735001005929 UPK	1'333'865				
TEIL ALLGEMEIN		48'255'000			
INSTITUT FÜR RECHTSMEDIZIN SAN. FASSADE	1'430'000	345'000	G	K	GRB 16.12.2009
420745056001 Liegenschaften VV	1'444'794				
R 8418 KANTONSSPITAL KLINIKUM 1-WEST	206'481'000	2'000'000	B	K	R 8418 und GRK B 8472
420750026002 Liegenschaften VV	210'049'295				GRB 16.02.1994
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-2'560'774				
USB OPTIMIERUNG WARENANNAHME ENTSORGUNG	400'000	150'000	G	K	GRB 16.12.2009
420750056005 Liegenschaften VV	400'000				
USB SANIERUNG OP-OST	128'200'000	9'000'000	N		R / GRB / RRB 03.11.2009
420750056006 Liegenschaften VV	9'000'000				
USB REORG./BAUL. OPTIMIERUNG RADIOLOGIE	2'280'000	1'375'000	G	K	GRB 16.12.2009
420750056007 Liegenschaften VV	2'105'000				
USB, BETTENHAUS 3, SANIERUNG GEBÄUDETECH	1'650'000	200'000	G		RRB 01.09.2009
420750056008 Liegenschaften VV	200'000				
USB, BETRIEBSFÄHIGKEIT ETAP.3 ZLF	2'500'000	1'500'000	G	K	GRB 16.12.2009
420750056009 Liegenschaften VV	2'000'000				
USB, BETRIEBSFÄHIGKEIT ETAP.3 PATHOLOGIE	600'000	250'000	G	K	GRB 16.12.2009
420750056010 Liegenschaften VV	600'000				
USB, BETRIEBSFÄHIGKEIT ETAP.3 KLINIKUM2	1'000'000	500'000	G	K	GRB 16.12.2009
420750056011 Liegenschaften VV	1'000'000				
USB/MARKGRÄFLERHOF SOFORTMASSNAHMEN/PROJ	5'570'000	2'070'000	G		RRB 10.08.2010
420750056012 Liegenschaften VV	2'070'000				
USB ZLF ERS. WASSERLEITUNGEN 2. TEIL	900'000	250'000	G		RRB 31.08.2010
420750056013 Liegenschaften VV	250'000				
USB PATHOLOGIE ERS. WASSERLEITUNGEN 2. TEIL	900'000	100'000	G		RRB 31.08.2010
420750056014 Liegenschaften VV	100'000				
USB K2 SAN. PATIENTENZIMMER 2. TEIL	3'980'000	500'000	G		RRB 31.08.2010
420750056015 Liegenschaften VV	500'000				
USB ZLF ERS. LÜFTUNGSMONOBLOCK 2. TEIL	600'000	50'000	G		RRB 31.08.2010
420750056016 Liegenschaften VV	50'000				
USB K2 ERS. WASSERLEITUNGEN 2. TEIL	4'000'000	380'000	G		RRB 31.08.2010
420750056017 Liegenschaften VV	380'000				
USB K2 SAN. BODENBELÄGE GANGBEREICH 2. TEIL	520'000	100'000	G		RRB 31.08.2010
420750056018 Liegenschaften VV	100'000				
USB K2 ERW. USV-ANLAGE LABORMEDIZIN 2. TEIL	450'000	450'000	G		RRB 31.08.2010
420750056019 Liegenschaften VV	450'000				
USB K2 UMB. WARTE-/UEBERWACHUNGSZONE 2. TEIL	600'000	300'000	G		RRB 31.08.2010
420750056021 Liegenschaften VV	300'000				
USB, SANIERUNG 3. BAUETAPPE PROJ. ETAP.1 TEIL	1'850'000	650'000	G	K	GRB 16.12.2009
420750059000 Liegenschaften VV	1'650'000				
R 082098 GERIATRIE-/REHABZ. GZB PROJEKT	8'900'000	3'400'000	B	K	R 08.2098.01 / GRB 03.06.2009
420770026000 Liegenschaften VV	6'900'000				
FELIX PLATTER SPITAL SANIERUNG 2009/10	24'000'000	4'500'000	G	K	GRB 16.12.2009
420770056001 Liegenschaften VV	23'949'494				
FPS GEBÄUDE C SANIERUNG	1'900'000	1'300'000	G		RRB 31.08.2010
420770056002 Liegenschaften VV	1'300'000				
FPS EINGANG/SCHALTERH./PHYSIOTH./KASSE	1'100'000	700'000	N		R / GRB / RRB 31.08.2010
420770056004 Liegenschaften VV	700'000				
UPK GEBÄUDE R ANBAU FORENSIK PROJEKT	570'000	70'000	B	K	B 09.2214.01 / GRB 13.01.2010

Vorhabenbezeichnung	Nominalkredit	Budget	S	K	
Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Ausschöpfung	2'011	T	W	Beschlüsse / Begründungen
420780026004 Liegenschaften VV	570'000				
UPK GEBÄUDE S WOHNMODUL	4'150'000	2'750'000	B	K	R 10.0453.01 / GRB 08.09.2010
420780026007 Liegenschaften VV	4'150'000				
UPK ERWEIT./UMBAU GEB R JUGENDFORENSIK	8'000'000	3'000'000	N		R / GRB / RRB 10.08.2010
420780026009 Liegenschaften VV	3'000'000				
KJPK ZUSAMMENLEGUNG MIT UPK PROJEKT	500'000	500'000	N		B / GRB / RRB 10.08.2010
420780029009 Liegenschaften VV	500'000				
UPK ÖKONOMIEGEBÄUDE GESAMTSANIERUNG	11'825'000	430'000	G	K	GRB 16.12.2009
420780056007 Liegenschaften VV	11'837'024				
UPK GEBÄUDE A VORFAHRT PATIENTENAUFNAHME	500'000	170'000	G	K	GRB 16.12.2009
420780056013 Liegenschaften VV	500'000				
UPK GEBÄUDE B/J, ANPASSUNGEN/ERDBEBENS.	9'700'000	3'300'000	G		RRB 04.11.2008 / RRB 31.08.2010
420780056014 Liegenschaften VV	3'600'000				
UPK DIREKTIONS-GEBÄUDE EG SANIERUNG/UMBAU	3'500'000	500'000	G		RRB 31.08.2010
420780056018 Liegenschaften VV	500'000				
UPK SANIERUNGEN F. ROCHADEN GEBÄUDE R+S	1'150'000	1'150'000	G		RRB 10.08.2010
420780056021 Liegenschaften VV	1'150'000				
UPK SANIERUNG WASSERVERSORGUNG	2'642'000	1'350'000	G		RRB 10.08.2010
420780056024 Liegenschaften VV	1'350'000				
UPK GEB. M ALTERSPSYCHIATRIE SANIERUNG	9'100'000	1'000'000	G		RRB 31.08.2010
420780056025 Liegenschaften VV	1'000'000				
R 050724 UKBB SPITALSTRASSE NEUBAU	74'650'000	2'000'000	B	K	R 05.0724.01/02 / GRB 19.10.2005
420790026000 Liegenschaften VV	74'650'000				
TEIL HOCHBAUTEN VV		46'290'000			
GESUNDHEIT		94'545'000			

Bildung

Vorhabenbezeichnung	Nominalkredit	Budget	S	K
Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Ausschöpfung	2'011	T	W Beschlüsse / Begründungen
MOBILIARERSATZ AN SCHULEN 3. ETAPPE	6'800'000	3'400'000	G	K RRB 01.09.2009
201862000020 Zentrale Dienste	6'800'000			
TEIL BILDUNG		3'400'000		
ANKÄUFE VON KUNSTWERKEN	4'000'000	800'000	N	R / GRB / RRB 03.11.2009
371503000015 Kunstmuseum	800'000			
ERNEUERUNG DAUERAUSSTELLUNG BK UG	4'250'000	2'200'000	B	K R 06.0934.02 / GRB 14.02.2007
373501000005 Historisches Museum	2'383'398			
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-850'000	-850'000		
ERN. DAUERAUSSTELLUNGEN + BETRIEBS.EINR.	2'750'000	1'300'000	G	RRB 03.11.2009
374830000000 Naturhistorisches Museum	1'300'000			
WIEDERERÖFFNUNG MUSEUM	3'810'000	2'704'000	B	K R 09.1852.02 / GRB 10.02.2010
375835000000 Museum der Kulturen	2'704'000			
TEIL KULTUR		6'154'000		
ERDBEBENMASSNAHMEN RISIKOANALYSE	600'000	200'000	B	K B 09.1408.01 / GRB 18.11.2009
420013026002 Liegenschaften VV	300'000			
BRANDSCHUTZMASSNAHMEN IN SCHULHÄUSERN.	4'500'000	1'500'000	G	K GRB 16.12.2009
420100026002 Liegenschaften VV	2'000'000			
R 090043 HGK FHNW NEUBAU DREISPITZ	121'600'000	12'000'000	B	K R 09.0043.01 / GRB 22.04.2009
420100526000 Liegenschaften VV	21'983'581			
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-208'434			
ERSATZ SCHULRAUMCONTAINER DIV. STANDORTE	1'000'000	140'000	G	K GRB 16.12.2009
420101056000 Liegenschaften VV	1'069'047			
ARCHÄOLOG . BODENFORSCHUNG DEPOT LYONSTR	2'500'000	550'000	G	K GRB 16.12.2009
420117026000 Liegenschaften VV	2'590'541			
STADTTHEATER UNTERH.HAUS-+BÜHNENTECHNIK	10'000'000	3'600'000	G	K GRB 16.12.2009
420124056000 Liegenschaften VV	9'945'529			
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-30'315			
THEATER BASEL ERSATZ DREHSCHIEBENWAGEN	1'500'000	50'000	G	K GRB 16.12.2009
420124056002 Liegenschaften VV	2'295'445			
THEATER, SAN. PLATZBELAG ZUR ELISABETHEN	1'300'000	500'000	G	K GRB 16.12.2009
420124056004 Liegenschaften VV	1'300'000			
THEATER BASEL ERSATZ HANDAUFGÜGE KL. BÜH	1'250'000	1'150'000	G	RRB 10.08.2010
420124056005 Liegenschaften VV	1'150'000			
STADTTHEATER SANIERUNG UNTERMASCHINERIE	8'850'000	50'000	G	K GRB 16.12.2009
420124056099 Liegenschaften VV	8'896'465			
AGS, SANIERUNG KANALISATION	1'560'000	320'000	G	RRB 01.09.2009
420126056000 Liegenschaften VV	320'000			
AGS SANIERUNG FASSADE UND HLK	31'470'000	950'000	G	K GRB 16.12.2009
420126456000 Liegenschaften VV	31'993'607			
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-1'895'000			
BFS BERUFSFACHSCHULE INNENSANIERUNG	3'000'000	900'000	G	K GRB 16.12.2009
420128456000 Liegenschaften VV	1'200'000			
BFS KOHLENBERGGASSE 11 BEWEGUNGSRAUM	800'000	800'000	G	RRB 01.09.2009
420128826000 Liegenschaften VV	800'000			
BFS KOHLENBERGGASSE 11 KAPAZITÄTSERW.	640'000	640'000	N	B / GRB / RRB 31.08.2010
420128856001 Liegenschaften VV	640'000			
GYMNASIUM MÜNSTERPLATZ SAN. DACH + FACH	5'605'000	1'000'000	G	RRB 31.08.2010
420130056001 Liegenschaften VV	1'000'000			
WBS HOLBEIN I FASSADENRENOVATION 1.OG-UG	1'800'000	200'000	G	RRB 10.08.2010
420134656000 Liegenschaften VV	200'000			
GYMN. BÄUMLIHOF PROJ.+SOFORTMASNAHMEN	4'000'000	1'000'000	N	GRB 08.09.2010
420136056002 Liegenschaften VV	1'000'000			
BLÄSISCHULE PROJ. SANIERUNG+ERWEITERUNG	600'000	400'000	N	B / GRB / RRB 31.08.2010
420139429000 Liegenschaften VV	400'000			
BLÄSISCHULE, ERSATZ LÜFTUNGSANLAGE	800'000	730'000	G	K GRB 16.12.2009
420139456001 Liegenschaften VV	784'000			
R 081822 BRUDERHOLZSCH UMBAU/ERWEITERUNG	4'545'000	400'000	B	K R 08.1822.01 / GRB 14.01.2009
420139826000 Liegenschaften VV	4'694'531			

Vorhabenbezeichnung	Nominalkredit	Budget	S	K	
Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Ausschöpfung	2'011	T	W	Beschlüsse / Begründungen
BRUDERHOLZ-SCHULHAUS SAN. WC-ANLAGEN	1'620'000	40'000	G	K	GRB 16.12.2009
420139856000 Liegenschaften VV	1'659'201				
CHRISTOPH MERIAN-/GELLERTSCHULHAUS PROJ.	1'250'000	500'000	N		B / GRB / RRB 10.08.2010
420140629000 Liegenschaften VV	500'000				
DREIROSEN-SCHULE ALTBAU DACH + FENSTER	1'700'000	840'000	G	K	GRB 16.12.2009
420141456000 Liegenschaften VV	1'290'000				
GOTTHELFSCHULE TH SANIERUNG FASSADEN	600'000	600'000	G		RRB 01.09.2009
420142856002 Liegenschaften VV	650'000				
HIRZBRUNNENSCHULE SAN. FASSADE, GANGZONE	6'400'000	4'250'000	G	K	GRB 16.12.2009
420143656000 Liegenschaften VV	4'733'129				
KLEINHÜNINGER-SCHULE SANIERUNG II	3'000'000	250'000	G		RRB 31.08.2010
420145256000 Liegenschaften VV	250'000				
NEUBADSCHULE ERSATZ FENSTER	1'700'000	730'000	G	K	GRB 16.12.2009
420145656000 Liegenschaften VV	1'589'206				
SCHULHAUS SCHOREN NEUBAU PROJEKTIERUNG	900'000	100'000	N		B / GRB / RRB 31.08.2010
420148429000 Liegenschaften VV	100'000				
SCHULHAUS VOLTA PROJ. ERWEITERUNG	700'000	100'000	N		B / GRB / RRB 31.08.2010
420151829000 Liegenschaften VV	100'000				
HEBELSCHULE GESAMTSANIERUNG	10'475'000	3'000'000	G	K	GRB 16.12.2009
420154856000 Liegenschaften VV	3'582'257				
WASSERSTELZENSCHULE FENSTERERSATZ	800'000	145'000	G	K	GRB 16.12.2009
420156056000 Liegenschaften VV	1'090'000				
SCHULE BETTINGEN SAN. TH DACH + DRAINAGE	400'000	187'000	G	K	GRB 16.12.2009
420156456000 Liegenschaften VV	416'999				
SCHULE BETTINGEN, TH HEIZUNG/LÜFTUNG	450'000	250'000	G	K	GRB 16.12.2009
420156456001 Liegenschaften VV	450'000				
KG GUSTAV WENK-STRASSE, SANIERUNG	750'000	400'000	G	K	GRB 16.12.2009
420160056001 Liegenschaften VV	750'000				
HEIM GUTE HERBERGE SAN. O. UMZUG PROJEKT	400'000	300'000	N		B / GRB / RRB 01.09.2009
420176459000 Liegenschaften VV	300'000				
TH KASERNENSTRASSE SAN. FASSADEN	600'000	600'000	G	K	GRB 16.12.2009
420181056001 Liegenschaften VV	600'000				
TH THEATERSTRASSE INNENSANIERUNG	450'000	400'000	G	K	GRB 16.12.2009
420181056002 Liegenschaften VV	450'000				
TH + SH RITTERGASSE, ERS.HEIZUNG/LÜFTUNG	600'000	550'000	G	K	GRB 16.12.2009
420182056001 Liegenschaften VV	600'000				
ST. JOHANN-SCH. SCHWIMM-+TURNHALLE PROJ.	600'000	600'000	G		RRB 31.08.2010
420182059000 Liegenschaften VV	600'000				
RITTERGASSE TH+SH, INNENSANIERUNG PROJ.	800'000	800'000	G		RRB 31.08.2010
420182059002 Liegenschaften VV	800'000				
R 0000 ST. JAKOBSHALLE PROJ. SAN./AUSBAU	6'200'000	1'500'000	N		R / GRB / RRB 10.08.2010
420183029001 Liegenschaften VV	1'500'000				
ST. JAKOBSHALLE, SANIERUNGEN 2010	2'200'000	100'000	G	K	GRB 16.12.2009
420183056004 Liegenschaften VV	2'200'000				
ST. JAKOBSHALLE, SANIERUNGEN 2011	2'700'000	2'600'000	G		RRB 10.08.2010
420183056005 Liegenschaften VV	2'600'000				
SPORTPLATZ LUFTMATTE MEHRZWECKPLATZ	350'000	350'000	N		B / GRB / RRB 31.08.2010
420184026004 Liegenschaften VV	350'000				
SPORTANL. ST JAKOB MEHRZWECKGEBÄUDE PROJ	850'000	550'000	N		Dringl. Kredit RRB 31.08.2010
420184029000 Liegenschaften VV	550'000				
SPORTANLAGE SCHÜTZENMATTE TRIBÜNE	1'200'000	700'000	G	K	GRB 16.12.2009
420184056003 Liegenschaften VV	800'000				
SPORTPLATZ BUSCHWEILERHOF RESTSANIERUNG	2'700'000	900'000	G	K	GRB 16.12.2009
420184056007 Liegenschaften VV	1'050'000				
GB BACHGRABEN SAN. RESTAURANT	4'400'000	1'100'000	G	K	GRB 16.12.2009
420185156000 Liegenschaften VV	1'500'000				
GARTENBAD ST. JAKOB SANIERUNGSARBEITEN	3'200'000	700'000	G	K	GRB 16.12.2009
420185256000 Liegenschaften VV	3'209'638				
GARTENBAD ST. JAKOB EINGANG	1'100'000	600'000	G	K	GRB 16.12.2009
420185256002 Liegenschaften VV	1'100'000				
KEB ST. MARGARETHEN SOFORTMASSN.+PROJEKT	2'600'000	1'000'000	G		RRB 10.08.2010

Vorhabenbezeichnung	Nominalkredit	Budget	S	K	
Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Ausschöpfung	2'011	T	W	Beschlüsse / Begründungen
420185956000 Liegenschaften VV	1'000'000				
KLINGENTALKIRCHE SANIERUNG DACH U. FACH	5'000'000	685'000	G	K	GRB 16.12.2009
420192056000 Liegenschaften VV	4'719'467				
KUNSTMUSEUM, ERWEITERUNG (ANTEIL BS 50%)	100'000'000	750'000	N		R / GRB / RRB 17.08.2010
420216026000 Liegenschaften VV	750'000				
KUNSTMUSEUM/LAURENZBAU PROJEKT SANIERUNG	2'900'000	800'000	G		RRB 31.08.2010
420216029001 Liegenschaften VV	800'000				
R 060934 HIST. MUSEUM AUSSTELLUNG UG	2'750'000	400'000	B	K	R 06.0934.02 / GRB 11.09.2008
420220026000 Liegenschaften VV	2'691'249				
MUSEUM DER KULTUREN SAN. VISCHER-BAU	8'600'000	200'000	G	K	GRB 16.12.2009
420224056000 Liegenschaften VV	7'909'041				
MUSEUM DER KULTUREN DIV. SAN. D + F	600'000	200'000	G	K	GRB 16.12.2009
420224056001 Liegenschaften VV	600'000				
R 9340 MUSEUM A/D AUGUSTINERGASSE SAN.	11'000'000	401'000	B	K	R 9340 / GRB 20.01.2005
420226026075 Liegenschaften VV	10'178'997				
MUSEUM AUGUSTINERGASSE SANIERUNG II	9'100'000	600'000	G	K	GRB 16.12.2009
420226026076 Liegenschaften VV	4'872'283				
THEATERPARKHAUS BETONSANIERUNG	2'450'000	800'000	G	K	GRB 16.12.2009
420465056000 Liegenschaften VV	1'348'353				
R 0000 KASERNE ABBRUCH ZWISCHENBAU	2'100'000	600'000	N		R / GRB / RRB 10.08.2010
420638026000 Liegenschaften VV	600'000				
KASERNE HAUPTBAU, FASSADENSANIERUNG	850'000	500'000	G		RRB 10.08.2010
420638056000 Liegenschaften VV	500'000				
RHEINBAD ST. JOHANN GESAMTSANIERUNG	1'200'000	810'000	G	K	GRB 16.12.2009
420659056001 Liegenschaften VV	1'134'766				
R 081691 LIFE SCIENCE PROJ. SPITALSTR.	11'000'000	6'000'000	B	K	R 08.1691.03 / GRB 24.06.2009
422170526001 Liegenschaften VV	11'371'714				
TEIL HOCHBAUTEN VV		64'568'000			
BILDUNG		74'122'000			

Übrige

Vorhabenbezeichnung Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Nominalkredit Ausschöpfung	Budget 2'011	S T	K W	Beschlüsse / Begründungen
KANTONSBLATT ONLINE	500'000	400'000	N		R / GRB / RRB 10.08.2010
330501000000 Staatskanzlei	400'000				
PROBERÄUME FÜR BANDS	1'500'000	200'000	N		R / GRB / RRB 11.09.2007
370821000022 Kultur	200'000				
EDV-ERN. ALLG. BIBLIOTHEKEN DER GGG	429'000	429'000	N		B / GRB / RRB 10.08.2010
370821300007 Kultur	429'000				
BAUL. MASSNAHMEN SAN. BS PAPIERMÜHLE	2'000'000	2'000'000	N		R / GRB / RRB 01.09.2009
370821500002 Kultur	2'000'000				
INFORMATISIERUNG STAATSARCHIV 3. ETAPPE	940'000	380'000	B	K	B 08.0524.01 / GRB 04.06.2008
376104020002 Staatsarchiv	639'835				
SICHER.+NUTZBARMACH. MIKROVERFILM.DIGIT.	1'346'000	478'000	N		B / GRB / RRB 10.08.2010
376500000000 Staatsarchiv	478'000				
ERS.NICHT-ARCH.GER.VERP. URK.+AKTENB.13J	534'000	186'000	G		RRB 10.08.2010
376500000001 Staatsarchiv	186'000				
ERNEUERUNG STEUERLÖSUNG NEST	2'000'000	530'000	G		RRB 03.11.2009
404001000059 Steuerverwaltung	530'000				
ERSATZ INFORMATIK RZ MOBILIAR	4'000'000	500'000	N	W	R / GRB / RRB 05.07.2005
406000000720 ZID	500'000				
AKTUALISIERUNG DER TEILNEHMERVERMITTLUNG	2'200'000	500'000	G	K	GRB 16.12.2009
406000000743 ZID	500'000				
FILEMAILTEAMBS	4'500'000	2'500'000	G		RRB 03.11.2009
406811500000 ZID	2'500'000				
ERNEUERUNG ZENTRALER ANLAGENKOMPONENTEN	12'000'000	3'000'000	G	K	GRB 16.12.2009
406A10100718 ZID	11'246'766				
ÜBERFÜHRUNG DES PROJEKTES SYSTEMPFLEGE	2'090'000	345'000	G	K	GRB 16.12.2009
409004000001 Zentraler Personaldienst	1'228'553				
ERDBEBENVORSORGE (PARTNERSCHAFTL.PROJEKT	870'000	270'000	N		B / GRB / RRB 12.08.2008
506559020000 Kantonspolizei	270'000				
KLEINALARM-FZGE FW KAW 51+52	575'000	575'000	G		RRB 10.08.2010
509020020009 Bereich Rettung	575'000				
ZJ: 2008 4 RETTUNGSWAGEN SANITÄT, ERSATZ	1'324'000	331'000	G	K	GRB 16.12.2009
509030020006 Bereich Rettung	987'566				
ERSATZ PERSONENSCHUTZGERÄTE UND ANLAGEN	881'000	881'000	G		RRB 10.08.2010
510090020000 Bevölk.dienste/ Migration	881'000				
RISK ASSESSMENT	1'200'000	25'000	B	K	B 07.0631.01 / GRB 16.04.2008
510094020001 Bevölk.dienste/ Migration	379'401				
SAN. FREIZEITGARTEN AREAL NAGELFLUH	493'000	293'000	G		RRB 01.09.2009
614030020001 Stadtgärtnerei	493'000				
SAN. FREIZEITGARTEN AREAL GUNDELDINGEN	344'000	194'000	G		RRB 01.09.2009
614030020002 Stadtgärtnerei	344'000				
ERSATZ SCHREDDER KOMPOSTIERANLAGE	460'000	460'000	G		RRB 10.08.2010
614030020101 Stadtgärtnerei	460'000				
B 0396 BAUMPFLANZUNGEN LAUT RICHTPLAN	2'500'000	500'000	B	K	B 0396 / GRB 23.06.1999
614030020603 Stadtgärtnerei	3'286'754				
FÖRDERUNG DER WOHLNICHKEIT V (2009-2013)	750'000	150'000	B	K	B 08.1727.01 / GRB 07.01.2009
614030020951 Stadtgärtnerei	503'838				
SANIERUNG ÖFFENTL.TOILETTENANLAGEN II	2'500'000	650'000	G		RRB 01.09.2009
617060050001 Tiefbauamt	650'000				
ERSATZ VERKEHRSRECHNER	3'100'000	400'000	G	K	GRB 16.12.2009
661830054003 Mobilität	3'100'000				
ERSATZBESCHAFF.SW ERGÄNZUNGSLEISTUNGEN	1'350'000	500'000	B	K	B / GRB / RRB 04.11.2008
807812220003 Amt für Sozialbeiträge	849'700				
2000-WATT-GESELLSCHAFT	2'080'000	523'000	B	K	R 08.1671.01 / GRB 22.04.2009
831080004009 Amt für Umwelt u. Energie	523'000				
ERH. + ERST. KATASTER ALTLASTENSTANDORTE	1'195'475	287'000	G	K	GRB 16.12.2009
831081002007 Amt für Umwelt u. Energie	581'129				
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-254'500				
ABWASSERREINIGUNGSANLAGE BS MASCH. TEIL		1'620'000	B	K	R 7167 / GRB 25.06.1975

Vorhabenbezeichnung	Nominalkredit	Budget	S	K	
Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Ausschöpfung	2'011	T	W	Beschlüsse / Begründungen
831081022006 Amt für Umwelt u. Energie					
LSM: WEITERE STRASSENABSCHNITTE 3B/1	5'000'000	1'500'000	B	K	R 9380 / GRB 15.12.2004
831083004004 Amt für Umwelt u. Energie	2'177'192				
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-444'000	-300'000			
AKTIONSPLAN GESUNDE LUFT IN WOHNQUARTIER	350'000	154'600	B	K	B 09.0525.01 / GRB 09.09.2009
831085003002 Amt für Umwelt u. Energie	164'929				
TEIL ALLGEMEIN		20'461'600			
B 0000 GROSSRATSSAAL TECHN. AUFRÜSTUNG	1'300'000	800'000	N		B / GRB / RRB 10.08.2010
420010026002 Liegenschaften VV	800'000				
R 0407004 ÖFF. BAUTEN BEHINDERTENGERECHT	7'000'000	1'700'000	B	K	R 04.0704.02 / GRB 04.06.2008
420013026001 Liegenschaften VV	5'339'939				
R 071825 KLIMANEUTRALE VERWALTUNG	33'500'000	1'000'000	B	K	R 07.1825.02 / GRB 25.06.2008
420013026003 Liegenschaften VV	2'000'000				
APPELATIONSGERICHT AUSBAU DACHSTOCK	2'900'000	1'700'000	N		R / GRB / RRB 29.06.2010
420016026000 Liegenschaften VV	1'900'000				
STRAFGERICHT, VERWALTUNGSBAU, SANIERUNG	800'000	750'000	G	K	GRB 16.12.2009
420018056001 Liegenschaften VV	800'000				
ERLENMATT ERLKÖNIG, GESAMTSANIERUNG	1'000'000	500'000	N		R / GRB / RRB 21.09.2010
420119456001 Liegenschaften VV	500'000				
SPALENTOR GESAMT-AUSSENSANIERUNG	1'600'000	1'500'000	G	K	GRB 16.12.2009
420189456000 Liegenschaften VV	1'600'000				
BLAUES- UND WEISSES HAUS KANALISATION	500'000	500'000	G		RRB 31.08.2010
420310056000 Liegenschaften VV	500'000				
WAAGHOF, SANIERUNG FENSTER/FASSADE ZELLE	3'140'000	980'000	G		RRB 10.08.2010
420320056000 Liegenschaften VV	980'000				
R 0000 VOLTAMATTE VERLEGUNG ROBINSON	1'894'000	1'200'000	B	K	R 09.1687.02 / GRB 19.05.2010
420350026000 Liegenschaften VV	1'200'000				
ZID, NEUBAU INFORMATIKRECHENZENTRUM	17'211'000	700'000	N	W	R / GRB / RRB 12.12.2006
420412026009 Liegenschaften VV	1'000'000				
JSD ALARMZENTRALEN PROJEKT	3'000'000	200'000	N	W	R / GRB / RRB 10.05.2005
420517026018 Liegenschaften VV	200'000				
AUTOBAHNPOLIZEI STÜTZPUNKT UMBAU/SAN.	1'400'000	300'000	G	K	GRB 16.12.2009
420517056000 Liegenschaften VV	500'000				
JSD II CLARAHOF SANIERUNG 2.-5.OG	1'900'000	1'000'000	G		RRB 10.08.2010
420525056000 Liegenschaften VV	1'000'000				
ZEUGHHAUS INSTANDSETZUNG DACH	1'700'000	1'000'000	G	K	GRB 16.12.2009
420531056000 Liegenschaften VV	1'000'000				
FEUERWACHE LÜTZELHOF FENSTER, KÜCHE, SAN	620'000	570'000	G	K	GRB 16.12.2009
420540056004 Liegenschaften VV	620'000				
FRIEDHOF HÖRNLI KAPELLENGEBÄUDE 2. ETAP.	2'550'000	381'000	G	K	GRB 16.12.2009
420617056001 Liegenschaften VV	2'349'377				
NEUBAU MONTAGEHALLE BRÜSSEL-STR. PROJEKT	500'000	400'000	N		B / GRB / RRB 31.08.2010
420626029000 Liegenschaften VV	400'000				
B 072098 TBA STADTREINIG. MAGAZINE PROJ.	450'000	100'000	B	K	B 07.2098.01 / GRB 16.04.2008
420627026000 Liegenschaften VV	250'134				
R 0000 TBA STADTREINIGUNG MAGAZINKONZEPT	6'400'000	1'500'000	N		B / GRB / RRB 31.08.2010
420627026001 Liegenschaften VV	1'500'000				
TBA KEHRICHTABFUHR, SANIERUNG LIFT	330'000	70'000	G	K	GRB 16.12.2009
420627056001 Liegenschaften VV	330'000				
B 090844 ELISABETHENANLAGE KAPELLE	1'080'000	780'000	B	K	B 09.0844.01 / GRB 09.09.2009
420630026000 Liegenschaften VV	1'080'000				
R 9281 ÖFFENTLICHE WC-ANLAGEN	6'900'000	500'000	B	K	R 9281 / GRB 09.06.2004
420634026003 Liegenschaften VV	5'687'245				
BRÜCKENKOPF BREITE ALLMENDVERW. UMBAU	6'900'000	1'000'000	G		B / GRB / RRB 31.08.2010
420660056000 Liegenschaften VV	1'000'000				
SPITALSTRASSE 2 VORDERHAUS SANIERUNGEN	3'750'000	1'000'000	G	K	GRB 16.12.2009
420718056000 Liegenschaften VV	1'050'000				
RATHAUS SANIERUNG DER MARKTPLATZFASSADE	1'100'000	480'000	G	K	GRB 16.12.2009
420810056000 Liegenschaften VV	1'040'000				
TEIL HOCHBAUTEN VV		20'611'000			
INVESTITIONSBEITRÄGE FÜR TAGESHEIMPLÄTZE	3'750'000	750'000	B	K	R 09.0503.01 / GRB 03.06.2009

Vorhabenbezeichnung	Nominalkredit	Budget	S	K	
Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Ausschöpfung	2'011	T	W	Beschlüsse / Begründungen
290039000001 Jugend, Familie und Sport	2'268'000				
GRABUNGEN ABBS FÜR NOVARTIS - CAMPUS +	4'740'000	1'280'000	G		RRB 14.08.2007
377501000003 Archäolog. Bodenforschung	1'280'000				
MESSEZENTRUM BASEL 2012	20'000'000	10'000'000	B	K	R 03/07/36G / GRB 12.02.2003
410032000001 Behörden/Allg. Verwaltung	10'000'000				
DENKMALSCHUTZ 2003-2007	11'000'000	350'000	B	K	R 03/07/36G / GRB 12.02.2003
641001020004 Denkmalpflege	9'941'804				
DENKMALSCHUTZ 2008-2012	12'500'000	2'400'000	B	K	R 07/37/10G / GRB 12.09.2007
641001020005 Denkmalpflege	6'709'352				
BÜRGERLICHES WAISENHAUS	1'561'500	500'000	B	K	R 09.0996.01 / GRB 16.09.2009
650004040006 HPA / Baukostenbeitr	1'431'500				
R 9265 STIFT. FÖRD.MUSEUM KULTUREN HALLE	4'420'000	100'000	B	K	R 9265 / GRB 11.12.2003
650006040008 HPA / Baukostenbeitr	4'414'718				
FÖRDERUNG DER SAN. BÜRO- U.GEWERBEBAUTEN	10'000'000	5'000'000	N		R / GRB / RRB 08.09.2009
831087204011 Amt für Umwelt u. Energie	5'000'000				
TEIL INVESTITIONSBEITRÄGE		20'380'000			
ÜBRIGE		61'452'600			

8 Die Zahlungsströme

8.1 Beiträge an eigene Institutionen

	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10 abs.	%
271811000001 Globalbeitrag Uni GRB 11.11.09 10-13	132'500'000	141'200'000	148'400'000	7'200'000	5.1
271821000020 Globalbeitrag an FHNW GRB 10.12.08 09-11	33'509'000	34'161'000	33'836'000	-325'000	-1.0
271811000021 Globalbeitrag für Universitätsbibliothek	970'000	970'000	1'106'700	136'700	14.1
271841000001 Volkshochschule BB GRB 10.12.08 09-12	652'500	632'500	632'500	0	0.0
271811000018 Globalbeitrag für Studienberatung an UNI	455'000	455'000	483'000	28'000	6.2
271821000022 Übergangslösung PK (FHBB/MAB)	157'550	1	0	-1	-100.0
271821000023 BS-Anteil aus Gewährleistung Fusion FHNW	123'883	0	0	0	-
271821000024 AO Finanzierungsbeitrag FHNW GRB pendent	0	0	1'437'000	1'437'000	-
DST2710 Ressort Hochschulen (stat. Aufträge)	168'367'933	177'418'501	185'895'200	8'476'699	4.8
Total Erziehungsdepartement	168'367'933	177'418'501	185'895'200	8'476'699	4.8
					-
410005090023 Betriebsbeiträge Nachzahlungen	1'450'000	0	0	0	-
DST4100 Allgemeine Verwaltung (stat. Aufträge)	1'450'000	0	0	0	-
Total Finanzdepartement	1'450'000	0	0	0	-
				0	-
661850060001 Abgeltung Ortsverkehr BVB	48'819'657	52'800'000	52'688'368	-111'632	-0.2
661852060000 U-Abo Beiträge	20'186'276	20'200'000	20'200'000	0	0.0
661850060000 BVB RPV	2'929'347	2'900'000	2'850'000	-50'000	-1.7
661851060005 SBB/BLT RPV	2'666'643	2'900'000	2'780'000	-120'000	-4.1
661850060002 Anschubfinanzierung Nachtnetz	260'647	400'000	410'000	10'000	2.5
661850060003 Finanzierung Mehrpreis Biogas	121'378	110'000	130'000	20'000	18.2
661851060001 SBB Shuttle St. Jakob	110'708	123'500	123'500	0	0.0
661851060003 SBB Haltestelle Dreispitz	77'254	74'400	77'000	2'600	3.5
661851060002 SBB Bahnhof St. Johann	4'881	57'000	57'000	0	0.0
661851060000 SBB Stadion St. Jakob	48'603	20'000	20'000	0	0.0
661852060001 SBB Tageskarten An- und Verkäufe	158'320	150'000	0	-150'000	-100.0
661851060004 SBB Mehrkosten S1	255	10'000	0	-10'000	-100.0
DST6610 Mobilität (stat. Aufträge)	75'383'969	79'744'900	79'335'868	-409'032	-0.5
Total Bau- u. Verkehrsdepartement	75'383'969	79'744'900	79'335'868	-409'032	-0.5
				0	-
730900806021 UKBB Stationäre Versorgung	5'819'833	7'100'000	6'100'000	-1'000'000	-14.1
730900806023 UKBB Sonstige Leistungen	3'500'000	4'200'000	5'200'000	1'000'000	23.8
730900806024 UKBB Sonderfinanzierung Umzugskosten	0	1'900'000	1'100'000	-800'000	-42.1
730900806041 KIQ Pilotprojekt Psychiatrie	39'030	30'000	30'000	0	0.0
DST7300 Gesundheitsversorgung (stat. Aufträge)	9'358'863	13'230'000	12'430'000	-800'000	-6.0
Total Gesundheitsdepartement	9'358'863	13'230'000	12'430'000	-800'000	-6.0
				0	-
8018N9190001 Defizit Basl. Personenschiff. BPG GRB	260'000	470'000	470'000	0	0.0
DST8010 Generalsekretariat WSU (stat. Aufträge)	260'000	470'000	470'000	0	0.0
8075210S0048 Risikobeiträge an Krankenversicherer	13'800'000	11'500'000	9'200'000	-2'300'000	-20.0
DST8070 Amt für Sozialbeiträge (stat. Aufträge)	13'800'000	11'500'000	9'200'000	-2'300'000	-20.0
Total Dep. f. Wirtschaft, Soz. u. Umwelt	14'060'000	11'970'000	9'670'000	-2'300'000	-19.2
				0	-
Total Beiträge an Eigene Anstalten	268'620'765	282'363'401	287'331'068	4'967'667	1.8

8.2 Beiträge an andere Gemeinwesen und private Institutionen

	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10 abs.	%
201891000005 „Prix de la Ville de Bâle“	10'060	0	0	0	-
DST2010 Zentrale Dienste (stat. Aufträge)	10'060	0	0	0	-
220805000001 Musikakademie GRB 7.11.2007 2008-2011	10'210'182	10'210'000	10'290'000	80'000	0.8
220805000002 MAB Pers.-fürsorge GRB 7.11.07 2008-2011	1'409'280	1'590'000	1'690'000	100'000	6.3
220814000006 Projekt AKEP RRB 28.10.2008 2008-2011	35'000	35'000	35'000	0	0.0
220801000019 Schw.-Schule Sao Paulo RRB 10.2.09 08-12	25'000	25'000	25'000	0	-
220801000020 SDBB (Beitrag für Internet-Portal)	13'758	16'000	22'500	6'500	40.6
220807200001 Lukasclubs RRB 11.11.2008 2009-2011	43'000	43'000	0	-43'000	-100.0
DST2200 Leitung Bildung (stat. Aufträge)	11'736'220	11'919'000	12'062'500	143'500	1.2
230802200001 Lukasclubs RRB 11.11.2008 2009-2011	0	0	43'000	43'000	-
DST2300 Volksschulen (stat. Aufträge)	0	0	43'000	43'000	-
245802000001 HKV-Defizitabdeckung GRB 15.10.08 10-14	13'946'334	14'138'000	14'150'000	12'000	0.1
245802000002 HKV: PK-Kosten GRB 15.10.2008 10-14	2'191'704	2'154'000	2'158'000	4'000	0.2
245942000601 Beitrag K'werk Bildschule bis 16 pendent	0	0	150'000	150'000	-
245922000619 Beitrag Ausbildung Chemikantenlehrlinge	70'700	90'000	80'000	-10'000	-11.1
245923000006 ÜK-Beiträge an Partnerfirmen LW AGS	0	0	60'000	60'000	-
DST2450 Berufsbildende Schulen (stat. Aufträge)	16'208'738	16'382'000	16'598'000	216'000	1.3
264901500001 Pauschalbeiträge an BF Gesundheit BL	3'914'250	4'022'735	4'242'000	219'265	5.5
264901500006 Stud. BG Pflege bei Bethesda Bildung AG	3'376'534	3'307'000	3'182'400	-124'600	-3.8
264901500003 Spitalschulabk. BS-Schüler in BE-Schulen	188'000	182'200	182'200	0	0.0
264901500004 Spitalschulabk. BS-Schüler in SO-Schulen	135'300	145'200	145'200	0	0.0
264901500002 Spitalschulabk. BS-Schüler in AG-Schulen	60'000	71'800	71'800	0	0.0
264901500015 Rettungssanitäter	72'630	70'000	70'000	0	0.0
264901500010 BS-Schüler bei übrigen Schulen	12'000	39'400	39'400	0	0.0
264901500009 BS-Schüler bei Ergotherapieschule Zürich	0	30'000	30'000	0	0.0
264901500027 Schulabk. BS-Schüler in LU-Schulen	0	13'900	13'900	0	0.0
DST2640 Bildungszentrum Gesundheit (stat. Aufträge)	7'758'714	7'882'235	7'976'900	94'665	1.2
265813000003 Lehrabschlussprüfungen LAP	2'042'491	2'580'500	2'793'600	213'100	8.3
265813000004 Subv. Beiträge Sitzkanton Basel: ÜK	1'625'080	1'734'500	2'125'500	391'000	22.5
265813000014 Lehrbetriebe LBB GRB 09.12.09 2010-2013	1'588'240	2'025'000	2'025'000	0	0.0
265813000006 Subv. Beiträge Überkantonale: ÜK	598'413	371'000	600'000	229'000	61.7
265813000005 Subv. Beiträge Sitzkanton Basel: WB	79'355	129'000	153'000	24'000	18.6
265813000001 Subv. Kurse Berufsbildner, BBG Art. 11	0	0	63'000	63'000	-
265813000007 Subv. Beiträge Überkantonale: WB	0	40'000	50'000	10'000	25.0

	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10 abs.	%
265813000008 Subv. Beiträge Ing. Schule Wädenswil	0	20'000	0	-20'000	-100.0
265813000009 Subventions-Beiträge Diverse	0	5'000	0	-5'000	-100.0
265813000015 LBB, nBBG Ausgleich Bundessubventionen	465'000	0	0	0	-
DST2650 Berufs-u. Erwachsenenbildung (stat. Aufträge)	6'398'578	6'905'000	7'810'100	905'100	13.1
271811000003 Swiss TPH GRB 5.12.2007 2008-11	700'000	700'000	700'000	0	0.0
271811000015 Stift. Wildt'sch.Haus GRB 7.2.2007 07-11	8'544	85'000	85'000	0	0.0
271811000011 Preis d.Stadt BS wiss.Forsch. RRB 2.4.85	20'030	20'000	20'000	0	0.0
271811000012 Histor.-/Antiquar.Ges.: Publikation	20'000	20'000	20'000	0	0.0
271811000014 Archäologie Schweiz (ex. Ur- u. Frühg.)	20'000	20'000	20'000	0	0.0
271811000013 Geogr.-ethnolog. Gesells. Basel	15'000	15'000	15'000	0	0.0
271811000017 Zschokkehaus Engelberg	8'000	8'000	8'000	0	0.0
DST2710 Hochschulen (stat. Aufträge)	791'574	868'000	868'000	0	0.0
290939000001 BFV Tagesheime GRB 17.9.03	13'051'348	13'100'000	13'221'000	121'000	0.9
290939000003 Kinderkrippe Bläsihof GRB 17.09.03	1'698'478	2'100'000	2'400'000	300'000	14.3
290939000002 Kinderkrippen Gundeldingen GRB 17.09.03	1'380'649	1'800'000	1'600'000	-200'000	-11.1
290939000004 V. für Basler Tagesfamilien GRB 17.09.03	1'483'062	1'500'000	1'550'000	50'000	3.3
290939000005 Kinderhaus Gellert GRB 17.09.03	642'209	1'300'000	1'500'000	200'000	15.4
290939000007 Tagesheim Verenhof GRB 17.09.03	932'883	900'000	950'000	50'000	5.6
290939000008 Generationenhaus Neubad GRB 17.09.03	868'085	825'000	900'000	75'000	9.1
290939000006 Krippe St. Peter GRB 17.09.03	810'072	850'000	850'000	0	0.0
290939000010 Spanische Krippe GRB 17.09.03	423'105	515'000	500'000	-15'000	-2.9
290939000012 Tagesheim Fourmi GRB 17.09.03	355'145	325'000	410'000	85'000	26.2
290939000009 Krippe St. Leonhard GRB 17.09.03	278'192	530'000	370'000	-160'000	-30.2
290939000011 Tagesheim Rhy-Spatze GRB 17.09.03	290'332	365'000	300'000	-65'000	-17.8
290939000013 Kindernest Gundeli GRB 17.09.03	257'723	275'000	270'000	-5'000	-1.8
290939000015 Beitr. an Ausbildungskosten GRB 17.09.03	0	130'000	130'000	0	0.0
290939000016 JUFA Ferienbetreuung RRB 23.01.07	10'725	20'000	20'000	0	0.0
290939000017 Erweiterung Platzangebot GRB 17.09.03	0	250'000	0	-250'000	-100.0
290939000014 Tagesheim Wirbelwind GRB 17.09.03	0	160'000	0	-160'000	-100.0
Zwischensumme Tagesbetreuung	22'482'007	24'945'000	24'971'000	26'000	0.1
290933000005 Bürgerl. Waisenhaus RRB 19.2.08 08-11	3'132'117	3'600'000	3'150'000	-450'000	-12.5
290933000006 BFV KH Lindenberg RRB 15.01.08 08-11	1'582'022	1'800'000	1'600'000	-200'000	-11.1
290933000007 Kinderhaus Gellert RRB 26.01.10 10-13	1'449'626	1'800'000	1'600'000	-200'000	-11.1
290933000009 Kinderheim Holee RRB 09.01.07 07-10 pend.	1'619'206	1'300'000	1'600'000	300'000	23.1
290933000008 BFV Schifferkinderheim RRB 15.1.08 08-11	1'309'795	1'450'000	1'350'000	-100'000	-6.9
290933000012 BFV KH Vogelsang RRB 15.01.08 08-11	872'388	800'000	900'000	100'000	12.5
290933000011 Wohngr. Karpfenweg RRB 15.01.08 08-11	606'201	800'000	550'000	-250'000	-31.3
290933000017 Foyer Rüttimeyerstrasse RRB 17.2.09 09-12	552'323	600'000	550'000	-50'000	-8.3
290933000013 Erlenhof RRB 11.03.08 08-11	796'552	650'000	500'000	-150'000	-23.1
290933000015 Foyer Neubad RRB 17.02.09 09-12	465'172	650'000	500'000	-150'000	-23.1
290933000014 Wohnheim Schlössli RRB 08.01.08 08-11	429'046	600'000	400'000	-200'000	-33.3

	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10 abs.	%
290933000016 Foyer i.d. Ziegelhöfen RRB 17.2.09 09-12	376'601	450'000	400'000	-50'000	-11.1
290933000010 Aufnahmeheim RRB 17.02.09 08-11	393'940	900'000	350'000	-550'000	-61.1
290933000026 Pflegefamiliendienst RRB 24.03.09 09-12	200'000	200'000	200'000	0	0.0
Zwischensumme Jugendhilfe	13'784'990	15'600'000	13'650'000	-1'950'000	-12.5
290938000001 BFA BS Freizeitaktion GRB 16.01.08 08-11	2'884'723	2'884'723	2'884'723	0	0.0
290931000001 FaBe GRB 07.11.07 08-11	1'700'000	1'700'000	1'700'000	0	0.0
290938000002 V. Robi-Spiel-Aktionen GRB 16.1.08 08-11	1'255'000	1'255'000	1'255'000	0	0.0
290931000005 Mütter- und Väterber. GRB 5.12.07 08-10 pend.	460'000	860'000	700'000	-160'000	-18.6
290938000003 V. Mobile Jugendarbeit GRB 16.1.08 08-11	340'000	340'000	340'000	0	0.0
290938000007 Freizeit. Dreirosen RRB 01.12.09 10 pend.	240'000	160'000	225'000	65'000	40.6
290938000004 Spielwerkst. Kl'hün. GRB 16.01.08 08-11	218'000	218'000	218'000	0	0.0
290938000006 Jugendtreff Dalbeloch GRB 16.01.08 08-11	200'000	200'000	200'000	0	0.0
290938000008 V. Connect Café RRB 02.03.10 10-11	150'000	150'000	150'000	0	0.0
290938000010 Spilruum Elsässerstr. GRB 16.01.08 08-11	120'000	120'000	120'000	0	0.0
290911000003 Projekt Leseförderung GRB 16.12.09	0	100'000	100'000	0	0.0
290938000011 V. Eulerstross 9 GRB 16.01.08 08-11	90'000	90'000	90'000	0	0.0
290938000013 Kindertheater RRB 16.10.07/18.3.08 08-11	80'000	80'000	80'000	0	0.0
290931000003 Begl. Besuchstage RRB 23.12.08 09-11	60'000	60'000	60'000	0	0.0
290938000014 Off. Kindera.ob.Kl'BS RRB 09-02-10 10-11	40'000	40'000	40'000	0	0.0
290931000007 PEB Elternbildung RRB 15.12.09 09-12	31'500	31'500	31'500	0	0.0
290938000016 V. zum Burzelbaum RRB 16.10.07 08-11	30'000	30'000	30'000	0	0.0
290931000008 Familienpass pendent	0	22'500	22'500	0	0.0
290938000022 Telefon Kinder 147 RRB 2012.08 08-11	20'000	20'000	20'000	0	0.0
290938000018 V. Spielestr. Kaserne RRB 16.10.07 08-11	11'000	11'000	11'000	0	0.0
290931000006 Elternvereinigung b. BS 15.12.09 09-12	10'000	10'000	10'000	0	0.0
290938000019 Sekundenzeiger	0	20'000	0	-20'000	-100.0
290938000020 Mädchen- und Genderarbeit	0	20'000	0	-20'000	-100.0
290938000021 Kindermitwirkung	0	20'000	0	-20'000	-100.0
290938000005 V. Schwarzer Peter GRB 16.01.08 08-11	240'000	0	0	0	-
290938000009 Verein Gassenküche GRB 14.12.06 07-11	147'500	0	0	0	-
Zwischensumme Jugend- und Familienangebote	8'327'723	8'442'723	8'287'723	-155'000	-1.8
290961000001 Kopfquotenbeiträge an Sportvereine	117'125	140'000	140'000	0	0.0
290961000004 Verein Fanprojekt RRB 17.02.09 09-11	80'000	80'000	80'000	0	0.0
290961000003 Stift. Ferienkolonien RRB 10.2.09 09-12	60'000	60'000	60'000	0	0.0
290961000002 Betriebsbeiträge an Sportvereine	32'640	20'000	20'000	0	0.0
Zwischensumme Sport	289'765	300'000	300'000	0	0.0
DST2900 Jugend, Familie und Sport (stat. Aufträge)	44'884'485	49'287'723	47'208'723	-2'079'000	-4.2
Total Erziehungsdepartement	87'788'368	93'243'958	92'567'223	-676'735	-0.7
321812090000 Subventionen Beratung Frauenverein	380'000	380'000	380'000	0	0.0

	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10 abs.	%
321821090000 Subventionen GGG (Subv GGG)	300'000	300'000	300'000	0	0.0
DST3210 Gleichstellung und Integration (stat. Aufträge)	680'000	680'000	680'000	0	0.0
340503090000 Reg. Basiliensis 94-10	343'000	343'000	335'000	-8'000	-2.3
340503090007 NRP/ETZ Interreg IV	0	250'000	250'000	0	0.0
340503090004 Einm. Proj. Regio unbe	0	250'000	150'000	-100'000	-40.0
340503090005 Eurodistrict TEB 07-10	103'690	115'000	115'000	0	0.0
340503090008 Jährlicher Deckungsbeitrag Metrobasel fo	75'000	75'000	75'000	0	0.0
340503090006 Infobest Palmrain 10	56'222	70'000	75'000	5'000	7.1
340503090003 Del.-Schr. ORK 01-10	58'000	58'000	60'000	2'000	3.4
340503090002 Gem. Schr. ORK 01-10	35'250	39'000	40'000	1'000	2.6
340503090001 N. Projekte im Regiobereich	1'691	6'000	6'000	0	0.0
34050309P024 Dreiländer-Kongress 2010	50'000	0	0	0	-
34050309P084 Kanton Jura	50'000	0	0	0	-
34050309A017 Technische Hilfe INTERREGIVA Oberrhein	49'510	0	0	0	-
34050309A107 Stärkung öffentl. Verkehr+ Park u. Ride TEB	46'455	0	0	0	-
34050309A027 NEUREX und Forschungsnetzwerk	45'000	0	0	0	-
34050309P014 ORK-Kooperationsfonds	21'426	0	0	0	-
34050309A047 Geopotenziale Oberrheingraben	19'125	0	0	0	-
34050309A077 Alice im Wunderland	16'000	0	0	0	-
34050309A037 Tarifkooperation Dreiländereck	14'931	0	0	0	-
34050309A087 Tourismus Metropolregion Oberrhein	12'010	0	0	0	-
34050309A057 TRI-PRO-COMmunikation	10'010	0	0	0	-
34050309A067 Austausch-Zentrum Oberrhein	4'663	0	0	0	-
34050309P054 URBACT EGTC	4'620	0	0	0	-
DST3400 Aussenbeziehungen (stat. Aufträge)	1'016'602	1'206'000	1'106'000	-100'000	-8.3
350812090009 Stadtteilsekr. Kl'basel RRB 15.5.07 07-09	90'000	90'000	120'000	30'000	33.3
350812090001 V. Treffpunkt Breite GRB 7.2.07 07-09	90'000	90'000	90'000	0	0.0
350812090002 QTP LoLa	90'000	90'000	90'000	0	0.0
350812090003 V. Fam. zentr. Gundeli GRB 7.2.07 07-09	90'000	90'000	90'000	0	0.0
350812090004 V. Kont. Elt. + Kinder GRB 7.2.07 07-09	90'000	90'000	90'000	0	0.0
350812090005 V. QT Kasernenareal GRB 7.2.07 07-09	90'000	90'000	90'000	0	0.0
350812090006 V. Burg/Burgweg GRB 7.2.07 07-09	90'000	90'000	90'000	0	0.0
350812090007 Trägerverein QuBa GRB 7.2.07 07-09	90'000	90'000	90'000	0	0.0
350812090008 V. QTP Kleinhüningen GRB 7.2.07 07-09	90'000	90'000	90'000	0	0.0
350812090015 Stadtteilsekr. Basel-West	30'000	30'000	90'000	60'000	-
350812090010 V. QT Hirzbrunnen GRB 7.2.07 07-09	50'000	50'000	50'000	0	0.0
350812090011 V. ElternC.Hirzbrunnen GRB 7.2.07 07-09	50'000	50'000	50'000	0	0.0
350812090012 TS Eltern-Kind-Z.Makly GRB 7.2.07 07-09	50'000	50'000	50'000	0	0.0
350812090013 V. Beg.zentr.KB Union GRB 7.2.07 07-09	50'000	50'000	50'000	0	0.0
350812090014 V. ATD Vierte Welt RRB 12.12.06 07-09	40'000	40'000	40'000	0	0.0
DST3500 Kantons- und Stadtentwicklung (stat. Aufträge)	1'080'000	1'080'000	1'170'000	90'000	8.3
360813090001 Wirtschaftsstudie Nordwestschweiz	40'000	42'000	42'000	0	0.0
DST3600 Statistisches Amt (stat. Aufträge)	40'000	42'000	42'000	0	0.0

	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10 abs.	%
370821100001 Theater Basel GRB 17.5.06 06/07-10/11	28'632'000	28'632'000	29'137'108	505'108	1.8
370821000020 Orch.-leist. an Theater GRB 7.6.06 06-11	6'300'000	6'300'000	6'414'495	114'495	1.8
370821000001 Stift. Basler Orch. GRB 7.6.06 06-10/11	6'745'462	6'707'000	6'309'923	-397'077	-5.9
370821300001 Allg. Biblioth. GGG GRB 25.6.08	4'246'750	4'246'750	4'246'750	0	0.0
370821100002 Theater PK GRB 17.5.06 2006/07-2010/11	2'700'000	2'700'000	2'839'739	139'739	5.2
370821200001 Beyeler Museum AG GRB 12.9.07 10.07-2011	1'865'000	1'865'000	1'865'000	0	0.0
370821100005 Kulturwerkst.Kaserne GRB 12.9.07 08-11	1'360'000	1'560'000	1'560'000	0	0.0
370821000002 SBO Pers.fürsorge GRB 7.6.06 06-10/11	1'492'000	1'492'000	1'492'000	0	0.0
370504000001 Zolli Basel	1'450'000	1'450'000	1'450'000	0	0.0
370821200002 Basler Kunstverein GRB21.8.,RRB 18.10.07	795'000	795'000	795'000	0	0.0
370822200001 Kunstkredit GRB 14.2.2007 2007-2010	520'000	520'000	520'000	0	0.0
370822100001 FA Theater u. Tanz BS/BL RRB 17.02.09	465'000	465'000	465'000	0	0.0
370910100016 Kulturp. Abfederung Sparmassnahmen A u. L	435'535	414'000	400'000	-14'000	-3.4
370821000021 Rockförderverein, GRB 10.9./15.10.08,RRB	330'000	360'000	390'000	30'000	8.3
370821000012 Kammerorchester Basel GRB 15.3.06 06-09	300'000	300'000	355'000	55'000	18.3
370821300005 Literaturförderung	350'000	350'000	350'000	0	0.0
370822400001 FA Audiov.+Multimed. GRB 14.2.2007 07-10	300'301	340'000	300'000	-40'000	-11.8
370502000001 Kulturpauschale RRB 25.9.07 2007-2010	297'493	300'000	300'000	0	0.0
370821400001 Stadt-/Landkino GRB 18.10.2006 07-2010	270'000	270'000	270'000	0	0.0
370821000017 Basel Sinfonietta GRB 10.5.2006 2006-09	200'000	200'000	234'000	34'000	17.0
370821400002 Haus der elektronischen Künste	0	0	220'000	220'000	-
370821100004 Vorstadt-Theater GRB 18.10.2006 07-2010	200'000	200'000	200'000	0	0.0
370821000010 Musikwerkstatt Basel GRB 15.3.06 2006-09	170'000	170'000	170'000	0	0.0
370502000003 Stift. BS Papiermühle GRB 7.11./5.12.07	160'000	160'000	160'000	0	0.0
370821000004 Musikverband b. Basel GRB 15.3.06 06-09	150'000	150'000	160'000	10'000	6.7
370821500001 Sportmuseum Schweiz SMS	0	150'000	150'000	0	0.0
370821200003 Ausstl.raum Klingent. GRB18.10.07,RRB 21	122'000	122'000	122'000	0	0.0
370821000003 Knabenmusik Basel GRB 15.3.06 2006-2009	100'000	100'000	112'000	12'000	12.0
370502000002 Augusta Raurica RRB 21/66 26.5.98 BS/BL	100'000	100'000	100'000	0	0.0
370821100003 Gen. BS Kleintheater GRB 18.10.06 07-10	100'000	100'000	100'000	0	0.0
370821300006 Kinderliteratur Bus	0	100'000	100'000	0	0.0
370821000016 Ensemble Phoenix GRB 15.3.2006 2006-2009	80'000	80'000	94'000	14'000	17.5
370822000001 FA Musik BS/BL 15.3.06 06-09	90'000	90'000	90'000	0	0.0
370821500000 Jüdisches Museum RRB 17.3.09 2009-2011	80'000	80'000	80'000	0	0.0
370822300001 FA Literatur BS/B RRB 04.09.07 2008-2010	79'977	80'000	80'000	0	0.0
370821500003 Schweizerisches Architekturmuseum	0	0	80'000	80'000	-
370822200003 Atelierkredit RRB 5.12.2006 2007-2009	71'990	75'000	75'000	0	0.0

	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10 abs.	%
370821300003 Leseförderung Kleinhüningen RRB pend.	32'500	70'000	70'000	0	0.0
370821000005 Knabenkantorei Basel RRB 31.1.06 2006-09	60'000	60'000	60'000	0	0.0
370822200002 Cité Paris RRB 3.7.90	52'953	50'000	50'000	0	0.0
370502000005 Kulturbüro RRB 18.3.08	50'000	50'000	50'000	0	0.0
370821000018 Verein Jazz-Live Basel RRB 14.2.06 06-09	50'000	50'000	50'000	0	0.0
370821000013 Int.Ges.f.neue Musik RRB 21.2.06 2006-09	45'000	45'000	50'000	5'000	11.1
370821000015 Mädchenkantorei RRB 31.1.2006 2006-2009	40'000	40'000	50'000	10'000	25.0
370821100006 IG-Tanz/Tanzbüro Basel RRB 16.1.07 07-10	28'000	28'000	28'000	0	0.0
370821000011 Freunde alter Musik RRB 31.1.06 2006-09	25'000	25'000	28'000	3'000	12.0
370821200004 Kaskadenkondesator RRB 16.1.2007 07-10	25'000	25'000	25'000	0	0.0
370821200005 dock:aktuelle Kunst aus Basel RRB6.11.07	25'000	25'000	25'000	0	0.0
370910100003 Kulturpreis der Stadt Basel RRB 15.10.02	20'030	20'000	20'000	0	0.0
370910100007 Preise BaKa_FORUM	0	10'000	10'000	0	0.0
370504000000 Pendente Subventionsverhältnisse	0	240'000	0	-240'000	-100.0
370821400003 plug in GRB 7.11./5.12.07, RRB 16.10.07	100'000	100'000	0	-100'000	-100.0
370502090000 Kulturprojekte	50'000	0	-1	-1	-
DST3700 Kultur (stat. Aufträge)	61'161'992	61'861'750	62'303'013	441'263	0.7
376821190002 Publikationsfonds	5'000	5'000	5'000	0	0.0
DST3760 Staatsarchiv (stat. Aufträge)	5'000	5'000	5'000	0	0.0
Total Präsidialdepartement	63'983'594	64'874'750	65'306'013	431'263	0.7
501101093603 Opferberatungsstellen, Subvention	1'004'078	950'500	950'500	0	0.0
501101093604 Stiftung Frauenhaus, Suvention	413'000	428'000	428'000	0	0.0
501101093602 Neustart, Subvention	50'000	50'000	50'000	0	0.0
501101093601 Telehilfe, darg. Hand, Subvention	48'400	48'400	48'400	0	0.0
501101093605 Männerbüro Region Basel	32'000	32'000	32'000	0	0.0
DST5010 Stabsbereiche JSD (stat. Aufträge)	1'547'478	1'508'900	1'508'900	0	0.0
Total Justiz- und Sicherheitsdepartement	1'547'478	1'508'900	1'508'900	0	0.0
602901060005 Subvention Pro Infirmis 06-10 (Vertrag)	40'000	40'000	50'000	10'000	0.3
DST6020 Bauinspektorat (stat. Aufträge)	40'000	40'000	50'000	10'000	25.0
614120000240 Beitrag Erlenverein BS,GRB 27.6.02,02-06	300'000	300'000	300'000	0	0.0
614900000110 Beitrag Verein Beirat Natur	150'000	150'000	150'000	0	0.0
DST6140 Stadtgärtnerei (stat. Aufträge)	450'000	450'000	450'000	0	0.0
651890006001 Feste Betriebsbeiträge Münster	837'000	900'000	900'000	0	0.0
651890006002 Feste Betriebsbeiträge Lange Erlen	40'000	40'000	40'000	0	0.0
651030006100 Wanderwege BS/BL RRB 30.05.00 2007-2012	6'000	6'000	6'000	0	0.0
DST6510 HPA / DST Verwaltung (stat. Aufträge)	883'000	946'000	946'000	0	0.0
661850060004 KBB Behinderten Transport	1'214'479	1'260'000	1'287'000	27'000	2.1
DST6610 Mobilität (stat. Aufträge)	1'214'479	1'260'000	1'287'000	27'000	2.1

	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10 abs.	%
Total Bau- u. Verkehrsdepartement	2'587'479	2'696'000	2'733'000	37'000	1.4
701900706027 Toxikologisches Infozentrum	31'889	32'000	32'000	0	0.0
DST7010 Generalsekretariat GD (stat. Aufträge)	31'889	32'000	32'000	0	0.0
702900806022 Subvention SRB	2'965'000	3'155'000	3'155'000	0	0.0
702900106028 GWL-Leitender Notarzt (Beitrag an USB)	0	0	500'000	500'000	-
702900806004 Subvention Tageshaus Wallstrasse	395'000	395'000	395'000	0	0.0
702900106018 Subvention Aids-Hilfe beider Basel	348'000	348'000	348'000	0	0.0
702900806018 Subvention Blaues Kreuz	385'000	385'000	210'000	-175'000	-45.5
702900106027 Beitrag Krebsregister	0	205'000	205'000	0	0.0
702900806021 Subvention MUSUB	110'000	200'000	200'000	0	0.0
702900806017 Subvention FrauSuchtGesundheit	156'000	190'000	190'000	0	0.0
702900306009 Subvention Verein für Suchtprävention	240'000	240'000	160'000	-80'000	-33.3
702900306008 Subvention Gsünder Basel	115'000	115'000	115'000	0	0.0
702900106026 Subvention Diabetesgesellschaft	80'000	90'000	90'000	0	0.0
702900306010 Subvention Band Jugendhilfe	40'000	40'000	40'000	0	0.0
702900106023 HIV-Test- und Beratungsangebot	30'000	30'000	30'000	0	0.0
702900900001 Beiträge G+P	5'000	0	0	0	-
DST7020 Gesundheitsdienste (stat. Aufträge)	4'869'000	5'393'000	5'638'000	245'000	4.5
706900100004 Viehversicherung	4'710	0	0	0	-
706900100005 Jahresbeiträge VetAmt	1'138	0	0	0	-
DST7060 Gesundheitsschutz (stat. Aufträge)	5'848	0	0	0	-
730900806050 Beiträge Privatspitäler Allg. Vers.	0	30'800'000	30'800'000	0	0.0
730907506103 Spitex Basel-Stadt	15'703'433	18'920'000	18'920'000	0	0.0
730907206099 Liegenschaftsbeiträge Pflegeheime	4'994'100	5'250'000	4'950'000	-300'000	-5.7
730907506111 Tagesheime	1'719'588	1'700'000	2'585'000	885'000	52.1
730907406106 Pro Senectute	845'000	845'000	805'000	-40'000	-4.7
730900706019 Selbsthilfezentrum Hinterhuus	285'000	285'000	300'000	15'000	5.3
730907506112 Curavis	170'253	250'000	180'000	-70'000	-28.0
730900706028 MedGes. ärztlicher Notfalldienst	80'000	80'000	80'000	0	0.0
730900706016 Patientenstelle Basel	63'000	63'000	63'000	0	0.0
730907306002 Ombudsstelle für Altersfragen+Spitex	7'500	7'500	7'500	0	0.0
730900806001 Claraspital	14'525'000	0	0	0	-
730900806002 Merian Iselin Akut.	5'589'456	0	0	0	-
730900806008 Krankenhaus Adullam	4'851'491	0	0	0	-
730900806004 Bethesda-Spital	2'206'379	0	0	0	-
730900806005 Sonnenhalde	1'865'371	0	0	0	-
730900706011 Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft	650'000	0	0	0	-
730900706018 Stiftung Melchior	410'000	0	0	0	-
730900706026 Regionale Fachstelle Heilmittel (Kst071)	40'000	0	0	0	-
				0	-
DST7300 Gesundheitsversorgung (stat. Aufträge)	54'005'569	58'200'500	58'690'500	490'000	0.8
731901006001 Krebsregister	118'672	0	0	0	-
DST7310 Universitätsspital Basel (stat. Aufträge)	118'672	0	0	0	-
733900100001 Kantonsbeiträge an Uni-Institute	42'567	58'000	57'200	-800	-1.4
DST7330 Felix-Platter-Spital (stat. Aufträge)	42'567	58'000	57'200	-800	-1.4

	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Abw. B11/B10 abs.	%
Total Gesundheitsdepartement	59'073'545	63'683'500	64'417'700	734'200	1.2
806832091101 Basel Tourismus	1'875'000	1'840'000	1'920'000	80'000	4.3
806831091101 Basel Area Beitrag	850'000	850'000	850'000	0	0.0
806210191103 Beiträge an Handelskammer, BTG und SAFFA	5'560	9'300	30'000	20'700	222.6
806412191101 Basler Gewerkschaftsbund Beitrag 2011	20'000	20'000	20'000	0	0.0
806210191104 Beitrag an Gleichstellungsbüro website		3'000	3'000	0	0.0
DST8060 Amt für Wirtschaft und Arbeit (stat. Aufträge)	2'750'560	2'722'300	2'823'000	100'700	3.7
807522090051 Prämienbeiträge an Krankenversicherer	104'287'472	121'590'000	126'630'000	5'040'000	4.1
807818090207 Tageszentrum PSAG RRB 09/07/23	0	650'000	290'000	-360'000	-55.4
807818090204 Behindertenhilfe Vermeidung Härtefälle	72'512	157'000	157'000	0	0.0
807818090202 Bildungsclub Regio BS RRB 15.1	50'000	50'000	50'000	0	0.0
807818090201 Wohnhilfe für Körperbehinderte RRB 13.02	47'104	50'000	50'000	0	0.0
807818090206 Stiftung Melchior RRB 09/07/23	0	410'000	0	-410'000	-100.0
807818090205 Psychosoz. Arbeitsgemeinschaft RRB 13.12	0	73'000	0	-73'000	-100.0
807818090203 Stiftung Mosaik RRB 13.12.05.0	0	21'500	0	-21'500	-100.0
DST8070 Amt für Sozialbeiträge (stat. Aufträge)	104'457'088	123'001'500	127'177'000	4'175'500	3.4
822230690017 Gassenarbeit „Schwarzer Peter“	0	240'000	240'000	0	0.0
822230690011 Verein Budget- und Schuldenberatung	230'000	230'000	230'000	0	0.0
822230690018 Verein „Gassenküche“	0	148'000	148'000	0	0.0
822230690015 Treffpunkte Gundeli + Glaibasel	141'000	141'000	141'000	0	0.0
822230690016 IG-Wohnen	70'000	70'000	70'000	0	0.0
822230690013 Beratungsstelle für Asylsuchende	25'000	25'000	30'000	5'000	20.0
822230690010 Winterhilfe Basel-Stadt	21'155	20'000	20'000	0	0.0
822230690014 Kontaktstelle für Arbeitslose	18'000	18'000	18'000	0	0.0
822230690019 Beitrag Verein „Soup u. Chill“	43'928	0	15'000	15'000	-
822230690012 Konsumentenvereinigung NW	6'000	6'000	6'000	0	0.0
822230690020 Beiträge SKOS	13'445	0	0	0	-
DST8220 Sozialhilfe Basel SHB (stat. Aufträge)	568'528	898'000	918'000	20'000	2.2
8318132ARA Betriebskosten ARA BS	7'344'531	7'300'000	7'800'000	500'000	6.8
8318600WALD Beiträge Forstwirtschaft	145'714	109'500	146'000	36'500	33.3
8318400LAND Beiträge Landwirtschaft	26'697	77'000	35'000	-42'000	-54.5
8318500LUFT Beiträge Umwelt	3'063	6'600	6'600	0	0.0
DST8310 Amt für Umwelt und Energie (stat. Aufträge)	7'520'005	7'493'100	7'987'600	494'500	6.6
Total Dep. f. Wirtschaft, Soz. u. Umwelt	115'296'180	134'114'900	138'905'600	4'790'700	3.6
Total Beiträge an Private Institutionen	330'276'643	360'122'008	365'438'436	5'316'428	1.5

9 Die funktionale Gliederung

9.1 Allgemeines zum Datenmaterial der Funktionalen Gliederung

Die in diesem Kapitel veröffentlichte Funktionale Gliederung ist nach Eidgenössischen Richtlinien dargestellt. Sie gliedert alle Aufwands- und Einnahmenpositionen nach staatlichen Aufgabenfunktionen eines Gemeinwesens und bietet damit eine andere Sichtweise auf Finanzdaten als die Sicht der institutionellen Gliederung nach Departementen und Dienststellen. Dadurch ist die Vergleichbarkeit mit vorangehenden Ausführungen im Kapitel 2.3 – Planung der Departemente – und Kapitel 3.2 – Laufende Rechnung – nicht durchwegs gegeben.

Im Folgenden wird die Funktionale Gliederung in aggregierter Form auf der Ebene der zehn Hauptfunktionen dargestellt und kommentiert. Eine Detailsicht befindet sich im Anhang zum Budgetbuch. Dort werden Aufwand und Ertrag der Laufenden Rechnung auf allen Ebenen der dreistufigen Funktionalen Gliederung ausgeführt und mit dem Budget 2010 verglichen. Aufgrund der Pauschalbudgetierung der Investitionsbereiche können die Investitionen, die grösser als 300'000 Franken sind, im Budget nicht einzelnen Funktionen zugeordnet werden. Daher wird auf eine funktionale Darstellung der Investitionsrechnung im Budget verzichtet.

9.2 Ergebnis Budget 2011

in Mio. Franken	Budget 2010			Budget 2011			Abw. B11/B10
	Aufwand	Ertrag	Saldo LR	Aufwand	Ertrag	Saldo LR	Saldo LR abs.
0 Allgemeine Verwaltung	448.8	305.5	-143.3	504.8	325.0	-179.8	36.5
1 Öffentliche Sicherheit	360.9	131.6	-229.3	374.9	128.4	-246.6	17.3
2 Bildung	964.5	151.8	-812.7	989.5	164.8	-824.8	12.1
3 Kultur und Freizeit	183.3	26.1	-157.2	192.9	31.9	-161.0	3.8
4 Gesundheit	1'076.2	671.1	-405.1	1'112.1	717.2	-395.0	-10.2
5 Soziale Wohlfahrt	846.5	232.4	-614.2	870.0	242.9	-627.0	12.8
6 Verkehr	186.6	43.8	-142.8	188.6	41.4	-147.1	4.4
7 Umwelt und Raumordnung	86.2	88.2	2.0	89.6	87.8	-1.8	3.8
8 Volkswirtschaft	38.0	18.8	-19.2	38.4	19.6	-18.9	-0.3
9 Finanzen und Steuern	201.3	2'653.5	2'452.2	173.0	2'820.6	2'647.6	-195.4
Total	4'392.4	4'322.8	-69.6	4'533.9	4'579.5	45.6	-115.2

0 Allgemeine Verwaltung

Mit einem Total von 179.8 Mio. Franken liegt der Saldo Laufende Rechnung der Funktion Allgemeine Verwaltung um 36.5 Mio. Franken über dem Wert des Vorjahres. Die grösste Abweichung mit 19.1 Mio. Franken ist mit dem Ressourcenausgleich im Rahmen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) begründet. Während im Vorjahr keine Teuerung budgetiert war, sind in diesem Jahr 15.1 Mio. Franken eingeplant. Ebenfalls zu einer Erhöhung des Aufwandes führen die Mehrkosten im Bereich der Liegenschaften (6.3 Mio. Franken) für Raummieten, baulicher Unterhalt und Expertisen. Zu Entlastungen führen insbesondere die neu verrechneten IT-Dienstleistungen der Zentralen Informatikdienste (Netto -10.4 Mio. Franken) sowie die Beiträge im Zusammenhang mit der Pensionskassen-Ausfinanzierung (Netto -3.3 Mio. Franken).

1 Öffentliche Sicherheit

Bei der Funktion Öffentliche Sicherheit wird für das Jahr 2011 gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung um 17.3 Mio. Franken gezeigt. 6.7 Mio. Franken resultieren aus der Umsetzung der Justizreform. Eine weitere Zunahme in der Höhe von 3.6 Mio. Franken resultiert aus dem Transfer bezüglich Kindes- und

Jugendschutz von der Funktion Soziale Wohlfahrt zur Staatsanwaltschaft respektive Jugendanwaltschaft. Mit dem Modellwechsel der kantonalen Umlagen zur budgetrelevanten Weiterverrechnung von Dienstleistungen entstehen Mehrkosten von rund 4.8 Mio. Franken (siehe dazu Kapitel 3.1.3 Budgetierungsgrundlagen).

2 Bildung

Der Saldo der Laufenden Rechnung hat sich bei der Funktion Bildung von 812.7 Mio. Franken um 12.1 Mio. Franken auf 824.8 Mio. Franken erhöht. Insbesondere Mehrausgaben bei den Schwerpunktmassnahmen von 13.3 Mio. Franken (Harmonisierung der Schulen von Basel-Stadt 3.7 Mio. Franken, Ausbau Tagesstrukturen 2.2 Mio. Franken, Hochschul- und Universitätsentwicklung 7.2 Franken, Integrative Volksschule 0.2 Mio. Franken) und für die klinische Lehre und Forschung von 4.9 Mio. Franken tragen dazu bei. Die Mehrkosten können zum Teil über höhere Erträge und mittels Kostenoptimierungen kompensiert werden.

3 Kultur und Freizeit

Mit einem Saldo von 161.0 Mio. Franken bei der Laufenden Rechnung wird bei der Funktion Kultur und Freizeit eine Zunahme in der Höhe von 3.8 Mio. Franken ausgewiesen. Insbesondere die Kosten für die Neueröffnung, die zusätzlichen Kosten für den Betrieb sowie die Kosten im Zusammenhang mit den Sonderausstellungen des Museums der Kulturen führen zu dieser Steigerung der Ausgaben.

4 Gesundheit

Die Abnahme bei der Funktion Gesundheit in Höhe von 10.2 Mio. Franken ist auf die höheren Erträge zurückzuführen. Aus der Zusammenarbeit mit dem Universitäts-Kinderspital beider Basel wird ein Zusatzertrag von rund 12 Mio. Franken erwartet. Eine Zunahme der Anzahl Behandlungen im stationären Bereich trägt ebenfalls zum Ertragswachstum bei. Diese Ertragssteigerungen werden jedoch insbesondere aufgrund von Kostensteigerungen beim Personalaufwand sowie bei den Verbrauchsmaterialien geschmälert.

5 Soziale Wohlfahrt

Im Bereich der Sozialen Wohlfahrt wird gegenüber dem Vorjahresbudget von einer Zunahme in Höhe von 12.8 Mio. Franken ausgegangen. Hauptsächlich dafür verantwortlich sind die insgesamt um 16.8 Mio. gestiegenen Sozialkosten (siehe dazu Kapitel 3.2.1 Aufwand). Demgegenüber steht der Transfer des Kindes- und Jugendschutzes von der Funktion Soziale Wohlfahrt zur Staatsanwaltschaft respektive Jugendanwaltschaft. Dadurch wird die Funktion Soziale Wohlfahrt um 3.6 Mio. entlastet.

6 Verkehr

Mit 147.1 Mio. Franken liegt der Saldo Laufende Rechnung der Funktion Verkehr um 4.4 Mio. Franken über dem Vorjahresbudget. Höhere Abschreibungen beim Tiefbauamt und bei der Mobilität verschlechtern das Ergebnis um 7.9 Mio. Franken. Dagegen verbessern tiefere Personal- und Sachkosten das Ergebnis um 3.0 Mio. Franken.

7 Umwelt und Raumordnung

Bei der Funktion Umwelt und Raumordnung zeigt der Vergleich mit dem Vorjahr eine Verschlechterung des Saldos der Laufende Rechnung um 3.8 Mio. Franken. Diese Veränderung resultiert aus höheren Abschreibungen beim Tiefbauamt (1.4 Mio. Franken) sowie mehreren kleineren Über- und Unterschreitungen der Vorjahreswerte.

8 Volkswirtschaft

Die Funktion Volkswirtschaft weist eine geringe Verbesserung in Höhe von 0.3 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahr aus und enthält damit keine nennenswerten Abweichungen.

9 Finanzen und Steuern

Das Ergebnis dieser Funktion liegt um 195.4 Mio. Franken über dem Vorjahreswert und wird im Wesentlichen durch die Steuererträge bestimmt. Über diese erwarteten Einnahmen wird in Kapitel 3.2 Laufende Rechnung, Kontengruppe 40 Steuererträge, berichtet. Insgesamt ist im Bereich der Steuern mit einer Erhöhung von 156.3 Mio. Franken zu rechnen. Zu weiteren Einnahmen in Höhe von 4.0 Mio. Franken führen Erträge der Verlustscheinbewirtschaftung. Ebenfalls zu einem besseren Ergebnis führen tiefere Kosten für Passivzinsen und Emissionsabgaben für die Aufnahme von Anleihen (22.2 Mio. Franken). Des Weiteren tragen höhere Beteiligungserträge im Verwaltungsvermögen (Stichwort Basler Kantonalbank), höhere Liegenschaftserträge im Finanzvermögen (1.5 Mio. Franken) sowie geringere Unterhaltskosten für Mobiliar/Einrichtungen (6.9 Mio. Franken) zum Ergebnis bei.

10 Die Erläuterungen

10.1 Glossar der finanziellen Fachbegriffe

Abschreibungen

Es gibt sowohl Abschreibungen auf Guthaben und Anlagen des Finanzvermögens als auch Abschreibungen auf den Restbuchwerten des Verwaltungsvermögens. Abschreibungen bilden den Werteverzehr einer Anlage durch ihren ständigen Gebrauch ab. Es wird zwischen planmässiger und ausserplanmässiger Abschreibungen unterschieden.

Planmässige Abschreibungen werden aufgrund der Entwertung durch Alterung und durch Nutzung auf die Abschreibungsdauer verteilt (siehe auch Nutzungsdauer).

Ausserplanmässige Abschreibungen sind dauernde Wertminderungen, die nicht durch ordentliche Nutzung begründet sind.

Allgemeiner Nettoertrag (ANE)

Der Allgemeine Nettoertrag ist eine strukturelle (finanzielle) Kennzahl im Kanton Basel Stadt. Das Ergebnis der Laufenden Rechnung setzt sich zusammen aus dem Ordentlichen Nettoaufwand (ONA), dem Allgemeinen Nettoertrag (ANE) und den Abschreibungen des Verwaltungsvermögens. Der Allgemeine Nettoertrag bezeichnet den nicht spezifischen, d.h. den allgemeinen Ertrag (z.B. allgemeiner Steuerertrag, Vermögensertrag, Liegenschaftserträge, Anteile an Bundessteuern, Nationalbankgewinne) abzüglich allgemeinem Aufwand (z.B. Zinsaufwand auf den Staatsschulden, Aufwand im Zusammenhang mit Bewirtschaftung des Finanzvermögens). Positionen aus dem Ordentlichen Nettoaufwand sind im ANE nicht enthalten.

Anhang

Der Anhang ist Teil der Jahresrechnung. Dort werden die für die Erstellung der Jahresrechnung massgebenden Rechnungslegungsgrundsätze und das zugrunde liegenden Rechnungsmodells beschrieben. Zudem werden einzelne wichtige Positionen der Jahresrechnung erläutert. Der Anhang enthält weitere Angaben, welche für die Beurteilung der finanziellen Lage und der Risikosituation von Bedeutung sind.

Anlagen

Anlagen sind langfristig investierte Sachmittel, die dem dauernden Geschäftsbetrieb für die Erzeugung von Leistungen dienen und nicht unmittelbar in die Erzeugung eingehen, wie z.B. Verbrauchsmaterial.

Anlagespiegel

Der Anlagespiegel ist eine detaillierte Informationen im Anhang zur Entwicklung wesentlicher Positionen des Finanz- und des Verwaltungsvermögens (Sachgüter, Darlehen, Beteiligungen).

Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung

Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung sind gesetzliche Anteile anderer Gemeinwesen am Ertrag bestimmter Abgaben sowie sonstige Beiträge, bei denen das begünstigte Gemeinwesen

frei den Verwendungszweck bestimmt.

Artengliederung

Artengliederung bezeichnet die Gliederung der Verwaltungsrechnung nach dem Kontenrahmen der öffentlichen Haushalte.

Aufgabenfeld

Die nach aussen gerichteten Tätigkeiten der Verwaltung, d.h. jene, die direkt Wirkungen für die Bevölkerung haben sollen, werden in den Aufgabenfeldern abgebildet. Aufgabenfelder umfassen jeweils inhaltlich ähnliche Produktgruppen. Jedes Aufgabenfeld ist aus Gründen der Organisation/Führung eindeutig einem Departement zugeordnet.

Aufwand

Als Aufwand werden Ausgaben der Laufenden Rechnung (Erfolgsrechnung) bezeichnet wie z.B. Personalaufwand, Sachaufwand, Zinsen, Beiträge usw. Investitionsausgaben für Vorhaben, die mehr als 300'000 Franken betragen, sind in der Investitionsrechnung abgebildet und belasten die Laufende Rechnung über die Abschreibungen.

Beiträge für eigene Rechnung

Beiträge für eigene Rechnung sind eingehende Laufende Beiträge, die das Gemeinwesen von Dritten erhält und die einer bestimmten Zweckbindung unterliegen. Im Gegensatz zu den Anteilen und Beiträgen ohne Zweckbindung ist hier das Gemeinwesen in der Verwendung dieser Mittel nicht frei.

Benchmarking

Benchmarking bedeutet den Vergleich der eigenen Leistung mit der des „klassenbesten“ Konkurrenten. Die Verwaltung vergleicht gleichwertige Dienstleistungen mit jenen anderer Kantone oder jenen des Auslandes.

Bilanz

Die Bilanz ist die Bestandesrechnung und Teil der Jahresrechnung. Sie beinhaltet eine stichtagbezogene Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiven) und Verpflichtungen (Passiven). Die Residualgrösse bildet bei einem Aktivenüberschuss das Eigenkapital, bei einem Passivenüberschuss der Bilanzfehlbetrag. Die Bilanz ist wie folgt gegliedert:

Gliederung der Aktiven: Finanz-, Verwaltungsvermögen und Spezialfinanzierungen.

Gliederung der Passiven: Kurzfristiges Fremdkapital, langfristiges Fremdkapital, Spezialfinanzierungen und Eigenkapital / Bilanzfehlbetrag.

Bilanzfehlbetrag

Unter Bilanzfehlbetrag (= negatives Eigenkapital) sind durch Eigenkapital nicht abgedeckte Aufwandüberschüsse der Laufenden Rechnung zu verstehen. Ein Bilanzfehlbetrag kann nur durch Rechnungsüberschüsse oder durch Zugänge von Umbewertungs- oder Neubewertungsreserven in den Folgejahren abgetragen werden.

Bonität

Die Zahlungsfähigkeit eines Schuldners wird als Bonität bezeichnet. Sie umfasst die Beurteilung von Marktteilnehmern bezüglich Zahlungsfähigkeit, Kreditwürdigkeit und Liquiditätsfähigkeit. Je besser die Bonität eines Schuldners eingestuft wird, desto geringer fällt der Risikozuschlag als Bestandteil des zu bezahlenden Zinses aus.

Bruttoprinzip

Das Bruttoprinzip verbietet die Verrechnung von Aktiven mit Passiven oder Aufwendungen mit Erträgen (Verrechnungs- oder auch Saldierungsverbot). Ziel des Bruttoprinzips ist das Erreichen einer Transparenz der einzelnen Positionen des Haushalts.

Bruttoschulden

Bruttoschulden sind Fremdkapital (inkl. Spezialfinanzierungen), d.h. Passiven der Bilanz abzüglich Eigenkapital (falls vorhanden).

Buchführungsgrundsätze

Buchführungsgrundsätze sind allgemeine Handlungsanleitung für die Buchführung. Der Zweck von Buchführungsgrundsätzen ist die Sicherstellung der Vollständigkeit, der Nachprüfbarkeit und der Verhinderung von Willkür bei der Verbuchung der Geschäftsvorfälle.

Buchwert

Als Buchwert wird der nach den Grundsätzen der Vermögensbewertung in der Bilanz eingestellte Wert eines Vermögensbestandteiles (Finanz- und/oder Sachanlagen) bezeichnet.

Budget

Das Budget ist eine Zusammenstellung der Finanzaufgaben (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung) für das kommende Jahr. Das Budget wird vom Regierungsrat dem Grossen Rat vorgelegt und von diesem beschlossen.

Cash Flow

Die selbst erarbeiteten Mittel, die zur Finanzierung von Investitionen oder zur Schuldentilgung zur Verfügung stehen, werden als Cash Flow bezeichnet. Der Cash Flow zeigt die Selbstfinanzierungskraft einer Organisation und damit auch ihren Finanzierungsspielraum.

Darlehen und Beteiligungen (Investitionsrechnung)

Dabei handelt es sich um Investitionsausgaben für Darlehen und Beteiligungen, die mit der öffentlichen Aufgabenerfüllung im Zusammenhang stehen und deshalb nicht realisiert, d.h. auch nicht verkauft werden dürfen. Die Ausgaben werden am Ende der Rechnungsperiode im Verwaltungsvermögen aktiviert.

Dienststelle

Die Dienststelle ist die kleinste organisatorische Verwaltungseinheit, die in einer vollständigen, in sich geschlossenen Buchhaltung, bestehend aus der Bestandes-, der Laufenden- und der Investitionsrechnung abgebildet werden kann. Auf Ebene Dienststelle wird das Budget durch den Grossen Rat beschlossen.

Eigene Beiträge

Nichtrückzahlbare Leistungen aus eigenen Mitteln für Konsumzwecke, bei denen der Empfänger keine direkte Gegenleistung für den entrichteten Betrag erbringt. Dazu gehören namentlich Betriebs- und Defizitbeiträge, Subventionen sowie Sozialleistungen an private Haushalte.

Eigenkapital

Eigenkapital entsteht in der Regel durch Ertragsüberschüsse der Laufenden Rechnung, aber auch durch Zugänge von Neubewertungsreserven (Umbewertungsreserven). Es dient vorab zur Verminderung oder gänzlichen Deckung künftiger Aufwandüberschüsse und als Reserve für künftige Verpflichtungen. Diese Reserve ist an keinen bestimmten Zweck gebunden.

Eigenkapitalveränderungsnachweis

Der Eigenkapitalveränderungsnachweis ist eine Übersicht, in welcher die Ursachen von Veränderungen einzelner Bestandteile des Eigenkapitals (Staatskapital) aufgezeigt respektive tabellarisch wiedergegeben werden. Der Eigenkapitalveränderungsnachweis wird im Anhang zur Staatsrechnung dargestellt.

Einlagen in Spezialfinanzierungen

Einlagen in Spezialfinanzierungen bedeutet die Reservierung bestimmter Erträge oder allgemeinen Staatsmittel aufgrund gesetzlicher oder rechtlich gleichwertiger Vorschriften für die vollständige oder teilweise Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe. Dabei werden Einnahmen zunächst über die Laufende Rechnung geführt und dann mittels Fondseinlage dem entsprechenden Fondskonto gutgeschrieben.

Einnahmen

Einnahmen sind Zahlungen von Dritten einschliesslich debitorischer Guthaben (= an Dritte fakturierte und abgegrenzte transitorische Beträge).

Entgelte

Entgelte sind Erträge aus Lieferungen und Leistungen, die der Kanton für Dritte erbringt (z.B. Spital- und Heimtaxen, Erlös aus Personentransport etc.), sowie Ersatzabgaben, Erträge aus Bussen, Rückerstattungen von Privaten und Eigenleistungen für Investitionen.

Ertrag

Als Ertrag werden Einnahmen der Laufenden Rechnung, z.B. Steuereinnahmen, Vermögenserträge, Bundesbeiträge, Entgelte bezeichnet. Beiträge für Investitionen von mehr als 300'000 Franken sind nicht im Ertrag, sondern in den Einnahmen der Investitionsrechnung (Investitionseinnahmen) enthalten.

Eventualverbindlichkeit

Eine Eventualverbindlichkeit ist eine mögliche Verpflichtung (z.B. Garantien), die aus einem Ereignis der Vergangenheit resultiert und deren Existenz durch das Eintreten oder Nichteintreten künftiger Ereignisse bedingt ist, die nur teilweise beeinflusst werden können (daher keine Bilanzierung, Offenlegung im Anhang).

Oder es ist eine gegenwärtige Verpflichtung, die auf vergangenen Ereignissen beruht (z.B. Bürgschaften), jedoch in der Rechnung nicht erfasst wird, weil ein Abfluss von Ressourcen nicht wahrscheinlich ist oder die Höhe der Verpflichtung nicht zuverlässig geschätzt werden kann (Offenlegung im Anhang).

Fair Presentation

Die Jahresrechnung gibt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wieder. Synonym von true and fair view.

Finanzierungsfehlbetrag

Der durch eigene Mittel (Selbstfinanzierung) nicht gedeckte Teil an den Nettoinvestitionen wird als Finanzierungsfehlbetrag bezeichnet. Der Fehlbetrag kann durch kurzfristige überschüssige Liquidität oder aber durch Geldaufnahme am Kapitalmarkt (Neuverschuldung) ausgeglichen werden.

Finanzierungssaldo

Der Finanzierungssaldo ist die Differenz zwischen den in einer Periode erzielten (erwirtschafteten) eigenen Mitteln und den Investitionen im Verwaltungsvermögen, die mehr als 300'000 Franken betragen. Ein negativer Saldo zeigt, dass die Investitionen teilweise über zusätzliche Verschuldung finanziert werden mussten.

Finanzierungsüberschuss

Der Finanzierungsüberschuss ist ein positiver Finanzierungssaldo. Der Finanzierungsüberschuss umfasst die für die Finanzierung der Nettoinvestitionen nicht benötigten eigenen Mittel der Rechnungsperiode, die z. B. für Schuldentrückzahlung oder für Anlagen verwendet werden können (= Gegenteil vom Finanzierungsfehlbetrag).

Finanzinstrument

Unter einem Finanzinstrument ist ein Schuld- bzw. Forderungsverhältnis zu verstehen, das gleichzeitig bei der einen Vertragspartei zu einem finanziellen Vermögenswert und bei der Gegenpartei zu einer finanziellen Verbindlichkeit oder einer Position mit Eigenkapitalcharakter führt (Kredite, derivative Finanzinstrumente, Anleihen, usw.).

Finanzplan

Der Finanzplan ist ein Planungsinstrument, welches über die mutmassliche mittelfristige Entwicklung des Aufwandes und Ertrags der Laufenden Rechnung und über die vorgesehenen Investitionen orientiert. Ein Planungshorizont umfasst in der Regel zwischen drei und fünf Jahren (im Kanton Basel-Stadt vier Jahre).

Finanzrechnung

Die Finanzrechnung ist die Rechnung, die zeigt, wie die Investitionen im Verwaltungsvermögen, die mehr als 300'000 Franken betragen, durch eigene Mittel finanziert werden konnten.

Finanzvermögen

Das Finanzvermögen besteht aus jenen Vermögenswerten, die ohne Beeinträchtigung der öffentlichen Aufgabenerfüllung veräussert, d.h. verkauft werden können. Der Entscheid über Kauf oder Verkauf von Teilen des Finanzvermögens liegt in der Kompetenz der Exekutive (Regierungsrat).

Flüssige Mittel

Flüssige Mittel sind Gelder, die jederzeit zur Verfügung stehen und die sofort als Zahlungsmittel eingesetzt werden können (Kassa-, Post- und Bankguthaben).

Fonds

Zuwendungen von Dritten, die dem Kanton unter der Auflage einer Zweckbindung gemacht werden oder die auf Grund gesetzlicher Bestimmungen aus Voranschlagskrediten stammen, werden als Fonds bezeichnet. Einnahmen und Ausgaben laufen nicht über die Laufende Rechnung (Erfolgsrechnung) sondern werden direkt dem Fondskonto gutgeschrieben oder belastet.

Fremdkapital

Das Fremdkapital setzt sich zusammen aus den öffentlichen Schulden (Kurz-, Mittel- und Langfristschulden), den Rückstellungen, den transitorischen Passiven, den verwalteten Geldern und Verpflichtungen für Sonderrechnungen (z.B. Stiftungsgelder, Legate u.a.) sowie den im Fremdkapital geführten Spezialfinanzierungen.

Funktionale Gliederung

Die Funktionale Gliederung ist eine statistische Gliederung der Verwaltungsrechnung nach Aufgaben. Sie gewährt einen Einblick in die unterschiedlichen Aufgabenstrukturen (z.B. Öffentliche Sicherheit, Bildung, Kultur und Freizeit, Gesundheit etc.) eines Gemeinwesens. Die funktionalen Bereiche sind gesamtschweizerisch einheitlich für alle Gemeinwesen verbindlich vorgegeben.

Geldflussrechnung

Geldflussrechnung wird auch Mittelflussrechnung genannt. Sie ist eine verfeinerte finanzwirtschaftliche Bewegungsbilanz. Es werden Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel und der Liquiditätsstatus dargestellt.

Globalbudget

Das Globalbudget bildet einen Teil der Finanzrechnung und basiert auf einer Kostenrechnung. Die Mittelzuteilung erfolgt nicht mehr nach Ausgabenarten (Personal, Sachaufwand, Zinsen, etc.). Die Legislative beschliesst jährlich die Einnahmen und Ausgaben pro Produktgruppe, wobei Mehrausgaben bei entsprechenden Mehreinnahmen pro Produktgruppe möglich sind. Die Verwaltungsstellen mit Globalbudget erhalten damit einen grösseren Handlungsspielraum in der Verwendung der ihnen zugeteilten finanziellen Ressourcen. Globalbudgets sind dabei mit einem Leistungsauftrag verknüpft.

Im Kanton Basel-Stadt arbeiten die staatlichen Museen und der Öffentliche Verkehr (ÖV) mit Globalbudgets (vergleiche auch §9 Museumsgesetz oder §14 Gesetz über den Öffentlichen Verkehr).

Grossinvestitionen

Als Grossinvestition gilt in Basel-Stadt die Ausgabe für ein Anlagengut, sofern die Anschaffungs- oder Herstellkosten dieses Gutes 300'000 Franken und mehr betragen. Grossinvestitionen werden über die Anlagenbuchhaltung geführt und nach Staatsrecht degressiv gemäss Rechnungslegungsgrundsätzen sowie in der Kostenrechnung linear über die geschätzte Nutzungsdauer abgeschrieben (vergleiche auch Kleininvestitionen).

Guthaben

Guthaben sind kurzfristig realisierbare Forderungen, die auf einem öffentlich-rechtlichen oder privatrechtlichen Anspruch des Kantons gegenüber anderen öffentlichen Körperschaften oder Privaten beruhen und entsprechend ihrer Fälligkeit in Zahlungsmittel umgewandelt werden können, also kurzfristig realisierbar sind.

Harmonisiertes Rechnungsmodell (HRM)

Harmonisiertes Rechnungsmodell für die öffentlichen Haushalte. 1970 nahm die Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FdK) das Nebeneinander der verschiedenen Rechnungslegungen der Kantone zum Anlass, einen neuen Anlauf für eine Harmonisierung der öffentlichen Rechnungslegung einzuleiten. 1977 erschien die erste Ausgabe des Handbuchs des Rechnungswesens der öffentlichen Haushalte (heute HRM). 1981 wurde eine zweite, erweiterte Auflage publiziert, die heute noch ihre Gültigkeit hat. Das Handbuch regelt einen einheitlichen Ausgabenbegriff, die Unterteilung der Verwaltungsrechnung in eine Laufende- und eine Investitionsrechnung sowie einen einheitlichen Kontenrahmen. Weiter werden Einnahmen und Ausgaben bestimmten Funktionen zugeordnet (z.B. Öffentliche Sicherheit, Gesundheit, Bildung, Soziale Wohlfahrt, Verkehr u.a.).

HRM2

Im 2008 hat die FdK die Fachempfehlungen, die eine von ihr eingesetzte Fachkommission ausgearbeitet hat, verabschiedet und den Kantonen und Gemeinden empfohlen, diese so rasch wie

möglich, d.h. innerhalb der kommenden zehn Jahre umzusetzen. HRM2 soll das HRM ablösen und orientiert sich an den gängigsten, auch international anerkannten Rechnungslegungsstandards sowie nach dem neuen Rechnungsmodell des Bundes (NRM).

International Financial Reporting Standards (IFRS)

Die IFRS sind eine Sammlung von Regeln für die Rechnungslegung betriebswirtschaftlicher Unternehmen. Sie umfassen die Standards, wie sie vom International Financial Accounting Standards Board (IASB) herausgegeben werden. Aktuell sind über 40 Empfehlungen publiziert, die laufend den neusten Entwicklungen und Bedürfnissen angepasst werden. Die IFRS sollen die Vergleichbarkeit der Abschlüsse kapitalmarktorientierter Unternehmen erleichtern, den Schutz der Anleger verbessern und das Vertrauen in die Finanzmärkte und den freien Kapitalverkehr im Binnenmarkt stärken, um nur die wichtigsten Ziele zu nennen. In der Schweiz hat die Zulassungsstelle der Schweizer Börse (SWX) am 11. November 2002 entschieden, dass alle inländischen börsennotierten Nichtbanken des Hauptsegmentes ab 2005 die IFRS oder die US-GAAP, das amerikanische Regelwerk für dort börsennotierte Unternehmen, einzuhalten haben.

Indikatoren

Indikatoren zeigen auf, woran eine Zielerreichung gemessen werden soll.

Institutionelle Gliederung

Die institutionelle Gliederung ordnet die Staatsrechnung in erster Priorität nach Departementen und Dienststellen (erste Ziffer: Klassifikationsnummer des Departementes, folgende 3 Ziffern: Klassifikationsnummer der Dienststelle). Sie gilt nur für grössere Gemeinwesen.

Internes Kontrollsystem (IKS)

Das Interne Kontrollsystem bezeichnet Vorgänge, Methoden und Massnahmen um den Wirkungsgrad der operativen Geschäftsprozesse zu optimieren, die Verlässlichkeit des Rechnungswesens und der Finanzinformationen zu gewährleisten, das Kantonsvermögen vor ungerechtfertigtem Geldabfluss zu schützen und die Einhaltung bestehender und anwendbarer Gesetze, Weisungen und Richtlinien sicherzustellen.

Interne Verrechnungen

Interne Verrechnungen sind Gutschriften und Belastungen zwischen Dienststellen innerhalb des eigenen Gemeinwesens (Kantons).

Investitionsausgaben

Investitionsausgaben sind Ausgaben für den Erwerb, die Erstellung und Verbesserung von dauerhaften Vermögenswerten. Ferner Beiträge an den Erwerb, die Erstellung und Verbesserung von Vermögenswerten Dritter mit Nutzungsauflagen (Investitionsbeiträge) sowie Darlehen und Beteiligungen im Rahmen der öffentlichen Aufgabenerfüllung. Investitionsausgaben werden im Verwaltungsvermögen aktiviert und in den Folgejahren abgeschrieben.

Investitionsbeiträge (an Dritte)

Investitionsbeiträge (an Dritte) sind aktivierte Beiträge à fonds perdu an Investitionen von Dritten, die das Gemeinwesen durch seine Hilfe fördert. In Basel-Stadt wie auch in vielen anderen Kantonen werden diese nach Staatsrecht im Jahr der Auszahlung auf Null abgeschrieben.

Investitionseinnahmen

Als Investitionseinnahmen gelten alle Leistungen Dritter, an die Finanzierung von Investitionsvorhaben (Bsp. Bundesbeiträge an den Nationalstrassenbau und -unterhalt der Privatbeiträge an Kulturinvestitionen).

Investitionsrechnung

Als Investitionsrechnung wird die Rechnung bezeichnet, die sämtliche Ausgaben und Einnahmen (Beiträge) für Investitionsvorhaben im Verwaltungsvermögen enthält, die grösser als 300'000 Franken sind. Andere Kantone kennen andere Betragsuntergrenzen.

International Public Sector Accounting Standards (IPSAS)

Es handelt sich bei IPSAS um Rechnungslegungsstandards für öffentliche Haushalte. Die IPSAS werden durch das IPSAS-Board (IPSASB) der IFAC, der International Federation of Accountants, einer internationalen Vereinigung von Wirtschaftsprüfern erlassen. Sie basieren auf den IFRS (früher IAS genannt) und sind auf die spezifischen Bedürfnisse von Organisationseinheiten des öffentlichen Sektors angepasst. Die ersten vom IPSASB erlassenen Regelwerke sind praktisch Kopien von bereits früher veröffentlichten Standards des IFRSB. Seit 1. Januar 2007 orientiert sich die Rechnung des Bundes an IPSAS. Auch das von der FdK anfangs 2008 verabschiedete neue Rechnungsmodell HRM2 orientiert sich an diesem Regelwerk. Vergleiche auch die Ausführungen zu IFRS.

Jährlichkeitsprinzip

Das Jährlichkeitsprinzip bedeutet, dass nicht beanspruchte Kredite auf Ende eines Rechnungsjahres verfallen.

Kalkulatorische Positionen

Kalkulatorische Positionen sind Grössen, die nicht direkt geldwirksam bei der nutzniessenden Dienststelle ausgegeben bzw. eingenommen werden, sondern rein rechnerisch zum Ergebnis zugeschlagen werden. Einerseits betrifft dies Querschnittskosten für Leistungen v.a. aus den Bereichen Informatik, Personal und Finanzen, welche zwar zu Gunsten eines bestimmten Aufgabenfeldes erbracht, jedoch von diesem nicht bezahlt werden. Andererseits sind die kalkulatorischen Zinsen auf Anlagen (da die Beschaffung von Anlagen über die Finanzverwaltung finanziert wird, werden diese Zinsen nicht durch die nutzniessenden Dienststellen bezahlt) sowie Abschreibungen (gemäss Nutzungsdauer einer Investition) bzw. kalkulatorische Mieten enthalten.

Kapitalkosten

Als Kapitalkosten werden Zinsen und Abschreibungen auf dem investierten Kapital bezeichnet.

Kennzahlen

Kennzahlen stellen Grössen dar, die als Zahlen einen quantitativ messbaren Sachverhalt wiedergeben und relevante Tatbestände sowie Zusammenhänge in einfacher und verdichteter Form kennzeichnen sollen. Als Kennzahlen lassen sich sowohl absolute als auch Verhältniszahlen verwenden. Kennzahlen ermöglichen rasche Vergleiche (siehe auch Benchmarking).

Kleininvestitionen

Als Kleininvestitionen werden in Basel-Stadt Investitionen im Bereich Mobiliar, Maschinen, Fahrzeuge, Einrichtungen und Informatik gezählt, die einen Anschaffungswert von mindesten 50'000 Franken und maximal 300'000 Franken haben. Diese Anlagen werden über die Anlagenbuchhaltung geführt und nach Staatsrecht linear über die geschätzte Nutzungszeit abgeschrieben. Kleininvestitionen werden auch als GWG-Investitionen bezeichnet wobei GWG für „geringwertiges Wirtschaftsgut“ steht. Investitionen von weniger als 50'000 Franken werden nicht über die Anlagenbuchhaltung geführt sondern direkt im Sachaufwand einer Kostenstelle belastet. Im Bereich Hoch- und Tiefbau kennt der Kanton Basel-Stadt seit der Harmonisierung der finanziellen Steuerungsgrössen (ONA) ab 2007 keine Kleininvestitionen mehr. Beträge bis 300'000 Franken im Bereich der Hoch- und Tiefbauten werden direkt der Laufenden Rechnung belastet.

Kurzfristige Schulden

Kurzfristige Schulden sind Kontokorrent-Schulden bei Banken und kurzfristige Darlehens-Schulden, die zur Überbrückung vorübergehender Liquiditätsengpässe benötigt werden. Kurzfristige Schulden sind innerhalb eines Jahres zur Rückzahlung fällig.

Laufende Rechnung

Die Laufende Rechnung ist diejenige Rechnung, die sämtliche laufende Aufwands- und Ertragspositionen enthält (Investitionen grösser als 300'000 Franken sind mit den Abschreibungen berücksichtigt). Die Laufende Rechnung entspricht, mit einer etwas anderen Gliederung (Kontenplan), der Erfolgsrechnung in der Privatwirtschaft.

Laufende Verpflichtungen

Laufende Verpflichtungen sind alle Verpflichtungen, die kurzfristig fällig sind oder fällig werden können, sowie jene Verbindlichkeiten, welche aus Lieferungen oder Leistungen Dritter an den Kanton entstanden sind.

Legislaturplan

Der Legislaturplan bietet einen Überblick über die mittelfristige politische Planung des Regierungsrats und umfasst einen Legislaturzeitraum. Er stützt sich auf die Analysen und Studien der Departemente und auf Zahlen und Fakten, die beispielsweise im Rahmen der Nachhaltigkeitsberichterstattung laufend aktualisiert werden. Er definiert die Stossrichtung der (baselstädtischen) Politik und entwickelt entsprechende Zielsetzungen. Der Legislaturplan löst ab 2011 den Politikplan ab. In den Berichterstattungen des Regierungsrates zu Budget und Rechnung wird jeweils auf die Legislaturziele Bezug genommen.

Leistungsverrechnung

Unter Leistungsverrechnung wird die Interne Verrechnungen und die kreditwirksame Verrechnung von Leistungen zwischen Verwaltungseinheiten verstanden.

Mittel- und langfristige Schulden

Mittel- und langfristige Schulden sind zur Finanzierung der Bedürfnisse der Investitionsrechnung und des Finanzvermögens. Mittelfristige Schulden haben eine Restlaufzeit zwischen zwei und fünf Jahren, Langfristschulden eine solche von über fünf Jahren.

Nettoinvestitionen in das Verwaltungsvermögen (NIV)

Der Saldo zwischen Investitionsausgaben und Investitionseinnahmen (z.B. Bundesbeiträge an Nationalstrassenbau) für Investitionsvorhaben im Verwaltungsvermögen wird als Nettoinvestition in das Verwaltungsvermögen bezeichnet. Die Aufnahme bzw. Rückzahlung von Darlehen und Beteiligungen im Verwaltungsvermögen sind darin nicht enthalten. Neben dem ONA und ANE ist das NIV eine der finanziellen Steuerungsgrössen im Kanton Basel-Stadt.

Nettoschuld

Die Nettoschuld ist der Saldo zwischen dem Total Fremdkapital (inkl. den Spezialfinanzierungen mit Fremdkapitalcharakter) und dem Finanzvermögen.

Neubewertungsreserven

Neubewertungsreserven sind Aufwertungsgewinne, die durch Neubewertung von Teilen des Finanzvermögens (v.a. Renditeliegenschaften) entstehen und welche direkt in das Eigenkapital (=Staatskapital) und nicht erfolgswirksam über die Laufende Rechnung verbucht werden. Eine Neubewertungsreserve liegt dann vor, wenn der aktuelle Wert eines Objektes über dem Restbuchwert der (Finanz-)Buchhaltung liegt. Liegt der aktuelle Wert unter dem Restbuchwert der Buchhaltung, wird eine Abschreibung auf dem Objekt verbucht.

Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA)

Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen will die Mängel des bis 2007 geltenden Finanzausgleichs beheben. Die Wettbewerbsfähigkeit der Kantone und der Schweiz soll dabei nicht beeinträchtigt werden.

Die NFA ersetzt ein Gewirr von mehr als 30 Ausgleichszahlungen zwischen Bund und Kantonen durch wenige transparente Instrumente. Die NFA trägt zu einem Abbau des finanziellen Gefälles zwischen den Kantonen bei. Während Gebirgskantone in den Genuss eines geographisch/topografischen Lastenausgleichs kommen, werden Zentrums Kantone für ihre Sonderlasten neu durch den so genannten soziodemografischen Lastenausgleich entschädigt.

Mit der NFA wird die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen neu geregelt. Sie beendet weitgehend unnötige doppelte Verantwortlichkeiten. Die Aufgabenentflechtung schafft klare Zuständigkeiten für den Bund und die Kantone.

Nutzungsdauer

Synonyme zu Nutzungsdauer sind Lebensdauer oder Lebenszyklus. Dabei handelt es sich um die Anzahl Jahre bis zu dem Zeitpunkt, an dem ein System/eine Anlage aus technischen oder ökonomischen Gründen ersetzt werden muss. Die Nutzungsdauer muss nicht gleich sein der Abschreibungsdauer von Anlagenobjekten in der Finanzbuchhaltung.

Ordentlicher Nettoaufwand (ONA)

Der Ordentliche Nettoaufwand ist der departementsspezifische Aufwand (ohne Abschreibungen auf Investitionen grösser als 300'000 Franken) abzüglich departementsspezifischer Ertrag. Positionen aus dem Allgemeinen Nettoertrag (v.a. Steuererträge, Passivzinsen, Aufwand und Ertrag des Finanzvermögens und Anteile an nicht zweckgebundenen Bundeseinnahmen) sind im ONA nicht enthalten. Eine der wichtigsten Steuerungsgrössen der Finanzen im Kanton Basel-Stadt.

Passivzinsen

Als Passivzinsen werden Zinsen bezeichnet, die für die Inanspruchnahme fremder Mittel (Fremdkapital) bezahlt werden müssen.

Periodengerechtigkeit

Periodengerechtigkeit wird auch Accrual Accounting genannt. Bei der periodengerechten Buchhaltung werden Geschäftsvorfälle dann in der Buchhaltung erfasst, wenn sie auftreten und nicht, wenn ein Zahlungsmittel eingeht oder bezahlt wird. Sie werden in derjenigen Periode in der Buchhaltung erfasst und im Abschluss der Periode ausgewiesen, der sie zuzurechnen sind.

Personalaufwand

Personalaufwand umfasst Löhne, Sozial- und andere Versicherungsbeiträge, Anwerbung, Ausbildung und Information, Naturalleistungen, Zulagen, Vergünstigungen jeglicher Art an die Behördemitglieder und das aktive Personal sowie an temporäre Arbeitskräfte. Als Personalaufwand verbucht werden auch Renten, Ruhegehälter, Teuerungszulagen an Pensionierte, für deren Lohnzahlungen das Gemeinwesen zuständig war.

Produkte

Produkte sind mess- und kalkulierbare Leistungen der Verwaltungsstelle zuhanden externer Dritter. Über die Produkte löst die Verwaltungsstelle ihren gesellschaftlichen Auftrag ein und deckt den Bedarf der Zielgruppe.

Produktgruppe

Produktgruppen sind Gruppe von einzelnen, relativ homogenen Leistungen, mit welchen möglichst effizient und effektiv eine politisch gewünschte Wirkung erzielt werden soll. Produktgruppen stellen im Rahmen der Planung und des Reportings den Unterbau zu den Aufgaben- und Ressourcenfeldern dar. Sie bilden die Steuerungsebene der Departemente ab.

Rechnung

Die Rechnung ist eine Zusammenstellung der Finanzaufgaben für das vergangene Jahr, wobei den Ist-Werten die für die Rechnungsperiode budgetierten Werte sowie die Vorjahreswerte gegenübergestellt werden.

Rechnungsabgrenzung

Rechnungsabgrenzung ist die Erfassung von Aufwand und Ertrag in der Periode der Verursachung.

Ressourcenfeld

Die Ressourcenfelder enthalten diejenigen Tätigkeiten der Verwaltung, die den aussengerichteten Aufgabenfeldern notwendige Ressourcen zur Verfügung stellen (v.a. Personal-, Raum-, Informatik- und Finanzdienstleistungen). Sie haben keinen Selbstzweck, sondern ermöglichen die Leistungen in den Aufgabenfeldern. Diese können in verschiedenen Departementen erbracht werden.

Rückstellungen

Rückstellungen sind bereits feststehende, in ihrer Höhe aber noch nicht genau bekannte Verpflichtungen, deren Berücksichtigung zur Feststellung des Aufwandes oder der Ausgaben am Ende einer Rechnungsperiode notwendig sind. Die Ursache für die Bildung der Rückstellung liegt immer in der abzuschliessenden oder gar in einer früheren Rechnungsperiode. Die Höhe der Rückstellung muss zum Zeitpunkt des Bilanzstichtages dem zu erwarteten Verlust oder Geld-, Güter- oder Leistungsabgang ohne Gegenleistung entsprechen. Die Bildung von Rückstellungen zur Reservebildung oder Ergebnissteuerung ist nicht erlaubt. Nicht mehr benötigte Rückstellungen müssen nach Finanzhaushaltsgesetz (FHG) aufgelöst werden.

Sachaufwand

Sachaufwand ist Aufwand für die Beschaffung aller Konsumgüter (z.B. Büromaterial, Drucksachen, Unterhalt und Reparaturen für Anlagen aller Art, Verbrauchsmaterialien, Mieten, Versicherungen, Dienstleistungen u.a.), die der Kanton in der betreffenden Rechnungsperiode verbraucht.

Saldo Vollkosten (SVK)

Saldo Vollkosten ist der Ordentliche Nettoaufwand der Aufgabenfelder zuzüglich kalkulatorischen Kosten (kalkulatorische Abschreibung und Zinsen auf den Grossinvestitionen) und Umlagen von Querschnittsleistungen (primär mittels eines Umlageschlüssels umgelegten Vollkosten der Ressourcenfelder).

Schuldenbremse

Die Schuldenbremse war der Titel einer Verfassungsänderung in der Schweiz, die am 22. Juni 2001 durch die Bundesversammlung und am 2. Dezember 2001 per Volksabstimmung beschlossen wurde. Durch diese Verfassungsregelung sollte der Bund verpflichtet werden, Einnahmen und Ausgaben über den Konjunkturzyklus hinweg im Gleichgewicht zu halten. Die Schuldenbremse ist seit 2003 in Kraft. Seit der Einführung hat sich der Schuldenstand ungefähr stabilisiert und die Verschuldungsquote ist rückläufig. Inzwischen verfügen auch viele Kantone über ein solches Steuerungsinstrument.

Im Kanton Basel-Stadt ist die Schuldenbremse als Nettoschuldenquote in Artikel 4 des Finanzhaushaltsgesetzes definiert und seit Mitte 2006 wirksam. Die Nettoschuldenquote des Kantons, definiert als Nettoschuld des Kantons relativ zum Bruttoinlandprodukt der Schweiz, darf nicht mehr als 7.5 Promille betragen. Im Juni 2010 hat der Grosse Rat die Schuldenbremse angepasst und den Satz auf 6.5 Promille gesenkt.

Selbstfinanzierung

Die Selbstfinanzierung ist die Summe des Saldos der Laufenden Rechnung, der Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen sowie der Veränderung des zweckgebundenen Eigenkapitals (Spezialfinanzierungen mit Eigenkapitalcharakter). Die Selbstfinanzierung zeigt die selbst erarbeiteten (flüssigen) Mittel eines Gemeinwesens und ist dem Begriff Cash Flow bei Privatunternehmen ähnlich.

Selbstfinanzierungsgrad

Die Selbstfinanzierung wird berechnet als die Selbstfinanzierung in Prozent des Saldos der Investitionsrechnung. Der Selbstfinanzierungsgrad zeigt den Anteil an den Nettoinvestitionen, den der Kanton aus eigenen Mitteln finanzieren konnte.

Spezialfinanzierungen

Eine Spezialfinanzierung liegt vor, wenn aufgrund gesetzlicher oder rechtlich gleichwertiger Vorschriften bestimmte Erträge ganz oder teilweise für die Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe eingesetzt werden (Zweckbindung) müssen.

Stetigkeit

Als Stetigkeit wird Beibehaltung der Grundsätze der Rechnungslegung und Budgetierung wie auch der Strukturen der Finanzberichterstattung über einen längeren Zeitraum bezeichnet. Stetigkeit ist Voraussetzung für zuverlässige Vergleiche. Notwendige Änderungen werden transparent ausgewiesen.

Transitorische Aktiven oder aktive Rechnungsabgrenzungen

Transitorische Aktiven sind kurzfristige Geldforderungen, die in ihrer Höhe bekannt und im laufenden Rechnungsjahr Ertrag geworden sind, aber erst im neuen Jahr vereinnahmt werden.

Transitorische Passiven oder passive Rechnungsabgrenzungen

Transitorische Passiven sind kurzfristige Verpflichtungen, die in ihrer Höhe bekannt und im laufenden Rechnungsjahr Aufwand geworden sind, aber erst im neuen Jahr verausgabt (in Rechnung gestellt oder bezahlt) werden.

Umlageschlüssel

Ein Umlageschlüssel ist ein möglichst verursachergerechter Schlüssel; er dient dazu, die Kosten der Leistungen, die in einem Ressourcenfeld zugunsten eines Aufgabenfeldes erbracht werden, dem entsprechenden Aufgabenfeld zuzuteilen.

Vermögenserträge

Vermögenserträge sind Aktivzinsen und andere Erträge aus den Geld- und Kapitalanlagen des Finanz- und Verwaltungsvermögens, inklusive Gewinnablieferung von selbstständigen und unselbstständigen Anstalten oder Dritter sowie Liegenschaftserträge des Finanz- und Verwaltungsvermögens.

Verwaltungsvermögen

Das Verwaltungsvermögen umfasst jene Vermögenswerte, die der Erfüllung öffentlicher Aufgaben dienen und über mehrere Rechnungsjahre genutzt werden und daher nicht zum Verkauf bestimmt sind. Darunter fallen Grundstücke, Tiefbauten, Hochbauten, Waldungen, Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge. Der Entscheid über Kauf (= Investitionsausgabe) oder Verkauf (= vorgängige Umwidmung ins Finanzvermögen) von Teilen des Verwaltungsvermögens liegt in der Kompetenz der Legislative (Grosser Rat).

Vollkostenrechnung

Unter Vollkostenrechnung werden alle Kosten inklusive der Fixkosten und der Verwaltungsgemeinkosten eines Produktes oder einer Leistung verstanden, die bei allen beteiligten Kostenstellen anfallen.

Wertberichtigung

Eine Wertberichtigung ist eine Bewertungskorrektur auf Forderungen, Darlehen und Beteiligungen für eingetretene Entwertungen. Bei den Sachanlagen ist es das Gegenkonto zu den (indirekt verbuchten) Abschreibungen.

Wesentlichkeit

Informationen sind wesentlich, wenn ihr Weglassen oder ihre fehlerhafte Darstellung ein falsches Bild des Kantonshaushaltes vermittelt.

Wirtschaftlichkeit

Wirtschaftlichkeit ist das Verhältnis zwischen Input und Wirkung. Wirtschaftliche Verwaltungsführung heisst, dass die Kosten für eine bestimmte Wirkung möglichst tief gehalten werden. Das Verhältnis zwischen Kosten und Wirkung ist gleichbedeutend mit dem Verhältnis zwischen Kosten und Nutzen (Kosten-Nutzen-Verhältnis). Dieser Haushaltsgrundsatz ist im Finanzhaushaltsgesetz §6 verankert.

11 Die weiteren Berichte zum Budget 2011 im Internet

Der Bericht zum Budget 2011 sowie der dazugehörige Anhang kann im Internet unter folgendem Link elektronisch abgerufen werden:

<http://www.regierungsrat.bs.ch/dokumente>

Inhaltsverzeichnis

1	Budget 2011
2	Die weiteren Berichte zum Budget
2.1	Kostenartengliederung
2.1.1	Gesamtkanton
2.1.2	Grobübersicht Departemente
2.1.3	Detailübersicht Departemente
2.1.4	Detailübersicht Dienststellen
2.2	Institutionelle Gliederung
2.3	Inhaltliche Gliederung
2.4	Funktionale Gliederung
2.5	Die Finanzen der Aufgabenfelder des Regierungsrates